

**OBS**-Arbeitsheft 63

**Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz**

# **Wirtschaftsjournalismus in der Krise**

**Zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik**

**Eine Studie der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt/Main, 2010**

**OBS-Arbeitsheft 63**  
**ISSN 1863-6934 (Print)**

**Herausgeber:**

Otto Brenner Stiftung  
Jupp Legrand/Wolf Jürgen Röder  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
D-60329 Frankfurt/Main  
Tel.: 069-6693-2810  
Fax: 069-6693-2786  
E-Mail: obs@igmetall.de  
www.otto-brenner-stiftung.de

**Autoren:**

Dr. Wolfgang Storz  
E-Mail: stobad@aol.com  
Dr. Hans-Jürgen Arlt  
E-Mail: h-j.arlt@gmx.de

**Redaktion:**

Dr. Burkard Ruppert  
Otto Brenner Stiftung

**Satz und Gestaltung:**

N. Faber de.sign, Wiesbaden

**Druck:**

ColorDruckLeimen GmbH

**Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:**

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert! – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autoren/innen verantwortlich.

**Bestellungen:**

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei kostenlos herunterzuladen.

**Redaktionsschluss:**

18. Februar 2010

## Vorwort

Mit dem „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ zeichnen wir seit Jahren mit viel Erfolg und großer Resonanz herausragende journalistische Leistungen aus. Die unabhängige und profilierte Jury prämiert intensive Recherchen, die wie Leuchttürme den Blick auf das Besondere, das Außergewöhnliche lenken, die aber zugleich auch auf den journalistischen Alltag aufmerksam machen sollen. Mit „Wirtschaftsjournalismus in der Krise“ legt die Otto Brenner Stiftung jetzt eine Studie zum massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik vor, die diese alltäglichen Produkte der journalistischen Arbeit in den Mittelpunkt einer kritischen Analyse rückt.

Die globale Finanzmarktkrise war in den vergangenen Jahren die größte Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Und für die Öffentlichkeit war sie ohne Zweifel das wichtigste Thema. In der Diskussion über die Ursachen für das Desaster, das die Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen drohte, spielt auch die Frage nach der Verantwortung der Massenmedien eine Rolle. Und die Debatte über die Schlußfolgerungen, die aus der Krise zu ziehen sind, hat besonders die Qualität des Wirtschaftsjournalismus ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Gefragt wird, ob er seine Funktionen, Informationen sachlich und kompetent aufzuarbeiten und verantwortlich Orientierung zu geben, vor und während der Krise erfüllt hat? Zugespitzt: Hat der Wirtschaftsjournalismus die Herausforderungen, vor denen er sich gestellt sah und immer noch sieht, bestanden oder nicht?

Den Massenmedien wird vor allem die Aufgabe zugeschrieben, gesellschaftliche, politische und ökonomische Entwicklungen kritisch zu beobachten, nüchtern zu berichten und kompetent zu analysieren. Sie sollen zudem als eine Art Frühwarnsystem auf gravierende Probleme aufmerksam machen. Und schließlich wollen sie als quasi „Vierte Gewalt“ bei wichtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen eine besondere Rolle spielen. Viele Journalisten weisen sich diese Aufgabe nicht nur ausdrücklich zu, sie praktizieren sie auch – Wirtschaftsjournalisten sogar gelegentlich mit übergroßem Eifer: Sie warnen vor Sozialhilfe-Missbrauch und schaffen es, dass „Florida-Rolf“ wochenlang ein großes Thema ist. Sie warnen vor hohen Lohnforderungen und lehnen garantierte Mindestlöhne ab. Sie haben Mitte der 80er Jahre vor der 35-Stunden-Woche gewarnt, als stünde der Ruin der deutschen Wirtschaft und der Untergang des Abendlandes unmittelbar bevor. Haben sie auch vor dem tatsächlich drohenden Ruin des globalen Finanzsystems mit seinen verheerenden Folgen beispielsweise für die kommenden Generationen gewarnt? Kompetenz, Kritik, Kontrolle: Die OBS-Studie fragt, ob diese Aufgaben der Medien bei der Berichterstattung über die Finanzmarktkrise erfüllt wurden.

Die Autoren Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz stellen dem Wirtschaftsjournalismus – unterm Strich – kein gutes Zeugnis aus. „Der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus hat als Beobachter, Berichterstatter und Kommentator des Finanzmarktes und der Finanzmarktpolitik bis zum offenen Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise schlecht gearbeitet“, resümieren sie. Mit dieser Studie wird aber nicht nur das in vielen Fällen eklatante journalistische Versagen schonungslos offen gelegt. Den Autoren gelingt es, auf der Basis einer breiten empirischen Analyse viele brisante Fragen aufzuwerfen, die weit über den untersuchten Gegenstand hinaus von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Wenn Wirtschaft und Politik ihre Kontrollaufgaben vernachlässigen und strammen Schrittes in die Krise marschieren, was kann der Journalismus dann noch dagegen tun? Der politische Journalismus hat im Zweifel den Braintrust einer kritischen Politikwissenschaft im Gepäck. Die einäugigen und auf einen engen neoliberalen Mainstream reduzierten Wirtschaftswissenschaften – es gibt rühmliche Ausnahmen, aber es sind eben Ausnahmen – haben den Wirtschaftsjournalismus im Stich gelassen. Was konnte er unter solchen Voraussetzungen überhaupt leisten? Und: Wenn schon für die Meinungsbildung wichtige Formate (wie Sendungen von ARD aktuell) und relevante Nachrichtenagenturen (wie DPA) schlecht arbeiten – so ein zentraler Befund der OBS-Studie – und die überregionalen Qualitätsmedien nur sehr langsam zu einer anspruchsvolleren Berichterstattung gefunden haben, wie düster muss

es dann erst in der übrigen Medienlandschaft aussehen? Schließlich: Was von dem, das einige Journalisten immerhin kritisch aufgearbeitet und als Warnung publiziert haben, hat das Publikum überhaupt ernst oder auch nur zur Kenntnis genommen?

Fest steht, die Qualität der öffentlichen Kommunikation hat direkte Auswirkungen auf die Qualität der Politik und die Qualität unserer Demokratie. Ob und wie der Journalismus ein Thema aufgreift, entscheidet mit darüber, welche Probleme in unserer Gesellschaft überhaupt wahrgenommen und von der Politik angenommen werden. Die ökonomischen Risiken, die von den Finanzmärkten ausgehen, die Verletzungen von Anstand und Moral im Spekulationsgeschäft hat unsere Gesellschaft auch deshalb zu lange nicht ernst genommen, hat die Politik auch deshalb zu lange gefördert statt eingedämmt, weil viel zu viele Journalisten nicht genau genug hingeschaut haben.

Die OBS-Studie unterstreicht, dass nicht nur in Bankerkreisen die Reflexion über Fehlverhalten, Irrtümer und Manipulationen bisher vertagt worden ist. Auch im Journalismus droht die Gefahr, dass einfach weitergemacht wird wie bisher: das eigene Handeln wird nicht selbstkritisch befragt, Mitverantwortung wird geleugnet, die notwendigen Schlussfolgerungen werden nicht gezogen.

Aber es reicht auch nicht aus, mit dem Finger auf „den“ Journalismus zu zeigen, sein Fehlverhalten zu analysieren, seine Verantwortung anzumahnen und auf seine Selbstheilungskräfte zu setzen. Ebenso ist zu fragen, ob „der“ Journalismus in der Breite über die Arbeitsbedingungen verfügt, die es ihm erst erlauben, solide zu recherchieren, furchtlos zu schreiben und damit seine Arbeit auch gut machen zu können. Die Autoren plädieren – als ein weiteres Ergebnis ihrer Arbeit und als eine notwendige Konsequenz ihrer materialreichen Studie – für eine neue öffentliche Debatte über die Produktionsbedingungen im Journalismus.

Die Otto Brenner Stiftung hofft, mit der Förderung dieser Studie und der Veröffentlichung der Ergebnisse zu dieser notwendigen Diskussion beizutragen.

Frankfurt/Main, im Februar 2010



Jupp Legrand



Wolf Jürgen Röder

Geschäftsführer  
der Otto Brenner Stiftung

---

<b>Vorwort</b> .....	<b>1</b>
<b>Übersicht</b> .....	<b>3</b>
<b>Vorbemerkung</b> .....	<b>4</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>5</b>
<b>I. Resümee</b> .....	<b>8</b>
<b>II. Forschungsdesign</b> .....	<b>12</b>
<b>III. Deutungsrahmen</b> .....	<b>17</b>
<b>IV. Empirische Auswertungen</b> .....	<b>34</b>
1. Materialbasis und methodisches Vorgehen .....	34
2. Fallstudien .....	41
3. Analyse von fünf Qualitätszeitungen .....	54
4. Auswertung Deutsche Presse-Agentur (DPA).....	110
5. Auswertung ARD (Tagesschau und Tagesthemen) .....	121
<b>V. Interviews</b> .....	<b>151</b>
<b>VI. Literaturbericht</b> .....	<b>227</b>
<b>VII. Anhang</b> .....	<b>266</b>

## Vorbemerkung

Wenn die jetzige Finanzmarktkrise die größte seit 60 wahlweise 80 Jahren ist, wenn sie die erste ist, die das Finanz- und Wirtschaftssystem der ganzen Welt an den Abgrund führte, dann will man doch genauer wissen, was die Massenmedien mit und aus dieser ‚Mutter aller Krisen‘ gemacht haben. Was haben die tagesaktuellen Leitmedien geleistet? Fünf Tageszeitungen, die Berichterstattung der ARD-„Tagesschau“ und -„Tagesthemen“ sowie die Meldungen der „Deutschen Presse-Agentur“ stehen im Mittelpunkt unserer Untersuchung. Fallstudien, eine Reihe von Interviews mit wichtigen Wirtschaftsjournalisten, ein Literaturbericht kommen hinzu. Was als Vorstudie geplant war, ist unter der Hand vielfältiger und vor allem ertragreicher geworden.

Die Arbeit war spannend. Wir erlebten eine Überraschung nach der anderen. Hier seien nur zwei markante genannt. Die erste: Wir stellten auf einmal fest, dass diese Krise gar keinen Namen hat. Wir haben uns erlaubt, eine Taufe vorzunehmen: In Anlehnung an die Große Depression nennen wir sie die Große Spekulation. Es ist die globale Krise der Großen Spekulation. Die zweite Überraschung: Arbeitsmarktpolitik ist ein gängiges Wort, Finanzpolitik auch, Finanzmarktpolitik nicht. Was wir im Kern analysieren, den massenmedialen Umgang mit Finanzmarktpolitik, scheinen die untersuchten Medien nicht zu kennen. Sie schreiben und reden darüber, aber sie nennen das Kind nicht bei diesem Namen. Das Wort Finanzmarktpolitik kommt in dem von uns untersuchten Textkorpus – bestehend aus mehr als tausend Einzelteilen: vielen Agenturmeldungen, sehr viel mehr Zeitungsartikeln, nicht wenigen TV-Sendungen – nicht vor. Wir glauben, dass sich das ändern wird, dass Finanzmarktpolitik auf dem Weg ist, sich in die deutsche Sprache einzubürgern, weil die Sprache nicht nur bereit, sondern bestrebt ist, Wichtiges adäquat auszudrücken. Finanzmarktpolitik ist gesellschaftlich wichtig geworden und wird es bleiben. Ein Anfang ist gemacht, als Adjektiv ‚finanzmarktpolitisch‘ taucht es – in der „Süddeutschen Zeitung“ – tatsächlich einmal auf.

Den Vorwurf, dass wir so tun, als könnte man kompetent über die massenmediale Öffentlichkeit reden, ohne dem Hörfunk und dem Internet Beachtung zu schenken, nehmen wir gesenkten Hauptes zur Kenntnis. Diese Studie war, wie erwähnt, als ‚Vorstudie‘ konzipiert, hat sich dann, nicht nur was den Umfang anbetrifft, zu einer provisorischen Hauptstudie ausgewachsen; nichts hält länger (in Atem) als ein Provisorium.

Wir haben viele gute Gründe uns zu bedanken. Bei der Otto Brenner Stiftung, die unseren Forschungsantrag angenommen und seine Umsetzung finanziert hat. Bei Sven Osterberg und Andreas Kolbe von der Nautilus-Politikberatung, die für uns das Datenmaterial bewältigt haben. Ihnen verdanken wir, dass die Datenmengen beherrschbar blieben, sortiert und codiert, gesichtet und gewichtet werden konnten und schließlich als Tabellen und Abbildungen lesbar wurden. Sven Osterberg und Andreas Kolbe waren großartige Partner. Bei Stefan Sarter, Berlin, und Brigitte Grimm, Bonn, vom Bundespresse- und Informationsamt, die in ihrer ‚Schatzkammer‘ unermüdlich gesucht und gefunden haben. Bei Josephine Steffen und Peter Munkelt vom Willy-Brandt-Archiv für nützliche Ergänzungslieferungen. Bei Christiane Menze von der DGB-Pressestelle, die uns das Presseecho des DGB-Bundeskongresses 2006 zur Verfügung stellte. Bei Fabian Arlt, der als studentische Hilfskraft mögliche und unmögliche Rechercheaufträge online wie offline erledigt, die Interviews verschriftlicht, Bücher beschafft und die Codierungsarbeiten unterstützt hat. Bei unseren Interviewpartnern – bis auf Miriam Bunjes von der Initiative Nachrichtenaufklärung tatsächlich alles Männer. Bei Karin Rahn, die im November 2008 eine Idee hatte; was daraus geworden ist, folgt auf den weiteren Seiten.

Wolfgang Storz und Hans-Jürgen Arlt, Offenbach und Berlin, im Januar 2010

<b>Vorwort</b> .....	<b>1</b>
<b>Übersicht</b> .....	<b>3</b>
<b>Vorbemerkung</b> .....	<b>4</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>5</b>
<b>I. Resümee: Ein Befund und sieben Thesen</b> .....	<b>8</b>
<b>II. Forschungsdesign</b> .....	<b>12</b>
1. Untersuchungsobjekte .....	13
2. Ereignisse und Auswertungszeiträume .....	14
3. Fallstudien .....	16
<b>III. Deutungsrahmen</b> .....	<b>17</b>
1. Journalismus: Wie er funktioniert und was ihn möglich macht .....	17
2. Krisen und Umbrüche im Mediensystem .....	20
3. Politik- und Wirtschaftsjournalismus: Unterschiede und Besonderheiten .....	21
4. Finanzmarktkrise: Worüber wir reden .....	25
5. Paradigmenwechsel .....	30
<b>IV. Empirische Auswertungen</b> .....	<b>34</b>
1. Materialbasis und methodisches Vorgehen .....	34
1.1 Hinweise zur quantitativen Analyse .....	35
1.2 Hinweise zur qualitativen Analyse .....	36
1.3 Anmerkungen zum politischen Rahmen .....	38
2. Fallstudien .....	41
2.1 Fallstudie A: Grundsatzrede von Bundesfinanzminister Hans Eichel am 6. März 2003, Universität Frankfurt, über finanzmarktpolitische Vorstellungen der Bundesregierung .....	41
2.1.1 Das Ereignis .....	41
2.1.2 Darstellung des Medienechos .....	41
2.1.3 Bewertung des Medienechos .....	43
2.2 Fallstudie B: Nichtgehaltene Rede von Ludwig Poullain, langjähriger Vorstandsvorsitzender der WestLB und Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 9. Juli 2004 .....	43
2.2.1 Das Ereignis .....	43
2.2.2 Darstellung des Medienechos .....	44
2.2.3 Bewertung des Medienechos .....	44
2.3 Fallstudie C: Grundsatzrede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, 10. Januar 2006 .....	45
2.3.1 Das Ereignis .....	45
2.3.2 Darstellung des Medienechos .....	46
2.3.3 Bewertung des Medienechos .....	47
2.4 Fallstudie D: Grundsatzreferat von Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, auf dem DGB-Bundeskongress in Berlin, 24. Mai 2006 .....	47
2.4.1 Das Ereignis .....	47
2.4.2 Darstellung des Medienechos .....	48
2.4.3 Bewertung des Medienechos .....	49

2.5	Fallstudie E: Rede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bei der Veranstaltung „Topic the year“ in Frankfurt, 14. Januar 2008 .....	50
2.5.1	Das Ereignis .....	50
2.5.2	Darstellung des Medienechos .....	51
2.5.3	Bewertung des Medienechos .....	52
2.6	Bewertung der Fallstudien .....	54
3.	Analyse von fünf Qualitätszeitungen in vier Phasen .....	54
3.1	Phase P1 – Vor der Krise, 1999-2005: ‚Für die große Freiheit des großen Geldes‘ .....	55
3.1.1	Quantitative Fundstücke .....	57
3.1.2	Qualitative Untersuchung .....	59
3.1.3	Bewertung .....	64
3.2	Phase P2 – In der Vorkrise, 2007: ‚Die große Krise wird nicht kommen‘ .....	64
3.2.1	Quantitative Fundstücke .....	65
3.2.2	Qualitative Untersuchung .....	67
3.2.3	Bewertung .....	76
3.3	Phase P3 – In der offenen Krise, 2008-2009: Viel Aufklärung, wenig Klarheit .....	77
3.3.1	Quantitative Fundstücke .....	78
3.3.2	Qualitative Untersuchung .....	81
3.3.3	Bewertung .....	91
3.4	Phase P4 – Konsequenzen aus der Krise, 2009: Neuer Diskurs, alte Anpassung, gute Leistung .....	92
3.4.1	Quantitative Fundstücke .....	92
3.4.2	Qualitative Untersuchung .....	95
3.4.3	Bewertung .....	104
3.5	Phasen P1 bis P4: Rückblick und Überblick .....	105
4.	Auswertung Deutsche Presse-Agentur (DPA) .....	110
4.1	Quantitative Fundstücke und qualitative Untersuchung .....	111
4.2	Bewertung .....	121
5.	Auswertung ARD (Tagesschau und Tagesthemen) .....	121
5.1	Darstellung, Analyse und Zwischenbemerkungen .....	122
5.2	Zusammenfassende Bewertung .....	150
<b>V.</b>	<b>Interviews .....</b>	<b>151</b>
1.	Initiative Nachrichtenaufklärung .....	152
2.	Michael Best, ARD-Börsenredaktion .....	154
3.	Gerald Braunberger, Frankfurter Allgemeine Zeitung .....	162
4.	Oliver Stock, Handelsblatt .....	168
5.	Marc Beise, Süddeutsche Zeitung .....	173
6.	Malte Kreuzfeldt, die tageszeitung .....	179
7.	Robert von Heusinger, Frankfurter Rundschau .....	186
8.	Rainer Hank, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung .....	191
9.	Christoph Moss, International School of Management .....	196
10.	Klaus Spachmann, Universität Stuttgart-Hohenheim .....	205
11.	Volker Wolff, Universität Mainz .....	209



12.	Zusammenfassung der Interviews .....	214
12.1	Reichweite und Themenverantwortung .....	214
12.2	Aufgabe der Medien: Alarm schlagen? .....	215
12.3	Finanzmarkt-Krise und Bedeutung der Branche .....	216
12.4	Umgang mit kritischem Wissen .....	217
12.5	Rahmenbedingungen für potentielle ‚Warner‘ .....	218
12.6	Journalistische Distanz, Kritik und Selbstkritik .....	220
12.7	Konsequenzen und Lernerfolge .....	223
13.	Dokumentation: Interview-Leitfaden .....	225
<b>VI.</b>	<b>Literaturbericht .....</b>	<b>227</b>
1.	Blitzlicht aus der laufenden Debatte .....	227
2.	Erwartungen an journalistische Arbeit .....	229
2.1	Vertrauen und Journalismus .....	230
2.2	Massenmedien und Vertrauen .....	232
3.	Wirtschaftsjournalismus .....	234
3.1	Das Produkt der Journalisten – ein Wirtschaftsgut .....	234
3.2	Die Journalisten, ihre Qualifikation und ihre Sozialisation .....	236
3.3	Aus dem Arbeitsalltag der Journalistinnen und Journalisten .....	238
3.4	Die PR-Arbeit – Quantität und Intensität versuchter Einflussnahmen .....	239
3.5	Das Publikum: Diktator oder willenlose Masse? .....	242
3.6	Mediengattungen und Medienformate .....	244
3.6.1	Das öffentlich-rechtliche Fernsehen .....	244
3.6.2	Überregionale Tageszeitungen .....	249
4.	Finanzjournalismus .....	249
4.1	Die Wirtschaftsberichterstattung im Wandel .....	249
4.2	Der Finanzjournalismus und seine Enge .....	250
5.	Finanzmarktkrise und journalistische Leistungen .....	252
5.1	Vor-Boten und Vor-Fälle .....	252
5.2	Versäumt, versagt oder vorhergesagt? .....	256
6.	Zusammenfassung .....	265
<b>VII.</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>266</b>
	Abkürzungsverzeichnis .....	266
	Verzeichnis der Tabellen .....	267
	Verzeichnis der Abbildungen .....	267
	Literaturverzeichnis .....	268
	Über die Autoren .....	274

## I. Resümee: Ein Befund und sieben Thesen

Der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus stand dem globalen Finanzmarkt gegenüber wie ein ergrauter Stadtarchivar dem ersten Computer mit einer Mischung aus Ignoranz und Bewunderung, ohne Wissen, wie er funktioniert, ohne Ahnung von den folgenreichen Zusammenhängen, die sich aufbauen; im Zweifel schloss man sich der vorherrschenden Meinung an.

Die weltweite Krise des Finanzmarktes, die globale Krise der Großen Spekulation, löste auch eine Krise des Wirtschaftsjournalismus aus. Das journalistische Versagen ist in einigen Fällen so eklatant, dass es uns ausgeschlossen erscheint, einfach zur Tagesordnung über zu gehen. Wir halten, insbesondere was den Basisdienst der „Deutschen Presse-Agentur“ (DPA) sowie die ARD-Redaktion Aktuell betrifft, Vergangenheitsbewältigung durch gnädiges Vergessen für verantwortungslos. Während die fünf Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Financial Times Deutschland“ (FTD), „Handelsblatt“ (HB), „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) und „die tageszeitung“ (TAZ), deren Arbeit wir analysiert haben, im Krisenverlauf Sachkompetenz und kritische Distanz aufbauen, lassen die DPA-Meldungen und die „Tagesschau-“ bzw. „Tagesthemen“-Sendungen keinen nennenswerten Qualitätszuwachs erkennen. Sie bleiben journalistisch sensationell schlecht.

Der Wandel des Finanzmarktes vom Dienstleister der Realwirtschaft hin zur eigenständigen Branche mit hochspekulativen Entscheidungs- und Handlungskriterien wird vom tagesaktuellen Wirtschaftsjournalismus mindestens bis zum August 2007 in der Regel ohne Problembewusstsein begleitet und begrüßt: Die Informationen sind dürftig, die Orientierung ist irreführend. Das ist schon deshalb überraschend, weil der Stellenwert der Wirtschaft in unserer Gesellschaft hoch bis überragend ist, das Geld für die Wirtschaft das Lebenselixier und der Kredit für das Geld, vor allem für das Geldkapital das Nervenzentrum ist. Aus diesem Sachverhalt leiten wir für den Wirtschaftsjournalismus die Pflicht ab: Da die Finanz- und Bankenbranche Gesellschaft und Wirtschaft mit Kredit und Geld ein quasi-öffentliches Gut zur Verfügung stellt, muss diese Branche unter besonders aufmerksamer Beobachtung stehen. Aber: Risiken für die außerordentlich wichtige Funktion des Kredits, ohne den eine wachstumsfixierte Wirtschaft nicht vorstellbar ist, werden vom tagesaktuellen Wirtschaftsjournalismus trotz wiederholter Finanzkrisen in allen Teilen der Welt gering geachtet oder gar nicht gesehen, jedenfalls nicht thematisiert. Der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus hat als Beobachter, Berichterstatter und Kommentator des Finanzmarktes und der Finanzmarktpolitik bis zum offenen Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise schlecht gearbeitet; Pfuscher am Bau nennt man das im Handwerk. Dass im Mittelpunkt unserer Untersuchung Qualitätsmedien standen, weckt böse Ahnungen, wie die übrige aktuell arbeitende Medienlandschaft im Sachgebiet Finanzmarktpolitik ausgesehen haben mag.

Es hat in unserer Gesellschaft nicht an kompetenten, prominenten und gut zugänglichen Warnungen vor den Risiken des Finanzmarktes gefehlt. Wie Redaktionen künftig mit kritischem Wissen umgehen, das sich in einer minoritären Lage befindet und vom Mainstream ignoriert oder abgelehnt wird, halten wir für die wichtigste Lernfrage zur Großen Spekulation. Gewiss hatten Warner in den Jahren vor der Krise schlechte Karten: Die Börsen boomten, der real-wirtschaftliche Aufschwung wurde als robust beschrieben, Wirtschaftswissenschaften und Regierungspolitik wollten von Krisengefahren nichts wissen. Aus diesem richtigen Hinweis, den der Journalismus als Rechtfertigung vorträgt, lässt sich jedoch unseres Erachtens keine Entschuldigung, sondern nur eine große journalistische Aufgabe ableiten: Die Debatte über dieses gesamtgesellschaftliche Versagen zu initiieren und ein nachhaltiges Forum dafür zu bieten.

Unser Befund mündet in diese Frage: Hat der Journalismus in der Breite die Arbeitsbedingungen, die es ihm erlauben, möglichst sogar erleichtern, seine Arbeit gut zu machen? Wie können Redaktionen ihre Sensoren und Sensibilitäten so ausbauen, dass begründetes kritisches Wissen in den Routinen des redaktionellen Alltags wahrgenommen und geprüft wird? Und wie können Redaktionen eine demokratische öffentliche Diskussion befördern,

deren interne Arbeitsprozesse geprägt sind von Hierarchien, Kostendruck, unsicheren Beschäftigungsbedingungen, Personalabbau und einem vermachteten, teilweise höfischen Meinungsklima? Wir brauchen eine öffentliche Debatte über die Produktionsbedingungen der veröffentlichten Meinung. Wenn sich hier die Katze in den Schwanz beißt, dann müssen die Mäuse mutiger tanzen – und sie haben im Internet eine große Bühne dafür.

### **These 1: Ein falscher und ein berechtigter Vorwurf**

Wir erkennen in dem Vorwurf an den Wirtschaftsjournalismus, er habe nicht oder unzureichend vor der Großen Spekulation gewarnt und es versäumt, Alarm zu schlagen, nicht nur eine berechtigte Kritik, sondern auch die gesellschaftliche Suche nach einem Sündenbock.

Es überfordert den Journalismus grundsätzlich, den Wirtschaftsjournalismus erst recht, anstelle vieler anderer zständiger gesellschaftlicher Einrichtungen (beispielsweise der Politik, der fachlich verantwortlichen Aufsichtsbehörden, der Wirtschaftsverbände, der Wirtschaftswissenschaften etc.) diese Warnfunktion – auf sich alleine gestellt – wahrzunehmen. Beispiele zeigen, dass der Journalismus sich und seiner Glaubwürdigkeit grundsätzlich schaden kann, wenn er versucht, als Kampagnen-Journalismus politischen Druck zu produzieren.

Nachweisbar haben Medien des Springer-Konzerns – aus ihrer Sicht sicherlich fachlich begründet und in tiefer Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und die des eigenen Konzerns – in einer fortgesetzten alarmierenden Berichterstattung vor der Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland gewarnt. Vereint haben vor Jahren mehrere führende Medien in Deutschland versucht, den Gesetzgeber dazu zu bewegen, die Rechtschreibreform zurückzunehmen, um Schaden von der deutschen Kultur abzuwenden. Schon diese beiden Fälle lassen erkennen, wie sehr darüber gestritten werden kann, ob und wenn ja, wann und zu welchen Anlässen Massenmedien versuchen sollten, die gesamte Gesellschaft vor tatsächlichen und/oder vermuteten Fehlentwicklungen beispielsweise in Form eines Kampagnen-Journalismus zu warnen.

Damit sagen wir nicht, der Journalismus, auch der Wirtschaftsjournalismus, hätte nicht die Funktion, für diese Gesellschaft eines von mehreren Frühwarnsystemen zu sein. Wir wollen jedoch auf die Grenzen aufmerksam machen, die der Journalismus in Sorge um seine eigene Glaubwürdigkeit im Auge zu behalten hat.

### **These 2: Warnen ja, aber wie?**

Krisen sind in unserer Gesellschaft – im Kleinen wie im Großen – eher die Regel und nicht mehr eine Ausnahme. Deshalb und auch aufgrund der Kriterien, an denen sich das massenmediale System in seiner konkreten Produktion ausrichtet, gehören die Warnung vor und die Berichterstattung über Krisen nicht nur zu den selbstverständlichen, sondern sogar zu den bevorzugten journalistischen Themen. Dass dem Journalismus eine Frühwarnfunktion zukommt, ist im Grundsatz nicht zu bestreiten. Wie entschieden er sie wahrnehmen kann, wird kontrovers bleiben. Wenn Martinshorn und Blaulicht noch nicht eingeschaltet werden können, kann das kein Alibi dafür sein, die Augen zu verschließen oder sogar mitzumachen. Zwischen dem ausdrücklichen Befürworten von Entscheidungen und Verhaltensweisen, die Krisenpotential in sich bergen, auf der einen Seite, dem Ignorieren oder der ungenügenden Information über Risiken auf der anderen Seite oder eben zum dritten der hervorgehobenen Veröffentlichung warnender Hinweise auf mögliche Fehlentwicklungen bestehen sehr große, wenn nicht sogar grundsätzliche Unterschiede in der journalistischen Arbeit. Diese dritte Möglichkeit hat in den Jahren vor der Finanzmarktkrise nach unserer Untersuchung auch keine der fünf Qualitätszeitungen ernsthaft ergriffen.

### **These 3: Die Journalisten und ihr Resonanzboden**

Bei der Auswahl, Bearbeitung, Platzierung und Deutung seiner Themen spielt für den Journalismus eine zentrale, vermutlich ausschlaggebende Rolle, ob das Thema bereits einen Resonanzboden in der Gesellschaft hat oder nicht. Es handelt sich dabei um Resonanzböden, bei denen wir unterstellen, dass sie maßgeblich nicht von dem

massenmedialen System geschaffen werden, sondern dass sich das massenmediale System dieser Resonanzböden nur bedient, sich an ihnen orientiert, sie jedoch zugleich mit seinen Publikationsentscheidungen verstärkt oder schwächt.

Aufgrund unserer Untersuchung gehen wir davon aus, dass das Kriterium Resonanzfähigkeit nicht nur vor, sondern auch im Verlauf der Krise elementar für die Auswahl und Bewertung der Themen ist. So lässt sich beispielsweise erklären, dass das Thema Boni-Zahlungen in dem Deutungsrahmen von gerecht/ungerecht und angemessen/unangemessen eine so große Rolle spielt, obwohl es für die Ursachen der Krise wie für deren Lösung als weniger wichtig gilt. Es sei erwähnt, dass manche Wissenschaftler in den Boni-Zahlungen deshalb eine Ursache der Krise sehen, weil so alle Beschäftigten in ihrem Tun auf das alleinige Ziel der Profitmaximierung orientiert werden; sie sehen also in den Boni-Zahlungen den Ausdruck einer systemischen Fehlentwicklung. Diese Deutung spielt jedoch in der massenmedialen Berichterstattung eine sehr geringe Rolle. Vielmehr steht die Interpretation im Mittelpunkt, ob diese Zahlungen gerecht oder ungerecht, sittlich oder sittenwidrig sind. Der Umgang mit dem Thema schließt also an Deutungen an, und darin sehen wir keinen Zufall, die bereits seit vielen Jahren den gesellschaftspolitischen Diskurs mit ganz unterschiedlichen Anlässen – Schwarzarbeit, Florida-Rolf, Sozialneid, Manager-Gehälter, Sozialhilfe-Mißbrauch – prägen. Der Journalismus bevorzugt eindeutig Themen und Diskurslinien, die im gesellschaftlichen Mainstream bereits bekannt sind und längs der Kriterien Aufmerksamkeit, emotionale Ausschläge, Bestätigung funktionieren – weil sowohl Kommunikations- als auch Wirtschaftserfolge – die Stichworte: Publikumsinteresse, Quote und Auflage -, dadurch wahrscheinlicher werden und der journalistische Produktionsaufwand geringer ist.

Da dies alles auch dem Journalismus selbst bekannt ist, könnte er eine naheliegende Konsequenz ziehen: Organisation, Ausstattung und Arbeitsabläufe in den Redaktionen müssen auch danach ausgerichtet werden, dass sie kritische Diskussionen, Widerspruch und das Überprüfen des anscheinend Selbstverständlichen alltäglich machen. Untypische Quellen, sperrige Informationen und Gegenargumente müssen eine größere Chancen bekommen. Um diese kritischen Perspektiven arbeitsrelevant zu machen, müsste aus dem Anliegen der kontroversen Darstellung eigentlich ein handwerkliches Prinzip werden. Voraussetzung dafür ist, dass Minderheitenpositionen und Quergedachtes in den Redaktionen selbst eine Chance haben.

#### **These 4: Die Unterschiede nicht vergessen**

Wir sehen in der Geschichte, den grundsätzlichen Anforderungen und konkreten Arbeitsbedingungen beachtliche Unterschiede zwischen dem Politik- und dem Wirtschaftsjournalismus. Sie müssen in der Analyse des Geleisteten und in der Auseinandersetzung über sie berücksichtigt werden.

Politik gilt als öffentliche Veranstaltung, Wirtschaft als Privatgeschäft. In demokratisierten politischen Systemen ist das Kerngeschäft der Politik, also Gesetze vorzubereiten, zu beschließen und durchzusetzen, kontinuierlich an Prozesse öffentlicher Beobachtung, Darstellung und Diskussion gebunden. Für politische Akteure, egal ob sie regieren, opponieren oder protestieren, hat die von Journalisten hergestellte Öffentlichkeit hohe Relevanz. Der Blick in den Spiegel der öffentlichen Meinung ist für die Politik elementar und ein selbstverständlicher Teil politischer Entscheidungsprozesse.

Der erste Blick der Wirtschaftsakteure hingegen gilt dem Marktgeschehen. Der Spiegel, in dem ökonomische Entscheidungen kontrolliert werden, ist der Markt mit seinen primär an Preisen orientierten Kaufentscheidungen. Die Öffentlichkeit des Marktes, an der sich wirtschaftliche Entscheidungen orientieren, wird vom Journalismus nicht erzeugt; der ökonomische Markt existiert *neben* dem, der politische Meinungsmarkt *durch* den Journalismus. In der Politik der modernen Gesellschaft entscheiden idealtypisch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über öffentliche Angelegenheiten, in der Wirtschaft entscheiden vor allem Privatleute über ihr Eigentum, ob dieses Eigentum nun Kapital, Ware, Geld oder Arbeitskraft ist. Das hat weitreichende Folgen für den Journalismus: Der poli-

tische Journalismus hat informativere Zugänge, eine bessere Beobachterposition, während Wirtschaftsjournalismus immer noch etwas von der Einmischung in Privatangelegenheiten an sich hat. Wir vermuten, wenn der Wirtschaftsjournalismus dieselben Informationsrechte, Zugänge und kritischen Maßstäbe hätte wie der Politikjournalismus, stünde die Wirtschaft mit ihrer Reputation sehr viel schlechter da. Der auffällige Unterschied im journalistischen Umgang mit Landesbanken und Privatbanken dürfte ein Beispiel dafür sein.

### **These 5: Politik- und Wirtschaftsjournalismus – Gemeinsam die Kluft schliessen**

Dem Wirtschaftsjournalismus hat es nach unserem Eindruck sowohl an Fachwissen gemangelt für das Wesen der Finanzmärkte und die Finanzmarktpolitik, als auch an Kenntnissen gefehlt über die komplexen Vernetzungen zwischen Finanzmarkt, Realwirtschaft und Politik. Fachwissen lässt sich mit Fortbildung gewinnen. Der Blick für Zusammenhänge wird am besten über Zusammenarbeit geschärft. Die Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen und Journalisten, die sich mit den Themen Finanzen, Finanzmarktpolitik, Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und Politik beschäftigen, war offenkundig defizitär. Jenseits pragmatisch-organisatorischer Alltags-Absprachen zwischen diesen Sparten des Journalismus ist die gesellschaftliche Perspektive auf die hier interessierenden Themen über Jahre hinweg – zwischen den Ressort- und Arbeitsgrenzen – fast komplett durch- und damit weggefallen. Woran es nie mangelte, das war die betriebswirtschaftlich ausgerichtete Berichterstattung über Finanzprodukte, Anlagestrategien, die jüngsten Trends an der Börse; sowohl in Funk- wie in vielen Print-Medien stand diese Perspektive des Verkäufers, des Käufers und der Betriebswirtschaft meist sogar an prominenter Stelle.

Fachliche Spezialisierung und die Expertise für die Zusammenhänge parallel zu leisten, ist heute eine Herausforderung, die keineswegs nur dem Journalismus abverlangt wird. Die Resultate der journalistischen Arbeit vor Augen scheint in den Redaktionen aber ein besonderer Nachholbedarf zu bestehen.

### **These 6: Aufgaben neu gewichten**

Eine Erfahrung aus dieser Finanzmarktkrise ist, dass es Zeit und erheblichen geistigen und materiellen Aufwand erfordert, um die Krise selbst, ihre Ursachen und Folgen verständlich zu beschreiben und zu erläutern. Vor diesem Hintergrund ist zu prüfen, ob die Qualitätsmedien ihre Arbeit nicht grundsätzlich falsch gewichten: Die Arbeit an der Aktualität wird viel zu hoch, die Arbeit der Analyse und Erläuterung viel zu gering geschätzt. Im Zweifel erhält das Publikum heute noch schneller noch mehr unverständliche und belanglose Informationen. Aber kaum jemand weiß zum Beispiel, welche der Instrumente und Maßnahmen inzwischen tatsächlich beschlossen und umgesetzt sind, die künftige Finanzmarktkrisen verhindern sollen. Wo die Orientierung fehlt, nützt auch die am schnellsten übermittelte Nachricht nichts, sondern verwirrt vielleicht sogar zusätzlich. Die aktuelle Nachricht und der orientierende Überblick sind journalistisch keine Alternativen, aber an letzterem mangelt es eindeutig mehr als an ersterem.

### **These 7: Eine öffentliche Debatte über das Mediensystem**

„Wir sind keine Zielgruppen oder Endnutzer oder Konsumenten. Wir sind Menschen – und unser Einfluss entzieht sich eurem Zugriff. Kommt damit klar“, fordert das Cluetrain-Manifest. Die journalistischen Defizite im Umgang mit der Großen Spekulation sollten Platz geschaffen haben für die Erkenntnis, dass Investitionen in guten Journalismus und die Verbreitung seiner Produkte Investitionen in die gesellschaftliche Risikovorsorge, in die Infrastruktur der Demokratie und in die Mündigkeit der Bürger sind. Wenn die Gesellschaft das journalistische System als eines ihrer Frühwarnsysteme haben will, dann muss es materiell, rechtlich und ideell auch so ausgestattet werden, dass es dieser Aufgabe besser als bisher nachkommen kann.

Hinter diesem Appell steht nicht der Ruf nach mehr Staat, sondern nach einer Medienpolitik, welche die Unabhängigkeit des Journalismus fördert, indem sie dessen Rahmenbedingungen verbessert. Dafür ist erstens eine ebenso harte wie hartnäckige Debatte über die Leistungen des öffentlich-rechtlichen Mediensystems zu führen,

die dieses nicht als Bedrohung missverstehen sollte. Das Ziel ist vielmehr, eine Vorbildfunktion des öffentlich-rechtlichen gegenüber dem privaten Rundfunk zurück zu gewinnen und den Rechtfertigungsdiskurs umzudrehen. Die privaten Sender sind so sehr Unterhaltungsmaschinen, dass man kaum noch auf die Idee kommt, den Anspruch auf Information und Orientierung zu erheben, trotzdem liegt heute der Legitimationsdruck bei den Öffentlich-Rechtlichen. Zweitens geht es darum, nicht die großen, sondern kleine und mittlere Organisationen zu fördern; dazu zählen nicht nur diejenigen Organisationen und Unternehmen, die Medien machen, sondern auch diejenigen, die mit bisher bescheidenen Mitteln versuchen, Medien kritisch zu überwachen. Es ist das Ziel, die Unternehmensformen zu vervielfältigen: von Stiftungen über Genossenschaften bis zu Mitarbeiter-Unternehmen. Und die Hilfe der öffentlichen Hand wird nur gewährt, wenn die Unternehmen Bedingungen akzeptieren, die der Demokratie und der Unabhängigkeit des journalistischen Systems gemäß sind: Redaktionsstatut, hohe Transparenz, begrenzte Renditeziele. Mit anderen Worten: Die Form des Unternehmens, zivilisiert, mitbestimmt, marktwirtschaftlich und nicht oligopolistisch, muss zu seinem Inhalt passen, der unabhängigen, pluralen, klärenden Information und Orientierung.

## II. Forschungsdesign

Der Rolle des tagesaktuellen deutschen Wirtschaftsjournalismus im Vorfeld und im Verlauf der globalen Krise der Großen Spekulation gilt unser Forschungsinteresse. Man kann auch an viele andere Akteure denken, deren Verhalten im Zusammenhang mit dieser bislang von 2007 bis 2010 reichenden Krise – die man in Anlehnung zur Großen Depression die Große Spekulation nennen kann – einer genaueren Analyse wert ist, etwa die Finanzmanager, die Ratingagenturen, die Wirtschaftswissenschaften, die Bankenaufsicht oder die Regierungspolitik. Hinter der Entscheidung für den Untersuchungsgegenstand Wirtschaftsjournalismus steht keine hervorgehobene Verantwortungszuschreibung, sondern eine für die moderne Gesellschaft sehr traditionelle Position: Die Hoffnung auf die öffentliche Kommunikation stirbt zuletzt. Wenn nichts mehr hilft, wenn in den Organisationen der Gesellschaft, den Unternehmen, Parteien, Verwaltungen, Verbänden etc., Loyalität vor Nachfragen geht, Wunschenken den Realitätsinn verdrängt, Ideologien hochgehalten und Risiken missachtet werden, dann könnte vielleicht noch die öffentliche Kommunikation helfen - und der herausragende Akteur der öffentlichen Kommunikation ist der Journalismus, der allerdings auch in und von Organisationen gemacht wird.

Wie hat der tagesaktuelle Wirtschaftsjournalismus im Vorfeld und im Verlauf der Finanzmarktkrise Finanzmarktpolitik dargestellt und kommentiert, lautet unsere Leitfrage. Die Antwort gewinnt Aussagekraft erst dann, wenn eine komplementäre Frage mitgestellt wird: Worüber wird nicht berichtet? Damit öffnet sich das Problemfeld auf eine schwer eingrenzbar Weise. Wir brauchen jetzt nämlich Wissen nicht nur darüber, welche seiner Beobachtungen der Wirtschaftsjournalismus wie publiziert hat und welche nicht; sondern auch darüber, was er gesehen und was er – und aus welchen Gründen – nicht gesehen hat. Empirisch lässt sich ein solches Problemfeld auch mit höchstem Forschungsaufwand nicht abdecken, ohne theoretische Konstruktionen, deduktive Schlüsse und als solche zu kennzeichnende Plausibilitätsvermutungen sind Antworten nicht zu entwickeln. Das Produkt der journalistischen Arbeit, hier folgen wir Claudia Mast (2003, 18ff.), ergibt sich aus dem Zusammenwirken einer Vielzahl von Bedingungen, gesamtgesellschaftlichen ebenso wie organisatorischen und individuellen: Normen, Berufsroutinen, Ausbildung, Techniken, Ausstattung und Quellen; je nach Unternehmen, Themensparte und Medienart können diese Faktoren auf unterschiedliche Weise wirken.

Die Versuchung ist groß, auch wir erliegen ihr, auf der Basis von Einzelbeobachtungen Aussagen über das Ganze zu machen und dabei vorgängige Kenntnisse und Urteile einfließen zu lassen. Bei Lichte besehen, gibt es keine andere Möglichkeit. Wer die Gesellschaft, die Wirtschaft, den Journalismus oder auch nur den tagesaktuellen Wirtschaftsjournalismus untersucht, wird nicht in der Lage sein, das Ganze in den Blick zu nehmen. Stets muss von einem gewählten Ausschnitt aus verlängert, projiziert, geschlussfolgert werden. Deshalb hängt auch viel davon ab, wie gut

der untersuchte Ausschnitt gewählt ist. Die empirische Basis unserer Studie ist von einer Vollerhebung weit entfernt. Die beobachteten Zeiträume und die erfassten Medien stellen gezielt ausgewählte Momentaufnahmen dar.

Ihr punktueller analytischer Zugriff, ihr zeitlicher und finanzieller Aufwand geben der Untersuchung den Charakter einer Vorstudie, die sich aus drei großen Elementen zusammensetzt: Einer empirischen Auswertung, den Intensivinterviews und einem Literaturbericht.

Insgesamt sind es diese Quellen, aus welchen die analytische Kraft der empirischen Auswertung schöpft:

- a) die schmale, aber, wie wir in Anspruch nehmen, gut ausgewählte Materialbasis, deren Selektionskriterien im Folgenden transparent gemacht und der kritischen Bewertung übergeben werden;
- b) die Aufarbeitung wissenschaftlicher und publizistischer Literatur über Wirtschafts- und Finanzjournalismus sowie über Ursachen, Verlauf und Folgen der Großen Spekulation;
- c) Intensivinterviews mit drei Wissenschaftlern und sieben Wirtschafts- und Finanzjournalisten;
- d) Kommunikations- und sozialwissenschaftliche Arbeitszusammenhänge der beiden Autoren;
- e) die eigenen journalistischen und PR-Erfahrungen der Autoren, die den Alltag sowohl der Redaktions- als auch der Öffentlichkeitsarbeit kennen.

### 1. Untersuchungsobjekte

Im Spannungsfeld zwischen viel Qualität und wenig Exklusivität ist der Kernbestand des empirischen Materials angesiedelt. Wir untersuchen Qualitätsmedien, die auf ein relativ breites Publikum abzielen. Bei den ausgewählten Medien handelt es sich mit „Financial Times Deutschland“ (FTD), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Handelsblatt“ (HB), „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) um die in der Gattung Tageszeitungen wirtschaftsstärksten, journalistisch kompetentesten und einflussreichsten Titel. Die Redaktionen dieser Titel sind im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen vom Umfang und der fachlichen Qualifikation her so ausgestattet, dass sie am ehesten in der Lage sind, das Themenfeld Finanzmarkt(politik) adäquat zu beobachten. Alle vier Produkte sprechen sowohl Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Verwaltung als auch das allgemeine interessierte Publikum an. Das alles gilt nicht und nur ganz am Rande für „die tageszeitung“ (TAZ). Sie repräsentiert in besonderer Weise ein wirtschaftskritisches Milieu und einen wirtschaftskritischen Journalismus, befördert durch die Gründungsmotive, aber auch durch die Art der Finanzierung und die Eigentümerstruktur.

Das Argument der potenziell möglichen qualitativ hoch stehenden Ausstattung der fachlich zuständigen Redaktion gilt auch für „Tagesschau“ (TS) und „Tagesthemen“ (TT). Diese beiden Sendungen sind im täglichen Nachrichtengeschäft mit die einflussreichsten und reichweitenstärksten. Wir gehen davon aus, dass es hier aus strukturellen Gründen – unabhängig von der anderen Art des Mediums und seinen besonderen Eigenschaften: Sprache anstelle Schrift, Ton und Bild, Vorgabe des Zeittaktes der Informationsaufnahme, Authentizität, Aktualität – Unterschiede in den Berichterstattungen geben muss: Ein Journalismus, der auch als kommerzielle Dienstleistung betrieben wird, muss tendenziell anders sein, als einer, der sich als Dienstleister in einer öffentlichen Sache versteht.

Mit der im Nachrichtenagentur-Segment führenden „Deutsche Presse-Agentur“ (DPA) und deren Berichterstattung über die Entwicklung der Finanzmarktpolitik versuchen wir vor allem die Möglichkeiten auszuloten, die den meisten anderen Medien – vor allem Regionalzeitungen und Hörfunksendern – in den von uns untersuchten Zeiträumen geboten waren, um über dieses gesellschaftlich ebenso bedeutsame wie komplexe Thema zu berichten (zu Studien über den teilweise sehr hohen Agenturanteil in der Berichterstattung von Regionalzeitungen vgl. Spachmann 2005, 255ff.). DPA gilt als Basisagentur und hat trotz harter Konkurrenz eine zentrale unangefochtene Marktposition. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass fachlich und thematisch klar positionierte Agenturen wie Reuters und Vwd, die in vielen Redaktionen vorhanden sind, ihre Berichte in der Auswahl von Thema und Perspektive sowie im Inhalt weitgehend mit Blick auf ihre wichtigen Kunden in der Wirtschaft und der Financial Community anfertigen,

während der DPA-Basisdienst auf breite Öffentlichkeiten zielt. Generell bieten Agenturen inzwischen fertige inhaltliche Produkte an, so dass die Medien zu reinen Distributionsstellen degradiert werden könnten. Es kann als gesichert gelten, dass die Nachrichten-Agenturen bei den Regionalmedien bezüglich der überregionalen Nachrichten die weitaus prägende Rolle vor allen anderen Quellen spielen und auch bei den überregionalen Medien von hoher Bedeutung sind.

## 2. Ereignisse und Auswertungszeiträume

Um das empirische Material einerseits quantitativ beherrschbar und andererseits für unser Thema ertragreich zu halten, haben wir Ereignisse bestimmt, von denen zu erwarten ist, dass sie Berichterstattung und Kommentierung in unserem Themenfeld auslösen. Vom Rücktritt Oskar Lafontaines als Finanzminister im März 1999 bis zum G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 handelt es sich dabei um die folgenden Ereignisse und Auswertungszeiträume:

### P1 Vor der Krise

1. Am 12. März 1999 trat überraschend der damalige Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine zurück. Dabei spielte auch das Thema Regulierung der Finanzmärkte eine Rolle.  
[Auswertungszeitraum 12.3. bis 19.3.1999]
2. Am 14. Juli 2000 verabschiedet der Bundesrat das Gesetz zur Freistellung der Gewinne aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen im betrieblichen Bereich. Am 1.1.2002 trat das Gesetz in Kraft.  
[Auswertungszeitraum 10.7 bis 18.7.2000 sowie 22.12.2001 bis 4.1.2002]
3. Am 22. Februar 2002 beschließt der Bundestag das Vierte Finanzmarktförderungs-Gesetz.  
[Auswertungszeitraum 15.3. bis 27.3.2002]
4. Vom 7. Mai 2003 datiert ein Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema Finanzplatz Deutschland weiter fördern (DS 15/930).  
[Auswertungszeitraum 5.5. bis 10.5.2003]
5. Der Deutsche Bundestag stimmt am 7. November 2003 der Zulassung von Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften zu. Das Investmentmodernisierungs-Gesetz ist Teil des von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) angekündigten Förderplans für den Finanzmarkt Deutschland.  
[Auswertungszeitraum 31.10. bis 10.11.2003]
6. SPD-Chef Franz Müntefering sagt am 17. April 2005 in der Bild am Sonntag: „Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten – sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“ Im Anschluss daran entsteht die „Heuschreckendebatte“.  
[Auswertungszeitraum 17.4. bis 23.4.2005]
7. Am 18. November 2005 schließt die Große Koalition ihren Koalitionsvertrag. Auf den Seiten 86 und 87 wurden Vereinbarungen über die weitere Förderung zur Modernisierung des deutschen Finanzmarktes festgehalten.  
[Auswertungszeitraum 14.11. bis 25.11.2005]
8. Am 30. November 2005 gibt Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung. Wird in den Medien das Fehlen des Themas bzw. seine Unterbewertung kritisiert?  
[Auswertungszeitraum 28.11. bis 3.12.2005]



## P2 In der Vorkrise

9. G8-Gipfel in Heiligendamm 6. bis zum 8. Juni 2007.  
[Auswertungszeitraum 31.5. bis 12.6.2007]
10. Am 9. August 2007 pumpt die EZB 95 Milliarden Euro in den Geldmarkt.  
[Auswertungszeitraum 7.8. bis 20.8.2007]

## P3 In der offenen Krise

11. Am 15. September 2008, dem schwarzen Montag, muss Lehman Brothers Insolvenz anmelden, Konkurrent Merrill Lynch wird von der Bank of America aufgekauft. Der US-Leitindex Dow Jones erleidet den stärksten Tagesverlust seit den Terrorattacken am 11. September 2001.  
[Auswertungszeitraum 15.9. bis 22.9.2008]
12. Am 13. November 2008 korrigiert die OECD ihre Wachstumsprognosen für 2009, das Statistische Bundesamt gibt neue Zahlen heraus; am 15. November beginnt der G20-Gipfel in Washington.  
[Auswertungszeitraum 12.11. bis 19.11.2008]
13. Am 13. Februar 2009 wird im Bundestag das Konjunkturpaket II beschlossen.  
Am 14. Februar verabschiedet der US-Kongress das größte staatliche Konjunkturpaket in der Geschichte der USA über rund 790 Milliarden Dollar.  
[Auswertungszeitraum 9.2. bis 17.2.2009]
14. Am 1./2. April 2009 findet in London ein G 20 Gipfel statt.  
[Auswertungszeitraum 25.3. bis 7.4.2009]

## P4 Konsequenzen aus der Krise

Die Artikel des Zeitraums 14 werden auch in die Auswertung dieser Phase einbezogen.

15. Am 17. Juni 2009 verkündet US-Präsident Obama eine Radikalreform der Finanzmärkte.  
[Auswertungszeitraum 11.6. bis 22.6.2009]
16. Am 24./25. September 2009 findet in Pittsburgh ein G 20 Gipfel statt.  
[Auswertungszeitraum 19.9. bis 28.9.2009]

Wir haben diese, einen Zehnjahreszeitraum umspannenden Ereignisse in vier Untersuchungsphasen P1 bis P4 aufgeteilt, um die Fragestellungen konkretisieren und die Beurteilungsmaßstäbe den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen zu können. Genauer erklären wir unser Vorgehen am Anfang des **Kapitels IV**.

Bezogen auf diese Ereignisse und Auswertungszeiträume hat sich ein Textkorpus ergeben, das 822 Artikel der fünf Tageszeitungen umfasst. Hinzu kommen 141 Beiträge der ARD-„Tagesschau“ bzw. der „Tagesthemen“; bei den DPA-Meldungen haben wir uns auf Zusammenfassungen beschränkt, insgesamt sind es 212 Meldungen des DPA-Basisdienstes. Das Material hat vor allem das Bundespresse- und Informationsamt nach vorgegebenen Schlagworten für uns recherchiert, das Willy-Brandt-Archiv hat Ergänzungslieferungen zur Verfügung gestellt. Gegengeprüft haben wir die Materialauswahl mit einer Abfrage der Genios-Datenbank.

Über die Untersuchung der fünf Qualitätszeitungen, der ARD-Tagesschau- und Tagesthemensendung (TS/TT) sowie des DPA-Basisdienstes hinaus analysieren wir in einer Sonderauswertung die Medienresonanz vier einschlägiger Reden und eines nicht gehaltenen Vortrags. In diese Analyse beziehen wir alle bundesdeutschen Zeitungsartikel ein, die wir bekommen konnten.

### 3. Fallstudien

- A) 6. März 2003 - Rede von Bundesfinanzminister Hans Eichel an der Universität in Frankfurt am Main über die Finanzmarktpolitik der Bundesregierung.  
[Auswertungszeitraum 5.3 bis 8.3.2003]
- B) 9. Juli 2004 wollte Ludwig Poullain, langjähriger Vorstandsvorsitzender der WestLB und Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, zur Verabschiedung des Vorstandschefs der Norddeutschen Landesbank, Manfred Bodin, eine kritische Rede zum Thema Investmentbanking halten, die er dann nicht halten durfte, die jedoch bekannt und dokumentiert wurde (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.2004, Nr. 163/ Seite 9).  
[Auswertungszeitraum 15.7. bis 20.7.2004]
- C) 10. Januar 2006 - Rede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main.  
[Auswertungszeitraum 7.1. bis 14.1.2006]
- D) 25. Mai 2006 - Grundsatzreferat von Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, auf dem DGB-Bundeskongress in Berlin.  
[Auswertungszeitraum 24.5. bis 31.5.2006]
- E) 14. Januar 2008 - Rede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vor rund 600 Führungskräften aus Wirtschaft und Finanzwelt, Frankfurt am Main, Topic of the Year  
[Auswertungszeitraum 12.1. bis 18.1.2008]

Für unsere Untersuchung ist relevant, ab wann und inwieweit die Massenmedien die Öffentlichkeit mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten, mit deren Risiken und dann nach und nach mit krisenhaften Symptomen konfrontiert haben. Wir werten die Beiträge, die von uns erfasst und codiert worden sind, quantitativ und qualitativ aus. Methodische und inhaltliche Erläuterungen dazu geben wir ebenfalls zu Beginn des Kapitels IV.

Deutungen und Bedeutungen zu rekonstruieren, Diskurslinien aufzuspüren, bildet ein wesentliches Moment der qualitativen Arbeit der Auswertung. Der Vorstellung, dass alle anderen Gefangene ihrer Diskurse seien, während wir souverän als Beobachter höherer Ordnung durch die Texte und Kontexte surfen, hängen wir nicht an. Deshalb versuchen wir in **Kapitel III** unsere Deutungsmuster soweit wie möglich offen zu legen und so die kritische Auseinandersetzung mit der Studie und ihren Resultaten zu beflügeln. Dafür entwickeln wir unseren Deutungsrahmen der Begriffe Journalismus und Wirtschaftsjournalismus; im Anschluss machen wir einige Anmerkungen zu unserem Verständnis der Finanzmarktkrise.

Der Literaturbericht, **Kapitel VI**, lehnt sich in seinen Fragestellungen und in seiner Darstellungsstruktur an dieses Kapitel III an. Über die Auswahl der Interviewpartner, über den Interviewleitfaden und über die Art der Interviewführung informieren wir in der Einführung zu **Kapitel V**.

Wir bemühen uns um durchlaufende Fäden und einander ergänzende Bauteile der Studie. Gleichzeitig versuchen wir – was die eine und andere Wiederholung verursacht – die drei Einzelemente und sogar herausgehobene

einzelne Abschnitte darin wie etwa die Untersuchung von TS/TT für sich alleine lesbar zu gestalten. Schließlich kommt „lesen“ vom Lateinischen „legere“ und bedeutet auch auswählen. „Woher nehme ich nur all die Zeit, so viele Bücher nicht zu lesen?“ fragte sich Karl Kraus schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

### III. Deutungsrahmen

Die Journalisten dieser Gesellschaft sind – allgemein formuliert – für deren (Selbst-) Beobachtung zuständig. Aber sie sind es nicht alleine. Auch die Wissenschaft, die Politik, die Religion beobachten und beschreiben unsere Gesellschaft. Aber offenbar anders. Wie der Journalismus die Gesellschaft beobachtet und wie er sie beobachten soll, welche seiner Beobachtungen der Journalismus publiziert und welche er publizieren soll, wie er seine Beobachtungen mitteilt und wie er sie mitteilen soll – auf alle diese grundlegenden Fragen sind die Antworten umstritten.

Es ist inzwischen auch umstritten, welchen Stellenwert der Journalismus hat und haben soll. Bedeutende Kommunikations-Wissenschaftler wie Otfried Jarren und Wolfgang R. Langenbucher werfen ihm vor, er habe seine eigentliche Aufgabe vergessen. So verweist Langenbucher darauf, dass die Pressefreiheit in ihrem eigentlichen Sinne „die Meinungsäußerungsfreiheit von Jedermann“ war und „nicht nur die des ökonomisch privilegierten Zeitungsherausgebers und auch nicht nur die des beruflich privilegierten Redakteurs“ (Langenbucher 2008, 16). Langenbucher erinnert als Begründung an die in Artikel 5 GG gewählte Reihenfolge: Zuerst werde eben die Meinungsäußerungsfreiheit jedes Staatsbürgers genannt, dann seine Informationsfreiheit und erst dann die Freiheiten der Medien selbst. So sei in Verbindung mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit, des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, des Petitionsrechts und der herausgehobenen Rolle der Parteien an der politischen Willensbildung davon auszugehen, dass diese Rechte zusammen „eine freiheitliche Kommunikationsverfassung“ postulierten, die eine politische Öffentlichkeit sicherstellen solle. So sei jede Studie und jede Debatte über Erfolge und Versäumnisse des Journalismus auch vor diesem Hintergrund des gewünschten kommunikativ tätigen Bürgers zu sehen (vgl. Langenbucher 2008, 17).

Die folgenden Überlegungen wollen vorklären, wie wir Journalismus, Wirtschaftsjournalismus und Finanzmarktkrise verstehen. Sie bereiten darüber hinaus den späteren Literaturbericht (vgl. Kapitel VI) vor. Ihr primärer Zweck ist es, unsere Positionen offen zu legen, um sie der kritischen Diskussion leichter zugänglich zu machen.

#### 1. Journalismus: Wie er funktioniert und was ihn möglich macht

Gerne durcheinander geworfen werden diese beiden Herangehensweisen, die zu unterscheiden aus unserer Sicht ein Stück Aufklärung bedeutet: erstens die „äußeren“ Erwartungen an den Journalismus, zweitens die ‚innere‘ Funktionsweise des Journalismus.

1. Man kann einerseits fragen und beschreiben, welche Leistungen vom Journalismus erwartet werden, also welche Anforderungen aus der Politik, der Wirtschaft, der Kultur etc. an die Arbeit der Journalisten gestellt werden. Dieser Blick von gesellschaftlichen Teil-Systemen aus auf den Journalismus ist die vorherrschende Perspektive; traditionell sind es vorrangig die Erwartungen der Politik, ‚der Demokratie‘, die dabei im Zentrum stehen. In seinen Selbstbeschreibungen und in seinem Normengerüst nimmt der Journalismus auf diese Erwartungen große Rücksicht, speisen sich daraus doch seine Bedeutung und Anerkennung, kann er damit doch seine Nützlichkeit belegen. Der kritische Abgleich findet gewöhnlich so statt: Der tatsächlich praktizierte Journalismus wird einerseits an den gesellschaftlichen Anforderungen der anderen gemessen und andererseits an den selbst gesteckten Zielen. Die Finanzkrise ist ein gutes Beispiel. Vor den Gefahren einer Krise nicht rechtzeitig und nicht intensiv genug gewarnt zu haben, ist ein Vorwurf, der von vielen Seiten erhoben wird, auch aus Journalistenkreisen und als Resultat unserer Untersuchung auch in dieser Studie.

Die Erwartungen, vor allem wenn sie sich zu Normen verdichten und als allgemeingültige Beurteilungsmaßstäbe wirken, sind entscheidend für den Umgang mit den journalistischen Leistungen; sie ermöglichen beispielsweise dem Publikum das Vergleichen und können den verantwortlichen Akteuren Ansporn sein. Nicht jeder normative Anspruch taugt jedoch und ist sinnvoll. Destruktiv sind Ansprüche, die unerreichbar, damit für den Journalismus entmutigend und für das Publikum frustrierend sind. Dazu gehört beispielsweise die Norm der Objektivität, also des Anspruchs, die Wirklichkeit zu erfassen – *die eine* Wirklichkeit, die es für Menschen gar nicht geben kann, wie Philosophen seit mehreren tausend Jahren belegen. Kein Mensch hat mehr als (s)eine Vorstellung von der Wirklichkeit. Niemand kommt über Wahrnehmungen und Erfahrungen hinaus oder hinter sie zurück. Miteinander verglichen werden können immer nur Wahrnehmungen der Wirklichkeit, nicht Wahrnehmungen *mit* Wirklichkeit. Klassisch ausgedrückt in dem Satz „Erfahrung ist die Ursache, die Welt die Folge“ (Heinz von Foerster). Darin liegt kein Alibi für jeden Quatsch. Zwischen den Darstellungen der Wirklichkeit einer akribisch forschenden Wissenschaftlerin und eines schön redenden Gebrauchtwagenhändlers werden sich qualitative Unterschiede ermitteln lassen; sie ändern nichts daran, dass auch die Wissenschaftlerin ‚die Wirklichkeit‘ nicht kennen kann. Dies wiederum darf nichts daran ändern, den Unterschied wichtig zu nehmen zwischen einem gründlich recherchierten und einem eilig aus PR-Material gefertigten journalistischen Beitrag. Jenseits der untauglichen, weil uneinlösbaren Anforderung der Objektivität lassen sich, wie unsere Studie zeigen wird, eine Menge sinnvoller Ansprüche formulieren. Und dies darf auch nichts daran ändern, die eine oder andere Norm wie Sterne am Himmel zu sehen: Sie sind unerreichbar und dienen trotzdem der Orientierung.

2. Man kann andererseits aber auch vom Journalismus selbst ausgehen und dann nach den Bedingungen fragen, unter welchen er ausgeübt wird. Man will dabei beispielsweise wissen, welche journalistischen Leistungen von diesen Rahmenbedingungen unterstützt werden, welche Leistungen durch sie erschwert oder sogar verhindert werden. Gilt der erste Blick dem Journalismus, ist die Frage gar nicht so leicht zu beantworten, was seine wesentlichen Eigenschaften sind. Was machen Journalisten? Sie entscheiden, was sie mitteilen und was sie nicht mitteilen; das machen alle, die kommunizieren. Sie veröffentlichen ihre Mitteilungen; das machen viele andere auch, zum Beispiel Buchautoren, Musiker, Maler. Sie publizieren so, dass es möglichst alle verstehen, wenden sich also an ein Laienpublikum; das machen Politiker mit ihren Reden und Schriften auch, ebenso wie Öffentlichkeitsarbeiter, Marketing- und Werbeleute. Sie verbreiten ihre Mitteilungen regelmäßig, mit einer festgelegten Periodizität; das machen Verbandszeitschriften und Kirchenblätter auch. Sie kommunizieren unabhängig, also nicht im Auftrag einzelner oder organisierter gesellschaftlicher Akteure; das machen die meisten Wissenschaftler und Künstler auch. Sie wollen, dass ihre Mitteilungen gelesen, gehört, gesehen werden, also dass ihr Publikum ihnen Aufmerksamkeit schenkt, sie interessant findet; das wollen alle, die Kommunikation als Belehrung oder als Unterhaltung anbieten. Sie wollen möglichst aktuell sein, aktuell verstanden als Summe aus neu und wichtig. Das scheint ein Alleinstellungsmerkmal zu sein. ‚Der rasende Reporter‘, der die neuesten Neuigkeiten anzubieten hat, gilt als eine Art Prototyp des Journalismus.

In summa: Aktuelle, öffentliche, allgemein verständliche Mitteilungen, die regelmäßig verbreitet und unabhängig hergestellt werden, also nicht am Interesse derer ausgerichtet sind, über die berichtet wird, sondern am Interesse des Publikums, machen den Journalismus aus.

Welche Basisleistungen erbringt eine journalistische Arbeit, die regelmäßig aktuelle, öffentliche, allgemeinverständliche Mitteilungen mit Blick auf Publikumsinteressen verbreitet? Sie informiert und orientiert. Jenseits der spezifischen Anforderungen der einzelnen Gesellschaftsbereiche sind es unseres Erachtens diese beiden Grundleistungen, die jede Art von Journalismus auszeichnen und die er für die Gesellschaft erbringt. Bleiben diese Leistungen partiell oder gänzlich aus, handelt es sich um schlechten oder keinen Journalismus. Über Umfang und Qualität der Informations- und Orientierungsleistungen ist damit natürlich noch nichts ausgesagt; hier öffnet sich ein weites Feld, das vielfältigen notwendigen Kontroversen Raum gibt.

Aus den dargestellten Eigenschaften ergeben sich unmittelbar die Gesichtspunkte – die in der Medientheorie so genannten Nachrichtenwerte –, welche die Auswahl der journalistischen Beobachtungen und Mitteilungen steuern wie Aktualität als Summe aus Neuigkeit und Relevanz, Prominenz, Konflikte, Abweichungen (Verstöße, am liebsten Skandale), Betroffenheit – im Kern alle Faktoren, die in der Kommunikation Aufmerksamkeit wecken. Wer versucht, in einem Vortrag oder in einem Gespräch das Interesse eines ihm fremden Publikums zu gewinnen, setzt diese ‚Instrumente‘ ein.

Wie jede andere Arbeit, etwa die medizinische, die wissenschaftliche oder die pädagogische, wird auch die journalistische von den Bedingungen beeinflusst, unter welchen sie ausgeübt wird. In der Reihenfolge, in der wir sie auch im Literaturbericht abarbeiten, lassen sich hier benennen:

#### a) Das journalistische Produkt als Wirtschaftsgut

Als ebenso auffällig wie selbstverständlich gilt die Bedingung, dass die journalistische Arbeit nicht nur ihre kommunikative Seite hat, sondern auch eine wirtschaftliche. Es genügt also nicht eine momentane Aufmerksamkeit für das journalistische Produkt, vielmehr muss das Interesse anhaltend so groß werden, dass es eine finanzielle Aufwendung auslöst entweder des Medienkonsumenten oder des Werbekunden.

Die Art und Weise, wie Bezahlung und Konsum der journalistischen Arbeit gekoppelt sind, wirkt sich nachhaltig auf das Produkt aus. Der Unterschied wird üblicherweise markiert im Vergleich zwischen einer Boulevardzeitung, die jeden Tag ihre Käufer finden muss, und einer Sendung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die über die monatliche Grundgebühr mitfinanziert wird. Immer wieder kritisch diskutiert wird die Werbefinanzierung journalistischer Arbeit, etwa am Beispiel privater Free-TV-Sender, deren Programm, so die weit verbreiteten Urteile, aus ‚billiger‘ Unterhaltung besteht. Unverkennbar führt die Kommerzialisierung der Medien zum Hochdrehen der Aufmerksamkeitsskala und damit zum auffälligen Hervortreten von Phänomenen wie Personalisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung, Polarisierung, Boulevardisierung. Kommunikations- und Verkaufslogik verschmelzen hier auf eine Weise, die in der Unterhaltung ihre Synthese findet. Medien, die verkauft werden müssen, das lässt sich am Film und an der Schallplatte schon früh und später dann an der Entwicklung des Privatfernsehens besonders augenfällig ablesen, driften Richtung Unterhaltung ab.

#### b) Die Journalisten, ihre Qualifikation und ihre Sozialisation

Zu den wichtigsten Bedingungen des Journalismus gehören die Journalistinnen und Journalisten selbst, ihre Qualifikation und ihre Sozialisation.

#### c) Zum journalistischen Arbeitsalltag

In seiner empirischen Vielfalt schwer zu erfassen, gleichwohl als wesentlicher Einflussfaktor zu berücksichtigen, ist der konkrete Arbeitsalltag in den Redaktionen, in seiner zeitlichen, sozialen und sachlichen Dimension.

#### d) Die PR-Arbeit – Quantität und Intensität versuchter Einflussnahmen

Quantität und Intensität der PR-Arbeit, die auf die journalistischen Produkte Einfluss zu nehmen versucht, haben sich zu einem Faktor entwickelt, welcher der journalistischen Arbeit einen Rahmen setzt und deshalb intensive Beobachtung verdient. Der Wirtschafts- und Finanzjournalismus ist davon in besonderer Weise betroffen.

## e) Die andere Seite des Journalismus: sein Publikum

Trotz folgenreicher Unterschiede haben persönliche und massenmediale Kommunikation dieses gemeinsam: Sie können nicht gelingen ohne Adressaten. Kommunikationstheorien erläutern seit Jahrzehnten, dass das Mitteilungsverhalten der Absender nicht zu verstehen ist ohne das Rezeptionsverhalten der Adressaten. Dennoch bleiben empirische Untersuchungen von Presse, Funk, Fernsehen und Internet – auch die hier vorgelegte – einseitig auf die Produkte und die Produzenten der Massenmedien ausgerichtet. Es hängt gewiss mit dem Charakter der Massenmedien zusammen, dass die Konsumenten vorrangig als Objekte in den Blick kommen und nach den Wirkungen der Massenmedien auf ihr Publikum gefragt wird. Umgekehrt werden Auswirkungen des Konsumentenverhaltens primär – besonders in negativen Fällen – ökonomisch thematisiert. Aber Quoten- und Auflagenentwicklungen führen natürlich auch zu journalistischen Entscheidungen. Deshalb: Das Publikum, das tatsächliche und das potentielle, bildet eine beachtliche, aber im Einzelnen schwer zu messende Einflussgröße.

## f) Mediengattung und Medienformat

Große Auswirkungen haben, es liegt auf der Hand, die Mediengattung und das Medienformat. Ob „in Echtzeit“, tagesaktuell oder im Wochenrhythmus berichtet wird, ob es sich um gedruckte oder gesendete Beiträge handelt, Mediengattungen und -formate drücken der journalistischen Arbeit ihren Stempel auf.

In der Summe ergibt sich aus alledem die konkrete Arbeitssituation in ihren beiden Dimensionen, einerseits der *Beobachtung* und andererseits der *Vermittlung*. Für die Beobachtungsleistungen ist der entscheidende Punkt die Art und Weise, wie Journalisten an ihre Informationen kommen. Welche Ressourcen stehen für eigene Recherchen zur Verfügung? Wie häufig werden Informationsangebote, also PR-Leistungen der gesellschaftlichen Akteure ungeprüft übernommen? Die Vermittlungsleistung zeigt sich daran, *wie* Journalisten ihre Informationen selektieren und publizieren.

## 2. Krisen und Umbrüche im Mediensystem

Die Studie wird in einer Zeit angefertigt, in der sich das massenmediale System selbst in einem Umbruch befindet, der sich für Teile des Systems in einer wirtschaftlichen Krise ausdrückt. Während der öffentlich-rechtlich organisierte und weitgehend über Gebühren finanzierte Teil unverändert unter ökonomisch relativ stabilen Bedingungen arbeiten kann und nur – natürlich nicht aus Sicht der Betroffenen – vernachlässigbare Einschränkungen hinnehmen muss, ist der privatwirtschaftlich organisierte Teil (Fernsehen, Hörfunk, vor allem Tages-, aber auch Wochenzeitungen) spätestens seit Beginn dieses Jahrtausends von ständigen wirtschaftlichen Sparmaßnahmen in seiner Arbeit beeinträchtigt. Es befinden sich meist die General-Interest-Produkte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich unverändert dem Anspruch stellen, die Gesellschaft über alle wichtigen Ereignisse aus allen wichtigen Bereichen (Politik auf den verschiedenen Ebenen, Wirtschaft und vor allem Kultur, Sport) zu informieren, diese Ereignisse zu analysieren, zu erläutern und zu kommentieren. Diese General-Interest-Medien zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihr Publikum jeweils gleichermaßen in deren Rollen als Konsumenten und als politische Bürger ansprechen; eine Doppelung, die Folge der von dem Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg genannten „eingebauten Schizophrenie“ ist, dass Medien janusköpfig, also zugleich ein öffentliches Gut und privatwirtschaftlicher Akteur sind.

Es wird in diesem Zusammenhang allgemein beklagt, dass es eine Vereinheitlichung der Inhalte bei einer zeitgleichen Vervielfältigung der Vertriebswege gebe. Es gibt ferner Indizien dafür, dass es sich um eine Wirtschafts- und zugleich um eine Akzeptanzkrise handelt. Vor allem die Tageszeitungen verlieren nicht nur Anzeigen, sondern auch Leserinnen und Leser. Es ist anzunehmen, dass damit die Gattung Tageszeitung auch insofern an Macht, Ansehen und Einfluss verliert, als sie weniger als zuvor in der Lage ist, aus eigener publizistischer Kraft regional wie national Themen zu setzen. Dieser Aspekt macht darauf aufmerksam, dass die Schwächung des massenmedialen Systems nicht nur, vielleicht sogar nur vordergründig auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen ist.

Das Internet hat, seit es Massenmedium ist, eine grundlegend neue Situation geschaffen: Die potenziellen Möglichkeiten der Vervielfältigung von Medien und der damit verbundenen Fragmentierung der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit hat ein neues qualitatives Niveau erreicht. Die Option, die diese Technik in sich birgt, die bisher klar getrennten Rollen von Konsument und Produzent aufzuheben, bringt die grundsätzliche Gefährdung der Position des professionellen Journalismus als Gatekeeper mit sich; oder, anders gedacht, die grundsätzliche Chance, sie endlich zu überwinden, denn in der Rolle des Journalisten als Gatekeeper steckt im Zweifel immer noch der Eigentümer oder Kapitalgeber. So besteht der oben diagnostizierte Umbruch auch in einer wirtschaftlichen, vor allem aber in einer inhaltlich-konzeptionellen Erschütterung. Der professionelle Journalismus muss die Sinn-Frage neu beantworten. Dieser Umbruch findet wiederum in einer Zeit statt, in der verlässliche Massenmedien für das Funktionieren von politischer Öffentlichkeit und Demokratie wegen der tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht zuletzt die Rolle der Politik und ihres Zentrums, des Staates, betreffen, wichtiger denn je sind (vgl. zu dem letzten Punkt Vogel 2007).

### 3. Politik- und Wirtschaftsjournalismus: Unterschiede und Besonderheiten

Guter Journalismus gute Demokratie, schlechter Journalismus ... . So schlicht funktioniert die Gleichung nicht, aber unbestreitbar haben die Leistungen des journalistischen Systems Einfluss auf die Qualität der modernen Demokratie, denn sie sollen und wollen den Einzelnen ebenso wie den Organisationen Informationen und Orientierungen bieten. In individuellen Entscheidungen, Beratungen von Vorständen, in Beschlüssen von Regierungen spielen – einmal mehr, manchmal weniger – journalistische Produkte eine Rolle. Interne und öffentliche Kommunikationen sind an tausend Fäden miteinander verwoben.

Seit dem 18. Jahrhundert beruhen die Erfahrungen und Kenntnisse der Menschen zu einem abnehmenden Teil auf eigener Wahrnehmung. Die unmittelbare Erlebniswelt der Einzelnen ist sehr klein geworden, verglichen mit der unübersehbaren Ereignisfülle des globalisierten gesellschaftlichen Umfeldes, über das täglich 24 Stunden lang Nachrichten offline und online verbreitet werden. Was wir wissen und was wir noch dazu lernen, basiert heute in hohem Maße auf Massenkommunikation. Unmittelbare Wahrnehmung und direkte Kommunikation bleiben wichtig, unsere persönlichen sozialen Kontakte tragen zu unserer Meinungs- und Willensbildung nach wie vor entscheidend bei. Aber ohne Anschluss an die Massenkommunikation der Print-, Funk- und Computermedien ist niemand mehr ‚gesellschaftsfähig‘. Die Gespräche in familiären, nachbarschaftlichen, kollegialen, geselligen Beziehungen einerseits und andererseits die Nachrichten, Meinungen, Informationen und Unterhaltungen, die uns via Massenkommunikation erreichen, bilden ein Netzwerk, dessen Einfluss- und Wirkungszusammenhänge schwer entwirrbar verflochten sind. Schon deshalb lässt sich im konkreten Fall trefflich darüber streiten, welche Mitteilungen welche Wirkungen verursachen.

In der Massenkommunikation hat der Journalismus keine exklusive, aber eine prominente Rolle. Journalismus soll, in den Worten von Pöttker, „möglichst viele Wirtschaftssubjekte und Bürger möglichst schnell und möglichst unverzerrt mit den Kenntnissen [zu] versorgen, die sie für das Leben in einer komplexen Gesellschaft brauchen, aber dort aufgrund unmittelbarer Wahrnehmung und Erfahrung nicht erlangen“ (Pöttker 2000, 377) können. Es ist kein Zufall, dass die Gesellschaftsmitglieder gerade als ökonomische und als politische Subjekte angesprochen werden. In der ‚freien Wirtschaft‘ und in der ‚demokratischen Politik‘ kommt es auf die (Wahl-)Entscheidungen der Einzelnen in besonderer Weise an; beide Seiten, sowohl diejenigen, die wählen, als auch diejenigen, die gewählt werden, sind auf die Verbreitung und die Rezeption von Informationen angewiesen. Mit Kultur und Sport an der Spitze gibt es darüber hinaus vielfältige (Reise, Wissenschaft, Mode, Verkehr etc.) Gesellschaftsbereiche, die ‚von Interesse‘ sind; über sie allgemein zugängliche Informationen zu verbreiten, findet Nachfrage. Aber als Entscheidungsträger, deren Votum folgenreich ist nicht nur für die eigene Zukunft, sondern auch für den Gang der Dinge insgesamt, treten die Gesellschaftsmitglieder in erster Linie auf dem ökonomischen und dem politischen Feld auf. Dies tun sie allerdings auf ganz verschiedene Weise, denn das Wirtschafts- und das Politiksystem sind sehr unter-

schiedlich strukturiert. Grundsätzliche Gemeinsamkeiten und operative Unterschiede gilt es deshalb auch im Auge zu behalten, wenn die Arbeit des Wirtschafts- und des Politikjournalismus analysiert und bewertet wird.

In der Literatur über Wirtschaftsjournalismus finden sich vielfach und wiederkehrend Hinweise auf Besonderheiten, auf – im Vergleich zu anderen journalistischen Disziplinen – erschwerende Umstände, Recherche- und Darstellungsschwierigkeiten, Aufmerksamkeitsdefizite des Publikums, Anerkennungs- und Statusprobleme des Wirtschaftsjournalismus und seiner Produkte. Überraschend selten wird versucht herauszufinden, woraus diese Unterschiede entspringen könnten.

Politik- und Wirtschaftsjournalismus, obwohl unter der Überschrift Journalismus vereint, sind unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen Voraussetzungen gestartet. Diese Bedingungen haben sich inzwischen angeglichen, aber markante Eigenarten sind geblieben. Die größere Rolle spielt aus mehreren Gründen von Anfang an der politische Journalismus.

Erstens bezieht er sich auf die politischen, also die kollektiv verbindlichen, die für alle gültigen Entscheidungen, die Gesetze, darunter die ‚Schicksalsfragen der Nation‘ wie Krieg und Frieden. Solange der Politik und hier vor allem dem Staat als ihrem Zentrum die Verantwortung für das Gemeinwohl und die Fähigkeit zur Steuerung der Gesellschaft zugeschrieben wird, kommt der Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten eine herausgehobene Bedeutung zu.

Zweitens ist die personelle Besetzung wichtiger politischer Stellen, allen voran der Parlamentsmandate, in der Demokratie an turnusmäßige Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger gebunden. Sollen diese Wahlentscheidungen ‚gut informiert‘ erfolgen, leiten sich daraus auch Anforderungen an die Informationsvermittlung durch die Medien ab.

Drittens – und das ist der folgenreichste Grund – bleibt in demokratisierten politischen Systemen das Kerngeschäft der Politik, also Gesetze vorzubereiten, zu beschließen und durchzusetzen, kontinuierlich an Prozesse öffentlicher Beobachtung, Darstellung und Diskussion gebunden. Im Spiegel der öffentlichen Meinung überprüfen die politischen Akteure die aktuellen Akzeptanzwerte ihrer (potentiellen) Entscheidungen. Die Öffentlichkeit feudaler Gesellschaften war ein exklusiver Ort der Repräsentation der Herrschaft. Dagegen setzte sich in der aufkommenden bürgerlichen Gesellschaft die Vorstellung durch, dass aus dem Widerstreit öffentlich geäußerter freier Meinungen ein vernünftiges Urteil erwächst, welches als ‚öffentliche Meinung‘ eine Orientierungs- und Kritikfunktion hat. Öffentlichkeit wird als ein Forum der Vernunft und der Kritik verstanden. Neben der Teilung der Gewalten und der Differenzierung in Regierung und Opposition soll die öffentliche Meinung eine weitere demokratische Barriere gegen willkürlich oder einseitig instrumentalisierte Macht sein.

### **Vertrauen auf und Misstrauen gegen die öffentliche Meinung**

Die Idee, dass die öffentliche Meinung kritische Anwältin der Vernunft ist, wird mit der modernen Demokratie konstitutiv verbunden. So genießt die öffentliche Meinung auch im alltäglichen Leben, in der Praxis allseitige Aufmerksamkeit und Beachtung. Aber ihr konkretes Zustandekommen wird im Alltag von denjenigen, die in der öffentlichen Meinung schlecht(er) dastehen, regelmäßig und mit starken Argumenten als defizitär beschrieben. Ob sich Elisabeth Noelle-Neumann über die Schweigespirale, die Gewerkschaft über den neoliberalen Mainstream, die Chemieindustrie über wachsende ökologische Vorurteile oder die SPD über den Merkel-Bonus beschwert, stets wird ein öffentliches Fehlurteil vermutet. Das Vertrauen auf und das Misstrauen gegen die öffentliche Meinung bilden selbst ein Moment des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses. Die ambivalente Bewertung der öffentlichen Meinung kann nicht ohne Folgen bleiben für die Beurteilung der journalistischen Leistungen, auch hier ist eine gewisse Zwiespältigkeit zu erwarten.

Wegen des wesentlichen Beitrages der Massenmedien zur Herausbildung der öffentlichen Meinung wird der Journalismus auch als ‚Vierte Gewalt‘ bezeichnet, die im Rahmen der Gewaltenteilung die Entscheidungsträger in



Exekutive, Legislative und Judikative überwachen und auf Fehlverhalten aufmerksam machen soll. Zwar ist diese Funktion in den Verfassungen moderner Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland oder den USA nicht explizit genannt. Spezifische rechtliche Rahmenbedingungen journalistischer Arbeit wie zusätzliche Informationsrechte, der besondere gesetzliche Schutz von Redaktionen und Journalisten vor Übergriffen der Exekutiven, aber auch die öffentlich-rechtliche Rundfunkverfassung unterstützen jedoch genau diese Leistung und damit auch diesen Anspruch.

Sobald sich ein eigenes Mediensystem herausgebildet hatte, differenzierte sich der Begriff der öffentlichen Meinung aus. Es wird jetzt unterschieden zwischen der veröffentlichten Meinung und der demoskopisch ermittelten Meinung der Bevölkerung, und beide werden nach politischem Bedarf gegeneinander ausgespielt. Festzuhalten bleibt dennoch: Die enge Kopplung des Öffentlichkeitsverständnisses und der öffentlichen Meinung an das politische System hebt den Politikjournalismus in den Status der Königsdisziplin.

Zusammengefasst: Für politische Akteure, egal ob sie regieren, opponieren oder protestieren, hat die von Journalisten hergestellte Öffentlichkeit hohe Relevanz, weil sowohl die veröffentlichte Meinung als auch die politische Meinungs- und Willensbildung der Wählerschaft Einfluss auf politische Erfolgsaussichten haben. Der Blick in den Spiegel der öffentlichen Meinung ist für die Politik elementar und ein selbstverständlicher Teil politischer Entscheidungsprozesse.

### Besonderheiten des Wirtschaftsjournalismus

Dagegen gilt der erste Blick der Wirtschaftsakteure dem Marktgeschehen. Der Spiegel, in dem ökonomische Entscheidungen kontrolliert werden, ist der Markt, wo die individuellen und organisationalen Kaufhandlungen stattfinden – oder wo sie eben nicht stattfinden. Als Orientierungspunkt sowohl für Nachfrage- als auch für Angebotsentscheidungen spielt zwar inzwischen auch die öffentliche Meinung zunehmend eine beachtliche Rolle; ein Beleg dafür ist zum Beispiel die „CSR-Frage“ nach der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen. Aber das dominierende Kriterium des Wirtschaftsprozesses bildet unverändert der Preis. Die ‚Öffentlichkeit‘ des Marktes, an der sich wirtschaftliche Entscheidungen orientieren, wird (anders als die politische Meinungsöffentlichkeit) vom Journalismus nicht erzeugt; der ökonomische (Waren-)Markt existiert *neben* dem Journalismus, der politische (Meinungs-)Markt *durch* den Journalismus. Nicht umsonst – im mehrfachen Wortsinn – ist die Werbung die vorrangige Form öffentlicher Wirtschaftskommunikation.

Die tragende Rolle der Wirtschaft für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen auf der einen Seite, die Nebenrolle des Wirtschaftsjournalismus im Kontext der massenmedialen Kommunikation andererseits – dieser Widerspruch muss unverständlich bleiben, wenn dieser entscheidende systematische Unterschied nicht mitgedacht wird: Im Gegensatz zur Politik hat die primäre Informations- und Orientierungsfunktion für die Wirtschaft der Markt, nicht der Journalismus. Deshalb hat für Wirtschaftsakteure der Journalismus – inzwischen zwar eine gestiegene, aber im Prinzip – nur sekundäre Bedeutung. Auch die viel beschworene Komplexität hängt damit zusammen. Denn politische Entscheidungsprozesse sind keinesfalls weniger komplizierte Vorgänge als wirtschaftliche. Aber der politische Journalismus hat aufgrund seiner konstitutiven politischen Rolle eine ungleich bessere Position, ungleich bessere und informativere ständige Zugänge, eine ungleich bessere Beobachterposition als der Wirtschaftsjournalismus.

Damit sind die strukturellen Unterschiede zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Politik- und Wirtschaftsjournalismus noch nicht hinreichend benannt. In der Politik der modernen Gesellschaft entscheiden idealtypisch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über öffentliche Angelegenheiten, in der Wirtschaft entscheiden vor allem Privatleute über ihr Eigentum, ob dieses Eigentum nun Kapital, Ware, Geld oder Arbeitskraft ist. Man kann letzteres – angesichts der teilweise sehr weit reichenden Wirkungen solcher ‚Privatentscheidungen‘ – als unangemessen kritisieren. Aber erst einmal ist es für das Verständnis auch des journalistischen Umgangs mit der Wirtschaft hilfreich,

zur Kenntnis zu nehmen, dass es so ist. Denn auch wenn sich inzwischen sehr vieles angeglichen hat, so steht im Prinzip mit Politik und Wirtschaft das Öffentliche dem Privaten gegenüber. Und das hat weit reichende Folgen für den Journalismus: Denn die Beobachtung des Öffentlichen, die Kritik an ihm und die entsprechenden Zugänge sind selbstverständlich, ja, sie werden dem Journalismus als Kernaufgabe geradezu abverlangt – für das Private gilt dies alles erst einmal gar nicht. Entsprechend entwickelten sich der Wirtschaftsjournalismus und der politische Journalismus zunächst unabhängig voneinander (zur historischen Entwicklung vgl. auch Spachmann 2005, 36 ff.), vermutlich mit sehr schwerwiegenden Folgen: Die jeweils herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihren dazu gehörenden Werten und Normen wurden von den Medien nicht in Frage gestellt, sondern als Grundlage der eigenen Arbeit akzeptiert; das macht sich bis heute in den grundsätzlichen Problemen des Wirtschaftsjournalismus bemerkbar, auf kritische Distanz zu seinem Beobachtungsgegenstand zu gehen und in dieser Position auch zu halten.

Nicht nur ihr ‚privater‘ Charakter, auch ihr Auftauchen aus dem und ihr Abtauchen in den Markt entziehen wirtschaftliche Entscheidungen kritischen öffentlichen Einblicken. Für die Wahrnehmung der Marktwirtschaft gilt: „Die Wirtschaft ist so etwas wie ein blinder, sich selbst steuernder Mechanismus. Und prägende Handlungsträger, wie sie in Politik, Kunst oder Sport deutlich sichtbar werden, sind kaum auszumachen. Verantwortliche schon gar nicht. Dies ist journalistisch schwer zu vermitteln.“ (Heinrich/Moss 2006, 14) Umgekehrt ist an vermehrter und intensiverer Wirtschaftsberichterstattung ablesbar, wie die Personalisierung als Darstellungsmodus zunimmt, weil sie die Vermittlung erleichtert.

Es kommt ein weiterer Unterschied hinzu. Das Arbeitsfeld ist für Politikredaktionen relativ klar definiert: Hier der Staat als (Verwaltungs)Zentrum mit der Regierung an der Spitze, dort politische Parteien, Verbände, soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen als Machtfaktoren und als Drittes die Wählerschaft, die das vorgeschlagene Personal für Regierungsämter auswählt. Aber was gehört zur Wirtschaft? Zweifelsfrei die Wirtschaftsunternehmen. Die Unternehmensberichterstattung bildet das Herzstück und mit ihr alle Themen, die sich um Branchen und Märkte drehen. Wie steht es mit den Verbrauchern? Inzwischen ist das keine Frage mehr, sie werden berücksichtigt. Was ist mit den Arbeitskräften und mit der Arbeit überhaupt? Wenn es um arbeits-, tarif- und sozialrechtliche Fragen geht, vagabundieren die Themen bereits zwischen den Wirtschafts- und Politikredaktionen hin und her. Äußern sich die Tarifparteien zu allgemeinen Fragen, so beschäftigen sich oft die Politikressorts mit ihnen, geht es inhaltlich eng um Tarifvertrags-Verhandlungen, dann ist es ein Thema für die Wirtschaftsressorts. Und wer beschäftigt sich mit dem Thema des gesetzlichen Mindestlohns oder der Globalisierung oder der Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten des wirtschaftlichen und zulasten des politischen Systems? Ein gerade herausragend wichtiges aktuelles Wirtschafts-Ereignis kann auf die Seite 1 wandern, um anschließend wieder auf den hinteren Seiten des Wirtschaftsressorts zu ‚verschwinden‘. Die Redaktionen entscheiden sich hier durchaus unterschiedlich; mal spielen die Sachlage, mal einfach der Dienst- und Urlaubsplan die ausschlaggebende Rolle.

Der Finanzmarkt und seine Akteure werden eindeutig der Wirtschaft zugeordnet; geht es um Finanzmarktpolitik, fließen die Grenzen schon wieder. Vagabundierende Themen sind jedoch nicht selten Themen, die nur unregelmäßig bearbeitet werden, für die zuletzt Kompetenzen und Ressourcen zur Verfügung gestellt und zuerst wieder gestrichen werden, auch weil sie zwischen den Zuständigkeiten und Ressorts hindurch fallen, und eben nur dann zum Thema für die Redaktion werden, wenn etwas ganz Besonderes sich ereignet.

Je enger das Thema wirtschaftlich zu definieren ist, desto sicherer ist es, dass die Wirtschaftsressorts es bearbeiten und auch auf den eigenen Seiten publizieren. Je weiter das Thema definiert werden kann, je mehr Bezüge zu anderen Akteuren und Systemen möglich sind und je breiter das (potenzielle) Publikum ist, das eher in seiner Rolle als politischer Bürger und weniger in der des privaten Anlegers und Konsumenten angesprochen wird, desto häufiger kann das Thema vagabundieren. Bei diesen letzteren Themen, die erkennbar in politische und gesellschaftliche Zusammenhänge hineinreichen, spielen die allgemeinen Anforderungen der Gesellschaft an den Journalismus – inklusive seiner Kritik- und Kontrollfunktion – auch im Wirtschaftsjournalismus eine deutlich größere Rolle.

#### 4. Finanzmarktkrise: Worüber wir reden

Wir wollen versuchen – als volks- und betriebswirtschaftliche Laien –, etwas genauer zu definieren, was wir unter der Finanzmarktkrise verstehen, und worin der inhaltliche Kern unseres Untersuchungsgegenstandes besteht. Dass eine Krise, sonst wäre sie keine, Ungewissheiten und Kontroversen hervorruft, was ihre Ursachen, ihren Verlauf und ihre Lösungsmöglichkeiten betrifft, ist normal (vgl. Merten, 2008). Das Ausmaß der Irrungen und Wirrungen wechselt.

Die Bandbreite an Verirrungen liegt auf dem Tisch: Wer eine Ursache klar benennt und alles darauf zurückführt, kann in die Irre führen und das Wesentliche aus dem Blickwinkel verbannen. Wer dagegen die Zusammenhänge von mehreren oder gar zu vielen Ursachen und Tendenzen betont und in deren gegenseitigen Verstärkung das Wesentliche sieht, gerät wiederum leicht in die Gefahr, mehr Nebel als Klarheit zu produzieren und beispielsweise Verantwortlichkeiten verschwimmen zu lassen. Wo einer der Schuldige ist, spricht viel dafür, dass es der Falsche ist. Wo alle schuldig sind, ist es am Ende niemand.

In der Abwägung dieser beiden Extreme gehen wir jedoch von der Prämisse aus, dass in der ‚Aufteilung und fachlichen Zergliederung‘ von Themen und Entwicklungen und in der systematischen Vernachlässigung und Geringschätzung themen- und fachübergreifender Analysen, die sich auf das Herausfinden von Wechselwirkungen und Zusammenhängen konzentrieren, der entscheidende Grund liegt, warum (auch) das journalistische System nicht in der Lage war, seine fachliche Rolle als Frühwarnsystem zu erfüllen. Wir finden, dass genau dieser Fehler bei der Debatte über Ursachen und Konsequenzen nicht wiederholt werden darf.

*Es gibt eher volkstümliche Varianten der Krisenerzählung, die ziemlich eindimensional angelegt sind, und eine könnte so gehen:*

Es geht kein Gespenst um, sondern eine Räuber-Bande. Einst erbrachte sie, die Banken- und Finanzbranche, nützliche Dienste: Sie stellte zuverlässig Geld für Unternehmen und Bürger zur Verfügung, damit diese damit wirtschaften konnten. Heute müssen sich die westlichen Demokratien eingestehen, dass sie dieser Branche nicht mehr Herr werden. Sie ist – von den Demokratien aus gesehen – außer Kontrolle. Sie lebt, mit den Investment-Bankern, ihren Elite-Söldnern, als Herzstück nach eigenen Gesetzen in einer eigenen Welt. Diese Welt besteht nicht aus Ländern und Gesellschaften wie die, in denen wir leben. Die Treffpunkte dieser globalen Finanz-Community sind die internationalen Flughäfen, wichtige Konferenzen, Meetings, mal an diesem und mal an jenem Ende der Welt; und die wichtigsten dieser Treffen finden in den Medien gar keinen, die weniger wichtigen den größten Widerhall. Deshalb sind die Mitglieder dieser letztlich gemeingefährlichen Kaste von keiner der herkömmlichen Mentalitäten, Kulturen, Sitten und Gebräuchen geprägt. Ihre Gesellschaft kann primitiv genannt werden, da das Streben nach hohen Renditen alles andere überwölbt. Sie nehmen alles mit der Absicht in die Hand, es zu mehr Geld zu machen. Und sie können das, was sie in die Hand nehmen, auch erst dann spüren und erkennen, wenn es zu Geld geworden ist. Sie arbeiten täglich und lange, mit höchster Konzentration, präzise, rücksichtslos. Deshalb sehen sie sich als eine allen anderen überlegene und unentbehrliche Elite, die Höchst-Gehälter und Millionen-Boni verdient hat. Diese Kaste lässt sich in den jeweiligen nationalen Gesellschaften von hochrangigen Managern repräsentieren. In Deutschland ist dies beispielsweise Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank. Er hält mit uns Bewohnern demokratischer Gesellschaften Kontakt, vertritt die Interessen seiner Finanz-Community und müht sich, ihr einen Rest an Ansehen zu erhalten; aus taktischen Gründen, denn wichtig ist es vielleicht ihm, ihr aber nicht. Es spricht viel dafür, dass Ackermann selbst ein Getriebener ist. Denn er hat seine Jungs, er hat das vom Finanzkapital geschaffene, mächtig gewordene System längst nicht mehr im Griff. Vielmehr hat die Welt, die er repräsentiert, ihn im Griff. Und er weiß, was er meint, wenn er sagt: „Aber natürlich ist das aus der Logik einer Welt gesprochen, die nicht öffentlich darstellbar ist, das ist mir auch klar.“ (zitiert nach Deckstein 2009)

Das, was passiert ist, ist für uns, die demokratischen Gesellschaften, ein Drama. Für die Finanz-Community ist es der normale Lauf der Dinge. Was ist passiert? Die Finanzwelt hat mit ihrer sekundlichen Jagd nach der jeweiligen Höchstrendite viel Geld verdient. Sie ließ wenige Millionen Menschen daran teilhaben. Sie schadete damit hundert Millionen und führte die Welt-Wirtschaft an den Abgrund. Die wichtigsten Regierungen retteten das System mit vielen hunderten Milliarden Euro an Steuergeldern. Die alleinige Folge des Krisenmanagements: Jetzt haben die Staaten, also die Öffentlichkeiten, sich die Schulden aufgebürdet, die zuvor die Banken belasteten. Deshalb geht es den Banken jetzt gut, den Staaten schlecht. Denn die Staaten haben sich deshalb finanziell fast stranguliert. Die produzierende Wirtschaft taumelt immer noch, kommt mit Mühe auf die Beine, auch weil das Finanzkapital sich der Rolle als Dienstleister verweigert und keine günstigen Kredite bereitstellt. Es selbst verdient – mit den Steuergeldern – bereits wieder Höchst-Renditen. Die Investment-Banker und andere machen trotz der Erfahrung dieser einschneidenden Krise selbstverständlich weiter wie bisher, sonst wären sie keine Investmentbanker – wie ein Leistungssportler, der nicht mehr siegen will, kein Leistungssportler mehr ist.

Immer wieder trifft Angela Merkel, die demokratisch gewählte Kanzlerin einer der größten Wirtschaftsnationen dieser Welt, auf nationalen Gipfeln zusammen mit hochrangigen Industrie-Managern und appelliert an das Finanzkapital, es möge seiner Pflicht gegenüber der Gesellschaft nachkommen. Vermutlich gab es schon hundert Appelle. Wir müssen lernen, dass dies nichts nützt. Denn diese Kaste versteht uns nicht. Sie weiß nicht, was Pflicht ist. Sie weiß nicht, was eine Gesellschaft ist. Vermutlich verachtet sie unsere Repräsentanten ob ihrer Appelle. Wir müssen damit auch lernen, dass die Instrumente der Demokratie erschöpft sind, zumal die Lobbys zu stark und die Möglichkeiten der Community, missliebige politische Entscheidungen zu unterlaufen, zu groß sind. Was tun? Wie können sich die Demokratien mit ihren Industrien gegen das Finanzkapital durchsetzen?

*Nun folgt unsere rationalere Variante der Krisen-Erzählung, die sich um Mehr-Dimensionalität bemüht:*

Beginnen wir deutsch, also grundsätzlich. Niemand hat mehr Schulden als die Banken. Die berüchtigten Staatsschulden, die regelmäßig Schlagzeilen machen, lagen Ende 2008 in der Bundesrepublik bei knapp 1,7 Billionen Euro. Die sogenannten Passiva der Banken standen (ohne Bundesbank) im Dezember 2008 bei mehr als 5 Billionen Euro. Aber so werden Geldinstitute im Alltag nicht gesehen. Niemand würde auf die Frage, wer große Schulden hat, die Banken nennen, obwohl sie mit Abstand die allermeisten aufhäufen. Sie machen so viel Schulden, dass sie diese verkaufen. Banken verleihen geliehenes Geld. Sie verkaufen das Geld anderer Leute, also ihre eigenen Schulden, mit Gewinn.

Welche Idee steckt hinter dem Geldgeschäft? Um seine vielen konkreten Praktiken zu umspannen, muss die Logik, auf der sie basieren, hinreichend abstrakt gefasst sein. Klar ist, wenn es um Geld geht, geht es um Zahlungen, um günstige, versprochene, verschobene, verweigerter, um Teil-, Bar-, Ein- oder Auszahlungen. Dirk Baecker (1991) hat in seinem Buch „Womit handeln Banken?“ diesen klugen Vorschlag gemacht: Der Handel mit den Risiken von Zahlungsverprechen ist die Grundidee des Geldgeschäfts. In der Tat, von der dümmsten Wette bis zu ausgeklügelten Wetterderivaten lässt sich jedes Geldgeschäft so begreifen. Das Kaufen und Verkaufen von Zahlungsverprechen sowie das Management der damit verbundenen Risiken, das ist der Grundgedanke des Geldhandels, egal wofür die Zahlung versprochen wird. Geldhändler sind ja nicht an Immobilien, Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Devisen oder Öl interessiert, sondern an deren Preis- und Kursschwankungen. Diese absolute Beliebigkeit im Umgang mit den dahinter liegenden Waren löst Empörung aus. Aber Geld und Moral hatten nie eine Chance sich kennen zu lernen. Geld und Krise jedoch sind verheiratet. Was sind Ursachen und Zusammenhänge ihrer aktuellen Hoch-Zeit?

Es gibt Experten, die sagen, die Krise sei allein jeweils von der Politik des billigen Geldes in den USA und der dortigen Krise auf dem Immobilienmarkt ausgelöst worden, oder von dem falschen Handeln des Staates in den USA und anderswo oder von dem Manager- und Finanzmarkt-Kapitalismus oder von der Politik der Liberalisierung der Finanzmärkte oder der Gier und Verantwortungslosigkeit einer Schicht von Managern, vor allem des Bank- und Finanzgewerbes.

Wir folgen einem Ansatz, der weder das eine noch das andere leugnet, allerdings davon ausgeht, dass die eigentliche Ursache einerseits tiefer und andererseits in den jeweiligen Wechselwirkungen liegt. Dabei gehen wir von der weit verbreiteten Überlegung aus, dass Strukturen und Systeme nur dann zusammenbrechen oder auch nur gefährdet sein können, wenn mehrere Faktoren krisen-verstärkend zusammenwirken (vgl. Arnoldi 2009).

Wir kennzeichnen die Ausgangslage wie folgt: Vergleichbar mit Vorstellungen von einem Zentralkomitee im einstigen realexistierenden Sozialismus, das nicht irren kann, so wurden dieses Mal Mechanismen des Marktes als faktisch fehlerlos angesehen. Dazu sind zu zählen: Im Preis spiegeln sich alle zentralen Informationen wieder. Das neoklassische Denken verdrängte nach und nach alles andere: Makroökonomie und politische Ökonomie sind veraltet, antiquiert und nicht länger notwendig. Das mikro- und betriebswirtschaftliche Denken modern und allein ausreichend. Geht es den einzelnen Unternehmen gut, dann geht es auch den Gesellschaften gut. Die Finanzmärkte erfüllten diese Aufgabe der effizienten und angemessenen Preisbildung mit Bravour – unterstellte die überwältigende Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler.

So veränderte sich auch in Deutschland das traditionelle Bankengeschäft in Richtung Globalisierung, Investmentbanking und Eigenhandel. Und diese so veränderte Banken- und Finanzbranche veränderte wiederum grundlegend die Prämissen für die realproduzierende Wirtschaft. So vermochte es die Finanzbranche bestimmte elementare eigene Prämissen und Mentalitäten auf die Sphäre der realproduzierenden Wirtschaft zu übertragen; so wurde der Aktienkurs zum Maßstab für den Erfolg oder Misserfolg der Arbeit des Managements, die Aussichten, kurzfristig hohe Renditen zu erzielen, wurden höher gewichtet als mittel- und langfristig notwendige Innovationen und Investitionen. Vorher haben die Unternehmen für ihre aufgenommenen Kredite Zinsen bezahlt, die wie alle anderen Kosten in die Gesamtrechnung eingegangen sind, und am Ende des Wirtschaftsjahres wurde ermittelt, wieviel Gewinn übrig geblieben ist. Gewiss hat jeder Betrieb auch unter diesen Bedingungen darauf geachtet, die Kosten niedrig zu halten, und entsprechend über zu hohe Steuern, Arbeitsentgelte und Lieferantenpreise geklagt. Mit der direkten Kopplung der Unternehmenspolitik an Finanzmarktkriterien – im Fachjargon wertorientierte Unternehmensführung bzw. im unvermeidlichen Englisch value based management genannt – werden Variablen und Konstanten vertauscht. Vorher ist der Gewinn die Restgröße, die trotz vielfältiger und schwer kalkulierbarer Kosten hoffentlich nicht zu klein ausfällt. Jetzt wird der zu erzielende Gewinn zur Plan-Kennziffer erhoben, weshalb die Kosten – Steuern, Löhne und Gehälter, Preise der Zulieferer – so weit gedrückt werden müssen, bis diese Planvorgabe erreichbar ist. Geändert hat sich zwischen Finanzmarkt und Unternehmen insgesamt das Verhältnis von Subjekt und Objekt. Vorher haben die einzelnen Betriebe über das Ausleihen von Fremdkapital entschieden, jetzt entscheidet das Fremdkapital über Kauf und Verkauf von Unternehmen und macht sie zu Handels- und Spekulationsobjekten.

Zu diesem Denken gehört auch die Ansicht, dass der wirtschaftliche Wettbewerb ausschließlich positiv zu werten ist. Er bringt Leistung hervor, und er setzt auch die „rationalen“ Maßstäbe, an denen sie gemessen werden. Die auf sich bezogenen Interessen des einzelnen Menschen, des einzelnen Unternehmens ersetzen in diesem Denken die Perspektive des Ganzen und des Gemeinwohls. Immer mehr Bereiche des Lebens – unter anderem die Bildung, die Kultur, die Gesundheit, die Wissenschaft – werden nach dem Modell des Marktes umgebaut, aus Gütern werden Produkte und Waren, aus Patienten, Zuhörern und Schülern werden Kunden und aus den Mitbürgern Konkurrenten. Der Citoyen wird zum Bourgeois. Dieses grundsätzliche Denken beherrschte über Jahrzehnte das Denken und Handeln vieler gesellschaftlicher Institutionen. Es wurde wissenschaftlich von einer großen Mehrheit von Ökonomen fundiert. So wurde über viele Jahre verdrängt, dass John Maynard Keynes bereits intensiv den Aspekt der animal spirits behandelte und damit auf die tragenden Rolle von Irrationalitäten im Wirtschaftsleben verwies, und dass Adam Smith in seinem Werk über den Wohlstand der Nationen nicht etwa eine naive Sicht auf einen allesregelnden Markt pflegte, sondern in seinem ebenbürtigen Werk über seine „Theory of Moral Sentiments“ beschrieb, wie die Menschen über das Gefühl der Moral in ihrem Handeln so geleitet werden sollen, dass sie sich am Gemeinwohl orientieren. Sehr einflussreich war entsprechend der Wissenschaftler Robert Lucas mit seiner „Theorie der rationalen Erwartungen“. Danach verarbeiten Menschen und Unternehmen ihre Informationen effizient und bilden sogar ihre Erwartungen rational.

Aufgrund solcher Einschätzungen und herrschenden Denkweisen gelangten weltweit zentrale Akteure zu der Ansicht, dass der Rückzug des Staates und die entsprechende Liberalisierung des wirtschaftlichen Geschehens, auch der Finanzmärkte, gefahrlos möglich ist und nur Vorteile, keine Risiken oder Nachteile mit sich bringt. Es wurde – nicht immer ausgesprochen – Krisenfreiheit unterstellt. Und es wurde damit etwas verdrängt, was auf Dauer nicht zu verdrängen ist: Das Gelingen einer stabilen und guten Wirtschaft beruht auf Bedingungen, die sie nicht selbst herstellen kann, sondern die nur von den jeweiligen Gesellschaften kollektiv hergestellt werden können. Da dies so ist, entstehen gravierende Probleme, wenn sich das wirtschaftliche System verselbständigt und seine eigenen Gesetzmäßigkeiten von denen der Gesellschaft und der Kultur abkoppelt, beziehungsweise sich sogar mit Hilfe von Bündnispartnern anmaßt, die eigenen Gesetzmäßigkeiten den anderen Systemen überzustülpen.

Insofern spiegelt sich in dieser Finanzmarkt-Krise und der sich anschließenden Wirtschaftskrise wie in einem Brennglas eine der grundlegenden geistigen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahrzehnte wieder. Es geht um das Bild, das wir uns vom Menschen und von der Gesellschaft machen. Diese nun dominierende geistige Orientierung, die als das Paradigma des Marktradikalismus charakterisiert wird – unter anderem verbunden mit dem Verschwinden des Begriffs des (langfristig handelnden) Unternehmers und dem Aufkommen des (kurzfristig agierenden) Managers, mit der höheren Bedeutung des Finanzinvestments und der geringeren der Investitionsfinanzierung -, war begleitet von zwei langfristigen Tendenzen: einerseits der Loslösung der sich zudem sehr stark ausdifferenzierten Finanzmarkt-Branche von der real-produzierenden Wirtschaft und andererseits die zumindest in Teilen vollzogene Erlösung der in der Finanzbranche unmittelbar handelnden Akteure von der Verantwortung ihres Tuns, was sich unter anderem in der Unabhängigkeit ihrer Entlohnung vom Ergebnis ihrer Arbeit niederschlägt; erst auf dieser Basis konnten dann falsche Anreizsysteme, weltweite Handelsungleichgewichte, die ungerechte Verteilung von materiellen Gütern und andere Faktoren überhaupt erst entstehen und dann ihre krisen-verursachende und krisen-verschärfende Rolle spielen.

Es ist ein eigenes Thema, wie es wem gelingen konnte oder wie es sich unbeabsichtigt ereignen konnte, dass Prämissen, die nicht einmal dem ‚gesunden Menschenverstand‘ entsprechen, geschweige denn anspruchsvolleren Überprüfungen standhalten können, so lange und so wirksam weltweit das Handeln und Denken vieler Menschen zu prägen vermochten. Wenn Demokratie Kritik und Konkurrenz von Ideen mit der Vorgabe ist, dass die Strukturen so ausgelegt sind, dass Minderheiten mit der Kraft des besseren Argumentes zur Mehrheit werden können, dann war bezogen auf das Thema Finanzmarktpolitik die Demokratie faktisch – nicht formal – außer Kraft gesetzt (vgl. zum Vorhandensein von frühzeitigem kritischem Wissen den Literaturbericht in Kapitel VI).

An dieser Stelle sei als geistiges Kontrastprogramm nur kurz eingeschoben, wie ein prominenter, in seinem inzwischen langen Leben nur systemimmanent handelnder und in diesen hier interessierenden Fragen sehr wohl fachkundiger Bürger namens Helmut Schmidt seit Jahren diese ‚Sache‘ sieht: Schmidt hält die Entwicklungen seit Jahren für fast nicht mehr beherrschbar, weil relativ junge Finanzinstitute vergleichsweise maßlose Renditeziele (bezogen auf Höhe und Zeitraum) praktisch ausschließlich zum eigenen materiellen Vorteil anstreben und erzielen, kaum erfasst von der Aufsicht und befreit von wirksamen staatlichen Kontrollen, mit hunderttausenden verschiedenen komplizierten Finanzprodukten handelnd und vor allem spekulierend, Finanzprodukte, die selbst von Fachleuten und den Akteuren selbst nicht oder nur unzureichend durchschaut werden. Handel und Spekulationen, die sekundlich weltweit in großen Finanzdimensionen getätigt werden, die den Handel mit realen Gütern um das Vielfache übersteigen und zudem jederzeit mit der nahezu unbegrenzten Vervielfachung des Kreditvolumens noch mehr erweitert und ausgedehnt werden können, Handel und Spekulationen, der und die vor allem ohne Bedenken und ohne den Blick auf Folgen, Verantwortung und auf das Ganze erfolgen. Das mache die eigentliche Fragilität aus (Schmidt 2008, 256f.).

Wir folgen nun bezüglich der Ursachen und der Konsequenzen vor allem der Analyse, die Sebastian Dullien und andere Wirtschaftswissenschaftler vertreten (vgl. Dullien u.a. 2009). So plädiert der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Sebastian Dullien für „ein neues Wachstumsmodell“, weil er in der inzwischen erreichten Exportabhängigkeit von Deutschland ein „Verhängnis“ und eine wesentliche Ursache für die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sieht. Jenseits der falschen Anreiz- und Aufsichtsstrukturen vor allem im Finanzgewerbe, so seine These, seien die globalen Ungleichgewichte die entscheidende Ursache für die Krise: jahrelange enorme Überschüsse in Japan, China und Deutschland versus enorme Defizite in Spanien, Großbritannien und vor allem den USA; seit dem Jahr 2002 summierten sich allein die deutschen Exportüberschüsse auf 900 Milliarden Euro.

Diese sich über viele Jahre aufbauenden Ungleichgewichte haben die USA zu einer Kreditexpansion gezwungen, wollten sie die schwache Nachfrage aus solchen Staaten nicht einfach hinnehmen, die wie Deutschland viel mehr produzierten als sie konsumierten. Weil die einen unter ihren Verhältnissen lebten, so Dullien, seien die anderen geradezu gezwungen gewesen, über ihren Verhältnissen zu wirtschaften; eine Grund-Argumentation, die auch Heiner Flassbeck, UNCTAD-Chef-Ökonom, seit Jahren stark zu machen versucht. So seien die USA förmlich in die Rolle des „Konsumenten der letzten Instanz“ getrieben worden; hinzu kam in den USA, dass die kleinen und mittleren Einkommen nicht mehr stiegen. Deshalb wurde als Folge dort der Weg in die private Verschuldung gewählt, der möglich wurde, weil die Finanzinstitute aufgrund des Systems der Verbriefungen kein Interesse mehr hatten, die Bonität ihrer Kreditnehmer zu prüfen. Sie konnten die Risiken problemlos weiterverkaufen, vor allem an die Überschussländer, also unter anderem Deutschland, die viel zu hohe Einnahmen hatten – die Firmen traten ihre Forderungen aus den Exportgeschäften oft an die Banken ab –, und deren Banken (und Landesbanken) händelnd weltweit Anlagemöglichkeiten suchten, weil sie über Geld ‚in Hülle und Fülle‘ verfügten. Vor allem deshalb engagierten sich deutsche Banken in diesen Verbriefungsgeschäften. Sie gaben damit den USA indirekt Kredite, damit diese die Exporte aus Deutschland kaufen konnten. Deutschland spiele dabei eine besonders „unrühmliche Rolle“, so Dullien, da es systematisch seine Exportstärke und zugleich seine Binnenschwäche gefördert habe. Es handle faktisch „als Schmarotzer“. Die Konsequenzen, die Dullien empfiehlt: In den nächsten Jahren müsse die Binnenwirtschaft stärker als die Exportwirtschaft wachsen. Dies könne sie mit höheren Löhnen, einem Schub für neue Dienstleistungen und dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen.

Dies ist sozusagen die materielle Ebene der Krise, ihre Erklärung und die Konsequenzen aus ihr. Sie kommt zu der oben geschilderten Ebene der grundsätzlichen geistigen Auseinandersetzung hinzu.

Diesen beiden Dimensionen ist jedoch eine weitere anzufügen. Es geht um eine Dimension des sehr subjektiv-emotionalen Immateriellen, die von Symbolischem und von Mentalitäten handelt. Eine Dimension, deren Bedeutung und deren Konflikt-Potential zu oft unterschätzt wird. Es handelt sich um: Managerversagen, Managerverhalten, Boni, Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste, Kritik und Selbstkritik der Verantwortlichen, Einsicht und Schuldbekennnisse. Das ist der gesellschaftliche Stoff, aus dem Vertrauen entsteht oder mit dem Vertrauen zerstört werden kann. Mit dieser Dimension ist eine Besonderheit verbunden: Sie spielt in der öffentlichen Auseinandersetzung und Wahrnehmung einerseits eine sehr große Rolle, hat jedoch andererseits mit den eigentlichen Ursachen der Krise sehr wenig zu tun; so dass es zu folgenschweren Irrtümern und Verwechslungen kommen kann, wenn allgemein gedacht wird, mit der moralisch-materiellen Bestrafung von Verantwortlichen komme man auch in Sachen Krisen-Prävention voran. Da diese Punkte jedoch symbolisch sehr aufgeladen sind, steckt eine erhebliche soziale Sprengkraft in ihnen. Diese Auseinandersetzung und dieser Teil der Krise manifestiert sich in dem Begriff Gier, der jedoch Anbieter/Akteure und auch Anleger betrifft; gierig müssen die Menschen selbst handeln, Strukturen können dieses Verhalten ‚nur‘ begünstigen oder erschweren.

Wir finden, mit diesen Festlegungen und Analysen werden mehrere entscheidende Erkenntnis-Fortschritte erzielt: Es werden die zuvor weitgehend geleugneten Wechselwirkungen zwischen der Finanz- und Realwirtschaft an-

erkannt. Es wird die Einteilung in eine ‚böse‘ Finanzwirtschaft und eine ‚gute‘ und unter der Finanzkrise nur leidenden Real-Wirtschaft aufgehoben; denn die Groß-Konzerne haben das meiste Geld in den vergangenen Jahren damit verdient, dass sie ihre Milliarden-Gewinne auf den Finanzmärkten anlegten und nicht in neue Produkte und Märkte investierten. Es werden die jeweils verantwortlichen Akteure als Treiber und Getriebene gleichermaßen charakterisiert. Und die seit Mitte der 90er Jahre vorhandenen zahlreichen Warnungen vor krisenhaften Entwicklungen und verengten Wirtschafts- und Finanzmarktanalysen rücken wieder in das Blickfeld. Es wird auf das Geflecht an Ursachen aufmerksam gemacht, und es werden damit fahrlässig unterkomplexe irreführende monokausale Erklärungen vermieden, die dann zwangsläufig moralisierend daher kommen – die Manager, die Politiker, die Landesbanken, die Hauskäufer usw. Und trotzdem denken wir, dass erkennbar wird, wer für was welche Schuld trägt, der er sich auch stellen muss.

Wir haben diesen weiten Rahmen abgesteckt, weil er für uns der Deutungsrahmen ist, den wir anlegen, um die Anforderungen an die Arbeiten des journalistischen Systems einerseits zu formulieren und andererseits seine Leistungen zu messen. Es geht uns dabei nicht um ein Ja oder Nein zu einzelnen Punkten, um Zustimmung oder Ablehnung. Aber wir finden, dass das journalistische System schon dieser hier angedeuteten Komplexität und Radikalität entsprechen sollte – indem es in seinen Berichten diese Wechselwirkungen darstellt, indem es keine der hier benannten Perspektiven unterschlägt, indem es alle Akteure zu Wort kommen lässt und indem es in seinen Kommentaren eine Position bezieht, die anregt.

## 5. Paradigmenwechsel

Steuererleichterungen. Dieses Wort ist in deutschen Medien überall ständig zu lesen und zu hören. Was also sind Steuern? Sie sind eine Last. Dann gilt die Regel: Je niedriger die Steuern, desto befreiter der Bürger. Und von hier aus ist der Weg zur Freiheit nicht mehr weit. Der Begriff steht parat: Steuerbefreiung. Wir benützen diese Worte ganz selbstverständlich, wenigstens die meisten von uns. Selten denken wir darüber noch nach. Dabei spiegelt sich in unserem Reden wenigstens der halbe Sieg der Gegner von Staat und Sozialstaat wieder. Denn Steuern werden so in der Alltagssprache negativ gedeutet. Man will sie abschütteln und loswerden. Man könnte ja auch neutral von niedrigeren und höheren Steuern sprechen. Oder man könnte sie in einen positiven Deutungsrahmen setzen: Mit Steuer-Stärkungen können bessere Schulen, Straßen, Bibliotheken.... gebaut werden. Aber der Resonanzboden scheint trotz Krise intakt für die marktradikale Diskursformel: Viel Markt+wenig Steuern=Freiheit und viel Staat+hohe Steuern=Unfreiheit.

Noch ein Beispiel. Zeitenwende. Weshalb konnte die globale Krise der Großen Spekulation vorübergehend eine so tiefe gesellschaftliche Erschütterung auslösen? Unsere Gesellschaft, die so sehr und so selbstverständlich auf Risiko setzt – von A wie Atomkraft über S wie Spitzensport bis Z wie Zahlenlotto – erlebte es als größten anzunehmenden Unfall, dass die Stars des Risikos spektakulär scheiterten. Abgestürzt waren gerade diejenigen, die das Risikospiel offensichtlich am erfolgreichsten betrieben und ihre Erfolge in Milliardensummen inszenierten. Der Begriff Zeitenwende ist also für die Deutung der globalen Krise der Großen Spekulation wichtig, wenn es sich um die Frage dreht, ob es nur um ein Versagen im Detail oder doch um sehr viel mehr geht. Wenn er in den Alltagswortschatz eindringen würde, dann hätten diejenigen die Deutungshoheit über die Finanzmarkt-Krise, die sagen, da geht es um ein Systemversagen. Aber vieles spricht dafür, dass unsere Gesellschaft inzwischen so sehr Risikogesellschaft geworden ist, dass es ihr außerordentlich schwer fällt, sich eine Alternative auch nur vorzustellen. Einige Gewerkschafter und linke Politiker haben einige Monate lang von einer Zeitenwende gesprochen. Jetzt ist dieser Begriff aus den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung, verschwunden; präsent war er dort ohnehin nie.

Was ist entscheidend: Der soziale Abstieg oder die jahrelange Angst davor? Die Gefühle und Emotionen oder die Fakten, die Zahlen, das Wirkliche? Oder beides? Elisabeth Wehling, Kommunikationspsychologin, sagt: Es gibt keine Entscheidung, bei der Gefühle keine Bedeutung haben.



Es kann sein, dass die linken Bewegungen sich so schwer tun, Mehrheiten in Gesellschaften für ihre Politik zu finden, weil sie das Rationale, die Schärfe der Argumente, die Zahlen bis weit hinter das Komma so wichtig und die Mythen, Gefühle, Metaphern, Symbole und Begriffe so gering schätzen. Für den jüngst verstorbenen Ethnologen Claude Levi-Strauss sind Mythen „Geschichten, mit denen die Leute sich ihre Herkunft erklären, den gegenwärtigen Zustand ihrer Lebensbedingungen, und die Zukunft ihrer Existenz rechtfertigen“.

Das Denken der Gesellschaft, die öffentliche Meinung und die von den Massenmedien veröffentlichte Meinung prägt derjenige, der seine Sicht der Wirklichkeit durchsetzen kann, der bestimmt, was für den Mainstream Wirklichkeit ist. Wirklichkeit gibt es in vielen Fassungen: Jeder Mensch deutet sie aufgrund seines Lebens, seiner Interessen, aufgrund seiner Erlebnisse – und damit jeweils anders als die anderen. Wirklichkeit wird zusätzlich von gesellschaftlicher Kommunikation und von Normen konstruiert, die wiederum von handfesten Interessen durchgesetzt sind.

Der Physiker und Wissenschaftsphilosoph Thomas Kuhn geht von dem in unserem Zusammenhang interessierenden Befund aus, dass es wissenschaftlicher Revolutionen bedürfe, um Paradigmen in den Wissenschaften zu wechseln. Er geht davon aus, dass Menschen nur dem einen oder einem anderen Paradigma verhaftet sein können, nicht beiden. Der Übergang sei dann nicht kumulativ, sondern zyklisch. Das herrschende Paradigma gerate in eine Krise, wenn es bestimmte Fragen und Ereignisse nicht mehr lösen, beantworten oder erklären könne. So komme es zu Anomalien, also zu Phänomenen, die wegen offenkundiger Widersprüchlichkeiten nicht in das herrschende Paradigma eingebaut werden können. Sind diese Anomalien schwerwiegender Natur, dann entstehe eine Krise. Das herrschende Paradigma verliere so seine Stabilität und mache den Raum frei, um nach einem neuen Paradigma zu suchen. Wenn dann das bisherige durch das neue ersetzt wird, das sei dann als wissenschaftliche Revolution zu bezeichnen (vgl. zu dem nun folgenden Abschnitt Bailer-Jones/Friebe 2009, 12ff.). Wissen häuft sich also nicht an, sondern verändert und entwickelt sich in Form von Revolutionen.

Es gibt in dem Bild von Kuhn zuerst die Phase der Normal-Wissenschaft, in der sich die jeweilige wissenschaftliche Gemeinschaft auf Basis vorhergehender Leistungen und Erkenntnisse gründet und arbeitet. Die Hinzukommenden, beispielsweise Studenten, ordnen sich ein in die jeweils dominierende Forschungs- und Wissenschaftstradition, indem sie mit deren Lehrbüchern lernen und entsprechend deren Thesen, Regeln, Standards, Beispiele und Lösungen verinnerlichen. So wird man Mitglied einer wissenschaftlichen Gemeinschaft.

Bevor es ein herrschendes Paradigma gibt, das dem Forschen und Arbeiten die Richtung weist, gibt es recht zufälliges und zielloses Sammeln von Fakten und Erkenntnissen. Mit Thesen und Annahmen werden dann die Erkenntnisse gewichtet und sortiert. Gewinnt ein Paradigma die Oberhand, dann verdrängt es alle anderen Theorien und Thesen, die Vielfalt und Divergenzen des Anfangs verschwinden. Dann beginnt die Phase der Normal-Wissenschaft, in der es darum geht, das herrschende Paradigma auszubauen und zu etablieren, noch nicht geklärte Fragen zu beantworten, es also zu vervollkommen. In dieser Phase wird das Paradigma selbst nicht in Frage gestellt. Es ist für die Forschung und Lehre kein Thema. Es ist vielmehr das Instrument, das eingesetzt und gebraucht wird, um Ereignisse zu erklären und Probleme zu klären. Kuhn vergleicht diese Phase auch mit der Arbeit, das Vorhandene, die Wirklichkeit, in das vorhandene theoretische Gefäß zu zwängen und eben das wegzulassen, was nicht hineinpassen will, und er vergleicht diese Phase auch mit dem Versuch, andere Erklärungsansätze teilweise sehr intolerant wegzudrücken (vgl. ebenda, 27). Die Probleme, Fragen und Herangehensweise werden bereits nach den Perspektiven ausgesucht und zugeschnitten, die dem herrschenden Paradigma entsprechen.

Es gibt zeitgleich immer andere Theorien oder es werden neue entwickelt und entdeckt. Sie werden jedoch nur von Minderheiten und Außenseitern bearbeitet und repräsentiert. Sie werden erst dann wahrgenommen und ihnen wird erst dann Aufmerksamkeit geschenkt, wenn das herrschende Paradigma in der Krise steckt und die neue Theorie eine Antwort auf wichtige Fragen verheißt, welche die bisher herrschende nicht mehr hat oder nicht mehr

überzeugend und in sich schlüssig erarbeiten kann. Alternativen zu herrschenden Theorien werden also erst dann ernsthaft verfolgt, wenn dafür eine dringende Notwendigkeit besteht.

Die Wissenschaftler und Anhänger der bisherigen herrschenden Theorie geben sie aber nicht auf, weil sie in eine Krise gerät. So ist für die Ablösung eine Bedingung, dass es auch eine attraktive schlüssige und erklärungskräftige theoretische Alternative gibt. Denn erst dann wird das herrschende Paradigma selbst (wieder) zu einem Gegenstand von Forschung und Kritik. Erst jetzt wird es nicht mehr nur angewandt, sondern jetzt wird es auch in Frage gestellt und getestet. Das ist einer der entscheidenden Punkte: Hat ein Paradigma den Status des herrschenden erhalten, dann wird Kritik per se an ihm nicht geübt; von Außenseitern und Minderheiten abgesehen. Denn um Kritik zu üben, muss etwas Gegenstand von Forschung und Kritik sein. Gegenstand sind jedoch in dieser normalen Phase des geklärten herrschenden Paradigmas die Rätsel und ungeklärten Ereignisse und Vorkommnisse, die eben mit Hilfe des Paradigmas, seinen Instrumenten und aus seinen Perspektiven geklärt werden sollen. Erst, wenn die Rätsel immer zahlreicher werden und immer häufiger ungelöst bleiben, werden sie im Lichte einer attraktiven und schlüssigen Alternative zu Gegen-Beispielen zugunsten einer neuen Theorie, deren Anhänger nur darauf warten, das herrschende Paradigma ablösen zu können. Aber nur im Lichte dieser alternativen neuen Theorie kann eine Anomalie von einem vorhandenen ungelösten, aber möglicherweise auch nicht sehr bedeutsamen Rätsel zu einem Gegenbeispiel werden, das also gegen das bisher herrschende Paradigma in Stellung gebracht werden kann (vgl. ebenda, 72ff.). Das Rätsel bekommt dann die Relevanz eines Widerlagers. Die Anhänger eines Paradigmas gelten als dessen Gefangene und in ihrem Denken limitiert (vgl. ebenda, 37).

Kuhn versteht wissenschaftliche Revolutionen faktisch als Paradigmen-Wechsel; diesen definiert Kuhn auch als ein Auswechseln von Begriffs-Netzen, durch welche die Wissenschaftler die Welt sehen. Er sieht dabei Parallelen zwischen wissenschaftlichen und politischen Revolutionen. Es gehe um die radikale Veränderung durch neue politische Institutionen oder durch Paradigmen. Es gebe jeweils die Wahl: für das alte oder für das neue. Es gehe darum, das Publikum jeweils in die eigene Anhängerschaft zu ziehen, da diese Entscheidung letztlich nicht objektivierbar sei (vgl. ebenda, 39) und die jeweiligen Argumente nie zwingend. Das schließe bei aller Unterschiedlichkeit nicht aus, dass sich das neue auch aus dem alten Paradigma entwickeln könne.

In den vergangenen 20 Jahren gaben die Marktradikalen zumindest in der veröffentlichten Meinung vor, was die Wirklichkeit ist. Heute ist diese Vorherrschaft gebrochen. Der Grund: Die Marktradikalen sind unglaubwürdig geworden und haben dies mehrfach quasi notariell selbst beglaubigt. So gestand Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank und Deutschlands mächtigster und wichtigster Schweizer, in Angesicht der dramatischen Finanz-, Banken- und Immobilienkrise im Jahr 2008 ein, der Markt könne dies alles nicht mehr regeln.

Bis Mitte der achtziger Jahre galt auch für die Mehrheit der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Deutschland im Grundsatz der common sense: Die Wirtschaft sei auch deshalb erfolgreich, weil es einen starken Wohlfahrtsstaat gebe, der eine gute Infrastruktur und sozialen Frieden zur Verfügung stelle. Es war mit und nach der Wiedervereinigung, mit den mächtiger werdenden Finanzmärkten und der größer werdenden Europäischen Union als die hiesige Wirtschafts-Elite und ihre politischen Gefolgsleute mit dieser Übereinkunft brachen, und das pure Gegenteil behaupteten: Der Sozialstaat schade der Wirtschaft. Die Stichworte sind bekannt. Die Gutachten der Wissenschaftler, die Stellungnahmen der Politiker, die Schlagzeilen der Mainstream-Medien – eine Bevölkerung abwechselnd unter massenmedialem Niesel- oder Platzregen. Eine freiwillige Gleichschaltung namens Herdentrieb.

Aber denkt das Publikum auch so, wie es die veröffentlichte Meinung ihm nahe legt? Meinungsforschungsinstitute haben in den vergangenen Jahren in Deutschland mehrfach das Bewusstsein des Volkes gemessen. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Juli 2006 sagen 83 Prozent der Bevölkerung, soziale Gerechtigkeit sei der wichtigste zu bewahrende Wert. Und 61 Prozent sagen, es gebe keine Mitte mehr, sondern nur noch ein Oben und

Unten. In zwei weiteren Umfragen der Institute Allensbach und Emnid vom Herbst 2007 sind unabhängig von Parteizugehörigkeiten jeweils breite Mehrheiten von bis zu 80 Prozent dafür, einen Mindestlohn einzuführen, die Gewerkschaften zu stärken und deutliche Mehrheiten sind gegen eine Rente mit 67 Jahren, für einen stärkeren Staat und für ein Ende der Privatisierungen.

Das lehrt: Die dominierende veröffentlichte Meinung ist noch lange nicht dominierende Meinung der Öffentlichkeit, der Gesellschaft. Beide können sich sogar in elementaren Fragen grundsätzlich widersprechen. Wer die Massenmedien für sich gewonnen hat, der muss noch lange nicht die Deutungshoheit in der Gesellschaft haben. Warum hat sich in diesem Fall ein solches Denken in Kategorien von Solidarität und Gerechtigkeit gehalten, gegen eine jahrelang herrschende veröffentlichte Meinung? Eine der möglichen Antworten: Die Mehrheit der Menschen hat diese Argumente in ihrem Leben offensichtlich nicht wieder gefunden. Es hieß: Das Anspruchsdenken und die Löhne seien zu hoch, die Leistungen zu niedrig, die Menschen zu unflexibel, die Leistungen von Privat-Unternehmen viel besser als die von öffentlichen. Die Menschen haben jedoch sich und ihre Umwelt anders wahrgenommen. Diese tiefe Diskrepanz zwischen persönlichem Alltag, dem Selbstbild der Bürger und öffentlicher Debatte ließ die herrschende Politik und ihre Worte offensichtlich unglaubwürdig werden.

Anhand einer kleinen Fallstudie soll nun ein Schlaglicht auf die Stimmung in diesem Lande geworfen werden. Es geht um zwei bedeutende Interventionen im Frühsommer und Herbst des Jahres 2009; Interventionen, die also mitten in der Krise unternommen wurden.

Im Frühjahr 2009 plädierte der renommierte und weithin anerkannte Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde in seiner Streitschrift „Woran der Kapitalismus krankt“ dafür, die Ideen des Gemeinwohls und der Solidarität neu zu beleben. Es bedürfe eines Gegen-Modells zu dem heutigen inhumanen Kapitalismus. Die Schrift kommt einer radikalen Abrechnung mit dem heutigen Kapitalismus gleich. Der Text wird auf einer ganzen Seite in der SZ veröffentlicht; also in einer publizistisch sehr starken überregionalen Tageszeitung, die sehr wohl in der Lage ist, auch national Themen zu setzen. Die öffentliche Reaktion auf diese Intervention: kaum messbar, knapp über Null.

Das Gegenbeispiel: Von Frühsommer bis in den tiefen Herbst 2009 hinein war zu erleben, wie wichtige bürgerliche Kreise, die sich im weitesten Sinne um die FDP und ihre Denkweisen scharen, versuchen, die Werte und Begriffe (Steuer-)Gerechtigkeit, Freiheit und Leistung zu besetzen beziehungsweise sich neu anzueignen. Es geht hier um eine eigene Gerechtigkeits-Debatte der Mittelschichten, für die sich Gerechtigkeit eben nicht am Gut Solidarität, sondern am Gut Leistung – sagen sie, Erfolg meinen sie – auszurichten hat. Ausgelöst wurde die Debatte bereits im Juni von dem Philosophen Peter Sloterdijk: Er hält den Sozial- und Steuerstaat („Kleptokratie“) für ungerecht, da er die Leistungsträger sehr belaste. Er plädiert gegen den „steuerstaatlich zugreifenden Semisozialismus“. Es sei zu bedenken, ob der Steuerzahler statt einer Zwangsabgabe nicht freiwillige Gaben entrichten solle. Der Vorstoß von Sloterdijk ist nicht der erste. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender des Medien-Konzern Springer, hat im Jahr 2008 in einem langen Interview erläutert: „Die Steuern sind zu hoch. Vor einigen Jahrhunderten brachen Revolutionen aus, weil man den Leuten den Zehnten nahm. Heute nimmt der Staat die Hälfte.“

Auf den Vorstoß von Sloterdijk folgt eine erregte Debatte in vielen wichtigen Medien, die sich über Monate zieht. Der Jenaer Wissenschaftler Stephan Lessenich kommentiert die Debatte und die dazu gehörende Bewegung so: Die gehobenen Stände, die diese neue Bürgerbewegung ausmachten, wüssten „weite Teile der arbeitnehmerischen Mittelschichten und des freiberuflichen Mittelstands hinter sich“. Die Wirklichkeit, die zu dieser Aussage gehört: In Deutschland bezahlen tatsächlich die leistungsbereiten qualifizierten Mittelschichten, deren Jahreseinkommen zwischen 50 000 und 70 000 Euro liegen, aufgrund der Steuerprogression prozentual die höchsten Steuern. Zudem erleben sie für sich selbst und ihre Kinder, dass das Grundversprechen dieser Leistungsgesellschaft nicht mehr gilt: Leistung ist längst keine Garantie mehr für einen sozialen Aufstieg. Damit ist möglicherweise ein Punkt erreicht, vor dem der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bereits Mitte der achtziger Jahre warnte: Er sah

die Achillesferse des Wohlfahrtsstaates im Sich-Abwenden der Mittelschichten und Leistungsträger, weil sie das Gefühl hätten, sie bezahlen via Steuern und Gebühren für den Sozialstaat und profitierten nicht von ihm. Das verleiht diesem Kampf um die Definition von Gerechtigkeit und den Status des Steuer-Staates seine gesellschaftliche Sprengkraft und Bedeutung.

Die Betrachtungen sollen hier in die These münden: Offensichtlich hat Sloterdijk – im Gegensatz zu Böckenförde – einen Nerv getroffen. Seine These erntete jede Menge Aufmerksamkeit und Anschluss-Kommunikation, die von Böckenförde nicht. Nun kann es sein, dass die Leitmedien, die die Sloterdijk-Debatte führten und die Böckenförde-Debatte nicht führten, ‚die falsche Debatte‘ aufgenommen haben. Es kann aber eben auch sein, dass sie mit bestimmten Deutungen des heutigen Sozialstaates zumindest das debattierten, was über einen Resonanzboden in der Gesellschaft verfügt.

Politische Sprache ist Politik. Der Kommunikationswissenschaftler Anil Jain weist der Metapher im politischen Geschäft eine bedeutende Rolle zu: Sie sei im Diskurs „ein machtvoller Ort“. Bisher scheinen vor allem die Markt-radikalen dieses Geschäft zu beherrschen. Das muss nicht so bleiben, denn das war nicht immer so. Lesen wir nur kurz in diesen Text hinein: „Die fortwährende Umwälzung der Produktion... zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus... Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht...“. Der Text: das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Die Autoren: Karl Marx, Friedrich Engels.

Übrigens hat Karl Marx im Jahr 1857 in seiner ebenfalls anschaulichen Betrachtung über „Die Finanzkrise in Europa“ etwas geschrieben, was recht gut zu dem hier interessierenden Thema passt: „Um die Preise zu halten, ... musste der Staat die Preise zahlen, die vor dem Ausbruch der Handelspanik galten, und Wechsel diskontieren, die nichts anderes mehr repräsentierten als ausländische Bankrotte. Mit anderen Worten, das Vermögen der gesamten Gesellschaft, welche die Regierung vertritt, hat die Verluste der privaten Kapitalisten zu vergüten. Diese Art Kommunismus, wo die Gegenseitigkeit völlig einseitig ist, erscheint den europäischen Kapitalisten ziemlich anziehend.“

Egal wer was schreibt, ob der Marx aus Trier oder der Marx aus München, ob Böckenförde oder Sloterdijk: Für die noch an Aufklärung interessierten Medien bleibt die Aufgabe, ihr Publikum diesen Aussagen, Metaphern und Symbolen, egal wer sie verwendet, nicht auszuliefern, sondern ihm deren (untergründige) Deutungen offen zu legen und damit kritische Zugänge zu öffnen.

## IV. Empirische Auswertungen

### 1. Materialbasis und methodisches Vorgehen

„Solange etwas ist, ist es nicht das, was es einmal gewesen sein wird“, sagt der Schriftsteller Martin Walser (2000, 9). Der Soziologe Niklas Luhmann (2003, 207) drückt es noch komplizierter aus: „Die Zukunft einer vergangenen Gegenwart ist eben schwer als Zukunft zu rekonstruieren, nachdem sie bereits Vergangenheit geworden ist.“ Sprichwörtlich heißt es einfach: „Nach der Tat weiß auch der Gimpel Rat“. Die Krisenereignisse vor Augen stellt sich die journalistische Arbeit in der Zeit vor der Krise natürlich anders dar als in der damaligen Gegenwart. Wenn wir die Rolle des Gimpels vermeiden wollen, der es leicht hat, hinterher klüger zu sein, müssen wir die einfache Regel befolgen, die Kriterien unserer Analyse und Bewertung offen zu legen.

Für jede unserer **vier Untersuchungsphasen P1 bis P4** nennen wir im ersten Schritt die für unsere Materialerhebung ausgewählten Anlässe und stellen dann die quantitative Materialbasis vor. Der Textkorpus umfasst auch Zufallsfunde, weil wir im jeweiligen Auswertungszeitraum nicht nur die auf den Anlass, sondern alle auf unser Thema Finanzmarkt/ Finanzmarktpolitik bezogenen Artikel ‚mitgenommen‘ haben.

Für die **Codierung** der Artikel stützen wir uns auf die klassische Unterscheidung zwischen kommentierend (K) und berichtend (B). Die berichtenden Artikel unterscheiden wir noch einmal in Nachrichten (N) und – sprachlich nicht sehr glücklich – Berichte (Ber), wobei der Unterschied vor allem in der Länge liegt. Den kommentierenden Artikeln ordnen wir nicht nur typischer Weise die Leitartikel und Kommentare (Ko) zu, sondern auch Analysen und Reportagen (A, R); dadurch kommt es zu einem großen, stellenweise sogar überwiegenden Anteil kommentierender Beiträge. Interviews (I) und Gastbeiträge (G) sind gesondert ausgewiesen. Das wissen alle, die schon einmal eine Zeitung in der Hand hatten: Man darf sich den Textkorpus nicht wie einen Teppichboden vorstellen, der sich aus klar abgegrenzten schwarzen und weißen Fliesen zusammensetzt. Ob zum Beispiel eine bestimmte Analyse nicht doch eher als ein Bericht einzustufen wäre und umgekehrt, dafür ist der Ermessensspielraum ziemlich groß. Die Übergänge zwischen berichtenden und kommentierenden Beiträgen gleichen eher Falten und man bekommt es mit einer Menge Grau zu tun in vielen Schattierungen.

### 1.1 Hinweise zur quantitativen Analyse

Nicht nur wegen der begrenzten Projektzeit, auch wegen des Charakters der Studie, der kein akademisches, sondern ein medienwissenschaftlich-gesellschaftspolitisches Interesse zu Grunde liegt, schöpfen wir die quantitativen Analysemöglichkeiten bei weitem nicht aus. Wir beschränken uns auf einfache, aber aussagekräftige Zugriffe und sprechen deshalb auch nur von ‚quantitativen Fundstücken‘. Der erste quantitative Analyseschritt zeigt eine Tabelle mit den 25 Substantive, die im Textkorpus der jeweiligen Phase am häufigsten vorkommen. Ermittelt werden für jede der fünf Zeitungen die absolute **Häufigkeit** des Substantivs, dessen **Rang** im Teilkorpus des Mediums und die **Spezifität** des Substantivs.

Die Spezifität drückt in unserem Fall aus, ob ein bestimmtes Wort im Text über- oder unterrepräsentiert ist. Bei der Erhebung der Spezifität wird ein Faktor errechnet, der folgende Maßzahlen einbezieht:

$K_{ij}$  = Frequenz des Begriffs  $i$  im Teil  $j$  des Korpus

$K_i$  = Frequenz des Begriffs  $i$  im gesamten Korpus

$K_{.j}$  = Länge des Teils  $j$

$K$  = Gesamtlänge des Korpus

Bei der Berechnung des Faktors wird  $K_{ij}$  in Beziehung zu den übrigen drei Maßen gesetzt. Für den gesamten Korpus wird mittels der Wahrscheinlichkeitsrechnung ein Wert errechnet, der die durchschnittliche Repräsentativität des untersuchten Begriffs wiedergibt. Der errechnete Durchschnittswert dient als Grenzwert für die Berechnung der Unter- bzw. Überrepräsentativität ( $S^-$  bzw.  $S^+$ ) eines Begriffs in einer Teilmenge des Korpus. Wenn  $S$  einen negativen Wert wiedergibt, ist der jeweilige Begriff im gewählten Textteil im Vergleich zu den übrigen Teilmengen unterrepräsentiert. Gibt  $S$  jedoch einen positiven Wert wieder, ist der jeweilige Begriff – man ahnt es – im gewählten Textteil im Vergleich zu den übrigen Teilmengen überrepräsentiert. Befindet sich die Repräsentativität des Begriffs im Bereich des Durchschnittswertes spricht man von einer banalen Repräsentativität des Begriffs ( $S = 0$ ). Ist ein Begriff in allen Teilen des Korpus banal, so gehört er zum Basisvokabular des Korpus.

Etwas praktischer ausgedrückt: Ausgangspunkt der Berechnung ist die Häufigkeit eines bestimmten Wortes im Gesamtkorpus; in unserem Fall alle 822 Artikel. Gemessen an diesem Gesamtvorkommen des Wortes wird ermittelt, wie häufig es im gerade zu untersuchenden Teilkorpus auftreten müsste. Diese Normalgröße (Durchschnittswahrscheinlichkeit) bildet dann den Maßstab, mit dem das tatsächliche Vorkommen des Wortes im Teilkorpus verglichen wird. So lässt sich ermitteln, ob das Wort über- oder unterrepräsentiert ist. Auf diese Weise ist der spezifische Wortschatz erkennbar, der eine bestimmte Textmenge prägt, so dass sich zum Beispiel lexikalische Charakteristika eines Redners oder auch eines Mediums aufzeigen lassen. Die Berechnung der Spezifität wurde mit der Software Lexico3 durchgeführt.

Mit dem dominierenden Begriff der betreffenden Phasen bilden wir dann eine sogenannte **Wortwolke**, die anzeigt, welche Wörter in seinem Umfeld am häufigsten auftauchen. Das „Institut für deutsche Sprache“ ([www.ids-mannheim.de/kl/projekte/methoden/ka.html](http://www.ids-mannheim.de/kl/projekte/methoden/ka.html)) stellt diese sogenannte Kookkurrenzanalyse seit Mitte der 90er Jahre zur Verfügung. Sie ermöglicht es, signifikante Regelmäßigkeiten bei der Verwendung von Wortkombinationen aufzuzeigen, indem sie mit Hilfe mathematisch-statistischer Analyse- und Clusteringverfahren den definierbaren Kontext zum Beispiel eines vorgegebenen Begriffs auswertet. In unserem Fall wurden die Wortwolken auf der Webseite [www.wordle.net](http://www.wordle.net) erstellt. Wir wissen nicht im Detail wie, aber wir freuen uns, dass es funktioniert.

Die Berechnungsbasis für die positive Spezifität ist für die Wortwolken eine andere als für die Tabellen: Bei den Tabellen wird die Spezifität etwa für das Wort „Obama“ in der SZ, Phase P<sub>1</sub>, im Vergleich zu dem gesamten Textkorpus der fünf Zeitungen ermittelt. Bei den Wortwolken dienen die Sätze, in welchen der interessierende Begriff vorkommt, als Bezugsgröße im Vergleich zu allen anderen Sätzen; denn hier wollen wir signifikante Verknüpfungen des Begriffs mit anderen Wörtern zeigen. Von Fall zu Fall nutzen wir weitere Möglichkeiten der quantitativen Analyse, die entweder selbsterklärend sind oder an Ort und Stelle erläutert werden.

Auch das Material der Deutschen Presse-Agentur – insgesamt 212 Meldungen, vor allem Zusammenfassungen des DPA-Basisdienstes – haben wir quantitativ aufbereitet. Hier muss sich die Analyse stets bewusst sein, dass es sich um eine reine nachrichtliche Materialbasis handelt.

## 1.2 Hinweise zur qualitativen Analyse

Für die qualitative Analyse haben wir für jede Untersuchungsphase eine **Leitfrage** formuliert und – primär für die Qualitätszeitungen – eine **Bewertungsskala** entwickelt, die zwischen inhaltlichen und handwerklichen Kriterien unterscheidet. Die beiden Aspekte hängen einerseits zusammen. Wer handwerklich zum Beispiel sich um kontinuierliche Beobachtung eines Themas bemüht, auf die Vielfalt seiner Quellen achtet und der Relevanz mit entsprechend prominenter Platzierung Rechnung trägt, wird auch inhaltlich nicht ganz im Abseits landen. Andererseits kann ein festgefügtter Deutungsrahmen, der den Ereignissen nicht mehr gerecht wird, trotz handwerklicher Qualitäten inhaltlich defizitäre Resultate verursachen. Jedenfalls sind die beiden Aspekte nicht als deckungsgleich zu behandeln. In der Bewertungsskala wird zunächst ein inhaltlicher und handwerklicher Mindeststandard wirtschaftsjournalistischer Leistung definiert, ausgehend von den Grundfunktionen Information und Orientierung. Wir legen dann einen Positivbereich fest mit den beiden Stufen „besser“ und „sehr gut“ sowie einen Negativbereich mit den Stufen „schlechter“ und „sehr schlecht“. Die Stufen „sehr gut“ und „besser“ müssen dabei als Summen gelesen werden: Eine sehr gute Leistung hat also auch die Kriterien für „Mindeststandard“ sowie für „besser“ erfüllt. Wir schaffen mit dieser Skalierung eine Transparenz unserer Bewertungen, die sie für kritische Überprüfung gut zugänglich macht.

Unsere Bewertung ist kein Urteil über „die FAZ“ oder „die TAZ“ oder „die DPA“ oder „die Tagesschau“, sondern über eine bestimmte Anzahl ausgewählter Beiträge, die wir unter bestimmten Kriterien analysiert haben. Es ist möglich, dass außerhalb unserer Auswertungszeiträume zu unserem Thema – viele gute oder schlechte – Beiträge erschienen sind, die zu einer anderen Bewertung führen würden. Innerhalb der Auswertungszeiträume können wir zwar nicht gänzlich ausschließen, dass uns der eine oder andere einschlägige Beitrag entgangen ist; Auswirkungen auf das Resultat der Analyse halten wir dabei für unwahrscheinlich.

Was das Markieren von Qualitätsunterschieden zwischen den fünf Tageszeitungen betrifft, sind wir relativ zurückhaltend. Wir haben tatsächlich jeden Artikel einzeln anhand unserer Bewertungsskalen inhaltlich und handwerklich eingeordnet. Wieviel Unsicherheit dabei herrscht und wieviel Willkür trotz des akribischen Rasters waltet, merkt man eben sehr direkt, wenn man diese Operation ausführt. Deshalb hat unsere Vorsicht einen gewichtigen Grund. Um so sicherer sind wir uns freilich, wenn wir dann doch Unterschiede hervorheben.

Ein schwieriger Punkt der qualitativen Analyse ist das unerschöpfliche Thema „Framing“, „dessen Popularität zu sehr unterschiedlichen, zuweilen vermutlich sogar inkompatiblen Anwendungen und Definitionen geführt hat“ (Mc Combs 2000, 126). Wir stellen in knapper Form unser Verständnis dar und verweisen auf Basisliteratur. Jeder Versuch (irgendetwas) mitzuteilen beziehungsweise zu verstehen, ist darauf angewiesen, einen Deutungsrahmen zu benutzen. Ob es um ein Wort oder einen Satz, um eine bestimmte Situation oder ein bestimmtes Ereignis geht – um etwas mitzuteilen und um etwas zu verstehen, bedarf es der Einordnung in einen Sinnhorizont. Bildlich gesprochen: Um auf dem offenen Meer irgendeine zielgerichtete Bewegung machen zu können, muss eine Richtung als gewollte von allen anderen Richtungen als nicht gewollte unterschieden werden. Egal welche Kriterien dabei benutzt werden, das entscheidende Faktum ist, dass ein Sinnzusammenhang über die Meeresoberfläche gelegt wird, der auch anders hätte angelegt werden können. So ähnlich kann man sich kommunikatives Handeln auf seinen beiden Polen, dem Mitteilen und dem Verstehen, vorstellen. Um eine Mitteilung zu machen und um eine Mitteilung zu verstehen, egal welche, muss ich mich in einen Sinnzusammenhang begeben, welcher der Mitteilung die gemeinte respektive die verstandene Bedeutung gibt. Wir merken davon im Alltag wenig, weil wir es nicht mit einer nach allen Seiten offenen – insofern sinnlosen – Meeresoberfläche zu tun haben, sondern mit Trampelpfaden, auf welchen wir uns ganz selbstverständlich bewegen, vergleichbar den Hauptverkehrsadern einer Stadt. In diesem Bild bleibend, kann man die semantischen Hauptstraßen der Kommunikation als ‚Diskurse‘ bezeichnen. Wie Hauptstraßen den Verkehr so ziehen etablierte Diskurse die Bedeutung von Kommunikationen an sich; auf Seitenstraßen muss man mehr Mühe aufwenden, sich verständlich zu machen und überhaupt erst einmal Aufmerksamkeit zu erzielen. Was bei der Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklungen „Pfadabhängigkeit“ genannt wird, wäre dann für Kommunikationsverhältnisse die „Diskursabhängigkeit“. In einer herausragenden, hier nicht vermittelbaren systematischen Tiefe und Differenziertheit haben vor allem Niklas Luhmann (1984, 92ff.) und Erving Goffman (1980) auf ganz unterschiedliche Weise diese fundamentalen Zusammenhänge dargestellt – um diese beiden Namen aus einer langen Reihe hervorzuheben.

Auf der Weide und im Schlachthof machen Kühe Sinn, im Kinosaal zumindest nicht auf Anhieb. Der Witz und die moderne Kunst leben zu einem Gutteil davon, Wörter, Gegenstände, Ereignisse aus ihren gelernten, eingespielten Bedeutungszusammenhängen heraus zu nehmen und in andere, ungewohnte Kontexte hinein zu stellen. Wenn ich als Sportarten nur Fußball und Eishockey kenne und anerkenne, dann tue ich mir schwer, Tennisbälle und Tennisplätze zu deuten. Ist ein Tennisball mehr ein Fußball oder mehr ein Puck? Rasentennis ist dann eine Variante von Fußball, Hallentennis tendiert mehr Richtung Eishockey. Dass in der Mitte ein Netz gespannt ist, muss als Fehler gedeutet werden. Realitätstüchtiger werde ich nur, wenn ich mir dieses Phänomen Tennis genauer anschau, seinen Eigen-Sinn zu ermitteln versuche und so ein anderes Interpretationsmuster gewinne für das, was da in Wimbledon und anderswo passiert. Ohne Reflexionsarbeit, ohne anderes, neues Denken, Beobachten und Kommunizieren kann das nicht gelingen.

Beispielhaft auf unser Thema bezogen: Wer den freien Markt für eine rationale, sich selbst regelnde, eventuell entstehende Probleme selbst lösende soziale Ordnung hält und diese Vorstellung weder relativieren noch modifizieren will, wird eine Krise solange für unwahrscheinlich halten, bis er tief in ihr steckt. Einmal ausgebrochen, wird er die Krise falschem – nicht marktgerechtem – Verhalten von Menschen zuschreiben. Die FAZ zitiert einen Wirtschaftsminister so: *„Die Menschen dürften erwarten, dass der Staat eingreife, wenn die ‚Selbtheilungskräfte des Marktes‘ nicht mehr funktionierten, weil ‚sich einige am Marktsystem versündigt haben‘.“* (FAZ 14.2.2009). Oder er wird die Krise zum unvorhersehbaren Zufall erklären, mit dem man leben muss, weil nichts auf der Welt perfekt ist: *Die Geldklemme hat „den Charakter eines Zufallsereignisses. Ob ein Terroranschlag wie der des 11. September 2001 oder nun ein etwas abrupt einsetzender Preisverfall von hypothekenfinanzierten und von Fonds gegenfinanzierten Eigenheimen zu einer liquiditätsverknappenden und zinstreibenden Geldklemme führt oder nicht, ist nicht vorauszusehen“.* (FAZ 17.8.2007).

Vor allem wird er der Krise eine reinigende Kraft bescheinigen, die den Weg zurück zum richtigen Funktionieren des Marktes wieder frei macht: „Krisen, und seien sie noch so schlimm, bieten immer die Chance auf einen Neuanfang.“ (DPA 25.9.2009) Und er wird vorsorglich Überzeugungsarbeit leisten für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die nicht auf ‚falsche Gedanken‘ kommt: *„Es ist richtig gewesen, dass die großen Notenbanken der Welt den Geldmarkt geflutet haben. Wer diese Aktion missverstehen wollte, der müsste sich viel Mühe zur Missdeutung geben. Die Märkte werden darin nicht die Ankündigung einer keynesianisch inspirierten Politik des leichten Geldes für mehr Wachstum sehen. Die Banken werden auch nicht glauben, das sei der Beginn einer neuen, sozialpolitisch bestimmten Geschäftsära, in der die Notenbanken faule Kredite kaufen, um als allgegenwärtige Bürgen dem kleinen Mann den Zugang zur erschwinglichen Hypothek zu erleichtern.“* (FAZ 17.8.2007).

So gut sie unter semantischen Framing-Aspekten verglichen werden können, so sehr unterscheiden sich die journalistischen Rahmenbedingungen zwischen den fünf Qualitätszeitungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite sowohl der DPA-Berichterstattung als auch den ARD-Tagesschau- und Tagesthemen-Sendungen. Die Auswertungen von DPA und TS/TT haben wir deshalb abgetrennt und ihnen jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet.

Als Einstieg in die Darstellung unserer empirischen Arbeit präsentieren wir fünf **Fallstudien**, die chronologisch zur Phase P<sub>1</sub> „Vor der Krise“ gehören; mit einer Ausnahme, die zeitlich im Übergang zwischen Phase P<sub>2</sub> und P<sub>3</sub> angesiedelt ist. Angeregt zu den Fallstudien hat uns die Beobachtung, dass die Materialbasis für den Zeitraum vor der Krise quantitativ gering ausfällt. Wir wollten überprüfen, ob das Thema Finanzmarkt/Finanzmarktpolitik in dieser Phase P<sub>1</sub> auch dann nur wenig massenmediale Aufmerksamkeit erfährt, wenn es von prominenten Akteuren direkt ins Scheinwerferlicht gehoben wird. Wir stellen diese Fallstudien der Auswertung der fünf Qualitätszeitungen voran, um einen Vorgeschmack auf die praktische Umsetzung unserer Bewertungskriterien zu geben. Ihren eigenen Reiz haben die Fallstudien insbesondere dadurch, dass wir dafür nicht nur ‚unsere‘ fünf Zeitungen und DPA analysiert, sondern versucht haben, jeweils das gesamte deutsche Printmedien-Echo einzufangen und zu bewerten.

### 1.3 Anmerkungen zum politischen Rahmen

Seit Anfang der neunziger Jahre war es das Ziel der verschiedenen Bundesregierungen, die Finanzmärkte so zu fördern und zu liberalisieren, dass die für die gesamte Volkswirtschaft bedeutsamen Wachstumschancen, welche die jeweils regierenden Politiker in dieser Branche vermuteten, auch für Deutschland ausgereizt werden konnten; als Vorbilder galten die USA und Großbritannien.

In einer Dokumentation des Bundesfinanzministeriums vom August 2005 – Titel: „Das Ziel fest im Blick: Konsequente Schritte in eine erfolgreiche Zukunft für den Finanzmarkt Deutschland in Europa“ – wird für die Jahre zuvor die folgende Bilanz gezogen: „Entschlossene Reformen und Veränderungen waren notwendig – für die Finanzwirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger. Die gewaltigen Potenziale des deutschen Finanzmarktes müssen als Motor für Wachstum und Beschäftigung der Volkswirtschaft vollständig ausgeschöpft werden. Die Kreditwirtschaft ist einer der bedeutendsten Bereiche der deutschen Volkswirtschaft. Mit der Agenda 2010 hat die Bundesregierung ein umfassendes Reformprogramm aller Politikbereiche gestartet. Darin eingebettet findet sich auch ein Konzept zur Förderung des Finanzmarktes: Der Finanzmarktförderplan 2006, den Bundesminister Eichel im März 2003 vorgestellt hat, sowie das 10-Punkte-Programm zur Stärkung des Anlegerschutzes und der Unternehmensintegrität.“ Bundesfinanzminister Hans Eichel skizzierte in einem Namensbeitrag in der FAZ (7.3.2003, S. 20) die Bedeutung dieses Themas ergänzend wie folgt: Der Finanzdienstleistungssektor sei „von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Stabilität von Staat und Gesellschaft“. Er sei mit einer Bruttowertschöpfung von 86 Milliarden Euro und 1,5 Millionen Beschäftigten bedeutender als beispielsweise die Energie- oder Telekommunikationsbranche. Es gehe der Regierung um die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche und um den Schutz der Anleger. Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen beschrieb im Jahr 2006 in der „Zeitschrift für das Kreditwesen“ unter dem Titel „Verbriefungen aus Sicht des Bundesfinanzministeriums“ die Vorstellungen der Regierung und die Bedeutung dieser inzwischen sehr umstrittenen Maßnahme aus Sicht der Bundesregierung wie folgt:



„Dabei sollte nicht nur Kapital für Investitionen in deutsche Unternehmen und Infrastruktur günstig mobilisiert werden können, sondern auch eine tiefere Fertigung von Finanzdienstleistungen am Standort Deutschland erfolgen. Moderne Kapitalmarktgesetze helfen zudem den Banken, die ihr Geschäftsmodell allmählich auf ein aktives Management ihrer Portfolien umstellen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat das Bundesfinanzministerium in der Vergangenheit viele Initiativen ergriffen und an vielen Stellen den Kapitalmarkt modernisiert. Dabei war uns stets wichtig, dass sich auch der Markt für Asset Backed Securities (ABS) in Deutschland stärker als bislang entwickelt. Für andere EU-Mitgliedsstaaten und für die europäischen Kapitalmärkte ist der ABS-Markt mit seiner Dynamik und Vielseitigkeit geradezu zu einem prägenden Element geworden.“ Und weiter: „Dabei liegt es auch im wohlverstandenen eigenen Interesse des deutschen Fiskus, die günstigen Konditionen des internationalen ABS-Marktes zu nutzen. Die Bundesregierung strebt mit der Modernisierung des Public-Private-Partnership-Rechts an, zukünftig den Kapitalmarkt stärker als bisher zur Finanzierung der dringend notwendigen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zu nutzen. Von daher ist es nur folgerichtig, wenn im Koalitionsvertrag die nächsten Reformschritte für den deutschen Verbriefungsmarkt eingeläutet werden...“

Verbriefungen, Hedgefonds, Asset Backed Securities, Ausbau der Fertigungstiefe von Finanzdienstleistungen, Handel mit Krediten und Unternehmen – um diese Begriffe herum entstand nach und nach das Bild einer bedeutenden wachsenden und arbeitsplatzschaffenden Geld-Industrie und der Sachzwang, nur mit diesen Maßnahmen sei – aufgrund der Globalisierung – das notwendige Finanzkapital in Deutschland zu halten beziehungsweise nach Deutschland zu holen. Heute stehen diese Instrumente im Mittelpunkt der Analysen, die nach den möglichen Ursachen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise suchen.

Am 14. Juli 2000 verabschiedete der Bundesrat das Gesetz, mit dem Gewinne „aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen im betrieblichen Bereich“ steuerfrei gestellt werden; es trat Anfang 2002 in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden die Unternehmen von Steuern auf Veräußerungsgewinne im Falle des Verkaufs von Unternehmensanteilen befreit. Diese Maßnahme machte den ‚Handel‘ mit Unternehmen für eher kurzfristig agierende Finanzinvestoren (noch) attraktiver als zuvor. Dieses Gesetz legte die Grundlage für Entwicklungen, die danach vor allem von der SPD in der so genannten ‚Heuschrecken-Debatte‘ beklagt wurden. Der damalige Fraktions- und Parteivorsitzende Franz Müntefering sagte am 21. April 2005 in einer Bundestagsdebatte: „Großes Geld mit kurzfristigem Profitinteresse kauft sich hier ein und beutet Unternehmen in knappen Zyklen aus.“ (zitiert nach: [www.nachdenkseiten.de/?p=545](http://www.nachdenkseiten.de/?p=545))

Ende 2001 hatte die erste Regierung von Kanzler Gerhard Schröder das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz auf den Weg gebracht. Das Gesetz hatte unter anderem das Ziel, den Anlegerschutz zu verbessern. Mit ihm wurden jedoch auch die Anforderungen für den Börsenhandel und die Anlagemöglichkeit von Fonds gelockert, und es wurde der Derivatehandel auch im Immobiliengeschäft ermöglicht.

Mit dem am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung wurde unter anderem Kreditinstituten die Möglichkeit erleichtert, Kreditforderungen zu verbrieften. Außerhalb der kontrollierten Bankbilanzen gegründete Verbriefungszweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbrieften, wurden unter anderem nun gewerbesteuerrechtlich hinsichtlich der Behandlung von Dauerschulden den Banken gleichgestellt und damit auch gefördert.

Der Möglichkeit von Verbriefungen, also der Bündelung von Kreditforderungen an Kreditnehmer in Form von Wertpapieren und deren Weiterverkauf an Dritte, wurde von den meisten Fachleuten eine positive Wirkung zugeschrieben: So ließen sich Risiken gut streuen und damit beherrschbar machen. Ein System, beispielsweise eine Volkswirtschaft oder auch die Weltwirtschaft, könne dann auch sehr hohe Risiken eingehen, wenn diese auf viele Akteure verteilt würden und nicht nur auf wenige. So urteilte der Wirtschafts-Sachverständigenrat noch in seinem

Jahresgutachten 2007 über diese Option: Solche Techniken förderten „das Modell ‚originate and distribute‘, das es Banken in den Vereinigten Staaten erlaubte, Kredite an private Haushalte zu vergeben und sie dann an Investoren in der ganzen Welt zu veräußern“. Mit dieser Neu-Strukturierung von Forderungen an Kreditnehmer sei es möglich, „aus Kreditportfolios mit zweitklassiger Qualität einen hohen Prozentsatz erstklassig bewerteter Finanztitel zu destillieren“ (zitiert aus Sachverständigengutachten nach „message“, 1/09, S. 14). Es gab und gibt jedoch mehrere Folgewirkungen, die zuerst nicht bedacht wurden, obwohl sie in diesem Instrument zwangsläufig angelegt sind: Das System verliert damit nach und nach zwangsläufig den Überblick über die Gesamthöhe und die jeweilige Qualität der vagabundierenden Risiken, zumal der Weiterverkauf auch an Akteure außerhalb des Bankensystems möglich ist, die keiner oder einer noch unzureichenderen Aufsicht unterliegen; ab einem bestimmten Zeitpunkt beruht der Handel ausschließlich auf dem Vertrauen. Und: Der Weiterverkauf der Risiken erlaubt der jeweils weiterverkaufenden Bank, nun von Risiken entlastet, neue Kredite zu vergeben. So wurden systemisch gesehen immer mehr Risiken weitergereicht und immer mehr Kredite ausgegeben. Vor allem wurde zu Beginn zu wenig beachtet, dass mit diesem Instrument der jeweilige Kreditgeber sich von dem Zwang befreien konnte, sich der Bonität des Kreditnehmers zu vergewissern. Er ging vielmehr davon aus, dass er dieses ihm gar nicht mehr bekannte Risiko sowieso weiterverkaufen wird; in diesem Sinne birgt dieses Instrument die Chance der organisierten Verantwortungslosigkeit in sich. Noch ein Aspekt, der allerdings volkswirtschaftlich weniger oder nicht ins Gewicht fällt: Mit dem Weiterverkauf des Kredites wechselt für den einzelnen Kreditnehmer letztlich auch sein geschäftliches Gegenüber; diese Perspektive fand bei den Verantwortlichen eigentlich erst mit der Krise und auf Druck von Betroffenen die gebotene Aufmerksamkeit.

Vom 7. Mai 2003 datiert ein Antrag der Regierungs-Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (DS 15/930) zu dem Thema „Finanzplatz Deutschland weiter fördern“. Darin wird unter anderem festgehalten, dass Regulierung „kein Selbstzweck“ sei, dass „unnötige Belastungen für die Unternehmen der Finanzdienstleistungsindustrie vermieden werden“ sollten und die Bundesregierung „weitere Maßnahmen zur Schaffung eines leistungsfähigen, international wettbewerbsfähigen Verbriefungsmarktes in Deutschland ... prüfen“ solle (zitiert nach [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,611329,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,611329,00.html)). Aus den Reihen der Union gab es in Teilen weitergehende Forderungen. Weiter heißt es in dem Antrag, der die Vorstellungen der beiden Regierungsfraktionen wiedergibt: „Finanzplatzförderung sollte noch stärker als in der Vergangenheit als wirtschaftspolitisches Ziel betrachtet werden.“ Und: „Bei der Schaffung kapitalmarktrechtlicher Regelungen ist sowohl im europäischen Kontext (z.B. bei der Überarbeitung der EU-Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie) als auch bei der Umsetzung in nationales Recht darauf zu achten, dass unnötige Belastungen für die Unternehmen der Finanzdienstleistungsindustrie vermieden werden. Die Regulierung von Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist kein Selbstzweck. Sie dient der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und dem Schutz der Anleger. Dabei ist auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Finanzdienstleistungsbranche, insbesondere der unabhängigen Finanzdienstleister, zu berücksichtigen.“ Es wird hier besonders deutlich, dass die regierende Politik (und in diesem Fall auch die parlamentarische Opposition) die Förderung und das Wachstum dieser Branche eindeutig in den Mittelpunkt stellte. In dem Antrag werden vor allem die Chancen und Vorteile für alle Akteure hervorgehoben, Risiken werden bestenfalls am Rande erwähnt. Zudem sehen die Regierungsfraktionen nur zwei wichtige Akteure, deren Interessen gewahrt und beachtet werden müssen: die Finanzmärkte und die Anleger. Es wird unausgesprochen unterstellt, dass es für Gesellschaft und Volkswirtschaft keine Risiken und Nachteile gebe; vor dem Hintergrund faktisch fortlaufender Finanzmarktkrisen und -instabilitäten kann dies als bemerkenswert gelten.

Das am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Investmentmodernisierungsgesetz führte Hedgefonds in Deutschland ein und eröffnete den direkten Zugang auch für deutsche Privatanleger. Kritiker wiesen damals daraufhin, dass Bundesfinanzminister Hans Eichel an den internen Arbeiten am Gesetzentwurf unmittelbar eine Juristin des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften beteiligte; mit eigenem Büro im Ministerium. Dieser kritische Hinweis kann vor dem Hintergrund eine gewisse Bedeutung entfalten, dass im ursprünglichen Gesetzentwurf vor-

gesehen war, die Hedgefonds der Überwachung der BaFin zu unterstellen. Die entsprechende Passage wurde gestrichen. Es heißt, die Interessenvertretung der Banken habe darauf gedrungen, da mit diesem Passus gravierende Rechtsunsicherheiten entstünden.

Hedgefonds verwalten Anlagegelder, meist von sehr vermögenden oder institutionellen Anlegern, und versuchen, in vergleichsweise kurzer Zeit möglichst hohe Renditen zu erzielen. Sie arbeiten bei ihren Engagements mit meist sehr hohen Krediten, die eines Vielfachen ihres eigenen Kapitaleinsatzes entsprechen. Sie siedeln sich gerne in Steueroasen an, um ihre Berichtspflichten an die Finanzaufsicht so gering als möglich zu halten.

Private-Equity-Fonds übernehmen meist nicht-börsennotierte Unternehmen, strukturieren sie um und verkaufen sie in Gänze oder in Teilen weiter. Auch sie arbeiten mit Krediten, deren Höhe ihr eingesetztes Kapital um ein Vielfaches übersteigen; die Kreditschulden werden den aufgekauften Unternehmen zur Last gelegt.

Die große Koalition, die sich Ende 2005 konstituierte, bekannte sich dazu, die (oben skizzierte) Politik der Förderung des Finanzplatzes Deutschland fortzusetzen. So sind im Koalitionsvertrag von Ende 2005 auf den Seiten 86 und 87 weitere Maßnahmen und Forderungen aufgelistet, um den Finanzmarkt Deutschland zu fördern und die Regulierung erklärtermaßen so zu gestalten, dass er weltweit mit anderen Finanzmarkt-Plätzen wettbewerbsfähig sein kann und keine Wettbewerbs-Nachteile hat. Mit dieser Vorgabe wird faktisch (unausgesprochen) die weltweit niedrigste Regulierungsdichte zur Benchmark erhoben.

## 2. Fallstudien

### 2.1 Fallstudie A: Grundsatzrede von Bundesfinanzminister Hans Eichel am 6. März 2003, Universität Frankfurt, über finanzmarktpolitische Vorstellungen der Bundesregierung

#### 2.1.1 Das Ereignis

Am 6. März 2003 hielt Finanzminister Hans Eichel an der Goethe-Universität in Frankfurt eine Grundsatzrede über die finanzmarktpolitischen Vorstellungen und Pläne der Bundesregierung. Er stellte dabei offiziell den Finanzmarktförderplan 2006 vor, der rund 30 einzelne Gesetzesvorhaben umfasste. Die Rede orientierte sich sachlich an den geplanten Vorhaben, stellte sie vor und begründete sie. Anwesend waren der Bundesbankpräsident und prominente Vertreter der gesamten Finanzbranche.

#### 2.1.2 Darstellung des Medienechos

Für den Zeitraum zwischen dem 5. März und dem 8. März wurden mit Hilfe der Datenbank des Bundespresseamtes die Beiträge recherchiert, die in regionalen und überregionalen Tageszeitungen erschienen sind. Es sind nach dieser Recherche insgesamt sechs Beiträge erschienen, die im weitesten Sinne Bezug auf dieses Ereignis nahmen, darunter ein Namensbeitrag von Finanzminister Eichel in der FAZ. Bei den anderen fünf Texten – veröffentlicht in weiteren überregionalen Print-Medien – handelt es sich um sehr sachlich gehaltene zwei- bis dreispaltige Berichte, deren Überschriften von einer freundlich-positiven Grundstimmung zeugten: „Eichel will Finanzplatz Deutschland stärken“; „Eichel will Fondsmarkt in Deutschland stärken“; „Fonds bejubeln Berliner Pläne“.

Der dreispaltige Korrespondentenbericht in der SZ (6. März 2003, S. 26) hat die Unterzeile: „Investmentbranche soll entbürokratisiert und liberalisiert werden/ Branche begrüßt Pläne des Finanzministeriums“. Und im ersten Satz des Vorspannes wird festgehalten, das Finanzministerium wolle mit diesen Gesetzesänderungen „die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland erhöhen“ und „die vergleichsweise starren Regeln für Investmentfonds“ lockern. Der Autor referiert ausführlich die geplanten Maßnahmen im Detail: Fonds schneller und einfacher zulassen; gleiche Besteuerung für inländische und ausländische Fonds; „neue, innovative Produkte“ ermöglichen; Hedgefonds und damit auch Leerverkäufe, uneingeschränkte Kreditaufnahme und Termingeschäfte zulassen, womit die Regierung „auf die wachsende Nachfrage“ nach solchen Produkten reagiere. Der Autor skizziert ebenso sachlich wie positiv den Plan von Eichel, „den Markt für Asset Backed Securities“ (zu) liberalisieren“. Das seien Forderungen, die verbrieft würden, um sie so als Wertpapiere handelbar zu machen und weiterverkaufen zu

können. So könnten die Banken Risiken weitergeben, entlasteten ihr Eigenkapital und hätten neue Spielräume für die Vergabe von weiteren Krediten. In dem etwa 120 Zeilen umfassenden Text werden in wenigen Zeilen anonym Kritiker zitiert, die der Branche vorwerfen, sie könnten an den Finanzmärkten „Schieflagen auslösen“, da sie mit hohen Wetten auf fallende Kurse setzten. Zudem seien die Hedgefonds „in der Öffentlichkeit umstritten, weil sie in dem Ruf stehen, für Anleger besonders riskant zu sein“. Der Autor präsentiert etwas ausführlicher als die Kritik dann die offizielle Position der Branche und zitiert als einzige identifizierbare Stimme in dem gesamten Bericht einen Vertreter der Branche, den Repräsentanten des Bundesverbandes Alternative Investments (BAI). Dieser begrüßte die Entscheidungen von Eichel und verlangte eine Zertifizierung der Berater mit dem Argument, es dürften „keine unseriösen Produkte verkauft werden“. Hedgefonds seien komplex und könnten „viele Berater und erst recht Anleger überfordern“.

In diesem Bericht der SZ gibt es einen Hinweis auf die Entwicklung in den USA und auf einen weiteren beigegebenen ebenfalls dreispaltigen längeren Korrespondenten-Bericht, der das Thema abhandelt: „US-Börsen-Aufsicht plant strengere Kontrolle von Hedgefonds“. Der Text handelt von schweren Vorwürfen gegen die Fonds (keine Transparenz, Geldwäsche mit Steuersparmodellen, hoher Schaden durch kurzfristige Spekulationsgeschäfte etc.) und einer Debatte in den USA, diese Fonds stärker als bisher zu regulieren. Der Beitrag, in dem genau geschildert wird, wie US-Behörden diese Fonds kontrollieren wollen, schließt interessanterweise mit dem Hinweis: „Die EU und insbesondere Deutschland (Bericht oben) streben eine stärkere Liberalisierung des Marktes an. Schon wird in den USA befürchtet, dass die Europäer den amerikanischen Fonds-Gesellschaften den Rang ablaufen könnten, falls die US-Börsenaufsicht zu stark auf Regulierung setzt.“

In weiteren längeren Berichten in den Tageszeitungen HB und „Frankfurter Rundschau“ (FR) werden ebenfalls die Sachverhalte beschrieben und in Teilen erklärt. Aber auch hier wird deutlich, dass das, was heute die Krise oder einen Teil von ihr ausmacht, meist nur am Rande und dann positiv erwähnt wird. So erwähnt beispielsweise das HB gegen Ende des Textes am Rande, dass Zweckgesellschaften, in denen Banken Kreditforderungen und Kreditrisiken verbriefen, um sie am Kapitalmarkt weiterzuverkaufen, nun bei der Gewerbesteuer mit den Banken gleichgestellt werden; heute wird gemeinhin analysiert, dass vor allem die von Banken gegründeten (nicht der Aufsicht unterliegenden) Zweckgesellschaften dazu geführt haben, dass das Ausmaß der Risiken unüberschaubar und undurchschaubar wurde, da diese Geschäfte außerhalb der offiziellen Bilanzen getätigt werden. Das heißt, in den damaligen Berichten spielten diese und andere kritische Perspektiven keine Rolle. Vielmehr ist die Wortwahl in den Artikeln ohne Ausnahme positiv: Die Verbriefung von Kreditforderungen solle einer Verknappung von Krediten vorbeugen, es werden Wettbewerbs-Nachteile beseitigt, es werden jetzige Gesetze „entschlackt“, Genehmigungsverfahren werden „gestrafft“, es gebe nach diesen neuen Anlagestrategien bereits eine rege Nachfrage. Kritiker werden in diesen Berichten nicht zitiert, meist nicht einmal erwähnt; es heißt manchmal beiläufig, Hedgefonds agierten riskant und seien deshalb umstritten. Es kommen Branchenvertreter mit positiven Kommentaren zu Wort, diese Maßnahmen könnten einen Boom auslösen.

An dem Tag der Rede, dem 6.3.2003, liefert DPA eine längere Zusammenfassung des Inhaltes. Die Überschrift lautet: „Eichel plant Maßnahmenbündel zur Stärkung des Finanzplatzes.“ Zitate aus dem Inhalt: „Ein Finanzmarktförderplan 2006 soll schrittweise moderne Anlageinstrumente einführen und Geldhäusern den Umgang mit Kreditrisiken erleichtern. Darüber hinaus sollen Nachteile für ausländische Fondsgesellschaften abgeschafft, der Anlegerschutz verbessert und bestehende Gesetze entschlackt werden.“ Ein Zitat von Eichel: „Damit sollen Vorteile anderer europäischer Standorte wie Irland, Luxemburg oder Großbritannien ausgeglichen werden.“ Es wird dann genauer auf die „riskante Anlageform der Hedgefonds“ verwiesen, auf die Rolle der Privatanleger, die verkürzten Genehmigungsverfahren für Investmentfonds. Auch in diesem Text tauchen wörtlich alle positiven Schlüsselbegriffe auf: Stärkung des Wettbewerbs, Entschlackung der bestehenden Gesetzeswerke, effiziente Aufsicht. Das Instrument der Verbriefungen wird wie folgt dargestellt: „Zudem will Eichel den Geldinstituten Erleichterungen

beim Umgang mit Kreditrisiken verschaffen. Risiken und Forderungen sollen leichter als Wertpapier am Kapitalmarkt gebündelt werden können. Dies verschaffe den Banken Luft für die Vergabe weiterer Kredite, weil das eigene Kapital auf diesem Weg entlastet würde und es die Risiken minimiere. ‚Dies kann auch zu einer allgemeinen Senkung des Zinsniveaus für Unternehmenskredite beitragen‘, hob der Finanzminister hervor.“

### 2.1.3 Bewertung des Medienechos

Die Analyse zeigt, dass nur wenige (überregionale) Tageszeitungen berichteten. In den Berichten werden in der Hauptsache die Maßnahmen beschrieben. Es werden mit meist positiver Wortwahl die Argumente der Regierung wiedergegeben; entweder mit direktem oder indirektem Bezug. Kritiker werden nicht namentlich eingeführt. Pauschal wird in längstens zwei Sätzen erwähnt, dass es Kritik an Hedgefonds gebe. Über mögliche Nachteile der geplanten Maßnahmen ist nichts zu erfahren, nur über die Vorteile, die sich die Regierung davon verspricht. Da meist die Fachsprache beibehalten wird, sind die Texte nicht leicht zu verstehen. Es wird zudem nicht erläutert, beispielsweise anhand von Beispielen, welche Folgen diese Maßnahmen konkret haben. So hätte allein die Erwähnung, dass Geschäfte der Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen erfolgen und deshalb öffentlich unkontrolliert erfolgen, auf einen Nachteil aufmerksam gemacht; dies ist Fachleuten sicher bewusst, jedoch vermutlich nicht dem Publikum überregionaler Zeitungen. So kann sich der Konsument der Medienberichte letztlich keine Vorstellung von den Auswirkungen machen. Die Berichte haben so – vor allem in Verbindung mit den nicht neutralen Überschriften – einen sehr einseitigen positiven Grundton und sind zum anderen nur für ein fachlich geschultes Publikum verständlich. Positiv ist die SZ zu erwähnen, da sie zusätzlich ausführlich über die Probleme mit den Hedgefonds in den USA berichtet, damit indirekt auf mögliche Nachteile aufmerksam macht und so der handwerklichen Anforderung einer umfassenden und orientierenden Berichterstattung aus verschiedenen Perspektiven nahe kommt.

Nach unserer Recherche haben größere Regionalzeitungen nicht oder in einem sehr geringen Umfang berichtet. Als Grundlage hatten sie eine ausführliche Meldung von DPA, in der wesentliche Inhalte der Rede wiedergegeben werden, einschließlich des positiven Deutungsrahmens des Redners und einschließlich seiner positiven Wortwahl. Die redaktionelle Abgrenzung – Wortlaut der Rede oder Wortwahl der DPA-Redaktion – fällt so behutsam aus, dass weitgehend unklar ist, welche Formulierung von wem stammt.

## 2.2 Fallstudie B: Nichtgehaltene Rede von Ludwig Poullain, langjähriger Vorstandsvorsitzender der WestLB und Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 9. Juli 2004

### 2.2.1 Das Ereignis

Am 9. Juli 2004 wollte Ludwig Poullain, langjähriger Vorstandsvorsitzender der WestLB (von 1968 bis 1977) und Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (von 1967 bis 1972), zur Verabschiedung des Vorstandschefs der Norddeutschen Landesbank, Manfred Bodin, eine kritische Rede zum Thema Investmentbanking halten. Er durfte sie dann nicht halten, sie wurde bekannt und wurde in der FAZ (16.7.2004, Nr. 163, Seite 9) dokumentiert.

Der wesentliche Inhalt der dokumentierten Rede:

Poullain beginnt die Rede zu dem selbstgewählten Thema „Bank und Ethos“ selbstkritisch und erinnert an seine eigenen Verfehlungen, die auch eine juristische Dimension haben; es geht dabei um einen Beratervertrag in Millionen-Höhe. Seine Punkte: Die deutsche Kreditwirtschaft habe den öffentlichen Auftrag, „die Bürger dieses Landes mit ihren Dienstleistungen zu versorgen, und dies in redlicher Art“. Er stelle fest, „wie radikal und in welch‘ hohem Tempo sich die Normen dieser Gesellschaft ändern – ich empfinde dies als moralischen Zerfallsprozess“. Auch im Bankgewerbe haben sich die Maßstäbe verschoben und Manager nutzten die Chance, um sich beispielsweise „elitär zu gebärden“. Er kritisiert weiter – ohne den Namen zu nennen – das Verhalten von Josef Ackermann während des Düsseldorfer Mannesmann-Prozesses: „Wie sie mit ihren vor der Brust verschränkten Armen den Einzug des Gerichts erwarten, dieses Bild tut weh.“ Es fehle Selbstkritik und das Gespür für die Menschen, „die

nicht auf der Sonnenseite rechtsicherer Dienstverträge leben“. Die Leute an den Spitzen der Banken müssten „ihre Köpfe mit einem anderen Geist füllen“. Weiter: „Und dann auch noch den Untergebenen, deren Motivation sich im schnellen Geldmachen erschöpft, andere Wegmarken einpflanzen – auch ihren Investmentbankern.“ Es sei nicht die Aufgabe des Bankgewerbes „Waren zu produzieren und sie zu vertreiben. Wir sind Treuhänder. Die Bürger unseres Staates haben uns wesentliche Teile ihres von ihnen erarbeiteten Vermögens anvertraut“. An die Stelle „des sich auch dem Wohle dieses Landes verpflichtet fühlenden ‚Bankiers‘ ist der ‚Banker‘ getreten“. Ein Bankier war „kein Mann des schnellen Geldmachens, sondern suchte seinen Nutzen in der Beständigkeit einer Beziehung“. Poullain wirft den Vorständen, besonders Ackermann, vor, sie identifizierten sich nicht mehr mit ihren Banken. Gewinnmaximierung sei „zum Maß aller Dinge“ geworden. Dies könne nicht „nur Gedankenlosigkeit“ sein. Gewinnmaximierung zum Hauptziel des geschäftlichen Tuns zu erklären, bedeute die Verletzung der ethischen Pflichten des Unternehmers. Es sei zudem „dumm“, da dieses Ziel „kein belastbares Fundament einer Unternehmenspolitik sein kann“. Das Ziel, erfolgreich zu wirtschaften, sei richtig, aber „auch erfolgreiches Wirtschaften schließt die Frage nach der Methode nicht aus, mit der die Ergebnisse erzielt wurden“.

### 2.2.2 Darstellung des Medienechos

Die Datenbank-Recherchen in dem Zeitraum vom 15. bis 20. Juli 2004 und weitere Recherchen ergaben für die von uns ausgewählten Medien und alle weiteren Tageszeitungen nur wenige Beiträge, abgesehen von der Dokumentation der Rede im Politikeil der FAZ; auch dies ist bemerkenswert, vermutlich hätte die Wirtschaftsredaktion eine solche Entscheidung nicht getroffen. Es gab zwar eine längere Personalie im „Spiegel“ („Eklat vor dem Festakt“), auch in der „Welt“ („Ex-Banker Poullain sorgt für Generationenkonflikt“) und in deren Online-Dienst wurde ausführlich auf den Vorgang aufmerksam gemacht – die ungesagten Worte machten nun, hieß es dort, „in Schriftform die Runde und lassen die Emotionen hochkochen“; es gab zudem in der „Welt“ ein Porträt über Ludwig Poullain, in dem auch ausführlich seine Fehlentscheidungen und die Vorgänge um einen Beratervertrag, für den er eine Million Mark erhalten hatte, beleuchtet wurden. Es blieb jedoch bei diesen wenigen Berichten, die sich zudem inhaltlich mit dem Redner und dem Vorgang, jedoch nicht mit den Inhalten beschäftigten. Monate später, anlässlich des 85. Geburtstages von Poullain Ende 2004, veröffentlichte die Nachrichtenagentur DPA ein längeres Porträt, in dem diese ungehaltene Rede ebenfalls kurz erwähnt wird; Teile dieses Agentur-Textes wurden auch in den Magazinen „Stern“ und „managermagazin“ veröffentlicht. In all diesen Texten wird auf diesen Vorgang eingegangen, jedoch nur kurz und verengt auf den Aspekt und die Passagen, in denen Poullain indirekt Josef Ackermann und auch dessen Vorgänger angreift. Das eigentliche Anliegen von Poullain, das damalige (und heutige) Gewinn- und Geschäftsgebaren von Bankern und Investmentbankern, wird gar nicht oder nur sehr pauschal mit ein, zwei Sätzen erwähnt. Allein die „Berliner Zeitung“ widmete sich ebenfalls ausführlich diesem Thema und dokumentierte, wie die FAZ, wesentliche Teile der Rede.

### 2.2.3 Bewertung des Medienechos

Diese letztlich recht bescheidende Anschluss-Kommunikation ist insofern bemerkenswert, als dieses Ereignis im Prinzip alle wesentlichen gängigen Nachrichtenwerte (über-)erfüllt: Ein ehemaliger, letztlich immer noch angesehener und namhafter Bankier äußert sich sehr kritisch zu den heute gängigen Geschäftsprinzipien in der Banken-Welt. Er greift unverhohlen eine der zentralen Figuren dieser Branche an, Josef Ackermann, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, und er greift ebenso direkt das entscheidende ‚neue‘ Geschäftsprinzip an, eben die inzwischen stark erhöhten Renditevorstellungen und der hohe beziehungsweise alleinentscheidende Stellenwert des Faktors Rendite. Und er weist dem Bankgewerbe eine Rolle zu, die den Vorstellungen der verantwortlichen Banken-Manager und auch den Vorstellungen der herrschenden politischen Kräfte diametral widerspricht. Bundesfinanzminister Hans Eichel äußerte beispielsweise in seiner Grundsatzrede vom 6. März 2003 an der Goethe-Universität in Frankfurt keine Kritik an den Gewinn- und Renditevorstellungen in Wirtschaft und Bankgewerbe. Er begründete vielmehr die Zulassung von Hedgefonds in Deutschland unter anderem mit den Worten: „Die Anlage in Hedgefonds soll nicht nur den institutionellen Anlegern zugute kommen, sondern anders als in

anderen europäischen Staaten mit restriktiveren Regelungen sollen auch private Anleger von den höheren Renditen der Hedgefonds profitieren.“ Und Finanzstaatssekretär Asmussen sprach zu einem späteren Zeitpunkt von dem Ziel, es solle auch in Deutschland zu einer „tieferen Fertigung von Finanzmarktdienstleistungen“ kommen. Das heißt, es war und ist das Ziel und die Vorstellung auch der regierenden Politik, was die an die Sprache der Industrie angelegte Wortwahl belegt, die Finanzwirtschaft solle ganze Produktpaletten entwickeln, um Geschäfte zu machen, wie es beispielsweise eben auch Modellreihen in der Automobilindustrie gibt. Poullain lehnt diese Art von ‚erweiterter Finanzwirtschaft‘ in seiner Rede grundsätzlich ab.

Das heißt, die Rede von Poullain war genau genommen eine Generalabrechnung mit den herrschenden Geschäftsprinzipien im Bankgewerbe, mit dem Personal und mit der regierenden Politik. Nach den herrschenden Regeln des massenmedialen Handwerks müsste ein solcher Vorgang für alle Massenmedien von höchstem Interesse sein. Zumal unter dem Gesichtspunkt der Nachrichtenwerte der Tatbestand der Skandalisierung und Dramatisierung noch hinzukam: Die Rede durfte nicht gehalten werden. Zusammen mit der Tatsache, dass die Rede in der sehr angesehenen und publizistisch starken FAZ dokumentiert wurde – eine Zeitung, welche die Kraft hat, national Themen zu setzen -, waren nach den Lehrbüchern somit alle Voraussetzungen für eine sehr lebhaft Anschlusskommunikation geradezu mustergültig gegeben. Es scheint, als ob in diesem Fall nicht einmal mehr die ureigensten ‚Instinkte‘ des massenmedialen Systems funktionierten.

Interview- und weitere Gesprächspartner begründen das faktische Ausbleiben jeglicher Anschluss-Kommunikation in diesem Fall vor allem mit der Person Poullain: Er sei zum Zeitpunkt der Rede bereits sehr lange „aus dem Geschäft“ gewesen, sei Inbegriff der ehemaligen ‚Deutschland AG‘ gewesen und sei letztlich „nicht nur aus rühmlichen Gründen“ aus dem Geschäft ausgestiegen, so heißt es. Verglichen mit den anderen vorgetragenen Argumenten können diese allein in der Person liegenden Hinweise nicht ignoriert, jedoch nur schwach gewichtet werden. Dieser ‚Fall‘ stärkt eher die These, dass es zum damaligen Zeitpunkt noch keinen gesellschaftlichen Resonanzboden für solche grundsätzlich kritischen Interventionen gab, der Mainstream floss noch in eine völlig andere Richtung. Es ist zu vermuten, dass dieser Aspekt von vielen Massenmedien höher gewichtet wurde, als die oben angeführten Nachrichten-Werte. Ein Kritiker wurde in diesem Umfeld schnell zum nicht ernst zu nehmenden Außen-seiter. Es ist sicher auch möglich, die Nicht-Berichterstattung der Medien als Ergebnis eines feinen Zusammenspiels von Frankfurter Finanz-Community und Finanz-Journalisten zu deuten; in informellen Gesprächen und Andeutungen könnte man sich darauf verständigt haben, dass dieser Vorgang doch nicht so relevant sei. Gesprächspartner weisen darauf hin, dass die Rede am Bankenplatz Frankfurt, also innerhalb der Finanz-Community, sehr wohl intensiv registriert und debattiert worden sei.

Dieser ‚Fall‘ zeigt auch, dass die Massenmedien mit Ludwig Poullain, einmal ungeachtet der vorgetragenen in seiner Person liegenden Vorbehalte, einen prominenten und sachkundigen Gesprächs- und Interviewpartner gehabt hätten, der bereits Mitte 2004 öffentlich eine grundsätzlich kritische Position zum Geschäftsgebaren des Finanzgewerbes eingenommen hat, aus moralischer und ökonomischer Sicht.

## **2.3 Fallstudie C: Grundsatzrede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, 10. Januar 2006**

### **2.3.1 Das Ereignis**

Peer Steinbrück nützt die Gelegenheit als ‚neuer‘ Bundesfinanzminister zu einer Grundsatzrede über eine „integrale Finanzpolitik“. Er geht davon aus, dass der Staat hoch verschuldet sei, die Ansprüche an ihn seien jedoch ebenfalls „ungebrochen hoch und offenbar immer noch steigerungsfähig“. Sein Schluss daraus: „Die Situation der öffentlichen Haushalte lässt es nicht mehr zu, einen vornehmlich konsumtiv auf Alimentation ausgerichteten Sozialstaat weiterhin im bisherigen Volumen zu finanzieren.“ Es gehe darum, die Gerechtigkeit der Chancen zu schaffen, um „die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft zu bändigen“. Diese würden stärker. Gegen sie hülfe nicht „das hohe Lied des Marktes“ und „die Zauberformel von der ‚Deregulierung‘“. Es bedürfe eines leistungsfähigen Staates. Er plädiert für das Subsidiaritätsprinzip, für eine klare Prioritätensetzung. Die Politik gebe zu oft Partiku-

larinteressen nach, die als Allgemeinwohlintereessen dargestellt werden. Er müsse eigentlich, so Steinbrück, fordern: „Lobbyisten in die Produktion“. Es müssten auch die politischen Prozesse anerkannt werden, die komplexer seien als andere Entscheidungsprozesse.

Zu dem Thema Finanzmärkte führt Steinbrück aus: Das deutsche Finanzsystem sei im Wandel „hin zu einer stärkeren Marktorientierung“. Es gehe um den Erhalt von Solidität, Stabilität und Verlässlichkeit. Es gehe auch um Produktinnovationen und neue Vertriebswege. Das reiche von „der zügigen Einführung von Real Estate Investment Fonds (REITs) ... über den Ausbau des Verbriefungsmarktes ...“ bis zur Stärkung des Private-Equity-Bereiches. Steinbrück legt ein eindeutiges Bekenntnis zu dem Drei-Säulen-System des deutschen Bankensektors ab, womit er sich eindeutig gegen Forderungen beispielsweise des Bundesverbandes deutscher Banken wandte, unter anderem die Sparkassen als den öffentlich-rechtlichen Teil zu privatisieren.

### 2.3.2 Darstellung des Medienechos

Es wurden die Tageszeitungen in dem Zeitraum zwischen dem 7. Januar und dem 14. Januar ausgewertet. In zehn Beiträgen – unter anderem zwei- bis dreispaltige Berichte, Analysen und Kommentare in „Frankfurter Rundschau“ (1), „Die Welt“ (2), HB (3), FAZ (2) und FTD – widmeten sich vor allem überregionale Printmedien dieser Rede. Grundaussagen des Ministers werden in den Berichten und Analysen fair referiert. Es wird auf Widersprüche aufmerksam gemacht. In den wertenden Teilen der Analysen und in den vier Kommentaren wird die Rede zurückhaltend bis skeptisch aufgenommen: Steinbrück bleibe im Allgemeinen, definiere nicht, was die Kernaufgaben des Staates seien, sage auch nicht, wo er sparen und wo er mehr investieren wolle. Er sei kein großer Denker und gebe „den volkswirtschaftlichen Reiseleiter“. Er möge „brillant“ (HB) in der Analyse sein, habe jedoch kaum gesagt, wie er die Probleme lösen wolle. Das Sparen werde bei ihm einen zu geringen Stellenwert haben, befürchtet die FAZ. In einem Leitartikel (Dachzeile: „Überschätzte Grundsatzrede“; Headline: „Steinbrücks Staat“) bemängelte der damalige Chefredakteur der „Welt“, es sei interessant, dass die Rede in Teilen der Medien als „eindrucksvoll“, so die FAZ, charakterisiert worden sei, seien die Darlegungen zu Gemeinwohl, aktivierenden Sozialstaat und den Kernaufgaben des Staates doch „erstaunlich diffus und widersprüchlich“ geblieben.

Die im Vergleich zu anderen Themen zugegebenermaßen wenigen und kurzen Anmerkungen von Steinbrück zur Finanzmarktpolitik – unter anderem der Ausbau der Verbriefungsgeschäfte – werden in den Texten so gut wie nicht behandelt. In einem dreispaltigen Bericht behandelt lediglich das HB in ihrer täglichen Finanzzeitung diesen Themenbereich und behandelt vor allem sein grundsätzliches Bekenntnis zum deutschen Bankensystem und seinen drei Säulen („Steinbrück lobt Bankensystem“). Steinbrück wird mit seiner Kernaussage zitiert: Er halte das Nebeneinander von privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsinstituten „gerade aus ordnungspolitischen Gründen gegenüber dem anglo-amerikanischen Investmentbank-Modell für das langfristig Erfolg versprechendere.“ Die drei Säulen sorgten für die eigentliche Stabilität des deutschen Bankensystems. Steinbrück stelle sich damit bewusst beispielsweise gegen den Bundesverband deutscher Banken, welcher die Sparkassen letztendlich privatisieren wolle, so der Bericht, um die Position der deutschen Banken im weltweiten Wettbewerb zu stärken; die privaten Banken hätten auf dem deutschen Markt wegen der drei Säulen einen zu geringen Marktanteil, was sie auch für den weltweiten Wettbewerb schwäche.

Am Abend dieses Tages liefert der DPA-Basisdienst zu dieser Rede zwei längere Zusammenfassungen. Die erste hat die Überschrift: „Steinbrück greift Lobbyismus scharf an – Euro gibt Wachstumsschub.“ Entsprechend geht es in dem Bericht über diese finanzpolitische Grundsatzrede vor allem um den Lobbyismus, den Euro, den Stabilitäts-pakt. Das Thema Finanzmärkte spielt abgesehen von dem letzten Absatz keine Rolle. In diesem letzten Absatz geht es um das deutsche Bankensystem: „Der Finanzminister verteidigte auch das Drei-Säulen-System der deutschen Kreditwirtschaft. Das System aus Sparkassen, privaten Instituten und Genossenschaftsbanken habe sich bewährt und sei ein wesentlicher Faktor für die Stabilität des deutschen Bankensektors. Kritiker des Systems mit seiner



strikten Trennung zwischen privaten Banken, genossenschaftlichen Instituten sowie öffentlich-rechtlichen Sparkassen fordern die Möglichkeit von Fusionen und Übernahmen.“

Die zweite Zusammenfassung hat die Überschrift: „Steinbrück kündigt Reform der Unternehmensbesteuerung bis 2008 an.“ Entsprechend geht es um seine diesbezüglichen Ankündigungen im ersten Teil der Zusammenfassung. Danach werden – einschließlich der Aussage zum deutschen Bankensystem – alle Teile der ersten Zusammenfassung wiederholt.

### 2.3.3 Bewertung des Medienechos

Die Berichterstattung ist im Umfang eher zurückhaltend, obwohl es sich immerhin um die erste Grundsatzrede des Bundesfinanzministers einer neu gewählten Großen Koalition handelt. Vor dem Hintergrund der sehr kritischen ‚Heuschrecken‘-Debatte im Frühsommer 2005 kann zudem überraschen, dass der finanzmarkt-politische Teil seiner Rede offenkundig auch von den Leitmedien nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Es sei hinzugefügt, dass Steinbrück selbst die Akzente auch anders gesetzt hat: sein Angriff auf den Lobbyismus, seine (wenigstens parteipolitisch brisanten) Ausführungen zum Sozialstaat standen im Mittelpunkt.

## 2.4 Fallstudie D: Grundsatzreferat von Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, auf dem DGB-Bundeskongress in Berlin, 24. Mai 2006

### 2.4.1 Das Ereignis

Auf dem Bundeskongress des DGB im Mai 2006 in Berlin unternahm der amtierende und wiedergewählte Vorsitzende Michael Sommer die Anstrengung, das Thema Kontrolle der Finanzmärkte politisch zu setzen und für seine Organisation zu besetzen. Der DGB-Vorsitzende widmete ihm in wichtigen Teilen seine Grundsatzrede, legte ein 9 Punkte-Programm zur Regulierung der Finanzmärkte vor und maß diesem Thema damit eine herausragende Bedeutung zu.

Unter den Gesichtspunkten des Funktionierens des massenmedialen Systems, bei dem die so genannten Nachrichtenwerte für die Massenmedien bei der Auswahl und der Platzierung von Themen eine ausschlaggebende Rolle spielen, schien das Vorhaben aus mehreren Gründen als Erfolg versprechend, wie im Folgenden dargelegt wird. Der Anlass dieser Grundsatzrede, Ort und Umfeld, waren prominent und aktuell. Es gab bereits einen gewissen Resonanzboden in der Gesellschaft für dieses Thema, da die negativen Auswirkungen der Liberalisierung der Finanzmärkte sich aus Sicht von Teilen der Öffentlichkeit bereits bemerkbar machten – unter anderem hatte es im Frühsommer 2005, angeregt vom damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, eine so genannte „Heuschrecken“-Debatte über das unternehmerische Handeln von Finanzinvestoren gegeben. Jedoch hatte die Politik in weiten Teilen, erst recht nicht die amtierende Bundesregierung Merkel, sich dieses Themas kritisch noch nicht angenommen; die Große Koalition hatte in ihrem Koalitionsvertrag vielmehr verabredet, den Finanzmarkt in Deutschland weiter zu modernisieren, was einer weiteren Liberalisierung gleichgekommen wäre. Da die FDP aus grundsätzlichen Überlegungen ebenfalls tendenziell für Liberalisierungen votiert und die Partei Die Grünen in den beiden Bundesregierungen von Kanzler Schröder an der bisherigen Liberalisierung der Finanzmärkte verantwortlich mitgewirkt hatte, gab es im Bundestag nur eine politische Kraft, die nachhaltig sich bei diesem Thema als Opposition verstand, die aus PDS und WASG neu gegründete Partei Die Linke. Das Thema war also ‚machtpolitisch‘ noch nicht besetzt, und der Vorsitzende des Dachverbandes der deutschen Gewerkschaften verfügt im Grundsatz über das ausreichende gesellschaftspolitische Gewicht, um ein solches Thema auf die öffentliche Agenda zu setzen und damit durchzusetzen. Der DGB-Vorsitzende verband in seiner Rede zudem die grundsätzliche Kritik an der Entwicklung des Finanzmarkt-Kapitalismus mit konkreten politisch-operativen Vorschlägen für die deutsche und die europäische Politik. Bei diesen konkreten Forderungen handelte es sich um system-immanente Anpassungen, die heute vor dem Hintergrund der Krisen-Erfahrung bei fast allen gesellschaftlichen Kräften als angemessen und überfällig gelten. Konkret ging es dem DGB im Mai 2006 um die Stichworte: Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer; Beschränkung der Stimmrechte von Aktionären, die kurzfristig agieren; mehr Transparenz über Aktienhandel; Aktien-Optionsprogramme für Manager reduzieren oder abschaffen; Verbot von Übertrag des Kaufpreises als

Schulden des Unternehmens; Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen wieder abschaffen; eine EU-Ratingagentur gründen, die sozial verantwortliches Unternehmens-Handeln fördert; stärkere Regulierung von internationalen Organisationen. Der DGB legte damit also auch ein relativ konkretes Forderungs-Paket vor und begnügte sich nicht nur mit allgemeinen Betrachtungen. Es gab zudem ein machtpolitisches „Gegenüber“, eben die Bundesregierung, die diese kritisierte Politik zu verantworten hatte und die entsprechend angegriffen und kritisiert werden konnte. Und die Bundesregierung übernahm in der zweiten Jahreshälfte 2006 die EU-Ratspräsidentschaft, die sie, so die Vorstellungen des DGB, nutzen konnte, um eine Korrektur der damals aktuell betriebenen Finanzmarktpolitik einzuleiten.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des DGB-Kongresses verschoben sich allerdings aufgrund von mindestens zwei Ereignissen: Ursula Engelen-Kefer sollte nach dem Wunsch der wichtigsten Vorsitzenden der Einzel-Gewerkschaften und des amtierenden DGB-Vorsitzenden aus Altersgründen nicht wieder für den DGB-Bundesvorstand kandidieren und von Ingrid Sehrbrock abgelöst werden. Engelen-Kefer entschied sich jedoch in letzter Minute zu einer Kampf-Kandidatur, nachdem sie über Wochen es offen gelassen hatte, ob sie kandidiert oder nicht. Diese für einen DGB-Kongress ungewöhnliche Situation veranlasste Michael Sommer, den Zeitpunkt seiner Grundsatzrede von Dienstagnachmittag, also von Beginn des Kongresses, auf den Donnerstag zu verschieben. Die offizielle Begründung: Aufgrund der Auseinandersetzungen um die künftige personelle Besetzung des Bundesvorstandes fänden an diesem Tag Inhalte in den Medien eine zu geringe Beachtung. Das zweite Ereignis, das ebenfalls eine Rolle spielte: Michael Sommer kommentierte in Teilen die Reden von prominenten Gastrednern wie beispielsweise Kanzlerin Angela Merkel. Dies stieß bei Teilen der Kongress-Öffentlichkeit und auch bei prominenten Gewerkschaftern auf Unbehagen und auch Kritik. Mit diesen beiden ‚gewerkschaftsinternen‘ Themen beschäftigten sich die Medien in ihrer Berichterstattung in einem nennenswerten Umfang.

Inhaltlich standen wiederum – befördert von den prominenten Gastrednern (Kanzlerin, Arbeitsminister) und deren Einlassungen – die drei Themen Ausbildungsplatz-Abgabe, Kündigungsschutz und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Mittelpunkt der Berichterstattung. Zu den beiden Themen Mindestlohn und Ausbildungsabgabe hatten Kanzlerin und Vizekanzler im Vorfeld und auf dem Kongress jeweils Positionen bezogen, die kontrovers zu denen des DGB sind, so dass sich aus diesen inhaltlichen Konfrontationen Debatten und eine entsprechende Medien-Berichterstattung entwickelten.

#### **2.4.2 Darstellung des Medienechos**

Die empirische Basis sind die Pressespiegel der Pressestelle des DGB, die in der Kongress-Woche erstellt wurden. In diesen Presse-Zusammenstellungen vom 22., 23., 24. und 26.5. sind in Gänze 154 Artikel von Printmedien zu finden, die sich ausschließlich mit dem Thema DGB-Kongress beschäftigen.

Eine quantitative Auswertung ergab das folgende Bild: In fünf Beiträgen wurde das Thema der Finanzmärkte erwähnt, jeweils mit höchstens zwei Sätzen, meist in der Mitte oder gegen Ende des Textes, wie beispielsweise im HB; dabei wurde meist auf die Forderung des DGB verwiesen, es solle eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden. In drei Beiträgen wurde das Thema mit jeweils einem Absatz behandelt – wie beispielsweise in der „Frankfurter Rundschau“ – und lediglich in drei Texten spielte das Thema die Hauptrolle.

Zwei Tageszeitungen, der „Tagesspiegel“ und die SZ, informierten in gesondert ausgewiesenen Beiträgen über die wesentlichen Forderungen des DGB zur Regulierung der Finanzmärkte. In der SZ handelt es sich um einen etwa 50 Zeilen umfassenden und unter Verwendung von Agenturmaterial (ddp, Reuters) verfassten Text, der auf Seite 2, vermutlich im Rahmen eines „Thema des Tages“, veröffentlicht wurde, und der sich etwa zur Hälfte mit diesem Thema beschäftigte; Überschrift und Unterzeile bezogen sich jedoch allein auf das Finanzmarkt-Thema und lauteten journalistisch zugespitzt „Wettern gegen Heuschrecken – Sommer rügt Finanzspekulanten“. Der „Tagesspiegel“ informierte auf Seite 19 in einem Absatz innerhalb eines langen dreispaltigen Berichtes – Überschrift: „Das Kapital soll an die Kette“ – über die Vorstellungen von Sommer zu diesem Thema und zusätzlich mit einem gesondert ausgewiesenen Text-Kasten, in dem als Eigenleistung des Redakteurs unter der Überschrift „Sommers acht Forderungen – Barrieren gegen Heuschrecken“ alle Forderungen knapp referiert dargestellt wurden.

Zusätzliche Recherchen, unter anderem mit Unterstützung des Bundespresseamtes, ergaben etwa ein weiteres gutes Dutzend Texte, vor allem nachrichtliche Artikel, meist von Regionalzeitungen, die sich mit dem DGB-Bundeskongress beschäftigten, so dass sich die Gesamtzahl der Beiträge auf etwa 170 erhöhte. Von diesen zusätzlichen Beiträgen beschäftigten sich wiederum nur sehr wenige mit dem Finanzmarkt-Thema, und wenn, dann mit einem kurzen Absatz innerhalb eines längeren Textes oder auch nur mit einem Satz. Ein Beispiel: Der „Münchner Merkur“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 26. Mai 2006 zwar einen längeren zweispaltigen nachrichtlichen Text über den Kongress mit der Unterzeile: „Sommer will Finanzmärkte regulieren“. Diesem Thema widmete sich jedoch buchstäblich lediglich der letzte Halbsatz des gesamten Textes, in dem inhaltlich die Unterzeile wiederholt wurde.

Mehrfach wurde das Thema kommentiert oder innerhalb von Analysen kommentierend angesprochen. So erwähnte die „Berliner Zeitung“ in einer längeren Analyse auf ihrer Kommentarseite Seite 4 mit einem Satz, es sei richtig, dass der DGB-Vorsitzende Sommer „zum Kampf gegen den global operierenden Zocker-Kapitalismus bläst“, jedoch habe der DGB bei diesem Thema „nur mäßiges Gewicht“. Unter der Überschrift „Neid und Demagogie“ kommentierte die Berliner „B.Z.“ auf der prominenten Seite 3 auch das Thema Finanzmärkte: Mit seiner „Kapital- und Globalisierungsschelte“ habe Sommer die Herzen der Delegierten erwärmt. Dann hieß es ironisch weiter: „Höhere Unternehmens-, Vermögenssteuer und Kontrolle – meint Beschränkung – des internationalen Kapitalverkehrs! Dann wird alles gut.“ Der DGB sei so „auf dem Weg ins Abseits.“

Der „Tagesspiegel“, Berlin, kommentiert zum Abschluss die Ergebnisse des Kongresses auf seiner Meinungsseite unter der Überschrift „Hier verkocht der Chef“. In diesem Kommentar beschäftigt sich der Autor unter anderem mit den Forderungen des DGB-Vorsitzenden Sommer zur Regulierung der Finanzmärkte. Das Urteil fällt vernichtend aus: Die Forderungen seien „nutzlos“. Weiter: „Welche Arbeitsplätze würde denn eine Börsenumsatzsteuer sichern? Ist es denn wirklich so, dass Siemens wegen der eigenen Optionsprogramme für Manager Spaß am Arbeitsplatzabbau entwickelt? Es ist ein naiver Gedanke, dass der Stellenabbau hierzulande zu stoppen ist, wenn man nur den internationalen Finanzmarkt bändigt.“ Auf Seite 1 kommentierte die FAZ die Ergebnisse des DGB-Kongresses unter der Überschrift „Nicht zuständig“ und geht dabei mit einem Satz auf das Thema Finanzmärkte ein. Sommer habe in seinem Grundsatzreferat nichts Neues geboten: „... er wiederholt die alte Leier: Man müsse dem Treiben des seelenlosen Finanzkapitals Paroli bieten und dem brutalen Kapitalismus Einhalt gebieten.“

In einer kommentierenden Analyse auf Seite 4 geht der zuständige Redakteur der SZ indirekt selbstkritisch auf die Mechanismen des Medien-Betriebes ein, indem er auf die Auseinandersetzungen um die spektakuläre Kampf-Kandidatur von Ursula Engelen-Kefer, bisherige stellvertretende DGB-Vorsitzende, einging und dann fortfuhr: „Breiten Raum in der öffentlichen Aufmerksamkeit nahm die Szene auch deshalb ein, weil sie so viel süffiger zu beschreiben war als das Für und Wider von Mindestlohn und Börsenumsatzsteuer. Es gehört zu den Eigenheiten des Medienbetriebes, derlei begierig auszuweiden – und sodann zu beklagen, leider fänden inhaltliche Debatten auf dem Kongress kaum statt.“

Die Nachrichtenagentur DPA sendete mehrere längere Zusammenfassungen über den Kongress. Das hier interessierende Thema wurde lediglich in einer dieser Fassungen vom 26.5. kurz indirekt im letzten Drittel des Textes erwähnt. Hier der Wortlaut: „Sommer verlangte zur Stabilisierung der Sozialsysteme eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und Besitz. Steuerflucht und Steuerbetrug müssten ernsthaft bekämpft und die internationalen Finanzmärkte stärker reguliert und kontrolliert werden.“

### 2.4.3 Bewertung des Medienechos

Von etwa 170 ausgewerteten Beiträgen beschäftigen sich deutlich weniger als 20 Beiträge überhaupt mit dem hier interessierenden Thema, obwohl es Haupt-Thema in der Grundsatzrede des DGB-Vorsitzenden war; dabei sind auch die Beiträge eingeschlossen, die sich lediglich mit ein, zwei Sätzen diesem Thema widmeten. Von diesen

relativ wenigen Beiträgen waren wiederum fünf kommentierend oder analysierend-kommentierend. Einer dem journalistischen Handwerk gemäßen Berichterstattung sind allein der „Tagesspiegel“ und die SZ mit jeweils einem sachlich-informativen Beitrag über die konkreten Forderungen des DGB zu einer Reform der Finanzmärkte nachgekommen. Und von diesen beiden Medien kam wiederum der „Tagesspiegel“ am überzeugendsten seiner Aufgabe der Information nach; dieses Beispiel zeigt zudem, dass dieser Aufgabe mit geringem Ressourcen-Aufwand (Umfang, Arbeit) nachgekommen werden konnte. Der „Tagesspiegel“ hat zudem sich diesem Thema ausführlich – und sehr kritisch – in einem Kommentar gewidmet. Insofern hat dieses Medium nicht nur seine Aufgabe der sachlichen Information, sondern auch die der Orientierung mit Hilfe einer kritischen, teilweise argumentierenden Kommentierung erfüllt.

Der Analyse der Zeitungs-Artikel ist anhand der Quellen-Angaben zu entnehmen, dass jedenfalls die Agenturen DPA, „ddp“ und „Reuters“ über das Thema Finanzmarktkontrolle innerhalb ihrer Berichte informierten; sie konzentrierten sich jedoch offensichtlich auf das Thema der Einführung einer Börsenumsatzsteuer. Das heißt, dass alle Zeitungen, die diese Agenturen beziehen (und das sind fast alle Zeitungen), in der Lage waren – ungeachtet der Ressourcen-Frage, ob sie selbst mit einem Redakteur oder Korrespondenten auf dem Kongress direkt vertreten waren oder nicht -, sachlich, wenn sie wollten, über die Vorstellungen des DGB zu diesem Thema zu berichten.

Diese kleine Fallstudie zeugt von einer handwerklichen Pflichtverletzung des journalistischen Systems, die auch bei allen Relativierungen, die angeführt werden können, schwer wiegt. Denn es ist in keiner Weise – eventueller Mangel an Platz, Ressourcen und Zeit – zu begründen, warum die Medien nicht wenigstens in kleinen Berichten von beispielsweise 30 bis 50 Zeilen über die finanzmarkt-politischen Vorschläge des DGB sachlich berichtet haben; bereits mit diesem geringen Aufwand, aber nur mit ihm, wären sie jeweils ihren handwerklichen Grundpflichten nachgekommen.

Es kann sein, dass die hier geschilderte Erfahrung auf alle Beteiligten ‚abschreckend‘ gewirkt hat. Der Akteur, also der DGB, machte die Erfahrung, dass das Thema einer anderen Finanzmarktpolitik in der Medien-Öffentlichkeit offensichtlich nicht ‚durchsetzbar‘ ist. Zudem kann auch beispielsweise der publizistische Akteur „Tagesspiegel“ die Erfahrung – wir haben relativ viel gemacht, die anderen so gut wie nichts – als Entmutigung wahrnehmen, man habe ein Thema behandelt, das entweder unwichtig oder nicht zeitgemäß sei; Untersuchungen zeigen immer wieder, in welch’ hohem Maße Medien und Redaktionen sich bezüglich der Auswahl, Gewichtung, Platzierung und Kommentierung von Themen aufeinander beziehen und sich gegenseitig beeinflussen.

## 2.5 Fallstudie E: Rede von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bei der Veranstaltung „Topic the year“ in Frankfurt, 14. Januar 2008

### 2.5.1 Das Ereignis

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück nützt diese Rede, um sich mit der selbst gestellten Frage zu beschäftigen: „Was haben ausgerechnet Finanzmärkte mit Gerechtigkeit zu tun?“ Seine Botschaft: Der Finanzmarktplatz Deutschland wird für die hiesige Volkswirtschaft noch wichtiger. Die verantwortlichen Akteure gefährdeten jedoch mit ihrem umstrittenen Verhalten – persönliche materielle Maßlosigkeit, politische Forderungen nach noch mehr Markt und materieller und arbeitsrechtlicher Ungerechtigkeit, mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung in und mit der Öffentlichkeit – mögliche künftige Geschäftserfolge, die politische Stabilität („Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft unterminieren“) und Zustimmung der Bevölkerung zu dieser Politik, könnten doch gefühlte und tatsächliche Ungerechtigkeit zu Distanz der Menschen zum System und zu protektionistischen Tendenzen führen. Steinbrück: „Die Haltung ist ökonomisch und politisch hoch riskant.“ Steinbrück nimmt in seiner Rede über weite Teile die Perspektive des Staates und der Gesellschaft, aber auch die konkrete Perspektive von „schlecht beraten(n) Anlegern, weitergereichte(n) Kreditnehmer(n) oder von Finanzinvestoren vor die Tür gesetzte(n) Arbeitnehmern“ oder von Bürgern ein, denen Teile ihrer Altersversorgung „vernichtet werden, weil Finanzinstitute mit ihrem Geld in Risikokategorien gegangen sind, die sie selbst nicht eingehen, die sie selbst nicht richtig haben ein-

schätzen können“. Er nimmt ausdrücklich gegen die „angelsächsisch geprägte Sichtweise“ Stellung, die dazu neige, Freiheit über alle anderen Werte zu stellen und Freiheit zudem vor allem als Freiheit vom Staat interpretiere. Er zeichnet zudem mit Zahlen, Daten und Argumenten das Bild einer Gesellschaft, die sich sozial und politisch „seit einiger Zeit zunehmend auf eine gefährliche gesellschaftliche Schieflage“ hinbewege.

Es handelt sich also um eine inhaltlich bedeutende und finanzmarkt- und gesellschaftspolitisch angelegte Grundsatzzrede, in der er – nach den vielen Krisen des Jahres 2007 – die Verantwortlichen vor allem der Finanz- und Banken-Branche sehr scharf mit ins Grundsätzliche gehenden Argumenten und Analysen angreift, zur Rede stellt und deren soziales und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl in Frage stellt.

### 2.5.2 Darstellung des Medienechos

Es wurden die Tageszeitungen in dem Zeitraum vom 12. bis 18. Januar ausgewertet. Es gab über diese Rede eine letztlich bescheidene aktuelle Berichterstattung in überregionalen Tageszeitungen. Die „Börsenzeitung“ widmete sich der Rede in ihrer Ausgabe vom 15.1.2008 mit einem zweiseitigen Text auf der Frontseite („Steinbrück fordert ‚Kultur der Mäßigung‘ – Heftige Kritik am Verhalten von Bankmanagern“) und einer längeren Analyse („Steinbrück kritisiert ‚Globalisierungselite‘“) im Innenteil. In beiden Texten spielen die folgenden Einschätzungen von Steinbrück eine wichtige Rolle: Die Finanzkrise werde noch das ganze Jahr über andauern und das Wachstum in Deutschland unter zwei Prozent drücken. Finanzinstitute müssten weitere Wertberichtigungen vornehmen. Die Finanzmarktakteure hätten Vertrauen verspielt, ließen die Bevölkerung mit einer unverständlichen Sprache bewusst im Unklaren und ignorierten, wie ihr Gebaren ankomme. Das gefährde die soziale Stabilität in Deutschland und damit einen wichtigen Produktionsfaktor. Daraus leite er seine Forderung nach einer „Kultur der Mäßigung“ ab. Die Manager müssten wieder gesellschaftliche Verantwortung und eine Vorbildrolle übernehmen. Konkret müsse die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen überdacht und es müsse auch über die Höhe der Manager-Gehälter debattiert werden. Die Tarifabschlüsse müssten mindestens so hoch wie die Produktivitätsentwicklung sein. In der Analyse der „Börsenzeitung“ spielt das Thema Finanzplatz Deutschland eine prominente Rolle: Er werde auch weltweit immer wichtiger, so Steinbrück, habe eine wichtige Funktion für Wachstum und Beschäftigung, erwirtschaftete inzwischen fast fünf Prozent des Bruttosozialproduktes und habe bereits etwa 1,2 Millionen hochproduktive Arbeitsplätze, so der Bericht; in dem Redetext von Steinbrück wird die Zahl „rund 2,1 Millionen hoch qualifizierte Arbeitsplätze“ genannt. Die Kernargumentation von Steinbrück, der Finanzmarkt ist einerseits volkswirtschaftlich hochbedeutsam und die Globalisierungs-Elite – er versteht darunter die Finanzmarkt-Akteure und die Banker – gefährde andererseits mit ihrem sozial und politisch bedenklichen Verhalten das Ansehen, die künftigen Erfolge und die Stabilität, wird in diesen beiden Beiträgen der „Börsenzeitung“ präzise geschildert. Auch seine Argumente, die Forderungen nach noch mehr Ungleichheit und einen noch weiteren Rückzug des Staates führten keineswegs zu höherer Effizienz, sondern seien kontraproduktiv, werden sachlich und vollständig referiert. Wenn Menschen nur noch als Konsumenten wahrgenommen würden, dann entfremdeten sie sich von dem Wirtschaftssystem. Die Mitte der Gesellschaft, die den „Reaktorkern des Sozialstaates“ ausmache, müsse viele Lasten tragen und habe das Gefühl, der Aufschwung gehe an ihr vorbei. Wenn sie die Solidarität zur gesamten Gesellschaft deshalb aufkündige, werde es für den Sozialstaat gefährlich, heißt es am Schluss des Berichtes.

Die FAZ berichtet mit einem längeren zweiseitigen Bericht („Steinbrück warnt vor Schieflage – ‚In Vorstandsetagen fehlt Gefühl für soziale Balance‘“) im hinteren Teil des politischen Buches. Im Mittelpunkt steht der Aspekt, die Globalisierung dürfe nach Ansicht von Steinbrück zu nicht zuviel Ungerechtigkeit führen, denn Gerechtigkeit sei ein wichtiger sozialer Produktionsfaktor. Die Position von Steinbrück zu den Manager-Gehältern und den Mindestlöhnen wird genauer geschildert. Das Thema der anhaltenden Finanzkrise und ihre negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum wird – im Gegensatz zur „Börsenzeitung“ – lediglich in den letzten beiden Sätzen erwähnt. Die „Frankfurter Rundschau“ dokumentiert auf ihrer Dokumentationsseite (S.11) in stark gekürztem Umfang Teile der Rede unter der redaktionellen Headline „Erfolg in Gefahr“ und der Unterzeile: „Der Bundesfinanzminister warnt die

Wirtschafts-Eliten: Wer immer nur auf die Tube drückt und Gerechtigkeit vergisst, verliert die Grundlagen für die eigenen Geschäfte.“

In den Meldungen von DPA in diesen Tagen spielt das Thema Bundeshaushalt eine wichtige Rolle. So gibt es am 15.1. ausführliche Meldungen, Deutschland sei „erstmal seit Einheit mit ausgeglichenem Haushalt“, so eine DPA-Überschrift. Und eine DPA-Zusammenfassung von diesem Tag beginnt mit den Zeilen: „Deutschland weist erstmal seit der Wiedervereinigung einen ausgeglichenen Staatshaushalt auf. Dank des Konjunkturaufschwungs und sprudelnder Steuern nahmen Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen im vergangenen Jahr insgesamt 70 Millionen Euro mehr ein als sie ausgaben.“ Das heißt, das Nachrichten-Umfeld ist in diesen Tagen auch sehr widersprüchlich, sehr positive wirtschaftliche Meldungen wechseln sich mit dramatischen Analysen über Risiken auf den Finanzmärkten ab. Es ist ein Umfeld, das eigentlich auch nicht zu der dramatisierenden Rede von Steinbrück passt, mit der er schließlich vor einem Auseinanderfallen der Gesellschaft und einem Verspielen aller Erfolge warnt. Am 14.1. selbst gibt es DPA-Meldungen über Steinbrücks Äußerungen in Frankfurt, das Wachstum für 2008 werde etwas geringer als erwartet ausfallen. In der Meldung heißt es weiter: „Steinbrück sagte zur Begründung, die Finanzmarktkrise habe durchaus ‚Auswirkungen auf die Realwirtschaft‘. Die seit Sommer anhaltenden Turbulenzen infolge der US-Immobilienkrise seien noch nicht ausgestanden. ‚Wir werden damit zu tun haben – voraussichtlich das ganze Jahr 2008. Wir werden weitere Wertberichtigungen erleben‘ sagte Steinbrück. Die Turbulenzen am Markt für zweitklassige US-Hypothekenkredite (subprime) hatten weltweit bei etlichen Finanzinstituten zu Milliardenverlusten geführt. In Deutschland waren die Mittelstandsbank IKB und die sächsische Landesbank in Existenznot geraten und hatten externe Hilfe erhalten.“

Drei Tage später, am 17.1., gab es die folgende DPA-Meldung über ein Treffen der Finanzminister von Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien unter der Überschrift: „Vier EU-Staaten gegen Finanzmarktkrise – Ratingagenturen im Blick.“ Die Meldung wird hier länger zitiert, da sie einen guten Einblick gibt, wie gespalten letztlich das Agieren der Politiker zwischen Beruhigen und Dramatisieren ist. Der Text beginnt so: „Die Finanzminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens haben am Donnerstag mehr Transparenz auf den Finanzmärkten und bessere Standards für die Ratingagenturen gefordert. Sie plädierten in Paris zudem für die Durchschaubarkeit der ‚strukturierten Finanzprodukte‘, eine bessere Marktaufsicht und eine andere Rolle der Institute wie des Internationalen Währungsfonds. Man müsse besser mit den Liquiditätsrisiken umgehen und Mechanismen zur Erkennung und Überwindung von Finanzkrisen entwickeln.“ Dann folgt ein Zitat von Steinbrück: „Wir haben es mit einer ernsten Lage zu tun. Die Krise wird die nächsten Monate andauern.“ Danach geht der Agentur-Text so weiter: „Allerdings dürfe man auch die guten grundlegenden Wirtschaftsdaten und die positiven Impulse aus Asien nicht unterschätzen. Schwarzsehen sei nicht angebracht. Steinbrück rief die Ratingagenturen auf, Szenarien zur Entwicklung der Märkte sowie ‚Stress-Tests‘ für Finanzprodukte zu entwickeln. Die Unabhängigkeit der Ratingagenturen müsse aber gewährleistet bleiben, sagte der SPD-Politiker. Neben den Banken stehen die Agenturen wegen der Finanzkrise in der Kritik. Sie sollen die Gefahren der zwischen Banken gehandelten riskanten US-Immobilienkredite nicht rechtzeitig offen gelegt haben. Die französische Gastgeberin Christine Lagarde forderte ‚etwas Aufsicht über die Ratingagenturen‘. Ihr britischer Kollege Alistair Darling hielt dem entgegen: ‚Die Verantwortlichen der Banken müssen am Ende für ihre Entscheidungen verantwortlich sein.‘ Man wolle sich aber die Ratingagenturen anschauen. Die vier Minister wollen ihre Vorschläge den EU-Regierungschefs am 29. Januar in London vorlegen.“

### 2.5.3 Bewertung des Medienechos

Gemessen an der im Kern ebenso gehaltvollen wie politisch markanten Rede von Bundesfinanzminister Steinbrück, die in Teilen durchaus dramatisch zu nennende Einschätzungen beinhaltet, ist das Medienecho sehr zurückhaltend. Das überrascht zumindest auf den ersten Blick, da wesentliche Nachrichtenfaktoren, die für Massenmedien bei der Auswahl und der Platzierung von Themen von hoher Bedeutung sind, in diesem Fall gegeben sind: Promi-

nenz, Bedeutung und Kompetenz des Redners, prominentes und machtpolitisch bedeutsames Publikum, offene Duell-Situation – Steinbrück gegen die Ackermänner -, anhaltende Finanzmarkt-Krise, eine Überraschung, da man letztlich von dem ‚rechten‘ Sozialdemokraten Steinbrück eine solche harsche Manager-Schelte nicht erwartet, das Vorhandensein eines Resonanzbodens aufgrund bereits lang anhaltender gesellschaftlicher Debatten über Gerechtigkeit, Verantwortung, Maßlosigkeit. Obwohl all diese Nachrichtenfaktoren geradezu mustergültig erfüllt sind, haben trotzdem nur wenige Zeitungen, nach unseren Recherchen, überhaupt berichtet, und die Nachrichtenagentur DPA hat über die Rede selbst gar keinen Bericht gebracht. Es gab auch keine Kommentierungen, in den Tagen danach war auch keine Anschluss-Berichterstattung zu registrieren.

Nun zu den Inhalten: Es ist erneut festzustellen, dass in der vorhandenen, im Umfang sehr bescheidenen Berichterstattung das hier interessierende Thema – die Lage der Finanzmärkte, das Risikoverhalten von Finanzmarkt-Akteuren, die dadurch bereits entstandenen Schäden, die mangelhaften Regeln und Kontrollen –, bestenfalls eine zweitrangige Rolle spielt, obwohl Steinbrück in seiner Rede ausführlich auf alle diese Aspekte eingegangen ist. Im Mittelpunkt der vorhandenen Berichterstattung stehen vielmehr seine Auseinandersetzung mit dem generellen Verhalten von Managern, ihren Gehältern und die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es sei daran erinnert, dass es in den Monaten zuvor erhebliche Turbulenzen auf den Finanzmärkten gegeben hat, so dass eine entsprechende Sensibilität und ein Interesse, also ein diesbezüglicher Resonanzboden für eine solche Berichterstattung eigentlich vorhanden sein müsste.

Es sollen zwei Anregungen angemerkt werden, bevor aus einer anderen Perspektive noch auf die Berichterstattung von DPA eingegangen wird. Die erste Anregung: Massenmedien, offensichtlich auch so genannte Leitmedien bevorzugen gerne die Themen oder die Aspekte von Themen, von denen sie denken, sie stoßen auf einen bereits vorhandenen breiten gesellschaftlichen Resonanzboden, wie dies bei der Themen-Paarung Mindestlohn versus Manager-Gehälter tatsächlich der Fall ist. Die zweite Anregung: Es kann sein, dass die Berichterstattung über eine solche Rede zwischen zwei Stühlen durchfällt. Wenn sich politische Redakteure um das Thema kümmern, dann meiden sie vermutlich die sie zu komplex anmutenden Themen und Aspekte der Finanzmarktpolitik. Und die für Finanzmarktpolitik zuständigen Journalisten halten Politiker per se inhaltlich für nicht ‚satisfaktionsfähig‘ auf diesen Themenfeldern und gewichten deshalb deren Einlassungen gering.

Die Berichterstattung von DPA wurde aus mehreren Gründen ausführlich zitiert, obwohl sie über die Rede direkt – vorausgesetzt unsere Recherchen sind vollständig – überraschenderweise gar nicht berichtet hat. Es gibt in Gänze drei Gründe, warum diese Agentur-Meldungen von Interesse sind. Der erste Grund: Sie geben einen Einblick in das inhaltliche Umfeld, in dem das uns interessierende Thema sich ‚befindet‘. Zum einen sinkt die Staatsverschuldung in Deutschland, der Haushalt ist erstmals ausgeglichen, es gibt einen Konjunkturaufschwung, die Steuern sprudeln. Da könnte jemand zu Recht doch die Frage stellen: Wo ist hier bitte schön die Krise? Das spiegelt sich eindrucksvoll in der Meldung über das Treffen der Finanzminister wieder: Steinbrück dramatisiert, ernste Krise, und entdramatisiert, kein Grund zum Schwarzsehen. Es kommt zum anderen hinzu, dass die Interessenunterschiede in der EU sehr groß sind: Deutschland will regulieren, die anderen nicht so sehr. Es sei die These gewagt: Es kann auch an diesem diffusen, eher nicht dramatisierenden Umfeld liegen, dass die dramatisierende Rede von Steinbrück vielleicht von Journalisten als inhaltlich ‚deplatziert‘ empfunden worden ist und deshalb bei ihnen eine so geringe Aufmerksamkeit fand und wenig Resonanz hatte.

Der zweite Grund, warum die hier zitierten DPA-Meldungen von Interesse sind: Den letzten Zeilen der ersten zitierten DPA-Meldung ist zu entnehmen, wie die Agentur noch im Januar 2008 die Finanzmarktkrise definiert und beschreibt: Wegen zweitklassiger Hypotheken und einer Immobilienkrise in den USA sind einige Finanzinstitute ins Trudeln geraten und benötigen deshalb Hilfe. Und in Deutschland sind es zwei Banken, die in Schwierigkeiten geraten sind; unausgesprochen: gerade mal zwei Banken, an denen jeweils der Staat irgendwie beteiligt ist. Man könnte zu diesem Zeitpunkt (Januar 2008) schon sagen, es handelt sich dabei um eine recht entdramatisierte,

wenn nicht gar verharmlosende Darstellung und Deutung der Ursachen und Vorgänge. Der dritte Grund: Der zweiten DPA-Meldung ist anschaulich zu entnehmen, wie schwierig die Berichterstattung über diese Themen ist. Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen: Würde diese DPA-Meldung so abgedruckt werden in einem Medium oder verlesen werden, nur wenige Leser und Zuhörer würden sie überhaupt verstehen, geschweige denn einschätzen können, welche Interessen, Probleme, Veränderungen und Auswirkungen hinter den vielen erwähnten Aspekten jeweils stehen. Und vermutlich gibt es nur wenige Redaktionen, welche die Kompetenzen und die Ressourcen hatten und haben, um einen solchen Bericht für sich bewerten zu können, also zu entscheiden, ob er wichtig oder nicht wichtig ist, wo er gekürzt werden kann und wo nicht, oder gar um ihn so umzuschreiben, dass ein halbwegs interessiertes und gebildetes Publikum die Chance hat, die eigentlichen Sachverhalte überhaupt zu verstehen.

## 2.6 Bewertung der Fallstudien

Wir haben drei Grundsatzreden des jeweils amtierenden Bundesfinanzministers, eine Rede des DGB-Vorsitzenden beim DGB-Kongress und eine nicht-gehaltene, aber öffentlich dokumentierte Rede eines ehemals führenden Bankers in Deutschland ausgewählt und Fallstudien über das jeweilige Medienecho angefertigt. So unterschiedlich die Ereignisse sind, mehrere Merkmale einen sie. Prominente und meist auch mächtige Akteure beschäftigten sich zu prominenten Anlässen – datiert in dem Zeitraum zwischen März 2003 bis Januar 2008 – positiv bis sehr kritisch mit den Entwicklungen auf den Finanzmärkten und mit der Finanzmarktpolitik der jeweiligen Bundesregierung.

Das Ergebnis: Selbstverständlich gibt es Berichterstattung. Jedoch fällt sie, obwohl in allen Fällen wesentliche Nachrichten-Werte (Aktualität, Prominenz, Bedeutung, Konflikt etc.) erfüllt sind, jeweils im Umfang so bescheiden aus, dass man sagen kann, die Massenmedien ignorieren das Thema der Finanzmarktpolitik weitgehend, das bei diesen Anlässen direkt und indirekt immer die entscheidende Rolle spielte. In diesem Sich-Nichtbeschäftigen gibt es jedoch noch einen gravierenden Unterschied: Diejenigen, welche die offizielle Finanzmarktpolitik der Bundesregierung vertreten, schneiden in dieser Welt der insgesamt sehr bescheidenen Berichterstattung noch ziemlich gut ab – das gilt vor allem für die Grundsatzrede von Finanzminister Hans Eichel im Jahr 2003. Und sie können zudem mit dem Inhalt sehr zufrieden sein, finden sie sich doch in Gänze wieder, weitgehend ungestört von kritischen Anmerkungen und Verweisen.

Im Vergleich dazu finden die Kritiker so gut wie nicht statt. Sie intervenierten mit einer öffentlichen Polemik über das Gebaren der Banken- und Finanzbranche – so der ehemalige Banker Ludwig Poullain im Juli 2004 – und einer Grundsatzrede, einschließlich operativer finanzmarkt-politischer Reformvorschläge – so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im Mai 2006 – und ernteten das Schweigen der Massenmedien; von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. An dem bemerkenswerten Versuch von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im Januar 2008, einerseits die eingeschlagene Finanzmarktpolitik zu rechtfertigen und andererseits die ‚Auswüchse‘ scharf zu kritisieren, fällt vor allem auf, wie gering auch dieser beachtet worden ist.

Die wenigen berichtenden Massenmedien nützen keine der Gelegenheiten, um das Publikum sachlich über die grundlegenden Veränderungen in der Finanz- und Bankenbranche zu informieren und so entsprechende Zusammenhänge herzustellen, die das Publikum kennen muss, um sich im Wortsinne überhaupt ein eigenes Bild von den Vorgängen machen zu können. Insofern stützen die Erkenntnisse aus den Fallstudien diejenigen Erkenntnisse, die wir mit den empirischen Untersuchungen, den Intensivinterviews und der Literaturstudie erarbeitet haben.

## 3. Analyse von fünf Qualitätszeitungen in vier Phasen

Die ‚Aufwärmphase‘ der Fallstudien liegt hinter uns. Es beginnt der Einstieg in die Analyse der fünf ausgewählten überregionalen Tageszeitungen. Eine Menge statistischer Zahlen und eine Fülle von Belegzitate tragen die Analyse und machen sie nachvollziehbar.



Die erste Tabelle gibt einen Gesamtüberblick über die Materialbasis der fünf Qualitätszeitungen. Die untersuchten Beiträge sind eingeteilt in Interviews, kommentierende und berichtende Artikel. Thematisch ist die Tabelle unterteilt in die 16 Ereignisse, die wir auswerten. Diese Ereignisse wiederum sind chronologisch in vier Phasen aufgeteilt. Das Ereignis 14, den G8-Gipfel in London, werten wir sowohl für die Phase P3 „In der offenen Krise“ als auch für P4 „Konsequenzen aus der Krise“ aus. Dass die Anzahl der Zeitungsbeiträge vor der Krise, in der Phase P1, sehr klein ausfällt – immerhin umspannt diese Phase acht Ereignisse innerhalb von sechseinhalb Jahren – ist der allererste Eindruck, mit dem wir uns noch auseinander zu setzen haben werden.

Tabelle 1: Zeitungen – Gesamtübersicht über die Materialbasis\*

PHASE	Ereignis	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Summe			Gesamt
		I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	
Phase 1	1	0	4	4	0	0	0	0	2	3	1	2	5	0	2	1	1	10	13	24
	2	1	1	4	0	2	3	0	5	5	0	2	2	0	0	1	1	10	15	26
	3	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1	3	4
	4	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1	2	4
	5	0	0	0	0	4	1	1	4	3	0	1	4	0	0	2	1	9	10	20
	6	0	4	7	0	5	3	0	4	3	0	7	5	1	5	2	1	25	20	46
	7	0	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	1	3
	8	0	1	1	1	1	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	4	2	7
Phase 2	9	0	4	2	0	2	3	1	0	1	0	3	1	1	4	3	2	13	10	25
	10	1	6	8	0	6	5	2	8	5	0	11	7	1	3	2	4	34	27	65
Phase 3	11	0	10	18	0	10	10	1	13	14	1	28	10	2	2	8	4	63	60	127
	12	0	6	5	1	7	5	0	6	5	3	12	7	0	2	2	4	33	24	61
	13	4	9	18	0	10	9	1	18	16	0	7	11	0	2	4	5	46	58	109
3 und 4	14	1	6	26	0	8	7	1	11	18	0	3	12	0	4	6	2	32	69	103
Phase 4	15	0	5	16	0	9	9	2	6	24	1	9	15	1	1	5	4	30	69	103
	16	0	6	10	1	9	10	1	6	9	1	12	11	1	10	8	4	43	48	95
	Summe	7	63	121	3	73	67	12	86	107	7	98	91	7	35	45	36	355	431	822
			191			143			205			196			87			822		

\* I=Interviews, K=kommentierende Artikel, B=berichtende Artikel

Die folgende Auswertung gliedert sich in die vier Phasen. Für jede Phase werden im ersten Schritt die Materiallage und die zu dieser Phase gehörenden Ereignisse vorgestellt. Es folgen zunächst „quantitative Fundstücke“, zu welchen uns die Statistik verhilft. Danach machen wir uns an die qualitative Auswertung und schließen die Phase mit einer Bewertung ab. Nachdem die vier Phasen auf diese Weise durchgearbeitet sind, gibt es zum Abschluss noch eine Gesamtschau auf die fünf Qualitätszeitungen.

### 3.1 Phase P1 – Vor der Krise, 1999-2005: ‚Für die große Freiheit des großen Geldes‘

Acht Anlässe innerhalb eines Zeitraums von sechseinhalb Jahren haben wir ausgewählt, um zu analysieren, ob Aufmerksamkeit und Problembewusstsein für die Entwicklung des Finanzmarktes und die Finanzmarktpolitik in den untersuchten Medien erkennbar sind.

## Ausgewählte Anlässe und Auswertungszeiträume der Phase P1: Vor der Finanzmarktkrise

1. Am 12. März 1999 trat überraschend der damalige Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine zurück. Dabei spielte auch das Thema Regulierung der Finanzmärkte eine Rolle.  
*[Auswertungszeitraum 12.3. bis 19.3.1999]*
2. Am 14. Juli 2000 verabschiedet der Bundesrat das Gesetz zur „Freistellung der Gewinne aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen im betrieblichen Bereich“. Am 1.1.2002 trat das Gesetz in Kraft.  
*[Auswertungszeitraum 10.7. bis 18.7.2000 sowie 22.12.2001 bis 4.1.2002]*
3. Am 22. März 2002 beschließt der Bundestag das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz.  
*[Auswertungszeitraum 15.3. bis 27.3.2002]*
4. Vom 7. Mai 2003 datiert ein Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema „Finanzplatz Deutschland weiter fördern“ (DS 15/930).  
*[Auswertungszeitraum 5.5. bis 10.5.2003]*
5. Der Deutsche Bundestag stimmt am 7. November 2003 der Zulassung von Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften zu. Das Investmentmodernisierungs-Gesetz ist Teil des von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) angekündigten Förderplans für den Finanzmarkt Deutschland.  
*[Auswertungszeitraum 31.10. bis 10.11.2003]*
6. SPD-Chef Franz Müntefering sagt am 17. April 2005 in der „Bild am Sonntag“: „Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten – sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“ Im Anschluss daran entsteht die „Heuschreckendebatte“.  
*[Auswertungszeitraum 18.4. bis 23.4.2005]*
7. Am 18. November 2005 schließt die Große Koalition ihren Koalitionsvertrag. Auf den Seiten 86 und 87 wurden Vereinbarungen über die weitere Förderung zur Modernisierung des deutschen Finanzmarktes festgehalten.  
*[Auswertungszeitraum 14.11. bis 25.11.2005]*
8. Am 30. November 2005 gibt Bundeskanzlerin Kanzlerin Angela Merkel ihre Regierungserklärung ab. Hat Finanzmarktpolitik darin eine Rolle gespielt? Wurde in den Medien das Fehlen des Themas bzw. seine Unterbewertung kritisiert?  
*[Auswertungszeitraum 28.11. bis 3.12.2005]*

372 Ausgaben, verteilt auf 66 Tage, und 134 Artikel haben wir uns angesehen. Es sind in der Tat nur Probebohrungen, aber ihr Resultat ist eindeutig. Die 372 Ausgaben verteilen sich wie folgt: Jeweils 66 Ausgaben der FAZ, der SZ und der TAZ sowie 57 bösentätlich (Montag bis Freitag) erscheinende Ausgaben des HB und 51 der FTD, die im Auswertungszeitraum des Ereignisses 1 noch nicht auf dem Markt war. 134 einschlägige Artikel, das sind rund zwei Artikel pro Untersuchungstag – zum Vergleich: In der Krise, also in Phase P3 werden es zwölf sein – bzw. 0,36 Artikel pro Ausgabe, grob gesprochen ein Artikel in jeder dritten Ausgabe. Dabei ist bei der Einordnung zu berücksichtigen, dass die ausgewählten Zeiträume die Berichterstattung zum Thema Finanzmarkt(politik) nahelegten.

## Materialbasis Phase P1, Zeitungen\*

Medium	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Summe		
Typ	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B
Anzahl Phase P1	1	11	18	1	12	9	3	18	15	1	13	17	1	7	7	7	61	65
	30			22			36			31			15			134		

\* I=Interviews, K=kommentierende Artikel, B=berichtende Artikel

## 3.1.1 Quantitative Fundstücke

In der sehr heterogenen Phase P1 treten in den Zeitungen als Kernbegriffe *Deutschland* und *Unternehmen* hervor, mit einigem Abstand gefolgt von *Wirtschaft*. Auch wenn eine Verzerrung durch das starke Gewicht der Artikel in Zeitraum 6 („Heuschreckendebatte“) berücksichtigt wird, bleiben diese drei Begriffe die zentralen Knotenpunkte des Diskurses über Finanzmärkte. Daneben sind *Hedgefonds*, *Banken*, *Investoren*, *Anleger*, *Steuerreform*, *Börse und Fonds* weitere wichtige Begriffe. Die – medial gesehen – zentralen politischen Akteure der untersuchten Ereignisse sind *Franz Müntefering*, *Oskar Lafontaine*, *Gerhard Schröder* und *Hans Eichel*. Der Akteur Müntefering eignet sich als gutes Beispiel, um den Erkenntniswert der Spezifität zu verdeutlichen: Sein Name kommt fast ausschließlich im Zeitraum 6 vor. Dementsprechend groß ist die Spezifität des Wortes. Der Begriff *Macht* ist insofern zu relativieren, als es sich bei der Frequenzanalyse zunächst einmal sowohl um das Verb als auch um das Substantiv handeln kann. Eine Feinanalyse zeigt, dass nur circa die Hälfte der Fälle sich auf das Substantiv „Macht“ beziehen. Vor allem im Zeitraum 6 als „Macht des Kapitals“. Der Begriff *Politik* ist vor allem in den Zeiträumen 1 und 6 herausgehoben. *Kritik* ist ein zentraler diskursiver Knotenpunkt im Zusammenhang mit Münteferings Kapitalismuskritik. Der diskursive Rahmen, das zeigt schon die Statistik, wie wir gleich noch sehen werden, ist eine nationale Standortdebatte.

Tabelle 2: Phase P1, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien\*

Begriffe	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Ges.
	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	
DEUTSCHLAND	50	-5	7	36		1	104	9	1	49		2	11	-4	14	250
UNTERNEHMEN	83		2	36		1	46	-3	2	67	4	1	16		2	248
WIRTSCHAFT	57		4	9	-5	25	41		4	46	3	3	14		8	167
Prozent	85	10	1	30		4	13	-9	43	24		9	6	-3	34	158
MÜNTEFERING	38		8	17		9	27	-3	11	43	3	4	32	6	1	157
SPD	51		6	11	-3	20	27		11	38		5	13		11	140
Euro	70	11	3	10		24	23		18	13		28	0		1061	116
HEDGEFONDS	25		15	4	-5	121	46	4	2	37	4	6	3	-3	99	115
LAFONTAINE	31		9	7		42	17		21	33	4	7	13		11	101
POLITIK	28		13	9		25	21		20	24		9	14		8	96
REGIERUNG	31		9	14		11	27		11	17		21	7		24	96
UNION	54	9	5	1	-6	521	11	-4	55	8	-3	57	15		4	89
BANKEN	25		15	12		16	34	4	6	12		32	3		99	86
Jahren	30		11	11		20	24		16	17		21	4		61	86
Jahr	21		20	12		16	41	6	4	5	-4	125	6		34	85
INVESTOREN	11	-5	53	18		8	27		11	27	3	8	1	-4	325	84
ANLEGER	4	-9	300	22	3	5	32	3	7	21		14	4		61	83
STEUERREFORM	14	-3	32	13		14	30	3	8	16		26	5		43	78
KRITIK	13	-3	41	12		16	16		23	20		17	14	3	8	75
BÖRSE	8	-5	105	34	12	3	11		55	16		26	1	-3	325	70
FONDS	19		24	11		20	16		23	22		12	2		172	70
MACHT	10	-4	67	4		121	14		33	24	4	9	16	4	2	68
LAFONTAINES	20		22	1	-4	521	13		43	22	4	12	6		34	62
Jahre	29	3	12	6		56	15		26	8		57	3		99	61
SCHRÖDER	22		18	5		77	14		33	10		38	9		17	60

\* absolute Häufigkeit [= H], Spezifität [= S], Rang im Teilkorpus [= R]

Aus Tabelle 2 ergeben sich für die sehr heterogene Phase P1 als Kernbegriffe Deutschland, Unternehmen und Wirtschaft. Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Deutungspotential für unsere Zwecke.

Am Beispiel des Wortes Deutschland eine kurze Erläuterung der Tabelle, die in dieser Form auch für die anderen Untersuchungsphasen genutzt wird. Das Wort Deutschland kommt in der Phase P1 in den Artikeln der FAZ 50 Mal vor. Die Spezifität -5 zeigt an, dass es damit tendenziell weniger benutzt wird als aufgrund seines Vorkommens im Gesamtkorpus aller Artikel (aller vier Phasen) zu erwarten gewesen wäre; Deutschland steht auch nur auf Rang 7 der Substantive, die die FAZ in der Phase P1 verwendet. Zum Vergleich das HB: Das HB benutzt in dieser Phase Deutschland 104 Mal. Die Spezifität 9 sagt uns, dass dieses Substantiv deutlich mehr gebraucht wird als – gemessen an seiner Verwendung insgesamt – zu erwarten war. Und Deutschland steht im HB auf Rang 1 der Hauptwörter. Insgesamt taucht das Wort Deutschland in den Zeitungsartikeln der Phase P1 250 Mal auf.

Wie sehr das Thema Finanzmarkt unter Standort- und Wettbewerbsgesichtspunkten gesehen wird, macht die Wortwolke sichtbar, die sich um den Begriff Deutschland herum bildet. Die Ausläufer der sogenannten Standortdebatte, die vor allem in den 80er und 90er Jahren als Kosten-Kontroverse über Sozialabgaben, Löhne und Steuern geführt wurde, beeinflussen offenkundig das Meinungsklima nachhaltig. Der befreite Finanzmarkt als Quelle für Gewinne und Arbeitsplätze am Standort Deutschland – für dieses Deutungsmuster als dominierenden Diskurs liefert die Statistik klare Indizien. Der Wandel des Finanzmarktes vom Dienstleister der Realwirtschaft hin zur eigenständigen Branche mit eigenen Entscheidungs- und Handlungskriterien und dem Aufbau einer eigenständigen, von den Belangen der Realwirtschaft losgelösten Produktpalette wird offenbar ohne Problembewusstsein begleitet und begrüßt.

Abbildung 1: Phase P1, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Deutschland als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurenanzalyse:

Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Deutschland* verknüpft.

In der Phase P1 gehört das Wort Krise nicht zu den 25 am häufigsten genutzten Substantive. Wie selten es vorkommt, zeigen die Mehrworteinheiten mit dem Wortstamm „Krise“ in den Zeitungsartikeln.

Tabelle 3: Phase P1, Zeitungen – Mehrworteinheiten mit dem Wortstamm Krise\*

Mehrworteinheiten (MWE)	H	Mehrworteinheiten (MWE)	H
IM LICHT DER JÜNGSTEN FINANZKRISEN	2	ZUR KRISENBEKÄMPFUNG	1
IN KRISENZEITEN	2	FÜR FINANZKRISEN	1
DER FINANZKRISE	2	DIE KRISENHAFT	1
DER ASIEN-KRISE	2	FINANZKRISE MIT	1
INTERNATIONALEN FINANZKRISEN	2	KRISE IST NICHT	1
FINANZKRISEN DIE	2	FINANZKRISE VOR	1
BEI WEITEREN FINANZKRISEN DIE	2	DER FINANZKRISE IN	1
NACH DER ASIATISCHEN FINANZKRISE	2	IN DER KRISE HAT	1
DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE	1	MIT DER FINANZKRISE	1
SEIT DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE	1	WIRTSCHAFTSKRISE IN	1
ZUR KRISENBEKÄMPFUNG	1	DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTSKRISE	1
FÜR FINANZKRISEN	1	DIE KRISE AUF DEN	1
DIE KRISENHAFT	1	DER FINANZKRISEN	1
EINE KRISE AUSLÖSEN	1	DER KRISE LIEGT	1
EINE VERTRAUENSKRISE	1	WELTWEITE BANKENKRISE	1
IN DER ASIEN-KRISE	1	FRÜHEREN KRISEN	1
DER FINANZKRISE ZU	1	FINANZKRISEN DER	1
NACH DER FINANZKRISE	1	FINANZKRISEN UND	1
DIE FINANZKRISEN	1	STRUKTURELLE KRISE	1
DIE IN DER KRISE	1		

\* absolute Häufigkeit [=H]

### 3.1.2 Qualitative Untersuchung

#### Mindesterwartungen und Bewertungsskala

Als inhaltliche Mindeste­rwartung an die Informations- und Orientierungsfunktion des Journalismus identifizieren wir für diese Phase „Vor der Krise“: Die Medien liefern sachliche Hinweise auf den grundlegenden Wandel der Finanzbranche, deren neue Produkte, Regeln, Bedeutung und Praktiken. Die finanzmarktpolitischen Entscheidungen der Branche selbst sowie der Politik werden verständlich vorgestellt. Es finden sich Hinweise nicht nur auf die Gewinnchancen, sondern auch auf finanzielle und wirtschaftliche Risiken des „in Echtzeit“ mit – im Alltagsleben nicht nachvollziehbaren – riesigen Finanzwerten operierenden und spekulierenden globalen Marktes. Aus der handwerklichen Perspektive handelt es sich eindeutig um eine Wirtschafts-, genauer Finanzmarktthematik; dass sie auf die vorderen Seiten vordringt, ist in dieser Phase nicht zu erwarten. Innerhalb der Wirtschafts- und Finanzredaktion müssten jedoch die besorgten und kritischen Stimmen, welche die Finanzmarktentwicklung unübersehbar begleitet haben, wahrgenommen und zumindest punktuell wiedergegeben werden.

Als „sehr schlecht“ stufen wir eine journalistische Arbeit ein, welche die Finanzmarktentwicklung weitgehend unbeachtet lässt oder deren Risikopotenzial aggressiv-polemisch abstreitet oder ausschließlich und vehement positiv darstellt. Den Finanzmarkt als neues und wichtiges, also als aktuelles Thema nicht zu erkennen, muss als schwerer handwerklicher Fehler eingestuft werden. Im Gegensatz dazu bewerten wir wiederholte Hinweise auf gefährliche Entwicklungen, deutliche Kritik an Intransparenz und Kontrollverlusten sowie die Erinnerung an vergangene – gar nicht weit zurückliegende – Finanzkrisen als inhaltlich „sehr gut“. Zu einer sehr guten inhaltlichen Arbeit zählt auch die Darstellung von Rückwirkungen der Finanzmarktentwicklung auf die Realwirtschaft und sei es nur in der Weise, dass die Finanzbranche ihre Regeln und Anforderungen (beispielsweise kurzfristige Renditeorientierung) wenigstens in Teilen auf die Realwirtschaft zu übertragen vermag. Handwerklich gehören in diese Kategorie ein kontinuierlicher internationaler Blick und die Zusammenschau finanz-, realwirtschaftlicher sowie politischer Dimensionen des Finanzgeschehens. Um die Kapazität und den Horizont der Redaktion zu erweitern, kann dies gut in Gastbeiträgen und Interviews mit ‚unbequemen‘ Partnern geleistet werden. Die Kriterien der Zwischenstufen „besser“ und „schlechter“ sind der Gesamtübersicht der Bewertungsskala für die Phase P1 zu entnehmen.

Tabelle 4: Zeitungen – Bewertungsskala der Phase P1

	++	+	0	-	--
	<i>sehr gut</i>	<i>besser</i>	<i>Mindesterwartung</i>	<i>schlechter</i>	<i>sehr schlecht</i>
<i>inhaltlich</i>	*Wiederholte Hinweise auf gefährliche Entwicklungen; *Deutliche Kritik an Intransparenz und Kontrollverlust; *Erinnerung an bisherige Finanzkrisen.	*Punktueller Beschreiben von Risiken; *Hinterfragen der sog. Modernisierungspolitik des Finanzmarktes; *Fragen nach Möglichkeiten politischer Kontrolle.	*Hinweise auf den grundlegenden Wandel der Finanzbranche mit sachlichen Informationen über neue Produkte etc.; *Finanzmarktpolitische Entscheidungen darstellen; *Abwägen von Chancen und Risiken.	*Deregulierung mit Sachzwängen, Wettbewerbsfähigkeit begründen; *Finanzmarkt als Quelle von Wachstum und Gewinn profilieren; *Spekulationsgewinne als große Erfolge beschreiben.	*Entwicklung des Finanzmarktes weitgehend unbeachtet lassen; Oder:*Risikopotential offensiv-aggressiv abstreiten.
<i>handwerklich</i>	*Kontinuierlicher internationaler Blick; *Integration finanz-, realwirtschaftlicher und politischer Perspektiven; *Gastbeiträge, Interviews, die Kontroversen widerspiegeln.	*Vielfalt der Themen, Argumente, Quellen, Sprecher zum Finanzmarkt (Entscheidungen und Positionen von Regierungen, NGOs, Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften).	*Berichterstattung (nur) auf Wirtschafts- und Finanzseiten; *auch Kritiker der Entwicklung des Finanzmarktes kommen zu Wort.	*Stets dieselben prominenten Befürworter von Deregulierung zitieren; *Das Finanzgeschäft als die einzige Beobachtungsperspektive.	*Finanzmarkt wird nicht als aktuelles Thema gesehen.

**Problem Staat, Lösung (Finanz-)Markt**

In durchaus nennenswerten Nuancen voneinander abweichend, agieren FAZ, HB und SZ in der groben Stoßrichtung der Berichterstattung und Kommentierung einheitlich: Sie fordern größere Risikospielräume für die Finanzmarktakteure. Die Risiken werden entweder zu einer zu vernachlässigenden Bedingung für Chancen erklärt, die sich die deutsche Wirtschaft nicht entgehen lassen dürfe; oder sie bleiben überhaupt ausgeblendet. Die Texte strahlen dort, wo sie die Darstellung von Sachverhalten verlassen, missionarischen Eifer aus gegen bestehende oder befürchtete Schranken der freien Verfügbarkeit über (Geld)Kapital. Viele FAZ-Artikel dieser Phase wirken wie PR-Texte gegen die Rot-Grüne Regierung. Wären sie nicht im Zeitungsformat gedruckt und stilistisch besser formuliert, könnten sie genau so gut aus Presseabteilungen der liberal-konservativen Opposition kommen.

*„Die Nach-Lafontaine-Hausse an den Märkten enthält eine Reihe von Botschaften an den Kanzler. Er kann aus den jetzigen Marktreaktionen ablesen, was zuvor falsch gemacht wurde.... Es war eigentlich alles falsch, was unter dem Markenzeichen Lafontaine in die deutsche und europäische Politik eingebracht worden ist... der wirtschaftspolitische Modernisierer muss ein verlässliches Gespür dafür haben, wo die kühne Theorie endet und wo die ökonomische Lachnummer beginnt. Auch an diesem Unterscheidungsmangel ist Lafontaine gescheitert. In Europa war er rasch isoliert, weil seine Rezepte und seine praktische Politik als rückwärtsgewandt erkannt und bewertet wurden. (FAZ 13.3.1999)*

*„An die Grenze des Lächerlichen ging Lafontaine im Bemühen, Deutschland vor den Folgen der Globalisierung zu schützen.“ (FAZ 13.3.1999)*

HB und SZ-Wirtschaftsredaktion entfalten nicht denselben parteipolitischen Eifer, sie bleiben enger an einer rein wirtschaftlichen Argumentationslinie – was sie freilich zu denselben Schlussfolgerungen führt.

*„Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering gefährdet die freiheitliche Ordnung, nicht die von ihm kritisierten Finanzinvestoren.“ (HB 22.4.2005)*

Bei den Fallbeispielen Lafontaine und Müntefering sind alle drei Medien tief verankert in einem innenpolitischen, ja innerparteilichen Interpretationsrahmen, der den globalen Anlass der Fälle zur Nebensache werden ließ.

Diskutiert wird im Grunde ausschließlich, was Lafontaines Rücktritt beziehungsweise Münteferings Finanzinvestoren-Attacke für die SPD und was die SPD in dieser Verfassung für den künftigen Regierungskurs bedeutet. Die Finanzmarkt-Anlässe werden weitestgehend dethematisiert, zum bloßen Instrument der innerparteilichen oder innenpolitischen (Wahl-)Auseinandersetzungen herabgestuft. Zwar werden gerade beim Rücktritt Lafontaines als Bundesfinanzminister die (positiven) Reaktionen der Finanzmärkte ausführlich dargestellt – aber als logisches, nicht zu hinterfragendes Ereignis, quasi als letzter Beweis, welche falsche und verrückte Politik Lafontaine durchzusetzen versuchte. Müntefering, diese Akzentuierung gilt es zu beachten, hat die Frage Finanzmarkt und Finanzinvestoren als soziale Frage aufgegriffen, nicht als weltwirtschaftliches Risikopotential. Letzteres haben die Zeitungen in dieser Phase nicht auf dem Bildschirm, ersteres weisen sie zurück.

Auch die FTD – die es 1999 zum Zeitpunkt der Flucht Oskar Lafontaines aus seinen politischen Ämtern noch nicht gab – vertritt unter dem Strich diese Stoßrichtung „große Freiheit für das große Geld“, jedoch nicht so durchgängig. Sie bietet Pluralität. Marktradikale Fanfarestöße einerseits und andererseits differenziertere Analysen der Stärken und Schwächen des Marktes im allgemeinen und des Finanzmarktes im besonderen wechseln einander ab. Zwei Kommentar-Beispiele:

*„Es geht in dieser Frage um etwas Grundlegendes, nämlich um die gesellschaftliche Rolle der Unternehmer. Müntefering und Bundeskanzler Gerhard Schröder verlangen, dass sich Unternehmer nicht nach unternehmerischen Gesichtspunkten verhalten... Sie verlangen zum Beispiel, dass Managergehälter sich nicht nach den Regeln des Marktes richten sollen, sondern nach den Regeln der Politik. Sie verlangen, dass Entscheidungen von Unternehmern in der Gesellschaft vermittelbar sind. Gehälter dürfen demnach nur so hoch sein, wie die Gesellschaft dies akzeptieren kann. Man verlangt vom Unternehmer damit, dass er sich so verhält, als sei er vom Volk gewählt und nicht von seinen Aktionären... [deshalb] sollten wir die Kriegserklärung zum Klassenkampf annehmen. Lasst uns den Konsens aufkündigen und lasst uns die Sozialisten mit derselben giftigen Feindseligkeit behandeln, mit der sie die freie Marktwirtschaft behandeln. Auf zum Kampf, zur Freiheit!“ (FTD 20.4.2005)*

Und einen Tag später werden FTD-LeserInnen diese – konträren – Argumente angeboten:

*„(Kapitalströme) suchen – jenseits aller Moral – nach einer möglichst hohen Rendite. Gefordert ist... die Wirtschaftspolitik. Binnenwirtschaftlich muss sie gegen die Nachfrageschwäche durch einen besonders expansiven Kurs angehen... Es gilt ferner, Kapital stärker zu binden, um es stärker in realwirtschaftliche Investitionen zu bringen. Wir brauchen eine international koordinierte Politik, die das Verhältnis von Kapital und Arbeitseinkommen einem neuen Gleichgewicht zuführt, und zwar mit Instrumenten wie einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, der Errichtung stabiler Währungssysteme, der Bekämpfung von Steueroasen und einer intelligenten, realwirtschaftliche Investitionen fördernden Kapitalbesteuerung. Geht die SPD das wirklich an... dann entpuppt sich ihr Vorstoß am Ende als schlichte wirtschaftliche Vernunft.“ (FTD 21.4.2005)*

Jenseits der Aufreger-Themen Lafontaine und Müntefering kehren die ganz schrillen politischen Töne nicht wieder. Aber in der Berichterstattung über die finanzmarktpolitischen Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung fehlt eben auch weitestgehend die Argumentationslinie, die in der „Modernisierung“ des deutschen Finanzmarktes Gefahren sieht. Probleme werden von FAZ, HB und SZ ausschließlich, von der FTD vorrangig dort diagnostiziert, wo sie staatliche Kontroll- und Regelungsbemühungen entdecken. Den Finanzmarkt fördern kann in ihrem Interpretationsmuster nur heißen, den Finanzmarkt zu befreien.

*„Allerdings kommt inzwischen das Gefühl auf, dass die Gesetze nicht mehr auf die tatsächliche Förderung des Finanzplatzes Deutschland abzielen, sondern die Regelung der Märkte im Vordergrund steht. (HB 21.3.2002)*

Insbesondere für ihr Gesetz zur „Freistellung der Gewinne aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen im betrieblichen Bereich“ wird die Bundesregierung gelobt.

*„Analysten und Bankvolkswirte sind sich einig: Mit der Zustimmung zur Steuerreform wird der Finanzplatz Deutschland – vor allem für ausländische Investoren – attraktiver. Kapitalmarktexperten aus London, Frankfurt und New York werteten in einer Umfrage des Handelsblattes die Zustimmung zum Reformprojekt als wichtigen Schritt in Richtung mehr Markt und weniger staatliche Regulierung. Die Bundesregierung habe ihren Willen, Verkrustungen aufzubrechen, unter Beweis gestellt. „Wann immer staatliche Regulierungen fallen, hilft das den freien Märkten und damit den Aktienbörsen“, urteilt Jeffrey de Graf von der Investmentbank Lehman Brothers in New York.“ (HB 17.7.2000)*

Am meisten problemorientiert und kritisch ist beispielsweise in der Berichterstattung der SZ – abgesehen von einem Gastkommentar, auf den noch einzugehen sein wird – ein Artikel (SZ, 19.3.1999), der unter der Überschrift „Die Bundesbank ruft nach einem Warnsystem für Hedgefonds“ eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank wiedergibt. Darin heisst es u.a.: *„Ein Systemrisiko geht von Hedgefonds aus, wenn die Banken so unvorsichtig Kredite und Einlagen vergeben, dass sie selbst in die Pleite getrieben werden.“* Zugleich wird das Publikum von der SZ-Redaktion beruhigt:

*„Unter dem Strich hat die Bundesbank in ihrer Analyse nicht herausgefunden, ob die Hedgefonds für die Finanzmärkte heilsam oder riskant sind. Einerseits leisten sie einen Beitrag zur richtigen Platzierung von Kapital. Andererseits bergen sie Gefahren der Destabilisierung in sich. Dies kann vor allem in den Schwellenländern gefährlich sein.“*

Betrifft uns also nicht, lautet die Botschaft.

Die eine große Ausnahme bildet in der Rubrik „Außenansichten“ auf der Seite zwei ein Gastbeitrag von Heiner Flassbeck (SZ, 23.4.2005), der u.a. solche Feststellungen trifft:

*„Die Weltwirtschaft, getrieben von den Finanzmärkten, ist in einen tiefen Sumpf geraten, und ihre Lage lässt sich nur noch mit der in der Großen Depression vom Anfang des vorigen Jahrhunderts vergleichen... Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die Finanzmärkte die reale Wirtschaft in den Sumpf getrieben haben, weil sehr viele Akteure rund um die Welt mit sehr viel geliehenem Geld auf vielen unterschiedlichen Märkten, bei Hypothekenderivaten, Rohstoffen, Aktien und Währungen gewettet und verloren haben. Sie mussten verlieren, weil ihren spekulativen Geschäften keine Produktivität gegenüber steht, schon gar keine, aus der zweistellige Renditen hätten bezahlt werden können. Der Zusammenbruch kommt, weil sich irgendwann die normalen Menschen die spekulativ überbeuerten Häuser oder das Geld für die Heizung nicht mehr leisten können oder ein hoher Wechselkurs die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft so sehr zerstört hat, dass jeder merkt, dass es so nicht mehr weitergehen kann.“*

Pech für die Wirtschaftsredaktion der SZ, dass sie Gastkommentare im vorderen Teil ihrer eigenen Zeitung nicht ernst nimmt, könnte man kommentieren. Eine vergleichbare Ausnahmerolle kommt in der FAZ einem Interview mit Paul Krugman zu über die „New Economy, den Welthandel und das Zeitalter der Finanzkrisen“ (FAZ, 17.7.2000). Durchbrochen wird die FAZ-Routine auch von einem ironisch-distanzierten Bericht – unter der Überschrift „Flip der Grashüpfer erklärt die Welt“ über eine PR-Veranstaltung des „Wagniskapitalmanagers“ David Cooksey, Vorsitzender des Europäischen Verbandes der Beteiligungsbranche, die einige Monate vorher als Heuschreckenschwarm im Gespräch war.



*„Wie eine böse Wanderheuschrecke wirkt Cooksey mit seinem vornehm säuselnden britischen Englisch eigentlich nicht. Eher wie Flip der Grashüpfer aus der Kinderserie Biene Maja. Ebenso wie das Pendant aus dem Trickfilm erklärt er der Öffentlichkeit väterlich-wohlwollend die Welt. Die Branche habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und verdiene ihr Geld nicht mehr damit, Unternehmen einfach nur billig zu kaufen und später teurer zu verkaufen, unterstreicht er leutselig... Auch Flip verstand es ja bekanntlich, seinen ungestümen wissensdurstigen Freunden die Welt zu erklären. Allerdings mit Fakten und nicht mit werblichen Schönwetter-Botschaften.“ (FAZ 1.12.2005)*

Aufgrund eigener Recherchen publiziert, gemessen an unserer Materiallage, nur die FTD einzelne kritische Beiträge, etwa am 3.11.2003 unter dem Titel „Miese Methoden“, und mit diesem Einstieg:

*„Seit Staatsanwaltschaft und Finanzaufsicht gegen US-Fondsgesellschaften ermitteln, ziehen immer mehr Anleger ihr Geld zurück. Die Investmentbranche steckt in ihrer tiefsten Vertrauenskrise. Empörung schwingt in Jayne Wexlers Stimme mit: ‚Die Fondsgesellschaften haben unser Vertrauen missbraucht.‘ ...Tag für Tag werden neue Details darüber bekannt, wie Manager renommierter Investmentgesellschaften Kleinanleger übervorteilt haben sollen, indem sie Investoren fragwürdige oder sogar illegale Handelspraktiken erlaubten. Nach den Enthüllungen über die Machenschaften von Analysten, Wirtschaftsprüfern, Firmen- und Börsenchefs droht den USA der nächste Finanzskandal – und der Investmentbranche eine Fülle neuer Regeln und Vorschriften.“*

Gezeigt hat sich, dass die Finanzmarktpolitik in dieser Phase von den Qualitätszeitungen den innen- und parteipolitischen Kontroversen untergeordnet wird und dass sie kaum problematisiert wird. Bleibt die Frage, ob die sachliche Beschreibung der neuen Dimension des Finanzmarktes ihren angemessenen Platz findet. Gerade in dieser Hinsicht gilt: Die journalistische Leistung bleibt unterhalb der inhaltlichen und handwerklichen Notwendigkeiten. Sie kommt über bescheidene, aber in der Summe gänzlich unzureichende Erklärungsansätze nicht hinaus. Bescheiden meint, dass sich zum Beispiel in der SZ zwei Artikel finden, mit informativ-erklärendem Charakter, einer am 31.10.2003 über Private Equity, ein anderer am 7.11.2003 über Hedgefonds. Auch die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung der Großen Koalition sind für die Medien im Herbst 2005 kein Anlass, die Finanzmarktpolitik auf die Agenda zu setzen, obwohl ab Seite 86 ein eigener Abschnitt so überschrieben war und darin u.a. angekündigt wurde: „Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für neue Anlageklassen in Deutschland schaffen. Hierzu gehören die Einführung von Real Estate Investment Trusts (Reits)... der Ausbau des Verbriefungsmarktes...“

Ein Text von der analytischen Qualität des Flassbeck-Kommentars (SZ) findet sich in der TAZ in der Phase P1 nicht. Natürlich macht die TAZ mit ihrer kapitalismuskritischen Grundtendenz weder die Anti-Rot-Grün-Linie mit noch folgt sie dem Leitdiskurs ‚Mehr Freiheit für die Märkte, besonders die Kapital- und Arbeitsmärkte‘. Dass die TAZ aufgrund dessen eine bessere Berichterstattung über die Entwicklung der Finanzmärkte und die Finanzmarktpolitik machen würde, diese Erwartung stützt das Textmaterial nicht. Die TAZ liest sich sozusagen im nachhinein angenehmer, weil ihre Defizite nicht eingebettet sind in einen wirtschaftspolitischen Interpretationsrahmen, der vieles von dem gut heißt und einfordert, was sich später als die Krise mit verursachend herausstellt. Aber bessere Informationen – um an die Mindesterwartung zu erinnern – über den grundlegenden Wandel der Finanzbranche hat sie nicht zu bieten. Und in der Darstellung der Heuschrecken-Debatte beschränkt sie sich ebenfalls wie die anderen Medien in hohem Maße auf die innen- und parteipolitische Perspektive. Positiv vermerkt werden kann, dass die TAZ punktuell die Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ ermahnt, der Finanzmarktpolitik mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

*„Auf dem G7/G8-Treffen in Okinawa wird es auch um Massnahmen gegen Steuerparadiese gehen, wo Kapital am Fiskus vorbei angelegt wird... Das sind Themen, die auch beim Bündnis zur demokratischen Kontrolle der Finanz-*

märkte diskutiert werden. Wer sich hingegen wenig für diese Themen engagiert, sind die Grünen. Dabei könnten sie die Gelegenheit nutzen eigene Akzente innerhalb der Koalition zu setzen – etwa indem sie Kapitalkontrollen oder eine Tobin-Steuer auf Devisenspekulation ganz oben auf die Tagesordnung setzen.“ (TAZ 18.7.2000)

Ebenso bezieht die TAZ in der Debatte um Lafontaines Rücktritt eine vom medialen Mainstream deutlich abweichende Position sowohl in der Auswahl der Stimmen, die sie zu Wort kommen lässt, als auch in ihrer Kommentierung.

„Selbst diejenigen, die an der gegenwärtigen Anarchie des Weltmarkts verdienen, fordern – um seinen Zusammenbruch zu verhindern – die weltzentrale Kontrolle des internationalen Geldhandels. Es sind deshalb nicht nur Verrückte und Träumer, die hinter dieser Idee stehen.“ (TAZ 16.3.1999)

### 3.1.3 Bewertung

Das Thema Finanzmarktpolitik pendelt journalistisch zwischen unbeachtet und unterbewertet, was alleine schon die geringe Anzahl einschlägiger Artikel indiziert. Die untersuchten Qualitätsmedien haben zwischen 1999 und 2005 die Mindestexpectationen an journalistische Arbeit nicht erfüllt. Sie haben „schlechter“ informiert und orientiert, mit markanten Ausschlägen sogar „sehr schlecht“. Die Kategorie „sehr gut“ wird mit ganz wenigen, in der Menge verschwindenden Beiträgen erfüllt; auch „bessere“ journalistische Arbeit ist in dieser Phase deutlich unterrepräsentiert.

Die Untersuchungsphase P1 verdient die Überschrift „Für die große Freiheit des großen Geldes“ oder mit den – gegen Franz Münteferings Heuschrecken-Metapher gerichteten – Worten eines FTD-Gastkommentars: „Lasst uns die Sozialisten mit derselben giftigen Feindseligkeit behandeln, mit der sie die freie Marktwirtschaft behandeln. Auf zum Kampf, zur Freiheit!“ Dazu sollte man wissen: Die FTD beschäftigt viele Gastautoren, die bewusst konträre Positionen vertreten oder zumindest eine große Bandbreite an Meinungen abbilden sollen.

Den Finanzmarkt zu ‚befreien‘ und als Quelle für Gewinne und Arbeitsplätze am Standort Deutschland sprießen lassen, ist das vorherrschende Interpretationsraster. Der Wandel des Finanzmarktes zur eigenständigen Branche mit eigenen Entscheidungs- und Handlungskriterien, mit wachsender Intransparenz und Unkontrollierbarkeit wird vom Wirtschaftsjournalismus – trotz sich häufender Finanzkrisen in vielen Teilen der Welt – nicht nur ohne Risikobewusstsein begleitet, sondern sogar unbeschränkt begrüßt. Und dies, obwohl die Wirtschaftsredaktionen in ihren eigenen Blättern – wenn auch nur ganz sporadisch – Artikel lesen konnten, die kompetente Hinweise für eine andere Sichtweise gaben.

In summa: Die journalistische Leistung der Phase P1 ist insgesamt mit schlechter bis sehr schlecht zu bewerten, wobei unter den fünf Zeitungen die FTD relativ am besten, dann die TAZ, die SZ und das HB mit marginalen Abständen und am Ende die FAZ einzustufen sind.

### 3.2 Phase P2 – In der Vorkrise, 2007: ‚Die große Krise wird nicht kommen‘

Die beiden Anlässe, die wir für die Phase P2 untersucht haben, sind

- der G8-Gipfel in Heiligendamm (Auswertungszeitraum 31. Mai bis 12. Juni 2007) und
- die erstmalige massive Liquiditätshilfe der EZB für den Finanzmarkt (Auswertungszeitraum 7. August bis 20. August 2007).

In diesen Monaten, die wir als Phase der Vorkrise bezeichnen, in der immer wieder Gefahrensignale an die Oberfläche treten und Begriffe wie Hypothekenkrise, Kreditkrise und Finanzkrise zum wirtschaftsjournalistischen Alltagsvokabular gehören, lautet die entscheidende Frage an die journalistische Arbeit: Haben die Medien ihre Frühwarnfunktion erfüllt? 107 Ausgaben der fünf ausgewählten Medien, verteilt auf 23 Tage, mit insgesamt 90 ein-

schlägigen Artikeln bilden die Materialbasis. In diesem Zusammenhang kann auch die Fallstudie über den DGB-Kongress und das finanzmarktpolitische Sofortprogramm des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer vom Mai 2006 in besonderer Weise beachtet werden.

### Materialbasis Phase P2, Zeitungen\*

Medium	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Summe		
Typ	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B
Anzahl	1	10	10	0	8	8	3	8	6	0	14	8	2	7	5	6	47	37
Phase P2	21			16			17			22			14			90		

\* I=Interviews, K=kommentierende Artikel, B=berichtende Artikel

### 3.2.1 Quantitative Fundstücke

Im Gegensatz zur sehr heterogenen Phase P1, welche sich aus acht verschiedenen Ereignissen mit Affinitäten zur Finanzmarktentwicklung bildete, ist die Phase P2 mitten drin in der finanzmarktpolitischen Thematik. Das gilt noch nicht uneingeschränkt für den Zeitraum 9, den G8-Gipfel in Heiligendamm, dann jedoch um so mehr für die EZB-Krisenintervention, den Zeitraum 10.

Tabelle 5: Phase P2 – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien\*

Begriff	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Ges.
	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	
BANKEN	43	-3	1	47		1	43		2	84	7	1	23	-3	3	240
Prozent	26		6	36		2	34		3	32		7	22		4	150
EZB	30		4	35		3	45	4	1	24		14	7	-5	22	141
HEDGEFONDS	24		8	31	3	4	9	-5	36	27		12	25		2	116
Euro	32		2	7	-4	44	27		5	40	4	3	6	-4	28	112
GELD	9	-6	42	12		24	11	-3	24	64	18	2	12		7	108
FONDS	11	-4	30	9		36	26		6	40	6	3	12		7	98
KRISE	8	-5	54	18		10	23		8	30	4	8	6		28	85
USA	0		494	15		17	25		7	17		16	27	5	1	84
ZENTRALBANK	19		11	18		10	15		17	29	3	9	3	-4	73	84
DEUTSCHLAND	23		9	8		38	11		24	17		16	19		5	78
Milliarden	30	3	4	0		387	5	-4	68	35	6	6	8		19	78
LIQUIDITÄT	16		15	26	5	5	28	4	4	4	-5	104	1	-5	196	75
RISIKEN	32	4	2	12		24	13		20	10		35	7		22	74
NOTENBANKEN	13		20	22	3	7	17		12	17		16	3	-4	73	72
BANK	10		34	18		10	13		20	26	4	13	4	-3	49	71
ZINSEN	6	-5	81	3	-4	124	20		10	38	9	5	4	-3	49	71
ZENTRALBANKEN	9		42	18		10	17		12	13		26	6		28	63
FINANZMÄRKTEN	14		17	14		19	8		42	15		22	11		10	62
UNTERNEHMEN	8		54	14		19	17		12	4	-4	104	18	3	6	61
MARKT	12		24	8		38	14		18	23	4	15	2	-4	115	59
NOTENBANK	13		20	7		44	9		36	28	6	10	2	-4	115	59
GELDMARKT	13		20	16		15	17		12	10		35	2	-3	115	58
WIRTSCHAFT	10		34	13		23	12		23	14		24	7		22	56
FINANZMÄRKTE	8		54	5		78	16		16	14		24	12		7	55

\* absolute Häufigkeit [=H], Spezifität [=S] und Rang im Teilkorpus [=R]

Banken – alleine und in verschiedenen Varianten – ist das herausragende Hauptwort der Phase P2.

Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Deutungspotential für unsere Zwecke.

Zentrale Begriffe der Phase sind *Banken* und *Hedgefonds*, wobei ersterer der häufigste im Zeitraum 10, letzterer im Zeitraum 9 ist. Unter den Top 25 findet sich praktisch kein Hauptwort mehr außerhalb des semantischen Umfelds des Finanzmarktes. Differenziert nach den beobachteten Medien und deren Rangordnung der häufigsten Begriffe ergibt sich kein einheitliches Bild. Zudem treten sprachliche Eigentümlichkeiten hervor, zum Beispiel benutzt die

FAZ die Abkürzung USA nicht, sondern schreibt Amerika oder amerikanisch – nicht oft genug, um „Amerika“ unter die ersten 25 Substantive dieser Phase zu bringen. Die Rangfolge würde sich in einigen Fällen ändern, würden Wortverwendungen im Singular respektive im Plural oder in unterschiedlichen Casus zusammengefasst. Wir übertreiben hier den Purismus, weil es schnell möglich ist, die kleinen Unterschiede zu vereinigen, aber unmöglich ist, im Addierten solche Unterschiede zu rekonstruieren. Zum Beispiel würde „Finanzmärkte“ und „Finanzmärkten“ zusammen auf Rang vier vorrücken, nähme man noch „Finanzmarkt“ hinzu... Und die Addition von „Bank“, „Banken“, „Zentralbank“, „Notenbank“, „Notenbanken“ macht die Dominanz dieses Begriffs in dieser Phase richtig deutlich.

Inhaltlich auffällig ist, dass in dieser brisanten Vorkrise weder die Begriffe Politik, Regierung, Staat noch die Namen prominenter Politiker oder Politikerinnen unter den Top 25 sind, und dies obwohl immerhin das Ereignis G8-Gipfel in die Phase P2 fällt. Eine nennenswerte politische Aufgabe, lässt sich daraus schließen, wird mit Blick auf die Entwicklung des Finanzmarktes in dieser Phase noch nicht erkannt. Weiter gedacht heißt das entweder, die Politik war in dieser entscheidenden Vorkrise, in der auf den Krisenverlauf vielleicht noch hätte Einfluss genommen werden können, nicht bereit beziehungsweise nicht gefragt – und die Medien hatten damit auch kein Problem. Oder die Politik war aktiv, galt unter den Wirtschafts- und Finanzmarkt-Journalisten jedoch nicht als inhaltlich ‚satisfaktionsfähiger‘ Akteur, so dass es nicht berichtenswert erschien; und die mehrheitlich politischen Journalisten, die über den G8-Gipfel berichteten, konnten mit der Materie Finanzmarktpolitik ‚nichts anfangen‘ – aber das ist an dieser Stelle vielleicht zu viel Spekulation auf der dünnen Basis von ein wenig Statistik.

Dass es in der Phase P2 vor allem um die Bereitschaft der Banken geht, sich untereinander Geld zu leihen, diese Information ist der Wortwolke um das Substantiv Banken (Abbildung 2) unschwer zu entnehmen. An dieser Problemlage haben sich die Zeitungen offenkundig intensiv abgearbeitet.

Abbildung 2: Phase P2, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Banken als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:  
Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Banken* verknüpft.

Die „Krise“ kommt in der Wortwolke als Hypothekenkrise vor und unter den häufigsten Substantive ist sie in-  
zwischen auch vertreten. In der um den Krisenbegriff zentrierten Wortwolke (Abbildung 3) hat „stürzen“ die größte  
Nähe. Es herrscht Krisenstimmung, signalisiert die Statistik. Die qualitative Analyse relativiert diesen Befund.

Abbildung 3: Phase P2, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Krise als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:

Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Krise* verknüpft.

### 3.2.2 Qualitative Untersuchung

#### Mindesterwartungen und Bewertungsskala

Wir stellen in dieser Phase an die Arbeit der Redaktionen die folgenden Mindestanforderungen. Die einzelnen Problemfälle und –situationen sind aktuell und ausführlich aufzugreifen. Die Redaktionen müssten zudem Hinweise geben auf das gesamtwirtschaftliche Gefahrenpotential, also nicht nur die Schwierigkeiten einzelner Fonds und Banken als isolierte Finanzmarktereignisse abhandeln. In Berichten und Analysen müsste immer wieder in Form von Zusammenfassungen und Erinnerungen auf die sich häufenden Krisen-Ereignisse aufmerksam gemacht werden, so dass deutlich würde: Das sind vermutlich keine Einzelfälle, sondern diese vielen kleinen Krisen bergen ein Potenzial, sich zu einer großen zu addieren. Darüber hinaus muss in dieser Phase die Kritik an der Intransparenz und den Kontrollverlusten des spekulativen Marktgeschehens wesentlich klarer und offensiver ausfallen; offensiv bedeutet in diesem Zusammenhang, dass dieser Aspekt in Kommentaren und Berichten auf den vorderen Seiten eine bedeutende Rolle spielt. Zugleich muss angesichts sich wiederholender regionaler und branchenbezogener Zusammenbrüche in der jüngeren Vergangenheit die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems auffallen. Handwerklich ist mindestens zu erwarten, dass die Artikel häufiger und ausführlicher werden und auf die vorderen Zeitungsseiten rücken. Anlässlich brisanter Ereignisse sind Kommentierungen unverzichtbar und die Gesamtsituation erfordert Erklärstücke zum ‚neuen Finanzmarkt‘, seiner besonderen Funktionsweise, seiner Auswirkungen auf die Realwirtschaft und seiner globalen Vernetzung.

Als „inhaltlich schlechter“ bewerten wir eine Berichterstattung, die Krisensymptome als temporäre, isolierte Ereignisse behandelt und die krisenhafte Gesamtlage als das normale Auf und Ab eines Marktes, hier des Geldmarktes, einstuft. Handwerklich werden die Mindestexpectationen unterschritten, wenn die publizierten Texte erkennen lassen, dass die Redaktion keine zusätzlichen Aktivitäten entfaltet, sondern in der Routine ihres Tagesgeschäfts verharret, auf Kommentierungen weitgehend verzichtet und auch nur eine gelegentliche, eher knapp gehaltene Berichterstattung anbietet. Als „sehr gut“ stufen wir es ein, wenn prominent platzierte Warnungen vor der Möglichkeit einer schweren Wirtschafts- und Finanzmarktkrise veröffentlicht – oder zumindest Krisenszenarien entwickelt werden, die zu prophylaktischen politischen Eingriffen auffordern. Dazu zählt auch, den entsprechenden Kritikern und Analytikern in Interviews und Gastbeiträgen Raum zu bieten. Der gesamte Kriterienkatalog der Phase P2 ist als Tabelle angefügt.

Tabelle 6: Zeitungen – Bewertungsskala der Phase P2

	++	+	0	-	--
	<i>sehr gut</i>	<i>besser</i>	<i>Mindestexpectation</i>	<i>schlechter</i>	<i>sehr schlecht</i>
<i>inhaltlich</i>	*Dramatisierte, prominent platzierte Krisenwarnungen; *Fachliche und politische Kontrolle einfordern; *Krisenszenarien entwickeln: Was könnte geschehen, wenn niemand eingreift?	*Zusammenhänge betonen zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft; *Kritische Nachfragen zur weiteren Entwicklung; *Regulierungs-/Deregulierungskontroversen gezielt aufgreifen.	*Wiederholte Hinweise auf das gesamtwirtschaftliche Gefahrenpotential; *Deutliche Kritik an Intransparenz und Kontrollverlust; *Erinnerung an bisherige Finanzkrisen.	*Krisensymptome als temporäre, isolierte Ereignisse darstellen; *Die Gesamtlage als normales Auf und Ab des Marktes einstufen; *Legitimierende Hinweise auf Sachzwänge, Wettbewerbsfähigkeit.	*Abstreiten jeglicher Gefahr; Polemik gegen Kritiker; *Charakterisierung des Finanzsektors als überreguliert; *Einseitig positive Darstellung als Innovation; Gewinnchance.
<i>handwerklich</i>	*Intensive eigene Recherchen, z.B. Umfragen unter Politikern und Experten; *Sonderseiten, Dossiers; *Häufig Seite 1, Thema des Tages, Leitartikel.	*Auffällige Ausweitung des Themas mit teilweise prominenter Platzierung; *Besondere Anstrengungen, die Komplexität des Finanzmarktes zu erklären (Glossar, Grafiken); *Regelmäßige Kommentierung.	*Texte zur Finanzmarktkrise werden häufiger und ausführlicher, rücken vor in den Politikteil; *Kommentare zu brisanten Ereignissen; *Erklärstücke zum ‚neuen Finanzmarkt‘ und seiner globalen Vernetzung.	*Nur gelegentliche, knappe (ein- bis zweiseitige) Berichterstattung; *Verharren in der Redaktionsroutine; *Ereignisse bleiben weitgehend unkommentiert.	*Weitgehende Beschränkung auf PR- und Agenturmaterial; *Thema verlässt den Wirtschafts- und Finanzteil nicht.

### Der G8-Gipfel von Heiligendamm im Juni 2007

Die lauten Stimmen, die einst nach mehr Freiheit für Finanzakteure und noch schwächeren und weniger Regeln riefen, sind 2007 nur noch Hintergrundgeräusche. Besser zu hören und öfter zu lesen ist der Ruf nach mehr Kontrolle, insbesondere nach mehr Kontrolle der Hedgefonds. Steigende Zinsen und sinkende Immobilienpreise in den Vereinigten Staaten haben die Risiken des Finanzmarktes in das Licht öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt. Das macht sich auch im zeitlichen Umfeld des G8-Gipfels bemerkbar.

Die Frage nach der Beherrschbarkeit der Risiken des Finanzmarktes verengt sich im Zeitraum des G8-Gipfels auf die Hedgefond-Problematik und dreht sich um die Möglichkeit, einen Verhaltenskodex für Hedgefonds zu beschließen. Als Gastgeberin des G8-Gipfels im Juni setzt sich die deutsche Bundesregierung dafür ein, einen solchen Verhaltenskodex zu beschließen, was dann am Widerstand Großbritanniens und der USA scheitert. Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm sind die politischen Fronten unübersichtlich geworden, wie der Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen) in einem Gastbeitrag für die FTD erläutert:

„Die Idee, dass Commerzbank-Chef Klaus-Peter Müller, der oberste Finanzaufsicht Jochen Sanio und der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet in Heiligendamm demonstrieren, erscheint skurril. Wenn man dann noch den Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) Rodrigo Rato dazugesellt, wird das Bild ganz

*schief. Richten sich die Proteste nicht genau gegen die Institutionen, für die diese Männer stehen? So absurd ist dieses Heiligendamm-Szenario mit Finanzexperten aber gar nicht. Zumindest, wenn es um eine der zentralen Fragen auf diesem Gipfel geht: die Hedgefonds-Regulierung. Seit an Seit mit Grünen, Gewerkschaftern und Attac fordern die genannten Personen mehr Transparenz bei Hedgefonds und wollen die entsprechenden Aufsichtsstrukturen weiterentwickeln. Müller warnt, die Aufsichtsbehörden müssten einen besseren Einblick bekommen, um reagieren zu können ‚bevor es knallt‘. (FTD 6.6.2007)*

Für die Bewertung der journalistischen Arbeit ist an diesem Punkt zu bedenken: Die Risiken von Hedgefonds zu thematisieren, mehr Transparenz und Kontrollmöglichkeiten zu erreichen, ist ein proklamiertes regierungsamtliches Ziel, das von der Deutschen Bundesbank und anderen renommierten Organisationen des Finanzmarktes geteilt und unterstützt wird. Deshalb muss dieses Thema und seine inhaltliche Ausrichtung als ein selbstverständlich zu erwartender Teil der massenmedialen Berichterstattung eingestuft werden, es ist nicht als eine eigenständige redaktionelle Leistung zu werten. Zum Zeitpunkt des Treffens in Heiligendamm kommt die – weltpolitisch nicht mehr steigerbare – Tatsache hinzu, dass die Finanzgeschäfte der Hedgefonds auf der Problemagenda eines G8-Gipfels stehen. Ergebnis des Gipfels ist das Scheitern der politischen Kontrollabsichten. Anzunehmen wäre, dass eine so brisante Konstellation als auslösendes Moment für Krisenbefürchtungen wirkt, mindestens aber Anlass liefert für eine umfangreiche Berichterstattung sowie für deutliche Kritik an den Nicht-Entscheidungen. Doch das war in keinem der untersuchten Medien der Fall. Übrigens auch nicht in einem sehr langen Namensbeitrag des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck in der FAZ vom 11.6.2007; unter den mehr als 2500 Wörtern seines Textes kamen Krise, Finanzmarkt, Hedgefonds etc. nicht einmal vor. Der Artikel beginnt: „Die Menschen haben ein sicheres Gespür dafür, was wichtig ist und wer sich nur wichtig macht.“

Die Schlagzeilen von Heiligendamm bestimmt die „Sicherheitspolitik“: Die Frage, wieviel Störpotential für den Gipfelablauf die Protestaktionen der Globalisierungskritiker entfalten, stösst auf unvergleichlich höheres massenmediales Interesse als die globale Finanzmarktentwicklung. Mit dem Thema Hedgefonds sind die fünf Zeitungen in ihrer Heiligendamm-Berichterstattung durchaus unterschiedlich umgegangen. Die TAZ an erster Stelle, die FTD dicht dahinter und die FAZ nicht weit davon entfernt haben die Fonds-Kontrolle wiederholt offensiv thematisiert und eingefordert. Die TAZ hat beispielsweise über eine Pressekonferenz der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung berichtet, auf der eine Studie über „Transparenz und Fairness auf einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt“ vorgestellt wurde:

*„Die Studie fordert daher, dass Banken deutlich mehr Eigenkapital einsetzen müssen, wenn sie Kredite an Hedgefonds vergeben. Das senkt die Profitabilität bei diesen Geschäften. ‚Die Anreize zum Aufbau extremer Schuldenpyramiden wird reduziert‘, prognostiziert Studienautor Hans-Joachim Voth, der Ökonomeprofessor in Barcelona ist. Darüber hinaus sollten die Banken gezwungen werden, Fonds in Krisenzeiten zusätzliche, Kredite zu gewähren. Dies würde Panikverkäufe der Fonds verhindern – und die Banken animieren, bei der Kreditvergabe vorsichtiger zu agieren. Als riskant gelten allerdings nicht nur die Hedgefonds. Problematisch können auch Private Equity Fonds sein, wenn sie Firmen aufkaufen, um sie wenige Jahre später mit Gewinn zu veräußern. Etwa 25 Prozent der Übernahme-Opfer werden dabei in die Pleite getrieben. Da auch Private Equity Fonds vor allem mit Krediten operieren, schlägt Voth vor, dass Zinskosten nur sehr eingeschränkt vom zu versteuernden Gewinn abgezogen werden können.“ (TAZ 31.5.2007)*

Die FTD berichtete über eine Mahnung des Bundesbankpräsidenten Axel Weber an die Fond-Branche:

*„Bundesbankchef Weber erhöhte nun noch einmal den Druck. ‚Die Krise eines großen Hedgefonds würde eine intensive Debatte darüber auslösen, ob Hedgefonds reguliert werden sollten oder nicht‘, sagte das Ratsmitglied der Europäischen Zentralbank. In einer solchen Situation könnte es – wie in der Vergangenheit nach Krisen – dazu*

*kommen, dass die Aufseher mit ‚hohen regulatorischen Maßnahmen‘ reagieren. Das könnte die Möglichkeiten der Hedgefonds dann stärker einschränken, als dies wünschenswert wäre.“ (FTD 4.6.2007)*

Die TAZ, die FTD und die FAZ haben die Hedgefonds-Problematik in diesem Zeitraum kontinuierlich aufgegriffen und in ihrer Gipfelbilanz ließ die TAZ keinen Zweifel am Ungenügen des politischen Ergebnisses:

*„Die Bundesregierung hätte sich eine weiter gehende Regulierung von Hedgefonds gewünscht. Sie fürchtet, dass große Hedgefonds sich mit Krediten verspekulieren könnten und so das Bankensystem in eine Krise stürzen. Mit ihren Plänen scheiterte sie jedoch am Widerstand aus den USA und Großbritannien, wo die meisten Fondsmanager ansässig sind. Der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Michael Sommer, kritisierte die Einigung: ‚Dass sich die Staats- und Regierungschefs nicht auf eine striktere Regulierung der Fonds verständigen konnten, ist enttäuschend, war aber zu erwarten. Hier werden wir weiter Druck machen.‘“ (TAZ 9.6.2007)*

Die FAZ hingegen hat in ihrem Rückblick auf Heiligendamm diesen Punkt deutlich zurückgenommen. Es war ihr offenkundig wichtig, dass Heiligendamm – „Merkels Gipfel“ – „nun doch zu einem Erfolg“ (FAZ, 11.6.2007) geworden ist. Das Thema Hedgefonds, mit dem die Bundesregierung scheiterte, wurde im FAZ-Resümee klein gehalten, aber am selben Tag an anderer Stelle im Blatt offensiv präsentiert mit einem Gastbeitrag des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Franz-Christoph Zeitler, der den Hedgefonds einerseits bescheinigte „einen wichtigen Beitrag zur Funktionsfähigkeit“ auf dem Finanzmarkt zu leisten. „Doch hohe Bäume werfen auch Schatten. Mit den Chancen, die durch diese Intermediäre entstehen, sind naturgemäß Risiken verbunden“, welche, so Zeitlers Plädoyer, „durch diese Maßnahmen – verstärkter Dialog, Verhaltenskodex, externes Rating –“ aufgefangen werden sollen.

Für die inhaltliche und handwerkliche Einordnung ist noch einmal festzuhalten: Hier wird –auch von der TAZ, die aber immerhin über den engsten Kreis etablierter Sprecher wie Bundesregierung etc. hinaus geht – in der Sache von den Medien nicht mehr als über die offizielle Regierungsposition berichtet und sie inhaltlich vertreten. Zu Wort kommen überwiegend hochrangige Repräsentanten der Finanzbranche. Das kann, bezogen auf das enge Thema Hedgefonds, als journalistisches Minimum klassifiziert werden, ein Minimum, das vom HB und insbesondere von der SZ unterschritten wird. Die Berichterstattung der SZ wird im folgenden ausführlicher referiert. In einem Vorausblick schreibt die SZ am Tag vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm unter der Überschrift „Freiheit für die Hedgefonds“:

*„Selbst an deutschen Stammtischen bietet das einstige Spezialistenthema Hedgefonds Gesprächsstoff, seit der heutige Vizekanzler Franz Müntefering das Bild von den Heuschrecken erfand, die angeblich über ganze Branchen herfallen, Jobs vernichten und nichts als Ödnis hinterlassen. Die Fakten geraten dabei oft aus dem Blick. Hedgefonds sind zunächst einmal ganz normale Investmentfonds, die bei Kapitalanlegern Geld einsammeln, um es anschließend durch geschickte Spekulationsgeschäfte zu mehren. Anders als bei einem Aktienfonds sind die Manager dabei in ihrer Anlagestrategie völlig frei und werden von keiner staatlichen Instanz beaufsichtigt. Daher können sie zum Beispiel mit Hilfe von Leihgeschäften auch bei sinkenden Kursen Gewinn machen. Andere Fonds steigen bei Firmen ein, die sie für ineffizient halten; sie setzen die Geschäftsleitung unter Druck und zwingen sie, Jobs abzubauen, Reserven an die Eigner auszuschütten oder den Betrieb gewinnbringend zu zerlegen. Was jedoch gerne vergessen wird: Hedgefonds haben Firmen auch schon vor dem Untergang gerettet, weil sie Kapital bereitstellten, als die Hausbank längst keine Kredite mehr vergab.“ (SZ 5.6.2007)*

Zum Abschluss des Gipfels bilanziert derselbe Autor:

*„Die Bundesregierung wollte ursprünglich erreichen, dass sich die Fonds zu einer verantwortlichen Geschäftsführung verpflichten und Kerndaten wie die Fremdkapitalquote offenlegen müssen. Hintergrund ist, dass die Fonds*



*nicht nur mit dem Geld der eigenen Anleger, sondern darüber hinaus mit Bankkrediten in Billionenhöhe spekulieren. Geht ein Fonds pleite, besteht die Gefahr, dass er seine Kreditgeber mit in den Abgrund zieht. Im schlimmsten Fall könnte es zu einer globalen Kettenreaktion mit unabsehbaren Folgen für Wirtschaft, Finanzmärkte und Verbraucher kommen.“ (SZ 9.6.2007)*

Am selben Tag druckt die SZ eine Reportage unter der Überschrift „Nachhilfe für kleine Finanzjongleure“ über eine Veranstaltung des „Finanzbuch-Verlages“: „Neugier und der Traum von schnellen Gewinnen lassen Privatanleger in Scharen zu Seminaren über Hedgefonds ziehen – über die Risiken erfahren sie dort wenig“ heißt es in der Unterzeile. Es ist eine locker geschriebene Reportage, die der Veranstaltung durchaus kritische Seitenhiebe verpasst, deren Tonlage aber die Probleme verniedlicht und sich über die ‚kleinen Finanzjongleure‘ als große Mächtegerne lustig macht.

Zwei Tage später hebt die SZ diese Agenturmeldung ins Blatt:

*„Wenn die Zinsen steigen und die Kredite wieder teurer werden, wird es für alle Akteure schwieriger“, sagte der Deutschland-Chef der US-Investmentbank Goldman Sachs, Alexander Dibelius, der Zeitung Welt am Sonntag. „Dabei können nicht nur auf Private-Equity-Unternehmen, sondern auch auf Hedgefonds Probleme zukommen. Wir wissen doch heute überhaupt nicht mehr, wer über welche Kapitalmarktinstrumente welche Risiken in seinen Büchern hat“, sagte der Banker. „Wenn ein Großer kippt, kann das die Märkte in einer Kettenreaktion weltweit in Turbulenzen stürzen.“ Momentan sei er aber optimistisch. (SZ 11.6.2007)*

Globale Kettenreaktion, weltweite Turbulenzen, unabsehbare Folgen... aber die SZ schließt sich dem Optimismus des Investmentbankers an, wie ihr journalistischer Umgang zwei Monate später mit der EZB-Krisenintervention zeigt. In der Zusammenschau bietet die SZ eine merkwürdige Melange aus dem Hervorkehren positiver Seiten der Hedgefonds-Praxis, einem ironischen Umgang mit Spekulationsgelüsten des Normalbürgers, beiläufig eingestreuten düsteren Andeutungen und regelmäßigen Beteuerungen, dass eigentlich nichts passieren kann.

### **Die EZB-Krisenintervention im August 2007**

Am 9. und 10. August 2007 pumpt die Europäische Zentralbank (EZB) in bis dato nicht gekanntem Umfang Liquidität in den Finanzmarkt. In Gänze ist später von bis 200 Milliarden Euro die Rede. Die Deutung der Gesamtsituation und die Bewertung – nicht die sachliche Beschreibung – der Intervention bereitet den Zeitungen (und den Wirtschaftsexperten) offensichtliche Schwierigkeiten. Die FTD titelt am 10.8. „Kreditkrise schreckt Notenbanken auf“ und diagnostiziert die „Angst vor einer Finanzkrise“. Die FAZ spricht einen Tag danach, in ihrem Leitartikel der Samstagausgabe auf Seite eins, von einer „globalen Finanzkrise“.

*„Blitzschnell ist aus dem Preisverfall amerikanischer Häuser eine globale Finanzkrise geworden.“ (FAZ 11.8.2007)*

Zwei Tage später beobachtet das HB den Willen der Notenbanken, eine solche zu verhindern.

*„Mit massiven Liquiditätsspritzen wollen Notenbanken eine globale Finanzkrise verhindern.“ (HB 13.8.2007)*

Zur Erinnerung: Finanzkrisen sind, sagt Gablers Wirtschaftslexikon, „meist innerhalb kurzer Zeit auftretende gravierende und nicht-temporäre Verschlechterungen in den Ausprägungen von wesentlichen Finanzmarktindikatoren (Wertpapier- und Wechselkurse, Zinsen, Bonitätsbewertungen etc.), die massive und andauernde realwirtschaftliche Folgen nach sich ziehen können.“ ([wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/finanzkrisen.html](http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/finanzkrisen.html))

Der SZ-Kommentator erkennt am 11.8.2007 – wie die FTD tags zuvor und das HB zwei Tage danach – noch keine globale Finanzkrise, sondern nur die Furcht vor ihr:

*„Es geht die Furcht davor um, dass sich aus einer mittelgroßen Krise jenseits des Atlantiks... eine Krise des globalen Finanz- und Bankensystems entwickeln könnte.“*

Der doppelten Relativierung der vorhandenen Krise, sie ist erstens nur mittelgroß und zweitens jenseits des Atlantiks, folgt die Kritik der Furcht vor einer globalen Krise:

*„Diese Angst ist zum Teil ähnlich irrational wie der Überschwang zuvor. Denn die Wachstumsraten der realen Wirtschaft sind nach wie vor gut, in Europa wie im Rest der Welt. Die Firmen verdienen prächtig, es entstehen neue Jobs. Alles bestens also – könnte man meinen.“*

Die Angst, obwohl irrational, könnte jedoch realwirtschaftliche Lähmungserscheinungen hervorrufen, befürchtet der Kommentator:

*„Das Problem ist jedoch, dass die Angst an den Finanzmärkten auch die reale Wirtschaft lähmen könnte. So wie einst das Platzen der New-Economy-Blase den Beginn eines steilen, wenn auch kurzen Abschwungs markierte, könnte das Platzen der amerikanischen Immobilienblase nun erneut eine Phase des Niedergangs einläuten.“*

Ironisch zusammengefasst: Die weitgehend unbegründete Angst vor einer nicht existierenden Finanzkrise könnte einen realwirtschaftlichen Abschwung verursachen.

Am selben Tag wird auf der Seite zwei („Tagesthema“) der SZ die aktuelle Situation so charakterisiert:

*„Die Krise (hat) mit Getöse fast jeden Zipfel der internationalen Finanzmärkte erreicht und bringt Banken ins Wanken.“*

Und sie sei *„möglicherweise doch mehr als nur eine Korrektur... Die Anleger jedenfalls sind nervös, weltweit fliehen sie aus den Aktienmärkten. Dabei gibt es Indizien, dass die Aufregung übertrieben ist.“*

Auf derselben Seite zwei stuft die SZ die – als globale Finanzkrise gekennzeichnete – Situation wieder zurück auf eine „diffuse Stimmungslage“, der durchaus positive Seiten abgewonnen werden können:

*„Vielleicht können Verbraucher von der derzeit diffusen Stimmungslage an den Kreditmärkten aber auch profitieren. So sagt Robert Haselsteiner, Vorstandsmitglied des grössten unabhängigen Baufinanziers Interhyp, für die nächsten Wochen kräftige Schwankungen für die Eurozinsen und damit für die Baugeldzinsen voraus. Dadurch könnten sich Kreditnehmer eventuell günstigere Konditionen sichern.“ (SZ 11.8.2007)*

Handwerklich, das sei ausdrücklich festgehalten, handelt es sich um eine gute Leistung der SZ-Redaktion, den Finanzmarkt zum Tagesthema zu machen; zumal auf dieser Seite unter der Titelzeile „Eine Rechnung mit vielen Bekannten“ auch ein informatives, Hintergründe erhellendes Stück steht. Gleichwohl ist diese SZ-Samstagsausgabe inhaltlich ein Beispiel dafür, in welche Bocksprünge die Argumentation verfällt, wenn an einem Deutungsrahmen festgehalten wird, obwohl es inzwischen Fakten und Ereignisse gibt, die ihn sprengen. (Nicht nur) die SZ-Wirtschaftsredaktion klammert sich an die Grundvorstellung: Die Wirtschaft ist in guter Verfassung. Wenn es Gefahren gibt, dann gehen sie von einer Politik aus, die bürokratische Schranken nicht schnell genug wegräumt, aber keinesfalls von den Akteuren der Finanzmärkte selbst; diese Grundhaltung speist sich auch aus einer tendenziellen Geringschätzung der Fähigkeiten der Politik in allen diesen Fragen, wie in unseren Intensivinterviews deutlich wird, und als Kehrseite aus einer Neigung zur Überschätzung der Kompetenzen der Finanzmarkt-Akteure. Innerhalb eines solchen Sinnhorizonts erscheinen einerseits die Ereignisse auf den Finanzmärkten als Getöse, als unangemessene, übertriebene Reaktionen, andererseits ist nicht mehr zu leugnen, dass es sich um weitreichende Erschütterungen handelt, die „Banken ins Wanken“ bringen.

Obwohl es zwei Tage mehr Zeit hat, weil es samstags nicht erscheint, tut sich auch das HB am 13.8.2007 ausgesprochen schwer, die Lage zu deuten. Eine befürchtete oder doch eine real existierende Kreditkrise, eine gerade verhinderte oder eine stattgefundenene Finanzkrise, zwischen den Seiten acht und 27 wird alles geboten:

*„Aus Vertrauenskrise und Liquiditätsklemme hätte schnell die befürchtete Kreditkrise werden können...“  
(HB 13.8.2007, S. 27)*

*„An der Wall Street, dem Nervenzentrum der Kreditkrise, ist die Unsicherheit so groß, dass auch die Großbanken in die Bredouille geraten.“ (HB 13.8.2007, S. 22)*

*„Mit massiven Liquiditätsspritzen wollen Notenbanken eine globale Finanzkrise verhindern.“ (13.8. 2007, S. 27)*

*„Spätestens seit Donnerstagmittag ist es amtlich: Wir haben eine Finanzkrise. Warum sonst hätte die Europäische Zentralbank (EZB) dem Bankensystem in beliebiger Höhe zusätzliche Liquidität anbieten sollen?“*

*(HB 13.8.2007, S.8)*

Solche Konfusion ist im HB kein Einzelfall. Am 8.8.2007 gilt unter der Titelzeile „Schließung von Fonds beunruhigt Anleger“ auf Seite 1, die erste Botschaft dem Ziel der Beruhigung: „Privatanleger sind bislang kaum betroffen.“ Unter der Überschrift „Fonds-Anleger zittern“ steht auf Seite 27, nunmehr Botschaft Bedrohung: „Die Krise um in Anleihen verpackte wacklige Kredite bonitätsschwacher US-Häuslebauer erreicht die Privatanleger.“

Die wirtschaftsjournalistische Arbeit in den Tagen vor und nach der EZB-Intervention ist durchaus geprägt von der Anstrengung, Ursachen, Verlauf und Folgen der krisenhaften Situation zu erfassen. Das Phänomen wird vielfach beschrieben: Dass Kredit vom Lateinischen credere kommt, was so viel wie glauben, anvertrauen heißt; dass genau dieser Glaube der Banken, Verleihen bedeute nicht Verlieren, verloren gegangen sei; dass jeder jedem misstraue. *„Die Banken schienen sich untereinander nicht zu trauen. Statt Überschussliquidität wie üblich kurzfristig auszuleihen, hortete jeder sein Geld.“* (HB, 13.8.2007) Über den aktuellen Verlauf veröffentlichen die Redaktionen wiederholt verständliche, informative und gut lesbare Erklärstücke zu den Motiven und der Handlungslogik der EZB und der anderen Zentralbanken (zum Beispiel HB, 13.8.; FTD, 14.8.; SZ, 14.8.; FAZ, 16.8.). Gerade auch die SZ leistet über die unmittelbaren Vorgänge auf dem Geldmarkt eine intensive, viele Fakten präsentierende Recherchearbeit und in einigen Beiträgen thematisiert sie die Brisanz der Situation, aber dies nur auf hinteren Seiten.

*„Die Spannungen an den Finanzmärkten waren in den vergangenen Tagen noch gravierender, als die Öffentlichkeit wahrgenommen hat, räumten Manager am Wochenende in vertraulichen Gesprächen ein. Bei Großanlegern, aber auch unter Banken und Fondsgesellschaften ist demnach teilweise Panik ausgebrochen.“ (SZ 13.8.2007)*

Nachhaltige Warnungen vor einer Weltwirtschaftskrise, beispielsweise ausgesprochen in Kommentaren und Leitartikeln oder mit der prominenten Platzierung von Äusserungen und Interviews mit ausgewiesenen Kritikern, unterbleiben. Wo es darum geht, über die Beschreibung der direkten Ereignisse hinaus zu gelangen, also für die Deutung der Situation, für Aussagen über die Ursachen und möglichen Folgen werden immer wieder Wirtschafts- und Finanzexperten befragt. Diesen Weg geht vor allem das HB: „Internationale Top-Ökonomen erklären in einer exklusiven Handelsblatt-Umfrage, wie bedrohlich die amerikanische Hypotheken-Krise für die globalen Finanzmärkte ist, was die Ursachen der Turbulenzen waren und welche Lehren zu ziehen sind“ heißt es am 7.8.2007 auf Seite zwei. Unter dem Zitat „Menschlicher Instinkt ist schuld“ als Überschrift sind unter anderem diese Experten-Aussagen abgedruckt:

*„Ein wirtschaftspolitisches Eingreifen wird wahrscheinlich nicht nötig sein. Die Weltwirtschaft ist sehr robust, und die Unternehmen machen exzellente Gewinne und schwimmen im Geld. Deshalb sollte der Anpassungsprozess an die neuen Finanzierungsbedingungen ohne größere Verwerfungen von statten gehen.“*

*„Die Turbulenzen sind das normale Atmen des Konjunkturzyklus. Sie müssen keinesfalls in eine Krise münden. Die wirtschaftlichen Fundamentaldaten sind gesund, Liquidität gibt es reichlich... Es ist eine gesunde und überfällige Normalisierung der Risikoauflösung. Wenn wichtige Zentralbanken keinen Unsinn machen, sollte es nicht zu einer Systemkrise kommen.“*

*„... ich denke, eine ausufernde Finanzkrise ist unwahrscheinlich. Denn es gibt keinen Grund, warum die US-Notenbank nicht kräftig die Zinsen senken könnte, wenn dies nötig sein sollte.“*

*„Beten und sicherstellen, dass die Zentralbanken das Richtige tun. Sie sollten als Reaktion auf Probleme nicht die Zinsen senken, sondern aktiv das Diskontfenster nutzen, um Unternehmen in Liquiditätsproblemen zu erhöhten Zinsen und gegen Sicherheiten die nötige Liquidität zu geben – nicht nur Banken, sondern allen Unternehmen.“*

*„Die Zentralbanken sollten die Entwicklung sehr genau verfolgen und wenn nötig die Zinsen senken.“*

*„Auf keinen Fall sollten die Zentralbanken jetzt wie bei der Russlandkrise oder dem Schock infolge der Schieflage des LTCM-Hedgefonds die Zinsen senken.“*

*„Der schlimme Fall wäre gekennzeichnet von einer Liquiditätsklemme, vielen Insolvenzen, einem Einbruch des Konsum- und Geschäftsklimas und einem starken Rückgang der privaten Nachfrage. Dieses Szenario ist sehr unwahrscheinlich (weniger als zehn Prozent).“*

Aus Expertenbefragungen der FTD werden am 13.8.2007 in zwei verschiedenen Artikeln u.a. diese Aussagen zitiert, wobei die Redaktion selbst mit der Überschrift „Kreditkrise gefährdet Konjunktur“ eine klare Botschaft setzt:

*„Vielleicht haben wir den Boden noch nicht gesehen. Auf Sicht von sechs Monaten sind wir aber optimistisch.“*

*„In den kommenden Tagen und Wochen wird sich zeigen, ob die Krise Auswirkungen auf das makroökonomische Umfeld hat. Wir rechnen derzeit nicht mit einer Rezession in den USA.“*

*„Das Risiko für die Weltwirtschaft ist klar größer geworden“.*

*„Das Austrocknen der kurzfristigen Liquidität der vergangenen Tage ist ernst.“*

*„Dann könnte sich eine echte Kreditkrise entwickeln... Daraus könnte sich schnell eine Abwärtsspirale aus Unternehmensinsolvenzen, Kreditausfällen bei den Banken und einer weiteren Verschärfung der Kreditvergabe ergeben“, bislang sei allerdings das Risiko eines solchen Szenarios noch begrenzt. Die Lage sei „ernst, aber nicht katastrophal.“*

*„Eine systemische Krise haben wir ganz sicher noch nicht und sie ist nach derzeitigem Stand auch nicht zu erwarten.“*

Haben wir nur eine diffuse Stimmungslage oder Spannungen oder Erschütterungen oder Panik? Haben wir eine Kreditkrise, aber noch keine echte? Haben wir eine Finanzkrise oder nur Angst vor ihr? Ist die Realwirtschaft akut gefährdet oder sehr robust? Ein Orientierungschaos in den Tagen vor und nach der EZB-Intervention bildet das herausstechende Merkmal des journalistischen Informationsangebots. Dieses Chaos wird von den Redaktionen selten verursacht, meist nur dargestellt und zwar ziemlich gut. Allerdings wird das Medienpublikum mit diesem Chaos alleine gelassen, die Redaktionen ordnen es nicht, problematisieren es noch nicht einmal, steuern jedoch durch

die Auswahl der publizierten Zitate, ob mehr Befürchtungen oder mehr Entwarnungen in das öffentliche Meinungsklima einfließen. Mit Sicherheit ist dieser Wirrwarr auch dem Dilemma geschuldet, dem sich die Journalisten – siehe unsere Intensivinterviews – einerseits ausgesetzt sehen, dem sie sich nach ihrer Auskunft aber auch bewusst stellen: Wie wird genug gewarnt und dramatisiert, ohne ungerechtfertigt schwarz zu malen und Panik auszulösen. Hier ist die FTD – im Nachhinein gesehen – etwas realistischer als SZ, HB und FAZ, aber einen hervorhebenswerten Unterschied macht nur die TAZ.

### Der bessere Journalismus der TAZ

Weil die TAZ das krisenhafte Szenario der EZB-Intervention aus einem anderen Interpretationsrahmen heraus beobachtet und beschreibt, bleibt ihr die Deutungsakrobatik erspart, mit der SZ, FAZ, FTD und HB reagieren. Auf die Zwiespältigkeit der EZB-Rettungsaktion haben auch die anderen Medien wiederholt hingewiesen, nämlich dass sie Finanz-Hasardeure ermuntern kann, in Zukunft erst recht Spekulationsrisiken einzugehen in der Erwartung, dass die Zentralbanken schon einen Auffangschirm öffnen werden. Dazu schreibt die TAZ:

*„Sollten die Zentralbank-Interventionen gelingen, kann sich dies als tückischer Erfolg erweisen. Denn künftig werden die Spekulanten die Zentralbanken erst recht wie eine kostenlose Versicherung betrachten, mit der auch riskante Geschäfte glimpflich enden. Nach einem kurzen Schock könnte der Übermut an den Finanzmärkten sogar noch steigen. Letztlich haben die Zentralbanken keine Chance, solange sie nur die Folgen der Spekulation abmildern sollen – aber die Investitionen der risikofreudigen Hedgefonds noch nicht einmal minimal kontrollieren dürfen. Schon jetzt sind die Risiken an den Finanzmärkten gewaltig. Problematisch ist ja nicht nur die Hypothekenkrise in den USA. Auch die Immobilien in Großbritannien, Irland oder Spanien dürften gewaltig überbewertet sein; das Gleiche gilt für die Aktienmärkte und für viele Unternehmen, die übersteuert mit billigen Krediten aufgekauft wurden. Es wäre erstaunlich, wenn es nicht irgendwann zum Crash kommt.“ (TAZ 14.8.2007)*

Den Ruf nach politischen Reaktionen auf die Finanzkrise, der in den anderen Medien fehlt, stellt die TAZ in einem Interview mit Heiner Flassbeck heraus, überschrieben „Die Tobin-Steuer wäre noch viel zu wenig“. Flassbeck sagt unter anderem:

*„Die Finanzmärkte sind außer Kontrolle geraten. Der Staat muss endlich massiv eingreifen. Bisher läuft das Spiel doch so: Im Aufschwung wollen die Banken und Fonds allein verdienen, da soll sich der Staat heraushalten – aber sobald es zur Krise kommt, rufen sie alle nach den Notenbanken.“ (TAZ 15.8.2007)*

Die TAZ stellt die Ereignisse in einen politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang, die anderen Medien sehen die Ereignisse letztlich als unpolitisch an, die allein und ausschließlich in der Sphäre der Finanzmärkte sich abspielen, das ist der entscheidende Unterschied. Der analytisch-inhaltlich stärkste und hellstichigste der 90 Beiträge der Phase P2 erscheint in der TAZ unter der Überschrift „Die Börse steht nackt da“ und resümiert im letzten Absatz:

*„Der ökonomische Mainstream kann die Realitäten des Finanzkapitalismus nicht wahrnehmen, weil die kognitive Dissonanz unerträglich wäre. Wenn die „freiesten“ aller Märkte, die Finanzmärkte, systematisch falsche Preissignale setzen, dann kollabiert das gesamte Theoriegebäude. Man stelle sich vor: Alle gängigen Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik – von der Senkung der Arbeitslosenunterstützung, der Rückführung der Staatsquote bis zur Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge – sie alle hätten ihre wissenschaftliche Fundierung verloren! Da schaut man lieber weg und schreitet mit festem Expertentritt in der Sackgasse voran. An ihrem Ende könnte es krachen.“ (TAZ 18.8.2007)*

13 Monate später sind Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise Alltagsvokabeln.

### 3.2.3 Bewertung

Die Grundbotschaft der Texte lautet: Die große Krise wird nicht kommen. Diese Botschaft wird auf zweifache Weise vermittelt. Von einer (möglichen) Wirtschaftskrise wird erst gar nicht gesprochen, benannt wird nur die Gefahr einer konjunkturellen Abschwächung. Und diese Gefahr wird dann für unwahrscheinlich erklärt. Eine Ausnahme gibt es: Die TAZ hat im August 2007 das Bedrohungspotential der Finanzkrise klar analysiert. Aber sonst gilt: Wenn es überhaupt Andeutungen über ‚globale Turbulenzen‘ und ‚unabsehbare Folgen‘ gibt, dann sind diese auf den hinteren Seiten zu finden, eingebettet in einen basalen Optimismus, der die gute Verfassung der Weltwirtschaft betont. Von dramatisierten, prominent platzierten Warnungen vor einer Weltwirtschaftskrise ist weit und breit nichts zu sehen – im Kontext des G8-Gipfels im Juni nicht, noch nicht einmal anlässlich der außergewöhnlichen EZB-Intervention im August. Das irritiert deshalb in hohem Maße, da fast alle unsere Interviewpartner – jedenfalls in der Retrospektive – den endgültigen Ausbruch der Krise auf spätestens diesen August 2007 gelegt haben.

Die journalistische Arbeit in dieser Phase der Vorkrise hat andere Rahmenbedingungen als in der zurückliegenden Phase vor der Krise. In der Phase P1 gibt es nach unseren Recherchen (vgl. Literaturbericht) zwar ebenfalls umfangreiches kritisches und kompetent-prominentes Wissen, das gut zugänglich ist. Damals bedurfte es jedoch erheblicher eigener Anstrengungen, um einerseits dieses Wissen zu heben und andererseits es gegen eventuelle redaktionsinterne Widerstände zu publizieren und sich damit offen gegen einen gesellschaftlichen Mainstream zu stellen. In der jetzigen Phase der Vorkrise ist das kritische Wissen, kompetent und prominent, nicht mehr zu übersehen und leicht greifbar. Trotzdem wird es immer noch erkennbar zu gering gewichtet. Insofern ist in dieser Phase P2 von schweren inhaltlichen Verfehlungen zu sprechen.

Dem negativen inhaltlichen Urteil steht eine günstigere journalistisch-handwerkliche Bewertung gegenüber. Die untersuchten Medien haben auf den ersten Blick markant besser gearbeitet, denn sie haben in diesen Vorkrisen-Monaten zum einen die Handlungsweise der Europäischen Zentralbank verständlich erklärt und zum anderen mit Umfragen, Gastbeiträgen und Kommentaren umfangreiche eigene Initiativen entwickelt. Der zweite Blick zeigt allerdings, dass sie mit wenigen Ausnahmen immer nur Finanzmarkt- oder jedenfalls Wirtschaftsakteure selbst zu Wort kommen ließen, die – logischer Weise – mit Beruhigungen und Beschwichtigungen reagiert haben. Und die Redaktionen ließen diese Sichtweise im Kern so stehen oder haben sie in ihren eigenen Kommentaren sogar noch bestätigt. Die negative Spitzenleistung war ein Gastbeitrag im HB von Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) und Mitglied des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. In seinem „Ordnungspolitischen Einspruch“ erläuterte er am 10.8.2007, dem Tag nach der, quantitativ gesehen, historisch einmaligen Krisenintervention der EZB:

*„Eine Bank (gemeint ist die IKB, at/sto) hat sich verspekuliert mit Transaktionen außerhalb der Bilanz und in einem ihr fremden Geschäftsfeld. Indizien für einen Flächenbrand bei den deutschen Banken gibt es nicht... So ist weniger die Finanzmarktstabilität gefährdet, die nach allen vorliegenden Berichten als hoch eingestuft wird, als vielmehr die Statik unserer Finanzaufsicht, die sich durch Kompetenzwirrwarr und Intransparenz auszeichnet... Die fehlgeschlagenen Spekulationen im Markt für zweitklassige Hypotheken („subprime“) haben die Furcht vor einer kräftigen Rezession in den USA hervorgerufen. Dies erscheint reichlich überzogen zu sein... So erscheint die Risikostimmung der Börsen überzogen zu sein, weil sie einseitig auf die Kreditmärkte fokussiert ist. Die strukturellen Voraussetzungen der gesamtwirtschaftlichen Expansion in den Unternehmen wirken weiter. Mehr noch: Wie die EZB jüngst belegte, haben sich die Gewinne der Unternehmen im Euro-Raum recht günstig entwickelt und bei den börsennotierten Kapitalgesellschaften sogar den höchsten Stand seit 1985 erreicht. Ertragsstärke und Eigenfinanzierungskraft bieten den Unternehmen eine gute Basis für die kommenden Quartale... Indes: Die Erfahrungen der letzten Wochen können in ein gesundes Risikoempfinden münden. Seitens der Politik muss alles getan werden, was die Investitionsbedingungen in Deutschland weiter verbessert: Statt mit einer kruden Reform unabsehbare Wirkungen auszulösen, sollte die Erbschaftssteuer – wie in Österreich beschlossen und in Frankreich geplant – ab-*

*geschafft werden. Der Solidaritätszuschlag muss verbindlich in drei Stufen abgebaut werden. Beim Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist der Spielraum zur Reduzierung auszuschöpfen...*

Insgesamt stufen wir die journalistische Qualität in der Phase „Vorkrise“ als „schlechter“ ein; allerdings mit deutlichen Tendenzen, die Mindestexpectationen zu erfüllen. In einer zusammenfassenden Bewertung sehen wir für die Phase P2 die TAZ an der Spitze, dahinter die FTD und dann auf einer gemeinsamen Linie SZ, FAZ und HB.

### 3.3 Phase P3 – In der offenen Krise, 2008-2009: Viel Aufklärung, wenig Klarheit

An dem selben 16. September 2008, an dem die Bankrotterklärung der Investmentbank Lehman Brothers vom Vortage allgemein bekannt wird und Überschriften wie „Finanzmarkt am Abgrund“ (FTD), „Bankpleite erschüttert die Börsen der Welt“ (SZ) auf der Seite eins stehen, tritt der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück vor das Parlament, um den Entwurf des Haushalts 2009 und den Finanzplan bis 2012 zu präsentieren. Er sagt unter anderem: *„Alle, die mit Lustgewinn... das Gespenst einer Krise an die Wand malen, sollten sich ihrer Verantwortung in einer durchaus labilen Lage sehr stark bewusst sein. Fakt ist und bleibt: Die deutsche Wirtschaft ist wesentlich wettbewerbsfähiger und robuster als vor fünf Jahren... Das wichtige finanzpolitische Ziel der Großen Koalition, ab 2011 keine neuen Schulden mehr zu machen, rückt damit in greifbare Nähe.“* Steinbrück begründet dann seine tiefe Skepsis gegenüber nationalen Konjunkturprogrammen: *„Es ist nicht möglich, eine konjunkturelle Eintrübung, deren Ursachen eindeutig in globalen Preisschüben und Finanzmarktkrisen liegen, mit einem nationalen Konjunkturprogramm zu bekämpfen. Wer das tut, verbrennt lediglich Steuergeld... Es wäre falsch, unseren bislang so erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs zu verlassen, um wieder ungebremst in neue Schulden mit einer Verletzung der Generationengerechtigkeit zu flüchten.“*

Zu Beginn des letzten Drittels seiner Redezeit widmet sich Steinbrück dem Finanzmarkt:

*„Zum aktuellen wirtschaftlichen Umfeld gehört auch die globale Finanzmarktkrise. Ich werde kaum eine Rede zur Einbringung des Haushalts halten können, die nicht auf dieses Thema eingeht... Obwohl diese Finanzmarktkrise zweifellos das größte konjunkturelle Risiko auch für die deutsche Volkswirtschaft darstellt, halte ich die möglichen Auswirkungen auf uns auch nach allen Erkundigungen, insbesondere nach Gesprächen mit dem Bundesbankpräsidenten und mit der Bankenaufsicht, für begrenzt.“* Gegen Ende seiner Rede zitiert Steinbrück Konfuzius: *„Wer das Morgen nicht bedenkt, wird Kummer haben, bevor das Heute zu Ende geht... Für den Finanz- und Wirtschaftspolitiker bedeutet diese Weisheit, dass er, wenn er zukunfts feste Politik für sein Land machen möchte, gelegentlich über den eigenen Tellerrand hinausschauen und sich einen Eindruck davon verschaffen muss, was eigentlich um ihn herum passiert.“*

Wenn man sich kritisch mit journalistischen Leistungen auseinandersetzt, ist es ein Gebot der Fairness, auch im Auge zu behalten, was sich diejenigen leisten, über die der Journalismus berichtet.

In der Phase P3 („In der offenen Krise“) haben wir, orientiert an vier Ereignis-Zeiträumen, 400 Artikel analysiert, darunter 174 kommentierende und 211 berichtende, verteilt auf 33 Tage mit insgesamt 155 Ausgaben der fünf Medien.

#### Materialbasis Phase P3, Zeitungen\*

Medium	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Summe		
	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B
Anzahl	5	31	67	1	35	31	3	48	53	4	50	40	2	10	20	15	174	211
Phase P3	103			67			104			94			32			400		

\* I=Interviews, K=kommentierende Artikel, B=berichtende Artikel

Das sind die vier ausgewählten Ereignis-Zeiträume:

- Am 15. September 2008, dem „schwarzen Montag“ muss die Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz anmelden, Konkurrent Merrill Lynch wird von der Bank of America aufgekauft. Der US-Leitindex Dow Jones erleidet den stärksten Tagesverlust seit den Terrorattacken am 11. September 2001. [Auswertungszeitraum 15.09. bis 22.09.2008]
- Am 13. November 2008 korrigiert die OECD ihre Wachstumsprognosen für 2009, das Statistische Bundesamt gibt neue Zahlen heraus, am 15. November beginnt der G20-Gipfel in Washington. [Auswertungszeitraum 12.11. bis 19.11.2008]
- Am 13. Februar 2009 wird im Deutschen Bundestag das Konjunkturpaket II beschlossen. Am 14. Februar verabschiedet der US-Kongress das größte staatliche Konjunkturprogramm in der Geschichte der USA mit einem Umfang von rund 790 Milliarden Dollar. [Auswertungszeitraum 9.2. bis 17.2.2009]
- Am 1./2. April 2009 findet ein G20 Gipfel in London statt. [Auswertungszeitraum 25.3. bis 7.4.2009]

### 3.3.1 Quantitative Fundstücke

„Finanzkrise“ hat die Gesellschaft für deutsche Sprache 2008 zum Wort des Jahres ernannt. Im Auswertungszeitraum P3 liegt es bei den fünf Zeitungen auf Rang elf. Wesentlich öfter kommt die allgemeinere Bezeichnung „Krise“ vor, während „Wirtschaftskrise“ oder „Weltwirtschaftskrise“ nicht zu den 25 meist gebrauchten Substantive gehören. Im gesamten Textkorpus der Zeitungen über alle vier Phasen begegnet uns übrigens die „Wirtschaftskrise“ 121 Mal, die „Weltwirtschaftskrise“ befindet sich nicht einmal unter den Substantive, die öfter als 100 Mal vorkommen.

Tabelle 7: Phase P3, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien\*

Begriffe	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Ges.
	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	
BANKEN	252	3	1	78	-7	4	200		1	186		1	52		1	768
KRISE	151		5	126	4	2	111	-3	5	175		2	32		4	595
Prozent	153		4	90		3	135		3	140		4	37		3	555
Dollar	199	9	2	33	-11	22	115		4	125		6	21		8	493
BANK	116		6	56		7	108		6	151	4	3	16		16	447
LEHMAN	103		8	68		6	76		10	134	4	5	18		13	399
Milliarden	159	11	3	14	-13	108	18	-21	118	125	4	6	42	7	2	358
Euro	83		15	8	-16	254	99	4	7	114	4	9	21		8	325
OBAMA	103		8	20	-7	65	65		12	95		12	19		12	302
Mrd	0		3912	149	42	1	151	25	2	0		3985	0		1529	300
FINANZKRISE	69		19	41		15	77		9	79		14	22		7	288
REGIERUNG	107	4	7	50		9	53		16	70		17	8		56	288
USA	1	-41	2174	70	5	5	90	4	8	105	5	10	21		8	287
WELT	96		11	45		11	31	-8	44	105	5	10	8		56	285
GELD	60	-4	23	40		18	39	-5	30	124	10	8	20		11	283
DEUTSCHLAND	75		16	52		8	45	-3	25	88		13	16		16	276
LONDON	103	6	8	27		37	65		12	45	-4	33	12		29	252
STAATEN	91	4	12	41		15	46		24	55		27	6		85	239
HEDGEFONDS	86	4	14	29		31	33	-4	39	49		30	24	4	5	221
MERKEL	59		25	20	-4	65	59		14	69		18	14		22	221
Jahren	74		17	28		34	33	-4	39	76	3	15	9		41	220
WIRTSCHAFT	55		26	36		21	47		22	68		19	13		26	219
ENDE	50		32	41		15	53		16	66		21	3	-4	230	213
Jahr	62		22	31		28	39		30	71		16	9		41	212
UNTERNEHMEN	65		21	32		24	54		15	44		35	9		41	204

\* absolute Häufigkeit [=H], Spezifität [=S], Rang [=R]  
Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Bedeutungspotential für unsere Zwecke.



Tabelle 8: Phase P3, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Textformen\*

Begriffe	BER			N			GB			I			AR			Ko			Ges.
	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	
BANKEN	313		1	53	3	1	11	-7	23	69	3	1	202		1	120		2	768
KRISE	195	-5	6	19		10	27		2	48		2	177		2	129	5	1	595
Prozent	300	12	2	41	3	2	14	-3	14	16	-5	23	145		5	39	-9	18	555
Dollar	243	6	3	37	3	3	7	-5	53	2	-12	431	153		4	51	-5	5	493
BANK	197		5	18		11	4	-6	124	25		5	154	4	3	49	-4	10	447
LEHMAN	181		7	6	-5	70	2	-7	284	14	-3	31	145	5	5	51		5	399
Milliarden	207	12	4	20		8	1	-7	284	15		28	85		9	30	-6	30	358
Euro	179	9	8	22		6	4	-4	124	21		12	86		8	13	-9	124	325
OBAMA	166	8	9	13		21	1	-6	523	4	-6	193	68		20	50		7	302
Mrd	158	6	10	17		13	22		4	0		1696	79		11	24	-6	49	300
FINANZKRISE	110		14	12		22	13		15	24		6	79		11	50		7	288
REGIERUNG	135	3	12	16		15	16		9	6	-4	109	83		10	32		28	288
USA	102		16	16		15	26	4	3	14		31	70		18	59		4	287
WELT	102		16	3	-4	210	38	9	1	9		56	63		23	70	5	3	285
GELD	97		18	15		18	11		23	17		17	95		7	48		11	283
DEUTSCHLAND	120		13	17		13	19		6	22		11	64		21	34		21	276
LONDON	136	6	11	23	4	5	8		39	10		48	41	-6	41	34		21	252
STAATEN	77	-3	30	24	4	4	17		8	10		48	71		17	40		15	239
HEDGEFONDS	79		28	22	4	6	2	-4	284	6		109	78		13	34		21	221
MERKEL	110	4	14	18		11	3	-3	172	26	4	3	44	-4	34	20	-4	64	221
Jahren	76		32	5		95	16		9	10		48	72		16	41		14	220
WIRTSCHAFT	93		20	7		56	12		18	23		8	51		31	33		25	219
ENDE	75		34	6		70	8		39	7		84	69		19	48	3	11	213
Jahr	85		24	11		27	5		89	8		66	76	3	14	27		38	212
UNTERNEHMEN	83		26	9		39	16		9	17		17	57		28	22		57	204

\* absolute Häufigkeit [=H], Spezifität [=S], Rang [=R]  
 BER=Bericht/ N=Nachricht /GB=Gastbeitrag/ I=Interview/ AR=Analyse, Reportage / Ko=Kommentar  
 Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Bedeutungspotential für unsere Zwecke.

Abbildung 4: Phase P3, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Krise als Wortwolke



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:  
 Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Krise* verknüpft.

Die Krise hat sich jetzt als Begriff ihren Spitzenplatz erobert. Die Unterscheidung nach Textformen verrät, dass „Krise“ in Berichten unter- und in Kommentaren überrepräsentiert ist, während „Finanzkrise“ in allen Textformaten mit durchschnittlicher Häufigkeit verwendet wird. Die Mehrworteinheiten zeigen den vielfältigen Wortgebrauch an. Zusammen mit der Wortwolke um den Krisenbegriff informieren sie uns darüber: Die Krise hat noch keinen Namen, sie ist „die“ Krise, die „gegenwärtige“, „jetzige“, „aktuelle“. Das einzige aussagekräftigere Adjektiv im Wortumfeld ist „globale“; aber dieses wird so selten verwendet, dass man sagen kann, in den Berichten und Kommentaren wird nicht besonders häufig hingewiesen auf eines der entscheidenden Merkmale dieser Krise: weltumspannend zu sein. Ob Asien-, Russland- oder Dotcomkrise, für die bisherigen Krisen des Finanzmarktes wurde jeweils eine Bezeichnung gefunden. Es spiegelt sich unseres Erachtens in dieser „Wortlosigkeit“ das ganze Dilemma einer Krise, die bis zuletzt nicht für möglich gehalten wurde, deren Charakter nicht richtig fassbar war, über deren Anlass – die Subprimekrise – keine Zweifel, aber über deren Ursachen und Folgen keine Klarheiten herrschten und über deren Dimensionen bis hin zur „Weltkrise“ ganz verschiedene Vorstellungen existierten und existieren. Wir haben vorgeschlagen, von der globalen Krise der Großen Spekulation zu sprechen, weil uns die hochgeschraubte Risikospirale – lasst uns Vergangenheit und Gegenwart vergessen – bis an den finalen Punkt „alles auf Zukunft“ ihr Kern zu sein scheint.

Tabelle 9: Phase P3, Zeitungen – Mehrworteinheiten mit dem Wortstamm Krise (min. 5 mal)\*

Mehrworteinheiten	H	Mehrworteinheiten	H
DER FINANZKRISE	109	IN DIESER KRISE	7
DIE FINANZKRISE	92	DURCH DIE FINANZKRISE	7
DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE	23	DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE	7
UND WIRTSCHAFTSKRISE	20	DIE FINANZKRISE UND	7
FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE	19	DIE KREDITKRISE	6
DIE WIRTSCHAFTSKRISE	16	Globale Finanzkrise	6
DER WIRTSCHAFTSKRISE	14	FOLGEN DER KRISE	6
FINANZKRISE UND	14	DER FINANZKRISE ZU	6
DER FINANZMARKTKRISE	13	AUS DER KRISE ZU	6
DER KREDITKRISE	12	VERURSACHER DER KRISE	6
FINANZKRISE HAT	12	DER BANKENKRISE	6
IN KRISENZEITEN	11	VON DER FINANZKRISE	6
AKTUELLEN KRISE	11	HABEN DIE KRISE	6
GEGEN DIE KRISE	11	WIRTSCHAFTSKRISE ZU	6
FINANZKRISE IST	10	KÜNFTIGE KRISEN	5
DURCH DIE KRISE	9	WEGEN DER KRISE	5
DER AKTUELLEN KRISE	9	WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE	5
KRISE BEIGETRAGEN	9	DIE KRISE NICHT	5
FINANZKRISE NICHT	9	SICH DIE FINANZKRISE	5
DER KRISE NICHT	9	AUF DIE FINANZKRISE	5
DAS KRISENMANAGEMENT	8	ZUR FINANZKRISE	5
DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE	8	DIE GLOBALE FINANZKRISE	5
AUSBRUCH DER KRISE	8	DER JETZIGEN KRISE	5
FINANZKRISE SEIT	8	DASS DIE FINANZKRISE	5
DIE GEGENWÄRTIGE KRISE	8	FOLGEN DER FINANZKRISE	5
SICH IN DER KRISE	8	WELTWEITEN KRISE	5
WEGEN DER FINANZKRISE	8	DIE FINANZKRISE IST	5
DIE AKTUELLE KRISE	7	HAT DIE FINANZKRISE	5
AUS DER FINANZKRISE	7	ZUR KRISENBEWÄLTIGUNG	5
IN DER FINANZKRISE	7	AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE	5
UND FINANZKRISE	7	URSACHE DER KRISE	5
DIE FINANZKRISE HAT	7	KRISENMANAGEMENT DER	5
DIE FINANZMARKTKRISE	7		

\* absolute Häufigkeit [=H]

Insgesamt wirken die meist gebrauchten Substantive sachlich und deskriptiv, plakativ-dramatisierende Begrifflichkeiten sind seltener. Wörter wie Gier und Exzess, die in der Gesamtwahrnehmung der Krisenkommunikation so prägend erscheinen, werden im vollständigen Textkorpus der Zeitungen weniger als 100 Mal verwendet und sind selbst in der Phase der offenen Krise keineswegs dominant. Die massiv moralisierende Sprache wie sie in Teilen

der öffentlichen Kommunikation Platz greift – Maßlosigkeit und Renditewahn sind weitere Beispiele – wird von den Qualitätszeitungen nicht gefördert.

### 3.3.2 Qualitative Untersuchung

#### Mindesterwartungen und Bewertungsskala der Phase P3

Die Kernfrage, die wir in dieser Phase an die journalistische Arbeit stellen, lautet: Wie wird die Krise ‚erzählt‘, wie wird sie dargestellt und eingeschätzt. Wir gehen weiterhin ein auf die Themenkomplexe Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzkrise sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftsrezession, jedoch auf beide nur im Rahmen der Frage, wie der Staat als Krisenmanager gesehen wird. Die diskutierten und vollzogenen Schritte zur Vermeidung künftiger Finanzkrisen stehen später im Mittelpunkt der Analyse der Phase P4.

Zu den inhaltlichen Mindeste­rwartungen für die Phase P3 gehört, dass sich das gesellschaftliche Spektrum der Ursachenanalysen und Deutungen in den Artikeln wiederfindet, dass die verschiedenen Interessenperspektiven heraus gearbeitet werden und dass die Rolle des Staates erörtert wird. Handwerklich muss die Finanz- und Wirtschaftskrise dauerhaft zum dominierenden Tagesthema aufrücken mit erhöhten Umfängen und Sonderseiten. Eigene Recherchen, die sich in Reportagen und Hintergrundstücken niederschlagen, und vor allem immer wieder die verständliche Erläuterung der Instrumente, Handlungs- und Wirkungsweisen des Finanzmarktes halten wir in dieser Phase für Mindeste­rwartungen an die journalistische Profession. Die Gegenpole „sehr gut“ und „sehr schlecht“ machen wir fest am Ausleuchten weltwirtschaftlicher Zusammenhänge auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Lamento über menschliche Gier, das in einer Art Selbstbedienungs-Anthropologie die Krise zum natürlichen Phänomen der Irrungen und Wirrungen menschlichen Daseins macht. Angesichts offensichtlicher Fehleinschätzungen in der Vergangenheit wird eine „sehr gut“ arbeitende Redaktion sich selbst und ihrem Publikum die Fragen nicht ersparen, warum es zu diesen Defiziten kam und was in Zukunft besser gemacht werden kann. Noch einmal den Hinweis: Eine sehr gute Leistung muss additiv verstanden werden als Summe der erfüllten Kriterien für Mindeste­rwartung, „besser“ und „sehr gut“. Den detaillierten Kriterienkatalog zeigt die folgende Bewertungsskala der Phase P3.

Tabelle 10: Zeitungen – Bewertungsskala der Phase P3

	++	+	0	-	--
	<i>sehr gut</i>	<i>besser</i>	<i>Mindesterwartung</i>	<i>schlechter</i>	<i>sehr schlecht</i>
<i>inhaltlich</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Weltwirtschaftliche Hintergründe und Zusammenhänge (Ungleichgewichte) ausleuchten;</li> <li>*Interessen sachlich darstellen, die hinter Konfliktlinien stehen;</li> <li>*Kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Finanz- und Politik-Eliten vor der Krise und im Krisenmanagement.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Internationale, nationale und persönliche Krisendimensionen verknüpfen;</li> <li>*Reflektion der Vorstellungen eines funktionierenden Finanzmarktes z.B. im Verhältnis Markt/ Staat und zur Realwirtschaft;</li> <li>*Fragen nach gerechter Verteilung der Krisenlasten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Plurales Spektrum von Krisenanalysen und -deutungen;</li> <li>*Darstellung der verschiedenen Interessen-Perspektiven z.B. Analysten;</li> <li>*Rolle des Staates als Krisenmanager erörtern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Psychologisierende Deutung überwiegt (Exzesse, Vertrauensverlust);</li> <li>* Nur orientiert an vorherrschender Meinung (der Zielgruppe);</li> <li>*Emotionalisierte Dramatisierung der Krisenfolgen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Lamento über menschliche Gier (Selbstbedienungs-Anthropologie);</li> <li>*'Krise' als einheitliches Etikett allen Wirtschaftsproblemen aufkleben;</li> <li>*Unveränderte Pflege inhaltlich-ideologischer Stereotypen.</li> </ul>
<i>handwerklich</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Exklusiv recherchierte Beiträge;</li> <li>*Originelle Interviews und Gastbeiträge;</li> <li>*Forum für eigene und externe Expertenkritik der Redaktionsarbeit.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Ressorts übergreifende task-force einrichten;</li> <li>*Vielfalt der Darstellungsformen;</li> <li>*Illustrativ aufbereitete Erklärstücke.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Krise wird dauerhaft wichtigstes Tagesthema und findet auf vorderen Seiten statt;</li> <li>*Verständliche, kompetente Aufbereitung wichtiger Fakten mit erhöhten Umfängen (Sonderseiten);</li> <li>*Punktuell eigene Recherchen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Schilderung von Einzelereignissen hat das Übergewicht;</li> <li>*Kaum erkennbare Eigenleistung (Kommentare, Namensartikel der Redaktion);</li> <li>*Beibehalten der redaktionellen Routine.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Fehlinformationen;</li> <li>*direkte Übernahme von PR-Material;</li> <li>*Nur auf Einzelereignisse bezogene Berichterstattung.</li> </ul>

### Sieben thematische Stränge

In den vier ausgewählten Zeiträumen zeichnen sich in den untersuchten Medien sieben große thematische Stränge ab, die jeweils ihre eigenen Diskurslinien haben:

- Die Einzelereignisse auf dem Finanzmarkt, die entweder durch die Krise direkt ausgelöst wurden oder im Zusammenhang mit der Krise eine besondere Bedeutung bekamen;
- die diskutierten und vollzogenen Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzkrise, insbesondere in Deutschland und den USA;
- die Einzelereignisse der Wirtschaftsrezession;
- die diskutierten und vollzogenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftsrezession, vor allem in Deutschland, auf europäischer Ebene und in den USA. Besondere Beachtung wird dabei der Frage geschenkt, wie der neu gewählte US-Präsident Barack Obama agiert;
- die Debatte über die Ursachen der Finanzkrise und deren Übergreifen auf die Realwirtschaft;
- die diskutierten und vollzogenen Schritte zur Vermeidung künftiger Finanzkrisen;
- die Auswirkungen der Krise auf weltpolitische Machtkonstellationen wie das Verhältnis zwischen Europa und den USA, zwischen China und den USA, zwischen den G8- und den G20-Staaten.

Unsere Untersuchung – und die daraus abgeleitete Bewertung der journalistischen Arbeit – darf nicht gelesen werden als eine Analyse, die alle diese Themen bearbeitet. Wir konzentrieren uns vielmehr auf unsere Kernfrage und einige naheliegende Zusatzaspekte.

### Systemische Krise oder individuelles Verschulden?

Dass „eine Wall Street-Ikone mit 158 Jahren Geschichte am Ende“ ist (HB), beherrscht am 16.9.2008 die ersten und viele folgende Seiten. Dennoch setzt sich im Umgang mit der Lehman Brothers-Pleite kurzzeitig fort, dass Redaktionen Ausmass und Auswirkungen der Finanzkrise unterschätzen. Wo die FTD auf der Titelseite den „Finanzmarkt am Abgrund“ sieht, notiert die FAZ-Überschrift nur „Große Kursverluste nach Lehman-Konkurs“. Wo laut TAZ die Pleitenfolgen „die Finanzmärkte austrocknen und ganze Teilmärkte der Weltwirtschaft ins Stocken bringen“ werden, fasst das HB schon positive Perspektiven ins Auge: „Kurzfristig gibt es keine Gewinner der Krise, langfristig sehr wohl“. Wenige Wochen später jedoch hat die Rhetorik der Beruhigung und Beschönigung nirgends mehr eine Chance.

*„Ökonomen überall auf der Welt sind sich zunehmend einig: Was in diesen Monaten stattfindet, ist die schwerste Finanzkrise seit achtzig Jahren – verbunden mit einem konjunkturellen Einbruch in den Industriestaaten, der laut Internationalem Währungsfonds im nächsten Jahr so schlimm ausfallen wird wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.“ (SZ 14.11.2008)*

Wie wird die Krise gedeutet? „Die Finanzkrise ist kein Betriebsunfall, verursacht durch menschliches Versagen, sondern eine systemische Krise der globalen Weltwirtschaft“, diagnostiziert ein FTD-Gastkommentar (12.11.2008). Ob sich die tiefgreifenden Funktionsstörungen des Finanzmarktes und ihre depressiven realwirtschaftlichen Folgen als „systemische Krise“ kennzeichnen lassen, also ihre Ursachen im Wirtschaftssystem haben – wahlweise Marktwirtschaft oder Kapitalismus genannt – diese Frage schwingt ausgesprochen oder unausgesprochen in dieser Phase oft mit. Zugespitzt lautet das Gegensatzpaar: „Zur Finanzkrise kam es, weil die Prinzipien der Marktwirtschaft verletzt wurden“ (FAZ, 4.2.2009). Kontra: Zur Finanzkrise kam es, weil die Prinzipien der Marktwirtschaft unbremst praktiziert wurden. Diese Verwendung des Adjektivs systemisch bezieht sich hier auf das Wirtschaftssystem insgesamt. Ein anderer Gebrauch desselben Adjektivs betrifft das Finanzsystem, wenn etwa gesagt wird, eine bestimmte Bank sei „systemisch wichtig“, also für das Funktionieren des Finanzmarktes unverzichtbar.

Die Krise als systemisch zu diagnostizieren bedeutet, sie als ein Resultat des normalen Funktionierens der (freien) Marktwirtschaft aufzufassen. Ihren systemischen Charakter zu bestreiten heißt, auf vermeidbare Fehler wirtschaftlicher und/oder politischer Akteure oder auf unvorhersehbare zufällige Störeinflüsse zu verweisen. Diese Kontroverse wird in den untersuchten Medien nicht diskursiv, sondern eher über Seitenhiebe ausgetragen. Konkret inhaltlich erörtert und argumentativ beantwortet wird sie nicht, aber Standpunkte sind erkennbar. Eindeutig positioniert sind in dieser Frage FAZ und HB, sie weisen jede systemisch angelegte Kritik zurück, hier zum Beispiel das HB:

*„Wir Deutschen können in diesen Tagen eine unserer hervorstechendsten Nationaleigenschaften ausleben: unseren Hang zum Grundsätzlichen und zur Verwandlung von praktischen Problemen in moralische Kardinalfragen... retten sollte man den Kapitalismus nur vor einem: seinen plattesten Kritikern in Deutschland.“*  
(HB 22.9.2008)

*„Die Welt befindet sich in einer Finanzkrise, nicht in einer Kapitalismuskrise. Die Demonstranten nehmen den G20-Gipfel in London zum Anlass, den Kapitalismus zu brandmarken. Doch man sollte sich daran erinnern, dass nicht die freien Märkte und der freie Handel den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schlamassel ausgelöst haben. Eigentlich Schuld daran ist das verzerrte Finanzwesen.“* (HB 2.4.2009)

SZ, FTD und TAZ gehen von Fall zu Fall durchaus unterschiedlich mit der ‚Systemfrage‘ um. Einmal wird sie unausgesprochen ignoriert, häufiger schwebt sie nur im Hintergrund, ein anderes Mal wird sie offensiv angesprochen, wie in diesen zwei Fällen, bei welchen es sich im ersten um einen Gastbeitrag und im zweiten um einen redaktionellen Kommentar handelt:

*„Die Annahme, dass die Globalisierung den anglo-amerikanischen Kapitalismus befeuern müsse, ist ein verbreiteter Irrglaube. Er konnte blühen, solange der Boom dauerte. Risse bekam der globale Markt aber schon früher, etwa durch die Krise in Südasien 1997 oder den Kollaps des Hedgefonds Long Term Capital Management 1999/2000, nachdem Russland bei der Schuldentilgung in Verzug geraten war. Diese Warnsignale wurden ignoriert oder als unbedeutend abgetan, solange die Auswirkungen auf das amerikanische Finanzsystem eingedämmt werden konnten. Die Ereignisse der vergangenen Monate haben nun den Anspruch des ungezügelter Finanzkapitalismus, ein Universalmodell wirtschaftlicher Entwicklung zu sein, zertrümmert. Es wird natürlich immer jemanden geben, der die Ansicht vertritt, dass freie Märkte ja gar nie richtig erprobt wurden, genau wie es immer noch Menschen gibt, die behaupten, der Kommunismus hätte nie eine faire Chance gehabt. Aber es ist eine Tatsache, dass die Idee vom freien Markt diskreditiert ist.“* (SZ 2.4.2009)

*„Es liegt in der Natur des Kapitalismus, dass er sich gerade in seinen Krisen bewährt. Die Anpassungsprozesse sind hart und schmerzlich, bieten aber immer die Chance auf Besserung – das macht den Wert dieses Wirtschaftssystems aus, das keine erfolgreichere Alternative kennt.“* (SZ 3.4.2009)

Nirgendwo werden die Systemfrage und die Gier-Klage miteinander in Beziehung gebracht. Dass moralisch zu verurteilende Verhaltensweisen „systemgetrieben“ sein könnten, weil die Akteure in bestimmten Funktionen sich eben „gierig“ verhalten müssen oder diese Funktion aufgeben müssen, wenn sie es nicht tun, dass die Gierigen also zugleich die Getriebenen sein könnten, kommt als Analysedimension nicht vor. Wo die Gier-Klage geführt wird, richtet sie sich allein gegen persönliches Fehlverhalten. Aber keines der fünf untersuchten Printmedien reduziert seine Krisendeutung auf die Banal-Fassung, alles hätten die Gier und die Exzesse Einzelner verursacht, seien es große Manager, die immer noch ein paar Millionen mehr, seien es kleine Leute, die ein paar Quadratmeter Wohnraum ihr Eigen nennen wollten. Anklängen an dieses eindimensionale, fast primitive Erklärungsmuster, das in Teilen der Politik und der Boulevardmedien häufiger kommuniziert wurde, begegnet man am ehesten in der SZ.

*„Gewinnstreben treibt Manager, Profiinvestoren und Kleinanleger gleichermaßen. Bei denen da oben nennen wir es Gier; bei uns hier unten bricht Empörung aus, wenn das zuvor hochverzinsten Geld plötzlich weg ist, weil Lehman pleite und Island kurz davor ist. Doch Moral und Weitsicht lassen sich nicht staatlich verordnen. Vom Bankchef bis zum Kleinanleger müssen Menschen wieder lernen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen Finanz- und Realwirtschaft, zwischen Risiko und Rendite.“ (SZ 15.11.2008)*

Auch das Gegenstück, ein soziologisch-abstraktes Interpretationsangebot, steht – allerdings als Einzelfundstück – im SZ-Wirtschaftsteil unter der Überschrift „Kollaps aus dem Nichts“:

*„Das ist die Botschaft aus der Finanzwelt: Eine moderne Zivilisation muss gar nicht wegen der üblichen Katastrophen-Szenarien in die Knie gehen – Klimawandel, Atomkrieg oder Pandemie. Allein die wachsende Komplexität moderner Gesellschaften ist ein Sicherheitsrisiko, warnen Systemtheoretiker, Historiker und Ökonomen. Die Vernetzung und zunehmende Abhängigkeiten in modernen Gesellschaften führen dazu, dass die Folgen von Entscheidungen unabsehbar werden und – so wie bei der Finanzkrise – lokale Probleme schnell zum globalen Desaster anwachsen.“ (17.9. 2008)*

Die SZ hat (im November/Dezember 2008) in einer großen Serie über den „Kapitalismus in der Krise“, deren Beiträge außerhalb unserer Auswertungszeiträume erschienen, viel Deutungsarbeit geleistet. Zusammenhänge und Strukturprobleme zu beschreiben, darum bemühen sich – auf unserer Materialbasis – die FTD und die TAZ am intensivsten. Um es an einem Beispiel zu zeigen, was es heißt, im Mainstream mit zu schwimmen oder auf eigenständige Analyse zu setzen: Die „konsumwütigen Amerikaner“ (SZ 11.2.2009) waren schnell als Täter ausgemacht.

*„Die USA hatten über Jahre hinweg ungeheure Mengen an Dollar in den Markt gepumpt. Zu viel Geld macht leichtsinnig, es befeuerte die Hasardeure in den Banken und an den Börsen, bald kannte die Gier keine Grenzen mehr... Jahrelang haben die Amerikaner über ihre Verhältnisse und auf Kosten der globalen Mitbewerber gelebt. Sie dopten sich geradezu und wurden süchtig. Als aber der Nachschub stockte, kam die Krise. Nun muss die Welt auf Entzug.“ (SZ 3.4.2009)*

Zu dieser Deutung eröffnet die FTD, die sich sehr viel stärker für weltwirtschaftliche Zusammenhänge interessiert, die Gegenperspektive und kritisiert (als Parallele zur Großen Depression):

*„... dass es auch jetzt große Wirtschaftsmächte gibt, die sich (bewusst oder unbewusst) über die Konkurrenz zu sanieren versucht haben. Dazu zählen die Chinesen, die ihre Währung trotz gigantischer Exportüberschüsse und zeitweise sinkender Preise im Inland an den (immer billigeren) Dollar gebunden hielten – obwohl Chinas Währung nach Marktlogik längst drastisch hätte aufwerten müssen. Dazu zählen auch die Deutschen, die auf eine andere Billigstrategie setzten: die eigenen Kosten stärker zu bremsen als die Konkurrenz. Mit dem Ergebnis, dass die Deutschen jetzt 200 Mrd. mehr exportieren, als sie bei anderen kaufen. Und dass es selbst im Euro-Raum beängstigende Ungleichgewichte gibt. Dem deutschen Leistungsbilanzüberschuss von knapp acht Prozent der Wirtschaftsleistung stehen Defizite von acht Prozent in Spanien, zehn in Portugal und 15 Prozent in Griechenland entgegen. Germany dankt. In Frankreich hat sich der Überschuss von 2002 in ein Rekorddefizit von fast 70 Mrd. 2008 verwandelt, ähnliches gilt für Italien.“ (FTD 14.11.2008)*

In beiden Fällen handelt es sich nicht um zufällige Zitate, sondern um wiederkehrende Argumentationslinien der jeweiligen Blätter. So steht in einem FTD-Leitartikel zum Londoner G20-Gipfel:

*Am Anfang aller wirtschaftspolitischen Koordination muss in London die simple Erkenntnis stehen, dass Sparen und Verschulden, Überschüsse und Defizite stets zwei Seiten desselben Geschäfts sind. Die gewaltigen deutschen,*

*chinesischen und japanischen Exporterfolge der vergangenen Jahre waren eben nur möglich, weil andere Länder sehr viel konsum- und investitionsfreudiger waren und dafür auch die entsprechend großen außenwirtschaftlichen Defizite hinnahmen. Die deutsche Position, dass künftig alle Welt bescheidener werden soll, während man selbst darauf warten will, dass die internationale Nachfrage wieder kraftvoll anspringt, wirft die Frage auf, welche Milchmädchen eigentlich im Kanzleramt werkeln. Wird tatsächlich überall gespart, dann ist es mit dem deutschen Exportboom auf längere Zeit vorbei.“ (FTD 2.4.2009)*

Zum vollständigen Bild der FTD gehört freilich, dass sie zwei Jahre vorher unter der Überschrift „Globale Ungleichgewichte haben ihren Schrecken verloren“ ausführlich erläutert hat:

*„Schon auf dem Jahrestreffen von IWF und Weltbank in Singapur im Herbst 2006 war zu spüren, dass das Problem der Ungleichgewichte an Dringlichkeit verloren hat.“ Es zeichne sich ab, „dass die Debatte über die globalen Ungleichgewichte ihren Höhepunkt hinter sich hat. Ökonomen wie die Experten der Investmentbank JP Morgan bezeichnen die jüngste Entwicklung in der Weltwirtschaft sogar schon als ‚global rebalancing‘ – als Phase, in der die Welt wieder ins Gleichgewicht gerät. Die Industrieländerorganisation OECD in Paris spricht in ihrem neuen Wirtschaftsausblick von einem ‚Übergang zu einem neuen Gleichgewicht‘.“ (FTD 31.5.2007)*

Auch das HB thematisiert das globale Ungleichgewicht als Krisenursache.

*„Wenn Amerikanern, Europäern und Asiaten tatsächlich daran liegt, den Ursachen nachzuspüren, die zu dieser Krise geführt haben, dann müssen sie die globalen Verwerfungen korrigieren. Chronische Defizitländer – wie die USA – dürfen nicht weiter über ihre Verhältnisse leben, traditionelle Überschussstaaten – wie China und Deutschland – müssen mehr tun, um die Nachfrage anzukurbeln. Das wird nicht ad hoc geschehen. Aber wenn das Thema in London nicht auf die Agenda rückt, dann ist zu befürchten, dass sich dieser Gipfel darin erschöpft, Symptome zu kurieren.“ (HB 2.4.2009)*

In der FAZ kommt das Problem ebenfalls vor, aber Deutschland wird nicht einbezogen.

*„Im Kern geht es um folgende Einzelpunkte: Die Welt leidet an einem makroökonomischen Ungleichgewicht zwischen der Verschuldung und dem Konsum Amerikas und dem Export Chinas, das seine Ersparnisse wiederum in Dollar anlegt. Dies übt Druck auf das amerikanische Renditeniveau aus und legt den Grundstein für weitere Verschuldung, vor allem, wenn die Federal Reserve über Jahre eine zu expansive Geldpolitik fährt.“ (FAZ 31.3.2009)*

Die weitergehende Frage, wie sie vor allem auch von den Gewerkschaften gestellt wird, ob und wieweit Verteilungsgerechtigkeit, damit das Entstehen von immensem privatem Reichtum, eine notwendige Bedingung der Möglichkeit riesiger Spekulationsgeschäfte bildet, wird nur in der FTD aufgeworfen und in der TAZ gestreift.

*„In keinem der Dokumente [des Londoner G20-Gipfels] wird als wesentliche Ursache der Krise die unglaubliche Aufblähung des Finanzsektors benannt. Der Grund für diese historisch wohl einmalige Blasenbildung wird mit der von Ben Bernanke stammenden Kurzformel der weltweit hohen Sparquote verharmlost. Richtiger wäre es, von einer weltweit auseinanderklaffenden Einkommensverteilung zu sprechen.“ (FTD 31.3.2009) [Bernanke ist seit Februar 2006 als Nachfolger von Greenspan Chef der US-Notenbank]*

Im Gespräch mit dem französischen Ökonomeprofessor Jean-Paul Fitoussi macht die FTD diese Erklärungsdimension noch einmal stark.

*„Der wahre Krisenauslöser sei die ungleiche Verteilung der Einkommen. Sie sei verantwortlich für die Entstehung von Blasen in der Finanzwelt... Das Problem sei entstanden, weil es mehr als zweieinhalb Jahrzehnte eine Umverteilung der Einkommen von unten nach oben gab. Damit hätten gerade jene mehr Geld gehabt, die angesichts der Höhe ihrer Einkommen nur einen relativ kleinen Betrag ausgeben und einen hohen Teil zurücklegen. Mit diesen Ersparnissen hätten sie Vermögenswerte gekauft. „Diese Umverteilung nach oben war weltweit ein tief greifendes Phänomen. Hier liegt die Wurzel der heutigen Krise, nicht in der Finanzwelt“, sagte der Forscher.“ (FTD 6.4.2009)*

Dieses Deutungsmuster, das in Gewerkschaften und in der politischen Linken einen besonders hohen Stellenwert hat, wird in allen Qualitätszeitungen, auch in der TAZ, sogar auf dem Höhepunkt der Krisenbeschreibungen nur am Rande erwähnt.

### **Markt- oder Staatsversagen?**

Als ein entfernter Verwandter der Systemfrage entzündet sich die Links-Rechts-Differenz in der politischen Kommunikation bevorzugt an der Konfliktlinie Markt oder Staat. Es handelt sich hier um ein aus vielen Politikfeldern bekanntes, sofort abrufbares Interpretationsmuster, das auch für die Krisendarstellung einen besonders häufig genutzten Deutungsrahmen abgibt. Innerhalb dieses Rahmens stellt sich nicht nur die Alternative Markt- oder Staatsversagen. Auch die Kontroverse, inwiefern der Staat versagt – weil er zu wenig oder zuviel interveniert – wird hier ausgetragen. In der „Schuldfrage“ sitzt die Politik insofern in einer Schuldfrage, als sie in der ‚linken‘ Krisendarstellung zu viele Marktfreiheiten zugelassen und in der konservativ-liberalen Auffassung zu viele Eingriffe sich geleistet hat. Schuld trägt die Politik also in jedem Fall.

*„Die Finanzmärkte hatten eine mörderische Dynamik entfaltet – auch weil die Politiker zu sehr auf deren Selbstregulierung gebaut hatten.“ (SZ 17.11.2008)*

*„Vor allem in den USA und Großbritannien wurden die Investmentbanken von der Politik regelrecht hofiert. Die Bush-Regierung in Washington und New Labour in London schmückten sich mit der Nähe zu den erfolgreichen Geldhäusern und halfen ihnen, indem sie es mit der Bankenregulierung nicht übertrieben. Schließlich lieferte die Investmentbranche auch reichlich Steuer- und Parteispendingelder. Wie diese immer komplizierteren Märkte funktionierten, hatte in der Politik jedoch kaum einer verstanden. Allzu leichtfertig legten viele Regierungen damit ihre Aufsichtspflicht an den imposanten Garderoben der großen Banktürme ab.“ (FTD 16.9.2008)*

*„Unzureichende und falsche staatliche Regulierung hat maßgeblich zur Finanzmarktkrise beigetragen.“ (FAZ 27.3.2009)*

*„Ohne die – staatlich wohlwollend begleitete – großzügige Kreditvergabe traditioneller Banken wären die das System heute erschütternden Kreditpyramiden niemals entstanden.“ (FAZ 30.3.2009)*

Der Ausbruch der Finanzkrise hat zunächst Rechtfertigungsdruck bei denjenigen hervorgerufen, die möglichst große Finanzmarkt-Freiheiten postuliert und durchgesetzt haben. Das kräftige Sowohl-als-auch, das die FAZ in einem Leitartikel vom November 2009 zur Frage Markt- oder Staatsversagen formuliert, repräsentiert von daher eine Argumentationslinie, die sich schützend vor die Marktwirtschaft stellt.

*„Aus guten Gründen ist kaum ein Wirtschaftsbereich so stark reguliert wie der Finanzmarkt, wo Gesetze, Börsenverordnungen, staatliche Notenbanken und amtliche Aufseher die Geschäfte regeln, überwachen und auch selbst betreiben. Doch das Versagen der Aufsicht und der Notenbanken wird verschwiegen. Als politisch korrekt gilt, das Marktversagen zu geißeln und das Versagen des Staates auszusparen. Dabei waren es amerikanische Politiker, die den Traum vom Eigenheim für jedermann zum Regierungsprogramm erhoben und – über staatliche Hypotheken-*



banken und mit Zinsen unter der Inflationsrate durch die Notenbank- auch für die Finanzierung sorgen... In dem stürmisch gewachsenen, unregulierten Geschäft mit Kreditderivaten, das nicht über Börsen organisiert, sondern zwischen Banken abgewickelt wird, hat die Selbstregulierung der Märkte nicht funktioniert. Dazu haben falsche Anreizsysteme in den Investmentbanken maßgeblich beigetragen. Auf der kollektiven Jagd nach höheren Renditen machten hohe Gewinnchancen viele Händler blind für das Risiko; mögliche Verluste mussten sie ja nicht tragen. Hier haben Aufsichtsräte und Vorstände vieler Banken versagt. Das gilt auch für die Verletzung goldener Bankregeln. Bankmanager haben mit viel zu hohen Kredithebeln und gefährlich niedrigen Eigenkapitalpuffern hantiert. Kurzum: In der schwersten Finanzkrise seit 1929 mischen sich Staats- und Marktversagen.“ (FAZ 15.11.2008)

Im HB, in der FAZ und der SZ wird immer wieder ein Zusammenhang zwischen Staatsversagen und Finanzkrise hergestellt – unüberlesbar als Abwehr einer Alleinschuld des Marktes. Der andere Versuch, den Markt zu entlasten, läuft über das Argument, die Selbstheilungskräfte des Marktes seien außer Kraft gesetzt worden, weil sich einige Leute am Marktsystem versündigt hätten. Der Imagewandel vom fein betuchten zum verfluchten Geldmanager wird in allen Medien behandelt – teils mit Schadenfreude:

„Endlich erwischt es die globalen Supermänner, die Taktschläger der weltweiten Finanzmärkte auch einmal persönlich... Erleichterung findet sich, zumindest zwischen den Zeilen, selbst bei den hartgesottensten Pro-Business-Medien. Erleichterung darüber, dass es noch ein Quäntchen Gerechtigkeit gibt...“ (TAZ 19.9.2008)

„Die Finanzkrise ist ein innerer Reichsparteitag für so manchen, der auf den Rat eines Investmentbankers in den vergangenen Jahren seinen Job verloren hat... Plötzlich sind es die Vertreter dieser einst scheinbar unfehlbaren Spezies, die mit einem Karton voll Habseligkeiten aus ihrem Büro schleichen.“ (FTD 16.9.2009)

„Das Monster namens Finanzmarkt“ (HB 11.2.2009), eine Bezeichnung, die an erster Stelle von Bundespräsident Horst Köhler in die Debatte eingeführt worden ist, wird in allen fünf Printmedien einer ausführlichen und fundierten Kritik unterworfen. Hier, weil es für viele stehen kann, nur ein Beispiel:

„Die Finanzwelt ist auch deshalb aus den Fugen geraten, weil durch falsch konstruierte Vergütungssysteme ein weiteres Prinzip der Marktwirtschaft, die persönliche Haftung, missachtet wurde. Viele Banker maßen sich an den märchenhaften Gewinnen der Manager von unregulierten Hedgefonds. Um ihre auf kurzfristigen Gewinn fixierten Bonusprogramme auszulösen, gründeten die Bankmanager Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz, über die sie fragwürdige Geschäfte mit Kreditkettenbriefen abwickelten. Aus unerfindlichen Gründen schaute die Bankenaufsicht diesem Treiben zu, Wirtschaftsprüfer testierten alles, und Ratingagenturen warben mit Bestnoten für den Verkauf solcher Papiere... Banken dürfen nicht noch einmal das Finanzsystem an den Abgrund führen und nicht wieder auf Staatshilfe spekulieren.“ (FAZ 2.4.2009)

Für die TAZ ist schon deutlich früher klar „Neue Regeln braucht der Markt“:

„Wie kann ein Multibillionen-Dollar-Markt für Versicherungen jahrelang unkontrolliert global wuchern, während auf nationaler Ebene jede Versicherungsleistung einer strengen Aufsicht untersteht? Der Flächenbrand auf den Finanzmärkten wird sich weiter ausbreiten. Eindämmen lässt er sich nur, wenn das gesamte System der Finanzaufsicht auf den Prüfstand kommt.“ (TAZ 17.9.2008)

Unter den Ursachenbeschreibungen fällt eine aus dem Rahmen, die in der FTD publiziert und in anderen Medien vielleicht auch deshalb nicht ‚viel stärker in den Mittelpunkt gerückt‘ wird, weil sie ein wenig an die Logik erinnert, dass der Grund für Flugzeugabstürze die Erfindung des Flugzeugs sei.

*„Hemmungslose Gier, hyperaktive staatliche Deregulierung, passive staatliche Aufsicht, eine falsche globale Verteilung von Angebot und Nachfrage – das sind die Phänomene, die als Ursachen für diese Weltwirtschaftskrise am häufigsten genannt werden. Es gibt eine andere Lesart, die in der Diskussion bisher nur gestreift wird und es verdient, viel stärker in den Mittelpunkt gerückt zu werden: Was der Welt widerfährt, ist primär Folge der Unterschätzung und mangelnden Beherrschung der technologischen Revolution. Die Spekulationsorgie, der die Finanzwelt in den vergangenen Jahren frönte und deren Big-Bang-Ende jetzt eine Wohlstandsvernichtung seltenen Ausmaßes zur Folge hat, wäre nicht möglich gewesen ohne den vorhergehenden Big Bang in der Informationstechnologie. Erst Entwicklungen in der IT haben die Spekulationsmodelle möglich gemacht, die auf statistischen Durchschnittswerten beruhen. Die Komplexität dieser Modelle übertraf das Fassungs- und Urteilsvermögen der Führungsetagen der Banken. Und mit ihrer Hebelwirkung konnten sie sowohl gigantische Profite wie gigantischere Verluste erzeugen. Sowohl Deregulierung als auch weltweite makroökonomische Ungleichgewichte haben ihr zerstörerisches Potenzial erst dank der IT voll entfalten können.“ (FTD 12.2.2009)*

Zusammenfassend ist über die Deutungsmuster der Krise zu sagen: Die Vielseitigkeit der Kriseninterpretationen wird abgebildet, die unterschiedlichen Schuldzuschreibungen – an den Staat, an die Nationalbanken, an die USA, weil sie über ihren Verhältnissen, an China, auch an Deutschland, weil sie unter ihren Verhältnissen konsumieren, an die Fondsmanager, an die Analysten, an die Aufsichtsbehörden des Finanzmarktes, an eine Politik, die Umverteilung von unten nach oben fördert, an die IT-Technik... – tauchen alle auf, die einen häufiger, andere seltener. Was weitgehend unterbleibt, ist die argumentative Auseinandersetzung. Eine Diskussion der Erklärungskraft, der Reichweite der einzelnen Deutungen findet kaum statt und wird von den Redaktionen auch nur sehr vereinzelt angestoßen.

### **Die heiß diskutierte Rolle des Staates als Krisenmanager**

Die Redaktionen lassen sich fesseln von der Frage, ob und wie der Staat die Rolle eines Krisenmanagers ausfüllen soll. Es entsteht teilweise der Eindruck, nicht die Wertverluste, nicht einmal die Funktionsdefizite des Finanzmarktes und deren realwirtschaftliche Folgen seien das herausragende Problem der Krise, sondern vielmehr der Bedeutungszuwachs des Staates. Ob, wie und wann der Staat wieder den Rückzug antritt, wird jedenfalls stärker erörtert als zum Beispiel die Frage, wie die Folgekosten der Krise verteilt werden. Ob der Staat zu präsent und mächtig wird, bereitet den Redaktionen eindeutig mehr Kopfzerbrechen als die Frage ‚wer die Zeche zahlt‘. Die Antwort darauf läuft in einer Art Sachzwanglogik nebenbei in dem Sinne mit, dass eine hohe Staatsverschuldung irgendwann notwendigerweise zur Kürzung von Sozialleistungen führe.

*„Dieselben Medien, die noch vor kurzem massiv vor staatlichen Eingriffen warnten, Deregulierung als bestes Mittel für eine prosperierende Wirtschaft priesen, bejubelten Politiker jetzt als tatkräftige Helden, mutige Retter in der Not.“ (13. Mainzer Mediendisput o.J., 53) Diese Beschreibung trifft für die von uns untersuchten Medien nicht zu. Ordnungspolitische Skrupel, Skepsis über die Wirkungen des staatlichen Krisenmanagements und Befürchtungen, der Staat mache sich im Finanzmarkt zu sehr breit, tauchen häufig auf, ein Lob für Tatkraft und Mut hingegen ist nicht zu lesen.*

*„Ohne den Staat geht es nicht, für eine ordnungspolitisch saubere Lösung ist es längst zu spät. Zu viel steht auf dem Spiel, zu weit haben sich Notenbanker und Politiker bereits in den Morast staatlicher Interventionen begeben... Der ordnungspolitische Preis für einen derart massiven Staatseingriff [Lehman Brothers zu retten] wäre hoch. Müsste sich die Finanzbranche doch darauf gefasst machen, dass die staatlichen Aufseher ein erhebliches Wort bei der künftigen Ausgestaltung ihrer Märkte und Produkte mitreden würden. Doch ein Ende der Finanzkrise mit Schrecken ist allemal besser als ein Schrecken ohne Ende.“ (HB 15.9.2008)*

„Die Entscheidung, AIG nicht untergehen zu lassen, war richtig. Ohne den staatlichen Rettungseinsatz in letzter Minute wäre es vermutlich zu einer Kernschmelze des Weltfinanzsystems gekommen. Der neuerliche Staatseingriff ist zwar ein ordnungspolitischer Sündenfall...“ (HB 18.9.2008)

„Jeder der Ad-hoc-Eingriffe der US-Regierung für sich mag so zu rechtfertigen sein: die Rettung von Bear Stearns, Freddie Mac, Fannie Mae und AIG sowie des 700-Milliarden-Dollar-Fonds, an den Banken künftig womöglich faule Kredite loswerden können. Doch die Interventionen werfen Fragen auf: Warum wurde AIG gerettet und Lehman nicht? Warum kann man künftig gegen gebeutelte Autokonzerne wetten, gegen Banken aber nicht? Welche faulen Kredite dürfen US-Banken abgeben und welche nicht? Wie sehr wird der Wettbewerb dadurch verzerrt, dass amerikanische Institute ihre Lasten abwerfen dürfen, die Banken vieler anderer Länder aber nicht? Das Geschehen an den Börsen wird durch die Serie staatlicher Eingriffe dermaßen verzerrt, dass die Finanzmärkte diesen Namen kaum noch verdienen. An den Börsen regiert Willkür.“ (SZ 22.9.2008)

Einerseits wird anerkannt: „Die staatlichen Finanzspritzen und Kreditgarantien für die angeschlagenen Banken haben das Finanzsystem vor einem Kollaps bewahrt.“ (HB 14.11.2008) Andererseits wird dem Misstrauen gegenüber der Politik in den Wirtschaftsredaktionen breiter Raum gegeben sowohl im Zusammenhang mit den Rettungsaktionen im Finanzsystem wie diese beiden Zitate zeigen:

„Die Aufgabe des Staates ist es, den Ordnungsrahmen für die internationalen Finanzmärkte neu zu gestalten, damit diese funktionieren. Doch Politiker unterliegen schnell der Versuchung, sich als Retter in Szene zu setzen, nach dem Staat zu rufen, um ihre eigene Macht zu mehren. Bis das Scheitern ihres Unterfangens evident wird, sind sie schon von der politischen Bühne abgetreten. Sie haben aber den Keim für die neue Krise gelegt, da Banken im Vertrauen auf neue Rettungsaktionen wieder hohe Risiken eingehen.“ (FAZ 27.3.2009)

„Amerikanische Banken werden zum Spielball von Politikern“: „Derzeit zeichnet sich aber zumindest in den USA ab, dass selbst das klassische Tagesgeschäft der Kreditinstitute dauerhaft zum Spielball von Politikern wird... Es geht vor allem um die alltägliche Kreditvergabe. Politiker gerieren sich zunehmend als Obersachbearbeiter. Eine Entwicklung, die die Neuentstehung eines gesunden, möglichst an effektiver Kapitalverwendung orientierten Wirtschaftssystems bremst oder sogar verhindert.“ (HB 9.2.2009)

Raum wird dem Misstrauen auch gegeben gegenüber den Programmen und Paketen des Staates, die Wirtschaftswachstum befördern und Arbeitsplätze erhalten sollen. Dazu drei repräsentative Zitate:

„Es ist schon erstaunlich, wie rasch viele Unternehmen und Verbände sich daran gewöhnen, dass der Staat ihnen hilft. Es fällt kaum mehr auf, dass die private Wirtschaft völlig enthemmt nach staatlichen Hilfen in Form von Garantien, Krediten oder direkten Subventionen schreit – von den Banken über die Autobauer oder die Chiphersteller bis hin zur Luftfahrtindustrie... Es ist richtig, dass der Staat dem beispiellosen wirtschaftlichen Einbruch nicht tatenlos zuschaut. Aber er sollte jetzt schon überlegen, wie er sich von dieser Rolle wieder lösen kann. Wenn die staatliche Super-Nanny immer einspringt, sobald private Unternehmer nicht mehr weiterwissen, dann lebt es sich völlig ungeniert. Wenn der Staat nicht so rasch wie möglich wieder eine gesunde Distanz zur privaten Wirtschaft findet, droht eine langfristig gefährliche Vergiftung der unternehmerischen Moral.“ (HB 10.2.2009)

„Einen negativen Effekt hat der staatliche Superkraftakt [in den USA] bereits jetzt: Da die Regierung so dominant wirkt, sind alle anderen Beteiligten nahezu erstarrt. Sie unternehmen nichts, solange sie nicht wissen, was der Staat tatsächlich vorhat. Mit einem funktionierenden Markt hat das nur noch wenig zu tun.“ (HB 11.2.2009)

*„Die Stabilisierung des Finanzsystems ist eine unentbehrliche Voraussetzung für eine Erholung der Wirtschaft. Es ist Obama zu wünschen, dass dies schnell gelingt. Das Konjunkturpaket aber läuft dort, wo es über Steuersenkungen hinausreicht, vielfach auf eine große Verschwendung auf Kosten der Steuerzahler hinaus.“ (FAZ 13.2.2009)*

Es ist richtig, aber es ist auch falsch. Um die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes zu retten und um die Rezessionsfolgen zu begrenzen, wird die staatliche Intervention einerseits als unverzichtbar dargestellt, andererseits werden ihr starke negative Wirkungen zugeschrieben. Die zwei Seelen in der wirtschaftsjournalistischen Brust können keinen Frieden miteinander schließen. Die Leserinnen und Leser werden zu Zeugen der inneren Fehde, in die sich der Wirtschaftsjournalismus verheddert, ohne dass ihnen irgendein Angebot für einen rationalen Umgang mit der Ausweglosigkeit gemacht wird. Darin spiegelt sich unseres Erachtens mehr als ein journalistisches Defizit, nämlich eine gesellschaftspolitisch ausweglose Perspektive, die nur noch die Wahl zwischen zwei Übeln eröffnet. Zu kritisieren ist nicht, dass auch der Wirtschaftsjournalismus in diesem Dilemma gefangen ist, sondern dass er kein Problem daraus macht, dass er das Dilemma nicht reflektiert.

### **Der Informationsbasar und der Verzicht auf Reflexion**

Aber nicht nur auf der Ebene der Interpretation, auch auf der Ebene der Information ist die journalistische Orientierungsleistung defizitär. Die Vielfalt der Ereignisse, hervorgerufen durch die Krise, führt zu einer Nachrichtenfülle, deren Wiedergabe zu einer Art Informationswühltisch für das Publikum wird. Leserinnen und Leser, die präzise wissen, wonach sie suchen, haben gute Erfolgsaussichten. Der Teil des Publikums, der keinen genauen Auswahlkriterien folgt, hat schlechte Karten. Die einzelnen Nachrichten treten ihm entgegen wie Teile eines Puzzles, dessen Gesamtbild nie existiert hat, die also sowohl der Form als auch dem Bildausschnitt nach meist gar nicht oder nur zufällig zusammenpassen. Dieser Basar-Charakter des Informationsangebots dürfte unter den turbulenten Bedingungen einer globalen Krisensituation kaum zu vermeiden sein; gerade deshalb wäre von den Redaktionen zu erwarten, dass sie ihr Publikum damit nicht alleine lassen, und sei es nur, indem sie das Problem auch als ihr eigenes thematisieren, also einen Hauch von Reflexion anbieten.

Der Verzicht auf Reflexion scheint uns das auffälligste Charakteristikum der Krisenberichterstattung und –kommentierung zu sein. Wir sind weit davon entfernt, aus dieser Diagnose auf individuelles Versagen zu schließen. Ursachenforschung, die wir an dieser Stelle nicht betreiben, hat bei den Arbeitsbedingungen zu beginnen; diese werden sich allerdings nicht ändern, solange die Individuen sie nicht offensiv und kollektiv kritisieren. Der Verzicht auf Reflexion hat – zusammengefasst – mindestens vier Dimensionen:

1. Kein Politikjournalist käme auf die Idee, die Stellungnahmen politischer Akteure nur auf ihren sachlichen Sinn hin zu befragen. Relativierend wird stets der macht- und interessenpolitische Zusammenhang mitgedacht und spätestens in der Kommentierung angesprochen. Im Unterschied dazu haben die Wirtschaftsjournalisten die Einschätzungen von Wirtschafts- und Finanzakteuren weitgehend als Expertenaussagen stehen lassen. Dass solche Äußerungen Journalisten gegenüber nichts anderes als Öffentlichkeitsarbeit sind, getragen von dem Interesse, ein ganz bestimmtes – aus Sicht des Sprechers vorteilhaftes – Bild der Wirklichkeit zu erzeugen, wird sehr selten reflektiert, zumindest nicht kommuniziert. „Auf die vollmundigen Sprüche, die Topmanager wie Lehman-Chef Richard Fuld bis zum Schluss klopfen, ist längst kein Verlass mehr.“ (FTD 16.9.2008) Selbst unmittelbar nach dem Bankrott sind solche Sätze die Ausnahme. Und auch diese kritische Formulierung spiegelt noch, wie sehr man sich vorher offenbar darauf verlassen hat.
2. Dass eine Tageszeitung immer auch ein Stück weit ein Gemischtwarenladen für Informationen ist, gegliedert nach Ressorts, gehört zu ihrer Funktion. Wenn aber auch das einzelne Thema dem Publikum nur noch als bunte Fülle widerfährt und die Relevanz des einzelnen Beitrages nicht einmal mehr grob einschätzbar ist, sinkt der Informationswert drastisch. Das Entgleiten der Deutungskompetenz, die der Einzelinformation ihren Sinn gibt, ist keine Schande. Zum Problem wird es, wenn es nicht problematisiert wird, wenn einfach

- weiter berichtet wird, als ob alle Bescheid wüssten, obwohl in Wirklichkeit die Orientierung fehlt.
3. Um eine Neuorientierung zu gewinnen, muss das alte Sinngerüst abgebaut werden. Einen Deutungsrahmen in Frage zu stellen, führt zu einem Verlust an Sicherheit, weil ein Stück Weltbild in die Brüche geht – und nichts garantiert, dass so schnell adäquater Ersatz gefunden wird. Deshalb erscheint das Infragestellen zunächst nicht als Fortschritt, denn das Orientierungsdefizit ist damit noch nicht verschwunden, es tritt im Gegenteil offen zutage. Aber in dieser Öffnung liegt die (einzige) Chance, sich zu einem neuen, besseren Verständnis durchzuarbeiten. Das Festhalten an überkommenen Deutungsmustern, die den Ereignissen nicht mehr gerecht werden, wirkt hingegen wie eine Blockade für ein anderes Verständnis. Deshalb entpuppt sich der journalistische Reflexionsmangel als ein echtes Hindernis für die Gesellschaft zu lernen.
  4. Der Wirtschaftsjournalismus verliert seinem Publikum gegenüber kein Wort über seine Defizite der Vergangenheit. Als ob nichts gewesen wäre, präsentiert er sich Tag für Tag als ein Kommunikator, für den sich die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit noch nie gestellt hat.

### 3.3.3 Bewertung

„Viel Aufklärung, wenig Klarheit“ lautet die scheinbar widersprüchliche zusammenfassende Bewertung der Berichterstattung und Kommentierung in der offenen Krise. Ein wichtiges Kennzeichen ist dabei, dass alle fünf Zeitungen – wenn auch unterschiedlich gewichtete – Anteile an beiden Faktoren haben, an der Aufklärung wie an der Unklarheit. Nennenswerter als Unterschiede zwischen den Medien sind in dieser Phase zweifellos die positiven und negativen Gemeinsamkeiten.

Die Redaktionen haben die Herausforderung der „Jahrhundertkrise“ angenommen, handwerklich „bessere“, teilweise sogar „sehr gute“ Leistungen abgeliefert und auch inhaltlich insgesamt die Mindestexpectationen übertroffen. Sie haben für „viel Aufklärung“ gesorgt: In wünschenswerter Ausführlichkeit werden Instrumente und Mechanismen des Finanzmarktes erklärt, nationale, internationale und globale Gesichtspunkte aufgenommen. Die Medien veröffentlichen sowohl plurale Deutungsangebote im Originalton als auch eigene Analysen. Im Unterschied zu den Phasen „Vor der Krise“ und „In der Vorkrise“ ist der Journalismus mit Konstanz konzentriert am Thema und tief im Thema.

Kritisch festzuhalten, weil es für die Diagnose „wenig Klarheit“ verantwortlich ist, bleibt Dreierlei: Erstens lassen sich die Redaktionen – unterschiedlich stark – fesseln von der Frage, ob und wie der Staat die Rolle eines Krisenmanagers ausfüllen soll. Zweitens macht die krisenbedingte Ereignisvielfalt die Redaktionen – nicht alle gleichermaßen – zu Getriebenen: Ihre Nachrichtenproduktion tritt dem Publikum zeitweise nur noch als eine Art Informationswühltrieb entgegen. Drittens wird zwar die Vielseitigkeit der Kriseninterpretationen abgebildet, unterschiedlichste Schuldzuschreibungen kursieren; aber eine Diskussion der Erklärungskraft, der Reichweite der einzelnen Deutungen findet kaum statt. Auf einen kritischen Punkt gebracht vermitteln die Artikel ein journalistisches Bild, das Faktensammlerfleiß und Reflexionsfaulheit kennzeichnet.

Die positiven und negativen Gemeinsamkeiten sind, wie oben bereits festgestellt, in dieser Phase auffälliger als die Unterschiede zwischen den Medien. Die inhaltliche und handwerkliche Einzelbewertung der fünf Medien bedarf auch deshalb einer sehr differenzierten Abwägung, weil sich Stärken und Schwächen zwischen den Medien nicht eindeutig verteilen. Das zeigt sich daran, dass zum einen innerhalb der einzelnen Zeitung das Bewertungsspektrum breit gestreut und zum anderen die „Mindestexpectation“ unserer Skala bei allen die am häufigsten erfüllte Kategorie ist. Für diese Phase große Unterschiede zwischen den fünf Medien zu behaupten, hätte etwas Konstruiertes. Um es an einem Einzelfall zu demonstrieren: Die SZ ist oben wiederholt in negativen Kontexten zitiert worden, aber sie hat am 16. September 2008 auf ihrer Seite zwei den sensibelsten Text publiziert. Wo andere Medien einfach typische Muster der Berichterstattung erfüllen, blickt sie unter der Überschrift „Die Ruhe im Sturm“ hinter die Kulissen, ist sie dichter als die anderen an den Realitäten.

„Ein ‚Blutbad‘ nennt das der Mann vom Börsenfernsehen auf der Balustrade. Doch eine regelrechte Panik, die ist nicht ins Bild zu bringen, und wenn die Fernsehzuschauer in diesen Stunden und Tagen Händler sehen können, die die Hände vor dem Gesicht zusammenschlagen oder hektisch erschüttert sind, sollen sie es vielleicht nicht zu wichtig nehmen: Denn es könnte eine freundlich fürs Fernsehen aufgeführte Szene sein. Man mag das den hilfsbereiten Händlern und den Kollegen gar nicht zum Vorwurf machen, letztere wurden ja aus den Redaktionen in die Börse geschickt, weil es dort doch ganz sicher Bilder und Szenen des Grauens an diesem Tag geben müsste. Die Wahrheit ist, dass es diese Bilder jedenfalls an diesem Montag nicht gibt, und es wird sie vermutlich auch nicht geben, wenn alles noch viel schlimmer wird. Zu abstrakt ist die Finanzwelt, und zu vorgetäuscht ist die Wirklichkeit des Parketts. Denn in Wirklichkeit brauchte man diesen Handelssaal gar nicht, weil die Händler längst online mit den Banken verbunden sind. Wenn überhaupt, dann finden dort, in den Hochhäusern der Stadt, dramatische Szenen statt, wenn den Mitarbeitern dort klar wird, dass ihre Bonuszahlungen nicht mehr sicher sind, ihre Jobs auch nicht und vielleicht nicht einmal die ganze Bank. Das eigentliche Drama aber spielt sich im Stillen ab: zu Hause bei den Millionen Anlegern, denen das Vermögen unter den Fingern zerrinnt.“ (SZ 16.9.2008)

Wenn wir dennoch eine Rangliste der Phase P3 aufstellen, dann stehen alle fünf Zeitungen auf dem Siegerpodest und zwar gemeinsam auf dem dritten Platz, vorne die FTD, gefolgt von der TAZ und dahinter nebeneinander HB, SZ, und FAZ.

### 3.4 Phase P4 – Konsequenzen aus der Krise, 2009: Neuer Diskurs, alte Anpassung, gute Leistung

In der Phase P4 interessiert uns, wie die Frage nach den Konsequenzen aus der Finanzkrise von den Medien behandelt wird. Drei Untersuchungszeiträume liefern dafür das Material.

- Wir nehmen zum einen noch einmal die Artikel über den G20-Gipfel in London und werten sie jetzt unter dieser Fragestellung aus.
- Zum zweiten wählen wir den Zeitraum 11. bis 22. Juni, in dem US-Präsident Barack Obama sein Konzept für die Reform des Finanzmarktes verkündet hat.
- Zum dritten beziehen wir mit dem Auswertungszeitraum 19. bis 28. September den G20-Gipfel in Pittsburgh ein, der unmittelbar vor der Bundestagswahl stattfand.

Addiert ergeben sich 29 Untersuchungstage mit 135 Ausgaben der fünf Medien, aus welchen wir insgesamt 301 Artikel heraus gezogen haben, 105 kommentierende, 188 berichtende und zehn Interviews. Das ergibt eine Durchschnittsfrequenz von rund zehn Artikeln pro Tag, in der Hochphase der Krise waren es zwölf, im Zeitraum vor der Krise zwei und in der Phase der Vorkrise waren es vier. Schon diese einfachste Rechnung verrät etwas über die Veränderungen der journalistischen Aufmerksamkeit für das Thema.

#### Materialbasis Phase P4, Zeitungen\*

Medium	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Summe		
	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B	I	K	B
Anzahl Phase P4	1	17	52	1	26	26	4	23	51	2	24	38	2	15	19	10	105	188
	70			53			78			64			36			301		

\* I=Interviews, K=kommentierende Artikel, B=berichtende Artikel

#### 3.4.1 Quantitative Fundstücke

In der Phase P4 kommen in den Zeitungen erstmals die Begriffe „Regulierung“ und „Regeln“ unter den 25 meist gebrauchten vor. Auch „Kontrolle“, das im Gesamtkorpus der Zeitungen – also über den gesamten Zeitraum seit 1999 bis September 2009 mit seinen 16 von uns zur Auswertung ausgewählten Ereignissen – nur 138 Mal er-

scheint, hat (mit 66) rund die Hälfte seiner Nennungen in dieser Phase. Für einen Deutungswandel von „mehr Freiheit“ zu „mehr Kontrolle“ liefert die statistische Auswertung anschauliche Belege. Auch die „Chance“ die in der Wortwolke der Krise auftaucht, besteht vor allem darin, jetzt Regulierungsmaßnahmen durchzusetzen, die mit dem Auslaufen der Krise politisch vielleicht nicht mehr erreichbar sind. Darüber hinaus ist an der Wortwolke zu sehen, dass die Namenlosigkeit der Krise anhält.

Unter den Instrumenten zur Verhütung künftiger Finanzmarktkrisen steht, statistisch gesehen, die bessere Ausstattung der Banken mit Eigenkapital offensichtlich im Vordergrund. Das zeigt jedenfalls die Wortwolke um den Begriff „Banken“ an. Die herausgehobene Positionierung der Eigenschaftswörter „toxisch“ und „schärfere“ ist selbsterklärend.

Tabelle 11: Phase P4, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien\*

Begriff	FAZ			FTD			HB			SZ			TAZ			Ges.
	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	H	S	R	
BANKEN	193		1	83	-5	1	175		1	174		1	67		1	692
KRISE	127		2	80		2	111		3	113		2	34		2	465
Prozent	101		5	52		6	78		6	78		4	22		12	331
OBAMA	69		13	42		7	66		8	85	4	3	18		16	280
DEUTSCHLAND	72		12	59		3	53		12	61		9	23		7	268
BANK	49	-3	19	31		16	80	4	5	58		10	18		16	236
LONDON	100	7	6	22	-4	32	53		12	44		16	11		38	230
Dollar	117	14	3	10	-9	126	64		9	26	-6	42	10		46	227
WELT	77		9	29		17	28	-6	40	77	6	6	9		56	220
USA	2	-29	1150	56	4	4	74	4	7	64		8	23		7	219
Euro	49		19	10	-9	126	91	9	4	44		16	23		7	217
STAATEN	83	4	8	37		8	37	-3	25	51		12	7	-3	85	215
MERKEL	60		16	33		13	49		15	36		24	32	5	3	210
HEDGEFONDS	107	13	4	33		13	32	-4	33	17	-8	87	17		18	206
Jahr	58		17	34		11	45		18	51		12	12		31	200
PITTSBURGH	34	-4	36	28		19	24	-5	52	78	9	4	26	3	5	190
Milliarden	84	7	7	9	-7	151	7	-15	321	65	5	7	23		7	188
LÄNDER	65		14	37		8	47		16	29		29	7		85	185
Mrd	0		3305	53	5	5	130	40	2	0		2947	0		997	183
FINANZKRISE	48		21	29		17	38		22	44		16	23		7	182
REGIERUNG	48		21	20		37	53		12	44		16	12		31	177
REGULIERUNG	73	6	10	20		37	38		22	18	-5	77	20		14	169
ENDE	38		33	28		19	46		17	29		29	14		23	155
REGELN	44		25	24		28	19	-5	75	58	6	10	9		56	154
TREFFEN	46		23	28		19	25		50	40		22	14		23	153

\* absolute Häufigkeit [=H], Spezifität [=S], Rang [=R]

Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Bedeutungspotential für unsere Zwecke.

Abbildung 5: Phase P4, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Krise als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:  
Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Krise* verknüpft.

Abbildung 6: Phase P4, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Banken als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:  
Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Banken* verknüpft.



### 3.4.2 Qualitative Untersuchung Mindesterwartungen und Bewertungsskala der Phase P4

Als Mindestexpectation an die Berichterstattung und Kommentierung, die sich den Konsequenzen aus der Finanzkrise widmen, sehen wir inhaltlich eine ausführliche Darstellung der gesellschaftlich diskutierten Antworten auf die Krise mit Übernahme des eindeutigen Schwerpunkts Regulierung. Geleistet werden muss dabei auch die Erläuterung der Instrumente, die zur Debatte stehen. Wie schon bei der Auseinandersetzung mit den Ursachen der Krise kommt es auch bei den Konsequenzen darauf an, Pluralität zuzulassen und Engführungen zu vermeiden, sowohl was das Spektrum der Vorschläge als auch was die Diskussion über die Wirksamkeit der einzelnen Instrumente angeht. Dass sich die Finanzmarktpolitik, zumal mit den Anlässen, die wir ausgewählt haben, weiterhin auf den ersten Seiten wiederfinden muss, erscheint handwerklich unbestreitbar. Zu den handwerklichen Mindestanforderungen gehört darüber hinaus, dass die politischen Ankündigungen auf ihre praktische Umsetzung hin beobachtet werden und dass die internationale Dimension der Finanzmarktpolitik – trotz der deutschen Wahlkampfsituation – nicht aus dem Auge verloren wird.

Inhaltlich „sehr gut“ bewerten wir, wenn die langfristigen Risiken auf dem Finanzmarkt herausgestellt werden, auch solche, die im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement anwachsen. Probleme globaler Steuerungsprozesse aufzugreifen, dabei die Komplexität des Mit-, Neben- und Gegeneinanders von Politik und Wirtschaft anschaulich zu machen, gehört für uns ebenso unter die Rubrik „sehr gut“ wie das Bemühen, die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte als Herausforderung auf die Agenda zu setzen. Handwerklich halten wir es für „sehr gut“, wenn Hintergründe der Finanzmarktentwicklung recherchiert und allgemein verständlich präsentiert werden und die Redaktionen den außergewöhnlichen Anforderungen der Krisenthematik in der Organisation ihrer Tagesarbeit auch in dieser Phase noch Rechnung tragen. Als optimal sehen wir es nach wie vor an, wenn Redaktionen Defizite ihrer Arbeit vor und mit ihrem Publikum debattieren. Die ausführliche Fassung der Kriterien wird in der Bewertungsskala aufgelistet.

Tabelle 12: Zeitungen – Die Bewertungsskala der Phase P4

	++	+	0	-	--
	<i>sehr gut</i>	<i>besser</i>	<i>Mindesterwartung</i>	<i>schlechter</i>	<i>sehr schlecht</i>
<b>inhaltlich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Thematisierung langfristiger Risiken des Finanzmarktes;</li> <li>*Forum für Debatten über Umgestaltung der Weltwirtschaft und über Aufhebung der globalen Ungleichgewichte;</li> <li>*Probleme globaler Steuerungsprozesse (global governance) behandeln.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Anhaltendes Engagement für Finanzmarktpolitik, die Transparenz, Kontrolle, Begrenzung ermöglicht;</li> <li>*Gerechtigkeitsdebatte intensivieren: Wie werden die Krisenlasten verteilt?</li> <li>*Kritische Hinweise auf Fortsetzung der Vorkrisen-Praxis.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Plurale Darstellung der Antworten auf die Krise mit klarem Schwerpunkt auf Regulierung;</li> <li>*Fokussierung einzelner Instrumente und Schritte, z.B. Begrenzung der Boni, höheres Eigenkapital etc.;</li> <li>*Aufgreifen der Debatten über Wirksamkeit einzelner Instrumente.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*größte Skepsis gegenüber Kontrollmöglichkeiten verbreiten;</li> <li>*Einzelne Rettungsaktionen des Staates befürworten, zugleich schnellen Rückzug fordern;</li> <li>*Hauptaugenmerk auf „Rückkehr“, Normalisierung des Finanzmarktes.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Die Krise abtun als, leider unvermeidliche Ausnahme;</li> <li>*Krise als Etikett allen Problemen aufkleben;</li> <li>*naives Grundverständnis verbreiten von politischer Allmacht, die nur wegen unfähiger Politiker versagt.</li> </ul>
<b>handwerklich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Hintergründe investigativ aufhellen;</li> <li>*Ressorts übergreifende task-force beibehalten;</li> <li>*Auseinandersetzung mit der eigenen Berichterstattung/ Kommentierung vor der Krise.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Recherchen, die wirtschaftliche und politische Antworten auf die Krise einfordern;</li> <li>*Bewusstes Festhalten an der Krisenthematik jenseits direkter Anlässe;</li> <li>*Regelmäßige Kommentierung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Weiterhin prominente Platzierung;</li> <li>*Aufmerksamkeit für die Frage der Umsetzung angekündigter Finanzmarktreformen;</li> <li>*Die internationale Dimension stark machen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Umstandslose Rückkehr zur Redaktionsroutine;</li> <li>*Das Thema Krise nur noch unter Wahlkampf-Gesichtspunkten behandeln.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>*Eilige Dethematisierung der Krise.</li> </ul>

### Die neue Linie: Der Markt braucht Kontrolle

Statt der alten Leitlinie „der Markt braucht Freiheit“, lautet in der Phase P4 die neue Diskurslinie „der Markt braucht Kontrolle“. Auf dieser Linie berichten und kommentieren alle fünf Zeitungen.

*„Über Jahre wurde – gerade in der angelsächsischen Welt – die These vertreten, dass die Märkte effizient seien, Übertreibungen korrigiert und schlechte Marktteilnehmer und Produkte dem Markt zum Opfer fallen würden; dass sich also Regulierung und Aufsicht nur auf einen groben Rahmen beschränken müssten. Diese Zeit ist vorbei.“ (FAZ 4.4.2009)*

*„Jetzt gehen Staats- und Regierungschefs sowie Finanzminister damit hausieren, sie könnten die Wähler von den Auswüchsen eines blindwütigen Kasino-Kapitalismus bewahren. Es ist zynisch, dass es sich häufig um dieselben Politiker handelt, die in den vergangenen Jahren das System der Gier und Bonuskultur förderten und sogar mit kreierte. Die britische Labour-Regierung zum Beispiel hatte die zur Staatsreligion erhobene Deregulierung der Finanzmärkte aus der Thatcher-Zeit nahtlos fortgesetzt.“ (SZ 23.9.2009)*

*„Denn es war auch der Wettlauf zwischen London und New York um die liberalste Regulierung und damit um Investorengelder, der die aktuelle Krise verursacht hat. Sicher ist: Wettbewerb unter den Finanzplätzen ist gut und richtig. Aber wenn wir etwas aus dieser Krise lernen müssen, dann, dass er beaufsichtigt werden muss. Sonst stehen wir in wenigen Jahren wieder vor einer ähnlichen Krise.“ (HB 17.6.2009)*

*„Wer ein Monster zähmen will, darf diesem nicht bloß gut zureden. Der darf nicht bloß den Wärter austauschen, der es bewacht. Und der darf nicht darauf vertrauen, dass das Monster schon selber weiß, dass es nicht mehr ganz so wild sein darf, nicht mehr ganz so aggressiv. Es wurde geredet, auf Gipfeln in Washington, London und Brüssel – doch die Regeln, die nun geschaffen werden, reichen bei weitem nicht. Was Politiker als größte Reform der Finanzmärkte seit acht Jahrzehnten feiern, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Reförmchen.“ (SZ 20.6.2009)*

Auf die verständliche Darstellung der politisch erörterten und beschlossenen Regelungen zur Vermeidung künftiger Finanzkrisen legen alle Redaktionen großen Wert; am meisten das HB, am wenigsten die TAZ, deren redaktionelle Ressourcen offenbar nicht ausreichen und die sich in dieser Phase mehrfach mit Agenturmeldungen behilft. Die Darstellung des Instrumentariums hat einen zweifelsfrei positiven Grundton. Einige beliebig vermehrbare Beispiele für Überschriften und Leadsätze. Zunächst aus der FAZ vom 27.3.2009:

*„Die Banken brauchen künftig mehr Eigenkapital“;  
„Ratingagenturen sollen an die Leine“;  
„Prinzipien für eine ‚kluge‘ Regulierung“;  
„Der G20 Gipfel wird sich am kommenden Donnerstag auch mit der Renovierung der Finanzaufsicht befassen, gilt Aufsichtsversagen doch als ein Grund für das erschreckende Ausmaß der Finanzkrise.“*

Dann aus dem HB vom 1.4.2009:

*„Zähmung der Zocker“, gemeint sind Hedgefonds;  
„Lichtenstein & Co geraten in die Defensive“;  
„Die Türwächter der internationalen Finanzmärkte stehen plötzlich im Scheinwerferlicht: Die Ratingagenturen werden erstmals richtig reguliert“;  
„Nach den Erfahrungen der Finanzkrise sind sich die großen Industrienationen darüber einig, dass vor allem das Geschäft mit Kreditabsicherungskontrakten stärker reguliert werden muss.“  
„Eigenkapital und Boni – Strengere Vorschriften sollen die Risikofreude der Institute begrenzen“.*

Zum Thema Eigenkapital bezieht die SZ auffällig pointiert Position:

*„Leitgedanke sollte sein, Banken als Versorgungsunternehmen zu betrachten, ähnlich wie Energiekonzerne. Sie bedürfen einer besonderen Regulierung, weil sie sonst den Markt ausschalten, wo sie nur können. Sie konzentrieren Marktmacht, schaffen bewusst Intransparenz und gehen zu hohe Risiken ein – all das brachte überhöhte Gewinne, Boni und Gefahren, all das gilt es zu bekämpfen. Banken müssen verpflichtet werden, ein deutlich dickeres Kapitalpolster zu halten und zwar umso mehr, je größer die Finanzkonzerne und je riskanter ihre Geschäfte sind.“ (SZ 21.9.2009)*

Das Instrument Verstaatlichung wird nur in der TAZ im Rahmen eines Interviews positiv aufgegriffen.

*„Banken müssen Staat gehören“ – „Berlin hat schon eine Bad Bank, deswegen rät Wirtschaftssenator Harald Wolf: Finanzminister Steinbrück sollte alle Banken verstaatlichen, die Steuergeld erhalten.“ (TAZ 11.6.2009)*

Auch eine globale Steuer auf Finanztransaktionen ist kein Tabu mehr.

*„Eine Steuer auf grenzüberschreitende Finanzgeschäfte ist ein sinnvolles Instrument. Sie schreckt kurzfristige Spekulanten ab, bringt den Staaten Milliarden und sendet ein wichtiges gesellschaftliches Signal. Vor wenigen Wochen ist etwas passiert, von dem ich nie gedacht hätte, dass ich es noch selbst erleben würde: Ein führender Vertreter des angloamerikanischen Finanzimperiums hat sich tatsächlich für eine Tobin-Steuer ausgesprochen, also für eine weltweite Steuer auf Finanztransaktionen. Dieser Vertreter war Adair Turner, Leiter der britischen Financial Services Authority und damit oberster Finanzaufseher seines Landes. Turner äußerte seine Bedenken über die Größe des Finanzsektors und seine häufig obszön hohen Vergütungen und erklärte, seiner Ansicht könne eine weltweite Steuer auf Finanztransaktionen dazu beitragen, beides zu begrenzen. Eine derartige Aussage wäre in den Jahren vor dem GAU auf den Finanzmärkten undenkbar gewesen. Jetzt ist die Steuer sogar Thema beim heute beginnenden G20-Gipfel in Pittsburgh.“ (FTD 24.9.2009)*

Der bejahende journalistische Umgang mit Finanzmarktkontrolle tritt im Juni 2009 besonders markant hervor, als US-Präsident Obama seine Aufsichts- und Regulierungspläne vorlegt. Insbesondere das HB steigt voll darauf ein:

*„Der weltgrößte Kapitalmarkt in den USA steht als Folge der aktuellen Krise vor einer drastischen Verschärfung staatlicher Kontrollen.“ (HB 16.6.2009)*

*„Entmachtung und Regulierung. Die Obama-Regierung will die Ratingagenturen entmachten.“ (HB 18.6.2009)*

*„Die US-Finanzmärkte stehen vor den drastischsten Veränderungen seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts. US-Präsident Barack Obama hat gestern Pläne für eine tiefgreifende Veränderung der Aufsichtsstruktur vorgelegt und zieht damit Konsequenzen aus der anhaltenden Finanzkrise.“ (HB 18.6.2009)*

*„Banker antreten. Nach dem Beinahe-Crash der Geldwirtschaft greifen die USA in das freie Spiel der Märkte ein – so massiv wie zuletzt vor 80 Jahren.“ (HB 18.6.2009)*

*„Transparenz durch Kontrolle. Die von US-Präsident Barack Obama geplante neue Finanzaufsicht wird sich auch auf große Teile der bislang nahezu unregulierten Kapitalmärkte erstrecken.“ (HB 18.6.2009)*

Und unter der Überschrift „Obama zeigt den Weg“ heißt es: *„Während anderswo über eine stärkere Regulierung des Finanz-Systems noch geredet wird, schreitet Präsident Barack Obama zur Tat. Die Kombination aus Zügelung*

*des Risikoappetits der Banken, Zentralisierung der Aufsicht bei der Notenbank Fed und Einführung eines Systems zur geordneten Abwicklung großer Finanzkonzerne weist in die richtige Richtung.“ (HB 17.6.2009)*

Teils von Experten angestoßen, teils von den Redaktionen selbst forciert, läuft zeitgleich eine Debatte, welche Instrumente wirksamer sind und welche nur symbolischen Charakter haben. Das geht bunt durcheinander. Das Regulierungsziel selbst bleibt davon unbeschadet.

#### **Die klare Kritik: Zu wenig und zu unentschlossen**

Die Zeitungen beschränken sich nicht darauf, die Regulierungspläne positiv zu begleiten, sie formulieren scharfe Mängelrügen, wo sie konzeptionelle Defizite und unzureichenden Umsetzungswillen zu erkennen glauben. Nur vorsichtige Kritik am Konzept des US-Präsidenten formuliert die TAZ unter der Überschrift „Das Vorbild Barack Obama“:

*„Ein bisschen schwammig mögen die Pläne der US-Regierung zur Regulierung der Finanzmärkte noch sein. Enttäuschend wirkt es auch, wenn Präsident Barack Obama das Dickicht von Aufsichtsbehörden, die allesamt in der derzeitigen Krise versagt haben, nicht radikal durchforstet... Aber es ist allemal besser, als einfach nur den Status quo beizubehalten, worauf es in der EU hinauszu laufen droht.“ (TAZ 19.6.2009)*

Da langt die SZ ganz anders hin.

*„Groß war allein der Auftritt Obamas im East Room des Weißen Hauses, klein sind dagegen die Ergebnisse. Die US-Notenbank soll alle Macht bekommen, lautet die Botschaft, die aus Washington dringt. Doch was heißt das schon? Auch künftig werden sechs weitere Behörden über die Finanzmärkte wachen und sich gegenseitig behindern. Auch künftig dürfen Banken und Hedgefonds mit all jenen Kreditderivaten handeln, die zum Zusammenbruch der Wall Street geführt haben, zur Pleite von Lehman Brothers ebenso wie zum Kollaps von AIG, dem einst größten Versicherungskonzern der Welt. Warum haben Obama und seine Strategen nicht einfach bestimmte Finanzprodukte verboten, etwa jene hochriskanten Credit Default Swaps, die der amerikanische Investor Warren Buffett einst als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hat? Warum begnügen sie sich damit, dass ein Teil dieser Zockerpapiere künftig über eine zentrale Abrechnungsstelle gehandelt werden soll – und nicht mehr in den Hinterzimmern der Banken? Credit Default Swaps waren mal als Versicherung gegen den Ausfall von Krediten gedacht, doch später haben Spekulanten sie dazu missbraucht, auf den Zusammenbruch von Unternehmen zu wetten. Die Welt hat bis Mitte der 90er Jahre bestens ohne diese Zockerpapiere gelebt – und sie würde auch künftig besser ohne sie leben. Doch weder in den Vereinigten Staaten noch in Europa trauen sich die Politiker, eine Zulassungsbehörde zu schaffen, die künftig entscheidet, welche Finanzprodukte erlaubt sind und welche nicht. Nobelpreisträger wie Joseph Stiglitz und David McFadden fordern solch eine Behörde seit langem.“ (SZ 20.6.2009)*

Auch zum G20-Gipfel in Pittsburgh setzt die SZ ein dickes Fragezeichen.

*„Eine Frage fehlt auf dem G20-Gipfel völlig: Wie soll das Wirtschaftssystem der Zukunft aussehen? Jetzt also Pittsburgh. Zum dritten Mal seit knapp einem Jahr versammeln sich die mächtigsten Politiker des Erdballs, um Lehren aus der schlimmsten Finanzkrise seit 80 Jahren zu ziehen. Die Ankündigungen klingen erneut großartig. Jeder Teilnehmer betont, wie viel man aus dem Absturz lernen müsse, und anderes mehr, was sich gut anhört. In Wahrheit hat sich etwas verändert in den Monaten, seit das Geldsystem vor dem Kollaps stand und die Menschheit in einen Abgrund blickte: Der Schock ließ nach, die Gewohnheiten kehrten zurück – und die Finanzbranche findet immer mehr Gehör mit der Forderung, ihre profitablen Geschäfte nicht zu sehr zu stören... Von wirklich radikalen Beschlüssen aber sind die Politiker beim Gipfel weit entfernt. Das liegt daran, dass sich die Regierungen – vor allem in Großbritannien und den USA – von ihren Geldhäusern einspannen haben lassen. Denn die Branche hat*

*nach wie vor auch politische Macht. Im Jahr vor dem Ausbruch der Krise stammten 40 Prozent aller Firmengewinne in den USA aus dem Finanzsektor, obwohl dieser weniger als zehn Prozent der Arbeitsplätze stellt. Die Superrenditen sind eine Droge, die immer noch wirkt.“ (SZ 24.9.2009)*

„Auf dem G20-Gipfel soll das Finanzmonster gebändigt werden. In Wirklichkeit päppeln die Regierungen es“  
 moniert die FTD am Tag vor Beginn des Londoner Gipfels – unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bundesregierung.

*„Die Bundesregierung erscheint auf dem Londoner G20-Gipfel ohne eigenes Konzept... Der Ausgangsfehler – ein Fehler, dem man Absicht unterstellen muss – bestand schon darin, dass Angela Merkel den Ex-Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) Otmar Issing zum Vorsitzenden ihres Beratungsgremiums machte. Sie und Steinbrück wussten, was sie taten; Issing ist bekennender Deregulierer. Die zweifelhafte Ehre der Leitung wurde ihm auch nur deshalb zuteil, weil Hans Tietmeyer, früher Bundesbankpräsident und heute Präsident der arbeitgeberigen Propagandaorganisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, wegen seines Aufsichtsratsmandats bei der HRE öffentlich nicht mehr akzeptabel war. Beide, Issing wie Tietmeyer, waren bisher aktive Vertreter des Lehrsatzes, die Politik sei den Märkten zu unterwerfen... Noch schlimmer aber ist, dass die Regierungen der Länder, in denen solche Regulierungspläne entwickelt werden, derzeit alles tun, um den Finanzsektor in seine bis zum Ausbruch der Krise aufgeblähte Verfassung zurückzuführen... Kurz: Die Regierungen stellen vage in Aussicht, den Finanzsektor zu zähmen. In der Praxis päppeln sie das Monster wieder auf.“ (FTD 31.3.2009)*

Die Kritik aus der Berliner Rudi-Dutschke-Straße ertönt am lautesten im Zusammenhang mit dem Pittsburgh-Gipfel. Die TAZ spricht vor diesem G20-Treffen von „Angela Merkels Märchen von der Bankenregulierung“.

*„Wenn sich ihre Versprechungen als Gaukelei erweisen, wird es peinlich für die Bundeskanzlerin. Die millionenteuren Erfolgsbeteiligungen der Banker werden jetzt wirklich reduziert. Stimmt aber gar nicht. Bisher ist alles nur Theorie, die Welt als Wille und Vorstellung. Praktisch wirken die Regelungen frühestens in ein paar Jahren, wenn überhaupt. Ähnliches gilt für fast alle anderen Themen, die die G-20-Regierungen verhandeln. Höheres Eigenkapital für risikoreiche, systemrelevante Banken? Eine super Idee! Sie könnte sogar dazu führen, dass große Institute sich in kleinere aufspalten, weil ihre Geschäfte sonst zu teuer würden. Allerdings mag man nicht so recht daran glauben, dass die USA, die Schweiz oder Deutschland ihren Banken das Wachstum verbieten. Warten wir's ab!“ (TAZ 19.9.2009)*

Nach dem Pittsburgh-Gipfel resümiert die TAZ:

*„Außer Spesen ist fast nichts gewesen. Der Weltfinanzgipfel in Pittsburgh blieb weitgehend ergebnislos. Der Spekulation sind keine Schranken gesetzt worden: Der nächste Crash kann nun ungebremst heranrollen. Ursprünglich lautete das Ziel, dass es eine lückenlose Regulierung geben sollte, die keine Schattenbanken und keine außerbilanziellen Geschäfte mehr zulässt. Stattdessen sind nun die Vereinbarungen von Pittsburgh so vage, dass sie maximal dehnbar sind. Am konkretesten wird es noch beim Eigenkapital, das künftig steigen soll, damit die Banken nicht sofort pleite sind, wenn sie Fehlspekulationen abschreiben müssen. Aber was heißt schon konkret: Es ist noch nicht einmal deutlich, was künftig als Eigenkapital zählen soll. Wie viel Eigenkapital vorgehalten werden soll, ist ebenfalls unklar. Klar ist nur, dass irgendwie Vorgaben erarbeitet werden, an die sich die Banken dann irgendwie bis Ende 2012 halten sollen. Die Banken haben also noch sehr viel Zeit, gezielte Lobbyarbeit zu betreiben...“ (TAZ 28.9.2009)*

Nicht mehr als einzige, aber ausführlicher als alle anderen lässt die TAZ anlässlich dieses Ereignisses in ihren Berichten Gewerkschaften und NGOs zur Finanzmarktpolitik zu Wort kommen.

Lob und Tadel nach dem G-20-Weltfinanzgipfel in Pittsburgh: Das Treffen der 20 größten Industrie- und Schwellenländer hat in Deutschland für sehr unterschiedliche Reaktionen gesorgt. Man könne „stolz auf diese Regierung bei solchen Gipfelanlässen sein“, lobte der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Michael Sommer, den womöglich letzten gemeinsamen Auftritt von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Steinbrück (SPD) auf internationalem Parkett. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hingegen erklärte das Treffen für „gescheitert“. Während Sommer in der Leipziger Volkszeitung davon sprach, dass die Bundesregierung immerhin Visionen von einer Finanzmarkttransaktionsteuer entwickelt habe, kritisierte Detlev von Larcher vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis, dass die zentralen Ursachen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren nicht angegangen worden seien. „Es ist ein Trauerspiel, wenn 20 Staats- und Regierungschefs zwei Tage lang konferieren und als fast einziges konkretes Ergebnis strengere Regeln für Managerboni herauskommen“, sagte der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete. Beschneidungen der Managervergütungen seien zwar nötig, stünden aber als alleinige Maßnahme in keinem Verhältnis zu den Dimensionen der weltweiten Wirtschaftskrise. Dasselbe gelte für die Bereitschaft der USA, die Eigenkapitalregeln für Banken aus dem internationalen Basel-II-Abkommen zu übernehmen. „Wir brauchen nicht weltweit Basel II, sondern eine neue globale Finanzarchitektur“, kritisierte von Larcher. Die Frage, wer für diese Krise zu zahlen habe, wurde hingegen nicht beantwortet.“ (TAZ 28.9.2009)

#### **Die Schuldfrage: USA, EU, Großbritannien, Deutschland?**

Als Nebenthema der Kritiklinie wird die Frage behandelt, wer eigentlich die passiven bis blockierenden und wer die offensiven, proaktiven Regulierer sind. Großbritannien und die USA werden häufiger als Schuldige ausgemacht als die EU und Deutschland. Aber ungeschoren kommt keine der vier Adressen davon. Zum Beispiel – und eines soll hier genügen – diagnostiziert das HB unter dem Titel „Der Bluff der Europäer“:

„Wer hoch pokert, muss irgendwann seine Karten aufdecken. Wenn er Pech hat, kommt dann raus, dass er geblufft hat. So ähnlich könnte es diese Woche den Europäern und ihrem angeblich vorbildlich umfassenden Ansatz in Sachen reformierter Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte gehen... Die Briten haben bereits vor zwei Wochen detaillierte Pläne für eine verschärfte Aufsicht vorgelegt, die Amerikaner haben Ende letzter Woche nachgezogen. Die EU dagegen hat bisher nicht viel mehr produziert als den Vorschlag einer Arbeitsgruppe unter dem früheren französischen Spitzenbeamten Jacques de Larosiere. In Bezug auf die Hedgefonds etwa wird nur gefordert, ihre Manager sollten sich registrieren lassen und Informationen über ihre Strategie geben. Die US-Regierung will nach den Worten von Finanzminister Tim Geithner viel weiter: Sie hat die Absicht, den Fonds strenge Vorschriften für die Unterlegung mit Eigenkapital zu machen. Mit diesem Schritt nähme Washington den Fonds ihren großen Kredithebel aus der Hand.“ (HB 30.3.2009)

Warnende Hinweise, dass man es mit der Regulierung auch zu weit treiben könne, sind selten geworden, am ehesten findet man sie in der FAZ.

„In den Wochen vor dem Gipfel sind mehrere Gutachten und Stellungnahmen von Expertenkomitees veröffentlicht worden, die bei allen Unterschieden im Detail eine gemeinsame Linie verfolgen: Die Regulierung und die Aufsicht über die Finanzmärkte müssen optimiert werden, aber es liegt auch kein ökonomischer Nutzen darin, die Finanzmärkte und ihre Teilnehmer durch Überregulierungen zu strangulieren.“ (FAZ 27.3.2009)

„Mit ihren Vorschlägen zur Regulierung bewegt sie [gemeint ist Bundeskanzlerin Merkel at/sto] sich konzeptionell bereits in der Nachkrisenära. So sinnvoll ihre Maßnahmen dann sein mögen: Solange wir uns noch im Abschwung befinden, helfen sie nicht im Geringsten. Sie könnten im Gegenteil sogar schaden, denn die Gefahr ist groß, dass strenger regulierte Banken ihre Kreditvergabe noch restriktiver als bisher schon handhaben.“ (FAZ 27.3.2009)

Das HB produziert ab und an nachdenkliche Zwiespältigkeit.

„Der globale Handel lässt sich nicht vom internationalen Kapitalverkehr trennen. Das moderne Finanzwesen ist Fluch und Segen zugleich: Leichtfertig gehandhabt, verursacht es schwere Krisen, doch ermöglicht es gleichzeitig hohe Wohlstandsgewinne. Wer heute die finanzielle Globalisierung durch Kapitalverkehrskontrollen und Finanzmarktsteuern zurückdrehen will, muss Wohlstandsverluste einkalkulieren... Wie in der Medizin gilt jedoch auch im Finanzwesen: Nicht alles, was machbar ist, dient dem Fortschritt. Wenn heute 80 Prozent der weltweit gehandelten Derivative nur zu Spekulationszwecken zwischen Finanzinstituten verschoben werden, stehen die damit verbundenen Risiken in keinem Verhältnis mehr zum wirtschaftlichen Nutzen. Wer die Finanzmärkte bändigen will, ohne ihren Beitrag zum wachsenden Wohlstand zu zerstören, muss aber auch die menschlichen Grenzen ihrer Beherrschbarkeit akzeptieren.“ (HB 21.9.2009)

Und die FTD sieht gelegentlich die „Freiheit für die Eigentümer“ durch ein „diffuses Gerechtigkeitsempfinden im Volk“ gefährdet.

„So viel Selbstgeißelung war selten. Das von US-Unternehmen getragene ‚Conference Board‘ geht zwar nicht so weit, der Vergütungspraxis der eigenen Zunft die Schuld am Ausbruch der Finanzkrise zu geben, aber doch am Vertrauensverlust, der mit ihr einherging. Die Botschaft: Machen wir selbst nichts gegen Gehaltsexzesse, erledigen die Politiker das für uns... Auch wenn große Teile der Bevölkerung das derzeit anders sehen mögen: In einer Marktwirtschaft müssen die Eigentümer über Struktur und Höhe der Gehälter in ihren Unternehmen weiterhin selbst bestimmen können... Wo im Zweifel nur die Eigentümer die Gelackmeierten sind, darf unternehmerische Freiheit nicht einem diffusen Gerechtigkeitsempfinden im Volk untergeordnet werden... Einen echten Wandel der Vergütungspraxis darf man sich vom demonstrativen Eifer der US-Konzerne allerdings nicht erwarten. Wie wenig Selbstverpflichtungen der Wirtschaft ausrichten, zeigen die Erfahrungen mit dem wachweichen Corporate Governance Kodex in Deutschland.“ (FTD 22.9.2009)

### **Die bessere Recherche: Ausgeleuchtete Hintergründe**

Die Qualitätssteigerung des Wirtschaftsjournalismus in dieser Phase wird gut erkennbar an Hintergrundrecherchen, die den Finanzmarkt viel gründlicher ausleuchten als in der Vergangenheit. Die FTD rekonstruiert, welche Hand die andere wäscht.

„Kreditrisiken zersplittern, neu zusammensetzen, als Kombinationen weiterverkaufen an alle, die mitverdienen wollten, in dem Glauben, Kreditderivate seien risikofrei, das ging nur mit Risk-Management-Software... Alan Greenspan, lange Notenbankchef der USA, Lichtgestalt, nun plötzlich schuldverdächtig, sagte bei einer Anhörung des amerikanischen Kongresses: „Das moderne Risikomanagement hat Jahrzehnte funktioniert. Aber dann, im letzten Sommer, ist es kollabiert, weil die Risikomodelle nur mit Daten aus Zeiten der Euphorie gefüttert wurden.“ Die Systeme zeigten Grün, immer Grün, wo sie hätten Rot zeigen müssen. Und die Banken trauten ihren Risikomodelle. Algorithmics war die erste Firma, die solche Modelle verkaufte, ist heute die größte... Algorithmics gehört heute zu 100 Prozent der Fitch Group, ist also Schwester von Fitch Ratings. Was bedeutet: die Ratingagentur, die Finanzprodukte bewertet, und Algorithmics, die das Risikomanagement mitgestaltet, gehören zusammen. Ratingagenturen vergaben gute Noten nur an Banken, die Risk-Management-Software nutzten.“ (FTD 11.6.2009)

Wiederholt aufgegriffen und an konkreten Beispielen vorgeführt wird das Problem der Bilanzwillkür.

„Der wichtige Gipfel fand diese Woche gar nicht in London, sondern in der amerikanischen Provinz statt. Es ist schon eine bittere Ironie, dass die Führer der Welt in London zusammen hocken, um schärfere Regeln für die Finanzmärkte zu beschließen, während zur gleichen Zeit die obersten Buchhalter mit dem politischen Segen der meisten G20-Länder das Regelwerk aufweichen. Konkret geht es darum, dass Banken und Versicherungen mehr Spielraum erhalten sollen, die aktuellen Wertverluste ihrer unverkäuflichen Kreditprodukte als vorübergehend zu

*betrachten, um sich so schmerzhaftige Abschreibungen in der Bilanz zu sparen. Die bloße Absichtserklärung, die oft als toxisch gebrandmarkten Papiere bis zur Fälligkeit zu halten, soll künftig ausreichen. Der Willkür ist damit Tür und Tor geöffnet.“ (HB 3.4.2009)*

*„Um den Banken in der Krise zu helfen, verwässern die Regierungen die Bilanzierungsstandards. Dass dabei Transparenz und Vergleichbarkeit verloren gehen, stört sie nicht... Es gibt keine zwei Banken mehr auf der Welt, deren Abschlüsse eins zu eins miteinander vergleichbar sind. Das liegt nicht nur an den umfangreichen Staatseingriffen, die das Bild generell verzerren. Es liegt vor allem an den zahlreichen Ausnahmeregelungen und Wahlmöglichkeiten, die die Regierungen seit Beginn der Krise zugelassen haben und die sich in ihrer Gesamtheit zu einem Paradigmenwechsel verdichtet haben... Die amerikanische Citigroup zum Beispiel verbuchte im ersten Quartal einen Gewinn von 1,6 Mrd. \$. Der Konzern verschob seine toxischen Wertpapiere innerhalb der Bilanz einfach vom Handelsbestand in seinen langfristigen Anlagebestand und konnte dadurch sonst fällige Abschreibungen umgehen. Analysten haben ausgerechnet, dass die Bank ohne diese Manipulation einen Verlust von 2,5 Mrd. \$ gehabt hätte.“ (FTD 16.6.2009)*

*„Zwar gilt das Dogma der Fair-Value-Bilanzierung sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten, doch der Teufel steckt im Detail – und die Unterschiede können gravierend sein: Bei der Deutschen Bank sind es 1,2 Billionen Euro Bilanzsumme. Nach den internationalen Bilanzregeln IFRS, die für europäische Unternehmen verbindlich sind, hat die Deutsche Bank eine Bilanzsumme von 2,2 Billionen Euro. Setzt sie aber die amerikanischen US-GAAP an, schmilzt die Bilanzsumme auf nur noch eine Billion Euro.“ (FAZ 27.3.2009)*

Die TAZ problematisiert den Machtgewinn des IWF.

*„Jean Ziegler, ehemaliger Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen, zeigte sich dagegen ‚beunruhigt‘. Der IWF sei die ‚undemokratischste Organisation, die es gibt‘. Hintergrund ist, dass sich die Stimmrechte der 185 IWF-Mitgliedsländer an ihrem jeweiligen Kapitalanteil orientieren, Beschlüsse aber nur mit einer Mehrheit von 85 Prozent getroffen werden können. Da die USA einen Anteil von 17 Prozent haben, können sie bislang jede missliebige Entscheidung verhindern. Die Gipfelteilnehmer empfehlen nun, den Schwellenländern Brasilien, Russland, Indien und China mehr Gewicht zu geben, nicht aber den ärmeren Ländern. Detlev von Larcher vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac sagte: ‚Die Mächtigen geben zwar viel Geld an den IWF, aber nichts von ihrer Macht ab‘. Offenbar interessierten sie sich nur für einen ‚möglichst krisenfreien Fortbestand des gegenwärtigen ungerechten Weltwirtschaftssystems‘. Peter Wahl von der Entwicklungsorganisation Weed erkannte in der Abschlusserklärung hingegen ‚Anzeichen für einen Paradigmenwandel‘. Anders als frühere G8- und G20-Dokumente beginne sie nicht mehr mit einem Bekenntnis zum freien Markt, und bei den Zielen des IWF sei nicht mehr nur von Wachstum und Strukturereformen die Rede, sondern auch von Jobs und sozialer Sicherheit.“ (TAZ 4.4.2009)*

Die deutliche Warnung: Fortsetzung folgt, Steigerung droht

Die Warnung davor, dass alles weiter geht wie bisher, dass sogar der Boden bereitet wird für eine künftige noch schlimmere Krise, wird nicht mit Ausdauer, aber mit Deutlichkeit formuliert. Sie wird in jeder der fünf Zeitungen ungeschminkt ausgesprochen, in der FTD zum Beispiel unter der ironischen Überschrift „Willkommen in der Prä-Lehman-Welt“.

*„Anleger jubeln über die Börsenrally... Mit großem Tamtam zelebrieren einige amerikanische Institute die Rückzahlung der Gelder aus dem Rettungsfonds Tarp. 68 Mrd. \$ überreichten sie Uncle Sam und brüsteten sich mit der Aufnahme privaten Kapitals. So groß ist der Übermut, dass JP-Morgan-Chase-Chef Jamie Dimon und Goldman-Sachs-Lenker Lloyd Blankfein der Überweisung an Washington wohl am liebsten noch einen Brief beigefügt hätten: ‚Danke für die Kohle, Jungs, wäre aber nun wirklich nicht nötig gewesen.‘“ (FTD 16.6.2009)*



„Unsäglich ist auch, dass unverändert ein großer Teil des Handels mit komplizierten und explosiven Wertpapieren wie Derivaten noch immer außerhalb regulierter Börsen stattfindet. Noch nicht einmal auf der Agenda steht in Pittsburgh die Frage, wie die Staaten ihre Banken und die gesamte Wirtschaft wieder von den Drogen entwöhnen wollen, mit denen sie die jüngste Erholung erzwungen haben: Regierungen und Notenbanken beschwören neue Spekulationsblasen herauf, indem sie das System mit Geld überfluten. Mit effektheischenden Maßnahmen wie Bonusregeln kaschiert die Politik, dass sie den Teufel mit dem Beelzebub austreibt und das Problem der Verschuldung in die Zukunft verlagert.“ (SZ 21.9.2009)

„Der Forderungskatalog, den die Europäer mit nach Pittsburgh bringen, liest sich wie das Lexikon einer runderneuten Finanzwelt; als würden die mächtigen Mauern der Wall Street über Nacht eingerissen: Begrenzung von Managergehältern, höhere Eigenkapitalanforderungen, Stärkung der Aufsichtsbehörden, Finanzmarktsteuern und vieles mehr. Doch wer macht bei der G 20 den ersten Schritt, um dem Gipfel der starken Worte auch Taten folgen zu lassen? Dringend nötig wäre es, denn das Kasino hat längst wieder geöffnet. Gut ein Jahr nach der verheerenden Pleite von Lehman Brothers sind Amerikas Bankenriesen noch größer geworden statt kleiner – und damit das Systemrisiko, das von ihnen ausgeht.“ (HB 23.9.2009)

„Richtig ist aber auch, dass vor allem die Banken all die Hilfsprogramme in fette Gewinne ummünzen und einige dabei in alte Unsitten zurückfallen. Die Notenbanken haben die Zinsen, zu denen sich Banken bei ihnen Geld leihen können, fast auf null gesenkt. Die Regierungen helfen mit Kapital und Garantien. Die Banken profitieren von diesem Geld direkt, sie gewinnen dadurch aber auch neue Geschäftszweige. So verkaufen Investmentbanken wie Goldman Sachs und die Deutsche Bank im Auftrag der Regierungen gegen Gebühren Anleihen, mit denen die Staaten ihre Rettungsprogramme finanzieren. Allein Goldman Sachs verdiente so im zweiten Quartal 2,7 Milliarden Dollar.“ (SZ 24.9.2009)

„Geld für diese diversen Spekulationen auf den Aktien-, Rohstoff- und Währungsmärkten ist überreichlich vorhanden. Denn die Banken können sich ja gratis bei den Zentralbanken verschulden, seitdem der Zins bei null liegt. Eigentlich sollte diese zusätzliche Liquidität dazu dienen, Firmen mit Krediten zu versorgen... Höchst riskant ist allerdings, dass Banken und Finanzinvestoren die überschüssige Liquidität nun nutzen, um ungehemmt auf den Finanzmärkten zu spekulieren. Also müssten die Zentralbanken sofort die Geldzufuhr an die Banken stoppen – und die Zinsen hochsetzen. Doch damit würden sie die Realwirtschaft abwürgen... Und so nährt der erste Crash den zweiten Crash. Noch schlimmer: Wenn die nächste Finanzkrise zuschlägt, werden alle Reserven aufgebraucht sein... Wann sich der nächste Crash ereignet, ist natürlich ungewiss. Aber die Abstände werden immer kürzer. Zwischen dem Ende der Dotcom-Krise und dem Beginn der Subprime-Krise lagen nur etwa fünf Jahre. Diesmal könnte es noch schneller gehen.“ (TAZ 25.9.2009)

Punktuell wird sogar die weitreichende Frage nach der Zukunft der Globalisierung mit dem Krisenszenario verbunden, aber es bleiben Einzelgedanken, es entsteht kein Argumentationszusammenhang, geschweige denn eine Debatte.

„Der gegenwärtige Zusammenbruch der Weltmärkte ist weit mehr als ein wirtschaftlicher Abschwung beträchtlichen Ausmaßes. Er ist ein Zeichen dafür, dass das Modell der Globalisierung, das die Vereinigten Staaten in den zwanzig Jahren nach dem Kollaps des Kommunismus vorangetrieben haben, im Begriff ist zu scheitern.“ (SZ 2.4.2009)

„Die Globalisierung steht an einem kritischen Punkt. Sie kann an der verheerenden Weltwirtschaftskrise scheitern und in einer fragmentierten, durch Protektionismus gekennzeichneten Weltwirtschaft münden. Die Krise bietet aber auch die Chance, überkommene Strukturen aufzubrechen. Um die Globalisierung zu gestalten, die globalen

*Systemrisiken zu beherrschen sowie international die Stabilität und den Wohlstand zu stärken, sind bessere Rahmenbedingungen notwendig. Es geht letztlich um eine Neugestaltung der Global Governance, der weltweiten politischen Steuerung und Koordination.“ (HB 31.3.2009)*

Und innerhalb unserer Auswertungszeiträume erschien, in der SZ, ein (in Zahlen 1) Artikel, der sich tatsächlich mit dem Thema „Finanzkrise und Wirtschaftsjournalismus“ beschäftigt, hier ein kleiner Auszug.

*„Bei einer Diskussion an der Columbia-Universität zur Zukunft des Wirtschaftsjournalismus kam es zu einer kleinen Episode, die in Deutschland kaum vorstellbar wäre. Auf dem Podium saß William Ackman, Gründer der Finanzfirma Pershing Square Capital Management. Ackman begründete seinen Erfolg mit Leerverkäufen, also mit Spekulationen auf sinkende Aktienkurse. In den kapitalismuskritischen Debatten Deutschlands gelten Leerverkäufer gelegentlich als die bösen Buben schlechthin, als gierige Burschen, die versuchen, an der Not anderer zu verdienen. Anders in Columbia: Ackman fand allgemeine Zustimmung mit dem Satz: ‚Leerverkäufer und die Presse sollten eigentlich dicke Freunde sein.‘ Ein Investor, der auf sinkende Kurse spekuliert, ist immer an Fakten interessiert, die unbequem für ein Unternehmen sind – genau so, wie es Journalisten auch sein sollten. Ackman schlug vor, in den Redaktionen eine Art institutionellen Leerverkäufer einzustellen, ‚einen Journalisten, der immer die Gegenposition vertritt‘. Eigentlich keine schlechte Idee...“ (SZ 20.6.2009)*

### 3.4.3 Bewertung

Die auf den ersten Blick positive Überraschung der Phase P4 sind HB, SZ und FAZ, die kontinuierlich und konsequent – und weitgehend im Gleichklang mit FTD und TAZ – auf bessere Kontrollen und strenge Regeln für den Finanzmarkt setzen. Alle drei Redaktionen haben als Reaktion auf die Finanzkrise einen Perspektivwechsel vollzogen, sie stellen ihre Berichterstattung und Kommentierung in einen neuen Deutungsrahmen. Bleibt die Frage, was an diesem Perspektivwechsel des HB, der FAZ und der SZ überraschend ist. Nichts. Sie bewegen sich vorher im Rahmen des vorherrschenden Deutungsmusters und jetzt auch. Sie vollziehen einen gesellschaftlichen Sinneswandel nach und bestätigen ihn damit. Sie machen mit, wie sie vorher mitgemacht haben. Das Reflexionsdefizit wird dadurch alleine noch nicht kleiner, es fällt jetzt nur nicht direkt auf, weil es scheinbar keinen realistischen Bedarf an Alternativen gibt. Seit dem G20-Gipfel im November 2008 in Washington wird überall und immer wieder diese Formulierung aus dessen gemeinsamer Erklärung zitiert: „Wir verpflichten uns sicherzustellen, dass alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Marktteilnehmer ihren Umständen entsprechend reguliert oder überwacht werden.“ Es ist charakteristisch für die Zeit seit November 2008, dass die Anforderung, eine Wiederholung der Krise zu verhindern, im direkten Zusammenhang gesehen wird mit mehr Regulierung und stärkerer Kontrolle. Deshalb wird beispielsweise der folgende Satz der Washingtoner Erklärung sehr selten wieder gegeben: „Regulierung muss zwar effizient sein, darf jedoch Innovation nicht behindern und muss den Handel mit Finanzprodukten und -dienstleistungen fördern.“ (zit. n. [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)) Jetzt reden alle von Kontrolle und Regulierung, der Wirtschaftsjournalismus von HB, FAZ, SZ auch.

Aber es herrschen wichtige Unterschiede zwischen der Übernahme des Mainstreams durch den Journalismus (SZ, HB, FAZ) vor der Krise und in der Krise. Erstens ist die Sachkompetenz des Wirtschaftsjournalismus deutlich gestiegen; das schlägt sich nieder in einer gleichermaßen handwerklich und inhaltlich besseren Aufarbeitung des Instrumentariums, mit dem künftige Finanzkrisen verhindert werden sollen. Zweitens ist die Bereitschaft zu prononcierter Kritik an mangelnden Fortschritten der Finanzmarktpolitik ausgeprägt; zu wenig und zu unentschlossen heißt die Stoßrichtung. Der Unterschied wird drittens offensichtlich an Ansätzen investigativer Recherche und entsprechender Hintergrundinformationen. Viertens drückt er sich in den Warnungen vor einem wachsenden Krisenrisiko aus.

Wir bewerten die journalistische Arbeit in der Phase P4 deshalb mit „besser“ inklusive eines Trends zu „sehr gut“. Den Leserinnen und Lesern werden sachkundige Informationen und gute Orientierungschancen offeriert. Wir sehen

in dieser Phase die Leistungen des HB und der FTD als die besten an. SZ und TAZ bilden in dieser Reihenfolge die zweite Gruppe und dahinter die FAZ; aber hinten ist in diesem Fall, wie gesagt, ziemlich weit vorne.

### 3.5 Phasen P1 bis P4: Rückblick und Überblick

Die Steigerungsfähigkeit des tagesaktuellen Wirtschaftsjournalismus der Qualitätszeitungen ist der erste starke Eindruck, den die Vier-Phasen-Analyse hinterlässt. Es ist kein künstlich-formalisierter, sondern ein sachlich ermittelter Befund, wenn wir die Bewertung der fünf Tageszeitungen zusammenfassen als eine aufsteigende Linie: Phase P1 liegt zwischen den beiden Kategorien schlechter und sehr schlecht, Phase P2 zwischen schlechter und Mindesterwartung, Phase P3 zwischen Mindesterwartung und besser, Phase P4 zwischen besser und sehr gut. Im direkten Vergleich war in allen vier Phasen die FTD unter den besseren und die FAZ unter den schlechteren. So dass sich dieser Endstand ergibt: FTD auf Platz eins, HB und TAZ auf Platz zwei, SZ auf vier, FAZ auf fünf.

Wir finden auch bei dem positiven Befund eines Lernprozesses, den wir als redaktionelle Leistung hervorheben, noch ein Haar in der Suppe: Die Redaktionen haben diesen Lernprozess nicht öffentlich thematisiert, sondern in jeder Phase ihres Lernens so getan, als seien sie voll auf der Höhe der Zeit.

Als zweiter starker Eindruck prägt sich ein, wie wenig eigene Deutungskompetenz sich HB, SZ und FAZ zutrauen. Die TAZ ist in andere Diskurse eingebettet, mit welchen sie auch nicht wesentlich souveräner umgeht als die drei anderen Zeitungen mit dem Mainstream. Die Ausnahme bildet die FTD, die Perspektivenwechsel anbietet, Deutungshorizonte aufreisst und ihrem Publikum nahelegt, sich eigene Gedanken zu machen. In einem traditionellen Verständnis von Orientierung als Vorgabe, wo es lang gehen kann und soll, leistet sie sich Desorientierung. Wir sind allerdings der Auffassung, dass das Denken und Kommunizieren auf Trampelpfaden modernen Lebens- und Arbeitsverhältnissen nicht mehr angemessen ist. Überpointiert: Klarheit durch Dummheit hat ihre Realitätstüchtigkeit verloren.

Der dritte und massivste Befund bleibt die Blauäugigkeit, mit der die Finanzmarktentwicklung beschrieben wurde. Wir haben das im Detail dargestellt und müssen es hier nicht wiederholen, wie sehr die Risiken des Finanzmarktes ausgeblendet wurden. Nur eines sei wiederholt: Eine Branche, die keine Branche wie jede andere ist, sondern die mit Geld und Krediten der gesamten Volkswirtschaft ein quasi-öffentliches Gut zur Verfügung stellt, hat in Deutschland in den vergangenen rund zehn Jahren ihren Charakter, ihre Regeln, ihre Ziele und ihre Geschäftsinhalte folgenreich geändert. Dass sich der tagesaktuelle Wirtschaftsjournalismus von Qualitätszeitungen nicht der Aufgabe stellte, diese gravierenden Veränderungen kontrovers, im Für und Wider, zu beschreiben, sondern dass er erst von einer globalen Krise zur Beschäftigung mit dieser Entwicklung gezwungen werden musste, bewerten wir als schwere Verfehlung der journalistischen Arbeit.

#### Wer kommt (nicht) zu Wort?

Eine Übersicht über häufiger, seltener oder gar nicht zitierte Wirtschaftsexperten spiegelt vorsichtige Ansätze der Pluralisierung, zugleich jedoch eine klare Vorliebe für Fahnenträger der herrschenden Meinung. Dass sich „Haus-Experten“ einzelner Redaktionen etablieren, ist ein normales Phänomen; wenn es unreflektiert, nicht vorübergehend ist, sondern ständig fortgeschrieben wird, allerdings auch ein problematischer Vorgang.

Tabelle 13: Zeitungen – Ökonomen in den Medien\*

		FAZ	FTD	HB	SZ	TAZ	Ges.
SINN	Ökonom und Präsident des Ifo-Instituts	0	4	1	11	0	16
RÜRUP	Ökonom und „Wirtschaftsweiser“	0	3	3	1	0	7
WALTER	Chefvolkswirt der Deutschen Bank	3	4	1	5	0	13
STRAUBHAAR	Chef Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut	0	3	0	0	0	3
HORN	Ökonom und Direktor des IMK	0	0	0	5	1	6
HÜTHER	Ökonom und Direktor des IW Köln	0	4	0	3	0	7
BOFINGER	Ökonom und „Wirtschaftsweiser“	0	8	0	5	9	22
FRANZ	Präsident ZEW Mannheim	0	0	1	0	0	1
ISSING	Ökonom und Ex-Chefvolkswirt der EZB	6	5	7	0	1	19
ZIMMERMANN	Präsident des DIW und Direktor des IZA	0	0	1	7	0	8
MAURO	Ökonomin und „Wirtschaftsweiser“	3	4	0	1	1	9
HEISE	Chef-Volkswirt Allianz Group	0	3	0	0	0	3
FLASSBECK	Chefvolkswirt UNCTAD	1	0	1	1	3	6
WEBER	Präsident der Deutschen Bundesbank	3	27	7	4	1	42
GERKE	Ökonom	0	0	0	7	0	7
STARK	Chef-Volkswirt EZB	3	1	3	0	0	7
SCHMIDT-HEBBEL	Chef-Volkswirt OECD	2	0	0	0	0	2
HELLWIG	Ökonom	0	1	0	0	0	1
HICKEL	Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft	0	0	0	0	0	0
HIERSCHEL	Chef-Volkswirt DGB	0	0	0	0	0	0

\* absolute Häufigkeit für Phase P1 bis P4

Wie oft kommen in unserem Material Gewerkschaften mit Aussagen zur Finanzmarktpolitik und -krise zu Wort? Mit vielen aussagekräftigen Nullen leuchtet die Tabelle, die das Resultat der Recherche nach einer Auswahl von Organisations- und Personennamen der Gewerkschaften und von Attac wieder gibt. Attac ist in der TAZ zweistellig, die FAZ glänzt mit einer Nulllösung, dafür hat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank in der FAZ und anderswo ein wenig mehr Raum.

Tabelle 14: Gewerkschafter, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisation\*

	FAZ	FTD	HB	SZ	TAZ	Ges.
DGB	0	0	2	2	1	5
SOMMER	0	1	1	2	5	9
IG Metall	0	0	0	2	1	3
HUBER	0	0	0	0	0	0
PETERS	0	1	0	0	0	1
VERDI	0	0	0	1	0	1
BSIRSKE	0	0	0	2	0	2
IG BCE	0	0	2	0	0	2
SCHMOLDT	0	0	2	0	0	2
ATTAC	0	1	0	8	10	19
und im direkten Vergleich Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann:						
<b>Ackermann</b>	<b>25</b>	<b>14</b>	<b>17</b>	<b>11</b>	<b>3</b>	<b>70</b>

\* absolute Häufigkeit für Phase P1 bis P4

Abbildung 7: Darstellung des Begriffs Ackermann für Phase P1 bis P4 als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:  
 Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff Ackermann verknüpft.

„Josef Ackermann, der unbeliebte Medienstar“ titelt Welt-Online am 2. Januar 2010 ([www.welt.de/wirtschaft/article5702889/Josef-Ackermann-der-unbeliebte-Medienstar.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article5702889/Josef-Ackermann-der-unbeliebte-Medienstar.html)). Die Tabelle verriet uns den Medienstar, die Wortwolke seines Namens in den fünf Qualitätszeitungen sagt nichts über Unbeliebtheit, sondern zeigt in aller Sachlichkeit den Chef der Deutschen Bank, der verteidigt und warnt, betont und ankündigt. Ob er eine Krise mit verursacht oder sich anschließend daran beteiligt, sie zu beheben – es sieht hier so aus, als erscheine er in den Qualitätszeitungen stets als kompetenter Sachwalter.

**Wie wechselt das Bild des Staates**

Der Bedeutungswandel der Finanzmarktpolitik, der sich forciert durch die Finanzmarktkrise vollzogen hat, ist an der ‚Eroberung‘ der vorderen Seiten in der „ZEIT“ nach dem September 2008 noch einmal gut ablesbar. Innerhalb unserer Auswertungszeiträume hat sich die Finanzmarktpolitik in allen fünf Zeitungen zwischen 1999 und 2008 nur 16 Mal auf Seite 1 wiedergefunden, vom September 2008 bis zum September 2009 sind es 69 Mal.

Tabelle 15: Artikel nach Seitenplatzierung\*

Medium	Seite 1			Seite 2			Seite 3			Seite 4			Gesamt Seite 1-4		
	Ges.	V.S. 08	A.S. 08	Ges.	V.S. 08	A.S. 08	Ges.	V.S. 08	A.S. 08	Ges.	V.S. 08	A.S. 08	Ges.	V.S. 08	A.S. 08
<b>FAZ</b>	22	5	17	4	0	4	7	1	6	3	2	1	36	8	28
<b>FTD</b>	12	2	10	2	0	2	0	0	0	0	0	0	14	2	12
<b>HB</b>	33	6	27	24	3	21	15	2	13	11	3	8	83	14	69
<b>SZ</b>	13	2	11	15	2	13	3	0	3	12	2	10	43	6	37
<b>TAZ</b>	5	1	4	6	3	3	7	0	7	7	2	5	25	6	19
<b>Gesamt</b>	<b>85</b>	<b>16</b>	<b>69</b>	<b>51</b>	<b>8</b>	<b>43</b>	<b>32</b>	<b>3</b>	<b>29</b>	<b>33</b>	<b>9</b>	<b>24</b>	<b>201</b>	<b>36</b>	<b>165</b>

\* Ges.= Gesamt V.S. 08=Vor September 2008 A.S. 08=Ab September 2008  
 absolute Häufigkeit für Phase P1 bis P4

Eine andere Seite dieses Bedeutungswandels der Finanzmarktpolitik ist das neue Bild des Staates vom Gefahrenherd zur Rettungsinstanz, das in der akuten Phase der Finanzmarktkrise Platz gegriffen hat. Ob an diesem Bild im Atelier der herrschenden Meinung lange gemalt wird, darf bezweifelt werden; schon jetzt möchten sich einige lieber wieder dem alten Motiv zuwenden. Vor der Krise und in der Vorkrise (Ereignisse 1 bis 10) kommt das Wort Staat in den fünf Tageszeitungen in unserem Material zusammengerechnet nur 33 Mal vor, in der Krise 273 Mal. Durch Lafontaines Rücktritt (1) und Münzferings Heuschreckenkritik (6) hat der Politikbegriff vor der Krise eine höhere Präsenz, doch auch hier ist die Steigerung in der Krise markant.

Tabelle 16: Die Begriffe Staat und Politik nach Ereignis-Zeiträumen\*

Ereignis	1		2		3		4		5		6		7		8		9		10		11		12		13		14		15		16		Ges.
	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S			
<b>Staat</b>	2	-3	3	-3	0	0	3		12		1	2		7	3	-8	60	30	66	7	24	-4	65	6	28						306		
<b>Politik</b>	29	8	11		1	0	7		36	7	2		10	5	12		11	-3	40	23	21	-3	40		32		24		299				

\* absolute Häufigkeit [=H] und Spezifität [=S]  
Ereignisse 1-16, Auswertungszeiträume und Phaseneinteilung sind erläutert auf S. 14ff.

Die Kookkurrenzanalysen des Wortes Staat für die Zeitphasen P<sub>3</sub> (2008) und P<sub>4</sub> (2009) lassen keine Missverständnisse offen: Der Staat muss als Retter eingreifen, lautet der Kernsatz.

Abbildung 8: Darstellung des Begriffs Staat für Phase P<sub>3</sub> als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurrenzanalyse:  
Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff Staat verknüpft.

Abbildung 9: Darstellung des Begriffs Staat für Phase P4 als Wortwolke\*



\* Ergebnisse der Kookkurrenzanalyse:  
Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Staat* verknüpft.

### Wo wird nach Gerechtigkeit gefragt

Dieser Vergleich ist auf den ersten Blick absurd und sagt im zweiten Nachdenken über die Finanzmarktpolitik eigentlich alles: Der Geldwert überschwemmt in Millionen, Milliarden, Billionen Euro und Dollar die Texte, und der Wert Gerechtigkeit ist eine Rarität. In den 822 Artikeln unseres Textkorpus werden das Wort Gerechtigkeit und verwandte Substantiva genau 38 mal benutzt, das Adjektiv gerecht und verwandte Eigenschaftswörter 43 Mal. Unter den Medien verwendet die FAZ Gerechtigkeitsbegrifflichkeiten am häufigsten – in der Regel, um sie zurück zu weisen. Außerdem ist unter den FAZ-Artikeln ein langer Namensbeitrag von Kurt Beck; um nicht zu Fliegenbeinzählern zu werden, verraten wir nicht, wie oft Gerechtigkeit darin vorkommt.

Tabelle 17: Der Begriff Gerechtigkeit nach Ereignis-Zeiträumen\*

Wortformen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Ges.
GERECHTIGKEIT	3	2	0	0	0	4	0	1	2	0	3	0	2	2	0	1	20
VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	3
GENERATIONENGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	2
GERECHTIGKEITSDEBATTE	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
GERECHTIGKEITSEMPFINDEN	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	2
UNGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	2
GERECHTIGKEITSGEFÜHL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
GERECHTIGKEITSIDEAL	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
GERECHTIGKEITSZUTEILUNG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
HANDELSGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
KLIMAGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
LEISTUNGSGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
UMVERTEILUNGSGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1

\* absolute Häufigkeit für Phase P1 bis P4  
Ereignisse 1-16, Auswertungszeiträume und Phaseneinteilung sind erläutert auf S. 14ff.

Tabelle 18: Das Wort gerecht nach Ereignis-Zeiträumen\*

Wortformen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Ges.
GERECHT	0	2	0	0	0	3	0	1	0	1	2	2	1	2	4	0	18
UNGERECHT	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	2	0	3	0	1	0	7
GERECHTE	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	0	1	5
UNGERECHTEN	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1	0	0	3
GERECHTEN	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	2
GERECHTES	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	2
GERECHTER	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
GERECHTERE	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
GERECHTERES	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
GERECHTERWEISE	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
SACHGERECHT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
UNGERECHTE	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1

\* absolute Häufigkeit für Phase P1 bis P4  
Ereignisse 1-16, Auswertungszeiträume und Phaseneinteilung sind erläutert auf S. 14ff.

Tabelle 19: Der Begriff Gerechtigkeit nach Medien\*

Wortformen	FAZ	FTD	HB	SZ	TAZ	Ges.
GERECHTIGKEIT	6	0	4	6	4	20
VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT	1	0	1	1	0	3
GENERATIONENGERECHTIGKEIT	2	0	0	0	0	2
GERECHTIGKEITSDEBATTE	1	0	0	0	1	2
GERECHTIGKEITSEMPFINDEN	1	1	0	0	0	2
UNGERECHTIGKEIT	2	0	0	0	0	2
GERECHTIGKEITSGEFÜHL	0	1	0	0	0	1
GERECHTIGKEITSIDEAL	1	0	0	0	0	1
GERECHTIGKEITSZUTEILUNG	0	0	1	0	0	1
HANDELSGERECHTIGKEIT	0	0	1	0	0	1
KLIMAGERECHTIGKEIT	0	0	0	0	1	1
LEISTUNGSGERECHTIGKEIT	1	0	0	0	0	1
UMVERTEILUNGSGERECHTIGKEIT	1	0	0	0	0	1

\* absolute Häufigkeit für Phase P1 bis P4  
Ereignisse 1-16, Auswertungszeiträume und Phaseneinteilung sind erläutert auf S. 14ff.

Der massenmediale Diskurs der fünf Qualitätszeitungen und die – zum Beispiel unter [www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/empisoz/mitteilungen/umfrage/](http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/empisoz/mitteilungen/umfrage/) abrufbaren (Schrenker/ Wegner 2009) – demoskopischen Ergebnisse in Sachen Gerechtigkeit fallen offenkundig auseinander. Wenn Medienmacher als Legitimation gerne sagen, sie könnten Medien nicht gegen ihr Publikum machen, dann setzen wir hier mit diesem Kontrast einen kritischen Schluss-Punkt.

#### 4. Auswertung Deutsche Presse-Agentur (DPA)

Der Agenturjournalismus sichert Minute für Minute die massenmediale Grundversorgung mit abdruck- oder sendefertigen Nachrichten. „Bezogen auf ein Optimum journalistischer Qualität haben Agenturnachrichten traditionell nicht das beste Image... überdurchschnittlich viele sachliche Fehler, mit Klischees überfrachtete und oft spröde Sprache, mangelnde Recherche, Nachrichten aus zweiter Hand – so oder ähnlich lauten die Vorwürfe, wobei aufgrund der Fließbandproduktion von Agenturnachrichten an schlechten Beispielen kein Mangel ist.“ (<http://www.agenturjournalismus.de/einfuehrung.html>) So vorgewarnt machen wir uns an die Auswertung der 212 uns vorliegenden Meldungen – und werden trotzdem noch enttäuscht. Für die Darstellung orientieren wir uns wie-



der an den vier Phasen P1 bis P4 und ziehen dabei gelegentlich einen Vergleich mit den Ergebnissen der Qualitätszeitungen. Die Ereignisse und ihre Auswertungszeiträume, die wir ausgewählt haben, sind dieselben wie für die Analyse der Tageszeitungen. Im Kapitel II „Forschungsdesign“ wurden sie im Überblick vorgestellt.

#### Anzahl DPA-Meldungen (M) nach Ereignissen (E) und Phasen (P)\*

	P1								P2		P3				P4						
E	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Ges.	P 1	P 2	P 3	P 4
M	14	16	4	6	6	17	18	0	7	21	24	5	28	16	4	26	212	8 1	2 8	7 3	4 6

\* Der Zeitraum 14 wird sowohl in Phase P3 als auch in Phase P4 mitgezählt.

#### 4.1 Quantitative Fundstücke und qualitative Untersuchung

In der Phase P1 (von Oskar Lafontaines Rücktritt im März 1999 bis Angela Merkels Regierungserklärung Ende November 2005) kommen *Wirtschaft*, *Deutschland* und *Unternehmen* – in dieser Rangfolge – auch bei DPA in der oberen Hälfte der Top 25-Substantive vor. Der Nachrichtencharakter der DPA-Meldungen und der Blick der Agentur auf eine breite Kundschaft, die weit über Qualitätszeitungen hinaus geht und die Sparten der Regional- und Boulevardmedien mit umfasst, bilden den Hintergrund für eine modifizierte Wortwahl. Diese Veränderungen – mit der Tendenz zur Popularisierung durch Personalisierung – spiegeln sich in der Rangliste der häufigsten Hauptwortverwendungen. Eigennamen (Müntzefering, Schröder, Merkel, Stoiber) kommen in den 81 Meldungen der Phase P1 und auch in späteren Phasen signifikant häufiger vor als in den Tageszeitungen.

Zwischengeschaltet hier ein methodischer Hinweis: Dass es Oskar Lafontaine gleichwohl nicht unter die Top 25 schafft, hat etwas mit unserer Textauswahl zu tun, erlaubt aber zugleich einen informativen Rückschluss auf die DPA-Berichterstattung: „Lafontaine“ war für uns ein Suchkriterium primär im Kontext des Themas Finanzmarkt im weitesten Sinn. Wenn DPA in den Tagen nach Lafontaines Rücktritt Finanzmarktaspekte seltener angesprochen hat, dann ist die Anzahl der ausgewählten Meldungen entsprechend kleiner. Drastisch schlägt dieses Auswahlkriterium im Zeitraum 8 (Regierungserklärung Merkel) durch; in der Rubrik Anzahl der Meldungen steht für diesen Ereigniszeitraum eine Null (siehe oben); dadurch fällt es bei DPA unmittelbar auf, es ist bei den Qualitätszeitungen jedoch nicht anders. Für die fünf Zeitungen haben wir im gesamten Auswertungszeitraum der Regierungserklärung nur sieben Artikel gefunden.

Offensichtlich – und damit sind wir wieder in der Inhaltsanalyse - spielt in der Berichterstattung über die Regierungserklärung, wie in dieser selbst, der Finanzmarkt überhaupt keine Rolle. Wann berichtet eine Agentur, wann berichten Massenmedien über etwas, das nicht gesagt wurde? Nur dann, wenn es überhaupt als Lücke wahrgenommen wird, wenn das Weglassen als Missachtung einer öffentlichen Erwartung empfunden wird. Das war für das Thema Finanzmarktpolitik bei Merkels Regierungserklärung 2005 offenkundig nicht der Fall.

Tabelle 20: Phase P1, DPA – Die 25 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen\*

Begriff	1		2		3		4		5		6		7		8		Ges.
	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	
MÜNTEFERING	0		0		0		0		0		48	39	47	23	0		95
SPD	0		8		1		0		1		19	8	64	39	0		93
Prozent	15		55	14	0		4		3		5		10	-4	0		92
KOALITION	0		4		0		0		1		0		79	***	0		84
SCHRÖDER	16	7	21	8	2		0		0		8		30	12	0		77
UNION	0		18	4	2		0		5		8		37	14	0		70
KRITIK	3		3		0		2		0		29	20	23	7	0		60
WIRTSCHAFT	7		11		0		2		1		27	12	10		0		58
MERKEL	0		10		0		0		0		1	-4	45	6	0		56
DEUTSCHLAND	6		10		3		6		6		9		16		0		56
Euro	26	8	10		0		8	3	2		0		9		0		55
UNTERNEHMEN	4		12		2		2		1		29	17	1	-4	0		51
STEUERREFORM	7	3	42	38	0		0		2		0		0		0		51
Milliarden	0		30	3	0		7		3		1	-5	3	-9	0		44
BERLIN	3		13		0		1		1		5		20	4	0		43
STOIBER	0		8		0		0		1		6		27	18	0		42
Jahr	1		28	12	1		1		6	4	1		1	-4	0		39
BUNDESRAT	1		26	16	1		1		6	5	0		2		0		37
ZUSTIMMUNG	0		19	9	0		2		0		0		14	4	0		35
BUNDESREGIERUNG	2		20	7	0		0		4		4		4		0		34
PARTEI	1		3		0		0		0		4		26	16	0		34
KOALITIONSVERTRAG	0		1		0		0		0		0		30	30	0		31
MARKT	4		27	27	0		0		0		0		0		0		31
LÄNDER	2		18	6	0		0		3		0		4		0		27
DELEGIERTEN	0		0		0		0		0		0		27	28	0		27

\* absolute Häufigkeit [=H] und Spezifität [=S]  
 Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Deutungspotential für unsere Zwecke.

Was bei DPA hervorsteht, ist die Tatsache, dass sich unter den 25 meist benutzten Substantive kein einziges aus dem direkten semantischen Umfeld des Finanzmarktes befindet. In den fünf Qualitätszeitungen sind es immerhin sechs (Hedgefonds, Banken, Investoren, Anleger, Börse, Fonds). Dieser Befund ist umso aufschlussreicher, als in der DPA-Wortwolke um den Begriff Deutschland das Wort „Finanzplatz“ sehr präsent ist. Das spricht dafür: Die Finanzmarkt-Berichterstattung der DPA steht noch stärker als die der Qualitätszeitungen in dem Deutungsrahmen eines weltweit wettbewerbsfähigen Finanzplatzes Deutschland – eine andere Perspektive kommt nicht vor.

Abbildung 10: DPA – Wortwolke um den Begriff Deutschland für Phase P1\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:

Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Deutschland* verknüpft.

Die Entwicklungen auf dem globalen Finanzmarkt sind für DPA bis 2007 entweder kein Thema oder kein Problem. Die Frage nach einer journalistischen Frühwarnfunktion stellt sich für den Agenturjournalismus gewiss anders als für Qualitätsmedien. Aber der Unterschied zwischen Nichtwarnen und Nichtwahrnehmen ist auch für eine Presseagentur beachtlich. In der Phase P1 hat DPA Finanzmarktpolitik nicht auf dem Bildschirm. Anlässlich des Rücktritts von Oskar Lafontaine beispielsweise macht DPA mit Eifer nur Eines, mit immer neuen Quotes die Erleichterung bis Begeisterung von Wirtschafts- und Finanzakteuren zu beschreiben.

*„Der Buhmann ist weg. Der unerwartete Rücktritt von Oskar Lafontaine hat an der Börse ein Kursfeuerwerk ausgelöst. ‚Das ist wie ein Befreiungsschlag‘, freute sich ein Aktienhändler auf dem Frankfurter Parkett...“ (12.3.1999, DPA 0451)*

*„Am Devisenmarkt herrschte Erleichterung über den Abschied Lafontaines. ‚Das wurde sehr positiv aufgenommen. Er galt doch als schädlich für die deutsche und europäische Wirtschaft‘, sagte ein Frankfurter Händler.“ (12.3.1999, DPA 0128)*

*„Der Chef der Versicherungs-Arbeitgeber, Hans Schreiber, sagte, dies sei ‚einer der schönsten Tage meines beruflichen Lebens‘. Dagegen reagierten Gewerkschaften mit Bedauern und Sorge, aber auch mit Kritik an Lafontaines Rückzug. ‚Davonlaufen ist nicht Sache von Sozialdemokraten‘, sagte der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel.“ (12.3.1999, DPA 0485)*

*„Lafontaine-Rücktritt beflügelt auch den Kunstmarkt in Maastricht: Nach der Meldung vom Rücktritt von Oskar Lafontaine kommentierte die Händlerszene freudig: ‚Das war der absolut richtige Moment für die Messe.‘ Der profilierte Münchner Altmeister-Spezialist Konrad Bernheimer meinte im Gespräch zur ‚Bombe‘ aus Bonn, die Marktstimmung sei nicht nur im deutschen Kunsthandel, ‚sondern quer durch Europa‘ jetzt noch besser geworden.“ (12.3.1999, DPA 0284)*

Für die Folgejahre gilt, die Entwicklungen auf dem Finanzmarkt bleiben unbeobachtet oder es wird alles in Ordnung befunden: Die Politik geht ihren gewöhnlichen Gang und der Finanzmarkt ist in guten Händen.

*„Das geplante Gesetz zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland hat am Mittwoch eine wichtige Hürde genommen. Der Finanzausschuss des Bundestags stimmte dem Regierungsentwurf zu. Mit dem Gesetz soll die Position der deutschen Börsen und ihrer Marktteilnehmer im internationalen Wettbewerb gestärkt und der Schutz der Anleger verbessert werden. SPD und Grüne befürworteten im Ausschuss den Entwurf in geänderter Fassung, Union und FDP lehnten ihn weiterhin ab, die PDS enthielt sich. Am Freitag soll der Bundestag über das Gesetz abstimmen.“ (20.3.2002, DPA 0520)*

*„Die neuen Kreditvergaberegeln (Basel II) werden nach Ansicht der Bundesbank das Finanzsystem in Deutschland und weltweit stabilisieren. Das Regelwerk, das von Ende 2006 an gelten soll, werde zur Stärkung beitragen, sagte Bundesbank-Vorstand Edgar Meister am Dienstag in Frankfurt. Unter den neuen Bedingungen, die derzeit beim Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht erarbeitet werden, werde auch weiter die flächendeckende Kreditversorgung in Deutschland sichergestellt.“ (6.5.2003, DPA 0367)*

Auch die ‚Heuschrecken-Debatte‘ schreckt DPA nicht auf. Sie wird als reine innenpolitische Auseinandersetzung dargestellt ohne begleitende Sachinformationen über die Entwicklungen des Finanzmarktes.

*„Union und FDP attackieren weiterhin die jüngste Kritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering an der ‚Macht des Kapitals‘ und dem zunehmenden Einfluss der Wirtschaftsverbände. CSU-Chef Edmund Stoiber nannte die Äußerungen am Montag ‚außerordentlich schädlich‘ im Ausland und der EU. ‚Wer solche Kritik äußert, müsste eigentlich den Binnenmarkt schließen und die nationalen Grenzen wieder hochziehen.“ (18.4.2005, DPA 4503)*

*„Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) sagte: ‚Ich unterstütze die Aussagen von Müntefering, hätte aber andere Worte gewählt.‘ FDP-Chef Guido Westerwelle sagte dagegen, Münteferings ‚Beschimpfungen von Investoren‘ seien ‚schädlich für unser Land‘. Der SPD-Vorsitzende bereite seine Partei offensichtlich auf die Opposition vor. Der CDU-Wirtschaftsrat erklärte, Müntefering sei ‚am Ende und hat die verzweifelte Flucht in die Klassenkampfromantik angetreten‘. Dabei habe er den Blick für die Realitäten verloren.“ (18.4.2005, DPA 4545)*

Im letzten Absatz der einen und anderen Meldung schaffen es auch ‚linke Stimmen‘ zu Wort zu kommen.

*„Die SPD-Linke dringt auf konkrete Schritte zur Eindämmung spekulativer Finanzgeschäfte. Ihre Sprecherin Andrea Nahles sagte dem Handelsblatt (Dienstag): ‚Es muss Folgeschritte zur Einführung einer europaweiten Mindestbesteuerung für Unternehmen und zur internationalen Regulierung von Devisentransaktionen geben.“ (18.4.2005, DPA 4583)*

Spekulative Finanzgeschäfte? Internationale Regulierung von Devisentransaktionen? Keine Themen für DPA.

In der Phase P2 spielt für die DPA-Berichterstattung über den G8-Gipfel in Heiligendamm (Ereignis 9) Geld im allgemeinen und der Finanzmarkt im besonderen offenkundig keine Rolle, erst im Zusammenhang mit der EZB-Krisenintervention (Ereignis 10) tritt das einschlägige Vokabular auf, wie die Auswertung der 25 häufigsten Hauptwörter, nach beiden Zeiträumen differenziert, anzeigt. Die signifikanten finanzmarktpolitischen Begriffe kommen entweder in dieser Phase überhaupt nicht vor, wie Hedgefonds, oder weisen im Zeitraum des G8-Gipfels die Null-Verwendung auf.



An der Berichterstattung über die EZB-Krisenintervention tritt aber auch hervor, wie sehr sich DPA in der Finanzmarktpolitik als offizielles Sprachrohr versteht. Die Agentur profiliert sich als Tranquilizer und komponiert ihre Meldungen durchgängig nach dem Motto: Keine schlechte Nachricht ohne Beruhigungsformel. Eine kleine Auswahl:

*„Wegen der Turbulenzen an den Finanzmärkten infolge der US-Immobilienkrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) erstmals seit sechs Jahren wieder massiv am Geldmarkt eingegriffen... Nach Ansicht von Beobachtern will die EZB damit die Marktteilnehmer beruhigen...“ (9.8.2007 DPA 0961)*

*„Die von den USA ausgehende Kreditkrise hat Europa erreicht – und wurde gleich gebremst. Wegen des Engpasses einiger Banken sprang die Europäische Zentralbank (EZB) als Retter in der Not ein und drehte den Geldhahn auf... Die jetzige Notoperation gilt unter Experten an den europäischen Finanzplätzen als gelungen. Sie sehen daher keinen Grund zur Panik und rechnen nicht mit einer Ausbreitung der Krise.“ (10.8.2007, DPA 0491)*

*„Sorge an Finanzmärkten hält an – Experten sehen Gefahr aber gebannt. Vieles spreche dafür, dass es sich beim Überschwappen der US-Immobilienkrise ‚nicht um ein länger anhaltendes Unwetter, sondern lediglich um ein reinigendes Gewitter‘ handele, schreibt der Chef des Deutschen Aktieninstituts, Rüdiger von Rosen, in einem Gastkommentar für die ‚Frankfurter Neue Presse‘. Der Wirtschaftsweise Bert Rürup befürchtet nicht, dass die Krise an den Finanzmärkten den Aufschwung in Deutschland bremsen wird. ‚Noch sehe ich keine gravierenden Auswirkungen auf die robuste Konjunktur in Deutschland‘, sagte Rürup der ‚Berliner Zeitung‘ (Samstag) Auch eine nachhaltige Wende an den seit Monaten boomenden Börsen sehen Experten nicht. Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Norbert Walter sagte der ‚Neuen Presse‘ (Wochenendausgabe): ‚Es ist immer noch sehr viel Geld im Markt, für das rentable Anlagen gesucht werden.‘ Auch Rürup zeigte sich überzeugt: ‚Die Krise wird auf die Finanzmärkte beschränkt bleiben, zumal sich die EZB außerordentlich klug verhält und den Markt ausreichend mit Liquidität versorgt.‘“ (11.8.2007, DPA 0181)*

*„Bundesregierung, Bundesbank und Wirtschaftsverbände rechnen derzeit nicht mit negativen Einflüssen auf die deutsche Konjunktur.“ (14.8.2007, DPA 0578)*

DPA blendet kritischere Stimmen nicht gänzlich aus. Die beiden folgenden Zitate sind jedoch keine Beispiele, sondern alles, was wir in der Phase P2 gefunden haben.

*„Einige Ökonomen befürchten jedoch negative Einflüsse für die Weltkonjunktur. ‚Wenn die Banken bei der Kreditvergabe jetzt plötzlich von großer Freigebigkeit zu großer Vorsicht umschalten, kann das den Investitionsprozess empfindlich stören. Und das schädigt die Konjunktur‘, warnte Gustav A. Horn, Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). ‚Es wäre insbesondere für die Arbeitslosen fatal, wenn der Aufschwung durch das Treiben von Finanzjongleuren verspielt würde.‘“ (13.8.2007, DPA 0546)*

*„Das globalisierungskritische Netzwerk Attac forderte angesichts der Turbulenzen eine strenge Bankenaufsicht und gesetzliche Kontrolle der Finanzmärkte. Der hochspekulative Markt für ‚Ramsch-Hypotheken‘ (subprime-Markt) müsse verboten werden. ‚Vordergründig ist die Krise entstanden, weil finanzschwache Häuslebauer in den USA ihre Raten nicht mehr bezahlen können. Die eigentliche Ursache aber ist die politisch gewollte Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte‘, sagte Detlev von Larcher vom Attac-Koordinierungskreis. Die Gier nach hohen Profiten treibe die Jongleure auf den Finanzmärkten zu Geschäften mit höchstem Risiko wie dem Handel mit ungesicherten Hypotheken. ‚Es handelt sich um ein Lotteriespiel auf dem Finanzmarkt. Echtes Lotto unterliegt allerdings gesetzlichen Regelungen und strenger Aufsicht‘, sagt von Larcher.“ (14.8.2007, DPA 0405)*

„Wiederholt“ meint in der DPA-Wortwolke zur Krise für die Phase P<sub>3</sub> (Abbildung 12) übrigens öfter „nicht wiederholt“: Die beispielsweise von Bundeskanzlerin Merkel häufig gebrauchte Formulierung „damit sich eine solche Krise nicht wiederholt“ trägt hier zur Kumulation bei. Daneben gibt es aber auch Zufallsnähe, etwa in dem Satz: „China bezweifelte in der Krise wiederholt die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA in der Welt.“ Ablesbar ist auch, dass DPA den Nachrichtenwert seiner Krisenberichterstattung gerne mit den Adjektiven „schwersten“ und „ernst“ unterstützt.

Abbildung 12: DPA – Wortwolke um den Begriff Krise für Phase P<sub>3</sub>\*



\* Ergebnisse der Kookkurenzanalyse:  
Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Krise* verknüpft.

Das Meldungs-Muster ‚keine schlechte Nachricht ohne bessere Aussicht‘ hält DPA sogar im Zeitraum des Lehman-Bankrotts weitgehend durch.

„Die Finanzkrise hat am ‚schwarzen Montag‘ in der US-Bankenwelt einen neuen Höhepunkt erreicht. Als Folge der US-Immobilienkrise scheiterten zwei der größten und traditionsreichsten US-Investmentbanken: Nach vergeblichen Rettungsversuchen musste die über 150 Jahre alte Bank Lehman Brothers Insolvenz anmelden. Die drittgrößte Investmentbank Merrill Lynch wurde von der Bank of America aufgekauft. Die Hiobsbotschaften lösten weltweit Schockwellen an den Börsen aus. ‚Die Vertrauenskrise ist wieder da‘, hieß es... Verbraucherschützer in Deutschland, Bundesregierung und hiesige Finanzaufsicht beruhigten die Bankkunden. Es gebe ‚keinen Grund zur Panik‘.“ (15.9.2008, DPA 0746)

„Die Finanzmarktkrise greift immer weiter um sich. Die Notenbanken mussten am Dienstag fast 150 Milliarden Euro in den Geldmarkt pumpen, um eine Kreditklemme zu verhindern. Die Weltbörsen setzten ihre Talfahrt fort... Die Auswirkungen der Krise auf Deutschland hält Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) für begrenzt. Die weltgrößte Investmentbank Goldman Sachs sorgte unterdessen für etwas Hoffnung. Sie meldete am Dienstag für das abgelaufene Quartal zwar einen Gewinneinbruch um 70 Prozent, verdiente mit 845 Millionen Dollar aber immer noch gut.“ (16.9.2008, DPA 0746)

*„Die deutsche Wirtschaft wird nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) von den jüngsten Turbulenzen auf dem US-Finanzmarkt ‚nicht völlig unberührt‘ bleiben. Bisher seien die Auswirkungen allerdings ‚moderat‘, sagte Merkel am Mittwoch in der Generaldebatte über den Haushalt 2009 im Bundestag. ‚Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit‘, sagte die Kanzlerin.“ (17.9.2008, DPA 4149)*

Die Kritik kann natürlich nicht sein, den Boten DPA für die Botschaft der Kanzlerin verantwortlich zu machen. Der problematische Punkt ist, dass die vielen anderen, die warnen, wenig bis gar nicht stattfinden.

Für die Höhepunkte der Finanzmarktpolitik nach dem globalen Ausbruch der Krise, die G20-Gipfeltreffen, hält der DPA-Journalismus ein dramaturgisches Muster bereit, das ihm die Recherche tatsächlicher Abläufe und die Auseinandersetzung mit Inhalten weitgehend erspart. Die Berichterstattung folgt der klassischen Aufmerksamkeits-Dramaturgie, mit der jedes Dorftheater den Beifall seines Publikums gewinnt: Hohe Erwartungen aufbauen, das mögliche Scheitern an die Wand malen, Hoffnung aufkommen lassen, den Erfolg begrüßen. Für die G20-Gipfel in London und Pittsburgh veranschaulichen wir diese Struktur; es handelt sich um Leadsätze von DPA-Meldungen, in Einzelfällen mit einer knappen Erweiterung aus dem Folgetext.

### **ERWARTUNGEN!**

London

*„Vor dem G20-Gipfel der größten Wirtschaftsnationen macht Deutschland weiter Druck für eine weltweite Überwachung der Finanzbranche.“ (31.3.2009)*

*„Bundeskanzlerin Angela Merkel will auf dem am Mittwoch beginnenden G20-Gipfel der größten Wirtschaftsnationen eine konsequente und nachprüfbare Überwachung der Finanzbranche durchsetzen.“ (31.3.2009)*

*„Deutschland macht wie Frankreich massiv Druck für konkrete Ergebnisse des Weltfinanzgipfels in London.“ (1.4.2009)*

Pittsburgh

*„Vor dem heute im amerikanischen Pittsburgh beginnenden Weltfinanzgipfel der 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) klare Regeln für den Finanzmarkt gefordert.“ (24.9.2009)*

*„Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den G20-Gipfel in Pittsburgh als ‚entscheidende Wegmarke‘ für eine bessere Kontrolle von Banken und Finanzmärkten bezeichnet... Deutschland befürchtet, dass Briten und Amerikaner beim Gipfel härtere Regeln für die Finanzbranche blockieren.“ (24.9.2009)*

### **SCHEITERN?**

London

*„Der Krisen-Gipfel der führenden Wirtschaftsmächte der Erde (G20) droht zur politischen Belanglosigkeit zu werden.“ (1.4.2009)*

*„Die führenden Wirtschaftsmächte (G20) verlässt im Kampf gegen die schwerste ökonomische Krise seit dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich der Mut zu schmerzlichen Reformen des globalen Finanzsystems.“ (1.4.2009)*

Pittsburgh

*„Kosmetik statt Radikalumbau: Die 20 führenden Wirtschaftsnationen (G20) drohen mit dem Projekt einer generalüberholten Weltfinanzordnung zu scheitern.“ (24.9.2009)*



**HOFFNUNG?**

London

„Die Verhandlungen der 20 stärksten Wirtschaftsnationen (G20) über eine tiefgreifende Reform des weltweiten Finanzsystems kommen voran.“ (2.4.2009)

Pittsburgh

„Die 20 stärksten Wirtschaftsnationen (G20) streiten über eine neue Weltfinanzordnung. Zu Beginn des G20-Gipfels in Pittsburgh zeigten die Staats- und Regierungschefs aber durchaus den Willen zum Kompromiss.“ (25.9.2009)

**ERFOLG!**

London

„Gegen den langen Widerstand von Großbritannien und anderen Ländern hat sich Deutschland auf dem G20-Weltfinanzgipfel mit seinen Forderungen nach einer strengen Regulierung der Finanzmärkte weitgehend durchgesetzt.“ (2.4.2009)

„Nach Jahren exzessiver Gewinne wird die internationale Finanzwirtschaft an die Kandarre genommen. Die 20 stärksten Industrienationen (G20) einigten sich am Donnerstag in London darauf, Steueroasen zu bekämpfen, die Spielregeln auf den Märkten und die Aufsicht zu verschärfen sowie üppige Managergehälter zu stützen.“ (2.4.2009)

Pittsburgh

„Nach Jahren sagenhafter Gewinne und Gehälter müssen Banken und ihre Manager rund um den Globus künftig kleinere Brötchen backen.“ (25.09.2009)

„Optimismus nach G20-Gipfel: Das Treffen der 20 führenden Wirtschaftsmächte in Pittsburgh hat nach Ansicht von US Präsident Barack Obama entscheidende Weichen für eine Erholung der Weltwirtschaft gestellt.“ (27.9.2009)

Unsere Forschungsfragen nach der Beschreibung der Krise und der Krisenbewältigung beantwortet das DPA-Material ebenso eindeutig wie einfach – immer auf Regierungslinie. An der Spitze der häufigsten Wörter steht bei DPA in den Phasen P3 und P4 „Merkel“ (vor „Obama“), überboten in der Phase der offenen Krise nur von „Milliarden“.

Tabelle 22: Phase P3, DPA – Die 10 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen\*

Begriff	11		12		13		14		Ges.
	H	S	H	S	H	S	H	S	
Milliarden	51	3	0		85	13	10	-4	<b>146</b>
MERKEL	16	-5	12		27		53	10	<b>108</b>
Dollar	51	11	0		42	6	8		<b>101</b>
OBAMA	4	-7	5		46	7	40	10	<b>95</b>
Prozent	62	6	10		10	-9	9	-5	<b>91</b>
USA	25		7		18		30	4	<b>80</b>
KRISE	19		2		23		36	9	<b>80</b>
BANKEN	44		0		25		7	-5	<b>76</b>
Euro	26		0		49	6	1	-8	<b>76</b>
DEUTSCHLAND	25		1		14	-4	29	4	<b>69</b>

\* absolute Häufigkeit [=H] und Spezifität [=S]

Rechtsbündig und in Normalschrift stehen Substantive ohne Deutungspotential für unsere Zwecke.

Tabelle 23: Phase P4, DPA – Die 10 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen\*

Begriff	14		15		16		Ges.
	H	S	H	S	H	S	
MERKEL	53	10	1		44	5	98
OBAMA	40	10	20	11	24		84
USA	30	4	7		39	6	76
KRISE	36	9	2		30	5	68
G20-GIPFEL	31	14	0		36	16	67
BANKEN	7	-5	3		55	9	65
PITTSBURGH	0		3		61		64
DEUTSCHLAND	29	4	1		27		57
LONDON	45	25	2		9		56
STEINBRÜCK	25	6	0		30	7	55

\* absolute Häufigkeit [=H] und Spezifität [=S]

Der Deutungsrahmen für die Krise wird von zwei Grundannahmen getragen: Die Krise ist made in USA, die richtige Antwort auf die Krise made in Germany. Unter Zugabe von Trivialisierungstropfen liest sich die Krisenbeschreibung dann so:

*„Amerikanische Häuslebauer haben somit den gesamten europäischen Bankensektor in Unruhe gebracht. Das belegt die zunehmende Verflechtung der Finanzmärkte weltweit.“ (10.8.2007, DPA 0491)*

Auf der einen Seite stehen die Verursacher der Krise, die sich gegen erfolgversprechende Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Finanzkrisen sträuben; auf der anderen Seite die schuldlos in Mitleidenschaft Gezogenen, welche Regulierung und Kontrolle durchzusetzen versuchen. Diese Geschichte – sie hat den Vorteil, einen wahren Kern zu haben – dürfen die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister bei DPA zu jedem aktuellen Anlass erzählen.

*„Dem ‚Münchner Merkur‘ (Montag) sagte Merkel: ‚Ich kritisiere das Selbstverständnis der Finanzmärkte. Leider haben sie sich freiwilligen Regelungen zu lange widersetzt, unterstützt von den Regierungen in Großbritannien und den USA.‘ Sie habe schon während der deutschen G8-Präsidentschaft im vergangenen Jahr auf mehr Transparenz bei Geldgeschäften, Ratingagenturen und Hedgefonds gedrängt. Die angelsächsischen Länder hätten diese Vorschläge aber nicht ausreichend unterstützt.“ (21.9.2008, DPA 4294)*

Zum Abschluss die Wortwolke um den Begriff Krise in der Phase P4. Auch der Blick in den Himmel, in die Wortwolken, funktioniert nicht ohne Deutungsleistung: DPA meldet keineswegs, dass die Krise überwunden ist. Der repräsentative Kontext für ‚überwunden‘ lautet vielmehr – hier als Obama-Äußerung -, es sei noch unklar, wann die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg überwunden werde.

Abbildung 13: DPA – Wortwolke um den Begriff Krise für Phase P4\*



\* Ergebnisse der Kookkurrenzanalyse:

Je größer die Worte, desto höher ist ihre Spezifität, umso mehr sind sie mit dem Begriff *Krise* verknüpft.

## 4.2 Bewertung

Die finanzmarktpolitische DPA-Berichterstattung ist Verlautbarungsjournalismus. Ihre Substanz bildet eine ereignisbezogene Zitatensammlung bekannter Politiker und Experten; insofern ähnelt sie stark der Machart und dem Niveau von „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ (vgl. das folgende Kapitel). Äußerungen von Wirtschaftsakteuren zur Einschätzung der Lage als einzige journalistische Leistung zu präsentieren, haben wir bei den Zeitungen als unzureichend bemängelt. DPA geht einen Schritt weiter in die falsche Richtung und macht es mit den Politikakteuren genau so. Im wesentlichen sind es stets die Darstellungen der Regierung, die als Nachrichten angeboten werden; im weiteren Verlauf der Meldung wird dann in der Regel die Opposition zitiert und gelegentlich am Ende eine außerparlamentarische Stimme. Deutungshoheit in der Finanzmarktpolitik hat die Regierung, ihrer Interpretationslinie passt DPA sich an wie der Autofahrer im Nebel dem weißen Mittelstreifen. Das Stichwort „Risiko“ beispielsweise taucht in unserem DPA-Material mit Blick auf den Finanzmarkt zum ersten Mal am 3. Juni 2007 auf im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm: Bundeskanzlerin Merkel spricht über „die Risiken für das weltweite Finanzsystem“ und Finanzminister Steinbrück über „mögliche systemische Risiken für die Finanzstabilität“; Merkel in einem SZ-, Steinbrück in einem „Spiegel“-Interview, die von DPA zitiert werden.

In Summa: Die Informationsleistung von DPA in Sachen Finanzmarktpolitik ist hoch defizitär, die Orientierung, die DPA in diesem Zusammenhang gibt, ist Desorientierung, der finanzmarktpolitische DPA-Journalismus ist Trivialjournalismus.

## 5. Auswertung ARD (Tagesschau und Tagesthemen)

Für viele Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer Fernsehnachrichten zu machen, ist journalistisch etwas nennenswert anderes, als für einige Hunderttausend Leserinnen und Leser im Zeitungsformat zu berichten und zu kommentieren. Die journalistischen Kernfunktionen Information und Orientierung bleiben gleichwohl zu erfüllen. Insgesamt haben wir in den beiden Formaten „Tagesschau“ (TS) und „Tagesthemen“ (TT) 141 Beiträge gefunden, deren Themenauswahl die Vermutung nahelegte, Finanzmarktpolitik könnte angesprochen werden, den Hauptanteil (61) natürlich in der Phase P3, also in der Phase der offenen Krise.

Die Aufgabe der Selektion, die Auswahl der Themen und Beiträge, die ‚gesendet‘ werden, stellt sich für die Redaktion ARD-Aktuell um ein Vielfaches härter als in einer Agentur-Redaktion, auch viel schärfer als in einer Tageszeitungs-Redaktion. Man kann sagen, die Selektion ist die größte Aufgabe der Redaktion ARD-Aktuell, neben der Aufgabe ihrer Korrespondenten und Wort-Redakteure, in kürzesten Zeiteinheiten etwas in sich Schlüssiges und Sinnvolles zu sagen, das zudem gegen die Kraft der Bewegtbilder bestehen sollte. Weil die Selektion so entscheidend ist, deshalb kommt es bei der Analyse und Bewertung auch sehr darauf an, zu sehen und zu beurteilen, was stattdessen gesendet wurde, wenn Finanzmarktpolitik ausgeblendet blieb oder unseres Erachtens zu kurz kam und vielleicht aufgrund der Kürze unverständlich bleiben musste. Die Darstellung der Analyse wird so für Leserinnen und Leser etwas anstrengender, weil ihnen eine große Zahl thematischer Stichwörter vor die Augen kommt, die weit jenseits unseres Themenfokus herumschwirren. Die Selektionsproblematik führt auch dazu, dass die Analyse unmittelbar ereignisorientiert vorgenommen werden muss und dadurch kleinteiliger wirkt. Schließlich wiederholen wir in einigen Passagen aus vorherigen Teilen der Untersuchung, um die TS/TT-Analyse für sich alleine lesbar und verständlich zu machen.

Die Ereignisse 3 und 5 wurden nicht analysiert, da die entscheidenden Stichwörter nicht angezeigt wurden bei der Datenbanksuche. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass der eine oder andere Bericht gesendet wurde. Wir gehen, unter anderem aufgrund der Bedeutung der Ereignisse, nicht davon aus, dass die Bewertung dadurch tangiert werden würde.

### 5.1 Darstellung, Analyse und Zwischenbemerkungen

**Ereignis 1:** Rücktritt von Oskar Lafontaine, Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzender, von allen Ämtern am 12.3.1999; dabei spielte indirekt in den Begründungen von Lafontaine im Nachhinein und auch in den unmittelbaren Reaktionen (siehe ‚kleines Feuerwerk‘ an den Börsen) auch die operative Finanzmarktpolitik eine Rolle. (Auswertungszeitraum vom 12.3. bis 19.3.1999)

12.3.1999:

Am Tag des Rücktrittes, am 12.3.1999, beschäftigen sich die TT in Verbindung mit dem „Bericht aus Bonn“ ausführlich mit diesem Thema. Es kommen der Bundeskanzler und zahlreiche Politiker der SPD, der Grünen, der FDP und der Union zu Wort.

Im Mittelpunkt stehen das Rätselraten über den Rücktritt, die Folgen für die innerparteiliche Balance, die neuen Personalentscheidungen und das Festhalten an der Koalition, an deren Politik, unter anderem an der vereinbarten Steuerreform. Das Statement von Kanzler Schröder, zudem neuer SPD-Vorsitzender, in den TT: „Die programmatischen Grundlagen, die Grundlagen für die Regierungsarbeit ergeben sich aus dem Koalitionsvertrag, und der steht nicht in Frage, so wenig wie die Koalition selbst in Frage steht.“ Das hier interessierende Thema spielt keine Rolle.

14.3.1999:

Auch in der TS und den TT vom 14.3. findet es nicht statt. In diesen beiden Sendungen wird eine lange Stellungnahme von Oskar Lafontaine gesendet, in der er auf diesen Punkt ebenfalls nicht eingeht.

15.3.1999:

In den TT vom 15.3. wird SPD-Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner die Frage gestellt, ob es nun einen Wechsel in der Finanzpolitik gebe. Schreiner greift diese Frage jedoch nicht in dem hier interessierenden Sinne auf.

17.3.1999:

Auch in Sendungen vom 17.3. taucht unser Thema nicht auf. Eher treten Aspekte der künftigen Parteien-Konstellationen in den Mittelpunkt und die Frage, ob nun die Politik der Regierung Schröder grundsätzlich wirtschaftsfreundlicher werden würde.

**Ereignis 2:** Verabschiedung des Gesetzes zur „Freistellung der Gewinne aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen im betrieblichen Bereich“ am 14.7.2000 im Bundesrat/1.1.2002 Gesetz tritt in Kraft (Auswertungszeitraum vom 10.7. bis 18.7.2000 und vom 22.12.2001 bis 4.1.2002)

In den untersuchten Sendungen am 27.12.2001, 1.1.2002 und 3.1.2002 kommen die Themen Finanzmarktpolitik, Gesetzesverabschiedung/Inkrafttreten des Gesetzes nicht vor.

**Ereignis 4:** Antrag der Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema „Finanzplatz Deutschland weiter fördern“ (DS 15/930) vom 7. Mai 2003 (Auswertungszeitraum 5.5. bis 10.5.2003)

In den Sendungen vom 5./6./8. und 10. Mai wird dieses Thema nicht behandelt.

Auf der Agenda dieser Sendungen stehen jedoch im weitesten Sinne verwandte Themen wie die Verschuldung des Staates, mögliche weitere Steuererhöhungen, die Position des Bundesfinanzministers und weitere Auseinandersetzungen um die so genannte Agenda 2010, einerseits zwischen Regierung und Gewerkschaften und andererseits zwischen Regierung und Opposition; es hätte also inhaltliche Anlässe gegeben, wenigstens auf diese Initiative zu verweisen.

In einem Bericht der TT vom 8. Mai 2003, der sich um die Gegenvorschläge des DGB zu den Vorstellungen von Kanzler Gerhard Schröder bezüglich der Agenda 2010 dreht, spielt am Rande das Instrument der Börsenumsatzsteuer eine Rolle. Der DGB schlägt kommunale Finanzhilfen, ein Konjunkturprogramm und eine vorgezogene Steuerreform vor. Die Ausgaben-Ausfälle sollten unter anderem mit einer Börsenumsatzsteuer gegenfinanziert werden, so der Vorschlag des DGB. Dieses Instrument wird also in dieser Sendung nicht als Instrument zur Kontrolle und/oder Entschleunigung der Finanzmärkte thematisiert, sondern als alternatives Finanzierungs-Instrument.

In dieser Sendung wird zuerst die Position des DGB mit zwei Sätzen sehr sachlich referiert und zusätzlich mit einem kurzen Ausschnitt – es handelt sich um einen längeren Satz – aus der Pressekonferenz des DGB-Vorsitzenden ergänzt. Dann referiert der ARD-Journalist die weiteren Forderungen, eine Sequenz, die er mit den Worten einleitet: „Damit nicht genug ...“. Und dann folgt ein Übergang zu verschiedenen Statements von Friedrich Merz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, und Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, mit einem Übergang, der dem Nachrichtenmann zum Kommentar gerät: „So würde der DGB die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf den Kopf stellen, an einem Tag, an dem eine Wirtschaftszeitung Steuerausfälle von 15 Milliarden Euro ausgemacht haben will. Reaktion: parteiübergreifende Ablehnung.“ Die Stellungnahme von Hundt wird noch mit der Anmerkung eingeleitet: „Ablehnung auch durch Wirtschaftsforscher und Unternehmer.“ Es wird jedoch kein Wirtschaftsforscher zitiert und es bleibt unklar, ob es in deren Reihen auch andere Stimmen gibt, die beispielsweise die Vorstellungen des DGB unterstützen.

**Ereignis 6:** Franz Müntefering, SPD-Vorsitzender, April 2005, „Heuschrecken-Debatte“ (Auswertungszeitraum 17.4. bis 23.4.2005)

18.4.2005

In der TS vom 18. April widmet sich einer der ersten Berichte einem Innovationsgipfel in Berlin, auf dem Regierung und Industrie vereinbarten, „vielversprechende Erfindungen mit jährlich 140 Millionen Euro zu unterstützen“. Die Wirtschaft steuert 11 Millionen Euro bei, der Staat 130 Millionen Euro. Es wird zuerst Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einem Ausschnitt aus einer Pressekonferenz zitiert, indem dieser sehr indirekt auf die von Müntefering initiierte Debatte eingeht mit der Bemerkung: Das Besondere an diesem Fonds sei es, dass er als „Public

Private Partnership‘ organisiert sei, „natürlich mit einem Schwerpunkt – wie sollte es zurzeit noch anders sein – bei ‚Public‘“. Danach heißt es in dem Bericht: „Für etwas Verstimmung sorgen allerdings die neuen Töne aus der SPD ...“ Danach wird der Unternehmensberater Roland Berger mit den Worten zitiert: „Wer Unternehmer beschimpft“, der werde sie aus dem Land „vertreiben und damit auch die Jobs vertreiben“.

19.4.2005

Im ARD-Morgenmagazin vom 19. April wird Peer Steinbrück, damals Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, interviewt, der sich mitten im Landtagswahlkampf befindet. In den einleitenden Bemerkungen des Berichtes heißt es, es liege „ein tieferer Schatten“ über dem Wahlkampf, da der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering „die Wirtschaft gescholten“ habe. Das entpuppe sich im Ruhrgebiet „als wohltuender Appell an die Seele der Sozialdemokraten“. Weiter: Steinbrück, der „kein erklärter Gegner der Wirtschaft“ sei, spüre jedoch, „dass Münteferings Unternehmer-Schelte mobilisiert, vielleicht auch dazu, bei der Landtagswahl im Mai SPD zu wählen“.

Steinbrück wird dann mit den Worten zitiert: „Da hat jemand zugespitzt. Das ist völlig in Ordnung.“ Ein solches Thema dürfe durchaus auf die Tagesordnung in Deutschland. Es sei „erlaubt, über die gesellschaftspolitische Verantwortung in Eliten zu reden ...“. Der Berichterstatter erwähnt noch, dass die Opposition „von Klassenkampf-Parolen“ spreche.

In einer weiteren Ausgabe des ARD-Morgenmagazins vom 19. April werden zu diesem Thema die Politiker Ludwig Stiegler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Scheel, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, und Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP, interviewt. Der Bericht wird eingeleitet mit den Worten: „... Lasalle, Bebel und Liebknecht ... hätten vermutlich ihre Freude an Müntefering, denn der hält heute die alten Werte der Sozialdemokratie hoch ...“. Ludwig Stiegler rechtfertigt die Intervention von Müntefering mit dem Argument, Unternehmen seien „unersättlich“ im Gewinnmachen und würden trotzdem „immer mehr Menschen entlassen“. Die Überleitung zu dem Statement von Christine Scheel lautet dann: „Münteferings Kritik an der wachsenden Macht des Kapitals sei nicht von der Hand zu weisen und ganz sicher nicht nur SPD-Wahlkampfgeplänkel, glauben die Grünen.“ Nach dem Statement von Guido Westerwelle („... diese Klassenkampf-Parolen von Müntefering... sind schädlich für Deutschland“), der im Wesentlichen die Grundargumentation von Unternehmensberater Roland Berger wiederholt, klingt der Bericht mit den Worten des Berichterstatters aus: „Unterdessen wittern die Parteilinken in der SPD Morgenluft. Müntefering stößt endlich eine Debatte an, die man schon verloren glaubte ...“.

20.4.2005

Im ARD-Morgenmagazin vom 20. April wird ein längeres Interview mit Michael Rogowski, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, geführt. Die erste Frage der ARD-Journalistin lautet: „Halten Sie die Kritik von Müntefering an der deutschen Wirtschaft für berechtigt?“ Rogowski sagt, sie sei nicht berechtigt, da es zuviel Staat, Bürokratie und Regeln gebe in Deutschland und Deutschland deshalb „keine Erneuerung des Klassenkampfes“ brauche, sondern „eine Erneuerung unserer sozialen Marktwirtschaft“. Die zweite Frage lautet: „Glauben Sie..., dass (die Debatte) einen Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeuten könnte? Kann das Investoren abschrecken?“ Rogowski bejaht die Frage. Die dritte Frage lautet: „Warum sollte sich ein Investor..., der hier Geld verdienen will, von einer moralischen Diskussion abschrecken lassen...?“ Und die vierte Frage lautet: Ob er, Rogowski, „nicht den Unmut auch der Bürger verstehen“ könne, die feststellten, dass sie weniger in der Tasche haben, die Wirtschaft von großen Gewinnen spreche und trotzdem entlasse. „Muss nicht eine Diskussion geführt werden, die zumindest den Bürgern klarmacht, was da passiert?“ Rogowski antwortet darauf, es habe niemand etwas gegen eine Diskussion, „die sich objektiv mit den Fakten auseinander setzt...“. Rogowski verteidigt dann ausdrücklich Josef Ackermann mit seinen Renditezielen, denn dieser sage zu Recht, er müsse sich „mit den Banken auf der ganzen Welt messen“.

Die Abmoderation dieses Beitrages lautet dann: „Die Diskussion muss für den Bürger viel nachvollziehbarer vollzogen werden. Es ist doch zweifellos so, dass wir mit einer Staatsquote von annähernd 50 Prozent im Vergleich mit

anderen Ländern einfach nicht mehr mithalten, dass unser Land, das zu viel Staat hat, nicht Wohlstand, sondern immer mehr Armut produziert. Wir schaffen es offenbar nicht, den Bürgern das so herüberzubringen, dass sie das auch mitnehmen. Woran liegt das? Das liegt daran, dass die Politik keine wirkliche langfristige Strategie hat und keine Bilder, wohin sie Deutschland eigentlich über die nächsten zehn Jahre führen möchte.“

### Zwischenbemerkung

Wer sich aus diesen Beiträgen über die Position von Franz Müntefering informieren will, der hat dazu keine Chance. Es finden sich in den Fragen und Anmerkungen der ARD-Journalisten vielmehr folgende Deutungen und Umdeutungen wieder: Die Kritik von Franz Müntefering wird indirekt in den Interview-Fragen als Kritik an der Wirtschaft referiert, was nachweislich nicht stimmt. Die Fragen und damit die Perspektive der journalistischen Herangehensweise konzentrieren sich ausschließlich auf den Aspekt, ob diese Kritik Investoren vertreibe und dem Wirtschaftsstandort Deutschland schade. Die Kritik wird als eine Kritik aus früheren Zeiten bewertet, beispielsweise mit dem Verweis auf Bebel und Lasalle; übrigens eine bezüglich der Verständlichkeit der Argumentation journalistisch hochproblematische Herangehensweise, es sei denn, die ARD-Journalisten konzentrieren sich in ihrer Zielgruppe auf jene (kleinere) Gruppe von Menschen, denen die Namen August Bebel und Ferdinand Lasalle auf Anhieb geläufig sind. Die Kritik wird als ‚Schachzug‘ in einem Landtags-Wahlkampf und als Stärkung der SPD-Linken interpretiert, es wird also sehr stark die innerparteiliche und parteipolitische Dimension hervorgehoben, von der wirtschaftspolitischen Dimension wird lediglich die mögliche negative angesprochen (Flucht der Unternehmer, Schaden für den Wirtschaftsstandort).

Es werden Politiker und ausschließlich wirtschaftsnahe Experten beziehungsweise Vertreter der Wirtschaft interviewt. Die Befragung der Journalisten lässt in den untersuchten Beispielen inhaltliche Souveränität und Distanz vermissen. Kommt es zu inhaltlich sich widersprechenden Aussagen, dann wird das Publikum damit alleine gelassen, es gibt keine Versuche, diese Widersprüche aufzulösen.

Wenn es kommentierende Anmerkungen von Journalisten gibt, wie unter anderem in dem zuletzt referierten Beitrag, dann wird direkt oder indirekt Position gegen die Kritik von Franz Müntefering bezogen und der Staat dafür verantwortlich gemacht, dass er mangels eigener langfristiger Perspektiven den Bürgern nicht deutlicher machen kann, welche Prozesse sich momentan in der Wirtschaft vollziehen; es wird so unausgesprochen unterstellt, dass diese Prozesse unabwendbar sind.

**Ereignis 7 und 8:** Koalitionsvertrag Große Koalition, 18.11.2005 (er enthält auf den Seiten 86/87 konkrete Vereinbarungen zur weiteren Modernisierung des deutschen Finanzmarktes) und Regierungserklärung der Kanzlerin am 30.11.2005

(Auswertungszeitraum 14.11. bis 25.11.2005 und 28.11. bis 3.12.2005)

Die Sendungen vom 14./17. und 18.11., die untersucht wurden, gingen auf das hier interessierende Thema nicht ein. Sie drehten sich um den allgemeinen Zustand der neuen Regierung, um die Bewertung der wirtschaftlichen Lage und um die Frage, ob die Union einen zu hohen politischen Preis für die Koalitions-Regierung habe bezahlen müssen. Das Thema der Finanzmärkte und die damit im Koalitionsvertrag festgelegten Vereinbarungen spielten in der Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel keine Rolle.

**Ereignis 9:** G8-Gipfel in Heiligendamm, 6. bis 8. Juni 2007

(Auswertungszeitraum 31.5. bis 12.6.2007)

In den untersuchten Sendungen vom 3., 7., 8. und 9. Juni spielten die hier interessierenden Themen keine Rolle. Die Sendungen drehten sich teilweise sehr ausführlich um die Stichworte Hilfe für Afrika, Aids, Klimaschutz und die Gewalt von Demonstranten.

### Zwischenbemerkung

Im Vorfeld des G8-Gipfels wurde die Frage der Kontrolle der Finanzmärkte intensiv öffentlich diskutiert, zumal sich innerhalb des ersten Halbjahres 2007 die krisenhaften Erscheinungen wesentlich verstärkt hatten. So wäre es auch Aufgabe der aktuellen Berichterstattung gewesen, auf die bedeutenden Themen hinzuweisen, in diesem Fall die Regulierung der Finanzmärkte, bei denen es keine Fortschritte gegeben hat. Aus der Berichterstattung ist abzulesen, dass in diesem Sinne die operative Politik tatsächlich die Themen gesetzt hat. Was die Politik nicht anspricht, wird in den hier untersuchten Sendungen von den ARD-Journalisten auch nicht behandelt.

**Ereignis 10:** Zur Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems sieht sich die Europäische Zentralbank (EZB) am 9. August 2007 gezwungen, in wenigen Tagen in Gänze etwa 200 Milliarden Euro Liquidität zur Verfügung zu stellen (Auswertungszeitraum 7.8. bis 20.8.2007)

10.8.2007

Am 10.8. beginnt die TS ihre Sendung mit einem Filmbericht zur EZB-Intervention. Es wird der Zusammenhang hergestellt, dass mehrere Notenbanken wegen der US-Immobilien-Krise viele Milliarden Euro und Dollar in die Finanzmärkte pumpen. Darunter ist die EZB, die am 10.8. weitere 61 Milliarden Euro bereitstellt und die am Vortag, dem 9.8., bereits knapp 95 Milliarden Euro Liquidität zur Verfügung gestellt hat. Es gibt ein Statement des Makroökonom und Experten für europäische Wirtschaftspolitik Paul Welfens, Universität Wuppertal, der die Bankenaufsicht kritisiert. Hingewiesen wird auf die Risiken, die viele Banken angehäuft hätten. Die Banken versuchen, beruhigend zu wirken. Dazu gibt es ein Statement eines Vertreters, Fred Steinmeyer, der Landesbank Sachsen. Es schließt sich ein Filmbericht aus den USA an: Die US-Zentralbank hat ebenfalls am 10.8. umgerechnet 25 Milliarden Euro Liquidität zur Verfügung gestellt. Es folgt eine Nachricht, dass die Staatsanwaltschaft gegen die IKB ermittelt.

An diesem 10.8. beginnen die TT mit dem Eisenbahner-Konflikt. An zweiter Stelle kommen die Lage auf den Finanzmärkten und die Liquiditätshilfen der Notenbanken, mit einem neuen Statement des Finanzexperten Christoph Zwermann und mit einem Statement des EZB-Präsidenten Trichet. Dann folgt das Thema Hochwasser in Süddeutschland und der Schweiz, dann ein Nachrichten-Block, dann Arbeitslosengeld II, UN-Sicherheitsrat und Irak, ein Filmbericht über Weltraum-Manöver, Sport.

13.8.2007

Am 13. August, dem Tag, an dem die EZB erneut über 48 Milliarden Euro Liquidität zur Verfügung stellte, beginnt die TS ihre Sendung mit den aktuellen Ereignissen über das Geiseldrama in Afghanistan; unter den Geiseln sind auch Deutsche. Dann folgt, an dem Jahrestag, das Gedenken an Mauer-Tote und die Debatte über den Stasi-Schießbefehl mit mehreren Statements von aktiven und ehemaligen Politikern. Anschließend wird mit mehreren Statements von Koalitions-Politikern über den Streit der Großen Koalition über den Mindestlohn berichtet. Es folgt ein Filmbericht über den Bahn-Konflikt und über die Korruptionsaffäre bei Siemens. Dann wird ein Filmbericht gesendet über „weitere Finanzspritzen“ der Notenbanken als Reaktion „auf die Krise an den Börsen“. Es gibt Statements von Michael Heise, Chef-Volkswirt der Dresdner Bank, und von Bert Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Tenor: Das sei ein reinigendes Gewitter, die Konsolidierung werde sich fortsetzen. Es folgt dann ein ausführlicher Bericht über den Rücktritt des Wahl-Strategen und Beraters von Präsident George Bush, Karl Rove, und einer über den Konflikt um die Waldschlösschenbrücke in Dresden.

An diesem 13.8. beginnen die TT mit ausführlichen Berichten über die aktuelle Entwicklung im Geiseldrama in Afghanistan. Daran schließt sich der Bericht über die EZB, die an diesem Tag 48 Milliarden Euro an Liquidität und damit insgesamt annähernd 200 Milliarden Euro zur Verfügung stellte. Dem folgt ein Filmbericht über mangelnde Banken-Kontrolle am Beispiel der Landesbank Sachsen, die wegen Risikokreditgeschäften im Visier der Banken-



aufsicht sei; dazu Statements von Fred Steinmeyer, Landesbank Sachsen, des Finanzexperten Mark Wahrenburg, Professor für Bankbetriebslehre an der Universität Frankfurt, und des Finanzwissenschaftlers Wolfgang Gerke, in denen es um die Liquidität der Landesbank geht und um die Pflicht der öffentlichen Hand, Landesbanken in Notlagen zu helfen. Dann folgt ein Bericht über die Verbindungen auf dem internationalen Finanzmarkt, die Entwicklung der US-Immobilienkrise und um die Frage, wer hochverschuldeten Kreditnehmern hilft.

Wir gehen auf Basis der Datenbank-Recherche davon aus, dass in den Tagen dazwischen das Thema in den beiden Sende-Formaten nicht behandelt worden ist.

### Zwischenbemerkung

Es fällt auf, dass das hier aufgerufene Thema zwar – mal prominent und mal weniger prominent – behandelt wird, es ist für die Redaktion jedoch ein Thema wie viele andere, eigentlich wie alle anderen. Es wird in der Tendenz in keiner Weise dramatisiert, sondern als relativ normaler Vorgang zur Stabilisierung der Finanzmärkte behandelt. Es ist in der Darstellung der ARD-Redaktion kein Symptom einer heranreifenden großen Krise, sondern ein krisenlösender technischer, damit letztlich unpolitischer Vorgang im Finanzsektor.

Die Sendungen bieten keine politische Einordnung der Ereignisse, beispielsweise über eine entsprechende Kommentierung und über Interviews mit verantwortlichen Politikern; am 13.8. wird in den TT vielmehr der frühere Schießbefehl der DDR kommentiert. Wenn Experten herangezogen werden, dann sind es Fachleute aus dem engen Bereich der Finanzwissenschaft und Bankbetriebslehre, sowie interessen-gebundene Fachleute.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Tatsache, dass die EZB kurz hintereinander in mehreren Tranchen in der Addition 200 Milliarden Euro Liquidität zur Verfügung stellte, in der Bewertung nicht zu einer Dramatisierung, sondern zu einer Routinisierung des Vorganges beitrug und damit der Nachrichtenwert faktisch abnahm, nach der Devise: Jetzt haben die schon wieder .... . Weitergehende Fragen werden nicht behandelt, wie beispielsweise die Frage, ob sich die Situation auf den Finanzmärkten auf die produzierende Wirtschaft auswirken kann.

Wer sich nur in TS und TT informiert hätte, wäre zwangsläufig zu der Meinung gekommen, dass es sich hier um ökonomisch und politisch letztlich unbeachtliche Stützungsmaßnahmen für Finanzmärkte handelt, die zwar nicht alltäglich, aber auch nicht beunruhigend sind.

**Ereignis 11:** Der ‚schwarze Montag‘, 15.9.2008, Insolvenz von Lehman Brothers  
(Auswertungszeitraum 15.9. bis 22.9.2008)

15.9.2008:

Die TS an diesem 15.9. wird eröffnet mit dem Thema „USA-Finanzkrise“. Es gibt einen Filmbericht aus New York über den Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers. US-Präsident Bush wird mit seiner Stellungnahme dokumentiert. Ein Analyst wird interviewt. Es gibt einen Filmbericht aus Frankfurt zu der Lage an der Börse mit einer Stellungnahme des Präsidenten der Frankfurt School of Finance. Zudem gibt es Statements des Sprechers des Bundesfinanzministeriums und des Chef-Volkswirtes des Allianz-Konzerns.

In den TT des 15. September wird ausführlich Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, interviewt. Die beiden Fragen: Ob sich deutsche Bankkunden „mehr Sorgen“ um ihr Geld machen müssten und ob es jetzt zu einer Banken-Konzentration in Folge der Krise komme. Weber sagt: „Eine Sorge um die Stabilität des deutschen Finanzsystems ... ist überhaupt nicht gerechtfertigt“. Man sehe „eine Konsolidierung im deutschen Markt“, die „auch überfällig“ sei. Die Bundesbank gebe Liquidität, so dass man „in den nächsten Wochen und Monaten ein Abebben der jetzigen Spannungen sehen“ werde. Die Bundesbank handle „ohne Aufgeregtheit. Und ich denke, diese Aufgeregtheit ist auch nicht angezeigt“. Weber schließt mit den Worten: „Wir sehen, dass die Märkte sich bewegt haben. Ich denke, dass wir etwas ruhigere Bahnen in den nächsten Tagen sehen. Und Grund für Sorge sehe ich nicht.“ Es gibt zu keiner dieser Antworten Nachfragen.

Michael Best, der Leiter der ARD-Börsenredaktion, kommentiert in dieser Sendung: Die Investment-Banker der Wall Street hätten zusammen mit ihren europäischen Kollegen „den Schlamassel angerichtet mit allzu abenteuerlichen Finanzinstrumenten“. Die Banken müssten sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Die Finanzminister und Aufsichtsbehörden müssten nun für stärkere Regulierungen sorgen. Diese Krise sei auch „ein Schlag für die Vermögensbildung, für die Altersvorsorge vieler Menschen“. Der Kommentator schließt: „Diese Krise kann nur durch eine Neuaufstellung des Finanzsystems bereinigt werden.“ An dieser Stelle sei lediglich angemerkt: Die Fragen des Interviews – die Antworten des Interviewten sowieso – hier, die Schärfe der Analyse und die Krisenbeschreibung des Kommentators dort passen in keiner Weise zusammen.

Es gibt in dieser Sendung zudem einen Filmbericht aus New York über die Lage an der Wall Street, es wird ein Analyst interviewt, es wird über die Pressekonferenz des amtierenden Präsidenten Bush berichtet, und es gibt einen Bericht über die Finanzkrise und ihre Wirkung auf den Präsidentschafts-Wahlkampf in den USA.

16.9.2008:

Am Tag danach, dem 16.9., beginnt die TS mit den Haushaltsberatungen im Bundestag, dann folgen ein Film-Bericht über die weltweite Finanzkrise mit der Frage, ob die Finanzkrise auch die produzierende Wirtschaft beeinträchtigt, und ein Filmbericht über die US-Finanzkrise. Weitere Meldungen und meist Film-Beiträge berichten über den Konflikt Porsche/VW, Tarifverhandlungen im Bankensektor, Georgien, EU-Konferenz zur Lage der Roma, Bolivien, Atommülllager Asse, Naturschutztag in Karlsruhe, die RAF-Film-Premiere, Paralympics und eine Auktion bei Sotheby's.

Nach diesem Überblick über die Themen der TS an diesem 16.9. nun zu den einzelnen Schwerpunkten.

Der Bericht über die Haushaltsberatungen im Bundestag beschäftigt sich nicht mit den Auswirkungen der Finanzkrise, sondern mit der Frage der Staatsverschuldung. Die Einleitung des Berichterstatters geht so: „Heiter ist am Morgen das Wetter im politischen Berlin, so richtig passend zur Stimmung von Finanzminister Steinbrück und seiner Kanzlerin: Der Haushalt stehe, trotz der Finanzkrise in Amerika, die Konjunktur schwächele zwar, das aber könne in Ruhe beobachtet werden.“ Nur zu Beginn wird kurz Bundesfinanzminister Peer Steinbrück mit einem Ausschnitt aus seiner Bundestagsrede eingeblendet: Das Wachstum werde zurückgehen. Aber überall gebe es „Rufe des Entsetzens: Wir stecken in einer Rezession. Diese verbreiteten Sado-Maso-Tendenzen sind mir ein absolutes Rätsel“. Danach dreht sich der Bericht um die sprudelnden Steuereinnahmen und die Schulden des Staates mit Statements von FDP, Union, Grünen und Die Linke. Im Mittelpunkt der sich anschließenden Berichte über die Finanzmarktkrise ist prominent ein Interview mit Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Institut (HWI) platziert, dessen Kernsatz lautet: „Die Finanzmarktkrise, die sich in den USA primär abspielt, wird Deutschland vergleichsweise realwirtschaftlich kaum negativ berühren.“ Es kommt zudem noch ein Vertreter des Deutschen Anleger-Schutzbundes zu Wort, der vor Aktionismus warnt.

Die TT an diesem 16.9. machen mit der „Propaganda-Schlacht um den Georgien-Krieg“ auf, einschließlich Interview und Tages-Kommentar aus Brüssel. Dann folgt die Berichterstattung über die Haushaltsberatungen im Bundestag und an dritter Stelle kommt eine Live-Schaltung zur ARD-Börsen-Redaktion in Frankfurt mit dem Thema der weiteren Auswirkungen der „US-Bankenkrise auf Deutschland“.

17.9.2008:

Nun zur Berichterstattung am dritten Tag, dem 17.9.; das wichtigste Thema der TS an diesem Tag: In der General-Debatte des Bundestages zeigte sich die Regierungskoalition geschlossen. Dazu gibt es einen ausführlichen Bericht mit mehreren Stellungnahmen aus dem Bundestag und den Kommentar von Ulrich Deppendorf zu dem Thema: „Kein Showdown zwischen Merkel und Steinmeier“; die Finanzmarktkrise spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Danach gibt es Berichte zur Finanzmarktkrise. Im Mittelpunkt steht die ‚Panne‘ der KfW-Bankengruppe, die noch 300 Millionen Euro an Lehman Brothers überwiesen hatte, als die Pleite bereits absehbar gewesen war. Dazu gibt es auch ein Statement von Torsten Albig, Sprecher des Bundesfinanzministeriums, ein Ausschnitt aus

einer Pressekonferenz. In diesen Bericht über die ‚Panne‘ der KfW-Bankengruppe unmittelbar eingewoben ist eine Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken über die Stabilität des gesamten Bankensystems und ihres Sicherungsfonds. Dazu wird Klaus-Peter Müller, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) befragt. Müller sagt zunächst: „Zunächst einmal kann keiner vorhersehen, wie viele Banken in welchen zukünftigen Krisen noch betroffen sein werden.“ Dann sagt er trotzdem: „Das deutsche Bankensystem ist – und das haben die Bundesbank und die BAFIN bestätigt – recht solide aufgestellt. Und die Verluste, die auftreten können, sind beherrschbar.“ Dieser offenkundige Widerspruch wird jedoch nicht etwa durch eine Nachfrage aufgelöst, sondern der Beitrag wird von seiten des Journalisten mit den beruhigenden Worten abgeschlossen: „Seit mehr als 30 Jahren sind Einlagen bei Banken durch Fonds der Branche geschützt. Normale Privatkunden sind dadurch vollständig versichert.“ Auch in den TT des 17.9. steht im Mittelpunkt des Kommentars die Bilanz der Großen Koalition und die Staatsverschuldung und das Ziel, die Neuverschuldung bis im Jahr 2011 auf Null zu reduzieren. Die Finanzmarkt-Krise spielt nur als Beiwerk eine Rolle: Hätte die Große Koalition früher mehr gespart, dann wäre sie heute besser gegen diese Krise gerüstet, die sie jetzt klein redet. In dem Kommentar wird übrigens immer noch fein säuberlich zwischen der Finanzmarkt-Krise und der Krise einer schwächelnden Konjunktur unterschieden.

18.9.2008:

Am 18.9. steht im Mittelpunkt der TS die ‚Panne‘ bei der KfW-Bankengruppe. In dem Bericht heißt es: „Der Fehler bei der staatlichen KfW-Bank kommt den Steuerzahler also teurer als vermutet. Nicht 300 Millionen Euro für ein Geschäft, über 500 Millionen Euro für zwei Transaktionen hat ein KfW-Mitarbeiter an die US-Pleitebank Lehman Brothers überwiesen. Die Lehman-Bank stand nicht auf der internen Warnliste der KfW, ein Versagen der Kontrolleure, kein technischer Fehler, wie es anfangs hieß. Die Spitze des KfW-Verwaltungsrates will Konsequenzen sehen.“ Es folgt ein Statement von Bundesfinanzminister Steinbrück: „Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Ich habe in meinem Leben so etwas noch nicht erlebt. Das muss von der Innenrevision der KfW geprüft werden. Das wird dann personelle, gegebenenfalls organisatorische und auch prozedurale Folgen haben müssen.“ In dem Bericht heißt es weiter: „Im Verwaltungsrat der Staatsbank sind viele hochrangige Politiker aus Regierung und Opposition vertreten.“ Es geht dann in weiteren Statements um die Frage, ob Politiker ihrer Aufsichtspflicht nachkommen können oder ob sie besser aus den Gremien ausscheiden. Dazu werden Politiker der FDP und der Union befragt. Der Beitrag wird mit den kommentierenden Worten abmoderiert: „Diese Mitverantwortung wird zur politischen Belastung der Koalition. Schon beim Skandal um die Milliardenverluste bei der KfW-Banktochter IKB stellte sich die Frage nach der politischen Verantwortung ... . Die Finanzfachleute von Union und SPD drängen auf schnelle Reformen, damit sie nicht im Wahlkampf 2009 von Pannen bei der Staatsbank eingeholt werden.“

Es gibt dann zur Finanzmarkt-Krise noch zwei Unternehmens-Meldungen in dieser TS: Wegen der Krise wird die HBOS von der Lloyds TSB übernommen, und es gibt Spekulationen über Verkauf der US-Bank Morgan Stanley. Die weiteren Themen: Untersuchungsausschuss wg. Einsatz von BND-Agenten im Irak-Krieg, Haushaltsberatungen, Lage in Israel.

19.9.2008:

Am 19.9. steht erneut die Verantwortung der Politik im Mittelpunkt der TS. Zuerst geht es um den Konflikt bei der KfW. Es kommen die Politiker Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen, Axel Troost, MdB/Die Linke, und Christine Scheel, MdB/Bündnis 90/Die Grünen zu Wort. In dem Bericht geht es erst um die Frage, ob die Politik oder das Bankmanagement die Verantwortung für die Zahlung von 500 Millionen Euro an Lehman Brothers hat. Zuerst wird Steinbrück mit einem Redeausschnitt aus dem Bundestag zitiert: „Wenn Sie wirklich der Auffassung sind, dass Verwaltungsratsmitglieder für die Organisation eines konkreten Zahlungsverkehrs in einer Bank oder in einem Unternehmen verantwortlich sind, dann sollten wir zur Naturalwirtschaft zurückkehren.“ Dann gibt es Statements der Opposition, die einen Untersuchungsausschuss einrichten will, so Axel Troost, Bundestagsfraktion Die Linke.

Dann schließt der nächste Bericht an, der sich um Spekulations-Geschäfte der Landesbanken dreht. In dem Bericht heißt es: „Für den Wahlkämpfer und CSU-Vorsitzenden Huber keine guten Nachrichten: der Vorstandschef der BayernLB, Michael Kämmer, räumte ein, dass der Landesbank durch die Pleite der US-Bank Lehman Brothers ein Ausfallrisiko von 300 Millionen Euro entstanden ist. Die BayernLB gehört zur Hälfte dem Freistaat und als Finanzminister ist Huber für ihre Ausflüge auf den hochspekulativen US-Immobilienmarkt politisch verantwortlich.“ Es folgen Statements von dem SPD-Politiker Carsten Schneider („Aufgabe der Landesbanken ist es nicht, sich im US-Immobilienmarkt zu tummeln, sondern regional vor Ort die örtliche Wirtschaft zu fördern.“) und dem CDU-Politiker Laurenz Meyer („Da machen sie solche risikobehafteten Geschäfte, das ist ein unglaublicher Vorgang. Da müssen wir einschreiten.“). Dann heißt es weiter: „Die Pleite von Lehman Brothers trifft nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios vor allem vier Landesbanken: Neben der BayernLB, die baden-württembergische Landesbank LBBW, die HSH Nordbank und in geringem Umfang auch die WestLB. Ihr Engagement bei Lehman Brothers soll sich zusammen auf mehr als 1,7 Milliarden Euro belaufen. Das Verlustrisiko aller vier Banken soll über eine halbe Milliarde Euro liegen.“

Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, folgt mit dem Statement: „Lehman Brothers war eine gute Adresse, auch Landesbanken haben mit ihnen gehandelt, sind Schuldner und Gläubiger. Man wird sehen, was rauskommt, aber es ist verkraftbar.“ Dann schließt der Bericht: „Die US-Finanzkrise belastet die Landesbanken erneut schwer. Die Bundesregierung schätzt die Lage als ernsthaft, aber nicht als dramatisch ein. Keine Landesbank steht vor dem Aus. Der Druck auf die Politik, im öffentlichen Bankensektor zu reformieren, ist aber enorm gestiegen.“ Es gibt dann noch weitere Berichte zur Finanzmarkt-Krise aus den USA: Die US-Regierung hat einen milliardenschweren Krisenplan aus Steuergeldern für die Finanzbranche angekündigt. Präsident Bush geht davon aus, so sagt er auf einer Pressekonferenz, dass das Geld zurückgezahlt werde. Und Finanzminister Paulson hofft, dass das Paket den Steuerzahler nicht zu sehr belaste. Es werden Fachleute zitiert, die sagen, das sei eine Maßnahme ohne Alternative.

In den TT vom 19.9. geht es an erster Stelle um das Rettungspaket der US-Regierung. Der Bericht hat den Tenor: Das Paket wird teuer für die Steuerzahler, aber das Risiko, eine längeranhaltende Krise könnte die nationale Sicherheit gefährden, ist größer. An zweiter Stelle kommen dann die fehlerhafte Millionenüberweisung der KfW und die Auswirkungen der Lehman Brothers-Pleite auf deutsche Landesbanken. Erst im Nachrichtenüberblick spielt die Entscheidung der BaFin eine Rolle, Aktien-Leerverkäufe vorläufig zu verbieten.

20.9.2008:

Die TS am 20.9.2008 macht zum erstenmal seit dem ‚schwarzen Montag‘ mit dem nahe liegenden Thema der Regulierung von Finanzmärkten auf – aber nur, weil die Kanzlerin es fordert. Der Bericht beginnt mit den Worten: „Der Traum vom schnellen Geld – wohl eine Ursache für die globale Finanzkrise. Vor allem in den USA machten Spekulanten Wetten auf die Kursentwicklung ... . Die Bundeskanzlerin, heute zu Besuch in Österreich, fordert mehr Transparenz und klare Grenzen für die Finanzmärkte.“ Dann folgt der Redeausschnitt: „Die Produkte sind – viele auch in Amerika – so verkauft worden, dass die Amerikaner davon einen Nutzen hatten. Die Verluste sind jetzt ziemlich gut über die Welt verteilt.“ Der Bericht endet dann so: „Als Konsequenz sind in Deutschland bestimmte Börsengeschäfte (Leerverkäufe) nun vom Bundesamt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin verboten worden ... . Als in den USA die Kurse von Unternehmen nach unten gingen, wetteten viele Spekulanten auf weiter sinkende Aktien, um noch mehr Gewinn zu machen, und verstärkten dadurch den Kurseinbruch zusätzlich.“

Dieses Thema der Finanzmarkt-Regulierung spielt dann auch in den TT von diesem Tag, dem 20.9., eine Rolle. Allerdings nur eine Rolle. Zuerst kommt das Thema eines Selbstmordanschlages auf ein Hotel in Islamabad, bei dem es viele Tote und Verletzte gegeben hat. Dazu gibt es eine Live-Schaltung nach Neu Delhi. Es geht um die Frage, ob El Kaida verantwortlich ist. An zweiter Stelle kommt: Köln macht mobil gegen einen Anti-Islamisierungskongress von Rechten. Dann gibt es einen Nachrichtenüberblick und dann das Thema Regulierung der Finanzmärkte.

te. In der Anmoderation werden dabei zwei Themen zusammengeführt, die vermutlich nur bedingt zusammengehören und für einen normalen Zuhörer auch schwer zu verstehen sein werden: „Die US-Regierung will für den geplanten Rettungsfonds 700 Milliarden Dollar bereitstellen. Mit dem Geld sollen Hypotheken aufgekauft werden, deren Besitzer zahlungsunfähig sind. Gleichzeitig wird die Grenze für die Staatsverschuldung angehoben. Bundeskanzlerin Merkel kritisierte die amerikanische und die britische Regierung. Sie fordere seit langem mehr Transparenz auf den Finanzmärkten, sagte Merkel bei einer Veranstaltung im österreichischen Linz. Bislang sei sie aber kaum unterstützt worden.“ Dann der Redeausschnitt von Merkel: „Und deshalb wird ein wichtiger Schritt unsere Arbeit in Europa sein, jetzt dafür einzutreten, dass wir mehr Transparenz auf den Finanzmärkten bekommen, dass wir klarere Regeln bekommen und dass solche Krisen wie die jetzige sich nicht wiederholen. Denn eins ist auch klar: Die Produkte sind an viele auch in Amerika so verkauft worden, dass die Amerikaner davon einen Nutzen hatten. Die Verluste sind jetzt ziemlich gut über die Welt verteilt.“

21.9.2008:

Am 21.9. bringen die TT die folgenden Themen: An erster Stelle ein Filmbericht über das Rettungspaket für US-Banken in Höhe von 700 Milliarden Dollar und die Auswirkungen auf den US-Wahlkampf. Dann folgen: der Niedergang des Gordon Brown, Labour-Parteitag, Nachrichten, weitere Filmbeiträge über Rücktritt israelischer Ministerpräsident, Mbeki zurückgetreten, Wahl in Slowenien, Anschlag Islamabad, Luther Dekade, neue Wege gegen Alzheimer, Sport.

Und die TS an diesem Tag, dem 21.9., bringen ebenfalls zuerst das Thema US-Rettungspaket für Banken mit den Aspekten Wirkung auf den dortigen Wahlkampf und die Forderung von US-Finanzminister Paulson, einen internationalen Rettungsfonds aufzulegen. Steinbrück fordert im ARD-Bericht aus Berlin, die Finanzmärkte müssten kontrolliert werden.

22.9.2008:

Am 22.9. startet die TS ihre Sendung erneut mit einem Aspekt der Finanzmarkt-Krise, der der Redaktion bereits sehr vertraut ist: der KfW. Der Bericht beginnt so: „Die KfW kommt nicht zur Ruhe. Heute musste die staatliche Bank zugeben, die 350 Millionen Euro waren kein Versehen. Es war wohl fehlender Sachverstand. Man hatte vorletzte Woche noch über die Lehman Brothers beraten, aber die Überweisung nicht gestoppt. Die Bank in der Defensive – kein Interview für die ARD. Und der Bundeswirtschaftsminister will weitere Konsequenzen sehen.“ Bundeswirtschaftsminister Glos kommt dann mit dem Statement: „Wir haben also nicht nur drei dafür Verantwortliche vom Dienst suspendiert, sondern wir haben gleichzeitig Anwalts- und Wirtschaftsprüfungskanzleien beauftragt, dringend aufzuklären, inwieweit hier grob fahrlässiges Verhalten im Spiel war.“ Der Bericht endet mit den Worten: „Für Wirtschaftsexperten ist klar: Die Kontrollmechanismen haben versagt... . Der millionenschwere Fehler bei der KfW könnte sogar zu einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss führen.“

Es sei hier unmittelbar angefügt: Genau diesen Sachverhalt hat die TS bereits schon einmal berichtet, also die Tatsache, dass es sich nicht um ein technisches Versehen handelt. Der einzige Unterschied: Die Bank hat nun diese Version offiziell bestätigt. Und zudem gibt es – ohne weitere Anmerkung – eine Korrektur des Schadens: Bisher war von seiten der ARD-Redaktion immer von einem Schaden in Höhe von 500 Millionen Euro die Rede; jetzt beträgt die Summe auf einmal nur noch 350 Millionen Euro.

Es werden zwei Wissenschaftler befragt, der Darmstädter Finanzwissenschaftler Schiereck und der Präsident der Frankfurt School of Finance and Management, welche die Thesen vertreten: Die Kontrollmechanismen der Bank haben versagt. Bei der KfW sitzen vor allem Politiker im Verwaltungsrat, das müsse geändert werden.

Dann folgt das Thema eines internationalen Rettungspaketes, den US-Finanzminister Paulson am Tag zuvor angeregt hatte. Dazu kommen Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen, und Wolfgang Gerke, Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler, Universität Erlangen-Nürnberg, zu Wort. Das Thema wird wie folgt eingeleitet: Die Position von Steinbrück, dem Plan zu widersprechen, „stützen auch fünf weitere G7-Finanzminister. Einen milliarden-

schweren Bankenrettungsfonds, wie ihn die USA planen, will sonst niemand einrichten.“ Nach dieser redaktionellen Einleitung folgt das Statement von Steinbrück: „Ich selber habe darauf hingewiesen, dass ein vergleichbares Programm von mir in Deutschland nicht für notwendig gehalten wird. Wir sind in einer anderen Lage. Dies wird von anderen G7-Ländern auch so gesehen. Insbesondere das deutsche Universalbankensystem hat sich als stabiler herausgestellt als das System des amerikanischen Bankensektors mit sehr spezialisierten, mit spartenmäßig tätigen Banken.“ Nun fährt der ARD-Journalist mit einer – der sehr, sehr seltenen – erläuternden Bemerkung fort: „Soll heißen, die meisten deutschen Banken haben viele unterschiedliche Geschäftsfelder und können deshalb Krisen besser abfedern.“ Und dann heißt es in der redaktionellen Überleitung: „Mehrere Finanzexperten warnen außerdem, ein deutscher Rettungsfonds würde jetzt für noch mehr Verunsicherung sorgen. Deutschland solle sich von Amerika nicht nervös machen lassen.“ Nun folgt Gerke: „Die Amerikaner sind Schuld an dieser Finanzkrise und die Banker haben spekuliert wie verrückt. Jetzt müssen sie auch selber dafür sorgen, dass sie aus der Krise herauskommen. Diese Lehren müssen dringend gezogen werden.“ Man sollte sich merken, dass diese Qualität an Analyse, noch am 22.9. öffentlich ausgesprochen, die ARD bis heute nicht daran hindert, Gerke weiterhin als einen ihrer insgesamt sehr wenigen und deshalb oft präsenten Finanzexperten ‚weiterzubeschäftigen‘. Im Weiteren legt der Bericht dann recht präzise die Interessenlage des Finanzministers offen, allerdings ohne deutlich zu machen und auch auszusprechen, dass deshalb seine Position zu dem US-Vorschlag eines Rettungsfonds aus einer sehr einseitigen Perspektive erfolgt, nämlich aus der folgenden: „Finanzminister Steinbrück hält sein Geld zusammen. Ein Rettungsfonds hätte auch für den Bundeshaushalt in den kommenden Jahren drastische Auswirkungen. Würde Geld für einen milliarden schweren Rettungsfonds abgezweigt, könnte die Regierung ihren Plan aufgeben, 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Außerdem würden die Ziele des Maastricht-Stabilitätspaktes wieder verfehlt, heißt es aus dem Finanzministerium. Ein Rettungsfonds würde viele politische Vorhaben der Koalition durchkreuzen.“

Ebenfalls hier nur eine kurze Intervention: Eine eigene journalistische Arbeit wäre es nun, wenn der ARD-Journalist den Sachverhalt auf die Abwägung zuspitzen würde, die vorgenommen werden müsste. Beispiel: Sind nationale Haushaltsziele wichtiger als die Stützung eines internationalen Finanzsystems? Ist ein internationaler Rettungsplan auch im deutschen Interesse? An dieser Stelle beginnt ja die eigentliche journalistische Arbeit. Die ARD scheint sich jedoch zumindest in dieser Phase der Berichterstattung weitgehend auf die Rolle zurückzuziehen, passende Stichworte für die regierungsoffiziellen Stellungnahmen vorzutragen und die inhaltlich passenden Überleitungen zwischen den einzelnen Statements zu formulieren.

Die TT beginnen am 22.9. ihre Sendung mit einer Entführung in Ägypten: Rätselraten um deutsche Geiseln. Es gibt einen Filmbericht, Stellungnahmen aus Ägypten, eine Live-Schaltung nach Kairo. Dann folgt das Thema Finanzmarktkrise in vielen Facetten: Deutschland lehnt eine Beteiligung am US-Plan für eine Rettung der Finanzbranche ab, mit Stellungnahmen von Westerwelle und Steinbrück; KfW räumt Fehleinschätzung bei Millionenüberweisung ein, dazu Stellungnahmen von zwei Finanzwissenschaftlern; US-Regierung will Finanzbranche retten, Finanzierung unklar; Filmbericht über die Möglichkeiten des Eingreifens von Regierungen in Banken Krisen an Hand von Beispielen aus der Vergangenheit, mit einem Statement des Finanzwissenschaftlers Wolfgang Gerke; Live-Schaltung zu Michael Best an der Frankfurter Börse: Eingreifen der US-Regierung wird die Staatsverschuldung hochtreiben und die Wirtschaft belasten, Hilfsfond wird die Bonität der USA gefährden.

Es folgt dann der Kommentar zur Finanzkrise mit der Devise: Es gibt keine Alternative zu diesem Rettungsplan in den USA. Und: „Amerikas Hausbesitzer und Konsumenten haben zu lange auf Pump und weit über ihre Verhältnisse gelebt. Jetzt zahlen sie den Preis. Wir zahlen mit: Angefangen beim schwächeren Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr bis hin zur Lebensversicherung, die die Verzinsung nach dem Kursrutsch an den Börsen absenkt.“ Deshalb müsse Amerika seine Hausaufgaben selber erledigen. „Deshalb ist es richtig, dass wir uns nicht am Rettungspaket beteiligen.“ Es bleibe dann noch die Aufgabe: „Strenge Richtlinien für Banker und eine wirksame Kontrolle, die früh und entschieden eingreift. Davon sind wir weit entfernt in Amerika – und in Deutschland.“

### Zwischenbemerkung

Es bleibt der Eindruck, dass die Berichterstattung in TS und TT ihren normalen Gang geht. Der Finanzmarktkrise wird Platz eingeräumt, aber nicht mehr als üblich vorgesehen. Andere Themen müssen nicht weichen, die Grundstruktur der TS, wonach man allen Zielgruppen etwas bieten will – und das eherne Gesetz, 15 Themen in 15 Minuten -, bleiben erhalten. Von der Dramatik der Ereignisse ist eigentlich nichts zu spüren. Es kommen fast nur Politiker und wirtschaftsnahe Experten und Verbandsvertreter zu Wort. Die Redaktion wählt manchmal Experten aus, wie den Erlanger Wissenschaftler Wolfgang Gerke, deren Niveau, Kompetenz und Seriosität innerhalb der Community nicht unumstritten sind. Das irritiert, da diese Experten vor einem Millionen-Publikum Einschätzungen mit weitreichenden Folgen abgeben können.

Die Beiträge bestehen oft in einer Aneinanderreihung von Statements, so dass das Publikum mit inhaltlichen Widersprüchen alleine gelassen wird. Die Redaktion ist faktisch Transporteur von Statements, Pressemitteilungen und Redeausschnitten, aber selten journalistischer Verarbeiter und Orientierungs-Geber. Viele der ja sehr knappen Statements werden vom Publikum vermutlich gar nicht verstanden. Wer sie in all ihren Anspielungen und mit all ihren Voraussetzungen verstehen will, der muss bereits in einem sehr hohen Maße informiert sein. Die Berichterstattung zeigt, dass die Redaktion ARD-Aktuell sich mit journalistischen Angeboten an ein Publikum von vielen Millionen Bürgern wendet, welche die Kenntnis von professionellen Lesern des HB oder des „manager-magazins“ erfordert, um es überhaupt verstehen zu können. Nur wer bestens informiert ist, kann sich auf das abendliche Rätsel TS einlassen. Es werden nicht selten Begriffe verwandt, die nicht unmittelbar erläutert werden; beispielsweise Aktien-Leerverkäufe. Nicht einmal offenkundige Widersprüche und/oder Ungereimtheiten werden von den Berichterstatlern zum Thema gemacht, wie die oben zitierten Einlassungen von Klaus-Peter Müller, Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Banken. Vielmehr werden sie mit Anmerkungen, die beruhigen sollen, bewusst oder unbewusst überspielt.

Das journalistische Verhalten gegenüber der regierenden Politik und gegenüber Vertretern der Wirtschaft kann eigentlich nur als devot bezeichnet werden. Auch Äußerungen der Bundeskanzlerin, über die Verteilung von Nutzen und Schaden dieser Krise, die offenkundig falsch sind, werden nicht korrigiert oder in Frage gestellt; so sollten die Fronten in Sachen Verbriefungen und der Frage, wer davon profitiert und wer nicht, weniger zwischen den USA und dem Rest der Welt, sondern zwischen der Finanzbranche und dem Rest der Welt gezogen werden. Mit anderen Worten: Stellungnahmen von bedeutenden Akteuren werden nicht befragt, hinterfragt oder gar zurechtgerückt. Da gerade Stellungnahmen von Politikern auch von weiteren Motiven (eigene Position, Parteien-Konkurrenz, Wahrung eigener Interessen) veranlasst und bestimmt sind, sollte die Redaktion zumindest versuchen, diese jeweilige Interessenlage offenzulegen. So hat die Redaktion in der ersten Woche der erkennbar nationalen Position der Kanzlerin und des Bundesfinanzministers, die sich im Nachhinein zudem als sachlich unhaltbar erwiesen haben, nie beispielsweise aus Wissenschaft oder Wirtschaft eine andere Perspektive entgegengesetzt. Auch in der Kommentierung folgt die Redaktion jeweils erkennbar der Grundlinie der regierenden und jeweils herrschenden politischen Kräfte. Lediglich der Kommentar am ersten Tag, gesprochen von Michael Best, bricht wohlthuend aus diesem sonst sehr engen Raster aus: Er benennt klar die Ursachen und beachtet auch Perspektiven (z.B. die Verzinsung der privaten Rentenvorsorge), die sonst kaum oder gar nie beachtet und thematisiert werden.

Bereits am zweiten Tag rücken die klassisch-gewohnten Themen (Georgien, Staatsverschuldung etc.) wieder in den Mittelpunkt, sowohl in der Berichterstattung als auch in der Kommentierung; siehe unter anderem die Kommentierung zum US-Vorschlag eines internationalen Rettungsplanes.

Es gibt keine systematische Behandlung der Finanzkrise und der damit zusammenhängenden Fragen: Wer wird wie geschädigt? Was haben deutsche Banken zu der Krise beigetragen? Was hat die deutsche Politik dazu beigetragen? Was muss die Politik jetzt tun? Wird die Real-Wirtschaft davon getroffen? Entsprechend müssten auch andere Akteure zu Wort kommen: Wirtschaftspolitiker, Wissenschaftler mit verschiedenen Ansätzen, Gewerkschafter, Unternehmer, Verbraucherschützer. Das alles findet in der kompletten ersten Krisen-Woche weder in der TS noch in den TT statt.

Schlimmer noch: Es ist nicht nur so, dass in TS und TT keine Orientierung gegeben wird. Es wird eine fast gefährlich falsche Orientierung in diesen Tagen gegeben. Denn an allen Tagen spielen KfW und Landesbanken und die diesbezügliche Verantwortung der Politik eine ungewöhnlich große Rolle. Die Berichterstattung selbst ist berechtigt und unabdingbar, da in diesem Bereich offenkundig Geschäfte getätigt worden sind, die der Öffentlichkeit schaden und die nicht dem eigentlichen Zweck von Landesbanken dienen. Jedoch handelt es sich um eine auffallend einseitige Berichterstattung und eine geradezu gefährliche einseitige Prioritätensetzung. Wer sich in diesen Tagen lediglich bei TS und TT informiert hätte, der wäre zu folgendem Bild gekommen: Es gibt eine Krise in den USA. Und in Deutschland gibt es eine Krise der Landesbanken, an der die Politik in einem noch nicht ganz geklärten Umfang Schuld hat.

Die Analyse der hier untersuchten Sendungen führt zu dem Schluß, dass die Redaktion ARD-Aktuell keine eigenständige journalistische Arbeit betreibt. In diesen Tagen ist festzustellen, dass sie sich weitgehend an den Themen und Debatten im regierenden Berlin orientiert und keine eigenen Themen setzt. Es werden die Themen behandelt, welche die Regierung behandelt und, man muss schon sagen: vorsetzt. Und es werden die Positionen der Regierung kommentarlos transportiert. Wenn sie in Anmerkungen und Kommentaren zusätzlich beurteilt werden, dann werden sie goutiert, einschließlich des im Nachhinein geradezu lächerlich wirkenden Festhaltens der Regierung an einem ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2011.

Dieses journalistische Drama hat vermutlich wesentliche strukturelle Gründe: Politik ist öffentlich und Politiker müssen sich öffentlich rechtfertigen, auch über ihre Tätigkeit in Verwaltungsräten. Insofern sind auch alle Finanz- und Bank-Geschäfte, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, wenigstens in Teilen öffentlich einsehbar. So kann sich das journalistische System zu diesen Themen der Finanzbranche sehr viel leichter Informationen und Stellungnahmen einholen. Es gibt einerseits gute Zugänge und zudem den öffentlichen Druck auf die Politik, zu solchen Ereignissen öffentlich Stellung zu nehmen. Der Zwang, dem sich die Redaktion ARD-Aktuell aussetzt bzw. dem sie ausgesetzt ist, zu all ihren wichtigen Themen aktuelle Stellungnahmen und Bilder zu haben, kann ein wichtiger Grund sein, der sie auf diesen journalistischen Holzweg führte, über die entscheidenden Tage hinweg Randthemen zum Hauptthema zu machen. Denn irgendein Politiker gibt immer eine Stellungnahme zu KfW oder einer Landesbank ab. Damit kann ein TS- oder TT-Beitrag fristgerecht fertiggestellt werden. Dies alles gilt für den privatwirtschaftlichen Banken- und Finanzsektor nicht. Manager verweigern einfach Stellungnahmen und geben keine Einblicke in ihr Geschäftsgebaren. Fertig.

Der offenkundige Stolz, eigene exklusive Informationen in Sachen Landesbanken und deren Engagement bei Lehman Brothers und bezüglich der Überweisungen der KfW zu haben, macht das Drama perfekt: Wir vermuten und befürchten, dass die Redaktion ihre Arbeit, die fachkundige Konsumenten in die Depression treiben kann, sehr gut findet.

**Ereignis 12:** Am 13.11.2008 korrigiert die OECD ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2009, das Statistische Bundesamt gibt neue Zahlen heraus, es gibt den neuen Sachverständigenbericht, am 15.11. beginnt in Washington der G20-Gipfel.

(Auswertungszeitraum 12.11. bis 19.11.2008)

12.11.2008:

Die TS vom 12.11.2008 beginnt mit einer ausführlichen Berichterstattung über den jüngsten Bericht des Sachverständigenrates, in der Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, Rainer Brüderle, MdB und stellvertretender FDP-Vorsitzender, Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Bundestag, Bert Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und Wolfgang Wiegand, Mitglied im Sachverständigenrat, zu Wort kommen.



Der Bericht beginnt mit einem Statement von Rürup vor der Bundespressekonferenz: „Wir rutschen in eine Rezession, und im Jahresvergleich wird die wirtschaftliche Leistung stagnieren.“ Im Bericht heißt es dann: Die Arbeitslosenzahlen steigen 2009 um 35.000 auf 3,3 Millionen, der Export breche ein, die Deutschen müssen nun mehr kaufen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Lob gebe es für das Bankenrettungspaket, kritisiert werde vom SVR das Konjunkturprogramm, es sei „ein Sammelsurium von Maßnahmen“, so der Bericht. Der SVR macht Gegenanschläge, über die dann berichtet wird und über die entsprechende Reaktion der Politik. Es geht vor allem um mehr öffentliche Investitionen, um das Wo und Wie und um die Forderung der FDP, Steuern zu senken. Der Bericht schließt: „Die Regierung hat versprochen, die Vorschläge der Wirtschaftsweisen zu prüfen und möglicherweise beim Konjunkturprogramm noch zu berücksichtigen.“ Gegen Ende der Sendung gibt es eine Nachricht, die EU plane eine härtere Kontrolle von Ratingagenturen; inhaltliche Zusammenhänge werden nicht hergestellt.

Die TT von diesem 12.11.2008 beginnen mit dem Tarifkompromiss in der Metallindustrie; dazu gibt es auch den Kommentar. Es folgt ein Filmbericht über den Plan der EU, die Ratingagenturen stärker zu kontrollieren, da diese viele Krisen, vor allem die aktuelle nicht erkannt hätten. Es folgen kritische Statements des EU-Binnenmarktkommissars und von Harald Schumann, Journalist und Buchautor, der sich bereits lange mit Fragen der Globalisierung beschäftigt. Danach kommt ein Filmbericht über die Verflechtungen zwischen Politik und Finanzwirtschaft, unter anderem mit Statements des CSU-Europapolitikers Markus Ferber und von Harald Schumann zu dem Thema von strengeren Bedingungen für Jobwechsel zwischen Politik und Finanzindustrie.

Der Bericht beginnt mit der fragwürdigen Karriere einer Investment-Bank in den USA: „In der Krise wächst ein Riese: die Investmentbank Goldman Sachs in New York. Dieses Geldhaus hat seine Marktposition in den letzten Wochen ausbauen können. Branchenbeobachter sagen, Goldman Sachs genießt Protektion – bis in die oberste Staatsspitze... US-Finanzminister Paulson, vorher Chef bei Goldman Sachs, muss sich unangenehmen Fragen stellen: Ob er befangen war, als er Lehman Brothers, Goldmans Konkurrenten, pleite gehen ließ? Sein Dementi hat die Kritiker in den USA nicht wirklich überzeugt. Dort, aber auch in Europa spricht man jetzt offen vom Filz zwischen Politik und Geldgewerbe. Wer von einem in das andere Lager wechselt, soll in Zukunft eine Karenzzeit einhalten, fordern immer mehr Parlamentarier hüben wie drüben.“ Dann folgt ein Statement des CSU-Europaabgeordneten Markus Ferber: „Ich halte die Idee einer Karenzzeit für absolut unterstützenswert.“ Der Bericht fährt fort: „Die Trennlinie zwischen Politik und Banken ist auch in Europa oft verschwommen: Die Londoner City wollte mitverdienen, als der Kreditausbruch an der Wall Street ausbrach. Ausgerechnet die Labour-Regierung unter Tony Blair und Gordon Brown lockte das Kreditgewerbe mit immer größeren Steuergeschenken und immer weniger Kontrollen. Am Ende seiner Regierung stellte sich Tony Blair offen in den Dienst des Kreditgewerbes. Für eine Millionengage erhielt er einen Beratervertrag – Aussteller: Die JPMorgan-Bank mit Sitz in New York. Kritiker der Branche sehen in solchen Praktiken eine der größten Gefahren für das Weltfinanzsystem. Ohne zeitliche Sperrklauseln werde das Prinzip des Gemeinwohls, dem sich Politiker und Beamte verpflichten, schwer gestört.... Bis vor kurzem war Helmut Bauer Deutschlands oberster Bankenprüfer. Jetzt stellt er sein wertvolles Wissen privaten Interessen zur Verfügung: bei der Deutschen Bank. Da ist er in guter Gesellschaft: Sein ehemaliger Dienstherr Koch-Weser wechselte ebenfalls zum größten deutschen Bankhaus. Davor war er Beamter – Staatssekretär im Finanzministerium. Fragt sich, wie unter so viel Gleichgesinnten neue, wirklich unabhängige Regeln für die Finanzbranche entstehen sollen. Vielleicht mit ihm, Otmar Issing, ehemals Chefökonom der Europäischen Zentralbank? Die Bundesregierung und die EU haben ihn gerade an die Spitze der neuen Reformkommission für den Finanzmarkt berufen. Issing hat allerdings auch schon einen Beratervertrag – auch in New York, auch bei Goldman Sachs.“ Es handelt sich hier um eine Orchidee in der Wüste.

Getrennt davon wird anschließend über das Konjunktur-Gutachten der so genannten Wirtschaftsweisen berichtet, die ein Nullwachstum prognostizieren, und über die verlängerte Zahlung von Kurzarbeitergeld.

13.11.2008:

Die TS am 13.11.2008 beginnt mit dem Thema: „Wirtschaftslage: Deutschland steckt laut Statistischem Bundesamt in einer Rezession.“ Die Hauptursache dafür sei die Finanzkrise, so das Statement des Wissenschaftlers Thorsten Polleit, Frankfurt School of Finance and Management. Weiter geht es um Forderungen nach staatlichen Konjunkturprogrammen, die der Bundesfinanzminister ablehnt, unterstützt vom Groß- und Handelsverband; es gibt Redeauschnitte von Steinbrück und einem Vertreter des Verbandes, Gerhard Handke.

Der Bericht beginnt: „Die deutsche Konjunktur ist auf Talfahrt. In vielen Branchen wie etwa der Automobilindustrie sind die Aufträge regelrecht eingebrochen, denn die Nachfrage, vor allem aus dem Ausland, stagniert. Nach einem deutlichen Wachstum ist das Bruttoinlandsprodukt nun in zwei Quartalen hintereinander stark geschrumpft. Damit liegt eine Rezession vor. Hauptursache ist die Finanzmarktkrise, die immer stärker auf andere Bereiche übergreift.“ Es folgt das Statement von Polleit: „Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor stark abhängig vom Außenhandel. Unsere Güter werden von Ausländern gekauft, häufig auf Kredit. Die Kreditkrise führt nun dazu, dass diese Käufer nicht mehr Kredite zur Verfügung haben, um unsere Güter zu kaufen.“ Insofern nennt der Wissenschaftler präzise zwei Gründe: die momentane Kreditkrise, aber indirekt vor allem auch die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. Es folgt dann anschließend die Auseinandersetzung um weitere Konjunkturprogramme, die Steinbrück ablehnt. Diese mit Schulden zu finanzieren, lehne er ab, auch „im Sinne einer Generationsgerechtigkeit“. Der Vertreter des Bundesverbandes des Groß- und Außenhandels argumentiert: „Wir gehen davon aus, dass wir ein, zwei sehr schlechte Quartale haben werden, dass es dann aber gegen Mitte des Jahres langsam wieder aufwärts geht.“ Der Bericht schließt: „Dennoch dürfte sich die Rezession auf den Arbeitsmarkt auswirken. Auf viele Beschäftigte kommen damit harte Zeiten zu.“

Die TT an diesem Tag beginnen mit einer Reportage über „Einschränkung: Familienleben mit Hartz IV“ mit mehreren Statements; im Anschluss ein Nachrichtenüberblick und der Börsenbericht. Dann kommt der Bericht über die drohende Rezession mit Statements von Finanzminister Steinbrück, Gerhard Handke, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), von Wissenschaftler Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, und den Politikern Kauder, Westerwelle und Glos. Der Bericht beginnt: „Der Motor der deutschen Wirtschaft gerät immer mehr ins Stocken. Der Abschwung hat das Land heftiger erwischt als erwartet. Die Bundesregierung ist beunruhigt.“ Steinbrück kommt mit dem Statement: „Die Zeiten werden für die Bundesrepublik Deutschland deutlich härter.“ Handke fügt an: „... insgesamt, kann man sagen, ist wohl die gesamte deutsche Exportwirtschaft betroffen.“ Der Bericht fährt mit der internationalen Perspektive fort: „Die OECD spricht vom schlimmsten globalen Konjunkturreinbruch seit der Ölkrise in den siebziger Jahre.“ Sinn deutet: „Diese Rezession ist schon eine schwierige, ernsthafte. Die hat die ganze Welt erfasst, auch im Zusammenhang mit der Finanzkrise. Das werden wir nicht so schnell überwinden.“ Hier wird der einzige Bezug zur Finanzmarkt-Krise hergestellt. Im Weiteren geht es um die Frage der richtigen öffentlichen Investitionspolitik. In dem Bericht heißt es dann: „Vielen Volkswirten und der Opposition“ sei der Umfang des Konjunkturpaketes zu wenig. Der Bericht fährt fort: Die Regierung wolle nicht mehr Geld ausgeben und hoffe auf ein baldiges Ende der Krise. Ein Statement von Wirtschaftsminister Michael Glos: „Der Sachverständigenrat sagt, dass es in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zu einer Verbesserung der Situation kommen kann.“ Der Bericht: „Viele Experten bezweifeln jedoch, dass es in ein paar Monaten schon wieder aufwärts geht. Sie befürchten schwierige Zeiten über das Jahr 2009 hinaus. Und sie sind sich alle einig, die Arbeitslosenzahlen werden bald steigen. Auf die Arbeitnehmer kommen harte Zeiten zu.“

Dieses Thema wird auch kommentiert. Der Tenor des Kommentars von Alois Theisen, HR, lautet: Das Konjunkturprogramm sei zu klein und nicht systematisch, sagen die Wirtschaftsweisen. Diese Sicht sei richtig, so Theisen. „Ein Flickenteppich, für jeden etwas: für die Bauindustrie, die Autoindustrie, für die Handwerker, für die privaten Konsumenten – und für niemanden genug.“ So werde es kein Schutzschirm, sondern „allenfalls ein Mini-Knirps“.

Und: „Der interessanteste Plan kommt vom SPD-Kanzlerkandidaten, Außenminister Steinmeier. Er schlägt eine gemeinsame Aktion der Staaten der Europäischen Union vor. (Das ist) sicher auch eine gute Gesprächsgrundlage für den Gipfel der 20 größten Wirtschaftsmächte am kommenden Wochenende in Washington. Aber selbst ein wirkungsvolles Konjunkturpaket kann eines nicht ändern: die fetten Jahre sind erst mal vorbei.“ Die Berichterstattung und Kommentierung verwendet vertraute Stereotypen: die fetten Jahre sind vorbei, auf die Arbeitnehmer kommen harte Zeiten zu. Und die Wirtschaftskrise und die Finanzmarktkrise werden zunehmend als getrennte Sphären behandelt.

14.11.2008:

Die TS am 14.11. beginnt ausführlich mit dem strittigen Thema der Sanierung des Auto-Unternehmens Opel und möglichen öffentlichen Hilfen.

Dann folgt das Thema Finanzarchitektur und G20-Gipfel in Washington. Es kommen Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen, und Ottmar Issing, Vorsitzender Expertengruppe „Neue Finanzarchitektur“ zu Wort. Der Bericht beginnt: „Gut gelaunt und gut vorbereitet ist die Kanzlerin heute Mittag nach Washington geflogen. Im Gepäck eine Expertise, wie aus deutscher Sicht eine Finanzkrise in Zukunft zu vermeiden sei. Beim Ziel einer tiefgreifenden Reform der Weltfinanzordnung, so die Kanzlerin kurz vor Abflug, sollten sich alle Staaten einig sein.“ Es folgt das Statement von Merkel. Dann wieder der Bericht: „Die Vorschläge von Merckels Expertenteam laufen auf eine erheblich strengere Aufsicht auf die Weltfinanzmärkte hinaus. In einem internationalen Kreditregister sollen alle faulen Kredite verzeichnet werden, riskante Geldanlagen wie Hedgefonds sollen durch die Finanzaufsicht kontrolliert werden, ebenso Ratingagenturen. Manager sollen nicht nur Bonuszahlungen erhalten, sondern bei schlechter Leistung auch Gehaltskürzungen hinnehmen müssen. Fazit: Es soll mehr Klarheit bei Finanzgeschäften geschaffen werden.“ Issing mit einem Ausschnitt aus einer Pressekonferenz: „Die Transparenz muss systemgerecht sein, damit die Märkte effizienter funktionieren, damit die Aufsicht bessere Informationen hat.“ Der Bericht geht weiter: „Ebenfalls heute stellt der Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier ein Neun-Punkte-Investitionsprogramm vor, das in ganz Europa durch Ausbau der Infrastruktur Millionen von Arbeitsplätzen sichern soll.“ Dieser Vorstoß wird in dem Bericht wahlkampfaktisch interpretiert: „Der Vorstoß Steinmeiers hat zu Irritationen im Kanzleramt geführt; er war nicht mit Merkel abgestimmt. Steinmeier will Kanzler werden und während des Weltfinanzgipfels, wo er sich als Krisenmanager empfehlen könnte, ist er nicht zuständig. Mit diesem europäischen Programm, so meinen Beobachter, will er sich wieder ins Spiel bringen.“

In den TT dieses Tages wird das Thema Finanzmärkte nicht behandelt. Es geht unter anderem ausführlich um die Sanierung von Opel.

15.11.2008:

Die TS vom 15.11. beginnt mit dem Bundesparteitag der Grünen und der Neuwahl der Parteispitze. Es folgt dann der Bericht über den Abschluss des Welt-Finanzgipfels. Er beginnt: „Allen war daran gelegen, möglichst viel Einheit zu demonstrieren auf dem Weg zu einer gemeinsamen Weltfinanzarchitektur und raus aus der Krise ... . Die G20, die in dieser Formation das erste Mal gemeinsam am Tisch sitzen, vermieden es, den Amerikanern deutlich Schuld zuzuweisen. Verabschiedet haben sie eine umfassende Reform im Zentrum, mehr Transparenz von Finanzprodukten, mehr Kontrolle der Märkte, mehr Regulierung.“ Es folgt das Statement von Kanzlerin Merkel: „Es geht darum, dass alle Marktteilnehmer, alle Produkte und alle Märkte wirklich reguliert oder überwacht werden. Es soll keine blinden Flecken geben. Und genau das werden wir auch schaffen.“ Der Bericht weist darauf hin, dass noch sehr viele Details unklar seien. Dann kommt das Thema Opel – mit vielen Statements von Spitzenpolitikern – und anschließend zahlreiche andere Themen.

Die TT dieses Tages beginnen mit der Weltfinanzkonferenz in Washington. Die Stichworte: kein Protektionismus, die unbekannte Größe Obama, keine gemeinsamen Konjunkturpakete, klare Beschlüsse zur Verhinderung neuer Banken Krisen. Es gibt Statements von Kanzlerin Merkel – siehe TS – und von EU-Präsident Barroso: „Wir haben heute begonnen, eine neue globale Marktwirtschaft zu legen und die EU war der Vorreiter.“ Dieses Thema wird in den TT kommentiert. Der Tenor: Die Krise sei so groß, die Staatsleute mussten etwas vorweisen. Es seien konkrete Absichten, mehr jedoch nicht. „Und beim Kleingedruckten wird sich zeigen, ob wirklich alle den Ernst der Lage erkannt haben ... .“ Und: „... wenn es sich herausstellen sollte, dass der Internationale Währungsfonds die zukünftige mächtige Aufsichtsbehörde werden soll, dann ist Skepsis angesagt. Denn die haben die Krise gründlich verschlafen und müssten wohl erst einmal in das Trainingslager.“ In dem Kommentar wird auch erwähnt, dass die Entwicklungsländer nach dem Gipfel eher enttäuscht sein müssen; eine der wenigen Male, bei der diese Perspektive überhaupt eingenommen wird. Dann folgen die Opel-Krise und weitere Themen.

16.11.2008:

In der TS vom 16.11. wird an vierter Stelle auch das Thema Weltwirtschafts-Gipfel noch einmal behandelt mit Interviews mit Kanzlerin Merkel und José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission. Der Bericht beginnt: „Der größte Weltwirtschaftsgipfel der Geschichte ist vorbei. Es wird aufgeräumt. Und das, so scheint es, hat man auch hinter (den Mauern des Tagungsortes) getan. Und zwar gründlich. Auf den Finanzmärkten wird es künftig strengere Regeln und vor allem Kontrollen geben. Und diese, das ist entscheidend, sollen keine Lücken mehr lassen.“ Es folgt das bereits bekannte Statement der Kanzlerin. Dann fährt der Bericht fort: „Der Gipfel beschloss einen Aktionsplan mit 47 Punkten, der die Finanzmärkte vor neuen Krisen bewahren soll. Bis zum nächsten Treffen am 31. März werden weitere Schritte geprüft, auch Regeln für die Managergehälter. Alle Staaten wollen ihre Konjunktur ankurbeln. Wie, das entscheidet jeder selbst. Ausdrücklich bekennt sich der Gipfel zum freien Welthandel. Die Abschottung von Märkten wird abgelehnt.“ Es folgt ein Redeausschnitt von Barroso auf einer Pressekonferenz: „Wir haben damit begonnen, die Grundlage für eine neue Steuerung der Welt zu legen, für eine Weltwirtschaft nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Und die Europäische Union war der Vorreiter dieser Entwicklung.“ Zuvor werden in der TS die Themen Grünen-Parteitag, verletzte Soldaten in Afghanistan und das Thema Sanierung von Opel behandelt. Dieses Thema Opel wird übrigens meist inhaltlich getrennt von der Finanzmarktkrise bearbeitet, die eigenen Ursachen der Opel-Krise werden jedoch selten angesprochen. Das ‚läuft‘ so nebenher mit Andeutungen über falsche Modellpolitik und das Missmanagement bei GM; die weltweit erheblichen Überkapazitäten in der gesamten Automobilindustrie werden in den hier untersuchten Sendungen bestenfalls in Nebensätzen erwähnt.

In den TT dieses Tages geht es zuerst sehr ausführlich um die Opel-Krise, dann den Volkstrauertag und Brände in Kalifornien.

17.11.2008:

Die TS vom 17.11. beginnt mit sehr ausführlichen Berichten zur Sanierung von Opel, dann kommt eine Meldung, dass die City Group bis zu 50 000 Stellen abbauen will, anschließend ein Filmbericht über eine Tagung in Frankfurt und die Selbstkritik der Bank-Community. In diesem Bericht kommen Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, Jochen Sanio, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank AG, und Professor Udo Steffens, Präsident der Frankfurt School of Finance und Management, mit Statements zu Wort.

Der Bericht beginnt: „Fünf Tage beraten Banker und Politiker in Frankfurt am Main. Was lehrt die Wirtschafts- und Finanzkrise?“ Es folgt ein Redeausschnitt von Weber: „Der Glaube an Selbstregulierung und an die Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte hat während der letzten Monate doch deutlich abgenommen.“ Weiter im Bericht: „Es mehren sich die Forderungen nach mehr Kontrolle und einem starken Staat. Die Krise hatte ihren Beginn in faulen US-Krediten, die die Banken untereinander gehandelt haben. Selbst die Finanzbranche erkennt, dass klare Regeln

für die Zukunft nötig sind. Ackermann sagt in seiner Rede: „Ich bin heute hier absolut vom Saulus zum Paulus geworden. Ich glaube, dass Aufsichtsbehörden die Pflicht haben sollten, natürlich auch das Recht, aber die Pflicht, Geschäftsmodelle kritisch zu hinterfragen.“ Sanio wird aus seiner Rede zitiert: „Regulierung ist politisch wieder en vogue, was nicht verwunderlich ist, befinden wir uns doch heute in einem tiefen Abgrund.“

Dann fährt der Bericht mit dem Beispiel einer Staatsbank fort: „Wie tief, das zeigen die neuen Zahlen der staatlichen KfW-Bank: Knapp 1,8 Milliarden Euro Verlust in nur neun Monaten, vor allem wegen der Pleite der IKB.“ Diesen Sachverhalt lässt der ARD-Journalist von Steffens kommentieren: „Ich glaube, es ist deutlich höher als erwartet, denn wir sehen, dass jetzt auch bei der KfW, doch immerhin ein Monument der deutschen Geldwirtschaft, doch die allgemeine Finanzkrise global und eben jetzt auch bei der KfW eine tiefe Spur in den Büchern hinterlässt. Das ist sehr bedauerlich, aber wohl auch nicht zu vermeiden.“ An der Anmoderation des gesamten Beitrages wurde zwar auch kurz das Desaster der Hypo Real Estate erwähnt, aber eben nur kurz. Also auch hier werden erneut vor allem die Geschehnisse um die quasi-öffentlichen Banken in den Vordergrund gerückt. Es kommen noch zwei Meldungen, die mit dem hier interessierenden Thema zu tun haben: Der Bahn-Personalvorstand Hansen sieht erhebliche Risiken für die Bahn durch die Finanzkrise. Und der designierte US-Präsident hält Hilfen für die US-Wirtschaft wichtiger als einen Schuldenabbau.

In den TT dieses Tages geht es vor allem um Opel. Es werden die beiden Meldungen über die KfW-Verluste und die Banker-Tagung in Frankfurt geliefert.

19.11.2008:

In der TS vom 19.11. geht es als Spitzenmeldung um die voraussichtlichen Haushaltszahlen und die Staatsverschuldung. In dem Bericht kommen Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen, Michael Meister, MdB/CDU und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Fricke, MdB/FDP, und Gesine Löttsch, MdB/Die Linke, zu Wort. Der Bericht beginnt: „Bis zu 18 Milliarden Euro muss Steinbrück nächstes Jahr an neuen Schulden aufnehmen ... . Aufgrund der eingebrochenen Konjunktur will sich Steinbrück nicht festlegen, ob das neue Ziel zu schaffen ist, bis 2013 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.“ Dann folgt das Statement von Steinbrück, ein Ausschnitt aus einer Pressekonferenz: „Ich bin sehr vorsichtig mit der Ankündigung von Jahreszahlen.“ Dann folgt Meister: „Ich gehe fest davon aus, dass es die Möglichkeit gibt, den Bundeshaushalt in der nächsten Wahlperiode, das heißt vor 2013, auszugleichen.“ Dann Fricke: „Faktisch ist ein Versprechen für das Jahr 2013 oder gar später, was die Bundeskanzlerin gemacht hat, für den Schuldenabbau nur noch ein leeres Versprechen.“ Und Löttsch: „Die Koalition ist auf der gesamten Linie gescheitert, denn ihr großes Ziel war es, die Neuverschuldung zurückzuführen.“ Der Bericht endet: „Und selbst Optimisten sagen, alles hänge davon ab, wann die Wirtschaftskrise ein Ende hat.“

Zu dem hier interessierenden Thema folgt noch später eine Meldung, dass die EU-Kommission ein Konjunkturpaket plane.

### Zwischenbemerkung

In dieser Phase gibt es einen geradezu vorbildlichen Bericht über die Verflechtungen zwischen Politik und Bankenwelt, der die Frage nach der Unabhängigkeit der Politik in diesen Fragen der Banken- und Finanzmarktpolitik stellt. Er behandelt nicht nur die ‚Problemfälle‘ in den USA, sondern auch die in Großbritannien und Deutschland. Diese Aufklärung bleibt jedoch eine einsame Orchidee. Es wird auch nie der Versuch unternommen, im aktuellen Geschäft auf die jeweiligen Interessenbindungen aufmerksam zu machen, beispielsweise im Fall von Otmar Issing. Die Auswahl der Experten, die jeweils unausgesprochen als unabhängige Experten präsentiert werden, ist einseitig. Es handelt sich im Wesentlichen um drei Gruppen:

- interessengebundene Experten von Unternehmen oder Wirtschafts- und Finanz-Verbänden;
- die fernseh-bekanntesten Experten Sinn, Rürup und Gerke;
- die Wissenschaftler der Frankfurt School of Finance and Management.

Man muss daraus wirklich keine Verschwörungs-Theorie ableiten. Wenn es darauf ankommt, schnell Experten zu finden, die fehlerfrei in 20 Sekunden etwas sagen können, dann geht man ungern Risiken ein, sondern greift auf vertraute Experten zurück – allein schon um die Zeit- und Produktionspläne nicht zu gefährden – oder nutzt die geographische Nähe; zu den hier interessierenden Themen liefert der in Frankfurt residierende HR viel Material zu und die Frankfurt School of Finance and Management ist von der HR-Zentrale aus gesehen ‚um die Ecke‘. Allerdings ist es vermutlich wiederum auch kein Zufall, dass die zuständigen Redakteure gerade diese Wissenschaftler so gut kennen, die sich inhaltlich so äußern, wie sie sich äußern.

Die Experten, die im Normalfall zu Wort kommen, passen auch zu den Perspektiven, welche über die Arbeit der Redaktion ARD-Aktuell dominieren: Es wird fast durchgehend die Perspektive der ‚hohen‘ Politik eingenommen und dabei die der deutschen ‚hohen‘ Politik; die anders gelagerten Interessen beispielsweise der US-Politik oder die der Politik von Großbritannien werden in den hier untersuchten Sendungen nie sachlich dargestellt. Zugespitzt formuliert, aber deshalb keineswegs falsch dargestellt: Die jeweils regierende Politik bestimmt sehr stark bis ausschließlich die Themen, Perspektiven und auch Grundpositionen der Krisen-Berichterstattung der verantwortlichen Redaktion. So kann es nicht überraschen, dass auch die Folgen und Ursachen der Finanzmarkt-Krise dauerhaft unzureichend dargestellt werden, da bestimmte Zusammenhänge und Perspektiven einfach keine Rolle spielen. Nur zwei Fragen und Beispiele, die diese Kritik illustrieren sollen: Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten können oder werden sogar Auswirkungen auf die Altersversorgung von Millionen Menschen haben, da sie sich seit einigen Jahren auch privat versichern müssen und die Bedeutung der staatlichen Rente tendenziell für die Alterssicherung des Einzelnen abnimmt. Auf dieses Thema, das aktuell und wichtig ist, also den Nachrichten-Kriterien sehr wohl entspricht, kommt jedoch nur derjenige, der auch die Perspektive von potenziell direkt Betroffenen einnimmt; das machte ganz zu Beginn Michael Best in einem Kommentar, aber seither wurde dieses Thema in den hier untersuchten aktuellen Nachrichten-Sendungen nie mehr fortgeführt. Und von der regierenden Politik ist nicht zu erwarten, dass sie es anspricht, und wenn die Partei Die Linke dies tut, dann wird es nicht gesendet, weil diese zu unbedeutend ist. Das zweite Beispiel: Es ist kaum zu bestreiten, dass im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und deren Lösung die Frage eine Rolle spielt, ob die Tatsache, dass Deutschland fast immer Export-Weltmeister ist, eine Last oder ein Teil der Lösung ist; dieses Thema hängt wiederum mit den Handels-Ungleichgewichten, der Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland und seinen vergleichsweise sehr geringen Lohnstückkosten und damit der historisch niedrigen Lohnquote in Deutschland zusammen. Die Fragen, welche Rolle spielt künftig der Export, muss die Binnenwirtschaft überdurchschnittlich wachsen, damit die deutsche Volkswirtschaft in eine bessere Balance kommt, die werden nicht einmal gestellt im Rahmen der aktuellen Berichterstattung über Konjunkturprogramme und die Lösung der Wirtschaftskrise.

Der Eindruck ist, die Redaktion flieht vor allen Zusammenhängen und flüchtet sich in eine überdurchschnittlich intensive Berichterstattung von journalistisch-handwerklich und organisatorisch vergleichsweise ‚leicht handhabbaren‘ Einzelfällen wie Gipfelkonferenzen, Pressekonferenzen der Politik in Berlin, Hypo Real Estate, Opel, Arcandor, IKB, KfW, die dann von der Redaktion zusammenhangslos in die Krisen-Landschaft gesetzt werden. Dazu passt auch die Tendenz, die Themen Wirtschaftskrise und Finanzmarktkrise nach und nach voneinander zu trennen und damit die vielfältigen Zusammenhänge zu ignorieren. Die Frage, wer die Folgen der Krise zu tragen hat, wird kritisch nicht befragt, sondern festgehalten, als sei dies selbstverständlich: die fetten Jahre sind vorbei, auf die Arbeitnehmer kommen harte Zeiten zu, der Steuerzahler. Wer diese Frage bereits in diesem Sinne beantwortet, kommt natürlich auch nie auf die Idee, Herrn Ackermann oder Herrn Steinbrück zu fragen, welchen Beitrag die Banken leisten müssen oder sollten; vermutlich würde dies nur ein Thema, wenn regierende oder andere bedeutende politischen Kräfte das Interesse hätten, dies zu einem Thema zu machen.

**Ereignis 13:** Am 13.2.2009 beschließt der Bundestag das zweite Konjunkturpaket und einen Tag später, am 14.2., verabschiedet der US-Kongress das größte staatliche Konjunkturpaket in der Geschichte der USA mit rund 790 Milliarden Dollar.

(Auswertungszeitraum 9.2. bis 17.2.2009)

10.2.2009:

Die TS vom 10.2.2009 beginnt mit einem ausführlichen Bericht über Neuerungen im Datenskandal bei der Bahn, dann folgen der Amtswechsel im Wirtschaftsministerium, die Wahl in Israel, die Klage gegen den EU-Reformvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht mit mehreren Statements. Dann folgt im Nachrichtenblock die Meldung: Der US-Senat stimmt dem Konjunkturpaket zu.

Die TT an diesem Tag beginnen mit der Wahl in Israel. Dazu gibt es auch den Kommentar. Dann folgt ein Filmbericht über das neue Konjunkturpaket: Gewaltige Summen sollen US-Bürger wieder zum Konsumieren animieren, so der Tenor des Berichtes, unter anderem mit einer Stellungnahme von US-Präsident Obama. Es gibt noch eine Meldung, dass die US-Aktienmärkte auf Talfahrt bleiben, ebenso wie der deutsche Aktien-Index im Minus.

11.2.2009:

In der TS vom 11.2. steht ebenfalls der Bahn-Datenskandal an erster Stelle. Es gibt einen Bericht mit mehreren Statements. Dann folgt ein Bericht über weitere Hilfen für die Hypo Real Estate mit mehreren Stellungnahmen von Kanzlerin Merkel, den Haushaltsexperten Carsten Schneider und Steffen Kampeter und dem Finanzwissenschaftler Wolfgang Gerke. Der Bericht beginnt: „Der Staat muss sein Sicherheitsnetz um die Münchner Hypo Real Estate Banken-Gruppe immer enger flechten. Zum vierten Mal in vier Monaten muss er den Garantierahmen ausweiten – jetzt um weitere zehn Milliarden Euro. Damit betragen Garantien und Finanzhilfen des Staates, sowie privater Banken mehr als 100 Milliarden.“ Dann Gerke: „Ohne die Hilfe des Steuerzahlers wäre Hypo Real Estate nicht geschäftsfähig.“ Dann die Kanzlerin: „Wir müssen eben schauen, wie wir das so machen, dass weder eine Insolvenz eintritt, noch der Steuerzahler über Gebühr belastet wird und der Aktionär, mit Verlaub, ist im Augenblick nicht unser wichtigster Punkt.“ Es geht dann im Weiteren um die Hilfen einerseits und um den Einfluss des Staates andererseits.

12.2.2009:

In der TS vom 12.2. geht es erst um die Themen Rentenansprüche nach Scheidung, Neuregelung des Versorgungsausgleichs, Gesetzentwurf zur Ausweitung des Meister-BAföG, Hilfe für traumatisierte Soldaten. Dann kommt das Thema Schuldenbremse und Finanzreform. Der Bericht beginnt: „Es ist eine Absichtserklärung mit Verfassungsrang. Die Schuldenbremse im Grundgesetz soll Bund und Länder zu strenger Ausgabendisziplin verpflichten...“ Es kommen Stellungnahmen von Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Günther Oettinger, CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, die beide die Verhandlungen führen. In dem Bericht heißt es dann weiter: „Einen Großteil des Geldes für die ärmeren Länder muss der Bundesfinanzminister aufbringen. Im Gegenzug verpflichtet sich der Bund, ab 2016 nur noch maximal 0.35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als neue Schulden aufzunehmen.“ Und: „Die Schuldenbremse sollte der große Wurf werden. Doch die Opposition bezweifelt, ob ein Verfassungsgebot wirklich zu einem Abbau der Neuverschuldung führen kann. Und in einigen Länderparlamenten gibt es bereits Überlegungen, den gefundenen Kompromiss mit einer Verfassungsklage zu Fall zu bringen.“ Dann kommt der Filmbericht über das US-Konjunkturpaket mit Erläuterungen und Statements.

In den TT an diesem Tag stehen die Staatsschulden, die Schuldenbremse und das Konjunkturpaket im Mittelpunkt und die Möglichkeiten, wie Kommunen Gelder aus dem Konjunkturpaket einsetzen können. In dem Bericht kommen die Haushaltsexperten von SPD und FDP zu Wort und der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass, FH Wiesbaden.

Der Bericht beginnt: „Der Bundestag soll morgen das zweite Konjunkturpaket verabschieden – 50 Milliarden Euro gegen die Krise, durch Schulden finanziert.“ SPD-Politiker Schneider: „Wenn man nichts tut, kann es sein, dass es Verschärfungen gibt bei der Wirtschaftskrise mit mehr Arbeitslosen und noch weniger Steuereinnahmen. Von daher, finde ich, kann man dem schon zustimmen.“ Weiter im Bericht: „Ursprünglich wollte der Bund in diesem Jahr 18,5 Milliarden neue Schulden machen. Jetzt rechnet er mit einer krisenbedingten Neuverschuldung von 37 Milliarden. Steinbrücks Vorvorgänger Waigel hatte es 1996 auf 40 Milliarden neue Schulden gebracht. Die liberale Opposition vermutet, Steinbrück wird ihn dieses Jahr doch noch übertreffen.“ Dann folgt der FDP-Politiker Thiele: „Hier werden Schulden versteckt. Eigentlich müssten die in den Haushalt eingestellt werden. Und dann hätten wir nicht eine Neuverschuldung von 37 Milliarden, sondern weit über 50 Milliarden. Und damit wäre Peer Steinbrück der Schuldenminister unseres Landes und hätte sogar den Schuldenrekord von Theo Waigel gebrochen.“ Weiter im Bericht: „Denn im Bundesetat tauchen 21 Milliarden neue Schulden fürs Konjunkturpaket gar nicht auf, sondern in einem sogenannten Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds unter. Ähnlich hat es der Bund mit 170 Milliarden DDR-Altschulden gemacht, verwaltet im Erblastentilgungsfonds – ein Paradebeispiel dafür, dass der Bund auch Riesenschulden wie die der Wirtschaftskrise abstottern kann, behauptete die Kanzlerin über den Fonds... Dumm nur, dass der Abgeordnete Thiele herausfand, 90 Milliarden Schulden sind nicht getilgt, sondern werden in einem anderen Topf versteckt. Und so steigen die Schulden des Bundes enorm... Und wer zahlt die Zeche?“ Es folgt der Wissenschaftler Jarass: „Der Bürger wird die zusätzlichen Schulden bezahlen müssen, zum einen über höhere Steuern und zum anderen dadurch, dass er weniger staatliche Leistungen bekommt.“ Der Bericht schließt: „Wenig tröstlich, dass sich Bund und Länder seit heute Abend verpflichten wollen, auf die Schuldenbremse zu treten – in zehn Jahren.“ Es folgt noch ein Filmbericht, über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Großbritannien.

### Zwischenbemerkung

Eine Bewertung gleich hier an Ort und Stelle: Dieser 12.2.2009 hat große Chancen als der ‚schwarze Freitag‘ in die Geschichte der Redaktion ARD-Aktuell einzugehen. Es sei eingestanden, die Herausforderung ist nicht klein: Die US-Regierung beschließt das größte Konjunkturprogramm aller Zeiten, mit immensen Folgen für die Staatsfinanzen, um die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Die Regierung Merkel hat ähnliches beschlossen und treibt ebenfalls die Staatsschulden in die Höhe. Zur selben Zeit beschließt die regierende Große Koalition, eine Schuldenbremse in das Grundgesetz einzubauen. Wer der Politik nur ein kleines bisschen etwas Gutes tun will, wer wenigstens Anflüge von Mitleid für ein fassungslos staunendes Millionen-Publikum hat, wer nur noch einen Funken an Leidenschaft verspürt aufzuklären, wer sich an einem solchen Tag noch daran erinnert, es sei die Aufgabe von Journalismus, Orientierung zu geben, der stellt an einem solchen Tag irgendeinem Experten – wenn es sein muss, dann lieber noch Herrn Gerke oder Herrn Sinn als gar keinem – wenigstens die Frage, die in der hintersten Tiefe eines jeden Gehirns ‚wabert‘: Erklären Sie doch bitte, wie das alles zusammenpasst, warum es eventuell doch schlüssig und machbar ist, und sagen Sie uns bitte, bitte, was wir davon zu halten haben, und übrigens: Begreifen wenigstens Sie das alles? Die Redaktion ARD-Aktuell schafft es, diese drei Sachverhalte völlig voneinander getrennt zu behandeln. Es gibt das Konjunktur- und damit Schuldenprogramm der Bundesregierung: Dazu gibt es rechtfertigende Stellungnahmen von Koalitionspolitikern. Dann gibt es das Thema Staatsschulden und Schuldenbremse, bei der der Finanzminister als Schuldenkönig dargestellt wird, als gebe es die Finanzmarktkrise nicht. Und dann wird auch noch gemeldet – ohne jeglichen Zusammenhang herzustellen und als lebten wir eben doch nicht in einer Welt der Globalisierung, sondern in einer der tiefsten Nationalstaatlichkeit -, irgendwo da drüben in den USA haben sie übrigens eines der größten Konjunkturprogramme der Weltgeschichte beschlossen. Wenn es einen Tag gibt, an dem die Redaktion ihre (täglich gepflegte) Flucht vor den Zusammenhängen in die vielen, den Blick auf das Ganze geradezu verstellenden Einzelheiten auf die Spitze treibt, dann ist es dieser 12. Februar. Er ist – nationalstaatlich gesehen – (Zug-)Spitze.



13.2.2009:

Auch in der TS vom 13.2. wird das Thema des Konjunkturpaketes prominent behandelt, da darüber im Bundestag debattiert wird. Auch dieses Mal fehlen die Bezüge zu den Ursachen und möglichen Wirkungen; es werden weitgehend Stellungnahmen von Politikern transportiert aus den Bundestagsdebatten.

15.2.2009:

Am 15.2. geht es in der TS um Boni-Zahlungen an Banker. In dem Bericht kommen Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen, Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident, Renate Künast, Vorsitzende der Bundestags-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Hans-Peter Burghof, Professor für Bankwirtschaft an der Universität Hohenheim, zu Wort.

Der Bericht beginnt: „Hand aufs Herz, wenn es um die Riesenbezüge erfolgloser Bankmanager geht, steigt beim Finanzminister der Blutdruck, macht er sich Sorgen ums Ansehen von Demokratie und Marktwirtschaft.“ Es folgt ein Redeausschnitt von Steinbrück: „Wenn eine Gesellschaft, auch wie die Bundesrepublik Deutschland, den Eindruck hat, dass gleichzeitig diejenigen, die Manager dieses Systems sind, jedes Maß verloren haben mit Blick auf ihre Vergütung, mit Blick auf ihre Abfindungen.“ Weiter im Bericht: „So bekommen die Investmentbanker von Dresdner Kleinwort, einer Tochter der Dresdner Bank, fürs Krisenjahr 2008 laut ‚Spiegel‘ Bonuszahlungen von 400 Millionen. Dabei hat die Investmentbank Milliarden verloren. Unverständlich, nennt das die Kanzlerin. Sie will mit den G20-Staaten erreichen, das Bonussystem an nachhaltigem Erfolg zu koppeln.“ Der CSU-Vorsitzende wird bestätigend zitiert. Dann folgt Künast: „Also, Merkel, Seehofer und andere vergießen jetzt gerade Krokodilstränen. Ende letzten Jahres haben wir sie darauf hingewiesen, wenn man Boni und Sonderzahlungen vermeiden will, muss man das im Gesetz regeln.“ Weiter im Bericht: „Bankexperten meinen: Wegen bestehender Arbeitsverträge ginge Gehaltsverzicht nur auf freiwilliger Basis.“ Es folgt Burghof: „Einige dieser Boni sind kaum zu verhindern, nämlich bei den Managern, die wahrscheinlich entlassen werden. Weil: Sie können sich das selber vorstellen, wenn Sie entlassen werden, werden Sie nicht mehr bereit sein, auf Gehaltsbestandteile zu verzichten.“ Der Bericht schließt: „Doch gegen Leistungsverzerrungen könnte der Bund durchaus gesetzlich mit einer Krisenklausel vorgehen, so die Grünen.“

16.2.2009:

In der TS vom 16.2. gibt es einen Bericht, dass nun auch die Aareal Bank staatliche Einlagen erhält. Das Institut sei gesund, wolle aber vorausschauend die Milliardenhilfen annehmen, so der Vorstandsvorsitzende. Andere Banken werden nachziehen, so der Finanzexperte Schiereck, TU Darmstadt.

17.2.2009:

In der TS vom 17.2. geht es an prominenter Stelle und ausführlich um die Sanierung von Opel und um weitere meist negative Berichte über die Entwicklung von Unternehmen (Daimler, Hypo Real Estate, HSB Bank).

In den TT von diesem Tag geht es ebenfalls sehr ausführlich um Opel mit allen möglichen Aspekten: Entwicklung bei GM und in den USA, Verhalten der Bundesländer, Verhalten der Bundesregierung, Agieren des Betriebsrates, Geschäftsmodell, Finanzbedarf. Anschließend wird die Lage bei Daimler behandelt: Gewinneinbruch, milliarden-schweres Sparprogramm. Dazu gibt es auch den Kommentar: Die Autowelt wird sich völlig verändern, Massenentlassungen sind unabwendbar. Es gibt dann einen Bericht über den Entwurf für ein Enteignungsgesetz der Hypo Real Estate.

### Zwischenbemerkung

Es ist noch einmal als wichtigster Punkt festzuhalten, dass sehr ausgiebig aus der Perspektive der drohenden Staatsschulden berichtet wird, so dass dieses Thema ohne weitere Begründung in das Zentrum ‚rutscht‘. Dies ist auch ein Thema, das von der Politik, vor allem von SPD, Union und FDP, über das Instrument der so genannten Schulden-

bremse sehr stark gemacht wird; insofern ist die prominente Berichterstattung darüber natürlich ein erst einmal nahe liegender journalistischer Reflex, seiner Pflicht nachzukommen, die darin besteht, zuerst einmal darüber zu berichten, was ist. In der Berichterstattung werden jedoch meist die Zusammenhänge zwischen den neuen Schulden und deren Ursachen nicht, oder nur beiläufig und am Rande hergestellt. Es wird auch nicht thematisiert, was das Konjunkturprogramm konkret bewirken kann. Das heißt, es werden die Sachverhalte jedes Mal für sich isoliert betrachtet und nicht in Gesamtzusammenhänge gestellt, was jedoch für das Verständnis notwendig wäre. Es ist ebenfalls festzustellen, dass ganze Gruppen von Akteuren dadurch aus der Berichterstattung herausfallen. Wenn gefragt wird, wer die Zeche bezahlen soll, dann gibt es darauf die sehr pauschale und damit unzureichende Antwort, das sei der Bürger.

An diesem Beispiel ist auch festzustellen, dass die Experten oft mit vergleichsweise banalen und erwartbaren Erläuterungen zu Wort kommen, die den bisherigen Trend des Berichtes jeweils bestätigen und nie stören oder Irritationen auslösen. Die Experten haben also selten bis nie die Rolle, eine Einschätzung ‚einzubringen‘, die weitere Erkenntnis bringt für das Publikum, das heißt, sie stehen nie im Mittelpunkt. Vielmehr dienen sie im Wortsinne dazu, um die Statements der jeweils wichtigen präsentierten Akteure, meist regierende Politiker, inhaltlich zu ‚garnieren‘.

Es fällt auch in dieser Sequenz auf, dass es zu vergleichsweise unbedeutenden Fragen, bei denen sich die Redaktion vielleicht auch sicher fühlt, vergleichsweise ausführliche Berichte gibt, während es zu wichtigen Fragen, wie der Herstellung von Zusammenhängen, so gut wie gar keine Berichte gibt. Die Berichterstattung verliert sich in vielen einzelnen Krisenfällen, die jeweils auch für sich isoliert betrachtet werden.

**Ereignis 14:** G20-Gipfel in London am 1./2. April 2009  
(Auswertungszeitraum 25.3. bis 7.4.2009)

25.3.2009:

Am 25.3. berichtet die TS nach den Themen Internet-Sperren wegen Kinder-Pornographie und Abwrackprämie zu Beginn ausführlich über die Wirtschaftslage in Deutschland. Anlass ist offensichtlich der ifo-Geschäftsklimaindex. Es kommen Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, und Professor Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, zu Wort. Der Bericht beginnt mit der redaktionellen Einschätzung: „Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im März nochmals verschlechtert. Der ifo-Geschäftsklimaindex, der wichtigste Indikator für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, ist auf dem niedrigsten Stand seit der zweiten Ölkrise 1982. Die Bundesregierung erwartet zudem 2009, nach Angaben aus Regierungskreisen, einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von bis zu fünf Prozent. Das bedeutet mehr Arbeitslose und sehr hohe Steuerausfälle.“ Dann kommt das Statement von Sinn: „Die Welt ist in einer Krise, wie wir sie seit 1929 nicht gesehen haben. Es bricht alles regelrecht ein. Deutschland ist sehr stark erfasst als Exportnation.“ Es wird der Arbeitgeberverband Gesamtmetall über die Lage der Branche in Ostdeutschland zitiert. Dann kommt zu Guttenberg: „Ich glaube aber, dass wir insgesamt perspektivisch jetzt nicht nur geduckten Hauptes durch die Lande ziehen dürfen, sondern dass wir mit einer realistischen Betrachtung, einer insgesamt schwierigen, sehr ernsten Situation durch die Programme, die wir aufgestellt haben und andere Dinge, auch Hoffnung haben können.“ Der Bericht verweist dann noch auf die Abwrackprämie als eine Hoffnung, weshalb Merkel und Steinmeier die Mittel dafür aufstocken wollten. Es werden noch ungenannte Experten zitiert, die sagen, die Krise werde erst einmal noch schlimmer werden.

Danach kommen weitere Berichte über eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte mit mehreren Stellungnahmen von Regierung und Opposition, Streitigkeiten in der Großen Koalition über das weitere Vorgehen gegen Steueroasen und hohe Verluste der BayernLB.

26.3.2009:

Am 26.3. berichten die TT ausführlich über das „Heilbronner Phantom“ und die Zuverlässigkeit von DNA-Spuren, über den Jahresbericht des Wehrbeauftragten mit Kommentierung und die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum NATO-Gipfel.

Im Nachrichtenblock wird über die Pläne der US-Regierung berichtet, die Finanzmärkte zu kontrollieren. Dazu gibt es auch eine Live-Schaltung mit Anja Kohl, ARD-Börsenredaktion.

Die TT haben eine Serie unter dem Titel: „Wie die Krise die Welt verändert“. In dieser Ausgabe wird die Lage in Japan behandelt.

In der TS an diesem 26.3. geht es um Schutz vor Telefonwerbung – Anlass ist eine Entscheidung des Bundestages – mit mehreren Stellungnahmen, um die Regierungserklärung zur NATO mit Aussprache und den Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Erst im letzten Drittel geht es kurz um die Finanzmarkt-Kontroll-Pläne der US-Regierung.

28.3.2009:

In der TS vom 28.3. wird ausführlich über Demonstrationen wegen des bevorstehenden G20-Gipfels berichtet. Die Stichworte: Einzelne Festnahmen, zehntausende Demonstranten fordern in Deutschland und Großbritannien eine gerechtere Verteilung der Krisenlasten, Statements von IG Metall und Lafontaine, Die Linke, Kurzfilme aus Berlin, Frankfurt/M. und London.

Dann gibt es noch zwei Meldungen zu dem Thema Finanzbranche: Der frühere Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Walter, will auf 3,6 Millionen Euro Abfindung verzichten. Und der Bund beginnt mit dem Kauf von HRE-Anteilen. Langfristig sei die komplette Übernahme geplant. Der US-Großaktionär Flowers solle eventuell per Gesetz enteignet werden, falls er Verstaatlichung blockiere.

31.3.2009:

In der TS vom 31.3. geht es prominent um die Sanierung von Opel, mit Stellungnahmen des Betriebsratsvorsitzenden Klaus Franz, Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier. In diesem Zusammenhang geht es um die weiteren Aspekte Arbeitsmarkt, Kurzarbeit, Lage in den Betrieben mit mehreren Stellungnahmen, u.a. des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit und der Koalitionspolitiker Olaf Scholz und Ronald Pofalla. Dann folgen die Themen Rechtsextremismus, das Treffen Merkel-Medwedew kurz vor dem Finanzgipfel in London, eine Afghanistan-Konferenz und die Lage von Flüchtlingen.

In dem Bericht über das Treffen Merkel/Medwedew kommen auch direkt Dmitri Medwedew, Präsident der Russischen Föderation, und Kanzlerin Angela Merkel zu Wort. Es wird in diesem Beitrag noch Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, interviewt. Es geht in der Hauptsache um die deutsch-russischen Beziehungen und die bilateralen Probleme: Krise um Georgien, Gaslieferungen. Zu dem bevorstehenden Gipfel äußern sich die beiden Staatsleute mit allgemeinen Verlautbarungen. Von beiden werden Redeausschnitte aus der Pressekonferenz gezeigt. Kanzlerin Merkel: „Wir wollen natürlich eine Botschaft aussenden, dass wir nach vorne schauen, aber wir wollen das auch ambitioniert tun...“. Und Präsident Medwedew: „Der G20-Gipfel wird sicher nicht das letzte Rezept gegen alle Krisen bringen, aber er muss der Start für die Erschaffung einer neuen Finanzarchitektur sein.“ Vor allem geht es jedoch um die beidseitigen Wirtschaftsbeziehungen und um Sicherheitsfragen.

1.4.2009:

Die TT vom 1.4. beginnen mit dem G20-Gipfel. Es wird von der Korrespondentin das Szenario grob entfaltet: Es gebe zwei Lager mit unterschiedlichen Präferenzen, es werde Debatten über weitere Finanzspritzen, Konjunkturprogramme und die Regulierung der Finanzmärkte geben. Es geht dann weiter um die Themen Abwrackprämie, Absatzkrise bei Daimler, neuer Bahnchef, Krise im Maschinenbau.

Auch in der TS vom 1.4. gibt es einen Auftaktbericht zum G20-Gipfel mit Liveschaltung. Die Stichworte: Teilnehmer versammelt, Empfang bei der Queen, London als Festung, Demonstration von Harmonie, aber Differenzen um weitere Konjunkturprogramme zwischen Obama und Brown einerseits und Merkel und Sarkozy andererseits, die mehr auf bindende Beschlüsse zur Regulierung der Finanzmärkte drängen. Merkel wird mit den Worten zitiert: Die Sorge sei, „dass wir angesichts der Krise doch die Eigenschaft haben, etwas unter den Tisch zu kehren und vielleicht das Übel nicht bei der Wurzel zu packen.“

Dann kommen Absatzkrise und Sparkurs bei Daimler, Erfolg der Abwrackprämie, Auftragseinbruch im Maschinenbau, neuer Bahnchef, NATO-Ost-Erweiterung, Israel und Nahost-Konflikt (ausführlicher Bericht).

2.4.2009:

In der TS vom 2.4. ziehen zuerst Kanzlerin Merkel und Premier Gordon Brown Bilanz. Es gebe Ergebnisse, so die Anmoderation, die es in sich hätten. Brown: „Wir haben zum ersten Mal wirklich einen gemeinsamen globalen Ansatz, um das internationale Finanzsystem jetzt und in Zukunft neu zu strukturieren.“ Es gebe auch Hilfe für die Armen und für die Umwelt. Der Bericht führt aus: „Mehr als eine Billion Dollar werden der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zur Verfügung gestellt. Steueroasen werden... stärkeren Kontrollen unterliegen. Eine Liste nicht kooperationsbereiter Länder wird noch heute veröffentlicht... Die Finanzmärkte sollen generell in Zukunft stärker reguliert werden. Damit haben sich... Sarkozy und Angela Merkel weitestgehend durchgesetzt... Beide hatten massiv auf einer klaren Formulierung zur Kontrolle und Regulierung der Finanz- und Bankenwelt bestanden... und können diesen Punkt nun als Durchbruch und echten Erfolg feiern.“ Dann das Statement von Merkel: „Und so glaube ich sagen zu können, dass wir hier doch in einer wichtigen Konferenz einen sehr, sehr guten, ja, fast glaube ich historischen, Kompromiss gefunden haben.“

Dann folgen weitere Berichte und Statements zu diesem Thema. Es kommen zu Wort: Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Jürgen Trittin, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, Klaus F. Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und Heribert Dieter, Stiftung Wissenschaft und Politik, und ein Repräsentant des Bankhauses Hauck und Aufhäuser. Die beiden Experten äußern sich zu der Frage, ob das Finanzsystem überhaupt besser reguliert und beaufsichtigt werden kann.

Es geht erst um die strittigen weiteren Konjunkturpakete. Der Bericht wird so anmoderiert: „Das deutsche Konjunkturpaket kann noch gar nicht wirken, frühestens Ende Mai. Also auch kein Wunder, dass die Kanzlerin weitere Konjunkturpakete abwehrte. Richtig, sagen die Wirtschaftswissenschaftler. Darauf das Statement von Zimmermann: „Konjunkturpakete gibt es jetzt genug, sie müssen ... zu wirken beginnen. Sie helfen auch nicht, das globale Problem anzupacken.“ Dann die redaktionelle Überleitung: „Anders die Opposition. Nicht mal das 1-Billion-Dollar-Paket aus London stimmt sie zufrieden.“ Dann folgt Gysi: „Der Gipfel war sehr teuer und hat relativ wenig gebracht, weil er zwei Fragen nicht beantwortet. Nämlich, ob er die Umverteilung von unten nach oben beendet und endlich mal Reichtum begrenzt, um Armut zu bekämpfen? Und zum Zweiten, wer das Ganze bezahlen soll?“ Und Trittin: „Man hat versucht, Trippelschritte in die richtige Richtung zu tun. Maßnahmen, die eine Wiederholung dieser Krise tatsächlich verhindern, sind nicht beschlossen worden.“

Dann geht der Bericht weiter: „Dass Steueroasen benannt werden, halten alle für gut. Nur, sie sind nicht das Kernproblem der Krise, schon eher die Bankenregulierung. Aber ob sich das international steuern lässt? Da gibt es Zweifel. Es folgt der Wissenschaftler Dieter mit einem Statement dazu: „Diese Krise ist ja nicht in Steueroasen entstanden und nicht durch Hedgefonds verursacht worden. Sie ist verursacht worden durch eine zu laxen Bankenaufsicht im Zentrum der OECD-Welt, in New York, in London. Darüber hätte man sehr viel intensiver sprechen sollen.“ Dann schließt der Bericht: „Gesprochen hat man dagegen heute an den Börsen über die Ergebnisse aus London und kam zu einer positiven Bewertung, ablesbar am DAX – plus sechs Prozent ... . Da vieles aus London aber im Ungefähren bleibt, liegt es jetzt hierzulande am Finanzministerium, das Ganze etwas konkreter zu fassen.“

Es folgen dann weitere Themen wie der zweite Pflege-Gipfel und die Neuorientierung bei der Bahn AG.

An diesem 2.4. bringen die TT einen Kommentar mit dem Tenor: „Merkel hat die beste Figur gemacht“. Der Wortlaut: „Was für ein Gipfel ... . Skeptisch hatte die Welt das G20-Treffen verfolgt, das auf keinen Fall scheitern durfte. Stattdessen nun Aufatmen und das größte Konjunkturpaket der Geschichte, kürzere Zügel in der Finanzwelt. All das herbeiverhandelt von Merkel, Brown, Obama, Hu und Sarkozy, von all jenen also, auf deren kollektive Kompromissfähigkeit vor London nicht viele gewettet hätten. Nun präsentieren sich alle als Sieger. Doch am Ende hat wohl Merkel die beste Figur gemacht. Sie hat sich durchgesetzt, fand, man habe genug Schulden gemacht, es sei Zeit für mehr Kontrolle. Klug hat sie den Gastgeber eingebunden, dem Franzosen die Rolle des Rumpelstilzchens überlassen und vor allem sichergestellt, dass sie Obama nicht ganz die Show stiehlt. Der neue US-Präsident hat sich überraschend zurückgehalten und hier auf die Führungsrolle verzichtet. Die Ergebnisse von London – eine Teamleistung. Unkooperierende Steueroasen sollen nun auf eine „schwarze Liste“ – ein Pranger für die Schamlosen, faktisch das Ende des Bankgeheimnisses. Dafür dürfte es daheim Beifall geben. Bei genauerem Hinsehen jedoch – kleingedruckt – die Enttäuschungen in der Gipfelbilanz. Vieles bleibt auch künftig in nationaler Hoheit, Absichtserklärungen drohen zu verwässern, und die Entwicklungsländer mögen sich über Weltbankgelder freuen, über die Verteilung aber entscheiden weiter die Industrienationen. Das sind die alten Regeln der Finanzwelt. Die werden wohl auch nach London bleiben.“

Ein Kommentar, der in seinem Geist auch vieles von der Art der Berichterstattung widerspiegelt, fast programmatischen Charakter für die Arbeit der Redaktion ARD-Aktuell hat: Alle halbwegs wichtigen Punkte werden kurz angerissen, so dass sie erwähnt sind. Es wird fast nichts erläutert, es wird nicht gewichtet, fast alles wird einerseits als Erfolg, aber irgendwie doch auch wieder als Nicht-Erfolg dargestellt.

In den TT an diesem 2.4. wird der Gipfel – abgesehen von dem bereits erwähnten Kommentar – mit Stellungnahmen von Brown, Obama, Sarkozy und Merkel und einigen Wiederholungen aus der TS resümiert. Der Bericht schließt mit den Worten: „Fazit dieses kurzen, aber intensiven Gipfels: Der Startschuss für eine neue, weltweit stärker regulierte Finanzarchitektur ist gefallen. Jetzt muss die Arbeit am Detail beginnen.“

Es folgt noch eine Reportage über die Frage, wie die Krise sich auf einen Betriebsrat, einen Kurzarbeiter, einen Unternehmer und einen Anleger auswirken; ein Gespräch mit dem Börsen-Redakteur Michael Best; ein Bericht über den Kampf von einzelnen Ländern gegen die Wirtschaftskrise und dem Deutschlandtrend, der auch den G20-Gipfel abfragt.

Es folgen noch zahlreiche Berichte und Meldungen zu der Lage der Bahn (neuer Vorstandsvorsitzender), dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Baden-Baden und Straßburg, Demonstrationen in Griechenland, neuer NATO-Generalsekretär, Sport, Kandinsky-Ausstellung in Bonn, Wetter.

**Ereignis 15:** Am 17. Juni 2009 verkündet US-Präsident Barack Obama, er plane eine radikale Reform der Finanzmärkte.

(Auswertungszeitraum 11.6. bis 22.6.2009)

In den ausgewerteten Sendungen gab es am 17.6. in den TT im Nachrichtenüberblick einen kurzen Bericht mit einem O-Ton von US-Präsident Obama zu seinem Vorhaben, die Finanzmärkte stärker zu kontrollieren.

Es gab in der TS vom 18.6. einen sehr ausführlichen Bericht mit Stellungnahmen von allen Bundestagsfraktionen über Managergehälter im Zusammenhang mit einem Auftritt des Ex-Bankmanager Georg Funke vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss zur Affäre um die Hypo-Real-Estate-Bank. Funke gilt als Hauptverantwortlicher für das Milliardenesaster. Der Ex-Vorstandschef klagt auf eine hohe Pension und auf Restzahlung von 3,5 Millionen Euro Gehalt.

**Ereignis 16:** G20-Gipfel in Pittsburgh am 24./25. September 2009

(Auswertungszeitraum vom 19.9. bis 28.9.2009)

21.9.2009:

Der Gipfel fand kurz vor der Bundestagswahl statt und hatte deshalb zwangsläufig eine hohe innenpolitische Bedeutung.

Es fällt auf den ersten Blick auf, dass es in den von uns recherchierten und geprüften Sendungen keine Kommentierung des Gipfelergebnisses gab, und es wurden fast gleichermaßen die Kanzlerin (CDU) und ihr Finanzminister (SPD) mit ihren Positionen präsentiert. Unabhängige Experten kamen nicht zu Wort.

In der TS vom 21.9. gab es in dem Auftakt-Bericht, der gleich in den ersten Minuten kam, Interviews mit Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, und Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen. In der Anmoderation hieß es, die G20-Staatschefs seien gekommen, um „neue Verkehrsregeln für die Finanzmärkte aufzustellen.“ Es gab ein allgemeines Statement von Angela Merkel („Insgesamt sind wir auf einem guten Weg“), dann wurde von der Redaktion sehr anschaulich erläutert, wie die „Bundesregierung die Banken an die Leine nehmen“ wolle und wie die Agenda des Gipfels aus Sicht der Bundesregierung aussieht. Der redaktionelle Text: „Vor der Krise war es so, dass Banken, wenn sie einen Kredit von 1 Million vergeben, nur 2 Prozent, also etwa 20.000 Euro eigenes Kapital zurücklegen mussten. Jetzt ist es ein höherer Risikopuffer, in diesem Fall etwa 80.000 Euro, und er soll in Pittsburgh noch mal erhöht werden. Man will die Banken zügeln, denn wenn der Kredit wegfällt, ist auch das Eigenkapital in Gefahr. Zudem soll beim Gipfel das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Man will an die Bankerboni heran und über neue Steuern für die Finanzmärkte reden.“ Dazu wird ein Statement von Steinbrück gebracht: „Ich bin mir sicher, dass man es in Pittsburgh nicht im Konsens wird verabschieden können. Aber dieses Thema, das die Legitimation unserer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme berührt, nach dem Motto, wer zahlt den Scheck, wird in Pittsburgh ebenfalls eine Rolle spielen.“ In der Abmoderation spielt die Skepsis von Steinbrück auch eine Rolle. Der Bericht schließt mit den Worten: „Pittsburgh soll einen Mehrwert haben, denn bisher sieht auch die interne Reformbilanz eher mau aus. Die Bundesregierung will den Druck auf die Finanzmärkte aufrechterhalten, aber jeder Tag, an dem sich die Krise abschwächt, macht es nicht einfacher. Das Zeitfenster für Reformen, es schließt sich.“

Als Spitzenmeldung bringt die Redaktion jedoch an diesem Tag das Thema „CSU präsentiert Wachstumsplan“; es geht um einen 12 Punkte-Plan mit Steuersenkungen im Mittelpunkt. Im letzten Drittel gibt es einen Bericht über die Herbstvollversammlung der katholischen Bischöfe, die sich auch mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigen.

24.9.2009:

In der TS vom 24.9. gibt es – nach dem Großthema Iran/Atomwaffen/Uno – erneut das Duo Merkel/Steinbrück. Es wird im Bericht kurz erwähnt, dass es auf diesem Gipfel um die Kontrolle und Regulierung der Finanzwelt gehen solle. Nur kurz und ohne jegliche Erläuterung wird erwähnt, Barack Obama habe seine eigene Agenda: „Er will das die USA belastende Ungleichgewicht im Welthandel beseitigen: Das zielt auf die Exportnationen China und Deutschland.“ Die Bundesregierung bleibe jedoch bei ihrem „zentralen Thema... die Finanzmarktregulierung“. Merkel sagt, man müsse drängen und dranbleiben, Steinbrück sagt, es gebe da Bremser: „Und man merkt, dass es diese Gegenbewegung aus den Standortinteressen insbesondere in der City of London und auch an der Wallstreet gibt.“ Die Korrespondentin schließt mit dem Aufsager: Obama und Merkel bräuchten beide einen Erfolg.

In den TT vom 24.9. steht wieder das ‚Lieblingsthema‘ der Bundesregierung im Mittelpunkt des Gipfelberichtes. In dem redaktionellen Bericht wird das Thema entsprechend eingeleitet: „Genau das ist es, was die Bundesregierung politisch auf die Palme bringt: Keine Demut – nichts, die Banker spielen wieder Monopoly, gehen zurück auf Los und weiter geht es wie vorher. Merkel und Steinbrück wollen deshalb in Pittsburgh feste Boni-Regeln, Grenzen für die Gier.“ Dann kommt Steinbrück: „Damit wir insbesondere auch bei den Managerabfindungen und Gehältern aus dem Zustand des europäischen Fußballs herauskommen: Will sagen, die eine Abfindungssumme übertrifft immer die andere, und die Vereine toppen sich gegenseitig hoch, so ähnlich ist das bei den Banken auch.“ Und Merkel schließt auf: „Ein Stück weit muss die Politik den Mut haben, auch etwas zu machen, was nicht sofort die Be-

grüßung aller weltweiten Banken mit sich bringt.“ Dann wird das zweite Thema Größe der Banken aufgerufen. In dem Bericht heißt es: „Viele sind zu groß, um zu scheitern ... Die Politik ist da schlicht erpressbar. Deshalb soll es neue Regeln geben in Pittsburgh. Regeln, die Banken begrenzen und sie zwingen, einen Risikopuffer anzulegen.“ Dann kommt ein Statement Merkel („... auf einem guten Weg sind...“) und ein Statement von Steinbrück, der Hund dürfe eben nicht den Wurstvorrat bewachen, und dann wird das dritte Thema „Neue Steuern für die Finanzmärkte“ von der Redaktion angesprochen, das spreche die Bundesregierung auch an, aber es sei jetzt schon klar, „dass die anderen Länder da nicht mitziehen.“

25.9.2009:

Auch am 25.9. kommt in der TS das Duo Merkel/Steinbrück zu Wort. Die redaktionellen Anmerkungen liefern wiederum die Stichworte für die jeweiligen Statements, und die Stichworte sind: G20 hat sich schon bewährt, gute Vereinbarungen zu den Boni, „Tenor: weniger Spielcasino“, erhöhte Anforderungen an das Eigenkapital von Banken grundsätzlich beschlossen. ARD, Kanzlerin und Finanzminister sind sehr zufrieden, schließt doch der redaktionelle Teil des Berichtes mit den Worten: „Auch wenn längst nicht alle deutschen Wünsche in Erfüllung gingen, die Zufriedenheit von Kanzlerin und Finanzminister war nicht gespielt. Amerikaner und Briten haben weniger blockiert als befürchtet und die Schwellenländer machten mit – auch im Tausch gegen mehr Stimmrechte beim Währungsfonds. G20, das könnte ein Erfolgsmodell werden.“

In den TT vom 25.9. gab es dann ein ausführliches Interview mit der Kanzlerin. Es gab zuerst eine Frage zu einer aktuellen Entwicklung in der Atompolitik des Iran. Dann folgte die Frage: „Was war für Sie die wichtigste Erkenntnis, hier bei diesem Gipfel?“ Eine Art der Fragestellung, die übrigens recht präzise den Charakter der Gipfel-Berichterstattung wiedergibt. Die Kanzlerin erläuterte ihre drei Botschaften: Stärkung einer neuen Finanzmarktverfassung, G20 als neues Welt-Führungsgremium und: „Ich bin sehr froh, dass mein Vorschlag einer Charta für mehr nachhaltiges Wirtschaften hier auch aufgenommen wurde.“ Nächste Frage: Finanzmarktsteuer vom Tisch? Antwort: „Nein, im Gegenteil“, denn: „Wir werden eine Formulierung, nach aller Wahrscheinlichkeit, haben, die deutlich macht, dass wir uns um die Frage, wer zahlt die Kosten einer solchen Krise auch kümmern. Und wir bitten den Internationalen Währungsfonds, uns bis zum nächsten Treffen dafür Vorschläge zu machen. Und da ist eine Möglichkeit die Finanzmarkttransaktionssteuer.“ Keine Nachfrage, nächste Frage: Gefahr, dass die geplanten Boni-Regeln von anderen Ländern verwässert werden? Antwort: Nein, da „sehr strenge Regeln“. Nächste Frage: „Nach Pittsburgh – würden Sie sagen, das Weltfinanzsystem ist jetzt sicherer geworden?“ Antwort: „Ja, es ist sicherer geworden.“ Es schließen sich noch weitere Erläuterungen von Merkel an, wie hart die Arbeit aber noch werde. Nächste Frage im Wortlaut, weil es so schön ist: „Wenn man Sie beide hier erlebt hat – Herrn Steinbrück und Sie, dann hat man schon den Eindruck gewinnen können, die könnten eigentlich auch noch länger miteinander.“ Die Antwort ist auch sehr schön und sehr lang: „Wir machen unsere Arbeit gut hier und auch gemeinsam im deutschen Interesse. Das ist unsere Aufgabe; auch der Wählerauftrag aus der vergangenen Legislaturperiode. Das bleibt dennoch so, dass ich als CDU-Vorsitzende für eine Koalition neuer Art werbe. Und ich glaube, große Koalitionen sollten die Ausnahme bleiben in demokratischen Systemen, weil ansonsten die kleinen Parteien zu sehr gestärkt werden.“

Dann kommt natürlich noch ein Interview mit Frank-Walter Steinmeier. Erste Frage: „Pittsburgh war die letzte große außenpolitische Bühne vor der Wahl am Sonntag (27.9.) Wäre es besser gewesen, Sie wären dabei gewesen? Dann hätten Sie Angela Merkel die ganze Zeit gut im Auge behalten können...“ Antwort: „Ich glaube, das wäre nicht gut gewesen, (denn) dann hätte ich hier 10.000 enttäuschte Berlinerinnen und Berliner hinterlassen, die hier am Brandenburger Tor gewartet haben. Nein, ich hatte eine gute Veranstaltung ... Das war gut so.“ Und dann geht es allerdings überraschend konkret weiter über das Konzept einer internationalen Finanzmarktsteuer, von dem Steinmeier ohne journalistischen Widerspruch behauptet, er habe dieses Konzept zusammen mit Steinbrück entwickelt, und es geht um die Frage, ob nun in Deutschland alleine eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden solle.

### Zwischenbemerkung

Es kamen lediglich die wichtigsten wahlkämpfenden Koalitions-Politiker zu Wort. Es gab keine externe Einschätzung der Gipfel-Ereignisse beispielsweise mit einer Kommentierung der Redaktion oder durch Statements und/oder Interviews von oder mit unabhängigen Experten. Die gesamte hier analysierte Berichterstattung trug wenig bis nichts zum Verständnis bei. Das Publikum musste mit den vielen Stichworten etwas anfangen können oder es war verloren. Es wurde ausschließlich die Perspektive der deutschen Regierung eingenommen. Die deutsche Regierung wurde so dargestellt, als sei sie der treibende Faktor und die anderen Länder die Bremser. Es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, die inhaltliche bedeutende Position der US-Regierung, die Handels-Ungleichgewichte müssten abgebaut werden – ‚fraktionsübergreifend‘ sehen darin sehr viele Fachleute eine der wesentlichen Ursachen der Krise – darzustellen und die deutschen Politiker damit zu konfrontieren, und sei es allein im Sinne des Kennenlernens von Positionen und Interessen-Unterschieden.

### 5.2 Zusammenfassende Bewertung

Die Redaktion gibt sich sehr wenig Mühe, Sachverhalte und Begriffe zu erläutern und anschaulich zu vermitteln. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen wird vorausgesetzt, dass das Publikum alle wesentlichen Sachverhalte, ihre Bedeutung und Hintergründe kennt und mit den vielen Stich- und Fachworten genügend anfangen kann, einschließlich der Rolle und Verteilung der Stimmrechte beim IWF. Der Kreis derjenigen, die authentisch zu Wort kommen, ist sehr klein: sehr wenige Experten und Wissenschaftler, ein enger Kreis von Spitzenpolitikern mit dem nahe liegenden und trotzdem journalistisch-sachlich nicht immer richtigen „Prä“ für die regierenden Politiker.

Die redaktionellen Beiträge muten an, als seien sie alle lediglich als ‚anwärmende‘, überleitende und verbindende Stichworte für die jeweiligen sich anschließenden Statements gedacht, die wiederum, von der Redaktion kunstvoll austariert, wie an einer Kette aufgereiht werden – für sich gesehen nur selten verständliche Kurz-Statements von meist prominenten Politikern und Wirtschaftsleuten, die jedoch in ihrer Addition meist auch nicht verständlicher werden. Wenn es Widersprüche gibt oder Differenzen, dann wird lediglich darauf hingewiesen, dass es diese gibt, sie werden jedoch nicht erläutert und gar zum Verstehen ‚aufgelöst‘. Werden Interviews geführt, dann liefern die Fragen – gemessen am journalistischen Handwerk – lediglich die vermutlich zuvor abgesprochenen Stichworte, die der Interviewte benötigt, um seine Antworten vortragen zu können; der Sinn des Interviews wird auf den Kopf gestellt. Es gab in Gänze einen Bericht – in Zahlen: 1 Bericht –, bei dem man das Gefühl hatte: Das ist eigenständiger Journalismus.

Bemerkenswert ist, dass es nach unseren Recherchen in der ARD lediglich zwei Brennpunkt-Sendungen zu dem hier interessierenden Thema gab; eine im Oktober 2008 und eine am 2. April 2009. Am 19. Februar 2009 gab es in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ eine sehr ausführliche Analyse der Autoren Stephan Lebert und Stefan Willeke über den Zustand des öffentlich-rechtlichen Fernsehens ([www.zeit.de/2009/09/DOS-TV](http://www.zeit.de/2009/09/DOS-TV)). Die Überschrift: „Unser Gott, die Quote“. In diesem Text wurde auch behandelt, wie es um das Format des ARD-„Brennpunkt“ bestellt ist. Die Autoren behaupten, dieses Format sei gerade dabei, „sich in Luft aufzulösen“. In diesem Zusammenhang wurde auch WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn zitiert, der versucht habe, anlässlich des Crash der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers Mitte September 2008 eine Schwerpunkt-Sendung auf die Beine zu stellen. Er habe damals in der Runde der Chefredakteure dafür keine Mehrheit erhalten. Schönenborn wird mit den Worten zitiert: „Ich bedaure, dass wir damals keine Brennpunkt-Strategie hatten.“ Er analysiert weiter: „Wirtschaft hieß bei uns lange Zeit nur Börse, ein Reflex auf das Schnäppchendenken im Land. Aber jetzt passiert ja sehr Grundsätzliches auf der Welt, und wir werden unser Programm aufs Wesentliche konzentrieren.“ Dieses Zitat regt zu zwei Anmerkungen an: Zum einen scheint die ARD nicht nur eine im Kern katastrophale Wirtschaftsberichterstattung zu verantworten zu haben, sie hat zugleich, wie das Zitat von Schönenborn zeigt, auch beste Köpfe in ihren Reihen, die dieses Elend so knapp so gut analysieren, wie man es sich nur wünschen kann. Die zweite Anmerkung: Leider hat sich das, was Schönenborn in seinem letzten hier zitierten Halbsatz ankündigte, gemessen an dem, was wir analysiert haben, bisher noch nicht in der ARD-Fernsehwirklichkeit niedergeschlagen.



In dem Text von Lebert und Willeke wird weiter darauf verwiesen, dass das Format „Brennpunkt“ in Gänze im Niedergang begriffen sei. So habe beispielsweise die ARD im Jahr 1999 zu dem Krieg im Kosovo und gegen das ehemalige Jugoslawien innerhalb von drei Monaten 32 „Brennpunkt“-Sendungen allein zu diesem Thema ausgestrahlt. Damals habe es im ganzen Jahr 1999 insgesamt noch 72 solcher Schwerpunkt-Sendungen gegeben. Im Jahr 2008 seien es nur 13 Sendungen gewesen. Unabhängig von weiteren Gründen, die zu dieser Entwicklung führten, kann es bezüglich des Themas Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch sein, dass aufgrund der grundsätzlichen Defizite (abgesehen von dem Wirtschafts- und Verbrauchermagazin Plusminus keine festen Sendeplätze für ein aktuelles Wirtschaftsmagazin, keine Themenverantwortung in der Redaktion ARD-Aktuell, inhaltlich starke Überbewertung des Themas Börse) es viel zu wenig Fach-Kompetenzen in den ARD-Anstalten gibt, so dass grundsätzlich die journalistischen Kräfte fehlen, welche im guten inhaltlichen Sinne pressure-group für diese Themen sein könnten und die zugleich garantieren könnten, solche Themen-Sendungen mit guten Inhalten auch umzusetzen.

Der renommierte Medien-Kritiker und ehemalige Fernsehjournalist und -macher Bernd Gäbler beschäftigt sich im Oktober 2008 in seiner Kolumne ([www.stern.de/kultur/tv/die-medienkolumne-und-taeglich-gruesst-das-boersenmurmeltier-642173.html](http://www.stern.de/kultur/tv/die-medienkolumne-und-taeglich-gruesst-das-boersenmurmeltier-642173.html)) mit dieser inhaltlichen Fehlsteuerung – viel Börse, so gut wie keine (Volks-)Wirtschaft. Er macht zwei Pole in der Berichterstattung des Fernsehens über die Finanzmarktkrise aus: Zum einen gebe es Service und zum anderen die Ratlosigkeit in den „Interpretations- und Räsonierstuben“ von Anne Will und Maybrit Illner.

Vor dem Hintergrund der jetzigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist es noch irritierender als zuvor, dass es in der ARD – als Beispiel – keinen Platz für ein halbstündiges aktuelles wöchentliches Wirtschaftsmagazin gibt, dass die Redaktion ARD-Aktuell offensichtlich unverändert der Meinung ist, alle Redakteure und Korrespondenten müssten alle Themen beherrschen und unverändert glaubt, auf eine Fachredaktion Wirtschaft verzichten zu können und dass unverändert parallel zu den fundamentalen Defiziten eine vergleichsweise intensive und prominent platzierte, wenngleich inhaltlich zurecht hochumstrittene Börsen-Berichterstattung gepflegt wird.

Es mangelt nach unseren Analysen an der Einhaltung von journalistischen Grundfertigkeiten: bei der Auswahl der Perspektiven, der Setzung der Themen, bei der Verständlichkeit der Umsetzung der Themen. Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob eine Redaktion, die so komplizierte Themen in vergleichsweise kurzer Zeit vermitteln muss, nicht nur von den Themen-Kompetenzen her, sondern auch von anderen handwerklichen Fähigkeiten her (Pädagogen, Sprachwissenschaftler, Visualisierungs-Manager) erheblich interdisziplinärer zusammengesetzt werden muss und zudem auch, je nach aktueller Lage, bereit sein sollte, den Ablauf der Sendung sehr viel flexibler zu handhaben und nicht vergleichsweise starr an einem Grundkonzept festzuhalten.

## V. Interviews

Die Gespräche wurden zwar im Prinzip nach einem vorab versandten Leitfaden (siehe letzter Abschnitt dieses Kapitels), im Kern jedoch weniger wissenschaftlich-stringent, denn journalistisch geführt. Insofern ist eine systematische Vergleichbarkeit der Aussagen nicht möglich, sie war auch nicht das Ziel.

Die Auswahl unserer Gesprächspartner aus den Systemen Medien und Wissenschaft ist in einem gewissen Sinne zufällig. Zum einen spielten unsere Kontakte und Einschätzungen eine Rolle, zum anderen die Machbarkeit. So hätten wir sehr gerne mit einem verantwortlichen Vertreter der Nachrichtenagentur DPA und einem Vertreter der Redaktion von TA und TS ein Gespräch geführt. Beide Redaktionen lehnten nach Prüfung unsere Anfrage ab. Der Chefredakteur von TS und TT, der Redaktion ARD-Aktuell, begründete seine Ablehnung, mit dem für unser Vorhaben interessanten Hinweis, seine Redaktion stelle 24 Stunden am Tag in einem Schichtbetrieb aktuelle Informationen her, weshalb alle Redakteure im Prinzip in der Lage sein müssten, alle Themen zu bearbeiten. Deshalb gebe es keinen Verantwortlichen für die Finanzmarkt- und Wirtschaftsberichterstattung, der mit uns ein Gespräch führen könne.

Es lag nahe, mit verantwortlichen Vertretern der Medien zu sprechen, deren Berichterstattung Gegenstand unserer empirischen Untersuchung ist. Wichtige Vertreter von Medien und Wissenschaft, die sich bereits ausführlich an anderer Stelle zu Wort gemeldet haben oder befragt worden sind, spielen mit ihren Analysen in unserem Literaturbericht (Kapitel VI) eine Rolle. Die Interviews folgen jetzt in drei Blöcken, zunächst die Gesprächspartner aus Medien, deren Arbeit wir untersucht haben, dann mit Robert von Heusinger und Rainer Hank zwei profilierte Wirtschaftsjournalisten, die für unterschiedliche Zugänge zum Thema Finanzmarktpolitik stehen, und schließlich drei Wissenschaftler.

### 1. Interview mit der Initiative Nachrichtenaufklärung\*

*Wir unterstellen, dass es bereits vor der Krise in ausreichendem Umfang kritisches kompetentes und prominentes Wissen über potenzielle Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten gab. Das Jahr 2007 bis Mitte 2008 ist unseres Erachtens als klassische Phase der Vorkrise zu bezeichnen; die Turbulenzen nahmen zu, ebenfalls der Umfang der Berichterstattung in den überregionalen Medien, insbesondere in den Wirtschafts-Medien. Im Herbst 2008 wurde die Krise dann für die allgemeine Öffentlichkeit virulent. Vor diesem Hintergrund: Haben Sie vor der Krise oder/und in der Phase der Vorkrise Hinweise/Meldungen von Akteuren erhalten, die dafür votierten, das Thema Entwicklung des nationalen deutschen Finanzmarktes und/oder der internationalen Finanzmärkte und deren öffentliche Kontrolle als ein vernachlässigtes Thema in den Massenmedien in Ihrer Liste aufzuführen?*

Bunjes: Wir hatten in der Zeit der Vorkrise keinen einzigen direkten Hinweis auf problematische Entwicklungen an nationalen und internationalen Finanzmärkten. Insgesamt gingen lediglich zwei Themenvorschläge ein, die sich mit Struktur und Entwicklungen der Wirtschaftsordnung beschäftigten. Beide gingen zudem vor der von Ihnen als Vorphase kategorisierten Zeitspanne ein – sie wurden aber für die Jurysitzung Anfang 2008 bearbeitet, weil sie aus dem Vorjahr liegen geblieben waren. Alle anderen Vorschläge aus dem Bereich Wirtschaft bezogen sich konkret auf andere Themenbereiche wie zum Beispiel Softwarepatente oder cross-border-leasing.

Der erste dieser beiden Vorschläge erreichte uns im Dezember 2005. Thema ist „die natürliche Wirtschaftsordnung“. Der Einreicher bezieht sich auf zinskritische Wirtschaftstheorien wie die von Helmuth Creutz, die das exponentielle Wachstum des Geldes durch Zinsen als Ursache für die Instabilität des Finanzmarktes sehen. In dem Vorschlag wurde kein konkreter Anlass für eine aktuelle Fehlentwicklung des Finanzmarktes genannt, sondern eine fehlende mediale Berichterstattung über kritische Geldtheorien gesehen. Das Thema wurde übrigens im diesjährigen INA (Initiative Nachrichtenaufklärung)-Zyklus erneut von einem anderen Akteur eingereicht.

Der zweite in Frage kommende Vorschlag lautet „Inflation in Deutschland“. Auch dort wurde kein direkter Hinweis auf eine schwelende Finanzmarkt-Problematik gegeben.

Aus beiden Themen ist in dem Jahr kein Jurybericht entstanden. Aufgrund der Vielzahl der Einreichungen dieses Bearbeitungsjahrgangs und einer mangelnden Kapazität an qualifizierten Rechercheuren wurden die Themen nicht in eine Richtung gedreht, die die latenten Finanzmarktprobleme aufzeigt. Beide Themen hätten aber durchaus das Potenzial gehabt, durch Diskussion und Weiterentwicklung innerhalb eines Rechercheseminars das Thema drohende Finanzmarktkrise anzureißen.

*Wenn ja, welche Akteure waren das und wie haben sie ihr Votum/ihre Hinweise begründet? Wurden diese Hinweise von der Jury dann beherzigt und in die Liste der am meisten vernachlässigten Themen aufgenommen? Oder war die Jury der Ansicht, dass es sich um kein vernachlässigtes Thema handelt? Wenn ja, wie hat die Jury diese Entscheidung begründet?*

Bunjes: Beide Einreicher waren Privatpersonen ohne institutionelle Bindung. In dem betreffenden Bearbeitungsjahr hatte die Initiative Nachrichtenaufklärung mit strukturellen Problemen zu kämpfen – die im Falle dieser beiden The-

---

\* Schriftlich geführt, die Fragen beantwortete Miriam Bunjes

men zu einer nicht abschließenden Recherche führten. Wir arbeiten mit Rechercheseminaren an verschiedenen Hochschulen. Dort recherchieren Studierende ein Jahr lang (Sommersemester und Wintersemester) die eingegangenen Themen. 2007/2008 waren das Journalistik-Studierende der Universität (jetzt TU) Dortmund, Kommunikationswissenschaftsstudierende der Universität Dortmund und Studierende eines informationstechnischen Studienganges an der Fachhochschule Darmstadt. Letztere waren für die Bearbeitung der beiden potentiellen Hinweisthemen zuständig. Da sie aber so gut wie keine journalistische Praxis hatten, sind sie nach dem Bearbeitungszyklus 2007/2008 aus dem Kreis der INA-Rechercheseminare ausgeschieden. Hinweise hatten beide Einreicher jedoch sowieso nicht gegeben, eine qualitativ hochwertige Recherche hätte aber möglicherweise zu Quellen geführt, die diese zu dem Zeitpunkt leisten konnten.

*Wenn nein, wie erklären Sie sich das? Ist es beispielsweise so, dass Sie generell aus dem Bereich der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik wenige oder gar keine Hinweise erhalten?*

Bunjes: Die meisten unserer Themenvorschläge stammen von sehr unterschiedlichen Einzelpersonen – Journalisten, Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen, aber auch „Betroffenen“ jeglicher Umstände – und nicht von Institutionen, daher ist die Themenmischung Jahr für Jahr sehr unterschiedlich. In der Vorphase der Wirtschaftskrise hatten wir aber kaum Einreichungen aus dem Themenbereich Wirtschaft. Ursache dafür ist wohl die noch immer relativ geringe Bekanntheit der Initiative Nachrichtenaufklärung. Sie bekommt einmal im Jahr durch die Publikation der TOP 10 der vernachlässigten Themen viel Aufmerksamkeit, da die Liste sowohl von Qualitätsmedien als auch in der Regionalpresse und im Rundfunk zum Teil sehr ausführlich thematisiert wird. Im Anschluss erhalten wir auch viele Themenvorschläge aus der Bevölkerung. Im Laufe des Jahres nimmt das ab. Die Initiative Nachrichtenaufklärung versteht sich als Korrektiv – und die Krise des Finanzmarktes hat in der Vorphase ihre Schatten geworfen. Daher wäre das Thema eigentlich ein klassisches INA-Thema gewesen, da es Expertenwissen gab, das aber medial nicht berücksichtigt wurde. Offenbar ist die Initiative unter Finanzmarktkenner aber nicht ausreichend bekannt.

*Für den Fall, dass es keine entsprechenden Hinweise gab: Gab es innerhalb der Jury zu irgendeinem Zeitpunkt eine Debatte über das hier interessierende Thema mit der Überlegung, es eventuell als vernachlässigtes Thema in den Massenmedien zu charakterisieren?*

Bunjes: Eine Debatte über das Thema hat in unserer Jury nicht stattgefunden, sonst hätte das Thema mit Sicherheit Eingang in ein Rechercheseminar gefunden. Das liegt daran, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich die von anderen eingereichten Themenvorschläge bearbeitet haben und uns sogar die Regel gegeben hatten, dass Jurymitglieder selbst keine Vorschläge einreichen. Das sollte Befangenheiten bei der Diskussion in der Jury vorbeugen. Im Nachhinein haben wir diese Regel gerade aufgrund der Finanzmarktkrise, über die es ja medial vernachlässigtes Expertenwissen gab, aufgegeben und werden bei der kommenden Jurysitzung Ende Januar 2010 auch Themenvorschläge aus der Jury vorstellen und diskutieren.

*Können Sie bitte erläutern, ab wann ein Thema bei Ihnen zu den vernachlässigten Themen zählt? Welche Kriterien müssen erfüllt sein? Unterscheiden Sie dabei zwischen allgemeinen Publikumsmedien, Qualitätsmedien und überregionalen Qualitätsmedien?*

Bunjes: Nominiert werden von der Initiative Nachrichtenaufklärung Themen, die für einen großen Teil der Bevölkerung Deutschlands und Europas relevant sind, zu dem sie aber keinen oder nur eingeschränkten medialen Zugang haben. Wir prüfen also zunächst, ob das Thema sachlich richtig ist und viele Menschen betrifft. Gegen diese Relevanz wägen wir den Grad der Vernachlässigung ab. Das Thema „Pharmaindustrie unterwandert Patientenblogs“ – unsere TOP 2 der vernachlässigten Themen 2008 – beispielsweise wurde 2004 von der „ZEIT“ recherchiert. Damals

ging es um die Unterwanderung einer Brustkrebsselfhilfeorganisation und noch nicht um Blogs. Der Beitrag der „ZEIT“ wurde von mehreren Qualitätsmedien aufgegriffen – allerdings wurde immer der gleiche Fall dargestellt. Danach berichtete kaum ein Medium zum Themenbereich. Da es in Deutschland zehntausende Patientenorganisationen gibt – allesamt Zielgruppe der Pharmaindustrie – und es zudem im Bereich des Social Webs enorme Entwicklungen gegeben hat – die von der Werbeindustrie nicht ungenutzt geblieben sind – ist dieses Thema als vernachlässigt anzusehen. Es erfordert eine kontinuierliche Recherche – insbesondere auch von regionalen Medien. Wir unterscheiden bei der Beurteilung der Vernachlässigung schon zwischen Qualitätsmedien, regionalen Medien und Fachmedien. Bei den INA-Themen geht es aber grundsätzlich um Themen, die viele Menschen betreffen. Daher geht es uns vor allem darum, ob die Themen der betroffenen Allgemeinheit zugänglich sind. Wird ein Gesundheitsthema vor allem in medizinischen Fachblättern diskutiert, ist es Ärzten präsent – der Allgemeinheit aber nicht. Werden die Auswirkungen einer gesetzlichen Bestimmung auf Kommunen nur überregional thematisiert, fehlen die Konkretisierungen vor Ort, die das Ganze erst verständlich machen. Das Expertenwissen über die nahende Finanzkrise beispielsweise hätte wegen seiner Relevanz flächendeckend in der Presse auftauchen sollen.

## 2. Interview mit Michael Best, ARD-Börsenredaktion\*

geführt am 17.12.2009 in Frankfurt am Main

*Herr Best, gibt es bezüglich der hier interessierenden Themen Besonderheiten des Mediums Fernsehen, die eine Berichterstattung verglichen mit anderen Medien eher erschweren oder eher befördern?*

Best: Wirtschaftsthemen sind generell im Fernsehen schwer gängiger als im Print und auch im Hörfunk, weil Fernsehen Bilder braucht und weil Fernsehen auch dazu neigt und zudem gezwungen ist, mehr als andere Medien, Themen und Geschichten zu personalisieren. Besonders schwierig ist die Berichterstattung über den Finanzsektor, über Banken, über Finanzmärkte. Das Thema ist hochkomplex, es ist schwer zu bebildern und auch schwer zu personalisieren. Und die Zuschauer kennen diese Welt nicht. Sie gehört letztlich nicht zu ihrem Alltag, beispielsweise verglichen mit der Berichterstattung über die Autoindustrie, die ist unseren Zuschauern mit dem Gut Auto letztlich viel vertrauter. Die Tatsache, dass es eine regelmäßige Börsenberichterstattung gibt, ist im Grunde ein Ausdruck dieser Schwierigkeit. An der Börse können wir ein Fenster öffnen, sozusagen einen Blick werfen auf das Geschehen an den Kapital- und Finanzmärkten. Das heißt, wir benutzen die Börse nicht, um jemandem Anlageempfehlungen zu vermitteln, wir machen kein Anlegerfernsehen, das ist überhaupt nicht das Motiv, warum wir eine solche Berichterstattung machen. Wir machen das, um ein Fenster zu öffnen auf die Kapitalmärkte und auf die volkswirtschaftliche Entwicklung in ihren strukturellen Zusammenhängen.

*Gehen die Zwänge soweit, dass Sie über diese Themen weniger oder in Teilen gar nicht berichten, weil Sie sagen müssen: Das können wir im Fernsehen gar nicht visualisieren und erklären?*

Best: Also, es gibt diese Themen, bei denen wir sagen, die haben jetzt gerade keine Brisanz, dann lassen wir die lieber, weil sie einfach zu sperrig sind. Das Thema Regulierung der Finanzmärkte zum Beispiel. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir aus Berlin – ich war auch einmal Korrespondent im Hauptstadtbüro der ARD – Berichte gesendet haben über eines dieser Finanzmarktförderungsgesetze. Ich glaube auch nicht, ich habe es allerdings nicht überprüft, dass dieses Thema Regulierung im Rahmen der Börsen-Berichterstattung früher eine herausgehobene Rolle gespielt hat. Am Rande vielleicht, eine Erwähnung, das ja. Fernsehen greift in der Regel die Dinge auf, die brisant erscheinen und schon in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen. Da liefern die Zeitungen den Vorlauf: Sie berichten kontinuierlich auf ihren Fachseiten, die sie haben, den Wirtschaftsseiten, die liest natürlich nicht jeder,

---

\* Michael Best ist seit dem Jahr 2007 verantwortlich für die gesamte Börsenberichterstattung der ARD. Er moderiert u.a. die Sendung „Börse im Ersten“. Best ist bereits seit 1987 in wechselnden Positionen als Wirtschafts-Redakteur für das ARD-Fernsehen tätig, seit 1993 in verantwortlichen Positionen. Von 1998 bis 2001 arbeitete er als Korrespondent erst im Studio Bonn des WDR und dann im ARD-Hauptstadtbüro in Berlin. Der studierte Volkswirt ist 1956 in Saarbrücken geboren.

aber da steht vieles drin, was Sie im Fernsehen so nicht erfahren. Das Fernsehen greift ein solches Thema erst auf, wenn sich da etwas zusammenbraut, wenn da Ereignisse sich verdichten, die Sie nicht mehr übersehen können, dann ist es auch unser Thema, und wir versuchen dann, es mit unseren Mitteln fassbar und verständlich zu machen.

*Die Printmedien sind für das Fernsehen bei diesen Themen so eine Art Frühwarnsystem?*

Best: Schauen Sie, Fernsehen ist zum einen auch ein Sekundärmedium. Dann sind Fernsehjournalisten zum anderen gezwungen, als Generalisten zu arbeiten. Wir haben bei der ARD keine Fachredaktion, keine Wirtschaftsredaktion für die aktuelle Wirtschaftsberichterstattung. Wir haben für Wirtschafts- und Verbrauchertemen die „Plus-Minus“-Redaktion. Aber keine Fachredaktion für das Aktuelle, wie dies alle Zeitungen haben.

*Führt dies zu einem inhaltlich-publizistischen Defizit? Wo liegen die Nachteile und wo die Vorteile dieser Konstruktion?*

Best: Das Fernsehen braucht Bilder und muss deshalb immer vor Ort sein. Deshalb braucht das Fernsehen ein möglichst dichtes Korrespondentennetz. Wenn wir über Siemens berichten, dann muss einer in München direkt vor Ort sein. Der Zeitungsredakteur kann aus Frankfurt per Telefon recherchieren. Der braucht keinen aktuellen Film mit O-Tönen. Deshalb haben wir eine ganz andere Redaktions-Struktur als die Zeitungen mit ihren Fachredaktionen. Wegen dieses Zwangs, vor Ort die aktuellen Bilder beschaffen zu müssen, sind die Fernseh-Redaktionen anders organisiert. Das ist ein Nachteil des Fernsehens bei fachlich komplizierten Themen, zweifellos ist das ein Nachteil. Aber das ließe sich sehr schwer ausgleichen, wie wollten Sie das sonst machen? Setzen Sie eine zentrale Wirtschaftsredaktion nach Frankfurt oder nach Berlin oder nach Hamburg, die dann ausschwärmt und dann parallel zu den bisher vorhandenen Strukturen arbeitet? Das würde nicht funktionieren.

*Skizzieren Sie bitte Ressourcen und Bedingungen der Börsen-Redaktion.*

Best: Die Börsenredaktion gibt es seit 1989. 1989 haben ARD und ZDF die regelmäßige Börsenberichterstattung begonnen. Zunächst im Mittagmagazin, das damals eingeführt wurde. Anfang des Jahrzehnts kam die Sendung „Börse im Ersten“ dazu. Wir sind im „Morgenmagazin“, in einigen Ausgaben von „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ und im Nachrichtenkanal „1extra“ präsent. Wir berichten für „Phönix“, auch für das HR-Fernsehen. Es gibt einen festen Redakteur. Die öffentlich-rechtlichen Sender arbeiten ja sehr stark mit freien Mitarbeitern, von denen haben wir einige, die ständig mit uns arbeiten. Ich leite die Redaktion. Wir arbeiten in zwei bis drei Reporterschichten am Tag, ergänzt durch einen Planungs- und Abnahmeredakteur. Das ist die personelle Ausstattung. Es kommt noch ein Student als Redaktionsassistent dazu, ein Grafiker und das Technikteam. Also eine sehr schlanke Personalsituation.

*Definieren Sie bitte, Herr Best, aus Ihrer Sicht, die zwei, drei Hauptaufgaben des Wirtschaftsjournalismus.*

Best: Wirtschaftsjournalismus informiert aktuell über das Geschehen in der Volkswirtschaft und in einzelnen Unternehmen. Er beleuchtet Hintergründe und stellt Zusammenhänge her, um aufzuzeigen, was sich hinter diesem aktuellen Geschehen vollzieht.

*Sind diese Aufgaben gleichgewichtig oder besteht eine Rangordnung?*

Best: Ich denke, dass sie gleich zu gewichten sind. Wobei die Aktualität die Themen bestimmt. Denn das aktuelle Geschehen ist in der Regel der Anlass für Berichterstattung. Das gilt insbesondere für das Fernsehen. Bei uns ist es noch viel schwerer als bei einem Print-Medium zu sagen, wir greifen jetzt einfach ein Thema auf, weil wir glauben,

das ist jetzt wichtig. Das fällt schon den Printjournalisten sehr schwer, aber uns erst recht. So sind für mich die Aufgaben gleichrangig, aber ohne Aktualität ist mehr oder weniger alles sinnlos. Die Aktualität ist konstitutiv.

*Nun gibt es die Themenbereiche Wirtschaft, Finanzen, Finanzmärkte. Es gibt auch die Themenbereiche Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Finanzmarktpolitik. Gehören diese Segmente selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus oder changieren die zwischen Politik und Wirtschaft hin und her?*

Best: Da wir unsere Arbeit nicht in diese Sparten aufteilen, tun wir uns auch nicht schwer mit den Übergängen. Das ist alles fließend. Derjenige, der berichtet, muss aus beiden Perspektiven auf die Themen schauen können, aus der Perspektive der Politik und aus der der Wirtschaft. Es gibt da sowieso ganz große inhaltliche Schnittmengen. Da gibt es keine Brüche, das ist sozusagen ein Kontinuum.

*Gibt es aus Ihrer Sicht Besonderheiten des Wirtschaftsjournalismus? In Lehrbüchern heißt es beispielsweise: Seine Themen seien besonders komplex, und er sei in besonderer Weise Einflüssen der PR ausgesetzt und dafür auch anfällig. Sehen Sie solche Besonderheiten, mit denen er sich von anderen Sparten des Journalismus unterscheidet?*

Best: Klar sind die Anforderungen hoch. Aber die Anforderungen an einen Theaterkritiker sind auch hoch. Der braucht auch ein umfassendes Wissen, viel Erfahrung, muss vergleichen können, muss sprachlich sehr begabt sein. Es sind andere Anforderungen, aber eben auch hohe Anforderungen. Und nun zur Frage der Einflussnahme. Wie ist das mit dem politischen Journalismus in Berlin? Selbstverständlich sprechen Ministerien, Minister, Pressesprecher, Vertreter der Fraktionen, der Parteien sehr intensiv mit Journalisten und versuchen, ihnen ihre Sicht der Dinge nahe zu bringen. Damit muss ein politischer Journalist klar kommen. Er muss zuhören, natürlich, er muss ja wissen, was die denken und was sie bewegt, aber er muss sich vor Einflussnahme schützen. Er kann und darf nicht zum Sprachrohr werden. Und vor genau derselben Herausforderung stehe ich als Wirtschaftsjournalist.

*Definieren Sie bitte noch den Stellenwert, den die Finanz- und Bankenbranche aus Ihrer Sicht hat. Es gibt die These, es handle sich um eine Branche wie jede andere. Nach einer anderen These ist sie eine besondere Branche, da sie die Volkswirtschaft mit Geld versorgt, wie andere Unternehmen Wasser und Energie der Volkswirtschaft zur Verfügung stellen. Geld also als quasi öffentliches Gut. Wie sehen Sie das?*

Best: Geld ist das Triebmittel unseres Wirtschaftens. Deshalb ist diese Branche eine ganz besondere, weil sie mit ihrem Gut in alle anderen Branchen hineingreift. Es gibt keine Realwirtschaft ohne Finanzsystem. Es gibt allerdings auch kein Finanzsystem ohne Realwirtschaft. Eigenkapital, Kredite, Börsen, Anleihen, Aktien, Zinssätze, Währungsrelationen, all das, was zum Finanzsystem gehört, ist integraler Bestandteil des Wirtschaftskreislaufs. Auf die Autobranche können Sie im Zweifel verzichten. Auf die Finanzbranche nicht.

*Es gibt verschiedene Daten, die Fachleute auf die Frage nennen, wann in Deutschland die Finanzmarktkrise als Ereignis und Thema unübersehbar war. Unter anderem stehen Anfang 2007, August 2007 oder der Herbst 2008 zur Auswahl. Wie datieren Sie den Beginn der Krise in Deutschland?*

Best: Ich kann dieses Datum, aus Sicht meiner Berichterstattung, eindeutig terminieren. Es ist der 30. Juli 2007. An diesem Tag rückte das Thema Finanzkrise in unserer Sendung „Börse im Ersten“ das erste Mal in den Vordergrund und bestimmte monothematisch die ganze Sendung. Damals wurde der Zusammenbruch der IKB gerade noch abgewendet. Eine Bank in Deutschland war faktisch bankrott und wurde von der Staatsbank KfW gerettet. Das war für mich der manifeste Ausbruch der Krise. In den Monaten davor hatte es immer mal wieder Hinweise gegeben, Probleme auf dem US-Immobilienmarkt, Probleme mit Hedgefonds wegen allzu riskanter Anleihen, aber das alles lief so am Rande mit, blieb mehr im Hintergrund. Es gab noch andere Probleme, die damals so am Rande mitliefen.

Denken Sie nur an die globalen Ungleichgewichte im Welthandel, die jetzt in der Diskussion über die Ursachen der Krise eine wichtige Rolle spielen. Darüber haben wir Wirtschaftsjournalisten jahrelang geredet, über diese globalen Ungleichgewichte. Aber das spielte doch in der Berichterstattung keine wesentliche Rolle. Mit der IKB gab es dann diese Zuspitzung. Die hat wirklich ein Datum. Der 30. Juli. Danach ging es Schlag auf Schlag. Sachsen LB, die EZB mit ihren Liquiditätsmaßnahmen Mitte August, um einen Flächenbrand im europäischen Bankensystem zu verhindern. Dann kamen natürlich auch Phasen der Beruhigung, so dass man dachte, vielleicht ist die Krise schon überstanden. So ging das hin und her. Dann kam der Frühsommer 2008, in dem Josef Ackermann sagte, ja, wir könnten das Größte hinter uns haben, eine Einschätzung, die seinen Ruf als Analytiker und Prognostiker auch nicht gerade stärkte. Dann kamen Lehman Brothers. Und dann kamen die Staaten, um zu retten, was noch zu retten war, und mit dieser Rettung wurden die Probleme von den Banken auf die Staaten verlagert. Mehr ist ja bisher nicht passiert. Es ist ja nicht ein Problem gelöst. Nur sind jetzt die Staaten verschuldet und nicht mehr die Banken.

*Was ist in diesem Juli 2007 in Ihrer Redaktion passiert: Gab es Debatten, unterschiedliche Einschätzungen, wurden bisherige Einschätzungen über Bord geworfen, wurden neue Quellen angezapft ... ?*

Best: Wir waren uns sehr schnell einig, dass das eine sehr gravierende Entwicklung ist an den Kapital- und Finanzmärkten. Wir waren uns sehr schnell im Klaren darüber, dass der Zusammenbruch von Banken Kettenreaktionen auslösen kann. Wir haben ...

*... mit mir meinen Sie ...*

Best: ... alle. Also zuerst mal alle Kollegen hier in meiner Redaktion, wo wir sehr intensiv diskutiert haben. Dann haben wir eine Partnerredaktion, die Redaktion im Hessischen Rundfunk, die Stücke für die „Tagesschau“ und die „Tagesthemen“ produziert und zuliefert. Mit der arbeiten wir sehr intensiv zusammen. Auch mit den Kolleginnen und Kollegen haben wir diskutiert, und wir waren uns einig, dass das eine sehr gefährliche Situation ist. Es ist ja der Hessische Rundfunk, der im Wesentlichen diese Themenbereiche Finanzmärkte, Börse und Banken für „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ bearbeitet und verantwortlich abdeckt. Es mussten natürlich von den wichtigsten Finanzplätzen, London und vor allem New York, Berichte kommen. Wir haben damals auch innerhalb der ARD sehr eindringlich kommuniziert, wie wichtig das ist. Und wir sind da auch nicht auf taube Ohren gestoßen. Also, das wurde schon gesehen. Und so haben diese sperrigen und schwierigen Themen dann auch ihren Platz in der „Tagesschau“, in den „Tagesthemen“ gefunden. Ja, das muss man sagen.

*Zur Vergewisserung: Können Sie noch einmal skizzieren, welche Rolle diese Themen vor dem 30.7.2007 bei Ihnen gespielt haben?*

Best: Wenn wir generell davon ausgehen, dass Wirtschaftsthemen per se dicke Bretter sind, dann ist das Thema Regulierung der Finanzmärkte die Krönung von allem. Überlegen Sie mal: Basel I, Basel II, Eigenkapitalvorschriften, die Berechnung von haftendem Eigenkapital, die Berechnung der Kernkapitalquote. Darüber wissen Wirtschaftsjournalisten einiges, auch nicht alles, aber das ist nicht wirklich in Berichte reingeflossen, das galt als zu kompliziert für das Fernsehen. Das ist allenfalls am Rande mal angedeutet worden: Da gibt es übrigens noch was. Also, eine Berichterstattung über diese Regulierungsfragen, die gab es letztlich nicht. Über die Blasen, das war und ist was anderes. Die Aktienblase 1999, 2000 und 2001, als sie dann platzte, das war ja ein großes Thema für Finanzjournalisten. Und das hat natürlich auch das Bewusstsein geschärft für solche Gefahren. So wurde auch immer wieder erwähnt, dass es eine Blase am US-Immobilienmarkt gab. Dass die Blase mal platzen würde, das war vielen klar, aber dass dies eine solche Wirkung haben würde, wem war das schon bewusst. Wir mussten ja erst einmal selber lernen: Wie funktionieren Verbriefungen genau? Was sind collateralized debt obligations? Den Begriff kannte ich vorher gar nicht, das habe ich mir dann schnell aneignen müssen. Kreditersatzgeschäfte? Damit hatte

ich mich zuvor nie beschäftigt. Dass deutsche Landesbanken und andere deutsche Banken in Irland Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz gegründet hatten, um dort Kreditersatzgeschäfte zu betreiben, wo dann solche collateralized debt obligations mit amerikanischen Subprime-Hypotheken angefüllt gelagert und über kurzfristige commercial papers refinanziert wurden? Bitte, also ich falle jetzt mal kurz in diesen furchtbaren Jargon, dafür war ich im Juli 2007 nicht Fachmann. Das mussten wir uns alle dann erst einmal aneignen.

*Haben sich bei Ihnen und Ihren Kollegen Einschätzungen, Perspektiven, Einstellungen im Prinzip oder im Detail geändert? Beispielsweise zu den Stichworten Freiheit von Wirtschaft, Wettbewerb, Rolle des Staates, Regeln für die Wirtschaft.*

Best: Man hatte zuvor in gewisser Weise darauf vertraut, dass die Regulierung, an der ja in den Jahren zuvor sehr viel geschraubt worden ist, funktioniert. Man hatte generell das Vertrauen, dass die Aufseher hier kluge Dinge tun. Man hat sich aber nicht intensiv damit beschäftigt. Übrigens auch deshalb, weil man der Meinung war, die Regulierungsbehörden, die Notenbanken und die Finanzministerien haben das im Griff. Finanzmärkte waren ja reguliert. Dass sie unzureichend und zum Teil falsch reguliert waren, dass die Aufseher zum Teil auch schlecht waren, das haben wir dann erst in der Krise bitter feststellen müssen. Wir haben in der Redaktion die Krise immer als eine Kombination von Markt- und Staatsversagen gesehen.

*Es gibt das Argument, die Massenmedien hätten sehr viel über Börsen und Finanzmärkte berichtet, aber nur aus der Perspektive der Anleger oder der Produzenten und Anbieter, selten oder gar nicht aus der Perspektive der Volkswirtschaft und aus der Perspektive der gesamten Gesellschaft. Stimmen Sie dem zu?*

Best: Ich muss da für die ARD Widerspruch einlegen. Ein öffentlich-rechtliches Fernsehen blickt immer aus der Perspektive der Volkswirtschaft auf die Finanzmärkte. Es geht uns immer um die Wechselwirkung zwischen der Entwicklung auf den Finanzmärkten und dem Gewinn an Wohlstand für die ganze Volkswirtschaft, oder eben den Verlusten an Wohlstand. Werden Arbeitsplätze geschaffen oder welche abgebaut? Wohin fließt das Kapital, in neue Märkte und neue Produkte oder in Spekulationen? Aber es gab, ich wiederhole mich, kein Augenmerk für die Frage der Regulierung. Da war ein blinder Fleck. Das hat sich jedoch mit der Krise gründlich und nachhaltig geändert.

*Beschaffen Sie heute Ihre Informationen und Einschätzungen anders? Sind Sie beispielsweise auf Distanz zu bisherigen Quellen gegangen, wie den Rating-Agenturen und Analysten? Haben Sie sich neue Quellen erschlossen?*

Best: Wissen Sie, das Kuriose ist ja, dass die sich selbst im Nachhinein auch anders sehen und bewerten. Die Zerknirschung unter diesen Experten ist recht groß. Da gibt es sehr wohl auch eine selbstkritische Reflexion. Wenn Sie mit den Volkswirten von Wirtschaftsforschungsinstituten, von Banken sprechen, wenn Sie mit Wissenschaftlern oder Finanzmarktstrategen sprechen, da stoßen sie überall auf Zerknirschung und Selbstreflexion. Und solche Gesprächspartner, die sich überlegen, was ist da schief gelaufen, was habe ich falsch gemacht oder falsch eingeschätzt, die sind für mich und für uns unverändert ernsthafte und wichtige Informanten. Und diese Selbstkritik, die ist meiner Erfahrung nach schon weit verbreitet. Ich denke, das Selbstverständnis in der Finanzbranche ist sehr, sehr stark erschüttert, das muss man schon feststellen.

*Das heißt also, Sie arbeiten mit denselben Informanten weiter und können dies auch mit gutem Gewissen tun?*

Best: Wir haben immer auch Kontakte mit unabhängigen Wissenschaftlern gepflegt. Insofern mussten wir keine Informanten-Gruppe neu hinzunehmen. Man muss sich eben genau jede einzelne Person anschauen, auf ihre Kompetenz und Glaubwürdigkeit hin überprüfen. Da gab es schon interessante Erscheinungen. Einer der schärfsten Kritiker der amerikanischen Notenbank und dieser Niedrigzinspolitik war von vornherein der Chefvolkswirt von



Morgan Stanley, Stephen Roach. Der hat schon vor Jahren gesagt, da geht etwas schief. So wie er sind natürlich auch andere Gesprächspartner erst mit der Krise in die erste Reihe gerückt. Nehmen wir als Beispiel den Wissenschaftler Robert Shiller, der in seinen Arbeiten und Büchern ebenfalls schon vor langem gewarnt hat. Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass er in den letzten Jahren mal auf Europa-Tournee war und sein Verlag uns ein Interview angeboten hat. Wir haben natürlich jetzt, mitten in der Krise, sofort zugegriffen, als es die Möglichkeit gab, mit ihm ein Gespräch zu führen. So haben die kritischen Geister natürlich an Gewicht gewonnen und diejenigen, die nicht zu einer grundlegenden Selbstreflexion fähig waren und sind, die haben an Gewicht verloren.

*Sie haben nun selbst zwei kompetente und prominente Kritiker genannt, die bereits seit Jahren gewarnt hatten. Wer nachschaut und nachliest, der findet noch sehr viel mehr solcher kritischer Geister. Die Frage an Sie: Gab es denn nicht schon sehr früh ausreichend kritisches, kompetentes und renommiertes Wissen, so dass die Massenmedien früher in eine warnende Berichterstattung hätten einsteigen können und auch müssen?*

Best: Ich habe keine Quelle gefunden, auch im Nachhinein nicht, die belegt, dass ein Wissenschaftler oder ein Marktteilnehmer, vor einer Krise oder einem Kollaps dieses Ausmaßes gewarnt hätte. Vor dieser Krise, die wir erlebt haben, hat niemand gewarnt.

*Also waren die Warnungen, über die wir eben gesprochen haben, zu allgemein und zu unverbindlich?*

Best: Nein, es gab sehr konkrete Warnungen. Stephen Roach und Robert Shiller haben sehr konkret gewarnt. Der eine vor der Geldpolitik der Fed, der andere vor einer Blasenbildung am amerikanischen Immobilienmarkt. Es wurde im Jahr 2006 selbst in deutschen Zeitungen darüber berichtet, dass der US-Immobilienmarkt überhitzt ist. Das wurde auch gelesen. Und? Das wird sich dann abkühlen, dachten alle. Na und? Was wird die Folge sein? Das Wachstum in den USA wird schwächer werden. So, dann ist gut, das war's dann. Dass damit eine Kettenreaktion im Weltfinanzsystem ausgelöst wird, das hat doch niemand vorhergesehen. Und davor hat so auch niemand gewarnt. Auch Shiller nicht. Er hat vor der Blasenbildung gewarnt, aber er hat nicht, und ich kenne seine Bücher, er hat nicht vor dieser Kettenreaktion gewarnt.

*Ist es überhaupt Aufgabe von Massenmedien und Wirtschaftsjournalismus Öffentlichkeit und Gesellschaften vor bestimmten Entwicklungen zu warnen? Oder wäre das eine Selbstüberschätzung? Und wie könnte eine solche Warnung konkret aussehen? Es müsste ja mehr als normale Berichterstattung sein.*

Best: Ich glaube, dass Wirtschaftsjournalisten aufpassen müssen, sich nicht zuviel zuzumuten und zuviel zuzutrauen. Wir sind zunächst mal ganz einfach Berichterstatter, wie andere Journalisten auch. Wir sind nicht Prognostiker und schon gar nicht Wahrsager. Natürlich gibt es eine Neigung von Wirtschaftsjournalisten, Gefahren zu diskutieren und darüber zu berichten, dass andere über Gefahren diskutieren. Das geschieht ja auch regelmäßig. Im Moment diskutieren wir sehr stark die Frage, welche Gefahren bergen die ausufernden Staatsdefizite? Wir diskutieren die Frage, welche Gefahren bergen die Liquiditätsprogramme der Notenbanken in sich? Kann das zu Inflation führen oder haben wir immer noch Deflationsgefahr? Wirtschaftsberichterstattung schaut schon auch immer in die Zukunft, aber die Zukunft ist ungewiss. Sich heute beispielsweise hinzustellen und zu sagen, die Inflation wird kommen und wir müssen uns vor der Inflation schützen, wäre unredlich. Denn es gibt Gründe, die Inflation zu fürchten, es gibt genauso auch Gründe, die Deflation noch immer zu fürchten. Und es gibt die Möglichkeit, dass die Notenbanken übermorgen etwas entscheiden und tun, was die Inflation verhindert, die sonst unweigerlich eingetreten wäre. Deshalb: Wirtschafts-Journalisten können Gefahren diskutieren, über Gefahren berichten, über Einschätzungen berichten, die auf Gefahren hindeuten. Das alles ist noch Berichterstattung. Aber eine explizite Warnung? Das käme zwangsläufig einer Art negativer Anlageempfehlung gleich. Und ich mache keine Anlageempfehlungen. Nehmen Sie ein anderes Beispiel: Gibt es im Moment eine Blase beim Goldpreis oder nicht? Muss ich

Anleger warnen, jetzt noch Gold zu kaufen? Ich sage in meiner Sendung vorsichtig, ja, das sieht nach einer Blasenbildung aus. Oder ich sage, diese und jene Gründe sprechen dafür, dass es sich um eine Blase handelt. Ich würde aber nie so weit gehen, zu sagen, ich warne Sie davor, jetzt Ihr Geld in Gold zu stecken.

*Ich versuche es mit einem anderen konstruierten Beispiel. Im Juli 2007 waren Sie und Ihre Redaktion der Meinung, die Krise hat ein neues Niveau erreicht, es wird gefährlich, es kann Folgen auch für die so genannte Real-Wirtschaft haben. Die ARD entscheidet deshalb, dieses Thema mehrfach in den Spitzen-Nachrichtensendungen auf Platz 1 oder auf einen der vorderen Plätze zu setzen und zugleich werden zwei, drei Sondersendungen gemacht, um ausführlich über die Krise, ihre Ursachen und möglichen Folgen zu berichten. Die Redaktion würde ja all diejenigen Experten auch einladen, die vor Übertreibungen warnen, also Pro und Contra. Aber es wäre von der ARD ein Thema gesetzt: Hier geht es um etwas außerordentlich Wichtiges. Wäre das noch Berichterstattung oder schon Warnung, eventuell übertriebene Warnung gewesen?*

Best: Als Wirtschaftsjournalist neigt man natürlich dazu, die eigenen Wirtschaftsthemen nach oben auf die Agenda zu setzen und eine ausführliche Berichterstattung zu empfehlen. Aber es gibt eine harte Themen-Konkurrenz. Und im Sommer 2007 galt die Situation nicht als so brisant, dass wir uns als Wirtschaftsjournalisten mit der Vorstellung hätten durchsetzen können, es solle Sondersendungen zu diesem Thema geben. Das Thema war damals in „Tagesschau“ und „Tagesthemen“. Und das war schon eine ganze Menge.

*Haben Sie damals schon Sondersendungen für angemessen gehalten? Oder wäre das Ihrer Meinung nach übertrieben gewesen?*

Best: Da sind Sie mit Ihrer Frage bei den Anforderungen an ein öffentlich-rechtliches massenmediales Programm gelandet, das möglichst viele oder am besten alle Zuschauerinteressen zu befriedigen hat. Auch der Auftrag zur Unterhaltung beizutragen ist sehr wichtig. Deshalb kommt es auf die Perspektive an. Natürlich wünscht sich ein Wirtschaftsjournalist zu solchen aktuellen Anlässen wie damals im Juli 2007, Zusammenbruch der IKB, eine Sondersendung. Das ist ja eine aktuelle dramatische Entwicklung. Aus der Sicht des Programmverantwortlichen, des Intendanten, des Direktors, die jeweils alle Programmaufträge im Auge haben müssen, sieht dies wieder völlig anders aus. Aus deren Sicht war es richtig dosiert. Es hat ja Sondersendungen gegeben. Gut, im Nachhinein könnte man sagen, die kamen zu spät, die waren eben noch nicht im Juli 2007. Aber es war ja auch nicht so, dass wir im Juli 2007 unsere Direktoren mit Mails bombardiert hätten, ihr müsst jetzt eine Sondersendung machen. Wir fanden es dann erst mal schön, dass „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ das Thema ordentlich aufgegriffen haben. Das sind ja auch unsere wichtigsten und prominentesten Nachrichten-Sendungen. Die „Tagesschau“ bei uns, das ist wie die Seite 1 einer Zeitung, und die „Tagesthemen“, das ist wie die Seite 3 einer Zeitung. Und da sind wir spätestens mit dem August 2007 immer drangeblieben. Wir haben als öffentlich-rechtliches System schon eine ganze Menge erreicht.

*Im Nachhinein gesehen: Würden Sie sagen, Sie haben Ihr Publikum gut informiert durch diese Krise geleitet? Was ist gelungen, was ist eventuell misslungen?*

Best: Es war eine Gratwanderung. Wir wollten keine Panik schüren, das sollten Journalisten auch nicht tun, indem sie ständig den Teufel an die Wand malen. Dann behält man auch irgendwann Recht und was ganz Schreckliches tritt ein und man hat es vorhergesagt. Und wie viel Schreckliches hat man in der Zwischenzeit auch vorhergesagt, was nicht eingetreten ist. Also Panik schüren, das haben wir versucht zu vermeiden, da empfinden wir auch eine sehr starke Verantwortung als öffentlich-rechtliches Fernsehsystem. Gleichzeitig haben wir immer versucht, reinen Wein einzuschenken und insbesondere deutlich zu machen, dass eine Krise im Finanzsystem Auswirkungen auf die reale Wirtschaft haben wird, dass sie Auswirkungen auf Einkommen und Beschäftigung haben wird. Und das ist ja

auch eingetreten. Diese Warnung beispielsweise hat man den Finanzjournalisten am Anfang nicht wirklich abgenommen.

*Diskutieren Sie bei der ARD Lehren und Konsequenzen aus dieser Krise? Mehr Ressourcen für die Wirtschafts-Berichterstattung? Einen eigenen Sende-Platz für ein aktuelles Wirtschaftsmagazin? Doch eine Fachredaktion Wirtschaft einrichten?*

Best: In solchen Krisen-Zeiten ist es immer so, dass alle Kräfte dann für dieses eine Thema mobilisiert werden. Insofern gibt es ständige Ressourcen-Verschiebungen zugunsten des jeweils brisantesten aktuellen Themas. Aber all die anderen Punkte, die Sie angesprochen haben, die werden bei uns nicht diskutiert. Ich glaube auch nicht, dass das notwendig ist. Wir haben uns in dieser Krise journalistisch ziemlich gut geschlagen.

*Wenn Sie nun bitte auf die ganze deutsche massenmediale Landschaft schauen. Hat sich die Arbeit der Massenmedien in dieser Krise im Großen und Ganzen bewährt? Oder müssen im Kleinen oder gar im Großen Lehren und daraus wiederum Konsequenzen gezogen werden, weil die Defizite doch zu groß waren?*

Best: Ich habe zuvor schon gesagt, ich rate sehr zur Bescheidenheit und warne vor Selbst-Überforderungen. Wenn man das voraussetzt, dann hat sich der Wirtschaftsjournalismus gar nicht so schlecht geschlagen. Es hat ziemlich früh Titelgeschichten gegeben, von Magazinen wie dem „Spiegel“. Die Wirtschafts-Tageszeitungen und die Wirtschaftsteile der überregionalen Qualitätsmedien haben von Herbst 2007 an kontinuierlich berichtet. Ein Zeitungsleser, der kontinuierlich die Wirtschaftsseiten der Qualitätsmedien gelesen hat, der war gut informiert. Der wurde auch zeitgerecht informiert.

*Ihr Schluss: Fehler im Detail, im Grundsatz alles richtig?*

Best: Weil Sie so fragen: Der Journalismus trägt keine Schuld an dieser Krise. Wenn in Berlin schlecht regiert wird, sind nicht die Journalisten in Berlin daran schuld. Wenn auf den Finanzmärkten die Regulierung nicht funktioniert, die Verantwortlichen ihren Job nicht gut machen und dadurch ins Straucheln geraten, dann haben das nicht die Journalisten zu verantworten. Es wäre auch nicht ihre Aufgabe gewesen, das zu verhindern. Sie hätten es auch nicht verhindern können. Hätten die Journalisten in Deutschland davor warnen müssen, Schwarz-Gelb zu wählen, weil die das mit dem Regieren in den ersten drei Monaten nicht hinkriegen? Und was, wenn wir gewarnt hätten und sie würden es doch noch lernen? Dann wäre es falscher Alarm oder was? Also, da steckt eine ziemliche Überforderung von Journalismus hinter diesen Ansprüchen und Fragen.

*Alle wesentlichen Gesetze zur Förderung und Regulierung von Finanzmärkten wurden von dem Jahr 2000 an von den rot-grünen Bundesregierungen von Kanzler Schröder verabschiedet. Da die parlamentarische Opposition aus Union und FDP grundsätzlich für eine Förderung und Entfaltung von Finanzmärkten ist, gab es zu diesem Thema in Parlamenten und Öffentlichkeit zumindest keine parteipolitischen Auseinandersetzungen. Die These lautet: Der Journalismus hat dieses Thema zu lange auch deshalb unterschätzt, weil sein eigenes Frühwarnsystem, der parlamentarische und parteipolitische Streit, ausgefallen ist. Spielte das Ihrer Meinung nach eine Rolle?*

Best: Das Thema Finanzmarkregulierung war bis ins Jahr 2007 im politischen Raum unumstritten. International war es in Details umstritten, das war was für Fachleute, aber in der generellen Linie war es auch international nicht umstritten. Es war in der Wissenschaft nicht umstritten. Insofern hat auch dort kein Streit stattgefunden, der ein Echo, einen Wiederhall in den Medien hätte finden können. Wenn es in Politik und Wissenschaft weder national noch international umstritten war, warum sollten es dann ausgerechnet die Medien problematisieren? Ich finde, wir sollten eher darauf achten als Medien, dass wir im Nachhinein für ausreichend Aufklärung sorgen. Beispiel: Für die

Aufarbeitung wird es noch wichtig sein zu untersuchen, warum trotz dieser Gleichförmigkeit in den generellen Einschätzungen Institutionen sehr unterschiedlich gehandelt haben. Nicht jede Landesbank ist in Turbulenzen geraten. Warum? Die spanische Notenbank hat ihren Geschäftsbanken einfach verboten, Zweckgesellschaften für außer-bilanzielle Geschäfte zu gründen. Warum wurde das in Deutschland nicht auch gemacht? Das sind Fragen, an denen wir dranbleiben sollten.

*Eine weitere These lautet: Die Massenmedien haben sehr ausführlich aus der Produzenten-, Anbieter- und Anlegerperspektive über das Geschehen auf den Finanzmärkten berichtet, sie haben jedoch systematisch die Perspektive der Volkswirtschaft und der gesamten Gesellschaft vernachlässigt. Sie haben dies für Ihr Medium bereits bestritten. Wie sehen Sie dies für die anderen Massenmedien?*

Best: Die These trifft bestimmte Anlegermagazine. Die These trifft die Tagespresse meines Erachtens nicht. Sie trifft auch nicht die wichtigen wöchentlichen oder monatlichen Magazine und Zeitschriften. Und die These trifft auch nicht die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Also weder das ZDF noch die ARD. Die volkswirtschaftliche Perspektive hat in diesen Qualitätsmedien immer eine dominante Rolle gespielt. Und im Übrigen: Es wurden in dieser Krise auch Privat-Anleger massiv geschädigt. Das heißt, die Leute haben auch viele kritische Berichte über Zertifikate und andere Produkte überlesen und überhört. Man wollte eben lieber seinem Bankberater glauben als den Warnungen in den Medien.

*Hat der Journalismus mit seiner Berichterstattung über die Krise bei seinem Publikum an Vertrauen und Reputation eher gewonnen oder verloren?*

Best: Der Überbringer schlechter Nachrichten wird immer mit abgestraft. Politikverdrossenheit schadet immer auch dem politischen Journalismus. Jetzt haben wir als Folge der Krise eine Verdrossenheit über das marktwirtschaftliche System, über den Kapitalismus. Es gibt eine Neigung beim Publikum, sich abzuwenden und von allen Dingen erst mal nichts mehr wissen zu wollen und auch zu sagen, das wird ja eh nicht besser. Insofern hat es jetzt eine differenzierte Berichterstattung besonders schwer, Aufmerksamkeit zu finden, eine Berichterstattung, die sagt, hier werden Lehren gezogen, da wird also was besser... Dazu ist der Verdruss zu groß. Das war mitten in der Krise anders. Da wollten alle wissen, was gibt es Neues, wie geht es weiter.

*Und wie ist es mit Vertrauen und Reputation?*

Best: Wir haben in der Krise erfahren, dass die Leute zu den Qualitätsmedien Vertrauen haben. Denn wenn es um Krisen geht, um etwas Wichtiges, dann kommen die Leute zu diesen Qualitätsmedien. Weil sie wissen, dass sie nur dort verlässlich Substantielles erfahren. Diese Reputation bleibt auch. Aber man wendet sich dann eben doch wieder ab.

### **3. Interview mit Gerald Braunberger, Frankfurter Allgemeine Zeitung\*** geführt am 27.8.2009 in Frankfurt am Main

*Herr Braunberger, definieren Sie bitte die zwei, drei Hauptaufgaben, die Sie dem Wirtschaftsjournalismus zuweisen.*

---

\* Gerald Braunberger leitet seit Juli 2007 das Ressort Finanzmarkt. Nach einer Banklehre und dem Studium der Volkswirtschaft arbeitet Braunberger seit 1988 bei der FAZ. Er befasst sich seit vielen Jahre mit den Themen der nationalen und internationalen Währungspolitik, dem Banken-Gewerbe und den Finanzmärkten. Er war mehrere Jahre Korrespondent in Paris.

Braunberger: Der Wirtschaftsjournalismus hat wie jeder andere Journalismus das an Nachrichten zu transportieren, was wichtig und relevant ist. Dann muss er das, was geschieht, einordnen, gewichten und erklären. In der Intensität dieser Aufgabe sehe ich bereits eine Besonderheit des Wirtschaftsjournalismus. Weil Wirtschaft zum einen jeden betrifft und zum anderen besonders komplex ist, deshalb muss sich der Wirtschaftsjournalismus besonders dieser Aufgabe des Einordnens und Erklärens widmen. Es gibt einen hohen Bedarf nach dieser Leistung. Und dann kommt die Aufgabe des Kommentierens.

*Für Sie hat der Wirtschaftsjournalismus also Besonderheiten, die ihn von anderen Sparten unterscheiden?*

Braunberger: Ich glaube, die Besonderheit besteht darin, dass das Thema komplex ist und jeden betrifft. Wissenschaftsjournalismus ist auch komplex, Wissenschaft betrifft jedoch nicht jeden. Und da zudem viele Menschen von Wirtschaft wenig Ahnung haben, so entsteht der hohe Erklärungs-Bedarf.

*Es gibt Wirtschafts-, Finanz- und Finanzmarkt-Journalismus. Es gibt weiter die Themen-Segmente Wirtschafts-, Finanz- und Finanzmarktpolitik. Gehören diese selbstverständlich auch zum Wirtschaftsjournalismus oder wandern die zwischen den Ressorts Wirtschaft und Politik hin und her?*

Braunberger: Bei uns sind es changierende Themen. Wir legen schon Wert darauf, dass Wirtschaftspolitik auch sehr stark im Wirtschaftsteil stattfindet. Aber es gibt einfach Themen, die haben eine solche gesellschaftspolitische Bedeutung, dass sie ins Politikressort gehen. Es ist ja auch eine Frage, wie man das Thema anpackt, aus welcher Perspektive: Da gibt es die eher politische, die volkswirtschaftliche und auch die betriebswirtschaftliche Perspektive. Im einen Fall passt es in das politische Ressort, im anderen Fall ins Wirtschaftsressort. Diese Themen wandern also, sind jedoch im Prinzip fest im Wirtschaftsteil verankert. Bei Finanzmarkt-Themen ist es genauso. Wir haben ja ein eigenes Buch Finanzmarkt. Das ist ein fester Bestandteil des Wirtschaftsjournalismus und so gehören wir zur Wirtschaftsredaktion. Die Finanzmarktpolitik, die versuchen wir weitgehend aus dem Finanzmarkt-Buch herauszuhalten. Die findet im Wirtschaftsteil statt oder im Politikteil oder nach Bedeutung auch auf Seite 1.

*Welchen Stellenwert hatte der Themenbereich Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik bis zum Zeitpunkt der Krise?*

Braunberger: Ich schicke voraus, dass ich das Ressort erst seit Mitte 2007 leite. Ich habe jedoch zuvor auch für die FAZ gearbeitet, kann mich also auch zu dem äußern, was wir zuvor gemacht haben. Wir haben seit etwa 10 Jahren ein eigenes Finanzbuch. Daraus leitet sich allein schon ab, dass dieses Thema einen sehr hohen Stellenwert hat. Die Redaktion besteht aus acht Redakteuren und zwei Finanz-Korrespondenten in London und New York. Mit anderen Worten: Die FAZ hat dieses Thema nicht erst mit der Krise entdeckt.

*Wann ist die Finanzmarkt-Krise in Westeuropa und Deutschland denn ‚ausgebrochen‘? Viele sagen, es war im September 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers. Andere nennen den August 2007, als die Europäische Zentralbank (EZB) erstmals in hohem Maße für Liquidität sorgen musste, um das Bankensystem zu stabilisieren.*

Braunberger: Ich biete Ihnen ein drittes Datum an. Für uns beginnt sie nach unseren fachlich-journalistischen Kriterien mit dem Juli 2007. Nicht, weil ich damals dieses Ressort übernommen habe ...

*Das wäre ja ein furioser Auftakt gewesen ...*

Braunberger: ... , sondern weil damals der Vorstandschef der schweizerischen UBS zurücktreten musste, da sie sich erheblich verspekuliert hatte. Damals gerieten zudem mehrere Hedge-Fonds in eine tiefe Krise. Sicher ist die

Krise im September 2008 in eine neue Phase getreten mit diesem verrückten Wochenende, an dem Lehman Brothers dann untergegangen ist. Aber für uns beginnt sie Mitte 2007. Da wusste man, dass sich richtig etwas zusammenbraut.

*Es gibt die These, das Bank- und Finanzgewerbe sei eine Branche wie jede andere. Eine andere sagt, das Finanzgewerbe versorge die Wirtschaft mit Geld, habe also einen quasi-öffentlichen Auftrag wie die Branchen, welche die Wirtschaft mit Energie oder Wasser versorgen. Welcher der beiden Sichtweisen stimmen Sie zu?*

Braunberger: Das ist eindeutig eine besondere Branche. Diese Besonderheit liegt für mich jedoch nicht allein in dem quasi-öffentlichen Charakter der Dienstleistung, sondern vor allem in der hohen Bedeutung für eine Volkswirtschaft. Wenn das Finanzsystem nicht funktioniert, dann gibt es keine Wirtschaft.

*Was hat sich in Ihrer Redaktionsarbeit mit Beginn der Finanzmarkt-Krise geändert? Wie haben Sie reagiert?*

Braunberger: Das Thema ist natürlich noch wichtiger geworden. Nicht nur für unser Ressort, sondern für die anderen auch. Es ist zu einem großen Thema der gesamten Zeitung geworden. Nehmen Sie als Beispiel das Feuilleton, das sich in einer eigenen Serie über die „Zukunft des Kapitalismus“ weit über den Alltag hinaus mit grundsätzlichen Systemfragen beschäftigt.

*Hat sich bei Ihnen, in Ihrem Ressort etwas geändert in der inhaltlichen Bewertung der Finanzmärkte, bezüglich der Vor- und Nachteile der Liberalisierung von Wirtschaft?*

Braunberger: Eine Krise dieses Ausmaßes haben wir im Ressort nicht kommen sehen. Wir sahen, dass gewisse Märkte heiß gelaufen waren und es deshalb Korrekturbedarf gab. Das haben wir auch geschrieben. Als sich die Dimension der Krise dann abzeichnete, hat das in der Wirtschaftsredaktion und in der gesamten Redaktion erhebliche Diskussionsprozesse in Gang gesetzt. Und wir sind inhaltlich über manche Hürde gesprungen. Die FAZ hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte keynesianische Nachfolgepolitik befürwortet. Für eine FAZ ist das viel.

*Hat sich die Redaktion schnell auf eine solche Einschätzung geeinigt? Oder war und blieb das umstritten, innerhalb des Ressorts oder zwischen Ressorts?*

Braunberger: Das hat nicht lange gedauert, da war ja die Wucht der Ereignisse. Und für Kommentatoren war diese Krise besonders anspruchsvoll. Wir mussten ja neben unserer täglichen Arbeit permanent lernen. Ich glaube das Wichtigste, was ich mit der Krise verbinde, das sind diese unglaublichen Lerneffekte. Und das Kommentieren, was ich eigentlich sehr gerne mache, war manchmal eine Last, weil man eigentlich gar nicht wusste, wie man was kommentieren soll. Sie haben ja keine Zeit als Tageszeitungsjournalist.

*Was haben Sie gelernt?*

Braunberger: Wir haben alle sicherlich sehr viel gelernt über Finanzmärkte. Über strukturierte Wertpapiere, über Derivatmärkte. Wir mussten auch viel lernen über Werte und Prinzipien in der Wirtschaft, als die Amerikaner anfangen eine Geldpolitik zu machen, über die in jedem Lehrbuch steht, dass man genau diese Geldpolitik nie betreiben darf. Und dann fangen die Amerikaner damit an, und die Nachrichten darüber kommen am Nachmittag rein, und dann sollen Sie das kommentieren. Diese Krise war und ist noch extrem prägend, weil wir ständig auf unbekanntem Terrain uns bewegen mussten. Unter der Wucht dieser Krise haben wir gesagt, diese Krise ist so schlimm, sie ist offenbar die Schlimmste seit den dreißiger Jahren, und deshalb kann man einfach nicht mehr nach dem ordnungspolitischen Lehrbuch allein vorgehen.

*Gewichten Sie nach diesen Erfahrungen auch Ihre Quellen neu? Werden beispielsweise vorhandene Quellen ‚heruntergestuft‘ und neue hinzugenommen?*

Braunberger: Ja. Eine unserer wichtigsten Erkenntnisse war, dass viele Fachleute mit dieser Krise ebenfalls überfordert waren. Das heißt, viele Leute, die Sie normalerweise abfragen, hatten selbst keine Ahnung. Die Banker haben uns hinter verschlossenen Türen gesagt, wir verstehen selbst nicht, was da los ist. Ich nutze seither sehr viel stärker die Blogs von wichtigen Ökonomen, schau mir an, wie sie die Vorgänge einschätzen. So komme ich schnell an ganz unterschiedliche kompetente Einschätzungen und Analysen heran.

*Hatten Sie vor der Krise so etwas wie einen Common sense in Ihrem Ressort über die Beurteilung der Finanzmarktpolitik der Regierung, der Liberalisierung der Märkte, des Geschehens auf den Finanzmärkten?*

Braunberger: Wir waren mitten im liberalen Mainstream, das kann man sagen. Wir hatten einen Kollegen hier, der immer gewarnt hat, der gesagt hat, da bauen sich Dinge auf und diese Ungleichgewichte auch im Handel zwischen Amerika und China. Das kann so auf die Dauer nicht gehen, da braut sich was zusammen. Aber mehrheitlich war die Meinung, Liberalisierung ist gut, man hat die Dinge im Griff. Grundsätzlich sind Finanzmärkte sinnvoll, sie brauchen eine gewisse Regulierung, man darf sie aber auch nicht zu viel regulieren, und wenn irgendeine Krise kommt, dann regelt das die Geldpolitik.

*Und nun: Bleibt Keynes Bestandteil des neuen Common Sense? Auch wenn die Krise vorbei ist?*

Braunberger: Keynes hat immer gesagt, am Ende der Krise müsst ihr den Haushalt wieder ausgleichen, ihr müsst die Ausgaben kürzen. Eigentlich ist er sehr liberal gewesen, und das ist auch unsere Vorstellung. Ich glaube, was wir künftig sagen werden, geht so: Es gibt normale Schwankungen des Wirtschaftsablaufes, mal kleinere und mal größere, da kann man im liberalen Modell bleiben. Und wenn's ganz schlimm kommt, dann muss eben die Welt mit Keynes gerettet werden.

*Im Grundsatz hat sich Ihre Einschätzung von Märkten, Finanzmärkten, Regulierung und Deregulierung also nicht geändert?*

Braunberger: Nein, im Grundsatz nicht. Denn wir haben immer eines gesehen: An den Märkten kann es zu Übertreibungen kommen, erst recht an den Finanzmärkten. Weil Menschen handeln, weil es Herdeneffekte, Gier und Angst gibt. Wir hatten ja erst vor zehn Jahren diese Dotcom-Blase. Dass Märkte anfällig für Verwerfungen sind, das wussten wir schon immer. Die Frage ist nur, was ist die Alternative. Und deshalb bin ich Marktanhänger, aber zugleich immer auch ein Verfechter einer starken makroökonomischen Politik und von intelligenten Regulierungen.

*Noch eine Nachfrage zu den Quellen, die Sie für Ihre Arbeit einsetzen. Können Sie die Veränderungen noch einmal skizzieren: Geht es jetzt darum, zusätzlich zwei, drei neue Blogs zu lesen oder muss die Neujustierung ins Grundsätzliche gehen?*

Braunberger: Eine grundsätzliche Neujustierung sehe ich nicht. Aber ich glaube, es gibt einen Bedarf, mehr über diese Märkte zu wissen. Und da muss man halt sehen, inwieweit Ökonomen dieses zusätzliche Wissen liefern können. Es ist sehr wichtig, dass die Ökonomen in Deutschland eine selbstkritische Debatte über ihre Leistungen und ihre Defizite begonnen haben. Ich denke, wir werden uns künftig stärker noch an den Ökonomen orientieren, die nah dran sind an dem Geschehen und die auch schneller reagieren und intervenieren. Deswegen sind die Blogs so wichtig.

*Wenn Sie auf die vergangenen Jahre zurückblicken: Hat der Wirtschaftsjournalismus im Großen und Ganzen seine Aufgabe erfüllt, umfassend und sachlich korrekt über die Vor- und Nachteile der herrschenden Finanzmarktpolitik, der Liberalisierung der Märkte und das Geschehen auf den Finanzmärkten zu berichten?*

Braunberger: Die Frage kann man nur differenziert beantworten. Wer ist der Wirtschaftsjournalismus? Und: Wo sind die Finanzmärkte? Die sind überwiegend in London und New York. Das bedeutet erstens, ich habe kaum das Personal vor Ort, um das Geschehen umfassend zu beobachten. Und zweitens muss ich mir auch die Frage stellen: Gibt es überhaupt ein Leserinteresse? Wir haben die Frage positiv beantwortet. Diese Themen passen in unser Redaktionskonzept. Aber viele deutsche Medien werden diese Frage negativ beantworten. Also: Wir haben das Ressourcen-Problem und die Frage der Relevanz. Und die muss jedes Medium für sich beantworten. Ich denke, Sie haben im Fernsehen und in den Regional-Zeitungen nicht viel erfahren über das, was auf den Finanzmärkten vor sich geht. Das war und ist bei den überregionalen Qualitäts- und Leitmedien anders. Aber auch wir haben Dinge nicht gesehen, die wir hätten sehen müssen. Ein Beispiel: Es ist doch offensichtlich, dass die Anreizstrukturen bei diesen Rating-Agenturen komplett falsch sind. Die beurteilen Produkte und werden von denen bezahlt, die diese Produkte auflegen und verkaufen wollen. Und dann gibt es eigentlich nur zwei, drei führende Rating-Agenturen, die werden dann noch gegeneinander ausgespielt. Da ist die Neigung natürlich sehr stark, Gefälligkeits-Gutachten auszustellen. Das hätten wir alle sehen müssen. Das war Betriebsblindheit. Ich habe einen ziemlich erfahrenen Vorstandssprecher einer ziemlich großen Bank hier in Frankfurt gefragt: Sie haben diese Papiere doch gekauft, wussten Sie, was das für Papiere waren? Da sagt der: Nein, wir haben immer auf die Ratings geguckt. Diese Betriebsblindheit war überall, sie hat auch uns erfasst.

*Gehört es zu den Aufgaben des Wirtschaftsjournalismus, die Gesellschaft und Öffentlichkeit vor Krisen wie der jetzigen zu warnen?*

Braunberger: Selbstverständlich. Aber das setzt voraus, dass wir das Wissen über eine kommende Krise haben, und das Wissen haben wir nicht. Wir können auf Risiken hinweisen, wir können sagen, hier gibt es Übertreibungen. Aber mehr nicht.

*Sie sagen, weder bei der Dotcom-Krise noch bei der jetzigen Krise hatten nicht einmal die wichtigsten und stärksten Medien das ausreichende kritische Wissen, um Gesellschaft und Öffentlichkeit früher vor der Krise warnen zu können?*

Braunberger: Die Dotcom-Krise betraf ja den Aktienmarkt. Und der war damals nach allen gängigen Kriterien komplett überbewertet, das heißt, irgendwann musste ein Einbruch kommen. Das wurde damals auch geschrieben. Die jetzige Krise nahm ihren eigentlichen Ausgang ja auf Märkten, wo das Publikum normalerweise nicht hinguckt. Die Aktien waren im Sommer 2007 nicht billig, aber auch nicht überteuert. Wir hatten keine Verwerfungen an den Devisenmärkten, die Anleihenmärkte waren ziemlich ruhig. Es war nicht so einfach, das große Krisengemälde zu malen, da deutete nichts auf einen Zusammenbruch hin. Da gab es also nur diese völlig unregulierten Märkte für strukturierte Wertpapiere, die haben wir aber leider kaum beachtet.

*Muss der Wirtschaftsjournalismus Konsequenzen ziehen aus der letzten und der jetzigen Krise? Und wenn ja, welche?*

Braunberger: Er muss Konsequenzen ziehen, eindeutig ja. Wir müssen intensiver über das berichten, was passiert, also noch näher ran. Und wir müssen zugleich inhaltlich auf mehr Distanz gehen. Wenn mir einer erklären kann, wie das geht, ich nehme jeden Rat gerne an. Was hilft, ist eine in jeder Hinsicht unideologischere Sichtweise.



Die ist mittlerweile da, das ist eine der guten Folgen dieser Krise. Wir müssen ferner beherzigen, dass viele unserer Gesprächspartner eigentlich nicht so viel wissen, wie wir denken. Und wir müssen wenigstens immer wieder uns außerhalb des Systems stellen, damit wir die Orientierung nicht verlieren. Aber schauen Sie, was wollen Sie denn machen: Es brennt auf den Finanzmärkten. Die Leute, die Sie fragen, sagen, das kann ich auch nicht erklären. Und dann sind Sie bei einem kompetenten Banker zum Abendessen eingeladen und der sagt dann: So, jetzt erzähle ich ihnen mal ein bisschen was. Dann sind Sie dankbar. Die Distanz wahrt sich nicht immer ganz so einfach.

*Das mit der Distanz, das diskutieren Sie in Ihrem Ressort oder auch auf den Gesamtkonferenzen?*

Braunberger: Zunächst besprechen wir das im Ressort. Aber wir werden auf den Gesamtkonferenzen von unseren Politik- und Feuilleton-Kollegen schon auch angesprochen. Was wir in dieser Krise vielleicht auch lernen könnten: Ich bin der Auffassung, wir Journalisten überschätzen uns komplett. Wir maßen uns ein Wissen an, das wir häufig überhaupt nicht haben. Dann verstehen wir uns zudem noch als irgendeine vierte Gewalt. Es wäre schon gut, wenn Journalisten ihre jeweiligen Themen beherrschen würden. Das wäre doch ganz große Klasse. Nicht?

*Angesagt ist also die neue Bescheidenheit?*

Braunberger: Aber selbstverständlich.

*Wer könnte denn diese selbstkritische Debatte anzetteln und organisieren? Die Medienwissenschaft, die Verleger, die Journalisten?*

Braunberger: Das müsste aus dem Journalismus kommen. Sonst ist sie nicht glaubwürdig. Wenn andere über uns sagen, ihr überschätzt euch, meinen Sie, das wirkt? Das müssen wir schon selber sagen. Aber das wird nicht passieren.

*Warum nicht?*

Braunberger: Die meisten haben doch überhaupt kein Interesse, sich hinzustellen und zu sagen: „Hört mal, ich bin fehlbarer als ich tue.“ Sie kennen doch auch die Primadonnen und Weltverbesserer in unserer Branche.

*Kann es sein, dass Medien mehr und vor allem mehr Kritisches berichtet hätten, wenn sie das Gefühl gehabt hätten, das Publikum interessiert sich dafür?*

Braunberger: Für uns gilt das nicht. Denn wir schreiben auch für die, die da drüben in diesen Türmen sitzen, auch für Wissenschaftler. Bei uns passen diese Themen in unser Redaktionskonzept. Deshalb gehen wir an diese komplizierten Themen der Finanzmärkte und der Finanzmarktpolitik auch heran. Andere Medien, auch große Tageszeitungen, die lassen das in der Tat, weil die sagen: Unser Publikum interessiert sich dafür nicht, auch wenn es gesellschaftlich wichtig ist. Die gehen dann ganz pragmatisch mehr in den nutzwertigen Finanzjournalismus und machen einen Bogen um die komplizierten Themen.

*Die Liberalisierung der Finanzmärkte in Deutschland wurde von einer rot-grünen Bundesregierung umgesetzt. Das heißt: Es gab dazu keine parlamentarische Opposition, da Union und FDP als marktnahe Parteien eher mehr denn weniger Liberalisierung wollten. Wirkte sich die Tatsache, dass diese Maßnahmen gesellschaftlich bei der Umsetzung parteipolitisch und parlamentarisch weitgehend unumstritten waren, auf die Berichterstattung aus?*

Braunberger: Das glaube ich nicht. Aus dem einfachen Grunde, es gibt in keiner Partei zu diesen Themen viele kompetente Gesprächspartner. Also könnte uns da auch niemand positiv oder negativ beeinflussen.

*Hat der Wirtschaftsjournalismus mit seiner Arbeit vor und in der Krise an Reputation beim Publikum gewonnen oder verloren?*

Braunberger: Anhand der Leserreaktion ist es eindeutig: er hat an Vertrauen verloren. Danach sind wir a) inkompetent, b) korrupt und c) unkritischer Teil der Maschine. Solche Positionen sind häufig zu finden. Es gibt aber auch Leser – wir haben ja immer wieder Doppelseiten gemacht, um Themen zu erklären –, die haben sich gemeldet und haben sich bedankt, haben gesagt: Ganz toll, jetzt haben wir was verstanden. Aber unter dem Strich haben wir eher an Reputation verloren.

#### **4. Interview mit Oliver Stock, Handelsblatt\***

geführt am 17.9.2009 in Frankfurt am Main

*Definieren Sie bitte für uns die zwei, drei Hauptaufgaben, die Sie als die Hauptaufgaben des Wirtschaftsjournalismus sehen?*

Stock: Wir wollen wirtschaftliche Zusammenhänge verständlich, spannend und vielleicht sogar ein Stück unterhaltsam mit dem Ziel darstellen, sowohl professionelle Akteure korrekt zu bedienen und zusätzliches Interesse für wirtschaftliche Zusammenhänge bei ihnen zu wecken, wie auch Laien soweit zu informieren und so spannend zu informieren, dass sie sich für diese Themen interessieren.

*Es gibt den Wirtschafts-, Finanz- und Finanzmarkt-Journalismus. Es gibt die Themen-Segmente Wirtschafts-, Finanz- und Finanzmarktpolitik. Gehören diese Segmente selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus oder wandern die zwischen den Ressorts Wirtschaft, Finanzen und Politik hin und her.*

Stock: Das sind tatsächlich Themen, die häufig nicht so klar zuzuordnen sind. Die verändern manchmal auch täglich ihren Charakter und die Perspektive. Wir haben Themen bisher als reine Finanz- oder Unternehmens-Themen gesehen – nehmen Sie den Fall Opel oder die Finanzmarkt-Krise -, die nun zu politischen Themen werden.

*Alltag oder Ausnahme?*

Stock: Inzwischen ist es Alltag. Das ist eine Veränderung, welche die Krise hervorgebracht hat. Wirtschaftliche Entscheidungen, die ursprünglich allein in Unternehmen oder in Banken und Versicherungs-Unternehmen getroffen worden waren, werden jetzt zum Teil von der Politik mitbestimmt.

*Es ist oft zu hören, der Wirtschaftsjournalismus habe ein besonders schwieriges und komplexes Thema zu bearbeiten, verglichen mit Sport oder Politik. Und: Er sei besonders intensiven Einflussversuchen von außen ausgesetzt. Teilen Sie diese beiden Behauptungen?*

---

\* Oliver Stock leitet seit Mitte 2008 das Ressort Finanzzeitung des „Handelsblatts“. Der studierte Historiker und Ökonom arbeitete mehrere Jahre bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und als Sprecher des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums. Er ist seit dem Jahr 2000 beim „Handelsblatt“, für das er auch mehrere Jahre als Finanz-Korrespondent in Zürich war.

Stock: Die erste Einschätzung würde ich nicht so einfach teilen. Ich glaube, es gibt auf der einen Seite auch im Feuilleton, in den Geisteswissenschaften sehr komplizierte Themen, und ich glaube auf der anderen Seite, dass die Kompliziertheit der Wirtschaftsthemen oft überschätzt wird. Es ist häufig möglich, wirtschaftliche Zusammenhänge, sogar Finanzthemen auf eine sehr einfache Fragestellung zurückzuführen und genau darin sehe ich auch eine unserer Aufgaben. Es stimmt aber, man muss sich erst mal in die Materie hineinknien, um das dann auch zu schaffen. Die starken Versuche, Einfluss zu nehmen, das ist sicherlich richtig, aber das liegt in der Natur der Sache. Wenn wir über Unternehmen berichten, insbesondere über börsennotierte Unternehmen, da geht es regelmäßig um sehr, sehr viel Geld, und wenn es dann um Vorgänge oder Daten geht, die beispielsweise den Aktienkurs nach unten treiben könnten, da tun natürlich PR-Strategen und sonstige Unternehmens-Berater alles, um so eine Aussage zu verhindern. Das passiert regelmäßig.

*Wann hat die Finanzmarkt-Krise Ihrer Ansicht nach Westeuropa und Deutschland denn erreicht? Im September 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers? Oder im August 2007, als die Europäische Zentralbank erstmals mit hohen Liquiditätszuflüssen das Bankensystem am Laufen hielt?*

Stock: Ich habe diesen Zeitraum aus unterschiedlichen Perspektiven verfolgt: Im Jahr 2007 war ich als Finanz-Korrespondent in Zürich und in Wien unterwegs und seit gut einem Jahr bin ich hier Leiter des Finanz-Ressorts. Für mich hat die Krise Mitte 2007 begonnen, mit dem Fall IKB in Deutschland, mit dem Fall UBS in der Schweiz, mit diesen hochriskanten Fehl-Spekulationen, die offenbar wurden, mit den ersten Subprime-Produkten, die in Großbritannien und in den USA platzten, beziehungsweise massiv an Wert verloren, als eben deutlich wurde, dass das mehr ist als ein Einzelfall. So läuft diese Krise seit Mitte 2007 unvermindert, und ich bin durchaus stolz, dass wir im „Handelsblatt“ auch von Anfang an sehr, sehr deutlich immer wieder geschrieben haben, es ist viel zu früh an irgendwelche Entwarnungen zu denken. Und wir sind auch jetzt, also im letzten Quartal 2009, immer noch der Meinung, dass wir noch lange nicht durch sind.

*Das Finanzgewerbe sei eine Branche wie jede andere, sagen die einen. Andere weisen ihm eine quasi-öffentliche Rolle zu, da es die Volkswirtschaft mit Geld versorgt, wie andere Unternehmen und Branchen die Volkswirtschaft mit Wasser und Energie versorgen. Welche Position nehmen Sie ein?*

Stock: Ich neige zur zweiten Position. Wir diskutieren im Moment sehr häufig, wie systemisch eigentlich der Finanzkreislauf ist, wie systemisch einzelne Banken sind und kommen sehr häufig zu dem Schluss, wir müssen die Banken retten, sonst geht die Welt unter. Also, es ist sicherlich nicht existentiell und überlebenswichtig, dass wir die Finanzwirtschaft stetig am Leben erhalten. Nicht existentiell in dem Sinne, dass es nicht tödlich ist, wenn die nicht funktioniert. Also kein Wasser hieße kein Leben mehr. Kein Geld heißt immer noch, irgendwie kommen wir schon klar. Aber es ist schon deutlich existentieller, wenn wir die Bankenwelt abschalten, als wenn wir die Politik abschalten oder von mir aus die Kultur abschalten. Das macht die eigentliche Systemrelevanz und den für die Gesellschaft existentiellen Charakter dieser Branche aus.

*Was macht für Sie den Kern dieser Krise aus?*

Stock: Der besteht in einem zu starken Wachstum der Finanzindustrie und ihrer Produkte und ihrer Ablösung von der Realwirtschaft. Da wurden Produkte aufgelegt, zerstückelt, gesichert, verkauft, wieder zerstückelt ..., sozusagen eine Endlosschleife, und das Ganze hatte überhaupt nichts mehr mit realen Werten zu tun. Das heißt, die Finanzwirtschaft hat sich von der sogenannten Realwirtschaft zu weit entfernt und das hat letztlich zum Crash geführt. Da gibt es dann noch viele zusätzliche und letztlich auslösende Faktoren wie zu billiges Geld, zu schwache Regulierung, Gier der Manager, falsche Anreizsysteme. Aber das sind alles Symptome, sozusagen Beiwerk. Der Kern ist dieses Abheben der Finanzwelt von der Realwirtschaft.

*Skizzieren Sie bitte den Stellenwert, den das Thema Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik bei Ihrem Medium vor der Krise hatte.*

Stock: Wir haben schon seit langem ein Finanzressort in der Redaktion. Das wird nicht kleiner, wenn weniger los ist, das wird aber auch nicht wesentlich größer, wenn mehr los ist. Das heißt, wir haben eine Zahl von Seiten, die wir füllen, so wie Journalisten das machen, und es ist ja immer so viel los in der Welt, dass es gerade in eine Zeitung passt. Bei uns sind das im Tabloid-Format zehn bis vierzehn Seiten täglich für die Finanzberichterstattung. Und wir haben die Möglichkeit, in dem Augenblick, wo das Thema mehr Gewicht gewinnt, vorne Seiten zusätzlich zu belegen, bis hin zum Aufmacher natürlich, aber wir kommen dann auch auf die Themen- und Kommentarseiten. Das ist sozusagen der Teil, mit dem wir atmen können, aber der andere Teil ist der feste. Spätestens seit dem Sommer 2008 hat dieses Thema noch einmal enorm an Bedeutung gewonnen. Wir hatten Phasen, in denen fast täglich ein Finanzthema zum Aufmacher des Blattes wurde. Da haben die Finanzthemen natürlich unglaublich an Gewicht gewonnen. Seitdem die Politik sich stark in diese Krise eingeschaltet hat, geht das aus unserer Sicht wieder etwas zurück, und wir ringen jeden Tag darum, ob wir die Themen nun aus politischer Sicht oder aus Sicht der Finanzindustrie behandeln wollen. Je nachdem ordnen wir das dann den Ressorts zu. Aber wenn die Themen nach vorne drängen, das ist dann meistens Teamarbeit, was auf den ersten Seiten steht.

*Das Thema Finanzmarktpolitik gehört zum Finanzressort?*

Stock: Ja. Von Mitte der neunziger Jahre an haben wir auch stark auf Anleger-Themen gesetzt. Das haben wir dann wieder zurückgefahren. Die Themen, die inhaltlich mit der Finanzpolitik zu tun haben, die sind dafür inzwischen stärker gewichtet. Die grundsätzliche Haltung, die wir in diesen Fragen in der Zeitung vertreten, ist nicht genau festgehalten und definiert. Aber bei den allermeisten Mitarbeitern finden Sie eine sehr liberale Einstellung zu den Märkten, auch zu den Finanzmärkten. Da sind wir natürlich in guter Gesellschaft gewesen vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Wir haben mit der Krise dann doch häufig feststellen müssen, dass wir Gefahren so nicht gesehen haben und die Lage aus dieser liberalen Grundhaltung heraus wahrscheinlich auch falsch eingeschätzt haben. Wir sind aber dennoch der Meinung, dass diese Phase, die wir jetzt haben, in welcher der Staat sehr stark regulierend eingreifen muss, eine Episode bleiben sollte, und wir letztlich wieder zu einer liberaleren Gestaltung der Finanzmärkte zurückkehren sollten.

*Sie sagten, da gab es Gefahren, die haben wir so nicht gesehen. Können Sie bitte genauer skizzieren, warum das Ihrer Meinung nach so war.*

Stock: Da gibt es zwei Gründe. Es fehlte das Wissen. Da fühlen wir uns allerdings nicht sonderlich schuldbewusst, weil offenbar 99 Prozent der Welt nicht wussten, was da eigentlich gerade abgeht, inklusive derjenigen, die damit unmittelbar hantierten und das zu verantworten haben. Es gab hin und wieder, ich habe das mal selber nachgeguckt, weil es mich auch interessiert hat, es gab hin und wieder warnende Artikel, die vielleicht so Ende des Jahres 2006 einsetzten und zunächst einmal von unseren Kollegen aus New York kamen. Die haben schon sehr dezidiert auf die ersten Problemprodukte hingewiesen. Aber, und das ist der zweite Grund, auch eine seriös und handwerklich sauber gemachte Zeitung richtet sich nach einem gewissen Mainstream. Den kriegen Sie nicht raus. Sosehr wir auch immer die gegen den Strich gebürsteten Artikel lieben, aber in den Redaktionen setzt sich dieser Mainstream durch. Der Mainstream hieß damals eben: Vieles ist möglich, satte Renditen auf längere Zeit sind normal. Und das ist das Tagesgeschäft gewesen, was wir beschrieben haben. Und das ist, im Nachhinein betrachtet, in seiner Gewichtung und in seiner Häufigkeit doch kritisch zu sehen. Haben wir vielleicht, verglichen damit, die Anzeichen der Krise zu klein gefahren? Das kann man sich schon fragen.

*Sie sagten, nach Ihrer fachlichen Analyse hat die Krise Mitte 2007 begonnen. Wie haben Sie sich in Ihrer redaktionellen Arbeit darauf eingestellt?*

Stock: Wir haben bei den Quartalsberichten sehr viel genauer auf die Bilanzen der Papiere geschaut, von denen wir wussten, das sind Risiko-Papiere. Wir haben ausgehend von unserer Grundaufgabe, erst mal zu informieren und Nachrichten zu transportieren, angefangen in Analysen, Kommentaren und Hintergründen stärker auf diesen Problembereich einzugehen, also unter anderem auf den Markt der Subprime-Papiere. Wir haben entsprechend bei Gesprächspartnern immer massiv diesen Bereich abgeklopft. Wir haben in der Zeitung Themen stärker gecovert, denen wir vorher wenig Beachtung geschenkt haben. Ein Beispiel: Wir haben regelmäßig eine Grafik publiziert, die das Vertrauens-Verhältnis zwischen den Banken abbildet. Das ist ein Index, dem wir vorher wenig Beachtung geschenkt haben. Und auf einmal wurde uns klar, wie wichtig der ist. Wir haben angefangen, Rubriken wie Krisenbarometer und so etwas zu entwickeln, wo wir täglich über die neuesten Verwerfungen berichtet haben, und wir haben, wie so viele andere auch, versucht, die Warner zu identifizieren, die sehr früh vor genau der dann eingetretenen Situation gewarnt haben, und haben versucht mit ihnen Gespräche zu führen. Beispielsweise Leute wie Roubini, das ist ja der Star unter den Warnern. Wobei ich glaube, die wussten es auch nicht, sondern sie haben eher zufällig ins Schwarze getroffen.

*Ist es Aufgabe einer Zeitung, Gesellschaft und Öffentlichkeit vor einer solchen Krise zu warnen? Was ja bedeutet, mehr zu tun als nur normal zu berichten.*

Stock: Vor Gefahren, die sich sehr deutlich abzeichnen, müssen Journalisten warnen. Das ist sicherlich die Aufgabe auch einer Zeitung, eines Mediums und unseres Berufsstandes, so etwas zu skizzieren. Das klingt mir bloß viel zu lehrbuchhaft, im Alltag sieht es ja ganz anders aus. Im Alltag haben sie immer wieder die Situation, dass sie genau abklopfen müssen, wie sicher kommt denn jetzt das Unglück. Es gibt zahllose Möglichkeiten auf dem Weg zum Crash, vielleicht passiert dieses oder jenes und man kommt doch noch einmal daran vorbei. Und es gehört auch zur Verantwortung, nicht den Crash oder das Unglück herbeizuschreiben. Also ein ganz einfaches Beispiel ist eine Bank, die nicht gut dasteht. Wir erfahren das. Wir überlegen drei Mal, ob wir das schreiben, denn wenn wir es schreiben, erfüllt sich sozusagen diese Prophezeiung selbst und diese Bank steht am nächsten Tag tatsächlich nicht mehr gut da. Das heißt, wir müssen mit unseren Warnungen sehr, sehr sorgfältig umgehen. Und es hat vermutlich viele Möglichkeiten gegeben, die Finanzmarktkrise doch noch abzuwenden. Und es war Mitte 2007 wirklich nicht absehbar, wie schlimm es wird. Und deswegen kann nicht unsere Aufgabe darin bestehen, schwarz zu malen, sondern sie kann nur darin bestehen zu warnen, ja, aber auch die möglichen Auswege zu schildern.

*Wenn Sie die Leistungen des Wirtschaftsjournalismus in der Zeit vor der Krise und seither beurteilen: Hat er im Großen und Ganzen seine Aufgabe erfüllt, solide und umfassend über die Vorgänge auf den Finanzmärkten, die Veränderungen in der Finanzmarktpolitik, die Vor- und Nachteile der Liberalisierung zu berichten oder hat er diese Aufgabe eher nicht erfüllt?*

Stock: Gut, das ist natürlich jetzt eine subjektive Antwort. Ich glaube, dass wir vor der Finanzmarktkrise zeitweilig und bei einigen Aspekten zu mainstreamig dahergekommen sind. Wir haben Gefahren unterschätzt und haben generell zu wenig auf potenzielle Gefahren hingewiesen. Ich glaube aber, dass wir sehr früh, eben spätestens von Mitte 2007 an, erkannt haben, was los ist und was uns blühen kann, und dass wir seitdem auch stärker als andere Medien auf den Krisenmodus umgeschaltet haben und zu keiner Zeit Entwarnung gegeben haben. Es ist ja in der Wirtschaft durchaus so gewesen, dass man im Jahr 2007, obwohl überall Banken wackelten, noch sagte, na ja, so schlimm wird das schon nicht werden. Die sind dann alle erst im September 2008 wach geworden. Das haben wir von Anfang an nicht mitgemacht.

*Muss der Wirtschaftsjournalismus Konsequenzen aus der Krise ziehen? Wenn ja, welche?*

Stock: Die Frage reizt, ja zu sagen. Also die Krise ist tief, der Wirtschaftsjournalismus hat diese Krise beschrieben, erlebt, es müsste jetzt eigentlich der Punkt sein, wo man sich zurücklehnt und sagt, was haben wir gelernt, wie machen wir es künftig anders oder was machen wir besser. Tatsächlich findet dieses Innehalten aber nicht statt. Ich wüsste auch nicht, was wirklich dabei rauskommen würde. Und da ist der tägliche Druck. Wir haben ja nicht versagt. Also gibt es keinen Grund, nun alles anders zu machen. Und es kommt hinzu, dass die Krise Auswirkungen auf unsere Verlage und ihre Geschäfte hat und damit auch uns Journalisten direkt betrifft. Die Bemühungen, selbst zu überleben, überlagern oft vieles andere.

*Eine These und Ihr Kommentar dazu: Der Wirtschaftsjournalismus hat sich in den vergangenen zehn Jahren sehr intensiv um die Perspektive der Anbieter, Anleger und Verbraucher gekümmert. Die finanzmarktpolitische Dimension, die volkswirtschaftliche Dimension all dieser Finanzfragen wurde vernachlässigt.*

Stock: Das würde ich schon sagen. Es gibt eben diese Haltung, intensiv über Finanzprodukte und deren unmittelbare Folgen für den Geldbeutel, den eigenen oder den der Anleger oder wessen auch immer, zu schreiben und darüber ein Stück weit das große Ganze außer Betracht zu lassen. Das ist sicherlich etwas, was passiert ist. Es gibt natürlich Anleger-Magazine, die haben sich nie um größere Zusammenhänge gekümmert. Ich glaube, dass eine etwas breiter aufgestellte Tageszeitung, ein breiter aufgestelltes Medium schon auf der einen Seite die Produkte vorstellt, auf der anderen Seite aber auch versucht, Zusammenhänge aufzuzeigen. Mehr Wert noch auf die Zusammenhänge zu legen, das ist sicherlich etwas, was man aus der Krise lernen kann.

*In Deutschland wurde die Liberalisierung der Finanzmärkte von einer rot-grünen Bundesregierung umgesetzt. Da die damalige Opposition, Union und FDP, als marktnahe politische Formationen eher mehr denn weniger Liberalisierung wollten, gab es faktisch keine parlamentarische Opposition gegen diesen Weg. Beeinflusste das Nicht-Vorhandensein von politischem Streit die Berichterstattung der Massenmedien?*

Stock: Ich würde, gerade weil es um Finanzthemen geht, nicht nur den Blick nach Berlin werfen, sondern wir haben den Blick nach New York, London, Paris, nach Asien geworfen, und da ist Berlin wirklich nur ein kleiner Ausschnitt. Das heißt, wenn auf der politischen Ebene in Berlin stärker diskutiert worden wäre, wäre uns das aufgefallen, klar. Wir hätten vielleicht auch die eine oder andere Frage gestellt, die wir so nicht gestellt haben, aber solange, gerade bei globalen Finanzmärkten, nicht auch in der globalen Politik intensiver diskutiert wird, wäre uns Berlin nur als kleiner Exot aufgefallen.

*Hat der Wirtschaftsjournalismus mit seinen Leistungen vor und in der Krise Vertrauen beim Publikum gewonnen oder verloren?*

Stock: In der dunkelsten Phase der Krise haben wir die höchsten Auflagenzuwächse erzielt. Das ist für mich ein Zeichen dafür, dass der Wunsch nach solider Information über wirtschaftliche Themen gewachsen ist in dem Augenblick, wo die Wirtschaftskrise wirklich da war. Das werte ich auch als Vertrauensbeweis. Ich habe allerdings auch Briefe auf meinem Schreibtisch: Warum habt Ihr uns nicht vorher gewarnt? Warum seid ihr eigentlich immer noch so pessimistisch? Ihr schreibt seit drei Monaten, dass die Aktienmärkte demnächst sinken, deshalb bin ich nicht eingestiegen und jetzt habe ich den Salat. Sie sehen: die ganze Palette.

## 5. Interview mit Marc Beise, Süddeutsche Zeitung\*

geführt am 15.9.2009 in München

*Herr Beise, welche zwei, drei Hauptaufgaben muss der Wirtschaftsjournalismus erfüllen?*

Beise: Es sind im Grundsatz dieselben, die der Journalismus insgesamt erfüllen muss. Er soll eine möglichst große Transparenz der Ereignisse und der Lebenswirklichkeiten herstellen. Das heißt auf die Ökonomie bezogen, er soll Wirtschaft erklären, er soll wirtschaftliche Sachverhalte, die meist nur einige wenige kennen und verstehen, potentiell allen Interessenten verständlich zur Verfügung stellen. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe. Und seine zweite Aufgabe, die wohlbemerkt auch in ihrer Bedeutung an zweiter Stelle steht: Er soll eine Meinung zu diesen Vorgängen anbieten.

*Es gibt Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Finanz-Journalismus. Es gibt zudem die Themen-Segmente Finanz-, Finanzmarkt- und Wirtschafts-Politik. Sind die auch selbstverständlicher Bestandteil des Wirtschaftsjournalismus, sind sie eigenständig und/oder wandern die zwischen dem Politik- und dem Wirtschaftsjournalismus hin und her?*

Beise: Aus meiner Sicht ist das alles Bestandteil der Wirtschaftsberichterstattung. Natürlich werden diese Themen, je intensiver sie gesellschaftspolitisch debattiert werden, auch zu Themen der politischen Berichterstattung. Aber prinzipiell sind das für mich gleichrangig Themen der Wirtschaftsberichterstattung.

*Das heißt für den journalistischen Alltag: Das Wirtschafts-Ressort hat die Federführung, egal wo das Thema platziert ist?*

Beise: Im Prinzip ja. Ich habe den Anspruch, die Federführung zu haben. Allerdings ist es in der Praxis so, dass die „Süddeutsche Zeitung“, anders als die FAZ, die ersten vier Seiten als Königsseiten sieht, auf denen die wichtigsten Themen aus allen Bereichen behandelt werden. Das heißt, alle Themen, die besonders wichtig sind, egal aus welchem Ressort, wandern auf diese Seiten. Für die gibt es natürlich verantwortliche Redakteure. Wenn Wirtschaftsthemen auf diesen Seiten spielen, bin ich nicht mehr alleine Herr des Prozesses, sondern befinde mich in einer Diskussion mit den für diese Seiten verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen. Ein Beispiel: Ich entscheide nicht, ob ein Wirtschaftsthema Zeitungsaufmacher wird. Das entscheidet in letzter Instanz der Chefredakteur. Aber ich behalte mir vor, diesen Artikel gegenzulesen und Protest einzulegen, wenn ich der Meinung bin, dass der sich jetzt sozusagen von der Sache wegbewegt oder sachliche Mängel hat, und dieser Einspruch wird auch gehört.

*Sie und ihr Wirtschaftsressort wollen, dass Wirtschaftsthemen möglichst nach vorne kommen? Oder behalten Sie die besten Geschichten lieber für Ihre Seiten?*

Beise: Diese Neigung flackert vielleicht immer mal wieder auf, sozusagen versehentlich. Aber die große Linie ist: Wir wollen mit unseren Themen nach vorne. Denn alle Untersuchungen zeigen auch, dort werden sie von mehr Leuten gelesen, werden auch als wichtiger wahrgenommen. Und Wirtschaft ist heute nach meiner Meinung auch das wichtigste Thema.

*Über den Wirtschaftsjournalismus ist immer wieder zweierlei zu hören und zu lesen: Er habe ein besonders schwieriges und komplexes Thema zu bearbeiten, verglichen mit anderen Sparten wie Sport oder Politik. Und er sei in besonderem Maße der Beeinflussung von außen ausgesetzt. Kommentieren Sie bitte diese beiden Behauptungen.*

---

\* Marc Beise leitet das Wirtschaftsressort der „Süddeutsche Zeitung“. Zuvor arbeitete der studierte Jurist und Volkswirt viele Jahre beim „Handelsblatt“, dort zuletzt auch als Ressortleiter Wirtschaftspolitik. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zur Wirtschaftspolitik.

Beise: Ja, im Vergleich bestätige ich beide Behauptungen, wobei mir das letzte Wissen über die Einflüsterungen beispielsweise im Bereich des Feuilletons fehlt. Also erstens: Wirtschaft ist schwieriger. Schwieriger zu verstehen und auch schwieriger zu vermitteln als beispielsweise die allgemeine Politik, das ist eindeutig so. Es gibt Bereiche der allgemeinen Politik, z.B. die Sicherheitspolitik, die auch relativ schwierig sind, aber die meisten politischen Debatten, die Sie in den Zeitungen finden, sind leicht zu verstehen und leicht zu beschreiben. Bei Wirtschaftsthemen ist das fast immer anders. Erst recht, wenn es beispielsweise um die Finanzberichterstattung geht, das ist schon eine Herausforderung. Und die zweite Behauptung teile ich auch: Wir stehen als Wirtschaftsredakteure sehr viel stärker unter dem Druck der Subjekte, über die wir berichten, sei es die Drohung mit Gegendarstellungen über Schadensersatzprozesse bis hin zu Anzeigenboykotten. Das ist härter als im politischen Bereich. Eindeutig.

*Wann ist denn nach Ihrer Definition die Finanzmarktkrise in Westeuropa und Deutschland endgültig angekommen? Die einen nennen den August 2007, als die Europäische Zentralbank erstmals in hohem Maße Liquidität zur Verfügung stellen musste, um das Bankensystem zu stabilisieren. Die anderen nennen den September 2008.*

Beise: Wir nehmen den Insolvenzantrag Lehman Brothers, also den 15. September 2008, als den Moment, von dem an die Welt nicht mehr dieselbe war wie zuvor. Das ist eine verbreitete Wahrnehmung. Natürlich gab es eine Entwicklung, die zu diesem Tag hin führte. Aber wenn ich ein Datum nennen muss, dann nenne ich den 15. September 2008.

*Das Finanzgewerbe ist für die einen eine Branche wie jede andere. Sie wird jedoch auch als eine Branche mit quasi-öffentlichem Charakter angesehen, versorgt sie doch die Volkswirtschaft mit Geld wie andere Unternehmen und Branchen die Volkswirtschaft mit Wasser und Energie versorgen. Wie charakterisieren Sie das Finanzgewerbe?*

Beise: Ich teile die erste Charakterisierung, will sie jedoch modifizieren. Es ist eine Branche wie jede andere, jedoch hat sie stärkere und umfassendere Auswirkungen auf das gesamte volkswirtschaftliche Geschehen als alle anderen Branchen. Wenn dort etwas schief läuft, wie jetzt in dieser Krise, dann hat der Staat auch eine höhere Verantwortung einzugreifen als beispielsweise in der Automobil-Branche. Aber ich wehre mich dagegen, in der Dienstleistung dieser Branche so etwas wie ein öffentliches Gut zu sehen. Das Finanzgewerbe ist Wirtschaft, und Wirtschaft ist im Kern privat.

*Was macht für Sie den Kern dieser Krise aus?*

Beise: Eindeutig der Mangel an Verantwortung. Es wurden gigantische Geschäfte abgewickelt, ohne dass diejenigen, die sie machten, Verantwortung dafür trugen. Und weil sie wussten, dass sie kein Risiko gingen und eigentlich nur gewinnen konnten, nur deshalb haben sie auch so gehandelt. Die Anreizsysteme beförderten sogar noch dieses verantwortungslose Handeln. Dieser Punkt trägt für mich noch schwerer als der Mangel an effizienten, wirksamen Kontrollen im Finanzbereich.

*Wie wirkt sich die Krise bereits aus und wie wird sie sich noch auswirken? Es gibt doch einen merkwürdigen Kontrast: Die Experten sagen, es handle sich um die schwerste Krise seit vielen Jahrzehnten und abgesehen von den Menschen, die in Kurzarbeit sind oder als Leiharbeiter bereits entlassen worden sind, leben alle weiter wie zuvor. Oder?*

Beise: Darauf gibt es noch keine endgültige Antwort. Es ist die schwerste Krise seit sechzig Jahren aus zwei Gründen. Erstens haben wir, objektiv messbar, einen Wachstumseinbruch von etwa fünf Prozent im Jahr 2009. Das hat es in der Form noch nie gegeben. Und das andere ist nicht objektiv messbar, aber fast alle Experten sagen das übereinstimmend: Wir haben am Rande eines Supergaus in der Finanzwirtschaft gestanden. Diese beiden Sachver-



halte zusammen belegen für mich, dass es eine dramatische Krise war, die schlimmste, die wir hatten seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Richtig ist aber auch, sie hat auf die öffentliche Wahrnehmung nicht durchgeschlagen. Der Grund ist bekannt. Die Arbeitslosenzahlen sind noch nicht so stark gestiegen, wie befürchtet worden ist. Aber das kann noch kommen, und dann ist die Krise für jeden greif- und messbar. Wenn die Zahl der Arbeitslosen jedoch deutlich unter fünf Millionen bleibt, wenn es rasch eine Erholung gibt, dann ist die Charakterisierung dieser Krise zu relativieren – jedenfalls was die realen Konsequenzen angeht. Eine andere Frage ist die Legitimationskrise der Marktwirtschaft. Die ist gewaltig beängstigend.

*Welchen Stellenwert hatten die Themen Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik in Ihrer täglichen Redaktionsarbeit bis zum Zeitpunkt der Krise?*

Beise: Es ist klar, wir haben diesem Bereich Finanzmarkt und Finanzmarktberichterstattung eindeutig zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wir, also mein Ressort, beschäftigen uns natürlich intensiv mit Wirtschaftspolitik, mit Unternehmensberichterstattung. Wir haben uns seit jeher auch Finanzthemen gewidmet. Seit einem Jahr haben wir beispielsweise einen völlig neuen Finanzteil, den wir bewusst „Geld“ nennen und mit dem wir den Anspruch erheben, dieses schwierige Thema möglichst vielen Lesern mit anspruchsvollen journalistischen Formen verständlich nahe zu bringen. Aber wir haben uns dabei wohl zu sehr auf vordergründige Dinge konzentriert und zu wenig auf das, worüber wir hier reden. Wir haben natürlich auch über Zertifikate und Derivate berichtet, und wir haben darüber berichtet, dass das schwierige Instrumente sind und dass man in diese Papiere nur gehen sollte, wenn man sie auch versteht. Das hat schon alles stattgefunden. Aber die Dimension, dass sich hier ein solches Problem aufbaut und dass das eigentlich der Kern unserer Berichterstattung, unserer Analysen und Kommentare hätte sein können, ja, sein müssen, die haben wir nicht gesehen.

*Warum?*

Beise: Meine These ist, dieses Thema ist zu komplex.

*Für das Publikum, die Öffentlichkeit oder für die Redaktion?*

Beise: Für alle. Ja, wir haben unseren Leser sozusagen „damit nicht behelligen wollen“, weil es ein sperriges Thema ist. Und für das sich der Leser mutmaßlich auch nicht interessiert hätte. Aber das war eigentlich nicht das Entscheidende. Das Entscheidende war, wir haben es selbst nicht ausreichend verstanden. Ich schließe nicht aus, dass es den einen oder anderen Kollegen bei uns gab, vielleicht in Frankfurt oder New York, der vieles kapiert hat und die Dimensionen ahnte. Und der vielleicht mehr und genauer über die Details darüber berichten wollte. Wenn das so gewesen sein sollte, dann sind wahrscheinlich wir, die Zentrale, gekommen und haben gesagt: Nee, lassen wir das lieber, das ist doch sehr speziell. Wir wollen ja keine Finanzspezialzeitung sein, sondern auf täglich sechs, acht Seiten das gesamte Wirtschaftsgeschehen abbilden. Da können wir nicht zu viele Spezialitäten pflegen. Aber es war auch nicht so, um das ganz offen zu sagen, dass einer aufgeschrien hätte, da läuft was total schief und da müssen wir ran. Oder dass wir das auf unseren Konferenzen debattiert hätten, da braut sich eine fundamentale Krise zusammen, lass uns darüber schreiben, ach nein, wir wollen lieber niemanden erschrecken. Das ist definitiv nicht der Fall gewesen. Ich glaube, es war für die meisten Kollegen einfach zu schwierig und deswegen hat man sich diesem Themenbereich gar nicht gewidmet und gesagt und gedacht, na ja, wird schon laufen. Für mich gilt das eindeutig.

*Gab es – jenseits dieser Zurückhaltung – einen Common Sense in der Redaktion, wie das Geschehen auf diesen Finanzmärkten, die Liberalisierung der Finanzmärkte zu sehen ist: eher positiv oder eher negativ, eher skeptisch oder eher optimistisch?*

Beise: Eher positiv. Wobei es hier in der Wirtschaftsredaktion viele unterschiedliche Meinungen gibt, das zeichnet die SZ ja allgemein aus. Aber die Ressortleitung hat, früher mehr als heute, die Linie vorgegeben „im Zweifel für die Freiheit“, und das heißt in der Wirtschaft, im Zweifel für den Markt. Regulierung soll es nur geben, wenn es richtig schief läuft. Meine Meinung ist es das übrigens nach wie vor. Nur lief im Finanzbereich etwas richtig schief – dies nicht klar gesehen zu haben, werfe ich mir auch persönlich vor.

*Wie hat sich Ihre redaktionelle Arbeit mit der Krise geändert?*

Beise: Wir beschäftigen uns seit einem Jahr auf allen Ebenen und in vielen Sektoren der Zeitung intensiv mit Finanzmarktthemen. Da haben wir seither auch nicht nachgelassen. Wir versuchen viel zu erklären, führen viele Interviews mit Fachleuten, beschäftigen uns auf Konferenzen mit diesem Mega-Thema. Und die Kollegen aus den anderen Ressorts verlangen uns auch vieles ab und fragen nach: Was habt ihr aus der Krise gelernt, welche Konsequenzen müssen wir ziehen, was ändert sich an unseren wirtschaftspolitischen Grundpositionen? Diese Herausforderung nehmen wir an.

*Gibt es heute, immer noch in der Krise, einen neuen Common Sense des Ressorts, der Redaktion, in diesen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen?*

Beise: Das ist schwer zu fassen. Ich glaube, es gibt keinen Common Sense. Die Mehrheit der Ressortkollegen, die sich intensiver mit diesen Themen beschäftigt und sich dazu äußert, ist der Meinung, dass die Krise ein grundsätzliches Umdenken über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft verlangt. Es soll künftig mehr geordnet und reguliert werden. Weniger Kollegen, ich zähle mich dazu, ziehen diesen Schluss nicht. Die sagen, es gibt Regulierungsdefizite, aber es gibt keinen Grund die Systemfrage zu stellen. Oder schwächer formuliert: Es gibt keinen Grund, im Grundsatz etwas zu ändern, sondern nur in wichtigen Details. Während die Mehrheit vielleicht sagt, da muss im Grundsatz etwas passieren. Ich aber frage: Was denn? Glauben wir ernsthaft, dass der Staat, dessen Fehlhandeln doch am Anfang dieser Krise stand – die Stichworte: US-Immobilien, billige Kredite – uns wirklich besser bedient als der Markt?

*Gewichten Sie Ihre Quellen neu? Kommen beispielsweise andere Experten als bisher zu Wort?*

Beise: Natürlich kommen einige jüngere Professoren hinzu, da gibt es gute Leute, die sich gerade in der Finanzmarktkrise mit ihren Arbeiten und Einschätzungen bewährt haben. Aber sonst verändert sich eher wenig.

*Wenn Sie einige Jahre zurück und auf den gesamten Wirtschaftsjournalismus, elektronisch wie gedruckt, blicken: Hat er im Großen und Ganzen bis zur Krise seine Aufgabe erfüllt, solide und umfassend über Veränderungen auf den Finanzmärkten, der Finanzmarktpolitik, Vor- und Nachteile von Liberalisierung zu berichten, oder eher nicht?*

Beise: Ich denke, wie gesagt, wir haben es mit einem Versagen zu tun, in Deutschland und in anderen Ländern. Das hat sich mit der Krise jedoch geändert. Wir haben jetzt in vielen Blättern und auch in elektronischen und weiteren Medien eine intensive Berichterstattung und Diskussion über das, was da passiert ist und warum. Dieser Auftrag aufzuklären, der wird jetzt erfüllt. Allerdings wird die nächste Krise vermutlich an einer ganz anderen Ecke kommen.

*Gehört es überhaupt zu den Aufgaben von Wirtschaftsjournalismus, Öffentlichkeit und Gesellschaft vor solchen Krisen zu warnen, was ja bedeutet, mehr zu tun als nur zu berichten?*

Beise: Ja. Der Meinung bin ich. Es ist Teil des Journalismus, vor Fehlentwicklungen, die man erkennt, zu warnen. Entweder in der Kommentierung oder in Berichten und Interviews, indem man den Menschen, die diese Meinung haben, Platz gibt. Die Grenze ist Agitation. Es ist nicht Aufgabe des Journalismus insgesamt, das ist meine feste Überzeugung, eine Volkserziehung zu betreiben, um eine bestimmte Meinung auszubilden. Das nicht. Aber wenn Sie eine Krise erkennen, das Kommen einer Krise erkennen, dann müssen Sie darüber schreiben.

*Gab es nicht ausreichend kompetente kritische Stimmen, die schon sehr früh auf die Fehlentwicklungen aufmerksam machten, die dann in der heutigen Krise mündeten? Kritisches Wissen, das von den Massenmedien zu lange ignoriert worden ist.*

Beise: Dass es einzelne Kritiker gibt, die im Nachhinein Recht behalten haben, ist unbestritten. Daraus ist allerdings nie eine kritische Masse geworden. Nur: Wenn jemand ohnehin eine systemkritische oder gar ablehnende Position zu dem System hat, und der warnt vor Fehlentwicklungen, dann ist dessen Wirkung auf mich geringer, als wenn diese Kritik von jemandem kommt, der im Grunde systembejahend ist und dann in diesem Rahmen eine eben auch überraschende Position vertritt. Wenn es mehr gegeben hätte, die diese kritische Position vertreten hätten und wenn mehr von diesen aus dem etablierten Lager gekommen wären, dann wäre, glaube ich, diese Kritik von mir und anderen auch stärker beachtet worden. Es gilt der alte Satz: Jeder, der die falsche Uhrzeit sagt, hat zweimal am Tag trotzdem recht. Ich weiß, im Nachhinein hätte man mehr auf diese Stimmen hören müssen. Aber es hätte auch anders laufen können.

*Muss der Wirtschaftsjournalismus Lehren aus der Krise ziehen? Wenn ja: Geht es um Grundsätzliches oder um Konsequenzen im Detail?*

Beise: Beides. Im Detail sowieso, aber auch im Grundsatz. Natürlich. Ein Teil dieses Wirtschaftsystems, das Finanzgewerbe, hat versagt. Und wir haben es nicht kommen sehen, sondern faktisch als Naturereignis, zur Kenntnis genommen – was es natürlich nicht ist.

*Eher handwerkliche oder inhaltliche Konsequenzen – an welche denken Sie?*

Beise: Wir bemühten uns viel zu wenig darum, komplexe Sachverhalte zu durchdringen und zudem Zusammenhänge herzustellen, denn erst dann kann man eventuelle Fehlentwicklungen in ihrer eigentlichen Dimension erkennen. Das ist mein Hauptpunkt. Wenn das so ist, dann muss das in der Ausbildung, aber auch in der täglichen Arbeit berücksichtigt werden. Wir haben einen ganzen thematischen Bereich abgeschichtet, weil er uns zu kompliziert, zu speziell zu sein schien, und dort haben diese Fehlentwicklungen stattgefunden. So etwas darf sich nicht mehr wiederholen. Aber wie ist das zu garantieren? Eine Antwort: In den Redaktionen muss kontrovers diskutiert werden. Gerade bei den Themen, bei denen es so einen diffusen Mainstream gibt, alle stimmen irgendwie zu, aber keiner weiß so recht warum. Jemand hat mal den Vorschlag gemacht, man brauchte im Prinzip in einer Wirtschaftsredaktion einen advocatus diaboli, einer, der immer die Gegenposition vertritt. Ob man das jetzt institutionalisiert oder nicht, der Gedanke ist richtig. Wir müssen immer wieder auch das, was uns selbstverständlich zu sein scheint, in Frage stellen und müssen darüber diskutieren. Wir müssen sowieso viel mehr diskutieren. Der Journalismus ist ja mehr und mehr zu einem Handwerk verkommen, bei dem unter großem Zeitdruck sehr viel Text bewegt werden muss und sehr viele Seiten produziert werden. Selbst wir hier bei einer überregionalen und wirtschaftlich starken Tageszeitung, mit einer viel besseren redaktionellen Ausstattung als bei vielen Regional- und Lokalzeitungen, haben viel zu wenig Zeit über die Themen nachzudenken, über die wir schreiben, und das sollte auch eine Lehre aus dieser Krise sein. Die Aktualität treibt uns vor sich her. Das kann es doch nicht sein. Mehr Zeit zum Nachdenken, ja, das ist eine wichtige Konsequenz.

*Eine These und Ihr Kommentar dazu, bitte: In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Wirtschafts- und Finanzjournalismus in seiner Berichterstattung sehr stark auf die Anbieter-, Anleger- und Verbraucher-Perspektive konzentriert. Die volkswirtschaftliche und finanzmarktpolitische Dimension wurde dagegen stark vernachlässigt oder so gut wie nicht eingenommen.*

Beise: Ja. Eindeutig.

*Die zweite These mit einer etwas längeren Begründung: Das Thema Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik kam so richtig in Deutschland erst Ende der 90er Jahre auf und keiner kümmerte sich darum, weil es weder bei den regionalen Medien, aber nicht einmal bei den Leitmedien Zuständigkeiten gab: die Finanzjournalisten verließen sich auf die Wirtschaftsjournalisten, die auf die Politikjournalisten, die Zentrale verließ sich auf die Berliner, die auf die Frankfurter und die auf die Londoner ... und so weiter. Das Thema passte in seiner volkswirtschaftlichen Dimension in keine der vorhandenen Zuständigkeiten und fiel damit einfach durch.*

Beise: Richtig, die Finanzmarktberichterstattung wird oft als Nutzwert-Berichterstattung für Verbraucher und Anleger verstanden. Eigentlich müssen die Wirtschaftspolitik-Journalisten sich der Sache annehmen. Und die haben bisher vor der Börse Halt gemacht. Ich weiß das, ich bin ja einer von ihnen.

*Die dritte These: Die wesentlichen Entscheidungen in der Finanzmarktpolitik, vor allem die Liberalisierungs-Schritte, traf eine rot-grüne Regierung. Die Folge: Es gab keine parlamentarische Opposition, da diese, Union und FDP, als marktnahe politische Formationen eher mehr denn weniger Liberalisierung wollten und wollen. Fehlte dem Journalismus deshalb die Sensibilität und Wachsamkeit, weil sein gewohntes eigenes Frühwarnsystem ausfiel, eben der politische Streit?*

Beise: Vielleicht. Natürlich achtet der Journalismus auf die Themen mehr, die umstritten sind und wo es eine organisierte Opposition gibt, die Gegenpositionen vertritt, so dass man auch gleich überprüfen kann, ob der Widerspruch begründet ist oder nicht. Das ist richtig. Andererseits bin ich mir auch nicht sicher, ob wir das Thema wesentlich anders behandelt und in seiner Brisanz erkannt hätten, wenn es beispielsweise von einer bürgerlichen Regierung betrieben worden wäre und es dann den üblichen zu erwartenden Widerspruch von SPD und Grünen gegeben hätte. Ich glaube eher nicht. Ich hätte dann gesagt: Ist doch klar, die müssen ja schon aus Prinzip gegenhalten und hätte diesen Widerspruch nicht so ernst genommen. Sicher, politischer Streit hätte für ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema gesorgt. Aber meine Grundthese ist ja eine andere: Dass es einfach eine Scheu gab, sich intensiver mit diesem Bereich zu beschäftigen, weil er zu kompliziert und undurchschaubar war und weil man dachte, irgendwie wird das schon laufen, und es wird sich schon einer drum kümmern. Diese These will ich hier schon als entscheidende aufrechterhalten.

*Die Arbeit des Wirtschaftsjournalismus vor und in der Krise – hat er mit seinen Leistungen beim Publikum eher an Vertrauen gewonnen oder weiteres verspielt?*

Beise: Eindeutig Letzteres. Wir haben massiv an Vertrauen verloren, weil wir in einem zentralen Bereich in der Tat versagt haben. Ich will auch deutlich an dieser Stelle zufügen: Der Wirtschaftsjournalismus hat nicht versagt, wie es eine beliebte These behauptet, weil er etwa von neoliberaler oder marktradikalem Denken verblendet war. Ich denke, auch jeder, der diesen Ansatz an freiheitlichem wirtschaftlichem Denken teilt, würde sofort für intelligente Regulierungen plädieren, wenn er entsprechendes Marktversagen oder irrationale Übertreibungen sieht und erkennt. Denn solche Regulierungen, setzen sie den Markt selbst nicht außer Kraft, bewegen sich ja innerhalb der Leitplanken dieses marktwirtschaftlichen Denkens. Deshalb rührt das Versagen nicht aus diesem Denken heraus,

sondern, ich wiederhole mich, aus dem Nicht-Beschäftigten mit einem Themenbereich. Wir haben nicht falsch gedacht, wir haben nicht weit genug gedacht.

*Dazu doch noch eine Nachfrage: Gibt es nicht doch einen solchen Zusammenhang? Wer sehr marktnahe denkt, der kommt schnell zu dem Schluss, ja, das wird auf den Finanzmärkten schon irgendwie laufen, da muss man sich nicht darum kümmern. Jemand, der marktferner denkt, ist vielleicht viel misstrauischer und will es überprüfen und nachschauen.*

Beise: Das glaube ich eben nicht. Wir haben die Dinge nur deshalb nicht gesehen, weil wir uns damit gar nicht beschäftigt haben. Hätten wir uns damit beschäftigt, dann hätten wir gerade mit Hilfe der Instrumente und der Sensoren eines marktwirtschaftlichen Denkens diese Fehlentwicklungen entdeckt. Hätten wir, hätten wir. Wissen Sie, mich ärgert unser Versagen und dieser damit zusammenhängende Verlust an Vertrauen ganz besonders, weil ich sage, Wirtschaftsjournalismus ist deswegen so wichtig und spannend, weil unser aller Schicksal praktisch von der Wirtschaft abhängt. Noch viel stärker als früher. Wirtschaft ist viel wichtiger als Politik, aber die Menschen verstehen immer noch viel zu wenig von Wirtschaft. Also ist es unsere Aufgabe als Wirtschaftsjournalisten, diesen Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens möglichst vielen Menschen verständlich zu machen. Ich will das am Beispiel der „Süddeutschen Zeitung“ erklären. Nach unserer Leserbefragung gehen wir davon aus, dass rund 85 Prozent unserer Leser überhaupt bereit sind, sich mit Wirtschaftsthemen zu beschäftigen. Aber nur ungefähr ein Drittel unserer Leser tut es täglich. Wir wollen die anderen gewinnen. Um die kämpfen wir, indem wir besonders verständlich erklären wollen, nicht für Profis schreiben und vor allen Dingen auch journalistische Unterhaltung bieten. Wir wollen Interesse für Wirtschaftsthemen wecken. Das, glaube ich, ist eine tolle Sache und kann auch Vorbildfunktion haben für andere Teile des Journalismus, bei denen, vielleicht auch im politischen Journalismus, viel zu sehr am Leser vorbei geschrieben wird. Und vor diesem Hintergrund trifft mich natürlich dieses Versagen im Bereich der Finanzberichterstattung besonders, weil wir den Leser eben in einem Kernbereich alleine gelassen haben.

## 6. Interview mit Malte Kreutzfeldt, die tageszeitung\*

geführt am 1.12.2009 in Berlin

*Herr Kreutzfeldt, wie beschreiben Sie die Hauptaufgabe des Wirtschaftsjournalismus?*

Kreutzfeldt: Meinen Sie bei der TAZ oder generell?

*Bitte generell.*

Kreutzfeldt: Wirtschaftsjournalismus hat sehr unterschiedliche Aufgabenfelder. Zum einen die gesellschaftliche und politische Bedeutung dessen darstellen, was in der Wirtschaft passiert. Auf diesem Feld ist die TAZ zuhause. Das andere große Aufgabenfeld ist, Leuten Entscheidungshilfen zu geben, wo sie ihr Geld investieren. Und drittens das Geschehen in Unternehmen abzubilden. Punkt zwei sieht die TAZ-Redaktion nicht als ihre Aufgabe, Punkt drei höchstens exemplarisch.

*Wenn man jetzt die Entwicklung des Finanzmarktes und die Finanzmarktpolitik hinzu nimmt, sind das alles Dimensionen, die Sie unter Wirtschaftsjournalismus fassen oder differenzieren Sie da noch einmal?*

---

\* Malte Kreutzfeldt, Jahrgang 1971, ist seit Januar 2007 Ressortleiter Wirtschaft und Umwelt der TAZ, für die er zuvor schon als Praktikant und später als freier Mitarbeiter tätig war. Er studierte Biologie, Englisch und Sozialwissenschaften in Göttingen und Berkeley und machte ein Volontariat bei der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen in Kassel. Von 2003 bis 2006 arbeitete er als Pressesprecher beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac.

Kreutzfeldt: Wir fassen das bei uns im Wesentlichen zusammen. Natürlich kann man die politischen Entscheidungen über die Wirtschaft wie über den Finanzmarkt und das, was dann tatsächlich in der Wirtschaft und im Geldgeschäft passiert, getrennt betrachten. Aber wir versuchen das eben zusammen zu denken. Was dazu politisch an Regeln, Reaktionen oder so weiter passiert, auch auf den Finanzmärkten, wird bei uns als Teil des Wirtschaftsjournalismus betrachtet.

*Können Sie Besonderheiten des Wirtschaftsjournalismus erkennen und beschreiben im Unterschied zu anderen journalistischen Bereichen, sei es Politik, sei es Kultur, sei es Sport, was auch immer?*

Kreutzfeldt: Zum einen ist es in der Tat oft komplexer, weil es in gewissen Bereichen so eine Art naturwissenschaftliche Grundlage mit hat, vieles dreht sich um Zahlen. Zum anderen gibt es zahlreiche sehr starke Akteure mit teilweise sehr großen Interessen, die sie auch gegenüber den Medien geltend zu machen versuchen. Der PR Faktor ist da sehr massiv. Das spielt bei uns in der TAZ nicht so eine entscheidende Rolle, weil wir eben keine klassische Unternehmensberichterstattung haben. Zumindest in der Art, wie wir Wirtschaftsjournalismus machen, unterscheidet er sich nicht so sehr von anderen politischen Feldern. Und Komplexität, Lobbydruck, Zahlengebundenheit begegnet uns natürlich auch in anderen Bereichen, wenn ich nur an die Gesundheitspolitik denke.

*Damit wir über dasselbe reden. Für die Beurteilung der journalistischen Arbeit ist die Unterscheidung, wann war ‚vor der Krise‘, ab wann datieren wir den Beginn der Krise, nicht unwichtig. Wie würden Sie die zeitliche Trennlinie ziehen? Wann setzt nach Ihrem Verständnis das ein, was heute die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1930 heißt?*

Kreutzfeldt: In Deutschland oder insgesamt?

*In Deutschland, denn hier machen Sie Ihr Blatt.*

Kreutzfeldt: Also auf jeden Fall nicht erst September 2008, als dann Hypo Real Estate und Lehman Brothers aktuell wurden. Das war keineswegs der Auslöser, sondern schon eine Folge der Krise. Das Überschwappen der Krise nach Deutschland war nach meiner Erinnerung im Juli 2007, als dann mit IKB, Sachsen LB und später auch mit Deutscher Bank und Commerzbank die Auswirkungen in Deutschland spürbar waren. Ab dem Zeitpunkt – „Krise schwappt nach Deutschland“ war damals auch bei uns eine der Schlagzeilen – hat alles größeres Ausmaß angenommen als US-überschreitendes Phänomen. Dass es auf dem US-Markt eine Blase gibt im Immobilienhypothekenbereich, war auch vorher schon Thema, aber dass es eine Krise von überregionalem Ausmaß wird, diese Wahrnehmung würde ich auf den Sommer 2007 datieren.

*Dann schauen wir jetzt auf den Zeitraum vor 2007. Wie ist in dieser Phase, die man aus heutiger Sicht eine Vor-krisenphase nennen muss, der Stellenwert von Finanzpolitik, die Entwicklung auf den Finanzmärkten in der TAZ gesehen worden? War das im Fokus als ein brisantes Potential oder war das ein Gebiet unter anderen?*

Kreutzfeldt: Es war ein Gebiet unter anderen, aber dass der finanzmarktgetriebene Kapitalismus Probleme hervorbringen kann, ist in verschiedenen Spektren schon analysiert worden. Das ist die Schwierigkeit, die wir im Journalismus haben: Analysen frei von konkreten Anlässen sind nicht so leicht unterzubringen. Die große Finanzakkumulation etwa durch die Privatisierung der Altersvorsorge, was geschieht eigentlich mit diesen ganzen Geldern, schafft das nicht zwangsläufig Blasen, das war auf jeden Fall Thema. Die mangelnde Regulierung der Hedgefonds war beispielsweise auch beim G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 auf der Agenda. Letztendlich haben die Hedgefonds bei der Krise gar nicht so eine entscheidende Rolle gespielt. Was dann das Hauptproblem war, diese

Verbriefungen, das war auf jeden Fall kein Thema, das war fast nirgends Thema, wenn ich das richtig sehe. Aber zumindest die Warnung vor unregulierten Finanzmärkten hat sich doch in gewissem Ausmaß bei uns gefunden, ohne jedoch den Anspruch damit zu verbinden, dass wir die Krise vorhergesehen hätten.

*Die TAZ hat im August 2007, als die Europäische Zentralbank den Finanzmarkt flutete, ein Wasser-Dossier publiziert, kein Geld-Dossier. Haben Sie den Eindruck, dass es in Ihrer Redaktion eine hinreichende Sensibilität für die Bedeutung des Finanzmarktes gibt?*

Kreutzfeldt: In und seit der Krise sicher. Dass die Versorgung mit Geld eine andere infrastrukturelle Grundbedeutung hat, dass da eben sofort sehr viel dranhängt, das ist schon klar und wird auch so gesehen. Warum kann man einen Autokonzern Pleite gehen lassen, aber eine sehr große Bank nicht? Deswegen eben auch die Auffassung, dass Banken staatlich reguliert gehören. Die größere Bedeutung des Geldsektors und deswegen eine größere öffentliche Verantwortung dafür, das ist bei uns schon Thema gewesen, aber zugegebenermaßen stärker nach Ausbruch der Krise als vorher.

*Gehen wir, zeitlich gesehen, hinein in die Krise. Wie ist die TAZ, jetzt erst mal organisatorisch, damit umgegangen? Hat das den redaktionellen Alltag der TAZ verändert? Wurden mehr Ressourcen aufgewendet, sind redaktionelle Zuständigkeiten verändert worden, wurde eine task force oder was auch immer auf die Beine gestellt?*

Kreutzfeldt: Es hat unseren redaktionellen Alltag verändert. Für unser Ressort ist die Arbeitsbelastung erst mal sehr gestiegen, automatisch, weil wir mehr Seiten gemacht haben. Unsere Ressourcen, die sind dann etwas zeitverzögert tatsächlich auch erhöht worden. Zumindest im Jahr 2008 haben wir jemanden freigestellt für die Koordination des Themas Finanzmarktkrise und der Schwerpunktseiten, die dazu gemacht worden sind. Und Leute haben ihre Aufgabenschwerpunkte verschoben, Ulrike Herrmann beispielsweise, die vorher sowohl für Sozialpolitik als auch für Finanzpolitik zuständig war, hat von da an eigentlich nur noch Finanzpolitik gemacht. Personelle Verstärkung gab es faktisch nur im Umfang von gut einer Stelle, aber eine Verschiebung von Ressourcen in dieses Themengebiet auf jeden Fall.

*Gut, das war die organisatorische Seite. Blicken wir auf die inhaltliche. Hat sich in der Bewertung des Finanzmarktes, der Rolle von Finanzmarktpolitik in dieser Phase auch etwas geändert oder haben sie die Ansätze, die Erklärungsinstrumente der Zeit vorher fortschreiben können?*

Kreutzfeldt: Teils, teils. Vorher gab es schon unterschiedliche Strömungen; auch innerhalb der TAZ konnte man hören, wieso, steigende Aktienkurse sind doch super, muss man nur rechtzeitig Aktien kaufen. Gewisse neoliberale Ansätze haben sich, natürlich nicht so ausgeprägt wie bei anderen, als Strömung auch in der TAZ gefunden. Und Vorbehalte gegenüber jenen, die immer vor allem warnen und alles mies machen, gab es auch. Die sind natürlich schwächer und stiller geworden. Ich bin 2007 als Ressortleiter Wirtschaft und Umwelt zur TAZ gekommen, war vorher unter anderem bei Attac und habe, begünstigt durch diese Krisensituation, eine gewisse Diskursverschiebung mitgebracht. Vorher sind diese Weltverbesserer von Attac hier von bestimmten Teilen der Redaktion auch skeptisch gesehen worden. Dieser Skeptizismus hat sich ein wenig gelegt, weil man doch einräumen musste, dass die vor manchen Dingen gewarnt haben, die dann tatsächlich gekommen sind.

*Wollen, können Sie noch einen Satz sagen zu den internen Meinungsbildungsprozessen in der Redaktion? Wie haben sie das denn hinbekommen, dass diese unterschiedlichen Perspektiven einigermaßen kooperativ zusammenliefen?*

Kreutzfeldt: In dem Moment, in dem selbst die FAZ und die FTD sagten, mit den unregulierten Märkten taugt das wohl nichts, brach diese Position ja insgesamt im öffentlichen Diskurs weg. Die größten neoliberalen Vorbilder haben plötzlich das Gegenteil erzählt. Hinzu kommt, dass in dem Moment, in dem die Situationen komplizierter werden, auch die Leute primär wieder darüber schreiben, die darauf spezialisiert sind und davon was verstehen. Das waren in der Regel die, die ohnehin eine kritischere Position hatten. Die Wirklichkeit hat einfach eine Richtung stärker bestätigt als die andere.

*Sie haben den Blick auf die anderen Medien gerade geöffnet, verlassen wir die TAZ. Gerade wenn Sie sagen, dass Sie vorher in Attac-Zusammenhängen die Medienlandschaft beobachtet haben – wie beurteilen Sie die Arbeit des Wirtschaftsjournalismus insgesamt mit Blick auf die Entwicklung der Finanzmärkte und der Finanzmarktpolitik in der Zeit vor der Krise?*

Kreutzfeldt: Es ist schon so, dass im Wirtschaftsjournalismus einerseits ein ziemlicher Herdentrieb und andererseits eine ziemliche Naivität geherrscht hat. Das muss man einfach sagen. Die wichtigsten Quellen vieler Wirtschaftsjournalisten waren gerade diejenigen, die diese hochriskanten Finanzprodukte entwickelt, verkauft und sie im Interesse der Verkäufer – als Analysten – bewertet haben. Man kann das aber dem Wirtschaftsjournalismus gar nicht so umstandslos zum Vorwurf machen, weil es diese kritische Masse von Experten, die das gesehen und davor gewarnt haben, gar nicht so gab. Praktisch die gesamte Wirtschaftswissenschaft in Deutschland war sehr neoliberal, angebotsorientiert, auf Deregulierung aus. Die Linken sind dann eher Volkswirte. Was gibt es denn in Deutschland an linken Finanzwissenschaftlern, die irgendwie medial eine Rolle gespielt hätten? Wobei es natürlich immer Ausnahmen gab und in einer NEW YORK TIMES etwa waren sehr frühzeitig bestimmte Warnungen zu lesen, die allmählich auch ihren Weg hierher fanden. Aber insgesamt muss man sagen, die gleichen Journalisten, die der Politik später vorgeworfen haben, dass die das alles früher hätte wissen können, müssen mit dem selben Vorwurf leben.

*Hatten die Wirtschafts- und Finanzjournalisten wirklich keine Chance, kritisches Wissen über das Risikopotential von Finanzmärkten, über die Rolle der Finanzmarktpolitik sich anzueignen?*

Kreutzfeldt: Die abstrakte Erkenntnis, dass unregulierte Märkte und Produkte, die kein Mensch mehr versteht, früher oder später zu Problemen führen werden, und dass ein Überangebot von Kapital sich irgendwelche Blasen schafft, die Erkenntnis hätte es natürlich geben können. Was diese konkrete Krise betrifft, dass die Subprime-Kredite über die Verbriefungen und die weltweite Weitergabe zu so einer Bombe werden, da bin ich skeptischer, muss ich sagen. Konkrete Warnungen vor genau dieser Art der Krise sind mir auch nicht so richtig bewusst. Dass ein Mangel an öffentlicher Kontrolle bei einem öffentlich so wichtigen Bereich wie den Finanzmärkten, dass ein blindes Vertrauen in Märkte zu Problemen führen kann, das natürlich. Es gab Publikationen, speziell zu Finanzmarktkapitalismus, die auch vorher gewarnt haben. Aber das waren eindeutig Minderheitenmeinungen und Minderheitenmeinungen finden sich dann in Mehrheitsmedien nicht so leicht wieder. Es gab zu dem Zeitpunkt bis hinein in die Grünen, die SPD und die Gewerkschaften deutliche neoliberale Tendenzen und wenig organisierte kritische Expertise.



*Aber es gab nicht nur die Diskussionen und Publikationen, sondern auch die Krisen, Währungs-, Finanzkrisen bis hin zur Dotcom-Krise...*

Kreutzfeldt: Genau. Aber das alles waren ja Krisen, die auf ihren Sektor beschränkt blieben. Die Währungskrisen haben zwar ganze Länder in massive Probleme gestürzt, aber so eine Krise, die sich auf den ganzen Globus und auf alle Bereiche ausweitet, weil die Bankwirtschaft als solches getroffen ist, das galt – wenn es überhaupt gedacht und ausgesprochen wurde – doch als unwahrscheinlich.

*Würden Sie eine Frühwarnfunktion des Journalismus im Allgemeinen, des Wirtschaftsjournalismus im Besonderen, überhaupt in Anspruch nehmen wollen oder glauben Sie, dass das nicht zu seinen Aufgaben gehört?*

Kreutzfeldt: Auf jeden Fall wäre es seine Aufgabe, Leuten, die Warnungen aussprechen, ein Forum zu geben. Das mit Sicherheit. Aber nicht in der Form des Propheten nach dem Motto, die Krise wird kommen und zwar am Sound-sovielten, bringt euer Geld in Sicherheit. Eine solche Alarmfunktion des Journalismus stößt durchaus auch rechtlich an ihre Grenzen. Denken Sie nur an börsennotierte Unternehmen, ich erinnere an die Kirch-Fälle. In dem Moment, in dem man schreibt, die stehen möglicherweise vor der Pleite, trägt man dazu bei, dass die Pleite wahrscheinlicher wird. Trotzdem bleibt es eine journalistische Aufgabe, potentielle Probleme zu thematisieren und vor allem auch zu fragen, was dagegen getan werden könnte.

*Wir haben bisher nur über die Phase vor der Krise geredet. Wie haben Sie das eigentlich in der Krise erlebt? Ist die Krisensituation von den Journalisten gut aufgearbeitet worden, ist sie informativ, kritisch begleitet worden?*

Kreutzfeldt: Im Vergleich zu dem, was vorher war, auf jeden Fall. Ich finde, die Berichterstattung in der Krise und nach der Krise war durchaus gut. In der Aufarbeitung, wie ist das genau gelaufen, was ist schief gelaufen, was waren die Ursachen, haben auch solche Medien, die vorher vieles unproblematisch gesehen haben, durchaus gut und fundiert berichtet. Sowohl die Darstellung der Forderungen, was politisch passieren müsste, als auch die Analyse der strukturellen Probleme, finde ich, war deutlich besser.

*Wenn Sie einen Strich drunter ziehen und es auf den Punkt bringen sollen, was hat der Wirtschaftsjournalismus im Zusammenhang mit dieser Finanz- und Wirtschaftskrise insgesamt bislang gut gemacht? Was hat er schlecht gemacht?*

Kreutzfeldt: Gut gemacht hat er die nachträgliche Aufarbeitung der Krise. Da gab es in Medien wie dem SPIEGEL, der richtig große Sachen gemacht hat, da gab es in der FTD, auch in der FR, selbst in der FAZ sehr gute und zutreffende Analysen dessen, was falsch gelaufen ist. Was er schlecht gemacht hat vorher, das haben wir schon besprochen. Ob das jetzt für die Zukunft Konsequenzen hat, ist noch offen. Zusätzlich kritisiere ich eine Konzentration auf vollkommen abwegige Nebenthemen, während gleichzeitig wichtige andere Sachen nicht passierten. Mich hat immer diese Boni-Debatte total genervt. Natürlich sind hohe Boni für unfähige Manager skandalös, und natürlich setzen sie falsche Anreize. Aber sie sind nicht Auslöser dieses Problems. Monatelang wurde die Öffentlichkeit mit den Gehaltsgrenzen für Manager beschäftigt, wo von vornherein doch klar war, dass das nie kommen würde, und dass es nicht klappen würde, und dass vieles davon verfassungsmäßig auch nicht möglich ist. Also totale Nebenkriegsschauplätze, auf die sich die Medien teilweise wieder konzentriert haben. Auch der Hypo Real Estate-Untersuchungsausschuss war keine Sternstunde, weil es da vor allem um Dinge ging, die gar nicht im Zentrum des Problems standen. Wo man es viel eher gebraucht hätte, bei der IKB, wo die Politik tatsächlich selber einiges falsch gemacht hat, da gab es keinen Untersuchungsausschuss. Also es gab teilweise eine Konzentration auf Sachen, die sich personalisieren und skandalisieren ließen, während Strukturfragen nicht oder wenig interessierten.

*Nun wäre die Krise schon ein „schöner“ Anlass um Strukturfragen zu stellen, wann, wenn nicht in der großen Krise?*

Kreutzfeldt: Genau. Aber auch da ist es jetzt so, die akute Berichterstattung ist ja schon vorbei. Wenn ein Thema so groß war, kommt ziemlich bald in den Medien wieder der Zeitpunkt, wo man denkt, jetzt ist es auch mal genug, jetzt wollen die Leute mal wieder etwas anderes hören und nicht nochmal Bankenregulierung die 17. Konferenz auf Unterexpertenebene. Zudem kommen dann schnell Aussagen wie: Im Moment geht es doch schon wieder aufwärts mit der Wirtschaft, ist doch alles schon wieder gut, die Banken erholen sich doch, machen wieder Gewinne, was wollen wir denn, ist ja auch mal wieder gut mit dem ewigen Bankenbashing. Diese Stimmung macht sich breit und da sehe ich auch keinen so richtigen Ausweg.

*Ist das Publikum, ist mangelnde Aufmerksamkeit des Publikums für solche Strukturfragen, auch ein Grund dafür, dass der Journalismus das weniger aufgreift?*

Kreutzfeldt: Ich würde bei uns schon hoffen, dass auch ein langfristiges Finger-in-die-Wunden-legen von unserer Leserschaft honoriert wird. Aber generell sehe ich durchaus eine Tendenz, dass einem irgendwann bestimmte Themen zum Hals raushängen und die Leute es nicht mehr lesen; jedenfalls wird es redaktionsintern schwerer, mit dem Thema anzukommen und nach vorne zu kommen. Man hat dann auch selbst das Gefühl, diesen Kommentar schon dreimal geschrieben zu haben und es hat sich nichts geändert; er ist immer noch richtig, aber es passiert trotzdem nichts. Was tut man, schreibt man den Kommentar zum vierten Mal, da langweilt man sich selber und die Leser langweilt man auch. Das heißt, irgendwo stößt man dann an die Grenzen dessen, was man überhaupt tun kann.

*Sie sind seit Anfang 2007 bei der TAZ. Wir haben Bilanz gezogen für den Wirtschaftsjournalismus insgesamt. Wie ist die TAZ mit Vorkrise und Krise umgegangen?*

Kreutzfeldt: Im Vergleich mit den großen Zeitungen hat die TAZ, das muss man berücksichtigen, einen deutlich geringeren Umfang. Normalerweise haben wir zwei Seiten, auf denen Wirtschaft und Umwelt stattfinden. Die FTD kann mal eben jeden Tag 12 Seiten zur Krise machen, das wäre bei der TAZ die Hälfte der Gesamtausgabe. Im Verhältnis zu den Ressourcen und dem zur Verfügung stehenden Platz hat die TAZ sehr viel investiert in das Thema Krise und es über einen langen Zeitraum sehr groß gefahren, jedenfalls in der Krise; und vorher waren wir zumindest nicht schlechter als andere und das ist angesichts unserer engen Ressourcen auch schon was. Die TAZ hat auf bestimmte gefährliche Tendenzen relativ früh hingewiesen. Natürlich ohne sie so groß zu machen, wie es sich im Nachhinein als sinnvoll herausgestellt hat.

*Hat es die TAZ nicht eigentlich leichter gehabt? Weil sie von vornherein einen etwas anderen Blick auf Märkte hat, weil sie von ihrem historisch politischen Hintergrund her nicht automatisch unterstellt, dass Märkte ihre eigenen Probleme schon lösen...*

Kreutzfeldt: Ja, vorher vielleicht schon. Aber in der Krise nicht mehr, im Gegenteil. Wenn man vor unregulierten Märkten gewarnt hat und jetzt tun das plötzlich alle, ist das Alleinstellungsmerkmal weg. Eine Weile konnte man ja die FTD genauso gut lesen wie die TAZ, denn da standen ähnliche Analysen drin. Das kann für die TAZ auch ein Problem sein. Da kann man sagen, jetzt müssen wir noch radikaler werden und die Gesamtverstaatlichung fordern. Das wiederum ist hier kein Konsens und vielleicht auch nicht das Richtige. So ein ähnliches Phänomen hatten wir beim Klima, wo wir lange Zeit die einzigen waren, die dieses Thema regelmäßig sehr groß und sehr prominent gefahren haben, und irgendwann sind alle eingestiegen. Im Vergleich dazu sehen wir dann plötzlich ziemlich klein aus, denn wenn andere was richtig groß machen, ist es unter Umständen gleich sehr viel mehr. Die können einfach

mit ganz anderen Kapazitäten reingehen und haben auch andere Zugänge. Wir haben keine Informanten in irgendwelchen Banken sitzen, die uns die internen Papiere rüberschieben.

*Es gibt Ansätze einer selbstkritischen Debatte über den Wirtschaftsjournalismus. Was könnte denn die Quintessenz sein? Welche Konsequenzen könnte man ziehen aus dem, was Sie als Defizite der wirtschaftsjournalistischen Arbeit beschrieben haben?*

Kreutzfeldt: Man könnte mehr Mut gegen den Herdentrieb haben. Dieser Mechanismus, einer schreibt beim anderen ab, alle orientieren sich an den gleichen Leitmedien und an den gleichen Experten, oder auch vermeintlichen Experten, muss öfter durchbrochen werden. Was richtig ist, wird man trotzdem immer noch nicht wissen, aber das Spektrum an Analyse zu erweitern, breiter anzusetzen, das finde ich wichtig. Diese Fixierung auf ein Modell, wie das viele Medien praktizieren, hat sich hoffentlich nachhaltig blamiert. In Folge der Finanzkrise hatten wir bei der Wirtschaftskrise das gleiche Phänomen: Die fehlende Nachfrage ist in Deutschland von Gewerkschaften lange thematisiert worden, aber sie wurden abgebügelt, ihre Argumente wurden als altmodisch abgetan. Dann wurde in der Krise deutlich, wie sehr die Exportorientierung ein Problem und wie notwendig eine Renaissance des Keynesianismus ist. Vom Mainstream abweichende Meinungen werden es in Zukunft hoffentlich leichter haben durchzudringen. Ich hoffe auch, dass der analytische Recherchejournalismus, der nicht auf ein konkretes Ereignis bezogen ist, der nicht einen bestimmten Skandal, sondern strukturelle Probleme aufdeckt, mehr Chancen bekommt. Weil jetzt nach der Krise vielleicht doch viele denken, hätte man vorher genauer beschrieben, wie diese Systeme eigentlich funktionieren und was sie für Folgen haben, hätte man jedenfalls den besseren Journalismus gemacht. Das ist auch hier hausintern so; die großen Schwerpunktseiten über theoretische Probleme zu schreiben, die noch nicht fassbar sind, ist auf jeden Fall sehr viel schwieriger durchzusetzen, als wenn das Problem dann da ist und der große Knall zu hören ist...

*Das wäre genau die nächste Frage. Gibt es in der TAZ eine Debatte darüber, gibt es Überlegungen welche Konsequenzen man ziehen soll? Ob man überhaupt Konsequenzen ziehen soll?*

Kreutzfeldt: In Form einer strukturierten Debatte gibt es das nicht, eher so, dass es in bestimmten Situationen aufgegriffen wird. Wir haben jetzt z.B. bei unseren großen Meinungsdebatten-Texten festgelegt, dass regelmäßig Ulrike Herrmann ihre Kolumne über Finanzthemen schreibt auch ohne zwingenden aktuellen Anlass. Dass man bestimmte Berichterstattungen einfach verstetigt, frei von jeweils ganz konkreten Anlässen, dass für bestimmte Hintergrundberichte mehr Platz zu bekommen ist, das alles ist schon zu merken. Bestimmte kritische Positionen, die vorher innerhalb der TAZ als ‚Das kennt man doch schon‘ keine Resonanz fanden, sind wieder leichter und prominenter ins Blatt zu kriegen. Es hat sich einfach herausgestellt, dass die Analysen von Gewerkschaften oder Globalisierungskritikern zutreffender waren als viele gedacht haben. Rehabilitation ist das falsche Wort für das, was hier stattfindet, denn sie waren ja nicht in Ungnade gefallen, aber das Interesse daran hatte abgenommen. Es gibt eine neue Aktualität für kritische Positionen.

*Haben Sie einen Eindruck, eine Vermutung, ob die TAZ aufgrund ihrer Krisenberichterstattung und Kommentierung bei ihrem Publikum, bei ihrer Leserschaft an Vertrauen und Reputation gewonnen hat?*

Kreutzfeldt: Wir haben jedenfalls als eines der wenigen Medien in Deutschland zur Zeit eine deutlich steigende Auflage. Die positive Entwicklung war ganze Jahre über stärker als unsere Pläne und auch stärker als das Vorjahr. Das heißt, die Leute springen nicht ab, sondern sie springen eher auf. Das ist erst mal ein gutes Zeichen. Das kann man jetzt nicht nur auf die Finanzkrise zurückführen, es waren – Stichwort Wahljahr – insgesamt nachrichtenstarke Zeiten, die mehr Interesse nach Information wecken. Wenn man dann das Gefühl hat, das Medium bringt einem was, bleibt man dabei. Ich habe schon das Gefühl, der TAZ geht es im Moment im Verhältnis zu anderen Medien

gut. Zumal uns die Krise wirtschaftlich auch nicht getroffen hat, weil wir keine Anzeigenkunden aus der Finanzbranche haben, so dass auch keine Absprünge konnten. Diese Krise, dass es keine Anzeigen gibt, haben wir schon immer, insofern haben wir da nichts zu verlieren. Inhaltlich ist mein Eindruck, manchmal hätten sich die Leute eine noch kritischere TAZ gewünscht, eine, die den Kapitalismus als Ganzes stärker in Frage stellt. Einigen Leuten ist alles noch nicht radikal genug, was wir machen. Nun kann man ja unregulierte Finanzmärkte kritisieren, ohne dabei den Kapitalismus als Ganzes in Frage stellen. Dass man die Banken insgesamt verstaatlichen müsste, das ist eine Position, die man in der TAZ findet, aber die große grundsätzliche Kapitalismuskritik eher nicht.

*Bleiben wir beim deutschen Wirtschaftsjournalismus. Wie ist er durch die Krise gekommen, hat er Reputationsverluste erlitten? Ist seine Glaubwürdigkeit beschädigt?*

Kreutzfeldt: Das kann ich schwer beurteilen, weil ich darüber zu wenig mit anderen Leuten diskutiere. Für mich ist es so, dass ich bestimmte Medien inzwischen wieder mehr und lieber lese, weil eine vielfältigere Form der Berichterstattung Platz gegriffen hat und man eben das Gefühl hat, das Spektrum an Meinungen und Analysen ist breiter geworden. Die Krise hat dem Wirtschaftsjournalismus tendenziell gut getan. Ob das dauerhaft ist und ob das auch außerhalb von Wirtschaftsjournalisten-Kreisen so gesehen wird, das weiß ich nicht.

## **7. Interview mit Robert von Heusinger, Frankfurter Rundschau\***

geführt am 27.8.2009 in Frankfurt am Main

*Bitte definieren Sie die zwei, drei wichtigsten Aufgaben, die Sie dem Wirtschaftsjournalismus zuschreiben?*

von Heusinger: Die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsjournalismus besteht darin, zu erklären, Zusammenhänge aufzuzeigen, Weltenverstehen zu sein. Er muss, genau wie das auch Lexika versuchen, kleine Phänomene, die auftreten, in größere Zusammenhänge stellen und erklären, was an Interessen, Absichten und Folgen dahinter steckt. Oder anders gesagt: Guter Wirtschaftsjournalismus muss eine sehr komplexe Materie so herunterbrechen, dass sie jemand, der sich für Wirtschaft auch nur rudimentär interessiert, nachvollziehen kann. Die zweite Aufgabe: Die Leser in ihrem Wirtschaftsalltag abholen. Das reicht von Versicherungen, neuen Gesetzen bis hin zu Stromrechnungen. Hier gilt es zu erklären, welches Spiel mit dem Verbraucher gespielt wird. Welcher Vertrag ist sinnvoll und welcher nicht. Und dann kommt eine politische Aufgabe: Der Wirtschaftsjournalismus muss auch immer in den gesellschaftspolitischen Debatten eine Rolle spielen.

*Diese drei Aufgaben sind gleichrangig?*

von Heusinger: Das Erklären steht klar an erster Stelle. Dann folgt für mich die politische Funktion. Doch auch der Verbraucherjournalismus ist sehr wichtig. Deshalb könnte ich auch mit einem Wirtschaftsteil leben, der Platz zwei und drei tauscht.

*Es gibt Wirtschaft-, Finanz- und Finanzmarkt-Journalismus. Es gibt die Themenbereiche Wirtschaftspolitik, Finanz- und Finanzmarktpolitik. Gehören diese Themenbereiche selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus oder pendeln die zwischen den Ressorts Politik und Wirtschaft?*

von Heusinger: Das ist für mich alles Wirtschaftsjournalismus. Mit folgender Differenzierung: Streiten Parteien über Mindestlöhne, steht das richtig in der Politik. Geht es um deren volkswirtschaftliche Auswirkungen oder um

---

\* Robert von Heusinger ist Leiter des Wirtschaftsressorts der „Frankfurter Rundschau“. Zuvor war er sechs Jahre Finanzmarkt-Korrespondent der „ZEIT“ in Frankfurt. Er volontierte bei der „Börsen-Zeitung“, wo er auch als Redakteur und später als Leiter des Ressorts Börse und Kapitalmärkte arbeitete.

die richtige Ausgestaltung, dann gehört es in die Wirtschaft. Die Finanzmarkregulierung oder Finanzmarktpolitik, wie Sie es nennen, findet viel häufiger automatisch im Wirtschaftsteil statt, weil es für die Politiker und für die Politik-Redakteure gleichermaßen zu komplex ist. Noch ein Beispiel: Die Wirkung einer Tobin-Steuer steht auf jeden Fall in der Wirtschaft, die Debatte darüber könnte auch im Politik-Teil stehen. Wenn wir noch genauer werden: Die Aufteilung von Wirtschaft und Finanzen in verschiedene Ressorts, das macht man, wenn man Anzeigenkunden für den Finanzteil anlocken will. Inhaltlich gehört das selbstverständlich eng zusammen.

*Sie waren viele Jahre Korrespondent der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ am Finanzplatz Frankfurt, sind jetzt Ressortleiter Wirtschaft der „Frankfurter Rundschau“. Welchen Stellenwert hatte seit Ende der neunziger Jahre der Themenbereich Finanzmarkt und Finanzmarktpolitik?*

von Heusinger: Der Finanzmarkt war spätestens seit Ende der neunziger Jahre ein Hype-Thema in allen Medien, auch bei der „ZEIT“. Das lief überall unter dem Motto „how to get rich quickly!“ Damals war der Glaube sehr groß, dass funktionierende Finanzmärkte Gutes für Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft leisten können, dass Aktien-Anlagen das Problem der Demografie in der Altersvorsorge lösen können. Doch bei der „ZEIT“ ging das Interesse weit darüber hinaus. Das lag vor allem am Herausgeber Helmut Schmidt, der die unregulierten Kapitalmärkte stets mit einer großen Portion Skepsis betrachtet hat und deshalb alle Artikel, über neomodische Derivate etwa, mit größter Aufmerksamkeit las. Doch bis zum Ausbruch der Krise blieb der Finanzmarkt ein reines Wirtschaftsthema. Nach vorne, auf die ersten Seiten, schaffte es dieses Thema äußerst selten. Doch hinten, also im Wirtschaftsteil, war das immer wieder einen Aufmacher wert. Sogar Helmut Schmidt hat seinen großen Appell gegen die Finanzkapitalisten im Wirtschaftsteil als Aufmacher geschrieben und nicht vorne.

*Wann hat nach Ihrer Analyse die Finanzmarkt-Krise Westeuropa und Deutschland erreicht?*

von Heusinger: Ende Februar 2007 gab es den ersten unübersehbaren und unüberhörbaren Schlag. Da kam es zu einem kleinen Beben an den internationalen Börsen und das Wort „subprime“ tauchte zum erste Mal als Ursache auf. Allein im Februar sind Versicherungsprämien für Sub-Prime-Produkte von 300 Basispunkten auf 700 emporgeschossen. Da wurde den Kennern des Systems klar: Das System steuert auf eine Krise zu. Ich habe damals in der „ZEIT“ – zusammen mit der Kollegin Heike Buchter aus New York – und in meinem Blog „Herdentrieb“ schon sehr viel Kritisches geschrieben, was jetzt alles passieren kann. Richtig ausgebrochen ist die Krise dann im August 2007, als die Kreditketten rissen, die Liquidität verschwand und auf einmal das Vertrauen der Banken untereinander weg war. Da war den letzten Optimisten in den Banken klar, dass sie mit Scheiße gehandelt haben, und sie haben gedacht, wenn die anderen auch nur das gemacht haben wie wir, dann geht es denen auch so schlecht wie uns. Dann sind die ersten Banken zusammengeklappt, die EZB musste ran. Mitte September 2007 war es nicht mehr gewagt zu behaupten, dass aus dieser Finanzkrise eine Weltwirtschaftskrise werden wird.

*Was hat sich damals in Ihrer journalistischen Arbeit geändert? Wie hat sich die Redaktion auf diese Situation eingestellt?*

von Heusinger: Zunächst sind wir geradeaus gefahren. Im April 2007 gab es drei heiße Wochen. Doch dann glitt alles an den Finanzmärkten wieder in eine Phase des Wohlgefallens ab und kochte erst im August wieder hoch.

*...obwohl Sie im Februar/März alarmiert waren, sind Sie wieder zur Tagesordnung übergegangen?*

von Heusinger: Dieses Finanzsystem hatte schon so viele tiefe Krisen produziert, stand schon so oft am Abgrund, dass es wieder so aussah, als könne alles noch mal gut gehen. Denn es gab eine Erfahrung aus dem Platzen der New Economy Blase, die viele Experten und auch mich überzeugt hatte: Als die Blase um die Jahrtausend-Wende

platzte, hätte es eigentlich aufgrund der sehr hohen Fremdfinanzierung vieler Firmen auch eine Bankenkrise geben müssen. Doch die gab es nicht. Warum? Weil schon damals die Kredite gestückelt, neu verpackt und als Anleihen mit all ihren Risiken weiterverkauft worden sind. Durch dieses Prinzip der Verbriefungen ist es in den Jahren 2000 und folgende gelungen, die Risiken aus dem Bankensektor hin zu großen Investoren zu verteilen, zu den Pensionsfonds oder Hedgefonds. Und weil die Risiken so weit verteilt waren, gab es keine Bankenkrise. Und deshalb dachte man zunächst auch 2007 wieder, das System ist dank der Verbriefungen stabiler. Wenn was kippt, dann einzelne Banken, aber das System als ganzes ist sicher. Deshalb plätscherte das nach dem Frühjahr 2007 erst einmal wieder dahin, auch in der Berichterstattung der Medien, die sich überhaupt um diese Themen gekümmert haben. Die Lage war nicht so, dass man Feuer rufen konnte. Und niemand glaubte damals an einen Zusammenbruch, auch ich nicht.

*Gab es damals, also auch vor der Krise, in der Redaktion einen common sense in der Beurteilung der Vorgänge auf den Finanzmärkten? Wurde beispielsweise Ihre Einschätzung geteilt?*

von Heusinger: Nee, „DIE ZEIT“ ist ja wirtschaftspolitisch schon sehr liberal. Meine kritischen Analysen zu diesen unregulierten Finanzmärkten und diesen Renditeverrücktheiten von Ackermann und anderen wurden immer gerne abgedruckt, aber es herrschte keineswegs in der gesamten Redaktion die Meinung vor, dass das, was da passiert, unbedingt strikter reguliert werden müsse. Und bei der FR habe ich dann 2008 die Erfahrung gemacht, als wir immer lauter Feuer riefen, dass es von den Politik-Redakteuren, vor allem aus Berlin, Gegenwind gab. Die fragten sich, was schreiben denn diese Finanzmenschen über die Krise? Was für eine Krise, die gibt's doch in der realen Welt gar nicht? Was juckt uns da, wenn die EZB 80 Milliarden Euro Liquidität zuführen muss. Das war das Problem, im Jahr 2007, aber noch mehr im Jahr 2008, diese völlig unterschiedlichen Welten: Die einen, die kritischen Finanz-Journalisten, fragten sich, geht das Finanzsystem endgültig den Bach hinunter. Und die anderen, darunter die meisten Politik-Redakteure, sahen nur eine blühende Wirtschaft, sinkende Arbeitslosenzahlen, steigende Exporte und so weiter. Diese Welten passten eben gar nicht zusammen.

*Sie mit Ihren Einschätzungen: Sind Sie in der Community der Finanz- und Finanzmarkt-Journalisten Mainstream, Außenseiter oder Outlaw?*

von Heusinger: Also, Mainstream war ich nie. Als Outlaw habe ich mich aber auch nie gefühlt. Dazu ist mein Fachwissen zu groß, dazu sind meine Wetten zu gut. Ich werde ernst genommen, gelte als kritischer Zeitgenosse und somit als latenter Außenseiter. Doch je mehr Kollegen dem Glauben an die freien Märkte abschwören, desto mehr gelange ich – ohne mich zu bewegen – in den Mainstream.

*Wenn Sie zurückblicken bis etwa ins Jahr 2000: Hat der Wirtschafts- und Finanzjournalismus im Großen und Ganzen seine Aufgabe erfüllt, solide und umfassend über Vor- und Nachteile der Deregulierung, über das Geschehen auf den Finanzmärkten zu berichten, oder hat er sie eher nicht erfüllt?*

von Heusinger: Ich glaube, das Grundproblem des Journalismus ist immer, dass er die herrschenden Trends verstärkt. Und der Trend war seit Anfang der 70er Jahre: Freie Märkte wissen mehr als jeder Bürokrat und jeder einzelne Wissenschaftler, und dieser Glaube, der hat sich ja immer weiter verfestigt. Und von daher musste man halt schon entweder viel Mut haben oder viel Wissen, wenn man sich gegen diesen Mainstream stellte. Und der Wirtschaftsjournalismus hat natürlich insofern versagt, als er diesen Mainstream, wie alle anderen dies auch taten, verehrt hat. Das, was da auf dem Markt passiert, das ist göttlich, das ist über dem, was wir einzelne uns vorstellen können. Der Markt hat immer Recht, und deshalb war jeder Anflug von Regulierung per se schlecht und jeder Anflug von Deregulierung war per se gut, und das hat sich in allen Leitmedien niedergeschlagen. Es gab immer wieder Gastkommentare, die dagegeengehalten haben, es gab auch immer wieder einzelne Kollegen, doch die kann man an einer Hand aufzählen. Doch das war nicht nur in Deutschland so, das war weltweit so.

*Hat sich daran etwas geändert mit und in der Krise?*

von Heusinger: Auf jeden Fall. Es hat sich einiges geändert, aber ich bin mir noch nicht sicher, ob das durchdacht ist oder ob das auch wieder nur einem kurzfristigen Herdentrieb folgend passiert. Nehmen Sie die SZ, da hält nur noch einer der beiden Ressortleiter Wirtschaft die neoliberale Fahne hoch. Und in der FAZ ist bei steigenden Ölpreisen zu lesen, das sei Spekulation und diese sei schädlich. Das ist doch was. Ich glaube wirklich, die Marktgläubigkeit ist zurückgegangen. Das fällt denen, die zwanzig Jahre lang den Markt hochgehalten haben, natürlich schwer, abgesehen von den Wendehälsen. Aber ich setze vor allem auf die jüngeren Kollegen. Sie sind unvoreingenommen und werden aufgrund der jetzigen Krisen-Erfahrung wohl nie der Heiligkeit des Marktes das Wort reden.

*Gehört es zu den Aufgaben des Journalismus, Gesellschaft und Öffentlichkeit vor solchen Krisen zu warnen, vorausgesetzt er verfügt über ausreichend kompetentes kritisches Wissen?*

von Heusinger: Ich sehe die Aufgabe etwas anders gelagert. Der Journalist hat die Aufgabe, das, was die Politik entscheiden will und soll, das, was Interessengruppen vorbringen und durchzusetzen versuchen, danach zu beurteilen, ob es der Allgemeinheit nutzt oder schadet. Das ist meines Erachtens der Kernpunkt. Übertragen auf unser Thema: Der Journalismus hätte früher thematisieren müssen, dass beispielsweise mit dieser Art von Liberalisierung der Finanzmärkte Einzelinteressen bedient werden und nicht Gemeininteressen. Davor hätte er warnen müssen, unabhängig davon, ob diese Politik potenziell zu einer Krise führen kann oder nicht.

*Gab es denn im Vorfeld dieser Krise ausreichend kompetentes und leicht zugängliches kritisches Wissen, dass der Journalismus früher und lauter hätte warnen können?*

von Heusinger: Das ist zuerst einmal eine Frage der Grundhaltung. Wenn Sie gläubig und der Markt heilig ist, wollen Sie dann gegen Gott sich wenden? Ja, es gab im Kern ausreichend kritisches Wissen. Über Risiko-Papiere, über die schnell wachsenden Spekulationssummen, nach und nach hat man ja auch erfahren, dass Banken Verträge abgeschlossen haben, über 200 bis 300 Seiten, deren Komplexität diejenigen, die unterschrieben haben, gar nicht erfasst haben. Meistens schafften das nicht einmal deren Fachleute. Die Kernfrage ist eben: Wie wird solches Wissen bewertet, wird es überhaupt zur Kenntnis genommen und wenn ja, dann von wem?

*Muss der Wirtschafts- und Finanzjournalismus aus dieser Krise Konsequenzen ziehen? Und wenn ja, welche?*

von Heusinger: Journalismus ist immer sehr abhängig von dem vielfältigen Sachverstand der dazu gehörenden Wissenschaft. Also die Politik-Kollegen brauchen die guten Analysen von Politik-Wissenschaftlern und wir Wirtschafts-Journalisten brauchen die guten Analysen aus den Wirtschaftswissenschaften. Und da haben wir in Deutschland ein noch größeres Problem als in anderen Ländern: Die deutsche Volkswirtschaft ist in ihrem Denken und Forschen sehr homogen neoliberal, sie lässt kaum Andersdenkende zu. Ein weiteres Problem kommt hinzu. Es gibt in Deutschland keine Kapitalmarkttradition, deshalb gibt es auch kaum Wissenschaftler, die die Dimensionen der Finanzmärkte erfassen. So sind die deutschen Journalisten nicht ausreichend ausgebildet, um den wahren Kapitalismus überhaupt beschreiben zu können. Und sie können auch nirgends abschreiben, weil es auch kaum Wissenschaftler gibt, die ihn verstehen, denn um ihn zu verstehen, muss man die Kapitalmärkte verstehen.

*Dann wäre die Konsequenz, dass sich einerseits die Wirtschaftswissenschaften neu orientieren müssten und andererseits bedarf es einer inhaltlich anderen journalistischen Aus- und Weiterbildung?*

von Heusinger: Ja.

*Ich versuche es noch einmal: Es gab in den Wissenschaften Akerlof, Shiller, Roubini, Krugman, Stiglitz, es gibt auch marxistische Wissenschaftler, die alle haben gewarnt, Bücher darüber geschrieben. Viele eben Nicht-Genannte kommen noch hinzu, das ganze Wissen war frei zugänglich. Warum wurde es auch vom Journalismus so gering geschätzt?*

von Heusinger: Da müssen Sie sich mit dem Wissenschaftsphilosophen Thomas S. Kuhn beschäftigen, der erklärt, wie es zum Paradigmenwechsel kommt. Wenn das herrschende Paradigma nicht mehr in der Lage ist, wichtige Vorgänge zu erklären, wie etwa den Ausbruch der Krise, erst dann ist in Gesellschaften überhaupt die Bereitschaft vorhanden, zu einem anderen Paradigma zu wechseln. Es gab seit Anfang der neunziger Jahre alternative Szenarien, kritische Ausarbeitungen von diesen Wissenschaftlern. Das ist richtig. Aber sie hatten es nie zu einem runden vollständigen anderen Paradigma ausgearbeitet, sondern diese Arbeiten verharrten immer auf dem Stand von Anomalien zur herrschenden Lehre. Und diese herrschende Lehre war immer noch die dominante. Erst jetzt durch die Krise ist diese herrschende Lehre diskreditiert. Und jetzt kann das Paradigma umschwenken auf animal spirits, Herdentrieb und weitere Grundannahmen dieser Art. Und als Folge dieser Änderungen rückt auch wieder das Instrument der Regulierung der Märkte in den Mittelpunkt.

*Paradigmen-Wechsel hin oder her: Warum hat der Journalismus diesen Wissenschaftlern nicht einfach sehr viel mehr Raum gegeben?*

von Heusinger: Naja, weil wir Journalisten auch dem Herdentrieb unterliegen, wir sind ja genauso im Mainstream, wir schwimmen ja immer nur im Mainstream. Wir haben diese Kritiker schon interviewt, wir haben sie auch Gastbeiträge schreiben lassen, es waren ja selbst Nobelpreisträger darunter, wir haben auf diese Stimmen hingewiesen. Aber überzeugt von der Richtigkeit ihrer Ansichten waren nur die wenigsten Journalisten.

*Eine These noch und Ihr Kommentar dazu. Die wichtigen Entscheidungen zur Liberalisierung und Modernisierung der Finanzmärkte wurden von einer rot-grünen Bundesregierung getroffen. Deshalb gab es so gut wie keine parlamentarische Opposition, da Union und FDP, als damalige Opposition, marktnahe politische Formationen sind, die sich eher noch mehr als weniger Liberalisierung wünschten. Beeinflusste das Nicht-Vorhandensein von parlamentarischer Opposition die massenmediale Berichterstattung, fiel doch für das Frühwarnsystem Journalismus das gewohnte eigene Frühwarnsystem weg, der parteipolitische Streit?*

von Heusinger: Das hatte keinen Einfluss. Diesen Aspekt können Sie vernachlässigen. Auch wenn Grüne und SPD in der Opposition gewesen wären, glaube ich nicht, dass die die intellektuellen Kapazitäten gehabt hätten, um wirksam dagegen zu argumentieren. Es hat in Gänze vier große Finanzmarktförderungsgesetze gegeben. Die ersten beiden wurden schon in den neunziger Jahren verabschiedet. Das dritte und vierte haben dann die Regierungen Schröder verabschiedet. Über all diesen Gesetzen lag die eine große Intention, der diese vier Parteien, also abgesehen von der damaligen PDS, letztlich alle zustimmten, wenigstens im Grundsatz: Wir müssen von unserem alten verkrusteten deutschen Bankensystem weg und es in ein kapitalmarktbasierendes System umwidmen. Das schafft mehr Wohlstand, wie ja in den USA und England zu sehen sei. Das war der fast allmächtige Trend. Und da gab es keine Lobby-Gruppen und auch keine nennenswerte Wissenschaft, die sich dem entgegenstellte.

*Hat der Wirtschafts- und Finanzjournalismus mit seinen Leistungen vor und in der Krise eher Reputation und Vertrauen gewonnen beim Publikum oder verloren?*

von Heusinger: Ich glaube, wenn, dann gewinnen die Massenmedien an Reputation. Weil sie sich endlich wieder mit ihren Lesern im Einklang befinden. In der Kritik an den Boni-Zahlungen, an den unfähigen Managern und so weiter und so fort. Der Leser fühlt sich von seiner Zeitung wieder verstanden.



## 8. Interview mit Rainer Hank, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung\*

geführt am 28.8.2009 in Frankfurt am Main

*Herr Hank, definieren Sie bitte, die zwei, drei wichtigsten Aufgaben, die Sie dem Wirtschaftsjournalismus zuweisen.*

Hank: Wirtschaftsjournalismus ist per se nicht anders als Journalismus. Und Journalismus hat die Welt zu deuten als Angebot für Menschen, die sich gerne in dieser Welt gut bewegen und sich ihrer versichern wollen. Dabei blickt der Wirtschaftsjournalismus natürlich auf eine besondere Art von Akteuren. Das sind eben Unternehmen und Unternehmer. Er blickt auf Wirtschaftspolitik, er blickt auf die Welt, die er mit einer bestimmten Art von Hypothesen deutet, die sich allerdings auch wieder ändern. Aber eine Hypothese lautet, Menschen neigen dazu, ihre Entscheidungen nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten zu treffen. Menschen neigen aber auch, das weiß man mittlerweile und das macht sich der Journalismus in letzter Zeit auch mehr zueigen, zu spezifischen Irrationalismen. Das steckt in ihrer Natur. Nun, auch die kennen wir mittlerweile und müssen sie berücksichtigen. Also in dieser Form leistet der Wirtschaftsjournalismus seinen Beitrag zur Weltdeutung. Das tun beispielsweise Feuilleton und Politik auch, allerdings mit eigenen Prämissen und mit dem Blick auf andere Akteure.

*Es gibt Wirtschaft-, Finanz- und Finanzmarkt-Journalismus. Es gibt Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Finanz-Politik. Gehören diese Themen selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus oder bewegen sie sich ständig zwischen den Ressorts Politik und Wirtschaft?*

Hank: Da gibt es immer Konflikte in den Zeitungen. Ich finde, der Wirtschaftsredakteur muss beanspruchen, dass auch die Politik von ihm mit bearbeitet wird, insofern sie sich auf Wirtschaft bezieht. Denn ich finde, die Beziehung von Märkten, Politik und weiteren Institutionen, diese Wechselwirkungen, gehört zu den spannendsten Dingen, die ein Wirtschaftsjournalist beobachten und bearbeiten kann. Das sollten wir uns von der Politik nicht nehmen lassen. Wiewohl ich anerkenne, dass die Politik umgekehrt einen anderen Blick auch auf Wirtschaftspolitik hat und den natürlich auch leben will und wird. Deswegen findet das Publikum in Zeitungen wie der FAZ häufig zum selben Thema sogar in beiden Büchern, also im Politik- und im Wirtschaftsteil, Kommentare und Analysen und in anderen Zeitungen, die einen Meinungsteil haben, wird das Thema mal vom Politik- und mal vom Wirtschafts-Redakteur bewertet.

*Wann ist denn die Krise Ihrer Einschätzung nach in Westeuropa und Deutschland angekommen?*

Hank: Ich glaube, mit der Antwort auf diese Frage werden die Historiker noch viel zu tun haben. Im Rückblick verändert sich ja die Welt. Jetzt sieht es ja plötzlich so aus, als sei die Krise irgendwie mit der Pleite von Lehman Brothers im September 2008 losgegangen. Das halte ich für eine Fehldeutung. Das war viel früher. Das ist an den amerikanischen Wachstumszahlen abzulesen, an der Entwicklung auf dem amerikanischen Immobilienmarkt und den Verwerfungen, die er auch im Rest der Welt angerichtet hat, am Zusammenbruch der Industriebank IKB bei uns im Frühsommer 2007. Insofern gehöre ich zu den Leuten, die sagen, wir haben jetzt mindestens zwei Jahre Krise hinter uns. Wir hatten für die Krise damals noch andere Namen: beispielsweise Subprime-Krise. Da dachten die Leute, das geht mich nichts an. Aber all diese Ereignisse bilden letztlich eine Einheit. Erst wurde der Vorgang Lehman unterschätzt, jetzt wird er überschätzt. Also ich würde sagen, man kann nicht früh genug damit anfangen, die Krise zu terminieren. Die begann bei uns Anfang 2007.

*Ist das Finanz-Gewerbe eine Branche wie jede andere? Oder hat sie einen quasi-öffentlichen Charakter, da sie Wirtschaft und Gesellschaft mit Geld versorgt, wie andere Branchen dies mit Energie und Wasser tun?*

---

\* Rainer Hank ist seit 2001 bei der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (FAS) Leiter des Ressort Wirtschaft und Geld&Mehr. Nach dem Studium der Literaturwissenschaft, der Katholischen Theologie und der Philosophie und einer mehrjährigen Tätigkeit beim Cusanus-Werk in Bonn, einem katholischen Begabtenförderungswerk, kam er Ende 1988 als Wirtschaftsredakteur zur FAZ. Von 1999 bis 2001 leitete er das Wirtschaftsressort des „Tagesspiegel“. Er ist Autor mehrerer Bücher.

Hank: Richtig ist, Geld ist in vieler Hinsicht etwas anderes als Kartoffeln, Kaffeetassen und Wasserflaschen. Das heißt aber aus meiner Sicht nicht, dass man Geld, Banken und Geldversorgung als so eine Art halböffentlicher Daseinsvorsorge definieren muss. Also ich würde sagen: Geld ist schon so etwas wie die Voraussetzung für die Möglichkeit des Wirtschaftens, weil es die Universalisierbarkeit eines Tauschmittels bietet. Also von daher ist Geld in seiner Wichtigkeit, in seiner Funktion für die Volkswirtschaft in einer ganz anderen Klasse als andere Instrumente und Produkte, also eher in so einer Klasse des Transzendentalen. Trotz dieser ungewöhnlichen grundsätzlichen Bedeutung funktioniert es wie alle anderen Güter in einer Marktwirtschaft, nach den Gesetzen der Knappheit und so weiter. Aber ich verbinde es nicht mit dem öffentlichen Sektor. Karl Polanyi sagt, entzieht Boden, Arbeit und Geld den Märkten, denn sonst gehen die Krisen und Schweinereien los. Also dieser Meinung bin ich dezidiert nicht.

*Beschreiben Sie bitte, welchen Stellenwert diese Themen Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik in Ihrer Redaktion bis zu dem Zeitpunkt der Krise hatten.*

Hank: Wir haben uns auf Konferenzen immer wieder mit einzelnen Aspekten intensiv beschäftigt, die sich im Nachhinein auch als Mit-Krisenverursacher erwiesen. Da spielte beispielsweise die Innovation der Verbriefungen eine Rolle, dass Banken also Kredite weiterverkaufen können, um rasch, auch wenn sie eigentlich gemessen an ihrem Eigenkapital schon das Limit erreicht hatten, noch mehr Kredite vergeben zu können. Das wurde ja erst einmal positiv gedeutet, als Instrument, um die Finanzmärkte effizienter und auch sicherer zu machen, da auf diese Weise Risiken auf viele Schultern verteilt werden können. Das ist praktisch das eine, worüber wir uns Gedanken gemacht haben. Und dann hatten viele schon seit langem darauf hingewiesen, dass der amerikanische Immobilienmarkt überhitzt ist, eine Blase werden könnte, die dann irgendwann einmal platzen muss. Das hat auch eine Rolle gespielt. Das alles floss auch immer wieder in die Berichterstattung ein. Allerdings waren das nie Themen, die auf die ersten Seiten kamen oder auch nur Aufmacher auf den Ressort-Seiten wurden. Irgendwie gab es die Einstellung, Häuser in US-Vororten gehen uns und unser Publikum nicht so schrecklich viel an. Und es ist ja nur ein Teilmarkt. Aber allen war klar, da wird etwas passieren. Mir hat meine Bankfrau schon im Jahr 2004 als Anlage eine Wette auf das Platzen der US-Immobilien-Blase angeboten. So haben wir auch immer wieder darüber gesprochen, da wird bald was Platzen, da müssen wir mal wieder etwas darüber machen. Eine Kollegin hatte, ich erinnere mich gut, ständig für diese Themen geworben. Aber dann ist die Blase eben ziemlich lange nicht geplatzt und die Kollegin hatte einen ziemlich schweren Stand, weil die Wirklichkeit sie erst einmal dementiert hat. Wir haben auch für die Anleger, die neuen Produkte auf den Finanzmärkten vorgestellt. Wir haben auch oft über diese strukturellen weltweiten Ungleichgewichte gesprochen und auch berichtet. China produziert und verkauft, die USA konsumieren nur. All diese Themen sind ständig mitgeschwommen. Wir sind aber nie auf die Idee gekommen, das alles mal im Zusammenhang zu sehen oder viel tiefer zu schürfen. Das waren auch nie die spannendsten Geschichten. Dass da mal eine Bombe daraus wird, das hat niemand gedacht.

*Was macht für Sie den Kern der Krise aus?*

Hank: Auf jeden Fall nicht die Deregulierung der Märkte, wie so oft behauptet wird und was ich ein bisschen unterschwellig aus Ihren Fragen zu entnehmen glaube. Das spielte eine Rolle, ja, aber mehr nicht. Die Krisenätiologie ist wesentlich komplexer.

*Wie haben Sie, Ihr Ressort, Ihre Zeitung inhaltlich und organisatorisch auf die Krise reagiert, als sie dann da war?*

Hank: Also organisatorisch hat sich da gar nichts geändert. Wir sind ein kleines Team hier bei der Sonntagszeitung, suchen Themen, die wichtig sind und die Leser interessieren, und die müssen wir immer im Team bearbeiten. Da gibt es keine Ressortgrenzen, sondern hohe Flexibilität. Und inhaltlich haben wir eben schon im Laufe des Jahres 2007 gesagt: Wir müssen uns und unseren Lesern neue Welten zumuten. Das waren Änderungen in mehreren

Stufen. Also wir haben dem Leser eben auch Einzelheiten des US-Immobilienmarktes zugemutet oder Doppelseiten über diese halbstaatlichen Immobilienfinanziers Freddie Mac und Fannie Mae. Dann wurden aus diesen Themen im Laufe des Jahres 2007 auch Aufmacher im Wirtschafts- oder Finanzteil. Und nach der Pleite von Lehman Brothers da haben wir aus unseren Büchern, also aus sechs bis acht Seiten, mit Einstiegs-Essay und allem drum und dran, Dossiers gemacht und diese auch als Titelgeschichten vorne prominent angekündigt.

*Wie fassen Sie Ihre inhaltlichen Diskussionen zusammen: War das sehr kontrovers, gab es schnell einen neuen Common Sense oder blieben Sie beim alten?*

Hank: Als FAS-Redaktion stehen wir einerseits in der wirtschafts-liberalen Tradition der FAZ. Das versteht sich von selbst. Ich mache das ja ohnehin ganz pointiert. Andererseits finden wir, dass allein aus journalistischen Gründen viel Frechheit bei uns rein muss und vor allem kein Dogmatismus. So haben wir vor allem, da gibt es auch zwei daran sehr interessierte junge Kollegen bei uns, die Themen behavioral finance und behavioral economics gestärkt. Und dann standen natürlich die Debatten an, was man sich davor nie vorstellen konnte, wie ernst müssen wir jetzt doch den Keynesianismus nehmen und wie wichtig muss die Rolle des Staates werden. Und dann das dritte große Thema, wo es auch um eine Verteidigung geht: An allem ist dieser Neoliberalismus schuldig oder sogar der Markt generell. Das hatte ja zeitweise schon die Dimension eines Kulturkampfes. Da sah man eigene Positionen grundsätzlich in Frage gestellt. Das waren Angriffe von außen, die aber auch nach innen wirkten und dort auch Debatten auslösten. Insofern waren, würde ich jetzt sagen, die Monate – jetzt ist es ja wieder ruhig geworden – von Oktober 2008 bis März/April 2009 aus meiner Sicht die spannendsten Monate, die ich als Wirtschaftsredakteur erlebt habe. Wenngleich nicht die komfortabelsten, weil man sich ständig rechtfertigen musste und zu Recht die eigene Legitimation angegriffen sah.

*Wo haben Sie sich, Ihre Redaktion anhaltend neu positioniert, im Sinne von korrigierten Parametern, mit denen Sie die Welt deuten? Sind Sie jetzt Markt-Verächter oder Markt-Skeptiker?*

Hank: Wir stehen der Haltung, der Markt kann es besser als die Politik, weil der vorausschauenden Weisheit der Menschen oder der Politiker weniger zu trauen ist, skeptischer gegenüber als zuvor. Wobei ich im Grundsatz von dieser Haltung nicht abweiche. Aber das sehen bei uns nicht alle so. Eines ist klarer geworden: Menschen neigen zu Übertreibungen, und wir müssen die Übertreibungen, diese Möglichkeit zumindest, in die Analyse mit einbeziehen. Denn diese Übertreibungen führen zu Folgen, die diejenigen, die übertreiben, und die Wirtschaft und das Land als Ganzes nicht wollen können. Trotzdem übertreiben sie. Das muss man berücksichtigen. Das wäre aus meiner Sicht eine Lehre aus der Krise. Also sich ständig der Verletzlichkeit von Märkten, der inhärenten Instabilität von Märkten bewusst sein. Die ist ja auch wünschenswert, denn wenn wir Stabilität haben, dann haben wir auch Stagnation in einem schlechten Sinn. Aber die Verletzlichkeit und Instabilität, die sollte man nicht unterschätzen. Ja, das ist schon eine Lehre für unser Tagwerk. Aber es müssen weder die Ökonomie noch die politische Ökonomie neu geschrieben werden.

*Das, was Sie jetzt als Lehre aus einer der oder der schwersten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland skizzieren, weiß das nicht jeder Mensch, der sich und seine Mitmenschen nur ein bisschen kennt?*

Hank: Ich muss die ja nicht verteidigen, die das Rationalitätsparadigma so vehement vertreten haben. Aber über sie wird heute auch oft ein Zerrbild gezeichnet. Trotzdem kann man, ganz grob, sagen, es gab die Vorstellung, die Erwartungen des Menschen seien rational. Und darauf baute sozusagen die mathematisierte Art von Wirtschaftswissenschaft, die den Anspruch hatte, die Wirklichkeit in mathematischen Modellen abbilden zu können. Das war eine Überschätzung der Mathematik, keine Frage. Davor wurde auch rechtzeitig gewarnt. Mittlerweile ist ja auch bekannt, dass Keynes nicht nur das Instrument des deficit spending entwickelt hat, sondern auch die These von

den animal spirits, die das Verhalten der Menschen auch prägen, sehr stark gemacht hat. Das wäre aus meiner Sicht auch eine Lehre aus der Krise. Da war übrigens Keynes näher bei den Menschen als es seine Jünger waren und sind, die seine Lehre in den vergangenen zwanzig, dreißig Jahre interpretiert haben. Es gibt Shiller, der darüber gearbeitet hat. Greenspan hat sich mit den Irrationalitäten beschäftigt. Es ist ja nicht so, dass diese kritischen Anmerkungen nicht bekannt waren. Die Frage ist, wie ernst nimmt man sie, welche Bedeutung misst man ihnen bei, wie sind wir mit diesem Wissen umgegangen. Menschen nehmen eben oft nur das wahr, was in ihr bereits vorhandenes Weltbild hineinpasst. Und so wurde dieses kritische Wissen sicher zu oft heruntergespielt. Auch weil die Wirklichkeit diese Kritik erst einmal nicht bestätigte. Es gibt ja diesen berühmten Satz von Greenspan: Blasen können sie erst erkennen, wenn sie geplatzt sind. Der ist ja nicht falsch. Der bedeutet ja nicht, dass man sich vor dem Platzen der Blase keine Gedanken über das richtige Handeln machen muss. Aber solange die Blase nicht platzt, dementiert die Wirklichkeit immer die These des Häretikers. Und Journalisten verhalten sich eben auch gerne prozyklisch, sind lieber mit der herrschenden Stimmung verbunden, als dass sie gegen sie arbeiten wollen. Zumal auf allen Märkten in den Jahren 2001 bis 2008 immer alles nach oben ging. Und da sollen Sie dann den Spielverderber spielen? Hmm, das ist so eine Sache. Also da heulen die Journalisten, das ist keine sehr schöne Eigenschaft, aber sie heulen halt auch lieber mit den Wölfen.

*Muss der Wirtschaftsjournalismus Konsequenzen aus der Krise ziehen? Und wenn ja, welche?*

Hank: Erst einmal: Journalisten sind auch nur Menschen und solche Krisen wird es immer wieder geben. Das sagt ein bestätigter historischer Blick. Im Nachhinein identifiziert man die Warner und sagt sich, warum haben wir denen zu wenig und der herrschenden Meinung zu großes Gewicht zugemessen. Ein Vergleich, der mir sehr einleuchtet, ist Pearl Harbor. Vor Pearl Harbor gab es unendlich viele, sehr kluge Warnungen, die Japaner werden Amerika angreifen. Die herrschende Mehrheit hat es nicht akzeptiert und hatte gute Gründe, das klein zu reden. Die trauen sich gar nicht, die Japaner sind ängstliche, feige Menschen, sie haben überhaupt nicht die militärische Kraft, dies zu tun und so weiter. Das ist offenkundig etwas, was sich halt immer wiederholt. Wenn wir uns jetzt sagen, daraus sollten wir lernen, ja, da ist die Frage, was denn? Auf keinen Fall sollten wir auf der Ebene eines ideologischen Schulstreits debattieren, so nach dem Motto: Wir waren halt ein bisschen zu viel neoliberal, jetzt sollten wir ein bisschen mehr links oder keynesianisch werden.

*Kann man sagen: Es gab ausreichend kritisches Wissen, das wäre ja schon eine Erkenntnis, aber es wurde fehlgeleitet, ins Abseits und nicht in die Zentralen, weil der Journalismus zu nahe an den Akteuren war und sich deshalb kein eigenes Bild mehr machen konnte, von dem was war.*

Hank: Da stimme ich emphatisch zu. Gerade Finanz- und Anlegerjournalisten sollten vielfältiger recherchieren. Es war vermutlich so: Finanzwissenschaftler, Finanzjournalisten, Analysten, Chefstrategen, Fondmanager, die haben sich alle wechselseitig bestätigt, so dass der Horizont zu klein geworden ist. Also sollten Finanzjournalisten in Zukunft lieber allgemeine Ökonomen fragen, wenn sie irgendetwas machen, und sie sollten nicht in ihrer kleinen Welt bleiben. Das wäre, glaube ich, eine handwerklich große Lehre, wenn das dabei rauskäme.

*Wenn Sie seit Ende der 90er Jahre auf den Wirtschaftsjournalismus schauen: Ist er im Großen und Ganzen seiner Aufgabe nachgekommen, solide und umfassend über die Finanzmärkte, die Finanzmarktpolitik, die Vor- und Nachteile der Liberalisierung der Finanzmärkte zu berichten, oder eher nicht?*

Hank: Tja. Entgegen meiner sonstigen Neigung weiche ich da in ein Einerseits und Andererseits aus. Ich glaube, einerseits gab es schon eine Professionalisierung – also wir haben jetzt Wirtschafts- und Finanzjournalismus zusammengebracht – des Wirtschafts- und Finanzjournalismus. Es ist ja auch das allgemeine Interesse an Wirtschaftsthemen gestiegen. Und Wirtschaftsthemen sind seit Mitte der 90er Jahre sehr viel stärker als zuvor auf die ersten

Seiten gekommen. Daraus abgeleitet wage ich die These: Das ist auch ein Zeichen für gute Arbeit. Andererseits war der Wirtschafts- und Finanzjournalismus eben über viele Jahre zu nahe am Zeitgeist. Und der Zeitgeist sagte: Vergesst alle Zyklen, die Wirtschaft kann krisenfrei sein und das Schlaraffenland ist machbar. Ja, es geht um diesen entscheidenden Kick mehr Distanz.

*Ist es, vorausgesetzt der Journalismus weiß kompetent um eine mögliche bevorstehende Krise, die Aufgabe des Journalismus, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu warnen? Beispielsweise indem er versucht, darüber nicht nur zu berichten, sondern dies als Thema zu setzen?*

Hank: Aber ja. Also ich wüsste nicht, warum nicht. Zumal die Vorstellung, Journalisten sollten nur die Welt abbilden, die ist ein bisschen zu anspruchslos und auch naiv. Da würde ich sagen, klar, Journalisten sollen die Menschen nicht irgendwie erziehen wollen, sie sollen auch nicht als Besserwisser auftreten, aber wenn sie begründet meinen etwas zu wissen, was der Zeitgeist nicht weiß, dann ist das aller Ehren wert.

*Wenn dies so ist, warum haben Sie dann seit Anfang 2007 nicht versucht, dieses Thema zu setzen? FAS und FAZ haben doch die publizistische Kraft, um dies wenigstens zu versuchen.*

Hank: Da würde ich jetzt eher sagen, was soll der Moralismus. Man kann immer sagen: Hätten wir, hättet ihr, hinterher ist man immer klüger. Hat jemand die Lehman-Pleite vorausgesehen? Ich nicht. Natürlich hätten – im Nachhinein gesehen – die Berichte über das Zusammenbrechen des amerikanischen Immobilienmarktes viel stärker und lauter sein müssen. Aber was wäre der richtige Ton denn gewesen? Man weiß nicht, wie sehr die Verstärkeranlage aufgedreht werden muss, weil man dummerweise die Zukunft nicht kennt. Also insofern neige ich zu der Position, der Moralismus in allen Ehren, der ist auch immer gut, da kann man immer schnell zustimmen, er wird uns allerdings nicht sehr viel weiter führen.

*Muss der Wirtschaftsjournalismus aus dieser Krise Konsequenzen ziehen? Wenn ja, welche?*

Hank: Konsequenzen ja, Moralisieren nein. Das wird ja schon seit einigen Monaten gemacht, Konsequenzen ziehen. Wir brauchen weder neue Lehrbücher noch neue Recherche-Seminare. Wir müssen einfach unser Handwerk gut machen, auf Distanz achten, mehr Nachdenken, dann ist schon viel gewonnen. Die selbstkritische Debatte, die ja ein bisschen läuft, darf jedoch nicht zu schnell enden. Da sollte eher noch eine Schippe obendrauf kommen. Und dann müssen auch wir Journalisten beobachten, was in den Wirtschaftswissenschaften debattiert wird. Da ist ja auch ein Innehalten, da ist ja auch einiges schief gelaufen. Das hilft ja auch, wenn es darum geht, Konsequenzen zu ziehen. Wir haben jetzt alle etwas gesagt, zu Zeitpunkten von großer Betroffenheit. Es ist wichtig, wenn sich alles ein bisschen beruhigt hat, noch einmal auf die Frage der Konsequenzen zurückzukommen. Dann werden wir vielleicht auch feststellen: So wie sich die Finanzwirtschaft von der produzierenden Wirtschaft abgelöst hat, so emanzipierte sich Mitte der neunziger Jahre der Finanzjournalismus vom allgemeinen Wirtschaftsjournalismus. Vielleicht muss auch so etwas korrigiert werden.

*Eine These und Ihr Kommentar dazu. Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde in Deutschland von einer rot-grünen Bundesregierung umgesetzt. Deshalb gab es faktisch keine parlamentarische Opposition, da die damaligen Oppositionsparteien Union und FDP als marktnahe politische Formationen eher mehr denn weniger Liberalisierung wünschten. Hatte dieses Nicht-Vorhandensein von politischer Opposition Folgen für die massenmediale Berichterstattung über diesen Themenbereich?*

Hank: Ohh je, diese Frage klingt sehr nach Otto Brenner. Ich teile schon die Voraussetzungen der Frage nicht. Die Krise ist nun wirklich nicht wegen den Hedge-Fonds ausgebrochen. Die Krise ist auch nicht wegen der Aktienkultur

ausgebrochen. Die Krise ist bekanntlich in extrem regulierten Bereichen, nämlich bei den Banken ausgebrochen. In Deutschland ist sie besonders angekommen in den allerreguliertesten Banken, nämlich den Staatsbanken. Deswegen – ich weiß schon, warum Leute immer behaupten, es hätte was mit der Liberalisierung zu tun – ist der Zusammenhang ephemer. Da stimmt die Voraussetzung nicht. Es stimmt auch die zweite Voraussetzung nicht, es hätte keine Opposition gegeben. Ich habe in Deutschland, auf welchem Panel ich auch immer lande, immer das Gefühl, ich bin mit meinen liberalen Positionen in der Minderheit. Sage doch keiner, der Widerstand sei nicht groß gewesen. Was hat die rot-grüne Regierung denn gemacht? Hans Eichel hat die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne durchgesetzt, aber die haben mit der Krise auch nichts zu tun. Und die Hedgefonds, die Hedgefonds sind ja gerade die Häretiker, die es schaffen, standhaft gegen die herrschende Meinung zu stehen. Deswegen müssten die Journalisten, wenn sie aus der Krise was lernen wollten, lernen, standhaft wie die Hedge-Fonds zu sein. Aber das ist für Otto Brenner, glaube ich, keine systemkonforme Antwort.

*Wenn das alles, Hedgefonds und Zweckgesellschaften und Verbriefungen und Aktienwahn und übermäßige Renditeziele und Veräußerungsgewinne und Abbau staatlicher Kontrollen und noch vieles mehr, nichts mit der Ursache der Krise zu tun hat, was macht Ihres Erachtens den Kern der Krise aus?*

Hank: Natürlich erst mal die menschliche Natur, die im Überschwang zu risikofreudig wird, flankiert von einer staatlichen Geldpolitik, die das Geld zu billig zur Verfügung stellt. Also der Mensch plus das Handeln von halbstaatlichen Institutionen plus Innovationen wie Verbriefungen, deren toxische Nebenwirkungen nicht durchschaut wurden, plus Regulierungen, die falsch wirken. Der letzte Punkt ist mir viel wichtiger als Deregulierungen, die falsch wirken. Beispiel: Mit der Verbriefung kann ja einer Kredite mit den kompletten Risiken weiterverkaufen. Der muss sich deshalb den Kreditnehmer und seine Bonität schon gar nicht mehr anschauen. Müsste der immer einen Teil des Risikos behalten, würde er sich anders verhalten. Ein klassisches Beispiel für falsche Regulierung.

*Hat der Wirtschafts- und Finanzjournalismus mit seinen Leistungen vor und in der jetzigen Krise an Vertrauen und Reputation eher gewonnen oder verloren?*

Hank: Nach meinem Gefühl war es ambivalent. Jetzt hat es sich ja wieder beruhigt. Es gab hohe Erwartungen an die Journalisten und Medien, etwas zur Klärung und Erklärung beizutragen. Das ist erst einmal eine Zuweisung an Kompetenz und Vertrauen. Andererseits hieß es, warum habt ihr uns vorher nicht gewarnt, vor all diesen riskanten Produkten. Ihr habt uns da reingetrieben. Also da war eine Ambivalenz zwischen Vertrauensvorschuss und Vertrauensbruch. Insofern ist die Situation fragil. Ein weiteres Motiv, um zu fragen, welche Folgen diese Krise für unser Berufsethos und für die Zukunft der Zeitungen hat.

## **9. Interview mit Christoph Moss, International School of Management\***

geführt am 26.8.2009 in Dortmund

*Herr Moss, definieren Sie bitte die zwei, drei Hauptaufgaben, die Sie dem Wirtschaftsjournalismus zuweisen.*

Moss: Wirtschaft hat eine herausragende Bedeutung in einer Gesellschaft. Es ist die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsjournalismus, die Komplexität und Relevanz der Wirtschaft einem breiten Publikum klar zu machen und anschaulich und verständlich darzulegen. Insofern nimmt der Wirtschaftsjournalismus wie der Journalismus insgesamt eine öffentliche Aufgabe wahr, ist Motor der Demokratie und unverzichtbar für eine Demokratie. Ich unter-

---

\* Christoph Moss ist seit 2007 Professor für Unternehmens-Kommunikation an der International School of Management, Dortmund. Er hat zuvor viele Jahre als Wirtschafts-Journalist bei „Passauer Neue Presse“, „Ruhr Nachrichten“ und „Handelsblatt“ gearbeitet. Von 2006 bis 2007 war er zudem Leiter der Georg von Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten.

scheide da nicht zwischen Journalismus und Wirtschaftsjournalismus, zumal ein großer Teil des Journalismus faktisch Wirtschaftsjournalismus ist.

*Es gibt den Wirtschafts-, Finanz- und Finanzmarkt-Journalismus. Es gibt zudem die Sparten Wirtschaftspolitik und Finanz- und Finanzmarktpolitik. Gehören die letztgenannten für Sie selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus?*

Moss: Ja, eindeutig.

*Wo sind aus Ihrer Erfahrung und Forschungstätigkeit denn in den Redaktionen die Themen Wirtschaftspolitik, Finanzmarktpolitik und Finanzpolitik angesiedelt?*

Moss: Da will ich zwischen Medien unterscheiden. Es gibt die klassischen Wirtschaftsmedien, wie beispielsweise „Handelsblatt“ und „Financial Times Deutschland“. Da sind das eigene Ressorts, beziehungsweise es gibt eigene personelle Zuständigkeiten. Bei vielen Medien sind diese Themen-Segmente häufig der politischen Berichterstattung zugeordnet.

*Aus Ihrer Perspektive: Wann begann die Finanzmarkt-Krise, beziehungsweise wann musste sie spätestens für die Medien ‚beginnen‘? Als Alternative: im August 2007, als die Europäische Zentralbank erstmals in hohem Umfang dem Finanzsystem Liquidität zur Verfügung stellen musste oder im September 2008, als Lehman Brothers insolvent ging?*

Moss: Da sind wir schon bei der Frage: Reden wir über das Verhalten von Medien oder über die richtige volkswirtschaftliche Analyse? Die Finanzmarkt-Krise hat im Sommer 2007 einen ersten Höhepunkt erreicht. Die Krise, die allgemein von den Massenmedien wahrgenommen wurde, begann ziemlich genau ein Jahr später mit dem Tag, an dem Lehman pleite ging. Aber eigentlich war die Krise bereits im Sommer 2007 für alle offenbar.

*Dann haben die Medien in ihrer Mehrheit mit einem Jahr Verzögerung reagiert?*

Moss: Die breite Masse, ja. An der Stelle müssen wir aber wieder unterscheiden: Was verstehen wir unter Medien? Wenn wir die Liga der überregionalen Medien und der klassischen Wirtschaftsmedien nehmen, damit meine ich HB, FTD, FAZ und SZ, diese Medien haben natürlich die ‚echte Krise‘ wesentlich früher wahrgenommen und darüber entsprechend auch berichtet. Jedoch hat die breite Masse der audiovisuellen Medien, der Publikumszeitungen und Publikumszeitschriften, der Regional- und Lokalmedien tatsächlich erst mit der Lehman-Pleite dieses Thema erkannt. Insofern können wir nicht von den Medien sprechen, sondern müssen genau differenzieren.

*Das Bank- und Finanzgewerbe wird unterschiedlich charakterisiert. Die einen sagen, es habe einen quasi öffentlichen Charakter, da es die produzierende Wirtschaft mit Geld versorge, so wie andere Branchen die produzierende Wirtschaft mit Wasser und Energie versorgen. Andere sagen, es sei eine Branche wie jede andere.*

Moss: Ganz klar, diese Branche hat einen besonderen Charakter. Wenn ein Automobilhersteller insolvent wird, dann ist das tragisch für Gläubiger, Kunden, Arbeitnehmer. Geht eine Bank insolvent, kann sehr schnell ein Systemschaden entstehen. Für mich haben Banken eine ähnliche Rolle wie beispielsweise Energieversorger.

*Sie haben gesagt, die Finanzmarktkrise ist faktisch im Sommer 2007 ausgebrochen. Was hat sich mit diesem Stichtag nach Ihrer Erinnerung an der massenmedialen Berichterstattung geändert?*

Moss: Also, in der Gewichtung hat sich erst einmal nichts geändert. Es wurde festgestellt, es gibt diese enormen Liquiditäts-Hilfen der EZB, es gibt Hinweise auf Immobilien-Blasen vor allem in den USA, aber auch Spanien und Großbritannien. Aber es gab keine Dramatisierung der Berichterstattung, in dem Sinne, dass das über Tage hinweg zum Aufmacher-Thema geworden ist. Es gab eine ausführliche ordentliche Berichterstattung, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Um mehr zu tun, dazu fehlten das Gefühl und das Wissen für die Dramatik der Lage. Das kam alles erst ein Jahr später.

*Was änderte sich dann mit dem September 2008?*

Moss: Im September 2008 ist im wahrsten Sinne des Wortes der Knoten geplatzt. Es gab von allen Medien eine unglaubliche Reaktion: Schwerpunktteams wurden gebildet, es gab Schwerpunktseiten, auf ganzen Strecken wurde über Tage hinweg über die Krisen und die Unternehmenspleiten berichtet. Bei den Publikumsmedien gab es Sonder-sendungen, Anrufaktionen, auf den Titelseiten gab es nur noch Krise. Ich denke, das war wiederum eine komplette Überreaktion. Was vorher viel zu wenig war, war hinterher viel zuviel. So ein Overkill kann das Publikum ja auch wieder abstumpfen.

*Haben sich, abgesehen von der Menge, die Inhalte verändert: andere Perspektiven, beispielsweise weniger Betriebswirtschaft und mehr Volkswirtschaft, andere Bewertungen, andere Quellen?*

Moss: Nehmen wir noch mal die wirtschaftsjournalistischen Leitmedien. Da hat sich an der Perspektive nichts geändert. Die haben nachher so sehr wie zuvor aus der betriebswirtschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Perspektive berichtet. Die haben auch immer eine ausgleichende Rolle gespielt und versucht zu deeskalisieren. Es gab ja mit Beginn der Krise fast eine Hysterie. Das haben die Leitmedien nicht mitgemacht, die haben erklärt und beruhigt. In der Breite der Medien hat es natürlich schon eine geänderte und teilweise auch sehr populistische Wahrnehmung gegeben, die ja soweit ging, dass man den Kapitalismus als Ganzes in Frage gestellt hat. Es gibt ja seitdem eine doch nicht unerhebliche Diskussion, ob der Kapitalismus noch ein System ist, das uns weiterhilft. Das ist im Herbst 2008 losgetreten worden. Das ist aber sozusagen in der breiten Masse der Medien geschehen, in-zwischen aber auch schon wieder verschwunden.

*Haben sich bei den Leitmedien Einschätzungen und grundsätzliche Ausrichtungen verändert?*

Moss: Vor der Krise überwogen eindeutig die marktliberalen Positionen. Danach gab es eine ziemliche Bandbreite von eher marktliberal bis sehr staatsorientiert. Das war also sehr heterogen. Und man hat auch bei den Leitmedien zwischendurch natürlich eine gewisse Verunsicherung gespürt, hat doch auch die sehr marktnahe Politik plötzlich wieder die Rolle des Staates und seine Bedeutung entdeckt. Da merkte man schon, dass die traditionellen markt-nahen Medien wie beispielsweise das „Handelsblatt“ ihre Rolle gesucht haben, so nach dem Motto: Sollen wir das denn jetzt plötzlich gut finden, wenn der Staat sich in das Banksystem stärker einmischt und so weiter.

*Skizzieren Sie bitte noch die Situation vor der Krise aus Ihrer Sicht? Da gab es also einen marktnahen common sense und längst nicht die Bandbreite wie in der Krise?*

Moss: Ja. Die Leitmedien haben sich mit diesem Thema immer wieder befasst und plädierten für Liberalität, die alle für sinnvoll hielten. Trotzdem haben sie immer wieder das Thema Banken-Regulierung auf die Tagesordnung ge-setzt und schon gelegentlich festgestellt, dass es da Auswüchse gibt. Die Publikumsmedien, also Hörfunk und Fernsehen, Regional- und Lokalmedien haben dieses Thema weitgehend umschifft, das fand da einfach nicht statt.



*Wenn Sie zurückblicken bis auf das Jahr 2001 und auf die Medien-Berichterstattung bis zur Krise: Hat der Wirtschaftsjournalismus über die Änderungen in der Finanzmarktpolitik, über die Vor- und Nachteile der Liberalisierung, über die Bewegungen auf den Finanzmärkten selbst im Großen und Ganzen umfassend und sachlich korrekt berichtet?*

Moss: Also, wenn Sie es auf den Punkt gebracht haben wollen, ja. Der Meinung bin ich. Das Problem, das der Wirtschaftsjournalismus in Deutschland und auch anderswo hat, ist, dass er häufig gar nicht wahrgenommen wird. Das heißt, es gibt ein Informationsangebot, das je nach Bedarf auch sehr in die Tiefe geht, aber dieses Angebot muss natürlich auch angenommen werden. Das heißt: Wer gesucht hat, der hat immer gefunden, was er suchte. Aber nicht jeder sucht. Das Angebot ist da. Die Nachfrage fehlt. Das ist aber keine Spezialität in Deutschland, das ist überall so. Die Auflagen von Wirtschaftszeitungen beispielsweise sind überall relativ gering.

*Ist es Aufgabe des Wirtschaftsjournalismus, Gesellschaft und Öffentlichkeit vor Krisen wie der jetzigen zu warnen? Vorausgesetzt er ist im Besitz von ausreichend kritischem kompetentem Wissen.*

Moss: Ja, das gehört eindeutig zu seinen Aufgaben. Aber wir müssen uns in der Tat die Frage stellen, ob er es überhaupt kann und in diesem Fall konnte.

*Gab es in diesem Fall ausreichend Warnungen und ausreichend kritisches Wissen?*

Moss: Es gab immer wieder Warnungen. Das heißt nicht, dass der gesamte Wirtschaftsjournalismus permanent gewarnt hätte. Aber, ich wiederhole mich, wer gesucht hat, hat gefunden.

*Können Sie Ihre Aussage noch etwas genauer beschreiben?*

Moss: Seit Beginn des Jahres 2008 gab es immer wieder warnende Berichte, nicht nur im „Handelsblatt“, dass sich beispielsweise in Großbritannien etwas zusammen braue, das ziemlich dramatische Folgen haben könne. Es hat entsprechende umfangreiche Berichte gegeben vom Weltwirtschaftsforum in Davos, das war schon Anfang 2007. Also die Warnungen gab es, nicht selten, aber es gab nie einen Dominoeffekt, dass beispielsweise andere mit eingestiegen sind. Das hat da eben gestanden. Und das war es dann auch. Also der Wirtschaftsjournalismus war mit ausreichend kritischem Wissen ausgestattet. Wir müssen aber in diesem Zusammenhang uns auch fragen: Welche Rollen spielten zum Beispiel die Wirtschaftsforschungsinstitute? Kann also Wirtschaftsjournalismus seriös mehr wissen als ein professionelles Wirtschaftsforschungsinstitut? Ich denke, das kann er nicht. Dann sehen wir uns doch einmal an, was die Wirtschaftsforscher im Jahr 2008, sogar noch im Sommer 2008 kommuniziert haben, von der Bundesbank bis zu den vielen Instituten, da gab es nicht eines, das ausdrücklich davor gewarnt hat, da gehe in den USA bald eine Großbank über den Jordan.

*Dann fehlten den warnenden Journalisten als Backup die wichtigen gesellschaftlichen Akteure, die in dieselbe Richtung argumentierten?*

Moss: Ja, so kann man das sagen. Kritisches Wissen wurde immer wieder veröffentlicht. Aber es ist nie durchgedrungen.

*Wo sehen Sie in dem Zusammenhang der hier interessierenden Themen die großen Leistungen und die großen Defizite des Wirtschaftsjournalismus?*

Moss: Es wurde immer wieder über die Lage auf dem Immobilien-Markt in den USA berichtet, sehr konkret und anschaulich. Eine gute Leistung, für die sich hier nur wenige interessiert haben. Ich finde, es ist auch eine große Leistung, in Deutschland überhaupt erst einmal eine Aufgeschlossenheit für die Themen Börse, Aktien und Finanzmärkte zu schaffen. Vor 10, 15 Jahren war das Thema Aktien uninteressant in Deutschland. Deutschland ist das Land der Lebensversicherungen, der Bausparverträge, aber nicht das Land der Aktien. Insofern hat sich da ein Bewusstseinswandel breit gemacht, der auch dazu geführt hat, dass Publikumsmedien das Thema Börse durchaus als massentauglich erkannt haben. Nun muss man natürlich auch sagen, das alles ist vielleicht etwas zu unkritisch. Es ist klar: Nicht nur im Wirtschaftsjournalismus, auch bei den Banken, in den Schulen, in der Politik gab und gibt es immer noch dramatische Kommunikationsdefizite. Ich will ein Beispiel nennen: Die Sprache der Börse ist im Grunde als Sprache komplett untauglich. Aktienempfehlungen sind ein sehr gutes Mittel, um Lesern das Thema Aktien schmackhaft zu machen, sie sind für Finanzzeitungen ein gutes Marketinginstrument, um Leser zu gewinnen. Tatsächlich haben sie aber für den Leser keinen echten Nutzen. Sie gaukeln ihm etwas vor. Er erhält die Information sowieso meist zu spät, und dann versteht er die Sprache nicht. Wenn die Deutsche Bank sagt, diese Aktie stellen wir auf buy und die Commerzbank sagt das auch, dann heißt das noch lange nicht, dass die beide dasselbe meinen und schon gar nicht heißt das, dass der Leser das jetzt kaufen soll.

*Sie nennen also als ein Defizit die mangelnde Übersetzungsleistung oder die mangelnde Verständlichkeit. Was noch?*

Moss: Naja, es ist dem Wirtschaftsjournalismus eben nicht gelungen, das Thema der heraufziehenden Krise in die Breite zu ziehen, es ist ihm eben nicht gelungen, dem interessierten Leser, dem Staatsbürger hier klarzumachen, dass das, was in einem amerikanischen Vorort passiert, am Ende dazu führen kann, dass hier in Frankfurt, Dortmund, Wiesbaden ein 65jähriger Rentner Geld verliert. Diesen Zusammenhang hat er nicht hergestellt. Und ich denke, nicht ein einzelnes Medium, aber das journalistische System als Ganzes hätte das leisten müssen. Das kam ja nicht von heute auf morgen.

*Wir befinden uns jetzt in der Krise. Was ist seit dem September 2008 gut und schlecht gelaufen?*

Moss: Es ist viel gemacht worden, aber wenig ist gut gemacht worden. Gerade in der Krise hat sich gezeigt, dass viele Journalisten mit dem Thema komplett überfordert waren und sind. Da wäre es besser gewesen, wenn sich bestimmte Medien aus der Berichterstattung zurückgezogen hätten oder wenn sie weniger gemacht hätten, denn das, was sie gemacht haben, hat fast zu panikartigen Zuständen geführt. Ich behaupte, die Tatsache, dass eine Kanzlerin und ein Finanzminister sich ernsthaft vor eine Kamera stellen müssen, um dem Volk mitzuteilen, dass die Einlagen sicher sind, ist natürlich auch eine Reaktion auf diese hysterischen Medienaktivitäten gewesen. Der Wirtschaftsjournalismus als System hat mit Ausbruch der Lehman-Pleite sehr viel Schaden angerichtet.

*Weil der Journalismus machte, was er immer macht: dramatisieren, personalisieren, zuspitzen? Oder weil er nachweisbar falsche oder mangelhafte Informationen verbreitete?*

Moss: Beides. Durch Zuspitzung, das ist ja ein völlig legitimes journalistisches Instrument, aber zuspitzen kann ich nur, wenn ich die Dinge wirklich klar und nüchtern beurteilen kann. Bei Lehman ist jede Zuspitzung auch völlig in Ordnung. Wenn eine Großbank pleite geht, dann ist jede Zuspitzung in Ordnung. Wenn wir aber genau hinsehen, dann haben wir am Tag der Lehman-Pleite in Deutschland keine Zuspitzung erlebt in den Publikumsmedien. Die Publikumsmedien haben sich an diesem Tag um einen Landtagswahlkampf gekümmert. Lehman war erst ein Tag später ein Thema, als man merkte, uih, da ist ja etwas passiert. Und dann gab es kein Halten mehr, dann wurde berichtet und zugespitzt auf Teufel komm' raus und mit gefährlich viel Halbwissen.

*Muss der Journalismus innehalten und sich über seine Arbeitsleistungen im Grundsatz selbstkritisch besprechen?*

Moss: Ja. Uneingeschränkt ja. Sorgen machen mir vor allem die Publikumsmedien, also die audiovisuellen Medien, Regionalzeitungen und Zeitschriften – ich meine nicht die klassischen Wirtschaftsmedien -, denn die Erstgenannten verfügen eindeutig über viel zu wenig wirtschaftliche Beurteilungskompetenz.

*Welche Konsequenzen und Lehren sollten Ihres Erachtens gezogen werden?*

Moss: Diese Medien und die dortigen Journalisten und vorgelagert die dort Verantwortlichen für Bildung und Ausbildung, also auch die Hochschulen, müssten dem Thema Wirtschaft einen größeren Stellenwert einräumen. Bei den audiovisuellen Medien passiert das inzwischen ja auch. Die investieren jetzt stärker in Ausbildung. Das ist von elementarer Bedeutung.

*Geht es um mehr Ausbildung oder vor allem um eine andere Ausbildung? Sie haben ja selbst erwähnt, dass die Wirtschaftswissenschaften mit ihren bisher herrschenden Parametern auch keine rühmliche Rolle in Sachen Krisen-Frühwarnsystem gespielt haben.*

Moss: Was Sie eben ansprechen, das halte ich nicht für entscheidend. Vielmehr ist wichtig, dass jemand, der im Journalismus arbeitet und Sachverhalte beurteilt, ein Grundwissen hat über ökonomische Zusammenhänge. Damit meine ich insbesondere Bilanzen, Banksystem, Finanzinstrumente und auch einige wirtschaftsjuristische Dinge. Ein praktisches Beispiel aus dem Lokaljournalismus: Welche Folgen hat es, wenn ein örtlicher Anbieter insolvent geht? Was heißt das eigentlich? Da sind wir beim Thema Ausbildung, und wir sind auch beim Thema Kompetenz überhaupt. Es muss in jeder Redaktion Leute geben, die in diesem skizzierten fachlichen Sinne kompetent sind. Wir stellen jedoch fest: Es gibt in vielen Redaktionen verlässlich keinen festangestellten Ansprechpartner für das Thema Wirtschaft mehr. Es gibt oft so allgemeine handwerkliche Festlegungen, wie Themen behandelt werden. Nach diesen Festlegungen werden jedoch der Tod von Michael Jackson, die Bundestagswahl, das neue Modell von Daimler und jede wirtschaftliche Frage auf einer Ebene abgehandelt. Da ist alles irgendwie gleich. Und das ist schon sehr problematisch.

*Es gibt Leute, die vertreten die These: Ein grundlegender Mangel sei es gewesen, dass bestimmte Zusammenhänge nicht hergestellt worden seien. Auch deshalb habe man die Krise zu spät erkannt. Nun machten die Medien denselben Fehler wieder, da sie über die Banken- und Wirtschaftskrise berichteten, aber die Klima-Katastrophe und die Ernährungskrise in der so genannten Dritten Welt ausblendeten. Teilen Sie diese Einschätzung?*

Moss: Es ist sehr vernünftig und richtig, Finanzmärkte nicht abgekoppelt vom realen Leben zu sehen. Das, was sich auf einem Markt abspielt, ist immer nur der Spiegel dessen, was real vorfällt. Also ein Unternehmen, das schlecht bewertet ist, hat über kurz oder lang irgendwann auch ein reales Problem. Ich finde es also sehr wichtig, dass wir Finanzmärkte nicht isoliert sehen, sondern Finanzmärkte sind immer ein Spiegel realen Lebens. Auf jeden Fall ist der Finanzmarkt, wenn er funktionieren soll, meiner Meinung nach nicht losgelöst von realem Leben. Und zu diesem realen Leben gehören ganz viele Sozialthemen, Armut, Hunger, Klima, es gibt natürlich noch weitere Kriterien wie Gerechtigkeit, Demokratie, Globalisierung im Allgemeinen. Dass diese Dinge miteinander zusammenhängen, ist für mich vollkommen logisch. Das heißt, wenn wir das mal zu Ende denken, eine Finanzmarktkrise wirkt sich auf Globalisierung aus, wirkt sich beispielsweise auf die Frage aus, wie werden bestimmte Länder mit Arbeitsaufträgen versorgt, wie werden bestimmte Rohstoffe verwendet, all diese Dinge. Ich arbeite mit dieser These nicht, aber ich halte sie für plausibel.

*Ist der Wirtschaftsjournalismus reformfähig?*

Moss: Grundsätzlich ja. Wir haben über das Jahr 2000 gesprochen. Seither ist viel passiert: Es gibt mehr Wirtschaftsjournalismus, und er ist verständlicher. Das ist eine ganz klare Reformleistung des Wirtschaftsjournalismus. Wir haben aber jetzt ein zusätzliches Problem: Der Journalismus in Deutschland muss sich auf einem Markt durchsetzen, und dieser Markt ist auch in einer Krise. Wir haben also, gerade im Wirtschaftsjournalismus, eine doppelte Krise: Wir haben die thematische Krise, wenn man so will, wir haben aber auch eine ganz normale Marktkrise, denn Wirtschaftsmedien, wenn sie nicht öffentlich-rechtlich sind, müssen sich über den Markt refinanzieren. Am Lesermarkt läuft es noch ganz gut, nicht aber auf dem Anzeigenmarkt. Das Schizophrene ist: Wir müssten eigentlich viel mehr investieren in den Wirtschaftsjournalismus, in Ausbildung, in Umfang, in Qualität, in die Sprache und Vermittlung. Zeitgleich werden dem Wirtschaftsjournalismus aber mehr denn je die Ressourcen entzogen. Das macht mir Sorge.

*Kann und muss der öffentlich-rechtliche Teil des deutschen Journalismus, der ökonomisch im Vergleich gut ausgestattet ist, dieses Vakuum, diese Defizite und Begrenzungen ausgleichen?*

Moss: Er muss das tun. Das genau ist seine Aufgabe, denn er ist der Teil des deutschen Journalismus, der fast unabhängig von Anzeigen und Werbeaufkommen agieren kann. Das exakt ist seine Rolle und die hat er in der Vergangenheit zu wenig wahrgenommen.

*Auch in dieser jetzigen Krise?*

Moss: In der Krise glänzte der öffentlich-rechtliche Journalismus vor allem mit Übertreibungen: Sondersendungen mit den Titeln ‚Ist mein Sparbuch noch sicher‘ oder ‚Ist der Kapitalismus am Ende?‘. Guten Wirtschaftsjournalismus stelle ich mir anders vor. Es wäre besser gewesen, wenn gerade die öffentlich-rechtlichen Medien sich zurückgenommen, beruhigt und aufgeklärt hätten. Das ist viel zu wenig passiert.

*Sie haben zuvor festgestellt: Es gab das Angebot, aber nicht die Nachfrage. Es wurde gewarnt, aber die Warnungen wurden nicht gehört oder wollten vom Publikum nicht gehört werden? Warum?*

Moss: Als die Krise schon da war, aber ihren dramatischen Höhepunkt noch nicht erreicht hatte, haben die Medien in Gänze eben wiedergegeben, was auf dem allgemeinen Wissens- und Meinungsmarkt vorhanden war. Da gab es eben Stimmen, die beruhigten und welche, die beunruhigten. Die Medien müssen eben oft genug das Publikum auch mit diesen Gegensätzlichkeiten alleine lassen. Ich finde, es wäre fatal, wenn die Medien in einer solchen Phase eine eigene Rolle spielen wollten und sich auf die eine oder andere Seite schlagen. Die können das doch gar nicht beurteilen. Sie können immer schreiben, morgen wird der Trainer XY entlassen. Das ist im Zweifel Unterhaltung. Sie können nie schreiben, morgen wird vermutlich die Bank XY pleite sein. Das ist im Zweifel eine kleine Systemkrise. Vor allem der Finanzjournalismus verfügt über eine negative Macht. Wirtschafts- und insbesondere Finanzjournalisten handeln deshalb auch dann verantwortungsvoll, wenn sie nicht sofort in Panik verfallen, wenn sie nicht sofort unbegründet Gerüchte eins zu eins wiedergeben, sondern immer abwägen, ist es ein Gerücht oder ist es eine Nachricht. Diese Kriterien sind im Wirtschaftsjournalismus auch in der praktischen Arbeit deutlich strenger als im Sport-, im Politik-, im Boulevard-Journalismus. Und das ist auch gut, dass es so ist. Das führt dann dazu, dass die Wirtschaftsmedien es eben nicht sein wollen, die eine Krise auslösen oder zu ihr beitragen. Deshalb halten sie sich oft so zurück. Ich finde, da handeln sie richtig.

*Haben Leitmedien wirklich noch diese prägende Wirkung?*

Moss: Ja. Ich gebe ein Beispiel. Nehmen wir Anfang des Jahres 2007. Damals gab es Berichterstattungen über mehrere Immobilienblasen. Wäre dieses Thema bei einem wichtigen Medium mehrere Tage auf der Titelseite ge-

wesen, dann hätten vermutlich andere Medien nachgezogen und es hätte diesen Dominoeffekt wahrscheinlich gegeben. Wenn aber ein Thema einfach nur ‚stattfindet‘, irgendwo im Blatt veröffentlicht wird, dann wird es auf diesem Informations- und Meinungsmarkt nicht wahrgenommen. Solche Leitmedien haben also immer noch die Möglichkeit, Themen zu setzen. Sie haben damit auch die Verantwortung dafür und müssen sich deshalb im Zweifel mit den Nachfragen auseinandersetzen: Warum habt Ihr das hochgezogen? Oder: Warum habt Ihr das nicht hochgezogen?

*Und wann hört das Publikum hin?*

Moss: Das ist eine Frage der Psychologie. Man hört schon gerne das, was man hören will und das andere eben nicht. Das wird ausgeblendet. Anders ist es nicht zu erklären, dass Kurse permanent steigen, obwohl bestimmte realwirtschaftliche Informationen eigentlich das Gegenteil aussagen. Kurse sind ja auch Ausdruck eines bestimmten Informationsmarktes. Und entsprechend ist auch das Verhalten von Lesern. Bestimmte Dinge werden, so meine These, bis zu einem bestimmten Grad einfach ausgeblendet. Um es salopp zu sagen, die will man dann nicht hören. Und das gelingt auch, solange ein bestimmter Wahrnehmungspunkt nicht überschritten ist, solange also die Stimmungslage nicht insgesamt kippt. Dem Mainstream kann man sich dann nicht mehr entziehen. Aber dann ist es meistens schon zu spät.

*Seit Ende der 90er Jahre hat die Politik in Deutschland nach und nach die Finanzmärkte liberalisiert. Die wesentlichen Entscheidungen setzte eine rot-grüne Bundesregierung durch. Damit gab es faktisch keine hörbare parlamentarische Opposition, da Union und FDP als Oppositionsparteien für eher mehr denn weniger Liberalisierung plädierten. Das Nicht-Vorhandensein von politisch-parlamentarischer Opposition, hat sich das auf die massenmediale Berichterstattung über die Finanzmärkte und die Finanzmarktpolitik ausgewirkt?*

Moss: Nein, das glaube ich nicht. Denn die damaligen Regierungen Schröder und die Opposition waren sich darin einig, dass international die Finanzmärkte eine stärkere Regulierung bräuchten.

*Eine weitere These: Die Berichterstattung über Finanzmarktpolitik litt darunter, dass dieses Thema im deutschen Journalismus neu war, deshalb keine Zuständigkeiten vorhanden waren und so im Zweifel zwischen den vorhandenen durchfiel: Die Finanzjournalisten dachten, das machen die Wirtschaftskollegen und die dachten, das machen die Politik-Kollegen. Eine Erklärung?*

Moss: Da kann was dran sein. Ich glaube einfach, damit hat sich in vielen Redaktionen gar niemand darum gekümmert. Das Thema wurde gar nicht gesehen. So stritt niemand über die Zuständigkeit und so konnte man nicht einmal merken, dass es keine Kompetenzen dafür in den Redaktionen gab. Und die Fachmedien sahen das Thema, aber verzweifelten an der Aufgabe, glaubwürdige und unabhängige Informationen heranzuschaffen. Das ist ja alles ziemlich intransparent. Also Finanzmarktregulierung ist kein Massenthema, überhaupt nicht, weil es auch extrem kompliziert ist. Und wer soll zuständig sein: Berlin, Bonn, Frankfurt? Allein die Banken-, Börsen- und Versicherungsaufsicht ist so breit gefächert und dann kommt noch Brüssel und Washington hinzu, es ist extrem undurchsichtig, allein das ist schon ein Riesen-Problem für Redaktionen. Ungeachtet der politischen Frage, welche Rolle die Bankenaufsicht überhaupt gespielt hat. Hat die denn tatsächlich funktioniert? Schauen Sie: Wenn bei einer Bank wie der IKB alles glatt läuft, die Wahrnehmung positiv ist, die Bilanzen glänzen, also warum muss dann ausgerechnet ein Journalist erkennen, dass da was im Argen liegt? Da muss doch die Bankenaufsicht parat stehen.

*Und jetzt: Geht es weiter wie bisher?*

Moss: Ohne eine flächendeckende Ausbildung zum Thema Wirtschaftsjournalismus wird es nicht gut weitergehen. Ich bin an der Stelle allerdings pessimistisch. Generell werbe ich dafür, dass wir nicht das System des Wirtschaftsjournalismus als Ganzes in Frage stellen, was wir gerade in Deutschland und gerade von der wissenschaftlichen Seite sehr gerne tun. Man kann sagen, so alle sieben Jahre kommt eine Welle der Empörung über den Wirtschaftsjournalismus und dann ebbt das wieder dramatisch ab und man hört nichts mehr. Ich möchte, dass wir Schlüsse daraus ziehen. Vor sieben Jahren hatten wir schon einmal eine Börsenkrise, und damals waren die Analysten die bösen Buben und das enge Verhältnis zwischen Journalismus und Analyst wurde kritisiert. Die Empfehlung vieler war, spreche nicht mit Analysten. Das ist eine falsche Empfehlung. Die Frage ist, wie spreche ich mit Analysten, ähnlich wie ein Kriminalreporter sich auch im Milieu tummeln muss. Wenn er nicht mit den Menschen spricht, bekommt er auch die Information nicht. Das heißt, wir müssen die Volontäre ausbilden, wie sie mit Informanten umzugehen haben, um Informationen zu erhalten und diesen nicht zu glauben, sondern sie im Zweifel mit Hilfe anderer Informanten zu überprüfen. Und ähnlich muss ich jetzt die richtigen Schlüsse ziehen. Wo gibt es Defizite und wie können sie behoben werden. Meine Befürchtung ist, dass wir in den nächsten Jahren keine Verbesserungen haben werden.

*Warum?*

Weil wir flächendeckend zu wenig Ausbildung zum Thema Wirtschaftsjournalismus betreiben. Es gibt praktisch keinen Lehrstuhl für Wirtschaftsjournalistik in Deutschland. Es gibt einige wenige hochqualifizierte Schulen für Wirtschaftsjournalismus. Es gibt in manchen Studiengängen ein bisschen wirtschaftsjournalistische Ausbildung. Es gibt auch, worüber wir noch gar nicht gesprochen haben, die Wahrnehmung, dass die Bereitschaft unter den Redakteuren, sich aus- und weiter zu bilden, schwach ausgeprägt ist. Das war auch vor der Krise der Fall. Mag sein, dass sich das geändert hat, ich glaube es aber nicht. Ich habe vorhin gesagt, dass ich eigentlich zwischen Wirtschaftsjournalismus und der öffentlichen Aufgabe des Journalismus nicht unterscheide. Ich möchte das an der Stelle rund machen und sagen, wenn Sie mal eine Tageschau-Sendung nehmen, die ja dieser öffentlichen Aufgabe nachkommen soll und will, Sie werden in den vergangenen fünf Jahren keine fünf Sendungen erlebt haben, in denen das Thema Wirtschaft nicht in irgendeiner Form prominent vorgekommen ist. Und daran sehen wir schon, dass die Wirtschaft eigentlich gar kein Nischenthema ist, sondern ein absolutes Massenthema. Jeder ist betroffen von Wirtschaft in jeder Form und deswegen muss es auch raus aus dieser Nische. Das geht aber nur mit einer flächendeckenden breiten Ausbildung und Beurteilungskompetenz.

*Wer muss vorangehen, damit sich etwas ändert? Journalisten-Verbände, Verleger, Politik, Wirtschaft?*

Moss: Jeder nimmt da unterschiedliche Rollen ein. Ich sehe ja, dass die Wissenschaft sehr kritisch mit dem Wirtschaftsjournalismus umgeht. Meine Empfehlung: Dann soll die Wissenschaft genau dort ansetzen, sich mit dem Thema auseinandersetzen und auch junge Menschen viel intensiver als bisher an Kommunikationsinstituten zum Thema Wirtschaft ausbilden. Alle anderen müssen sich auch fragen: Was kann man konkret besser machen? Nicht nur kritisieren. Und am Ende wird es an einer Frage liegen, nämlich, gibt es für das Ganze ein ökonomisches Modell, also lohnt sich Wirtschaftsjournalismus überhaupt? Und da gibt es nur eine Antwort: Gesellschaftlich lohnt er sich, denn der Schaden, den schlechter oder nicht-vorhandener Wirtschaftsjournalismus anrichtet, der ist groß. Aber lohnt er sich für die Medien-Unternehmen? Es gibt wirklich kaum noch ein Wirtschaftsmedium, mit dem man vernünftig Geld verdienen kann. Mit anderen Worten: Diese Gesellschaft braucht Wirtschaftsmedien, die unabhängiger vom Anzeigenmarkt funktionieren als die heutigen.

*Öffentliche Subventionen?*

Moss: Das, glaube ich, wäre nicht gut. Ich glaube, es ist schon gut, wenn der Wirtschaftsjournalismus unabhängig bleibt, aber ich ...

*Es könnte ja Förderungsmodelle geben, die so intelligent sind, dass die Unabhängigkeit bewahrt bleibt.*

Moss: Nein, nein, worüber man nachdenken könnte, wäre ein Stiftungsmodell für das eine oder andere Medium, aber das ist schon sehr revolutionär. Und der Leser wird einfach mehr zahlen müssen für das Medium. Und wir müssen dann eben auch viel stärker die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen einfordern. Die haben dieses Potential, die haben eine unglaubliche Masse an Redakteuren und Redaktionen. Es ist deren Aufgabe, das auch wirklich wahrzunehmen und in der Breite einen guten Wirtschaftsjournalismus auf die Beine zu stellen.

**10. Interview mit Klaus Spachmann, Universität Stuttgart-Hohenheim\***  
geführt am 11.9.2009 in Stuttgart

*Herr Spachmann, beschreiben Sie bitte die zwei, drei wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsjournalismus?*

Spachmann: Da müssten wir zunächst klären, über welchen Wirtschaftsjournalismus wir sprechen. Es gibt ganz unterschiedliche Bereiche, die für Wirtschaft, Gesellschaft und Publikum auch ganz unterschiedliche Aufgaben und Leistungen erfüllen. Aber allgemein beantwortet würde ich sagen: Es sind zunächst einmal die Aufgaben, die den Journalismus insgesamt betreffen. Aus einer normativen Perspektive sind dies die Information des Publikums, die Kritik und Kontrolle der handelnden Akteure und der Beitrag zur politischen Willensbildung der Bürger. Das sehe ich eigentlich eins zu eins auch als Aufgaben und Funktionen des Wirtschaftsjournalismus.

*Ist die eine Aufgabe wichtiger als die andere?*

Spachmann: Es gibt Wirtschaftsjournalisten, für die bestimmte Aufgaben wichtiger sind als andere. Das hängt auch vom Medium ab, für das sie arbeiten und von der Art der Wirtschaftsberichterstattung, die sie betreiben. Für Fachjournalisten ist es beispielsweise wichtig, ihr Publikum zu informieren und Innovationen zu verbreiten. Andere setzen auf Service und Rat für ihr Publikum. Generell zeigen Studien, dass unter Wirtschaftsjournalisten gerade die Kritik- und Kontrollfunktion weniger und die Ratgeberfunktion stärker verbreitet sind als etwa unter politischen Journalisten. Da ist also schon ein spezielles Profil bei den Wirtschaftsjournalisten zu erkennen – auch wenn das im Vergleich zu anderen Ressorts eher graduelle als grundsätzliche Unterschiede sind.

Neben diesen Erkenntnissen aus der empirischen Berufsforschung lassen sich analytisch verschiedene Funktionen des Wirtschaftsjournalismus unterscheiden. Sie sind auf drei Ebenen angesiedelt: Das sind erstens die Leistungen für die Gesellschaft, zweitens die Leistungen für die Wirtschaft und drittens die für das Publikum. Aus dieser theoretischen Perspektive hat der Wirtschaftsjournalismus zunächst genau die gleiche Funktion wie der Journalismus insgesamt: nämlich die Selbstbeobachtung der Gesellschaft zu organisieren, das heißt Themen aus der Wirtschaft zu identifizieren, die für die Gesamtgesellschaft relevant sind. Das wäre sozusagen die Primärfunktion des Wirtschaftsjournalismus auf der gesellschaftlichen Ebene. Auf der mittleren Ebene, den Leistungen für die Wirtschaft, gibt es dann einige Besonderheiten des Wirtschaftsjournalismus. Hier wird ihm die Aufgabe zugeschrieben, den Informationsaustausch zwischen den Wirtschaftsakteuren zu unterstützen, dafür zu sorgen, dass Angebot und Nachfrage auf Märkten zusammenkommen und dass Innovationen verbreitet werden. Und auf der dritten Ebene geht es darum, das Publikum zu informieren, ihm Orientierung, Rat und konkreten Nutzwert zu geben. Da kommt dann auch das zum Tragen, was als Anlegerberichterstattung und Verbraucherberichterstattung bezeichnet wird – also konkrete Hilfestellungen für das Publikum in wirtschaftlichen Rollen und Entscheidungssituationen zu liefern.

*Es heißt, es gebe mindestens drei Spezialitäten des Wirtschaftsjournalismus: Er habe es mit einem besonders komplexen Themenfeld zu tun, seine Arbeitsbedingungen seien schlechter als die von anderen Sparten und die*

\* Dr. Klaus Spachmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet für Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Stuttgart-Hohenheim.

*Versuche, die Berichterstattung von aussen zu beeinflussen, seien besonders intensiv. Teilen Sie diese Einschätzungen?*

Spachmann: Ja, aber: Nicht nur die Wirtschaft ist komplex, auch auf andere Gegenstände und Ressorts trifft diese Charakterisierung zu. Sachkompetenz ist also auch in anderen journalistischen Bereichen unabdingbar. Ich will einen anderen Unterschied betonen: Politik ist grundsätzlich eine öffentliche Angelegenheit, Wirtschaft in der Regel eine private. Das prägt den Umgang mit den Akteuren und die Art und Weise der Berichterstattung wesentlich. Wann ist ein Ereignis in einem Unternehmen es wert, dass darüber berichtet wird? Und wie erhält der Journalist auch verlässliche und nicht nur einseitige Informationen darüber? Das ist schon eine Besonderheit des Wirtschaftsjournalismus, die beachtet werden muss.

Und eine weitere Besonderheit: Der Wirtschafts-Fachjournalismus ist zwangsläufig sehr nahe bei den Akteuren der Wirtschaft. Da gibt es Bereiche etwa im Finanzjournalismus, wo man die beiden Seiten fast nicht mehr unterscheiden kann. Hier stellen sich besondere Herausforderungen an Qualität, Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit des Finanzjournalismus.

*Es gibt Finanz-, Wirtschafts- und Finanzmarktjournalismus. Es gibt auch die Segmente Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Finanzpolitik. Gehören auch diese Themenbereiche selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus?*

Spachmann: Wirtschaftspolitik verstanden im weiten Sinne sowohl als politische Rahmenbedingungen für die Wirtschaft als auch als Konsequenzen wirtschaftlichen Handelns für die Politik ist ein klassisches und sehr wichtiges Thema für den Wirtschaftsjournalismus. Damit wird er seiner Primärfunktion gerecht, Wirtschaft in politische und gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen und Wirtschaftsthemen aufzugreifen, die für alle und eben nicht nur für die Wirtschaft bedeutsam sind. Wirtschaftsjournalismus, der so ausgerichtet ist, lässt sich als General-Interest-Typ bezeichnen. Er findet sich insbesondere in Nachrichtenmagazinen oder in Tages- und Wochenzeitungen. Dann gibt es noch den Special-Interest-Typ des Wirtschaftsjournalismus, der die Berichterstattung einseitig auf ökonomische Handlungsrollen, allen voran Anleger und Verbraucher, ausrichtet. Er findet vor allem in speziellen Wirtschaftsmagazinen statt, aber immer häufiger auch in Tageszeitungen, in entsprechenden Rubriken und auf Spezialeseiten. Der dritte Typus ist schließlich der Wirtschaftsfachjournalismus, der vollständig innerhalb der Wirtschaft verbleibt, also aus der Wirtschaft und für die Wirtschaft berichtet. Er spricht hauptsächlich ein professionelles Publikum an, mit fachlich sehr in die Tiefe gehenden Themen. In der Vergangenheit wurde den Tageszeitungen vorgeworfen, zu stark eine solche Wirtschafts-Fachberichterstattung zu betreiben und damit an ihren Lesern vorbei zu berichten. Das ist die klassische Kritik an der Wirtschaftsberichterstattung der Tageszeitungen.

*Haben sich die Gewichte bei diesen drei Typen in den vergangenen Jahren verschoben in den Redaktionen, vor allem bei den Tageszeitungen?*

Spachmann: Tageszeitungen haben ja als Universalmedium grundsätzlich ein Konzept, das eine General-Interest-Wirtschaftsberichterstattung nahe legt. Sie sind wie andere Leitmedien und politische Nachrichtenangebote prädestiniert, diese übergeordnete Perspektive auf die Wirtschaft einzunehmen, und das machen sie natürlich tatsächlich auch – vielleicht noch immer zu wenig, aber sie machen es. Was sich geändert hat, ist das Folgende: Heute findet sich immer weniger eine produzenten-orientierte Wirtschafts-Fachberichterstattung und immer mehr eine publikums- und nutzwertorientierte Special-Interest-Berichterstattung. Dafür steht der Boom der Verbraucher- und zum Teil auch der Anlegerberichterstattung. Die entscheidende Frage bleibt allerdings: Inwieweit nehmen die Tageszeitungen eine integrative Perspektive auf die Wirtschaft ein, indem sie Zusammenhänge herstellen und die übergeordnete Bedeutung der Wirtschaft behandeln? Im Prinzip ist das auch der klassische Bereich der wirtschaftspolitischen Berichterstattung. Wirtschaft muss dann ihr Ressortgetto verlassen und als Querschnittsthema im gesamten Blatt aufgegriffen werden. Hierzu sind aber bestimmte Redaktionsstrukturen notwendig, die die ver-



schiedenen Perspektiven von Wirtschaft, Politik, Kultur, Sport und anderem zusammenbringen. Traditionell geschieht dies auf den Redaktionskonferenzen.

*Ging diese Verschiebung hin zu einer Nutzwert-Perspektive auch zu Lasten der integrativen, gesellschaftlichen, sozusagen der volkswirtschaftlichen Perspektive?*

Spachmann: Aus meiner Sicht ging es zunächst nicht zu Lasten dieser gesellschaftlichen Perspektive, wobei damit nicht gesagt ist, welche Bedeutung dieser integrierende Typ der Wirtschaftsberichterstattung bei den Tageszeitungen tatsächlich hat. Sie kommt ja immer dann besonders zum Tragen, wenn es wichtige aktuelle Ereignisse gibt, wie jetzt die Finanz- und Wirtschaftskrise, wenn Wirtschaftsereignisse so groß und bedeutend sind, dass sie die Gesellschaft, die Politik, die Kultur und weitere Bereiche sehr stark beeinflussen. Nur ist die Frage: wie nachhaltig ist das, nehmen die Redaktionen diese Perspektive auch in normalen Zeiten ein? Die großen überregionalen Tageszeitungen machen das durchaus. Sie bearbeiten Wirtschaft als politisches und gesellschaftliches Thema auch und gerade außerhalb des Wirtschaftsteils, auf den Schwerpunkt-Seiten und auf Seite 1. Andere Zeitungen machen das nicht oder kaum, sie fokussieren sich auf eine serviceorientierte Berichterstattung, die im Wirtschaftsteil oder auf speziellen Seiten stattfindet.

*Wann haben nach Ihrer Beobachtung die Massenmedien die Finanzmarktkrise als gesellschaftlich bedeutsames Ereignis behandelt?*

Spachmann: Über die ursprünglichen, die Krise auslösenden Ereignisse in den USA wurde bereits sehr früh in Fachmedien berichtet – freilich aus einer engen, fachlichen Sicht, ohne die mögliche Tragweite der Ereignisse zu erkennen. Das war im Laufe des Jahres 2007, als sich nur ein professionelles Publikum dafür interessierte. Als sich die Krise verschärfte, kamen die Wirtschaftsteile von Tageszeitungen hinzu, das Thema wurde größer und auch thematisch breiter behandelt. Und dann im Laufe des Jahres 2008, als die Kreditkrise zur Finanzkrise wurde, als tatsächlich immer klarer wurde, dass die Grundfesten der Wirtschaft betroffen waren, da wurde dann wirklich massiv in den Wirtschaftsteilen und den Wirtschaftsmedien berichtet – und immer mehr auch außerhalb davon. Und im September 2008, mit der Pleite von Lehman Brothers, vielleicht auch ein bisschen früher, da stiegen alle Medien ein. Die Krise wurde zu der alles dominierenden Nachricht. Je dramatischer die Krise wurde, desto umfangreicher und intensiver wurde also die Berichterstattung.

*Gehört es zu den Aufgaben von Wirtschaftsjournalismus, vor Krisen dieser Art Öffentlichkeit und Gesellschaft zu warnen, wenn die Recherchen begründeten Anlass dafür anzeigen?*

Spachmann: Auf jeden Fall, das ist eine der Kernaufgaben. Das kann man auch an der allgemeinen Funktionsbestimmung festmachen, dass Wirtschaftsjournalismus die gesellschaftliche Relevanz von Ereignissen, deren Irritationskraft herausstellen muss. Und eine Krise ist ja eine massive Irritation. Ich würde schon sagen, dass es eine der Grundaufgaben des Journalismus ist, solche Krisen aufzugreifen, darüber zu berichten und, wenn Indizien vorliegen, auch frühzeitig davor zu warnen. Die Frage ist nur: wann haben Journalisten ausreichend fundiertes Wissen, um dies tun zu können?

*Hatten sie es in diesem Fall?*

Spachmann: Dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Es wird häufig gesagt, dass die Journalisten zu spät Tragweite und Brisanz der Ereignisse erkannt haben. Man kann dieser These folgen. Man kann aber auch fragen: haben die Journalisten, gerade die Wirtschaftsjournalisten, wirklich eine Chance, besser als die Wirtschaftsakteure und die Wirtschaftswissenschaftler zu sein? Daran schließt sich dann die Frage an, ob denn die Fachleute aus diesen beiden Gruppen die Krise rechtzeitig und angemessen thematisiert haben.

*Wie ist Ihre Einschätzung?*

Spachmann: Es gab einzelne Wissenschaftler und Experten, die haben das Gefahrenpotenzial früh erkannt und gewarnt. Aber wann greifen Journalisten diese vereinzelt Stimmen auf? Die Wirtschafts-Fachjournalisten machen das eher nicht, denn die sind zu nahe an den Wirtschaftsakteuren und an der Wirtschaftslogik dran. Die rennen dem Mainstream nach. Da kann man darüber diskutieren, ob das ein Defizit ist und ob sie es nicht besser können. Ich denke aber, dass dieses Verhalten funktional zu erklären ist: Es ist nicht die Aufgabe dieser speziellen Perspektive des Wirtschafts-Fachjournalismus, einzelne Warnungen, die das System und die zu Grunde liegenden Regeln kritisch in Frage stellen, herauszugreifen und darüber dann zu berichten. Das sieht im General-Interest-Wirtschaftsjournalismus anders aus. Der ist sensibel für solche Irritationen, muss dafür sensibel sein. Und da lässt sich beobachten, dass große Magazine bereits Anfang 2008 vieles dargestellt haben, was durch die Krise auf uns zukommen kann. Also einzelne, ressourcenstarke Medien sind dieser Aufgabe durchaus frühzeitig und gut nachgekommen.

*Wie intensiv pflegen eigentlich Regional-Medien diese übergeordnete gesellschaftliche Wirtschaftsberichterstattung?*

Spachmann: Das ist zunächst eine Frage des redaktionellen Konzepts. Bei vielen regionalen Tageszeitungen ist das überhaupt nicht auf der Agenda, weil sie eine Wirtschaftsberichterstattung betreiben, die nicht Wirtschaftsprozesse nachzeichnet, sondern Ergebnisse fokussiert und Konsequenzen für Verbraucher herausstellt. Es ist eine Wirtschaftsberichterstattung, die stark auf Agenturen zurückgreift, die nicht aktiv und schon gar nicht investigativ ist. Und dann ist das eine Frage der Redaktionsorganisation: Wie sind in einer Tageszeitungsredaktion Wirtschaftsressort und Politikressort oder andere Ressorts miteinander vernetzt? Arbeiten die Ressorts isoliert, wie koordinieren sie sich? Welche Debatten finden in der Redaktion gerade zwischen Politik- und Wirtschaftsredakteuren statt? Wirtschaft auf diese Weise als Querschnittsthema zu behandeln, eigene thematische Zugänge zu entwickeln – das sind Stärken der Tageszeitungen und aller Universalmedien, darauf können sie setzen. Da kann man jetzt kritisieren, das machen die Zeitungen noch zu wenig. Viele Redaktionen haben aber auch gar nicht die Ressourcen, um eigene Geschichten zu machen, die breiten Analysen und Hintergründe zu liefern. Noch etwas anderes kommt hinzu: Bei investigativen, eigenrecherchierten Geschichten liegt der Ertrag in der Zukunft und ist unsicher. Das heißt, eine Redaktion kann mit solchen vorseilenden, vorausgehenden Geschichten auch schief liegen. Dagegen sind beispielsweise Nutzwert-Geschichten journalistisch einfacher, zumindest ohne großes Risiko umzusetzen. Und beim Publikum kommen sie an. Da bedarf es dann schon eines klaren, langfristigen Konzepts, um nicht nur das nahe liegende zu machen.

*Zwei Thesen: Kann es sein, dass das Thema Finanzmarktpolitik für den deutschen Journalismus einfach neu war, so dass es weder spezielle Kompetenzen noch klare Zuständigkeiten gab? Und: Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde von einer rot-grünen Regierung umgesetzt. Die eher marktnahe Opposition aus Union und FDP war auf keinen Fall dagegen, wollte eher mehr Liberalisierung. Beeinflusste die Tatsache, dass es keine nennenswerte parlamentarische Auseinandersetzung darüber gab, die massenmediale Berichterstattung?*

Spachmann: Ich denke, dass wir zumindest von den Mainstreammedien, wozu ich die Regional-Medien zähle, nicht erwarten können, dass sie Themen aus komplett anderen Perspektiven bearbeiten, als die, die in der Gesellschaft dominieren. Also: Themen, die gesellschaftlich unumstritten sind, werden von diesen Medien nicht strittig behandelt. Das würde sie überfordern. Ich glaube, man überfrachtet den klassischen Nachrichtenjournalismus, der nahe an den Ereignissen ist und schnell arbeiten muss, wenn man diese Erwartung an ihn stellt. Seine Aufgaben liegen ja eher darin, Prozesse nachzuzeichnen und die gesellschaftliche Diskussion angemessen abzubilden. Gerade der Nachrichtenjournalismus stößt auch auf Legitimitätsprobleme, wenn er kritische Stimmen überbetont, vielleicht Außenseiterpositionen herausgreift und dabei die große Mehrheit der anderen Stimmen vernachlässigt.

Andere Medien haben aber durchaus diese Funktion und besitzen auch ein entsprechendes Selbstverständnis. Sie setzen auf Interpretation, Analyse und Kommentierung, bearbeiten grundsätzliche Fragen und haben auch einen investigativen Anspruch. Dazu zählen etwa Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine, aber durchaus auch einige überregionale Qualitätszeitungen.

*Wie beurteilen Sie die Berichterstattung der Massenmedien seit September 2008?*

Spachmann: Ich würde den Journalisten grundsätzlich schon ein gutes Zeugnis ausstellen. Man kann die These vertreten, dass sie zu spät eingestiegen sind. Aber als die Krise offensichtlich war, hat der Journalismus, auch der Wirtschaftsjournalismus, einen guten Job gemacht. Er hat das Thema aufgegriffen, Hintergründe erläutert, die Konsequenzen für die Bürger aufgezeigt, in seinen Rollen als Anleger, Verbraucher und Staatsbürger. Natürlich haben die Boulevard-Medien dabei übertrieben. Das tun sie immer. Aber vielleicht haben sie so Menschen für dieses Thema interessiert, die sich sonst darüber nicht informiert hätten.

*Kann oder muss der Wirtschaftsjournalismus Lehren aus der Krise und seiner Berichterstattung über sie ziehen?*

Spachmann: Tageszeitungen sollten eine politischere und kritischere Wirtschaftsberichterstattung wagen. Sie sollten vor allem wieder die Einordnung wirtschaftlicher Themen in die gesamtgesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Diese allgemeine General-Interest-Perspektive auf die Wirtschaft ist auch die eigentliche Stärke der Tageszeitungen. Mit den Konzepten Newsdesk und Themen-Management sehe ich auch eine gute Chance, dass die Themen inhaltlich stärker vernetzt bearbeitet werden und nicht länger in isolierten Ressortstrukturen stecken bleiben.

*Haben die Massenmedien mit dieser Krise und ihrer Berichterstattung darüber beim Publikum an Vertrauen gewonnen oder verloren?*

Spachmann: Die Finanz- und Wirtschaftskrise war ja eine Steilvorlage für den Journalismus. Und die Journalisten haben durchaus etwas daraus gemacht. Ich gehe davon aus, dass das Publikum diese Leistungen goutiert. Die wenigsten Bürger machen sich jetzt Gedanken darüber, ob die Medien eventuell früher hätten berichten können. Das ist eine eher akademische Frage. Sie betrifft auch die Journalisten selbst, deren Selbstverständnis, aber sie hat grundsätzlich keinen Einfluss auf Reputation und Image des Journalismus. Journalisten, auch da würde ich dafür plädieren, den Journalismus nicht mit Erwartungen zu überfrachten, sind Begleiter, Beobachter der Gesellschaft. Der Journalismus kann nur über die Gesellschaft berichten und über die Politik berichten, die es gibt, er kann nicht oder nur in Ausnahmefällen Avantgarde sein. Wenn er Avantgarde sein wollte, hätte er seine Kernfunktion verfehlt.

## **11. Interview mit Volker Wolff, Universität Mainz\***

geführt am 17.9.2009 in Mainz

*Herr Wolff, definieren Sie aus Ihrer Sicht, was sind die zwei, drei Hauptaufgaben von Wirtschaftsjournalismus?*

Wolff: Das sind dieselben wie überall im Journalismus. Informationen zusammenzutragen, zu verarbeiten, Hintergründe zu beleuchten und Kritik zu üben, um den Lesern, Zuhörern und Zuschauern die Meinungsfindung zu erleichtern.

---

\* Volker Wolff ist seit Herbst 1995 Professor am Journalistischen Seminar der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Zuvor war der studierte Diplom-Kaufmann in verantwortlicher Position mehrere Jahre in der Versicherungswirtschaft tätig, arbeitete als Redakteur und Ressortleiter bei „Handelsblatt“ und „Capital“, und er war von 1991 bis 1995 Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“.

*Diese Aufgaben sind gleichrangig?*

Wolff: Ja.

*Es gibt den Finanz-, Wirtschafts- und Finanzmarkt-Journalismus. Es gibt jedoch auch die Themen-Segmente Finanz-, Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik. Sind das eigenständige Themensegmente, wandern sie zwischen Politik- und Wirtschaftsjournalismus, oder sind sie natürlicher und selbstverständlicher Bestandteil des Wirtschaftsjournalismus?*

Wolff: In der üblichen Definition gehören sie eindeutig zum Wirtschaftsjournalismus. Dass es in den Zeitungen, insbesondere bei den großen überregionalen Blättern, unterschiedlich gehandhabt wird, steht dem nicht entgegen. Die Entwicklung zeigt jedoch, dass die Grenzen fließend geworden sind. Hier Unternehmensberichterstattung, da Wirtschaftspolitik, dort Politik, das geht oft ineinander über, wie der Fall Opel zeigt, aber auch die Finanzmarktkrise.

*Wie gehen die Regionalzeitungen einerseits und andererseits die überregionalen Zeitungen mit diesen Themen im Alltag um?*

Wolff: Die Regionalzeitungen sind da häufig ein Trauerfall. Da müssen oft zwei, drei Redakteure sowohl die gesamte Wirtschaftsberichterstattung als eben auch die wirtschaftspolitische Kommentierung und Berichterstattung organisieren, nicht selten ohne eine entsprechende Zuarbeit eines Korrespondenten in Berlin. Da ist also alles auf zwei Personen zusammengeschoben. In den großen überregionalen Blättern sind die Aufgaben noch getrennt. Da gibt es Korrespondenten für Wirtschaftspolitik in Berlin und Brüssel, da gibt es die auf Unternehmen und Branchen spezialisierten Redakteure in den Zentralen und da gibt es die Finanzredakteure. Da arbeiten also Spezialisten im Team zusammen.

*Auch in Lehrbüchern ist oft zu lesen, der Wirtschaftsjournalismus habe sich mit einem besonders schwierigen und schwer verständlichen Thema zu beschäftigen, verglichen mit den Sparten Sport oder Politik. Die zweite Besonderheit: Die Versuche, die Berichterstattung zu beeinflussen beispielsweise via PR, seien beim Wirtschaftsjournalismus besonders intensiv. Kommentieren Sie bitte diese beiden Thesen?*

Wolff: Ob Wirtschaft inhaltlich komplexer ist als Politik und schwerer zu vermitteln, glaube ich nicht. Man kann es lernen, auch Bilanzen sind keine Geheimnisse. Und ob der Einfluss von außen hier oder da stärker ist, hängt vom einzelnen Thema ab. Ich glaube, dass der Einfluss der Bundesregierung und der einzelnen Ministerien auf die Berichterstattung in der Politik ziemlich groß ist. Ich glaube, dass der Einfluss großer Unternehmen oder bestimmter Branchen auf die Wirtschaftsjournalisten auch sehr groß ist. Dasselbe gilt beispielsweise für den Einfluss von bestimmten Sportvereinen auf bestimmte Sportjournalisten. Auf der anderen Seite ist der Einfluss eines Mittelständlers beispielsweise auf einen Branchenredakteur in der FAZ sehr gering. Da drehen sich dann die Verhältnisse. Dasselbe gilt für einen kleinen Sportverein und eine große Zeitung. Ich habe ein bisschen Probleme mit generalisierten Aussagen dieser Art. Man muss jeden Fall für sich anschauen.

*Wann hat die Finanzmarktkrise Deutschland so erreicht, dass sie als gesellschaftlich bedeutendes Ereignis angesehen werden musste, das kein Medium mehr ignorieren konnte? Zur Auswahl: Im September 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers oder im August 2007, als die Europäische Zentralbank (EZB) erstmals in hohem Umfang Liquiditätshilfen geben musste, um das Bankensystem am Laufen zu halten.*

Wolff: Materiell inhaltlich neige ich zum August 2007. Da war die Krise bereits voll entfaltet. Als großes gesellschaftliches, politisches und auch massenmediales Ereignis wurde sie erst ein Jahr später mit der Pleite von Lehman Brothers zur Kenntnis genommen. Jetzt ist die Frage, wie definieren wir Krise. Wenn die Krise eine dramatische Zuspitzung mit existenzbedrohenden Ausmaßen ist, dann müsste man wirklich erst mit Lehman Brothers anfangen. Das alles vorher schon da war und sich abzeichnete, dass wir mit Lehman Brothers nur noch einen quantitativen Sprung gemacht haben, steht dem nicht entgegen.

*Gehört es zu den Aufgaben des Wirtschaftsjournalismus, als gesellschaftliches Frühwarnsystem zu fungieren und Gesellschaft und Öffentlichkeit vor den Krisen zu warnen, die er begründet zu erkennen glaubt?*

Wolff: Eindeutig ja. Noch einmal: Der Journalismus muss auf allen Feldern Informationen zusammentragen, aufbereiten, den Hintergrund beleuchten, gewichten, Kritik üben und damit die Meinungsbildung ermöglichen. Das heißt, er muss sich Gedanken machen über die Dinge, die passieren, sie bewerten und dann dem Leser eine Interpretation liefern.

*Was heißt dann warnen? Ist das normale Berichterstattung oder mehr?*

Wolff: Was ist normal? Im normativen Sinne gehört das Warnen zum Normalen. Im empirischen Sinne gehört es leider schon zum Außergewöhnlichen. Ein Journalist, der eine Branche beobachtet, hat die Aufgabe eins und eins zu addieren und das Ergebnis mitzuteilen. Wenn sich ihm da der Eindruck aufdrängt, hier läuft etwas schief, dann muss er das sagen. Das ist sein Job. Die Frage ist jetzt nur – und da müssen wir ein bisschen aufpassen –, hätte das, was sich im vergangenen Jahr in der Finanzkrise ereignet hat, ein Journalist viel früher sehen müssen oder sehen können.

*Hätte er?*

Wolff: Ja und nein. Wir müssen zwei Märkte unterscheiden: den Interbankenmarkt, die Geschäfte zwischen den Banken, mit all ihren strukturierten Produkten, zum Beispiel den Asset-Back-Securities, und den Retail-Markt, also den zwischen den Verbrauchern und den Banken. Diese beiden Märkte werden meines Erachtens in der Diskussion über das Versagen des Journalismus nicht klar genug auseinander gehalten. Nehmen Sie den Interbankenmarkt. Hätten Journalisten hier merken müssen und können, was da sich zusammenbraut? Ich glaube, nein. Wenn schon Finanzaufsichtsbehörden nichts merken, wenn es die Warnsysteme der Banken nicht merken, wenn es die Rating-Agenturen nicht merken, dann ist es von einem außen stehenden Beobachter wirklich zu viel verlangt, hier ein nahendes Unglück zu erkennen. Und ein Journalist ist ex definitione distanziert und außenstehend. Man darf als Rezipient darauf hoffen, dass der eine oder andere Beobachter mitbekommt, dass es in den USA eine Immobilienblase gibt, was ja auch der Fall war. Aber wie dies alles via dieser strukturierten Produkte verkettet war, das konnte meines Erachtens kein Journalist merken. Jetzt nehme ich den anderen Markt. Was sich da zusammenbraute, beispielsweise rund um die Zertifikate, das hätten Journalisten sehen müssen. Dass hier Produkte in den Markt gedrückt wurden, die unverständlich sind, die Risiken haben, die dem Verbraucher verschwiegen wurden, das alles hätten Journalisten schreiben können und müssen. Es hat zwar solche Warnungen von Journalisten gegeben, die darauf hinweisen, dass hier beinahe 300 000 Produkte auf den Markt schwappten, die keiner mehr versteht und dass da etwas falsch lief. Es waren aber zu wenige. Da hätten mehr warnen müssen. Zumal wir gut in Erinnerung haben, dass in der dot-com-Blase zwischen 1997 und 2000 und danach der Journalismus wirklich versagt hat, weil er sich zum Vertriebsinstrument der Banken hat machen lassen. Vor diesem Hintergrund hätten dieses Mal mehr Zeigefinger oben sein müssen. Bei den Nachrichten-Agenturen war von diesem kritischen Wissen gar nichts zu merken, bei den Regionalzeitungen auch nicht. Bei den Überregionalen ja, aber die hätten entschlossener mahnen müssen. Nur, es ist mühsam immer wieder zu mahnen und zu warnen, wenn die Bankenmaschine hunderttausende

Produkte ausspuckt und die Verbraucher sich darauf stürzen. Das müssen Sie als Redaktion erst einmal durchstehen.

*Welche Rolle spielte in diesem Zeitraum der Journalismus, der sich mit Fragen der Finanzmarktpolitik beschäftigt? Verbriefungen, Zulassung von Hedgefonds – der Finanzmarkt wurde in den Jahren 2000 bis 2006 in Deutschland ja erheblich liberalisiert.*

Wolff: Den finanzmarktpolitischen Journalismus, den hat es früher mit den Bundesbank-Beobachtern gegeben, die dann jede Zinsentscheidung der Notenbank ausführlich kommentierten. Aber diese Beobachter gibt es nicht mehr. Es gibt natürlich ein paar wirtschaftspolitische Experten, aber die waren doch überwiegend auf der Liberalisierungsschiene und von den Möglichkeiten der freien Finanzmärkte tief beeindruckt. Ich glaube auch nicht, dass sie hätten wissen können, was sich da zwischen den Banken an Unheil zusammenbraute. Ich glaube inzwischen, selbst innerhalb der Banken haben das nur die wenigsten kommen sehen. Und bei den Nachrichten-Agenturen und in den Regionalzeitungen, da hat dieses Thema einfach nicht stattgefunden.

*Ist der Wirtschaftsjournalismus nach der Dotcom-Krise und bis zur jetzigen Finanzmarktkrise im Großen und Ganzen seiner Aufgabe nachgekommen, über Vor- und Nachteile des Geschehens auf den Finanzmärkten solide zu berichten, oder ist er dieser Aufgabe eher nicht nachgekommen?*

Wolff: Nehmen wir die Finanzmärkte für Privatanleger. Hier ist der Finanzjournalismus nach der Dotcom-Krise auf etwas mehr Distanz zu den Banken und ihren Vertriebsmaschinen gegangen. Vor allem der überregionale Finanzjournalismus ging skeptischer und vorsichtiger an diese Themen heran. Das hat er ganz gut gemacht. Aber als die Zertifikate-Maschine richtig auf Touren kam, schmolz diese Distanz dahin. Bei den überregionalen Zeitungen wurde sie kleiner, bei den Regionalzeitungen verschwand sie. Die Regionalzeitungen sind für mich die großen Versager. Sie haben letztlich ungeprüft alles abgedruckt, was ihnen Freie und Agenturen ohne jegliche Distanz zum Objekt der Beschreibung angeboten haben.

*Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Arbeit der großen Nachrichten-Agenturen, vor allem von DPA?*

Wolff: Ich schicke voraus: Ich kenne keine systematischen Untersuchungen dazu. Ich lasse mich jetzt von meinem persönlichen Eindruck leiten. Der Eindruck ist, dass die Agenturen in der Sache der Resonanzboden für die PR der Banken waren. Das hat nichts mit gut und böse zu tun, das ist systemimmanent. Das Agenturgeschäft ist schnell, es verbietet mehr oder minder das Nachdenken. All dies spricht sehr dafür, dass man auf jede wolkige Präsentation reinfällt. Die kritische Auseinandersetzung mit dem, was da gekommen ist, hat bei den Agenturen nicht stattgefunden.

*Wir unterstellen einmal, dass es seit Anfang 2000 nachweisbar ausreichend prominente, einflussreiche und kompetente Stimmen gab, die vor den Fehlentwicklungen warnten, die dann letztendlich zu der heutigen Krise führten. Ich nenne die Wissenschaftler Shiller und Krugman, marxistische Wissenschaftler wie Huffschmid, ehemalige Bankiers wie Ludwig Poullain, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, Fachleute wie der Chef-Volkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und viele andere. Mit anderen Worten: Kompetentes und prominentes kritisches Wissen war leicht zugänglich und verfügbar für alle auf dem Markt. Beeinflusst diese Intervention Ihre Beurteilung des Verhaltens der Massenmedien?*

Wolf: Nein. Ich bleibe bei meiner Antwort mit dem nach Märkten differenzierten Urteil. Es ist normal, dass es Kasandras gibt. Die gibt es immer. Die gehören zum Leben. Poullain, Schmidt und Krugman haben das gesagt, viele dutzend Andere haben aber das Gegenteil gesagt. Die haben einfach gesagt, wir haben das alles im Griff. Und ver-

gessen Sie nicht: Es gab die institutionelle Seite, die nie Alarm schlug. Die Börsenaufsichtsbehörden, die Finanzaufsichtsbehörden, die Wirtschaftsministerien, die vereinten Bankaufsichtsbehörden aller Länder, sie haben alle nichts gemerkt und nichts getan. Wenn dann etwas passiert, ist doch nicht der Journalismus dafür verantwortlich. Das käme ja einer völligen Verkehrung der Verhältnisse gleich.

*Wie bewerten Sie die Leistungen des privat-wirtschaftlichen und des öffentlich-rechtlichen Fernsehens?*

Wolff: Im privaten Fernsehen gibt es faktisch keine distanzierte und kritische Wirtschaftsberichterstattung. Was den Retail-Markt angeht, eindeutig nein. Die senden, was immer irgendwelche Banker empfehlen. Und die öffentlich-rechtlichen Sender haben ein paar Verbrauchersendungen, die durchaus distanziert und kompetent sind. Aber auch die haben sich nicht um die gesellschaftspolitische Dimension gekümmert. Das hätte sie auch überfordert. Und beim Zertifikate-Drama haben sie unter dem Strich mitgespielt. Auch da gibt es einzelne Redaktionen, die vorsichtig waren und gut analysierten. Aber diese Wenigen retten die öffentlich-rechtliche Ehre nicht. Gemessen an den Milliardengebühren, seinen redaktionellen Ressourcen und inhaltlichen Ansprüchen war das öffentlich-rechtliche System als Cassandra ein Ausfall.

*Wie präsentieren sich die Medien in der Krise?*

Wolff: Ich finde, die überregionalen Blätter machen einen hervorragenden Job. Sie erklären, forschen nach den Ursachen, setzen Schwerpunkte, steigen mit hohen Ressourcen in diese Arbeit ein. Wer lesen wollte, konnte sich jetzt eine Menge zusammenstellen. Und die großen Regionalzeitungen, also Blätter wie die „Frankfurter Rundschau“, die „Berliner Zeitung“ oder der „Tagesspiegel“, stehen dem nicht viel nach. Normale Regionalzeitungen? Da nimmt das Niveau sehr schnell sehr stark ab. Die kratzen eher an der Oberfläche. Wenn es gut geht, tun sie das wenigstens solide. Und die kleinen Regionalzeitungen? Es ist alles traurig, was ich da in die Hände bekomme. Bei den Regionalzeitungen spiegelt sich in der Masse das Elend der fehlenden Kompetenz in der Wirtschafts- und Finanzberichterstattung wider. Auch jetzt in der Krise. Und die großen Magazine, wie beispielsweise der „Spiegel“, das ist schon erste Sahne.

*Das Fernsehen?*

Wolff: Ich glaube, bei diesem Thema stößt dieses Medium an seine Grenzen. Die brauchen ja immer Bilder. Und wenn sie dann irgendwelche Banker, die Koffer und Kisten aus einem Gebäude schleppen, und ein paar Schlangen vor irgendeiner schottischen Bank haben, dann ist das bestenfalls Oberfläche. Damit wird noch nichts erklärt.

*Wenn Sie die Leistungen vor und in der Krise zusammennehmen: Kann der Wirtschaftsjournalismus zufrieden sein, oder muss er jetzt selbstkritisch beraten und Konsequenzen ziehen?*

Wolff: Es ist immer richtig innezuhalten und zu fragen, was haben wir gemacht, was können wir besser machen. Ich glaube, dass die großen Redaktionen das auch tun. Aber ihre Verleger? Die sind ja entscheidend für die Ausstattung der Redaktionen mit Kompetenz. Die stellen sich meines Erachtens mehrheitlich dieser Frage nicht. Die haben im Moment andere Sorgen und werden sich über so ein nachgeordnetes Gebiet wie Wirtschaftsberichterstattung oder Finanzberichterstattung nicht den Kopf zerbrechen. Zumal sie mit dem Finanzgewerbe ja am liebsten Geld verdienen würden.

*Muss der öffentlich-rechtliche Teil des Journalismus, der grundsätzlich verlässlicher und besser mit Ressourcen ausgestattet ist, eine inhaltlich intensivere und bedeutendere Rolle einnehmen?*

Wolff: Wenn ich die Redaktionen im öffentlich-rechtlichen System höre, dann stöhnen die, als hätten sie genauso unter Einsparungen zu leiden wie alle anderen. Was natürlich nicht der Fall ist, weil die Rundfunkgebühren mit über sieben Milliarden Euro höher denn je sind. Ich kann nicht erkennen, dass sich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk etwas in Richtung auf eine intensivere Wirtschafts- und Finanzberichterstattung bewegt. Aktuell wird einiges gesendet, weil es die entsprechenden großen Ereignisse gibt. Aber das ist doch alles keine genauere und intensivere Finanzmarktberichterstattung.

*Welche Konsequenzen empfehlen Sie?*

Wolff: Der Wirtschaftsjournalismus muss in allen seinen thematischen Bereichen auf mehr Distanz gehen. Und die dann auch durchhalten. Das ist, abgesehen von der Kompetenz-Frage, für mich der entscheidende Punkt. Und deshalb wird mir auch mit Blick auf die Zukunft angst und bange. Wir haben im Print-Bereich eindeutig eine betriebswirtschaftliche Krise. Die heutigen Geschäftsmodelle funktionieren nicht mehr. Ich kann aber nicht erkennen, dass die Verleger Antworten finden, die Vertrauen schaffen und mehr sind als die ständigen Sparwellen, die alle zur Folge haben, dass die Blätter seichter werden, leichtere Themen machen, einen großen Bogen um die schweren Themen schlagen und permanent an Kompetenzen verlieren. Gerade im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Wir wissen ja jetzt schon, dass es in den Regionalzeitungen zu wenig Wirtschafts- und Finanzredakteure gibt. Ich fürchte, das wird alles noch schlimmer werden. Das ist der eine Trend. Und auf der anderen Seite arbeiten die Vertriebsmaschinen der Banken ungebrochen weiter. Da gibt es kein Umdenken, da herrscht das blanke Weiter-So. Das ist auch systemimmanent und irgendwo in sich schlüssig, schließlich leben sehr viele Menschen von dieser Arbeit. Wenn ich diese beiden Trends zusammendenke, wird mir unwohl. Was kommt da auf die Anleger zu? Und wer soll jetzt warnen? Ich fürchte, dass die Zeitungen, die Regionalzeitungen zumal, ihre öffentliche Aufgabe nicht mehr erfüllen werden. Und was ist dann? Ich kann nicht erkennen, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten diese Aufgabe übernehmen. Ich sehe nur die Stiftung Warentest als Leuchtturm in dieser dunklen Landschaft. Aber es ist natürlich jammervoll zu sagen, das sind die Letzten, die uns hier noch distanzierte, unabhängige, kundige und warnende Berichterstattung anbieten.

## **12. Zusammenfassung der Interviews**

Wir versuchen nach bestimmten Schwerpunkten wichtige Erkenntnisse und Befunde aus den Gesprächen zusammenzutragen und analytisch zu verdichten. Es geht uns vor allem um das Herausheben und Zusammentragen von neuen und/oder geschärft vorgetragenen Aspekten und Überlegungen, die Grundlage für strittige Diskussionen mit dem Ziel sein könnten, zu weiteren Erkenntnissen und gar praktischen Konsequenzen vorzustoßen. Es ist also nicht die Absicht dieser Analyse, nach einem quantitativen Modus Mehrheits- und Minderheitspositionen herauszudestillieren und festzuhalten, sondern nach von uns gesetzten inhaltlichen Schwerpunkten, die Einschätzungen und Vorschläge unserer Interview-Partner zu gliedern und zu gewichten.

### **12.1 Reichweite und Themenverantwortung**

Für fast alle Gesprächspartner gehören die Themen-Segmente Finanzmarktpolitik, Finanz- und Wirtschaftspolitik selbstverständlich zum Wirtschaftsjournalismus und sind von ihm inhaltlich zu betreuen und zu verantworten, wengleich immer im Kontakt mit den politischen Ressorts. Es gibt den Hinweis, dass sich heute häufiger und mehr Themen als früher in einer Art thematischen Mixed-Zone bewegen; als Beispiel wird u.a. der Konflikt um die Sanierung des Automobil-Unternehmens Opel angeführt, der mal ein Thema der Unternehmens- oder Branchenberichterstattung sei, mal eines mit volkswirtschaftlicher, mal eines mit wirtschaftspolitischer oder gar politischer Dimension. Diese Mixed-Zone werde immer breiter, sagen einzelne Gesprächspartner. Mehrheitlich sehen sie für diese Themen den Wirtschaftsjournalismus als die treibende, inhaltlich verantwortliche und entscheidende kompetente Kraft innerhalb der Redaktionen an.



## 12.2 Aufgabe der Medien: Alarm schlagen?

Fast alle Gesprächspartner bezeichnen es als Aufgabe der Massenmedien, Gesellschaft und Öffentlichkeit vor Krisen wie der jetzigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu warnen. Der ehemalige Journalist und heutige Wissenschaftler Christoph Moss weist den Leitmedien auch unverändert die publizistische Kraft zu, dies tun zu können: „Nehmen wir Anfang des Jahres 2007. Damals gab es Berichterstattungen über mehrere Immobilienblasen. Wäre dieses Thema bei einem wichtigen Medium mehrere Tage auf der Titelseite gewesen, dann hätten vermutlich andere Medien nachgezogen, und es hätte diesen Dominoeffekt wahrscheinlich gegeben. Wenn aber ein Thema einfach nur ‚stattfindet‘, irgendwo im Blatt veröffentlicht wird, dann wird es auf diesem Informations- und Meinungsmarkt kaum wahr-, jedenfalls nicht ernst genommen. Solche Leitmedien haben also immer noch die Möglichkeit, Themen zu setzen. Sie haben damit auch die Verantwortung dafür und müssen sich deshalb im Zweifel mit den Nachfragen auseinandersetzen: Warum habt Ihr das hochgezogen? Oder: Warum habt Ihr das nicht hochgezogen?“

Und auf die Frage nach den Defiziten sagt Moss: „Na ja, es ist dem Wirtschaftsjournalismus eben nicht gelungen, das Thema der herausziehenden Krise in die Breite zu ziehen, es ist ihm eben nicht gelungen, dem interessierten Leser, dem Staatsbürger hier klarzumachen, dass das, was in einem amerikanischen Vorort passiert, am Ende dazu führen kann, dass hier in Frankfurt, Dortmund, Wiesbaden ein 65jähriger Rentner Geld verliert. Diesen Zusammenhang hat er nicht hergestellt. Und ich denke, nicht ein einzelnes Medium, aber das journalistische System als Ganzes hätte das leisten müssen. Das kam ja nicht von heute auf morgen.“

Der Medienwissenschaftler Klaus Spachmann erinnert daran, dass auch bei dieser Frage die grundsätzlich unterschiedlichen Bedingungen von Politik- und Wirtschaftsjournalismus beachtet werden sollten: „Ich will ... betonen: Politik ist öffentlich, Wirtschaft in der Regel privat. Das prägt natürlich die Berichterstattung wesentlich. Wann ist ein Ereignis in einem Unternehmen wert, dass darüber berichtet wird? Und wie erhält der Journalist auch verlässliche und nicht nur einseitige Informationen darüber? Das ist schon eine Besonderheit, die sehr beachtet werden muss.“

Zu der Frage, ab wann und wie denn hätte gewarnt werden können, sagt Rainer Hank, FAS: „Natürlich hätten – im Nachhinein gesehen – die Berichte über das Zusammenbrechen des amerikanischen Immobilienmarktes viel stärker und lauter sein müssen. Aber was wäre der richtige Ton denn gewesen? Man weiß nicht, wie sehr die Verstärkeranlage aufgedreht werden muss, weil man dummerweise die Zukunft nicht kennt.“

Robert von Heusinger, FR, schildert an einem Beispiel, warum nicht mehr Medien spätestens Mitte 2007 Alarm geschlagen haben, einem Zeitpunkt also, zu dem für fast alle Gesprächspartner die Krise unwiderruflich eingetreten war: „Im April 2007 gab es drei heiße Wochen. Dann glitt alles in eine Phase des Wohlgefallens ab und kochte im August wieder hoch. Aber dieses Finanzsystem hatte schon so viele tiefe Krisen produziert. Und dann gab es die folgende Erfahrung: Als die Blase der New Economy um die Jahrtausend-Wende platzte, hätte es eigentlich aufgrund der sehr hohen Fremdfinanzierung auch eine Bankenkrise geben müssen. Gab es aber nicht. Warum? Weil schon damals alle Anleihen und Kredite gestückelt, neu verpackt und mit all ihren Risiken weiterverkauft worden sind. Also das Prinzip dieser Verbriefungen. Und deshalb waren die Risiken überall verteilt. Und weil die so weit verteilt waren, deshalb gab es keine Bankenkrise. Und deshalb dachte man erst auch in dieser Phase, also im Jahr 2007, das wird auch dieses Mal wieder gut gehen. Wenn was kippt, dann einzelne Banken, aber das System ist sicher. Deshalb plätscherte das nach dem August 2007 erst einmal wieder dahin, auch in der Berichterstattung der Medien, die sich überhaupt um diese Themen gekümmert haben. Die Lage war nicht so, dass man Feuer rufen konnte. Und niemand glaubte damals an einen Zusammenbruch, auch ich nicht.“ Christoph Moss gibt die Verantwortung zu einem Teil an das Publikum weiter: „Es gab immer wieder Warnungen. Das heißt nicht, dass der gesamte Wirtschaftsjournalismus permanent gewarnt hätte. Aber, ich wiederhole mich, wer gesucht hat, hat gefunden.“

Wichtig ist den Gesprächspartnern, dass das Warnen weit vor der Agitation halt machen müsse und dass es nicht sein Ziel sein dürfe, das Publikum zu einer bestimmten Sicht auf die Ereignisse zu erziehen. Zudem müsse vorab der mögliche Schaden warnender oder gar dramatisierender Berichterstattung abgewogen werden, wie auch Malte Kreuzfeldt von der TAZ betont. Berichte beispielsweise über die betriebswirtschaftlich problematische Lage von Banken oder Unternehmen hätten auf jeden Fall eine Verschlechterung der Lage des Objektes der Berichterstattung zur Folge. Dies gelte natürlich auch in einer allgemeineren Weise, wenn beispielsweise in warnenden Berichten den Finanzmärkten generell eine Schräglage konstatiert werde und entsprechend Aktienkurse und Umsätze von dieser Berichterstattung negativ beeinflusst würden. Oliver Stock, HB, dazu: „Also, vor Gefahren, die sich sehr deutlich abzeichnen, müssen Journalisten warnen. Das ist sicherlich die Aufgabe auch einer Zeitung, eines Mediums und unseres Berufsstandes, so etwas zu skizzieren. Das klingt mir bloß viel zu lehrbuchhaft, im Alltag sieht es ja ganz anders aus. Im Alltag haben Sie immer wieder die Situation, dass Sie genau abklopfen müssen, wie sicher kommt denn jetzt das Unglück. Es gibt zahllose Möglichkeiten auf dem Weg zum Crash, vielleicht passiert dieses oder jenes und man kommt doch noch einmal daran vorbei. Und es gehört auch zur Verantwortung, nicht den Crash oder das Unglück herbeizuschreiben. Also ein ganz einfaches Beispiel ist eine Bank, die nicht gut dasteht. Wir erfahren das. Wir überlegen drei Mal, ob wir das schreiben, denn wenn wir es schreiben, erfüllt sich sozusagen diese Prophezeiung selbst und diese Bank steht am nächsten Tag tatsächlich nicht mehr gut da. Das heißt, wir müssen mit unseren Warnungen sehr, sehr sorgfältig umgehen. Und es hat vermutlich viele Möglichkeiten gegeben, die Finanzmarktkrise doch noch abzuwenden. Und es war Mitte 2007 wirklich nicht absehbar, wie schlimm es wird. Und deswegen kann nicht unsere Aufgabe darin bestehen, schwarz zu malen, sondern sie kann nur darin bestehen zu warnen, ja, aber auch die möglichen Auswege zu schildern.“ Michael Best warnt ebenfalls vor einer Überforderung des Journalismus in diesem Zusammenhang.

Robert von Heusinger, FR, definiert die Aufgabe des ‚Warnens‘ anders: „Ich sehe die Aufgabe etwas anders gelagert. Der Journalist hat die Aufgabe, das, was die Politik entscheiden will und soll, das, was Interessengruppen vorbringen und durchzusetzen versuchen, danach zu beurteilen, ob es der Allgemeinheit nutzt oder schadet. Das ist meines Erachtens der Kernpunkt. Übertragen auf unser Thema: Der Journalismus hätte früher thematisieren müssen, dass beispielsweise mit dieser Art von Liberalisierung der Finanzmärkte Einzelinteressen bedient werden und nicht Gemeininteressen. Davor hätte er warnen müssen, unabhängig davon, ob diese Politik potenziell zu einer Krise führen kann oder nicht.“ Und dem Kommunikations-Wissenschaftler Klaus Spachmann, Universität Stuttgart-Hohenheim, ist die folgende Leitlinie sehr wichtig: „Der Journalismus kann nur über die Gesellschaft berichten und über die Politik berichten, die es gibt, er kann nicht Avantgarde sein. Wenn er Avantgarde sein wollte, glaube ich, hätte er seine Funktion verfehlt.“ Medien-Wissenschaftler Volker Wolff, Lehrstuhlinhaber an der Universität Mainz, unterstützt diese Perspektive: „Es ist normal, dass es Kassandras gibt. Die gibt es immer. Die gehören zum Leben. Poullain, Schmidt und Krugman haben das gesagt, viele dutzend Andere haben aber das Gegenteil gesagt. Die haben einfach gesagt, wir haben das alles im Griff. Und vergessen Sie nicht: Es gab die institutionelle Seite, die nie Alarm schlug. Die Börsenaufsichtsbehörden, die Finanzaufsichtsbehörden, die Wirtschaftsministerien, die vereinten Bankaufsichtsbehörden aller Länder, sie haben alle nichts gemerkt und nichts getan. Wenn dann etwas passiert, ist doch nicht der Journalismus dafür verantwortlich. Das käme ja einer völligen Verkehrung der Verhältnisse gleich.“

### 12.3 Finanzmarkt-Krise und Bedeutung der Branche

Die meisten Interview-Partner legen den Zeitpunkt, zu dem sie sagen, die Krise habe Westeuropa und Deutschland erreicht und die Ereignisse auf den Finanzmärkten seien auch eindeutig als Finanzmarkt-Krise zu identifizieren gewesen, in die erste Hälfte bzw. Mitte des Jahres 2007. Robert von Heusinger äußert sich am pointiertesten: „Mitte September 2007 war klar, dass aus dieser Finanzkrise eine Weltwirtschaftskrise werden wird.“ Marc Beise, SZ, sieht das anders: Sicher habe es Entwicklungen gegeben, die früher begannen und die zu der Krise im September 2008 führten. Aber erst das sei für ihn das Datum, Mitte September 2008, an dem die Welt eine andere als

zuvor gewesen sei. Christoph Moss dazu: „Die Krise, die allgemein von den Massenmedien wahrgenommen wurde, begann ziemlich genau ein Jahr später mit dem Tag, an dem Lehman pleite ging. Aber eigentlich war die Krise bereits im Sommer 2007 für alle offenbar.“ Jedoch müsse man, so Moss weiter, differenzieren: „An der Stelle müssen wir aber unterscheiden: Was verstehen wir unter Medien? Wenn wir die Liga der überregionalen Medien und der klassischen Wirtschaftsmedien nehmen, ... , diese Medien haben natürlich die ‚echte Krise‘ wesentlich früher wahrgenommen und darüber entsprechend auch berichtet. Jedoch hat die breite Masse der audiovisuellen Medien, der Publikumszeitungen und Publikumszeitschriften, der Regional- und Lokalmedien tatsächlich erst mit der Lehman-Pleite dieses Thema erkannt.“

Die meisten Gesprächspartner sehen in der Finanzbranche nicht eine Wirtschafts-Branche wie jede andere, da sie Gesellschaft und Volkswirtschaft mit Geld versorge, ähnlich wie andere Branchen dies mit Energie und Wasser tun. Die Branche sei also von besonderer Bedeutung, da sie mit Geld und Krediten ein quasi-öffentliches Gut zur Verfügung stelle. Das bedeute jedoch nicht, dass sie in öffentlicher Verantwortung organisiert werden müsse, so mehrere Gesprächspartner. Das bedeute sehr wohl, so TAZ-Ressortleiter Malte Kreutzfeldt, dass Banken am besten zu verstaatlichen seien. Auch hier nimmt Marc Beise, SZ, eine etwas andere Position ein: Für ihn ist die Finanzbranche im Kern eine Branche wie jede andere, sie habe jedoch eine höhere Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft als andere Branchen.

Aufgrund dieser mehrheitlichen, wenn auch nicht einheitlichen Definition könnte für den Journalismus die Aufgabe abgeleitet werden, dass er deshalb dieser Branche grundsätzlich mehr Aufmerksamkeit widmen muss als den anderen.

#### 12.4 Umgang mit kritischem Wissen

Alle Gesprächspartner sagen, es habe viele kritische Stimmen gegeben, die teilweise bereits Jahre zuvor und – im Nachhinein gesehen – zudem relativ präzise vor den Fehlentwicklungen gewarnt hätten. Darunter seien auch viele fundierte Analysen und fachlich angesehene Warner gewesen, die von den Redaktionen hätten wahr- und ernst genommen werden können. Warum deren Wirkung so gering war, darauf geht Marc Beise, SZ, ein, der die Situation in den zwei, drei Jahren vor der Krise so zusammenfasst: „Also, es hat die kritischen Stimmen gegeben, aber sie blieben einzelne Stimmen, die sich nie zu einer kritischen Masse an Kritikern formierten.“ Und: „Im Nachhinein hätte man mehr auf diese Stimmen hören müssen. Aber da würde ich jetzt im Rückblick sagen, da mache ich mir keine Vorwürfe, weil es zwar gewichtige und glaubwürdige Kritiker gab, aber es waren zu wenige, um eine Wirkung zu erzeugen.“ Und Michael Best, ARD, ist die folgende Differenzierung wichtig: Es habe viele Warnungen gegeben, auch sehr konkrete, das sei richtig. Aber die seien zu einzelnen Punkten gewesen, also zu der Politik des billigen Geldes oder Warnungen bezüglich der US-Immobilien-Blase. Best: „Vor dieser Krise, die wir erlebt haben, hat niemand gewarnt.“

Robert von Heusinger nimmt diesen Punkt grundsätzlicher auf: „Wenn das herrschende Paradigma nicht mehr in der Lage ist, wichtige Vorgänge zu erklären, erst dann ist in Gesellschaften überhaupt die Bereitschaft vorhanden, zu einem anderen Paradigma zu wechseln. Es gab von Mitte der neunziger Jahre alternative Szenarien, kritische Ausarbeitungen von diesen Wissenschaftlern. Das ist richtig. Aber sie hatten es nie zu einem runden vollständigen anderen Paradigma ausgearbeitet, sondern diese Arbeiten verharrten immer auf dem Stand von Anomalien zur herrschenden Lehre. Und diese herrschende Lehre war immer noch die dominante. Erst jetzt durch die Krise ist diese herrschende Lehre diskreditiert. Und jetzt kann das Paradigma umschwenken auf Animal spirits, Herdentrieb und weitere Grundannahmen dieser Art. Und als Folge dieser Änderungen rückt auch wieder das Instrument der Regulierung der Märkte in den Mittelpunkt.“ Robert von Heusinger sagt, die eigene Grundhaltung sei ausschlaggebend dafür, wie mit potenziell kritischem Wissen umgegangen werde: „Wenn Sie gläubig sind und der Markt Ihnen heilig ist, wollen Sie dann gegen Gott sich wenden? Ja, es gab im Kern ausreichend kritisches Wissen. Über Risiko-Papiere, über die schnell wachsenden Spekulationssummen, nach und nach hat man ja auch erfahren, dass Banken Verträge abgeschlossen haben, über 200 bis 300 Seiten, deren Komplexität diejenigen, die unterschrieben

haben, gar nicht erfasst haben. Meistens schafften das nicht einmal deren Fachleute. Die Kernfrage ist eben: Wie wird solches Wissen bewertet, wird es überhaupt zur Kenntnis genommen und wenn ja, dann von wem?“ Von Heusinger geht von dem Grundsatz aus: „Ich glaube, das Grundproblem des Journalismus ist natürlich immer, dass er die herrschenden Trends verstärkt.“

Rainer Hank, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, erklärt: „Menschen nehmen eben oft nur das wahr, was in ihr bereits vorhandenes Weltbild hineinpasst. Und so wurde dieses kritische Wissen sicher zu oft heruntergespielt. Auch weil die Wirklichkeit diese Kritik erst einmal nicht bestätigte. Es gibt ja diesen berühmten Satz von Greenspan: Blasen können sie erst erkennen, wenn sie geplatzt sind. Der ist ja nicht falsch. Der bedeutet ja nicht, dass man sich vor dem Platzen der Blase keine Gedanken über das richtige Handeln machen muss. Aber solange die Blase nicht platzt, dementiert die Wirklichkeit immer die These des Häretikers.“ Und: „Ein Vergleich, der mir sehr eingeleuchtet hat, ist Pearl Harbor. Vor Pearl Harbor gab es unendlich viele sehr kluge Warnungen, die Japaner werden Amerika angreifen. Die herrschende Mehrheit hat es nicht akzeptiert und hatte gute Gründe, das klein zu reden. Die trauen sich gar nicht, die Japaner sind ängstlich feige Menschen, sie haben überhaupt nicht die militärische Kraft, dies zu tun und so weiter. Und das ist offenkundig etwas, was sich halt immer wiederholt.“

### 12.5 Rahmenbedingungen für potentielle ‚Warner‘

Wer beurteilt, wie sich die Massenmedien verhalten haben und ihnen eventuell vorwirft, sie hätten früher und lauter Alarm schlagen können, sollte die folgenden Aspekte berücksichtigen, die von unterschiedlichen Gesprächspartnern vorgetragen werden: In den Monaten und Jahren, in denen sich nach und nach die Krise auf den Finanzmärkten aufbaute, war in Westeuropa und Deutschland eine ungebrochene Wachstumsphase der so genannten real produzierenden Wirtschaft zu verzeichnen. Robert von Heusinger schildert dies anhand von Diskussionen zwischen Finanz-Journalisten und politischen Journalisten: „Es war sogar so, dass es von den Politik-Redakteuren, vor allem aus Berlin, Gegenwind gab. Die fragten sich immer, was schreiben denn diese Finanzmensen über die Krise, was für eine Krise, die gibt’s doch gar nicht. Es sinkt doch die Arbeitslosenzahl und die der Beschäftigten steigt. Ist doch alles gut. Was juckt uns da, wenn die EZB 80 Milliarden Euro Liquidität zuführen muss. Das war das Problem im Jahr 2007, aber noch mehr im Jahr 2008, diese völlig unterschiedlichen Welten: Die einen, die kritischen Finanz-Journalisten, fragten sich, geht das Finanzsystem endgültig den Bach hinunter. Und die anderen, darunter die meisten Politik-Redakteure, sahen nur eine blühende Wirtschaft, sinkende Arbeitslosenzahlen, steigende Exporte und so weiter. Diese Welten passten eben gar nicht zusammen.“

Zudem äußerten annähernd alle wichtigen regierenden Politiker, annähernd alle Volkswirte von wichtigen Akteuren (Banken, Versicherungen, große Institute) und alle namhaften und im Mainstream angesiedelten Wissenschaftler, es gebe so etwas wie eine ‚Firewall‘ zwischen der real produzierenden Wirtschaft und der Finanzbranche. Das heißt, Gesellschaft und veröffentlichte Meinung hatten zumindest auf den ersten Blick, keinen schwergewichtigen Grund um über Krisen nachzudenken.

Ein zweiter Punkt, den auch Malte Kreutzfeldt (TAZ) stark macht: Der Wirtschaftsjournalismus ist in seiner Arbeit, sowohl bei der Beschreibung der Wirklichkeit wie bei deren Deutung, abhängig von dem Wissen und vor allem der Vielfalt an Wissen, das ihm von den Wirtschaftswissenschaften zur Verfügung gestellt wird. Die Wirtschaftswissenschaften waren in den vergangenen Jahrzehnten jedoch geistig und wissenschaftlich-methodisch sehr homogen, also einseitig ausgerichtet. Das heißt, viele Lehrstühle waren und sind von marktnahe, wirtschaftsliberal und staatsfern denkenden Wissenschaftlern besetzt. Diese geistige Engführung der Wirtschaftswissenschaften spiegelt sich heute in einer bisher beachtlichen selbstkritischen Debatte innerhalb der Wirtschaftswissenschaften wieder. Gesprächspartner weisen in engem Zusammenhang mit dem eben genannten zweiten auf einen dritten Punkt hin: Es habe einen sehr starken gesellschaftlichen Mainstream gegeben, der per se alles gut gefunden habe, was staatsfern und marktnah gewesen sei bis in die TAZ-Redaktion hinein wie Malte Kreutzfeldt feststellt.

Im Zusammenhang mit dieser Behauptung müsste unseres Erachtens noch genauer untersucht werden, ob dieser Mainstream nur aus einer entsprechenden veröffentlichten Meinung bestand oder aus mehr, also tatsächlich aus einem allgemeinen Bewusstsein in Mehrheiten der Bevölkerung; im ersten Fall hätte sich dann das journalistische System selbst die Fesseln mit-angelegt, über das es sich nun beklagt. Wir bezweifeln nämlich diese Annahme, es habe ein entsprechendes Massen-Bewusstsein bei beachtlichen Bevölkerungs-Mehrheiten gegeben, da über Jahre hinweg fast alle repräsentativen Meinungsumfragen von angesehenen Instituten große Mehrheiten aus allen politischen Lagern ergaben für – der veröffentlichten Meinung widersprechende – Forderungen wie Mindestlohn, gegen Privatisierung, für einen starken Staat, für eine gesetzliche Altersversorgung und für starke Gewerkschaften.

Es gibt unseres Erachtens noch einen vierten Aspekt, der von den meisten unserer Gesprächspartner zwar entweder verneint oder gering taxiert wird, den wir jedoch trotzdem an dieser Stelle als gewichtig einführen wollen. Da die Politik der Liberalisierung der Finanzmärkte von zwei rot-grünen Bundesregierungen wesentlich umgesetzt worden ist, natürlich jeweils unterstützt von der konservativ-liberalen parlamentarischen Opposition, gab es zu dieser Politik im Bundestag keine nennenswerte Opposition und deshalb darüber auch keinen nennenswerten politischen Streit in der Gesellschaft; weil es diesen Streit nicht gab, deshalb wurde dieses Thema gesamtgesellschaftlich gar nicht oder nur am Rande zur Kenntnis genommen. Klaus Spachmann sagt in diesem Zusammenhang: „Also: Themen, die gesellschaftlich unumstritten sind, werden von diesen Medien nicht strittig behandelt. Das würde sie überfordern. Ich glaube, man überlädt und überfrachtet den klassischen normalen Nachrichtenjournalismus, wenn man diese Aufgabe an ihn stellt. Er hätte dann anschließend Legitimationsprobleme. Denn man könnte ihm dann ja entgegenhalten, er erledige seine Aufgabe nicht richtig, Prozesse nachzuzeichnen und Wirklichkeit adäquat abzubilden.“

Insbesondere die Gesprächspartner der überregionalen Zeitungen machten im Zusammenhang mit dieser These aus ihrer Geringschätzung für die politischen Akteure keinen Hehl. Ihre Argumentation: Da von diesen Gesprächspartnern keine Kompetenz erwartet wird in diesen Fragen, hätten sie sich, so einige Interviewpartner, beispielsweise von entsprechenden Debatten im Bundestag kaum beeinflussen lassen. Dem ist aus ihrer Sicht nicht zu widersprechen. Trotzdem seien aus unserer Sicht zwei Aspekte angefügt: Hätte beispielsweise bei einer konservativ-liberalen Bundesregierung eine auch in der Sache – nach Ansicht unserer Gesprächspartner – inkompetente rot-grüne Opposition diese Politik der Liberalisierung zu einem strittigen Thema gemacht, dann wäre so auf jeden Fall die Sensibilität von Multiplikatoren und meinungsmachenden Teilen der Bevölkerung für diese Themen erhöht beziehungsweise überhaupt erst geschaffen worden. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an das Echo, das der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering mit seinem Vorwurf an die Finanzinvestoren, sie handelten wie ‚Heuschrecken‘, auslöste, und an die Versuche des DGB, das Thema Kontrolle der Finanzmärkte im Zusammenhang mit dem DGB-Kongress im Mai 2006 zu einem gesellschaftlichen Thema zu machen; siehe dazu die Fallstudie im Kapitel IV. Abgesehen von dieser möglichen Sensibilisierung hätte ein solcher parlamentarisch-politischer Streit noch einen zweiten Effekt ergeben: Die Nachrichtenagenturen, welche die entscheidende Informationsquelle für Regional- und Lokalmedien und eine wichtige Orientierungs-Quelle für alle weiteren, auch nationalen Medien sind, hätten mit hoher Wahrscheinlichkeit über diese Themen allein aufgrund dieses Streites überhaupt erst einmal ausführlich berichtet. Es ist ein Merkmal der Arbeit dieser Agenturen, dass sie relativ verlässlich und getreulich ereignisorientiert berichten, also sie ‚setzen‘ in der Regel über Pressekonferenzen und Bundestagsdebatten wenigstens ‚irgendetwas‘ ab. Das heißt: Diese Themen wären wenigstens bei fast allen Redaktionen in dieser Republik im Umlauf gewesen und hätten eine Chance gehabt, allgemeine Aufmerksamkeit zu erringen.

Am Rande sei erwähnt, dass in diesem Zusammenhang der Rücktritt des Finanzministers im ersten Kabinett Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, und sein Rückzug aus der Politik faktisch mit einer De-Thematisierung dieses hier interessierenden Themas verbunden war. Er war der einzige oder zumindest einer der sehr wenigen bedeutenden Politiker in Deutschland und Westeuropa, der die Entwicklung auf den Finanzmärkten und deren Kontrolle zu

einem öffentlichen Thema machte; dass er sich auch wegen dieses Themas und seiner Haltung dazu damals isolierte – sicherlich spielten bei dieser Isolierung Persönlichkeit, persönliches Verhalten, taktisches und strategisches Vorgehen auch eine wesentliche Rolle –, sagt etwas über die Kraft des Mainstreams in der Zeit um die Jahrtausend-Wende aus.

Es gibt noch einen fünften Punkt, den mehrere Gesprächspartner anführen: Das Themenfeld der Finanzmärkte sei inhaltlich besonders komplex und intransparent, so dass sich Redaktionen – abgesehen von denen der sehr wirtschaftsaffinen Medien – scheuten, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, mit dem Argument, man sei nicht in der Lage, dieses Thema – aus einer unabhängigen Warte – sachgerecht zu beurteilen. Da das Thema so komplex und speziell sei, sei auch zu vermuten, so wird die Argumentation weitergeführt, dass es vom Publikum, abgesehen von wenigen Interessierten, nicht geschätzt werde. Dieser letzte Aspekt spielt insbesondere in den Wirtschafts-Redaktionen eine besondere Rolle, die es sich bewusst zur Aufgabe gemacht haben, die Leser- Hörer- oder Zuschauerschaft zu verbreitern, um aus dem Ghetto des üblichen 30 Prozent Anteils am jeweiligen Gesamt-Publikum herauszukommen.

In Verbindung mit diesem fünften Punkt spielt sicher auch sechstens das Problem eine Rolle, dass die entscheidenden Vorgänge in nicht-kontrollierbaren privatwirtschaftlichen und nicht-kontrollierten öffentlich-rechtlichen Finanz-Bereichen sich abspielten und anbahnten. So war dieses Thema für den Journalismus, der konkret und sehr begründet über die Sachverhalte berichten wollte, wenn überhaupt, dann nur mit einem sehr hohen Aufwand zu recherchieren; ein Aufwand, der auch die Möglichkeiten beispielsweise von starken überregionalen Tagesmedien überschreitet. Andererseits gab es offenkundig nur geringe Möglichkeiten, Informationen von ‚Insidern‘ zu erhalten, da in diesem System so viel Geld verdient werden konnte, dass auch die potenziellen ‚Verlierer‘ vermutlich noch reich geworden sind; insofern gebietet der kritische Verstand, in den hohen Abfindungen für versagende Manager in der Finanzbranche auch ‚Schweigegelder‘ zu sehen.

Es kommt, siebtens, noch ein Punkt hinzu, der bereits oben am Rande erwähnt worden ist, als es um die Frage ging, unter welchen Bedingungen Wirtschaftsmedien Berichte über krisenhafte Entwicklungen bei Unternehmen oder auf Finanzmärkten generell veröffentlichen können oder müssen. Das oben dargestellte ehrenvolle Abwägen der Wirtschafts-Journalisten – wird mit der kritischen Berichterstattung möglicherweise ein Zustand zu Lasten von Unternehmen und Arbeitnehmern noch einmal verschlechtert? – hat ein weniger ehrenvolles Gegenüber: Die Akteure in der Finanzbranche versuchen nicht nur mit Koppel-Geschäften sich die Medien gefügig zu machen, sie üben ganz selbstverständlich – so die Erfahrung von Interview-Partnern – erheblichen Druck auf Medien aus, kritische Berichte zu unterlassen. Marc Beise, SZ: „Wir stehen als Wirtschaftsredakteure sehr viel stärker unter dem Druck der Subjekte, über die wir berichten, sei es die Drohung mit Gegendarstellungen über Schadensersatzprozesse bis hin zu Anzeigenboykotten. Das ist härter als im politischen Bereich. Eindeutig.“ Für Oliver Stock, HB, ist dies ebenfalls Teil des Alltages: „Wenn wir über Unternehmen berichten, insbesondere über börsennotierte Unternehmen, da geht es regelmäßig um sehr, sehr viel Geld, und wenn es dann um Vorgänge oder Daten geht, die beispielsweise den Aktienkurs nach unten treiben könnten, da tun natürlich PR-Strategen und sonstige Unternehmens-Berater alles, um so eine Aussage zu verhindern. Das passiert regelmäßig.“

### **12.6 Journalistische Distanz, Kritik und Selbstkritik**

Mehrere Gesprächspartner gehen davon aus, dass der Wirtschafts- und Finanzmarkt-Journalismus Distanz zu den Objekten und Subjekten seiner Berichterstattung verloren hat. Klaus Spachmann bestätigt diesen Befund für einen Teil des Finanzjournalismus uneingeschränkt: „Der Fach-Wirtschaftsjournalismus, der also die Produzenten-Perspektive einnimmt, der ist zwangsläufig sehr nahe bei den Akteuren der Wirtschaft. Da gibt es Bereiche, wo man die beiden Seiten fast nicht mehr unterscheiden kann. Da ist dann die Frage, ist das noch Journalismus, also wo bleibt dann der Journalismus beim Wirtschaftsjournalismus und wie kann es gelingen, Distanz einzunehmen.“

Distanz zu halten, das ist eine kleine Herausforderung, wie Gerald Braunberger, FAZ, an einem Beispiel schildert: „Aber schauen Sie, was wollen Sie denn machen: Es brennt auf den Finanzmärkten. Die Leute, die Sie fragen, sagen alle, das kann ich auch nicht erklären. Und dann sind Sie bei einem kompetenten Banker zum Abendessen eingeladen und der sagt dann: So, jetzt erzähle ich Ihnen mal ein bisschen was. Dann sind Sie dankbar. Die Distanz wahrt sich nicht immer ganz so einfach.“

Warum es nicht einfach ist, dafür gibt es mindestens drei wesentliche Gründe. Es gibt erstens die Abhängigkeit von dem Wissen der Akteure, zumal es gerade in den Themen-Bereichen der Finanz- und Finanzmarktpolitik – siehe unter anderem die Abhängigkeit der Ratingagenturen von ihren Auftraggebern, die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften etc. – offenkundig kein von diesem System und deren Akteuren unabhängiges Wissen zu geben scheint beziehungsweise dieses nur sehr schwer zu beschaffen ist. So ist es aus unserer Sicht ein für die wahren Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse bedenkliches Zeichen, wenn der verantwortliche Redakteur der FAZ – von der Reputation, der Ausstattung und Qualifikation der Redaktion und der Unabhängigkeit her gesehen für diesen Themen-Bereich vermutlich das entscheidende und publizistisch stärkste Tages-Medium in Deutschland – für die Beschaffung von bestimmten Informationen ausschließlich auf hoch positionierte Bankvorstände angewiesen ist; im Kern bedeutet dies, dass es in solchen Fällen und Zeiten nur Wissen gibt, das faktisch nicht mit interessen-unabhängigen Informanten und Fachleuten gegengeprüft werden kann.

Es ist zudem anzunehmen, dass die Zentralredaktionen mit ihren Anforderungen an Exklusivität und aktuellem Wissen, das mindestens dem Stand des Wissens der massenmedialen Konkurrenz entsprechen soll, diese Abhängigkeit der jeweiligen Finanz-Journalisten noch erheblich verstärken. Es gilt intern nur derjenige etwas, der diese Informationen dann auch beschaffen kann, auch wenn die erfolgreiche Beschaffung nur über inhaltliche Anpassung gelingen kann; darüber wird dann in den Redaktionen aber nicht gesprochen.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass vor allem aufgrund der Homogenität der Wirtschaftswissenschaften und des herrschenden Paradigmas der Marktnähe beziehungsweise der Markt-Gläubigkeit es sehr schwierig war, Informationen und Analysen aus anderen Quellen als denen der Finanz-Community zu beschaffen.

Es gibt eine ungerne thematisierte Abhängigkeit, die sich in kaum nachweisbaren informellen Bereichen abspielt und die als eine betriebswirtschaftliche Abhängigkeit charakterisiert werden kann. So genannte Koppel-Geschäfte mit Akteuren der Finanzbranche scheinen –schriftlich nicht belegbar, aber von zahlreichen Äußerungen kundiger Akteure beglaubigt – in einem sehr bedenklichen Umfang bereits zum Alltag zu gehören; wohlwollende Berichte gegen Anzeigengeschäfte.

Die dritte Form von Abhängigkeit ist eine sehr persönliche: Man mag nicht gerne Außenseiter sein, man will dazu gehören. Das gilt eben auch für Journalisten. Das ist das Schmiergeld „namens Nähe“, wie der Journalist Peter Zu-deick dies bereits vor zwei Jahrzehnten bezüglich des Verhältnisses der politischen Journalisten zur Politik beschrieben hat. Rainer Hank über das Heute von Wirtschaftsjournalisten: „Und Journalisten verhalten sich eben auch gerne prozyklisch, sind lieber mit der herrschenden Stimmung verbunden, als dass sie gegen sie arbeiten wollen. Zumal auf allen Märkten in den Jahren 2001 bis 2008 immer alles nach oben ging. Und da sollen Sie dann den Spielverderber spielen? Hmm, das ist so eine Sache. Also da heulen die Journalisten, das ist keine sehr schöne Eigenschaft, aber sie heulen halt auch lieber mit den Wölfen.“

Dieses persönlich motivierte Nähe-Bedürfnis ist bei unserem Untersuchungsgegenstand mit einer inhaltlich-ideologischen Nähe eine Wechselwirkung eingegangen. Gerald Braunberger skizziert die Haltung der FAZ so: „Wir waren mitten im liberalen Mainstream, das kann man sagen.“

Es gibt diese Anmerkungen, die – öffentlich geäußert – allein deshalb sehr hoch einzuschätzen sind, weil sie für Außenstehende im Nachhinein Fehleinschätzungen offenbaren, die intellektuell kaum zu verstehen sind. So bleibt letztlich unverständlich, warum Rating-Agenturen als Informationsquelle für den Wirtschaftsjournalismus überhaupt zu einer seriösen Quelle werden konnten. Gerald Braunberger dazu: „Aber auch wir haben Dinge nicht gesehen, die wir hätten sehen müssen. Ein Beispiel: Es ist doch offensichtlich, dass die Anreizstrukturen bei diesen Rating-Agenturen komplett falsch sind. Die beurteilen Produkte und werden von denen bezahlt, die diese Produkte auflegen und verkaufen wollen. Und dann gibt es eigentlich nur zwei, drei führende Rating-Agenturen, die werden dann noch gegeneinander ausgespielt. Da ist die Neigung natürlich sehr stark, Gefälligkeits-Gutachten auszustellen. Das hätten wir alle sehen müssen. Das war Betriebsblindheit.“ Einen zweiten Punkt führt Rainer Hank an: „Das wäre aus meiner Sicht eine Lehre aus der Krise. Also sich ständig der Verletzlichkeit von Märkten, der inhärenten Instabilität von Märkten bewusst sein. ... Ja, das ist schon eine Lehre für unser Tagwerk.“ Die Frage drängt sich – für Außenstehende im Nachhinein – auf: Warum ist das überhaupt noch zu lernen, in Anbetracht der generell unsicheren Märkte, der täglichen millionenfach auf Basis unsicherer Annahmen gefällten Entscheidungen, der über Jahre hinweg fast unaufhörlichen Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrisen weltweit?

Es wird von Gesprächspartnern die These geteilt, dass der Wirtschaftsjournalismus möglicherweise aus strukturellen Gründen – Mangel an Ressourcen, der ungewohnte Umgang mit einem relativ neuen Thema, Mangel an klaren redaktionsinternen Zuständigkeiten – eine entscheidende Perspektive über Jahre hinweg vernachlässigt hat: die der Finanzmarkt*politik*, also die der gesellschaftlichen Dimension der Finanzmärkte. Intensiv sind dagegen die Perspektiven der Anbieter einerseits und der Nachfrager andererseits bearbeitet worden. Für sein Medium bestreitet Michael Best diese Einschätzung: „Ein öffentlich-rechtliches Fernsehen blickt immer aus der Perspektive der Volkswirtschaft auf die Finanzmärkte.“ Bei der ARD habe es eben den einen blinden Flecken gegeben, das Thema Regulierung, das man nicht beachtet habe. Best: „Das hat sich jedoch mit der Krise gründlich und nachhaltig geändert.“

Marc Beise, SZ, macht auf die Scheu vor Komplexem aufmerksam: „Wir bemühten uns viel zu wenig darum, komplexe Sachverhalte zu durchdringen und zudem Zusammenhänge herzustellen, denn erst dann kann man eventuelle Fehlentwicklungen in ihrer eigentlichen Dimension erkennen. Das ist mein Hauptpunkt.“ Er setzt diese These bewusst gegen die Erklärung, das überwiegend marktliberale Denken im Wirtschaftsjournalismus habe sozusagen den Blick auf die heranwachsenden Probleme verstellt. Diese Erklärung hält er für falsch. Beise: „Deshalb rührt das Versagen nicht aus diesem Denken heraus, sondern, ich wiederhole mich, aus dem Nicht-Beschäftigen mit einem Themenbereich. Wir haben nicht falsch gedacht, wir haben vielmehr nicht weit genug gedacht und uns zu wenig Mühe gegeben.“

Michael Best, ARD-Börsenredaktion, sieht dieses Motiv für sein Medium auch. Fernsehen habe generell mehr Probleme als Printmedien, solche Themen aufzugreifen, da es sehr schwierig sei, sie zu visualisieren. Wenn ein solches Thema, das letztlich „zu sperrig“ sei, also nicht von besonders aktueller Brisanz sei, dann werde es nicht behandelt. Best: „Ich kann mich nicht erinnern, dass wir aus Berlin – ich war auch einmal Korrespondent im Hauptstadtbüro der ARD – Berichte gesendet haben über eines dieser Finanzmarktförderungsgesetze. Ich glaube auch nicht, ich habe es allerdings nicht überprüft, dass dieses Thema Regulierung im Rahmen der Börsen-Berichterstattung früher eine herausgehobene Rolle gespielt hat.“

Wissenschaftler wie Christoph Moss sehen, bestätigt durch eigene Untersuchungen und die von anderen, unter anderem Untersuchungen von Klaus Spachmann und Michael Haller, ungeachtet aller Fortschritte in den vergan-



genen zehn Jahren unverändert ein sehr großes Professionalisierungs-Defizit in der Breite des massenmedialen Systems. Moss: „Es gibt in vielen Redaktionen verlässlich keinen festangestellten Ansprechpartner für das Thema Wirtschaft mehr. Es gibt oft so allgemeine handwerkliche Festlegungen, wie Themen behandelt werden. Nach diesen Festlegungen werden jedoch der Tod von Michael Jackson, die Bundestagswahl, das neue Modell von Daimler und jede wirtschaftliche Frage auf einer Ebene abgehandelt. Da ist alles irgendwie gleich. Und das ist schon sehr problematisch.“ Sein Schluss daraus: „Ohne eine flächendeckende Ausbildung zum Thema Wirtschaftsjournalismus wird es nicht gut weitergehen.“

### 12.7 Konsequenzen und Lernerfolge

Rainer Hank schreibt die inhaltliche Überschrift für dieses Kapitel auf: „Konsequenzen ja, Moralisieren nein.“ Und: „Wir brauchen weder neue Lehrbücher noch neue Recherche-Seminare. Wir müssen einfach unser Handwerk gut machen, auf Distanz achten, mehr Nachdenken, dann ist schon viel gewonnen. Die selbstkritische Debatte, die ja ein bisschen läuft, darf jedoch nicht zu schnell enden. Da sollte eher noch eine Schippe obendrauf kommen. Und dann müssen auch wir Journalisten beobachten, was in den Wirtschaftswissenschaften debattiert wird. Da ist ja auch ein Innehalten, da ist ja auch einiges schief gelaufen. Das hilft ja auch, wenn es darum geht, Konsequenzen zu ziehen.“ Der Wirtschaftsjournalismus müsse also grundsätzlich eine etwas andere Haltung einnehmen: „Andererseits war der Wirtschafts- und Finanzjournalismus eben über viele Jahre zu nahe am Zeitgeist. Und der Zeitgeist sagte: Vergesst alle Zyklen, die Wirtschaft kann krisenfrei sein und das Schlaraffenland ist machbar. Ja, es geht um diesen entscheidenden Kick mehr Distanz.“ Eine Korrektur, die alle Gesprächspartner mit unterschiedlichen Beispielen und Begründungen von sich und anderen verlangen.

Hank hat noch eine weitere Korrektur im Sinn: So wie sich die Finanzwirtschaft von der produzierenden Wirtschaft abgelöst habe, so emanzipierte sich Mitte der neunziger Jahre, sagt Hank, der Finanzjournalismus vom allgemeinen Wirtschaftsjournalismus. Vielleicht müsse auch das korrigiert werden. Ihm ist der Punkt wichtig, weil auf diese Weise die volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Dimension und Perspektive verloren gegangen sei: „Gerade Finanz- und Anlegerjournalisten sollten vielfältiger recherchieren. Es war vermutlich so: Finanzwissenschaftler, Finanzjournalisten, Analysten, Chefstrategen, Fondmanager, die haben sich alle wechselseitig bestätigt, so dass der Horizont zu klein geworden ist. Also sollten Finanzjournalisten in Zukunft lieber allgemeine Ökonomen fragen, wenn sie irgendetwas machen, und sie sollten nicht in ihrer kleinen Welt bleiben. Das wäre, glaube ich, eine handwerklich große Lehre, wenn das dabei rauskäme.“ Spachmann greift diesen Punkt auf und führt ihn weiter: „Tageszeitungen sollten wieder eine politischere und kritischere Wirtschaftsberichterstattung wagen. Sie sollten vor allem wieder die Einordnung wirtschaftlicher Themen in die gesamtgesellschaftlichen politischen Zusammenhänge in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen.“

Gerald Braunberger macht auf Lernerfolge in der Krise aufmerksam: „Als sich die Dimension der Krise dann abzeichnete, klar hat das hier in der Wirtschaftsredaktion und in der gesamten Redaktion erhebliche Diskussionsprozesse in Gang gesetzt. Und wir sind inhaltlich über manche Hürde gesprungen. Die FAZ hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte keynesianische Nachfolgepolitik befürwortet. Für eine FAZ ist das viel.“ Rainer Hank beschreibt für die FAS die inhaltlichen Konsequenzen so: „Wir stehen der Haltung, der Markt kann es besser als die Politik, weil der vorausschauenden Weisheit der Menschen oder der Politiker weniger zu trauen ist, skeptischer gegenüber als zuvor.“ Christoph Moss: „Vor der Krise überwogen eindeutig die marktliberalen Positionen. Danach gab es eine ziemliche Bandbreite von eher marktliberal bis sehr staatsorientiert. Das war also sehr heterogen. Und man hat auch bei den Leitmedien zwischendurch natürlich eine gewisse Verunsicherung gespürt, hat doch auch die sehr marktnahe Politik plötzlich wieder die Rolle des Staates und seine Bedeutung entdeckt. Da merkte man schon, dass auch die traditionellen marktnahen Medien wie beispielsweise das HB ihre Rolle gesucht haben, so nach dem Motto: Sollen wir das denn jetzt plötzlich gut finden, wenn der Staat sich in das Banksystem stärker einmischt und so weiter.“

Braunberger hat aus dieser Krise eine für sich eigene Lehre gezogen: „Und für Kommentatoren war diese Krise besonders anspruchsvoll. Wir mussten ja permanent lernen. Ich glaube das Wichtigste, was ich mit der Krise verbinde, das sind diese unglaublichen Lerneffekte. Und das Kommentieren, was ich eigentlich sehr gerne mache, war manchmal eine Last, weil man eigentlich gar nicht wusste, wie man was kommentieren soll. Sie haben ja keine Zeit als Tageszeitungsjournalist.“ Michael Best, ARD: „Wir mussten ja erst einmal selber lernen: Wie funktionieren Verbriefungen genau? Was sind collateralized debt obligations?“

Von Marc Beise, SZ, stammt der Vorschlag: „In den Redaktionen muss kontrovers diskutiert werden. Gerade bei den Themen, bei denen es so einen diffusen Mainstream gibt, alle stimmen irgendwie zu, aber keiner weiß so recht warum. Irgendwer hat mal den Vorschlag gemacht, man brauchte im Prinzip in einer Wirtschaftsredaktion immer einen advocatus diaboli, einer, der immer die Gegenposition vertritt. Ob man das jetzt institutionalisiert oder nicht, aber der Gedanke ist richtig. ... Wir müssen sowieso viel mehr diskutieren. Der Journalismus ist ja mehr und mehr zu einem Handwerk verkommen, wo unter großem Zeitdruck sehr viel Text bewegt werden muss und sehr viele Seiten produziert werden müssen.“ Beise deutet an, ob nicht das Dogma der Aktualität in Frage gestellt werden müsste: „Die Aktualität treibt uns doch förmlich vor uns her. Das kann es doch nicht sein.“

Braunberger sieht Korrektur- und Änderungsbedarf bei der Beschaffung von Informationen: „Eine unserer wichtigsten Erkenntnisse war, dass viele Fachleute mit dieser Krise ebenfalls überfordert waren. ... Ich nutze seither sehr viel stärker die Blogs von wichtigen Ökonomen oder anderen Finanzjournalisten, schaue mir an, wie die Vorgänge einschätzen. So komme ich schnell an ganz unterschiedliche kompetente Einschätzungen und Analysen heran.“

Vor allem Gesprächspartner aus dem Bereich der Wissenschaft bringen die öffentlich-rechtlichen Medienakteure ins Spiel, die das vorhandene Vakuum der kritischen qualitativen Berichterstattung über die Themen der Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik am ehesten ausfüllen könnten. Volker Wolff macht darauf aufmerksam und kritisiert: „Im privaten Fernsehen gibt es faktisch keine distanzierte und kritische Wirtschaftsberichterstattung.“ Zu den öffentlich-rechtlichen Sendern sagt er: „Und die öffentlich-rechtlichen Sender haben ein paar Verbrauchersendungen, die durchaus distanziert und kompetent sind. Aber auch die haben sich nicht um die gesellschaftspolitische Dimension gekümmert. Das hätte sie auch überfordert. Und beim Zertifikate-Drama haben sie unter dem Strich mitgespielt. Auch da gibt es einzelne Redaktionen, die vorsichtig waren und gut analysierten. Aber diese Wenigen retten die öffentlich-rechtliche Ehre nicht. Gemessen an den Milliardengebühren, seinen redaktionellen Ressourcen und inhaltlichen Ansprüchen war das öffentlich-rechtliche System als Cassandra ein Ausfall.“ Einer der öffentlich-rechtlichen Macher, Michael Best, ARD, sieht dies anders: „Wir haben uns in dieser Krise journalistisch ziemlich gut geschlagen.“ Christoph Moss sagt dazu: „Und wir müssen dann eben auch viel stärker die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen einfordern. Die haben dieses Potential, die haben eine unglaubliche Masse an Redakteuren und Redaktionen. Es ist deren Aufgabe, das auch wirklich wahrzunehmen und in der Breite einen guten Wirtschaftsjournalismus auf die Beine zu stellen.“ Ungeachtet dessen hält Moss jedoch auch dazu an, über „ein Stiftungsmodell für das eine oder andere Medium“ nachzudenken.

### 13. Dokumentation: Interview-Leitfaden

- 1) Was sind die zwei, drei Hauptaufgaben des Wirtschaftsjournalismus?
  - Unterscheidet er sich in seinen Aufgaben vom allgemeinen Journalismus?
  - Ist es notwendig, die vier Themenbereiche Wirtschaft, Wirtschaftspolitik, Finanzen und Finanz(markt)politik zu trennen und sie als jeweils eigenständige Themen-Segmente anzusehen? Sind die drei letzteren Bereiche Teil des Wirtschaftsjournalismus?
  - Wo sind in Ihrer Redaktion die Themen Wirtschaftspolitik und Finanz- und Finanzmarktpolitik angesiedelt?
- 2) Gibt es weitere Besonderheiten des Wirtschaftsjournalismus (z.B. Komplexität des Themas, Arbeitsbedingungen, Einfluss von PR etc.), die ihn von anderen Teilen des Journalismus nennenswert unterscheiden?
- 3) Fragen zum Zeitpunkt vor der Krise:
  - Beschreiben Sie bitte (möglichst knapp) den Stellenwert (z.B. Gewicht, Einsatz von Ressourcen) des Themas Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik bis zur Krise in Ihrem Ressort, in Ihrer Redaktion.
  - Mit welchem Zeitraum/Zeitpunkt definieren Sie den Ausbruch der Krise in Deutschland: August 2007, September 2008, anderer Termin?
  - Ist für Sie, für Ihr Ressort, Ihre Redaktion die Branche Banken/Finanzdienstleistungen eine Branche wie jede andere? Oder hat sie einen Charakter, den Sie in der Bedeutung der Versorgung der Wirtschaft und der Gesellschaft beispielsweise mit der Versorgung mit Energie oder Wasser gleichstellen würden?
- 4) Was hat sich mit der Krise (nach Ihrer Definition) bei Ihnen, Ihrem Ressort, Ihrem Medium geändert bezüglich:
  - des Stellenwertes des Themas
  - des Ressourceneinsatzes
  - ev. der redaktionellen Zuständigkeiten etc.
  - der inhaltlichen Bewertung
  - der Gewichtung und Bewertung von Informanten/Informationsquellen
  - der Perspektive: betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich, wirtschafts- und finanzpolitisch
  - welche der Perspektive(n) ist wichtiger, weniger wichtig geworden, ist gar neu dazu gekommen?
- 5) Fragen zur inhaltlichen Position:
  - Gab es in Ihrem Ressort/ Ihrer Redaktion zu dem Thema der Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik vor der Krise einen common sense bezüglich Analyse und Kommentierung? Gibt es diesen seit der Krise?
  - Wenn nein, dann skizzieren Sie bitte die Bandbreite von Analyse und Kommentierung vor der Krise und nun in der Krise?
  - Wenn nein, dann sagen Sie bitte, ob es sich hier um eine thematische Ausnahme handelt oder ob dies der Normalfall ist?
  - Wenn ja, war es einfach zu diesem common sense zu kommen oder war/ist dies ein strittiges Thema?
  - Wenn sich der common sense mit der Krise verändert hat, dann beschreiben Sie bitte die Veränderung?
  - Wer beeinflusste und beeinflusst vor allem die redaktionsinterne Meinungsbildung zu diesem Themenbereich? Veränderte sich dies in und mit der Krise? Und wenn ja, wie?
- 6) Ist der zuständige Wirtschaftsjournalismus seit Anfang 2000 im Großen und Ganzen seiner Aufgabe nachgekommen, umfassend und sachlich korrekt über die Veränderungen, die Vor- und Nachteile der Liberalisierung der Finanzmärkte und das Geschehen auf den Finanzmärkten zu berichten?
- 7) Gehört es überhaupt zu den Aufgaben des Wirtschaftsjournalismus, vor Krisen wie der jetzigen die Gesellschaft und die Öffentlichkeit zu warnen?

- 8) War der Wirtschaftsjournalismus im Besitz von ausreichend kritischem Wissen, um vor der Krise warnen zu können?
- 9) Wenn nein – siehe Frage 8 -, hätte er im Besitz von ausreichend kritischem Wissen sein können,
- a) aufgrund von eigenen Recherchen,
  - b) aufgrund der Lektüre von wissenschaftlichen Untersuchungen,
  - c) aufgrund der seit spätestens den achtziger Jahren regelmäßig sich ereignenden Währungs- und Finanzmarktkrisen,
  - d) aufgrund von aktuellen Warnungen und Mahnungen von gesellschaftlichen Akteuren?
- 10) Was hat er bezogen auf das hier interessierende Thema und den hier interessierenden Zeitraum
- a) gut gemacht
  - b) was hat er schlecht gemacht?
- 11) Würden Sie bitte vor dem Hintergrund der bisherigen Fragen die Leistungen Ihres Mediums bewerten? Gibt es ein Medium, von dem Sie sagen, es hat die Aufgaben und Pflichten besser erfüllt?
- 12) Ist die Krise und die diesbezügliche Arbeit des zuständigen Journalismus Grund
- a) um eine selbstkritische Debatte über die eigene Arbeit zu führen
    - im Prinzip (wenn ja, welche Gründe?)
    - im Detail (wenn ja, welche Gründe?)
  - b) welche Lehren könnten/müssten von dem journalistischen System gezogen werden?
  - c) Haben Sie im Ressort, in der Gesamredaktion über diese Fragen eine Diskussion geführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
  - d) Ist diese selbstkritische Diskussion, wenn sie notwendig ist, eine Aufgabe zuallererst für Ihr Ressort oder für die gesamte Redaktion?
- 13) Gab es Aufgaben und Ziele, die Sie sich im Zusammenhang mit dem hier interessierenden Thema journalistisch und publizistisch gestellt haben und die Sie aufgrund von externen Umständen (Beispiel: Mangel an Ressourcen, negative Entscheidung der Chefredaktion oder des Verlages) nicht umsetzen konnten?
- 14) Es gibt gesellschaftliche Gruppen, die sagen, das Besondere dieser Krise bestünde in Folgendem: Es handle sich erstmals um eine weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die jedoch zugleich und gleichgewichtig von einer Hunger- und einer Klima-Krise begleitet sei. Erst die Addition dieser drei Momente mache das Besondere aus.  
Stimmen Sie dem zu? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum?

Angaben zur Person und Redaktion:

Alter, Geschlecht

Position, seit wann

Bildung/Ausbildung/Studium

Ressourcen/Aufgaben im Ressort, für dieses Thema:

Seiten/Mitarbeiter/Etat/Qualität/Ausbildung

### Zusatzfragen für Wissenschaft (eventuell Journalismus)

- 1) Wie reformfähig ist der Journalismus einzuschätzen?
- 2) Wurden bereits aus den Krisen- und Boomzeiten Ende der 90iger Jahre und Anfang 2000 Konsequenzen in Redaktionen gezogen?
- 3) Stand in diesen beiden genannten Krisenphasen (Anfang 2000, heute) dem Journalismus ausreichend kritisches Wissen zur Verfügung oder nicht?
- 4) Hat der Journalismus alles mitgeteilt, was er wusste? Gab es Gründe für ihn, bestimmte Informationen nicht weiterzugeben? Gab es entsprechende Einflussnahmen?
- 5) Da der Journalismus sein (potenzielles) Publikum immer mitdenkt:
  - Hätte es eine umfangreichere Berichterstattung über Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten und in der Finanzmarktpolitik gegeben, wenn der Journalismus davon ausgegangen wäre, er fände damit bei seinem Publikum mehr Interesse und Aufmerksamkeit?
  - Hatte das Publikum in einer besonderen Weise („Buddenbrock-Syndrom“) Interesse an „positiven“ Nachrichten und wirkte dies möglicherweise als Bremse für eine aufklärerische Berichterstattung?
- 6) Was halten Sie von den folgenden drei Thesen? Stimmen Sie in Gänze oder in Teilen zu?
  - Erstens: Es wurde intensiv über die Finanzmärkte berichtet und über die Entwicklung von einzelnen Unternehmen. Das heisst, die betriebswirtschaftliche Perspektive wurde intensiv beleuchtet. Aber: Weitgehend wurde die volkswirtschaftliche und die wirtschafts- und finanzpolitische Dimension ignoriert.
  - Zweitens: Es gab in den Zeiten vor der Krise so gut wie keine machtpolitisch bedeutsame parlamentarische Opposition zu der Politik der Liberalisierung der Finanzmärkte (siehe Haltung der Regierungen Schröder, Haltung der Oppositionsparteien FDP und Union) und damit fehlten dem journalistischen System von vornherein wichtige kritische Informations- und Interviewpartner; dieser Fakt bestimmte die Berichterstattung und Bewertung mit.
  - Drittens: Das Thema der Finanzmärkte, aber vor allem der Finanzmarktpolitik war relativ neu, so dass es in den Redaktionen an ausreichend routinierten hierarchisch relevanten Zuständigkeiten (Kompetenz, Seiten/ Formate, Durchsetzungsfähigkeit etc.) und in den Außen-Beziehungen an entsprechenden informationellen Umfeldern fehlte.
- 7) Droht ein weiterer Vertrauens- und Reputationsverlust für den Journalismus bei dem jeweils eigenen Publikum und/oder in der allgemeinen Öffentlichkeit? Gibt es dafür Anzeichen/Indizien? Oder kann er mit seinen Leistungen bezüglich des hier interessierenden Themas Vertrauen und Reputation steigern?

## VI. Literaturbericht

*„Ein kritischer und gut verständlicher Wirtschaftsjournalismus bleibt eine dringende Notwendigkeit.“*  
Helmut Schmidt, Ausser Dienst. Eine Bilanz, München 2008, S. 127

### 1. Blitzlicht aus der laufenden Debatte

Wirtschaft umfasst alles, sagen Heinrich/Moss (2006, 10), „was auf den Maßstab des Geldes gebracht werden kann“. Über das alles berichte der Wirtschaftsjournalismus, der deshalb nicht auf das traditionelle Wirtschaftsressort begrenzt sei, sondern auch weit in das Feld des Politischen hinein reiche (vgl. zur Abgrenzung auch Spach-

mann 2005, 153f.). So gehöre beispielsweise der Mensch als Arbeitnehmer, Sparer, Unternehmer, Konsument, Steuerzahler oder privater Anleger in das Beobachtungs- und Berichtsfeld von Wirtschaftsjournalismus. Heinrich/Moss benennen vor diesem Hintergrund mehrere Besonderheiten, mit denen sich der Wirtschaftsjournalismus auszeichne und von anderen Sparten absetze: Die Wirtschaft sei von herausragender Bedeutung für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen; das System Wirtschaft sei besonders komplex und unsicher; der Gegenstand der Wirtschaftsberichterstattung sei weitgehend kongruent mit den Wirtschaftswissenschaften (Heinrich/Moss 2006, 11ff.). Insgesamt habe der Wirtschaftsjournalismus – wie jede Art von Journalismus – eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen. Das Interesse des Publikums an wirtschaftsjournalistischen Produkten sei jedoch vergleichsweise gering. In der Literatur wird oft auf diese Ambivalenz hingewiesen, dass die Wirtschaft und ihre Themen von höchstem öffentlichen Belang seien, der Wirtschaftsjournalismus jedoch – wegen zu ‚hoher Komplexität‘ lautet meist die Begründung – im Alltag nur die Aufmerksamkeit einer begrenzten, fachlich und ökonomisch besonders interessierten Öffentlichkeit erringe; seine Themen würden meist erst aufgrund von Krisen und anderen Zuspitzungen ins Visier der breiten Öffentlichkeit geraten.

Als Ausweg, wie der Wirtschaftsjournalismus seine Bedeutung steigern könne, sehen Heinrich/Moss eine „strikte Rezipientenorientierung“, die strategisch geplant und organisiert werden müsse, unter anderem mit einer „Erforschung der Kundenpräferenzen“. Denn das Publikum sei nur zu gewinnen, wenn es einen „individuell zurechenbaren Informations- und/oder Animationsnutzen“ habe. So sei diese Rezipientenorientierung die Voraussetzung, um die öffentliche Aufgabe überhaupt erfüllen zu können (Heinrich/Moss 2006, 16ff.).

Für Heinrich/Moss steht – das ist klar zu erkennen – das Sich-Konzentrieren auf den Nutzwert-Journalismus an erster Stelle. Damit stützen die Autoren ein Bild des Wirtschaftsjournalisten, das – im Kontrast zum Politik-Journalismus – schon länger von ihm gezeichnet wird: Ratgeber und Dienstleister zu sein (vgl. Spachmann 2005, 210f.). Diese konzeptionelle Ausrichtung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Spachmann kommt zu dem Schluss: „Anders als beispielsweise im politischen Journalismus steht demnach mehr der Nutzen für das Publikum und weniger die Integrationsleistung für die Gesellschaft im Vordergrund.“ (Spachmann 2005, 173) Anzeichen dafür, dass sich die Leistungen des Wirtschaftsjournalismus nachhaltig verändern, sieht Spachmann in den Tendenzen, den Nutzwert zu stärken – „Die Ausrichtung am individuellen Wohlstand scheint ... eine Grundkonstante des Wirtschaftsjournalismus zu sein“ (Spachmann 2005, 185) –, die ökonomischen Handlungsrollen des Publikums zu betonen und die Berichterstattung insgesamt zu popularisieren. In aller Zurückhaltung und Vorsicht weist er auf die damit verbundenen Gefahren hin und wirft die Alternative auf, ob „es sich bei den angesprochenen Entwicklungen um eine Differenzierung wirtschaftsjournalistischer Angebote und Strukturen handelt, die dessen Kernbereiche weitgehend unberührt lässt“, oder ob dieser Trend den Wirtschaftsjournalismus in seiner Integrationsleistung und öffentlichen Aufgabe schwäche (Spachmann 2005, 174). Denn es sei auch möglich, „dass systematische Zusammenhänge zwischen einer engeren Anbindung an isolierte ökonomische Bereiche bzw. Rollen auf der einen und einer Abkopplung von den gesellschaftlichen Umwelten auf der anderen Seite bestehen“ (ebenda, 174f.). Wenn dies so sei, dann „handelte es sich um eine Transformation des Wirtschaftsjournalismus, die auch auf dessen Kernbereiche übergreift“ (ebenda, 175). Auf Deutsch gesagt: Dann ist der Wirtschaftsjournalismus kein Wirtschaftsjournalismus mehr.

In diesem Zusammenhang macht der Schweizer Journalist Roman Berger auf inhaltliche Verengungen im Wirtschaftsjournalismus aufmerksam. Er setzt bei dem Verhältnis von Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsjournalismus an, auf das auch Heinrich/Moss (2006) unter einer etwas anderen Perspektive verweisen. Es falle auf, dass im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise in den Massenmedien kaum auf das Systemversagen und die Notwendigkeit eines Systemwandels aufmerksam gemacht werde. Das hänge, so Berger, auch mit den herrschenden Lehren der Volkswirtschaft zusammen, die auf einen Elitenkonsens ausgerichtet seien und den Journalismus entsprechend beeinflussten; bei den Politik- und Kulturwissenschaften sei dies so verengt nicht der Fall. Das erklä-

re, warum in den Medien „die Krisenverursacher und Krisengewinnler auch die KrisenmanagerInnen bleiben“ und eine kritische unabhängige Wirtschaftsberichterstattung „auf die Alternativpresse beschränkt“ (Berger 2009, 16) bleibe.

Der deutsche Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg konstatiert zwar, dass seit der Finanzmarktkrise in den Medien ein „ganz erstaunlicher und auch schneller Paradigmenwechsel“ stattgefunden habe, teilt jedoch die Einschätzung von Berger bezüglich der bisherigen Positionierung von Wirtschaftsmedien: „Noch vor wenigen Monaten dominierten in der deutschen Wirtschaftsberichterstattung neoliberale Positionen.“ (Weischenberg 2009) In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass es inzwischen unter führenden Wirtschaftswissenschaftlern eine ausgeprägte selbstkritische Diskussion über die Ausrichtung und die Leistungen der Makroökonomie in den vergangenen 20 Jahren gibt.

## 2. Erwartungen an journalistische Arbeit

Eine demokratische Gesellschaft stellt spezifische Anforderungen an die Qualität ihres massenmedialen Systems, die in ihren anspruchsvollsten Teilen bis zu der Frage führen, ob Medien aus begründeten inhaltlichen Überlegungen sich anders als die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft verhalten sollen oder gar müssen, um eine Funktion als Frühwarnsystem zu erfüllen.

Ein gängiger Anspruch an das Mediensystem besteht darin, Qualität und publizistische Vielfalt gleichermaßen zu erhalten und zu fördern, also auch die Vielfalt als ein Element von Qualität zu sehen. Dieser Hinweis ist wichtig, da es aufgrund von Fusionen von Medien-Unternehmen und anderen Konzentrationsprozessen in der Medienbranche teilweise durchaus zu einer (eventuell auch nur zeitlich begrenzten) Steigerung der Qualität der journalistischen Arbeit kommt, jedoch erfolgt diese oft auf Kosten von Vielfalt. Insofern wird an die Qualität auch die Erwartung geknüpft, die externe und interne Vielfalt zu erhalten, beziehungsweise überhaupt erst zu schaffen: Vielfalt innerhalb der Redaktion eines Medien-Unternehmens, eine Vielfalt von Medien-Unternehmen und eine Vielfalt von unterschiedlichen Produkten. Hinzukommt der Anspruch an eine handwerklich-inhaltliche Vielfalt an Formen, Themen, Informationen, Perspektiven und Meinungen. Diese Anforderung an inhaltliche Vielfalt innerhalb der Redaktionen und innerhalb des gesamten Mediensystems ist in Verbindung mit unserem Untersuchungsgegenstand von besonderer Bedeutung.

Qualität wird in der Literatur oft mit folgenden Merkmalen definiert: rechtmäßig, professionell, relevant und vielfältig (vgl. Köster/Wolling 2006, 75ff.); dabei darf der eine Wert, beispielsweise die Relevanz, nicht auf Kosten des anderen, beispielsweise der Vielfalt, gehen, es muss also, um bei diesem Beispiel zu bleiben, um die Vielfalt des (gesellschaftlich) Relevanten und nicht um die Vielfalt des Nicht-Relevanten gehen. Rager nennt die folgenden vier Dimensionen: Aktualität, Relevanz, Richtigkeit, Vermittlung (vgl. Schwer 2006, 356ff. und Arnold 2006, 420ff. zu einem integrativen Qualitätskonzept). Gewöhnlich lässt sich die Debatte über Qualität in eine funktional-systemtheoretische, eine demokratiethoretische und eine nutzerbezogene Dimension unterteilen und die jeweiligen Anforderungen lassen sich entsprechend zuordnen.

Die handwerkliche Kern-Kompetenz, die dem journalistischen System und damit auch dem Wirtschaftsjournalismus abverlangt wird, besteht in Folgendem: Das Aktuelle, also das Neue und Wichtige, in ausreichend großer Distanz zu den Mächtigen und Verantwortlichen, aber möglichst nahe am Geschehen, fachlich kompetent in den Details und in den Zusammenhängen – also ausgerichtet an einer fairen Darstellung aller wesentlichen Interessen, thematischen Aspekte und Perspektiven – möglichst verständlich, schnell, kritisch, anregend und vollständig berichten, analysieren, erklären und werten (beachte zum Umgang mit der problematischen normativen Vorgabe der Objektivität: Schwer 2006, 347ff.). So dreht sich die journalistische Arbeit nicht nur um die Information selbst, sondern auch um deren Vermittlung und die damit verbundene Orientierung. Journalistisches Arbeiten steht immer wieder im Spannungsverhältnis zwischen einer sachlich richtigen und umfassenden Darstellung und einer (trotzdem) ver-

ständlichen Vermittlung. Dies gilt, so unsere Einschätzung im Gegensatz zu vielen Lehrbüchern und wissenschaftlichen Untersuchungen über den Wirtschaftsjournalismus, für alle Teile und Sparten des Journalismus gleichermaßen. Der Wirtschaftsjournalismus unterliegt diesbezüglich keinen besonderen Anforderungen oder Herausforderungen.

Diese handwerklichen Ansprüche stehen in den Lehrbüchern, stehen aber auch im Denken der meisten Journalisten, die für tages- und wochenaktuelle Print- und Rundfunkmedien arbeiten, im Mittelpunkt (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 102f.). Dabei gilt grundsätzlich, dass jedes Medium mit Blick auf seine Zielgruppen und Rahmenbedingungen sich eigene Qualitätsziele setzt.

Da über Umfang und Gewichtung von Qualitätskriterien anhaltend gestritten werden kann, ist vermutlich der Prozess entscheidend: Die Medien selbst und ihr Publikum dürfen nicht aufhören, die Arbeit der Massenmedien selbstkritisch und kritisch zu begleiten. Die besonderen Erwartungen, welche Publikum und Gesellschaft an das massenmediale und journalistische System stellen, lassen sich an Rechten und Pflichten ablesen, die sich in Gesetzen, Rechtssprechungen und freiwilligen Vereinbarungen niederschlagen. So sind in Artikel 5, GG, ebenso das Recht auf umfassende und ungehinderte Informationen für die Bürger festgeschrieben als auch das Recht, entsprechend Informationen zu publizieren. In fast allen Landespressegesetzen sind die Pflichten und die Rechte der Medien genauer beschrieben.

Aus den Pflichten ergeben sich also wiederum Rechte für die Journalisten, die unter anderem in den Auskunftspflichten der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen, von Unternehmen mit hoheitlichen Aufgaben und Standesorganisationen bestehen (vgl. Frühbrodt 2007, 168ff.); seit Anfang 2006 gibt es das Informationsfreiheits-Gesetz, das für alle Bürger gilt. Die Auskunftspflicht von privat-wirtschaftlichen Unternehmen ist dagegen stark begrenzt.

Um ihrer anspruchsvollen gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen, müssen Journalisten (vgl. Anforderungen an Wirtschaftsjournalisten: Frühbrodt 2007, 19ff.) fachlich gut ausgebildet sein, sie müssen souverän und mutig genug sein, um das kritisch zu befragen und zu bewerten, was sie recherchieren und worüber sie berichten. Dazu bedürfen sie guter Arbeitsbedingungen und einer gewissen Autonomie. Es geht um Autonomie und Unabhängigkeit in zweierlei Hinsicht: Die Journalisten dürfen nicht mit eigenen Interessen in die Sachverhalte involviert sein, über die sie berichten. Und sie müssen die Freiheit haben, in eigener Verantwortung zu berichten und zu werten; andernfalls bewegen sie sich in Richtung des Berufsbildes „Öffentlichkeitsarbeiter“, also des Bearbeitens der Öffentlichkeit in einem vorher festgelegten Interesse.

Aufgrund ihrer Aufgabe hat die Berufsgruppe selbst erheblich an Bedeutung gewonnen. Deshalb muss sie sich selbstkritisch begleiten und beobachten, zugleich muss sie von der Gesellschaft auch kritisch begleitet und beobachtet werden. Beides, Selbstkritik wie Kritik, sind offenkundig dringend notwendig, da nach Untersuchungen das Berufsprestige der Journalisten schlecht ist und in den vergangenen Jahren noch schlechter geworden ist. Nur noch zehn Prozent der Bevölkerung sehen in den Journalisten die Berufsgruppe, die sie am meisten schätzen; das ergab eine repräsentative Befragung Mitte 2005. Noch Mitte der 90iger Jahre lag diese Quote bei etwa 20 Prozent (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 15). Nach der Allensbacher Berufsprestige-Skala, bei der die Befragten die Berufe nennen, vor denen sie die meiste Achtung haben, nannten im Jahr 2003 noch 13 Prozent den Journalismus, im Jahr 2008 nur noch elf Prozent; die Berufsgruppe der Journalisten befindet sich bereits seit Mitte der 60iger Jahre stets im unteren Drittel dieser Skala.

## 2.1 Vertrauen und Journalismus

In einem Interview mit der FAS (Ausgabe 13.9.09, S. 49) erläutert der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, warum die Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 aus seiner Sicht so existenziell gewesen war: „Weil durch die Pleite von Lehman die wichtigste Grundlage für Märkte schlagartig verloren gegangen ist: das Vertrauen.“ Da diese Kategorie für den Gegenstand unserer Untersuchung offenkundig von so elementarer Bedeutung



ist, betrachten wir in diesem Kapitel auch die diesbezüglichen Anforderungen an das journalistische und massenmediale System.

Das Wort Vertrauen ist so oft im Umlauf wie Ramschware im Angebot. Jedoch: Vertrauen, die Folge aus Glaubwürdigkeit und Reputation, ist etwas Besonderes. Es ist mühsam aufgebaut und schnell zerstört. Vertrauen und Kommunikation stehen in einer engen Beziehung. Das hängt mit der besonderen Beschaffenheit von Kommunikation zusammen. Kommunikation ist ein nicht-hierarchisches Instrument, ihre Wirkung hängt ausschließlich von dem Verhalten der Adressaten ab. Und wenn sie der Mitteilung nicht trauen...

Glaubwürdigkeit ist eine Voraussetzung für und ein Element von Vertrauen; je nachdem übrigens auch für Misstrauen, gibt es doch beispielsweise auch die glaubwürdige Drohung, einen Menschen oder einen Staat zu überfallen. Glaubwürdig ist der, bei dem Denken, Sprechen und Handeln wenigstens grob übereinstimmen und der gelegentliche Widersprüche glaubwürdig erklären kann. Ist Glaubwürdigkeit geschaffen, dann kann sich auf dieser Basis Vertrauen entwickeln, muss sich aber nicht. Kann ein Politiker oder eine Organisation oder ein Medium Glaubwürdigkeit mit hoher Kompetenz kombinieren, dann entsteht Reputation. Mit dieser Basis gelingt es noch leichter, Vertrauen zu ernten. Glaubwürdige Informationen sind die Grundlage für diese Prozesse: Ohne sie besteht nicht einmal die Chance, zu einer vertrauensvollen Kommunikation zu kommen.

Vertrauen ersetzt Wissen und ist unter anderem eine mögliche Reaktion auf Ungewissheiten. Es ist im Entstehen, Bestehen und Verschwinden in hohem Maße unberechenbar, zumal es von Seiten des Publikums uneingeschränkt freiwillig erbracht wird und unter dem Gesetz der ständigen Kündbarkeit steht. Vertrauen wird einer Institution, einem System, einer Organisation oder einem Menschen also im Wortsinne geschenkt. Die Gründe und Motive dafür sind vielfältig. Ohne eigene Erfahrungen und Prüfungen kann jemand einem Dritten Vertrauen schenken aufgrund einer Empfehlung eines anderen Akteurs, der ihm als vertrauenswürdig erscheint. Vertrauen kann einem also in den ‚Schoß fallen‘, Vertrauen kann auch erarbeitet werden, unter anderem über den Weg der Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit bezieht sich meist auf Vergangenheit und Gegenwart und auf einzelne Ereignisse, Verhaltensweisen oder Fertigkeiten. Vertrauen reicht dagegen in die Zukunft und ist weit gefasst. Der Begriff der Reputation, der sich sogar auf dem Feld der Betriebswirtschaft breit macht, vereint Vertrauenswürdigkeit mit Fach-Kompetenz.

Alle wollen das Vertrauen der jeweils anderen; um es dann zu missbrauchen oder um ihm gerecht zu werden. Vertrauen gilt als Voraussetzung für Kooperationen jeglicher Art. Vertrauen gilt als Grundlage für die Integration ganzer Gesellschaften ebenso wie für die Wettbewerbsfähigkeit eines einzelnen Unternehmens. Viele Menschen ordnen nach diesem Begriff ihr Leben, orientieren sich und fällen Entscheidungen. Weil das so ist, deshalb reden alle über das Vertrauens-Kapital und arbeiten an ihm.

Aber: Warum vertrauen Menschen? Vertrauen wird einer Person, einer Organisation oder deren Repräsentanten entgegengebracht, wenn der potenziell Vertrauende dem Gegenüber mindestens Glaubwürdigkeit und Kompetenzen zubilligt. Dabei kann das personale Vertrauen in Teilen oder in Gänze auf die jeweilige Institution oder Organisation übertragen werden. Das ist in der Politik wie in den Medien möglich und auch belegbar. So soll das Prinzip der anchor persons, der Moderatoren und Nachrichtensprecher helfen, die optische und/oder faktische Seriosität einer Person auf die entsprechende Nachrichtensendung zu übertragen – wenn ich Vertrauen zu Tom Buhrow habe, dann habe ich auch Vertrauen in die „Tagesthemen“.

Ein Beispiel zeigt, wie fragil und teilweise undurchschaubar diese Prozesse sind: So genießt, wie zahlreiche Untersuchungen belegen, die ARD-TS bei den regelmäßig zehn Millionen Zuschauern ein recht hohes Vertrauen; dafür gibt es nach Ansicht vieler kompetenter Kritiker gar keinen Grund. Die Anlässe für Vertrauen, die genannt werden: Das Fernsehen habe aufgrund der Visualisierung einen Glaubwürdigkeitsvorsprung. Die Sendung habe eine gute Tradition. Ihre Sprecher, die Aufmachung und die Themenwahl wirkten seriös. Das Format gelte eben in Gänze als

kompetentes und seriöses Produkt der Nachrichten-Übermittlung. Ebenso regelmäßig belegen die Untersuchungen, dass ein Großteil des Publikums die Nachrichteninhalte gar nicht verstehen und aufnehmen kann. Vielleicht ist in diesem Fall sogar dieses Nicht-Verstehen Voraussetzung für das Geschenk des Vertrauens.

Unter anderem dieses Beispiel zeigt, dass Vertrauen (und auch Glaubwürdigkeit) nicht auf fest fixier- und erreichbaren objektiven und allgemein gültigen Tatbeständen basiert, sondern vielmehr ein Konstrukt ist, das in Kommunikationsprozessen in unterschiedlichen Situationen mit dem jeweiligen Publikum ausgehandelt wird. Beides, Vertrauen mehr als Glaubwürdigkeit, sind situative Variablen.

Es kann zwischen dem Vertrauen zu Systemen, Organisationen und Personen unterschieden werden. Das so genannte systemische Vertrauen beinhaltet jeweils auch kognitive, emotionale und behaviorale Elemente. Es ist immer mit personalen Aspekten verbunden: Es gibt Menschen, welche die Organisationen vertreten, zu denen das Publikum Vertrauen entwickelt oder Vertrauen hat. Diese Repräsentanten der Institutionen sind einerseits Objekte des Vertrauens und andererseits Transporteure des Vertrauens der jeweiligen Institution. Nur mit ihnen, nicht mit den Institutionen, kann eine soziale Interaktion stattfinden. Insofern kann auch Vertrauen in bestimmte Institutionen von einzelnen Personen und deren Fehlverhalten zerstört werden. Schweer/Thies weisen daraufhin, dass finanzielles Fehlverhalten von Personen und/oder Institutionen eine besondere Bedeutung für den Schwund von Vertrauen haben. Das politische Wahlverhalten beispielsweise hänge eng und sogar „entscheidend mit dem erlebten Vertrauen zusammen“ (Schweer/Thies 2003, 54). Und es gilt die Regel: Dort, wo die Bindungen sehr stark und das Vertrauen sehr hoch ist, da ist auch das Ausmaß der Zerstörungen besonders ausgeprägt; in diesem Sinne kann es auch mit einer überschießenden Maßlosigkeit verbunden sein, vergleichbar mit intensiven persönlichen Beziehungen und Erwartungen, die enttäuscht worden sind.

Mit Vertrauen in Institutionen ist eine wichtige Besonderheit verbunden: In der Regel gibt es – im Gegensatz zu einem Vertrauensverhältnis zwischen Menschen – keine Antwort, es ist keine wechselseitige Beziehung, es fehlt die Reziprozität. Vor allem deshalb müssen Organisationen und Institutionen ihre Vertrauenswürdigkeit ständig erneuern. Das systemische Vertrauen ist also aus strukturellen Gründen schwieriger zu verwirklichen. Schweer/Thies weisen auf folgende Tendenzen hin: Sozialen Institutionen werde am ehesten Vertrauen entgegengebracht. Es sei hingegen „umso schwächer ausgeprägt, je einflussreicher eine Institution im gesellschaftlichen Kontext wahrgenommen wird“ (Schweer/Thies 2003, 50). Und sie sehen folgende „zentrale Aspekte“ (ebenda, 52), die erfüllt sein müssen, soll eine Institution als vertrauenswürdig erscheinen: „Öffentliche Verantwortung, moralische Integrität, Bürgernähe und eine helfende Funktion“ (ebenda, 52f.). Eine Organisation, die auf Dauer und verlässlich Vertrauen von Dritten will, muss also vertrauenswürdig sein; nicht nur so wirken.

Das Verhältnis zu einem Produkt oder einer Person, die Vertrauen, damit Glaubwürdigkeit genießt, wird leichter und nur mit geringer Prüfarbeit eingegangen und anschließend ohne weitere Prüfarbeit quasi wie selbstverständlich fortgeführt. Nach Luhmann (2000) hat Vertrauen die Funktion, die wachsende Komplexität zu verringern. Es handelt sich dabei um eine Positiv-Entscheidung und um keine, die sich aus der Ablehnung eines anderen Produktes ergibt.

## 2.2 Massenmedien und Vertrauen

Politik und Massenmedien haben es schwerer als andere Akteure, dauerhaft Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu erhalten. An beide Systeme werden besondere Ansprüche gestellt, und diese werden noch gesteigert, da beide Bereiche besonders von allgemeinen Moralisierung-Anstrengungen betroffen sind.

Ein Vergleich mit einem Wirtschaftsprodukt soll dies illustrieren. Die Glaubwürdigkeit einer Automarke und das Vertrauen zu ihr entsteht beispielsweise über den nachweisbaren Tatbestand, dass der Motor ständig zuverlässig funktioniert, die angegebenen Daten und Leistungen auch erfüllt, der Service funktioniert. Das heißt, das Produkt selbst erzeugt über Jahre hinweg nachweisbar diese Glaubwürdigkeit, auf der das Geschenk Vertrauen ruht. Sie hat erst dann höhere Ansprüche zu erfüllen, wenn die Marktlage davon gekennzeichnet ist, dass sich die verschiedenen

Automarken in Preis und Qualität ihres Produktes kaum noch unterscheiden. Auch Medien und Politik erfüllen ihre Arbeit und haben Erfolge und/oder Misserfolge. Jedoch gibt es nur wenige Fälle, in denen Erfolge oder auch Misserfolge so eindeutig auf eine bestimmte Ursache zurückzuführen sind; meist handelt es sich um ein Bündel von Einflüssen und Faktoren. Es fehlt die Eindeutigkeit.

Wird in nationalen und internationalen Untersuchungen abgefragt, in welche Institutionen Menschen Vertrauen haben, dann schneiden Medien eher schlecht ab (siehe oben und zudem u.a. Redelfs 2005, 246ff.). So gibt es in nennenswertem Umfang Untersuchungen, die belegen, dass die Massenmedien in einer Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise stecken (vgl. Bentele/Seeling 1996, 155ff.). Das ist deshalb ein enormes Problem, weil beispielsweise Kompetenz, Unparteilichkeit, Fairneß und Aufrichtigkeit wesentliche Gründe für Vertrauen sind; zu dem Punkt Unparteilichkeit wird übrigens der in unserem Zusammenhang sehr wichtige Aspekt gezählt, dass alle Stimmen die gleichen ‚Sprechmöglichkeiten‘ erhalten. Traut das Publikum also Medien nicht, dann spricht es ihnen beispielsweise diese Eigenschaften ab oder wenigstens Teile von ihnen.

Massenmedien spielen in demokratischen Massen-Gesellschaften eine entscheidende Rolle für die Herausbildung und Verteilung der Ressource Vertrauen; Vertrauen wird unter anderem die Funktion zugeschrieben, es sei ein Mechanismus um soziale Komplexität zu verringern und beispielsweise riskantes Handeln auch dann zu ermöglichen, wenn die Informationslage erkennbar unvollständig sei. So ist Vertrauen deshalb und aus weiteren Gründen von entscheidender Bedeutung, um die Integrations- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft herzustellen, zu sichern und eventuell zu steigern. Vertrauen erhöht Möglichkeit und Intensität von Vernetzung, das Ausbleiben von Vertrauen oder gar Misstrauen verringern die Vernetzungsfähigkeit. Die Herausbildung von Vertrauen ist ohne Kommunikation nicht denkbar. Und für die Kommunikation in modernen Massen-Gesellschaften sind wiederum die Massenmedien unverzichtbar. In diesem Zusammenhang – unabhängig von eigenen Erfordernissen – benötigen die Massenmedien zum einen eine eigene Vertrauenswürdigkeit und zum anderen müssen sie glaubwürdig die Vertrauenswürdigkeit – soweit vorhanden – von privaten und öffentlichen Organisationen transportieren können. Vor diesem Hintergrund spielt natürlich die These eine bedeutende Rolle, dass Massenmedien aufgrund ihrer eigenen systemischen Kriterien und Anforderungen, sich auch auf negative Meldungen, Skandalisierungen und Personalisierungen zu konzentrieren, genau die Ressource verbrauchen, die sie erhalten und aufbauen sollten.

Nun stellt sich die Frage, wie groß der Bedarf der Medien an Glaubwürdigkeit oder gar Vertrauen überhaupt ist. Vermutlich entscheidet sich diese Frage für die privatwirtschaftlich organisierten Medien daran, wie sehr ihnen diese Merkmale im wirtschaftlichen Wettbewerb helfen. Und da gilt die allgemeine Erkenntnis, dass es Medien, die es geschafft haben, eine Marke zu sein, der das Publikum vertraut, mit geringerem Aufwand als anderen gelingt, Konsumenten zu halten und neue zu gewinnen. Bleibt die andere Frage nach dem Bedarf an Vertrauen solcher Medien, die einen gesellschaftspolitischen und öffentlichen Auftrag bewusst annehmen und bei entsprechenden Themen und Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen wollen. Wir vermuten, dass deren Vertrauenskapital höher sein muss, wenn sie nicht ins Abseits gestellt werden wollen.

Das Thema Vertrauen soll noch mit einer bestimmten journalistischen Form und deren Schicksal in Verbindung gebracht werden. Erbring (1999, 155ff.) erläutert anschaulich, welchen schweren Stand die journalistische Form hat, die eigentlich das entscheidende Format der journalistischen und politischen Kommunikation ist: die Nachricht. Diese Form ist inzwischen im massenmedialen System faktisch in ein dunkles Loch gefallen. „Der Spiegel“ nennt sich beispielsweise „Nachrichtenmagazin“ – er war und ist vieles, das jedoch war er noch nie. Die klassischen Tageszeitungen pflegen diese Form weniger, weil sie davon ausgehen, sie sei bei den Konsumenten ungeliebt, da langweilig und wenig unterhaltend; zudem sei sie immer schon veraltet: Sie sei im Internet, Fernsehen und Hörfunk schon längst veröffentlicht, bevor sie von der gedruckten Tageszeitung zum Leser transportiert werde. Diejenigen, welche die Nachrichten sehr viel schneller transportieren können – und an sie delegieren die Printme-

dien diese Arbeit unausgesprochen in hohem Maße –, die wiederum pflegen alles, nur keinen seriösen und detaillierten Nachrichten-Journalismus (siehe Internet); oder sie transportieren diese Nachrichten in einer weitgehend zusammenhangslosen Form (siehe Nachrichten in Hörfunk und Fernsehen). Erbringt ruft vor diesem Hintergrund in Erinnerung, dass die so schlecht behandelte Form der Nachricht aber die für eine Demokratie entscheidende journalistische Form sei: Sie liefere den Konsumenten und Bürgern die informationelle Grundlage, auf der er sich eigenständig überhaupt erst eine Meinung über wichtige Geschehen machen könne, die er selbst nicht beobachten könne.

Dernbach (2005) schlägt vor, im massenmedialen System drei Ebenen von Vertrauen zu unterscheiden: das Vertrauen in das System Massenmedien, in die einzelnen massenmedialen Organisationen und in die Journalisten, ihr Handwerkszeug und ihr Berufsethos. Sie erläutert auch sehr detailliert und kenntnisreich, wie jede dieser Ebenen handeln sollte, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen und damit mehr Vertrauen oder überhaupt Vertrauen zu erwerben.

Es wird in der wissenschaftlichen Diskussion zudem zwischen vier Dimensionen unterschieden. Es heißt, es gehe um Vertrauen in die Themen-Selektivität, dass also auch die für das jeweilige Publikum wichtigen Themen behandelt werden; in die Fakten-Selektivität, also die Auswahl der wichtigen Tatsachen und Perspektiven; in die Richtigkeit der Beschreibungen; in die Solidität und Relevanz der Bewertungen. Daraus ergebe und erkläre sich das Vertrauen in Medien, welches deutlich von Vertrautheit, die sich beispielsweise aus Gewohnheit ergebe, unterschieden werden müsse. In diesem Zusammenhang sind auch die immer wieder genannten, allerdings wissenschaftlich umstrittenen, gravierenden Unterschiede in der Zumessung von Glaubwürdigkeit von Seiten des Publikums für die einzelnen Medien-Gattungen von hoher Relevanz.

### 3. Wirtschaftsjournalismus

#### 3.1 Das Produkt der Journalisten – ein Wirtschaftsgut

„Geist oder Geld“ (Jakobs, 2008), mit dieser Schwarz-Weiß-Alternative sieht sich der Journalismus von seinen Kritikern nicht erst seit dem 20., sondern bereits im 19. Jahrhundert konfrontiert. „Als der Kapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts das erste Mal in die deutsche Medienlandschaft einzog, wurde den so genannten Generalanzeigen vorgeworfen, auf jedes politische Bekenntnis zu verzichten, um den Gewinn nicht zu gefährden. Wer wie die Massenpresse nur darauf aus sei, ‚möglichst viele Leser‘ zu haben und deshalb auf eine ‚Idee‘ verzichte, sei der ‚Todfeind des geistigen Lebens‘ und mache ‚die Menschen zu Mumien: fortschrittsfeindlich, träge und faul‘.“ (zitiert nach Meyen/Riesmeyer 2009, 15) Für Zeitgenossen wie Emil Löbl, Chefredakteur der „Wiener Zeitung“ und Vordenker der Zeitungswissenschaft, war es damals völlig normal, dass ein Journalist politische Ziele verfolgt. Karl Bücher, Gründer des ersten akademischen Instituts für Zeitungskunde in Deutschland (1916 in Leipzig), forderte wenig später in einer Auftragsarbeit für die bayerische Räteregierung sogar ein kommunales Anzeigenmonopol, damit die Zeitungen „Erörterungen über schwebende politische Fragen“ in den Mittelpunkt rücken und endlich aufhören könnten, „alle neuen Nachrichten“ zu bringen – einzig und allein eine Folge des Drucks, der von den Inseraten ausgehe.“ (zitiert nach ebenda)

Ryszard Kapuscinski (1932-2007), ein Großer des europäischen Journalismus, fasste vor einigen Jahren das, was er an Veränderungen beobachtete, in den Satz: „Vor langer Zeit wurde der Wert einer Information daran gemessen, wie schwierig es war, die Wahrheit zu suchen und herauszufinden. Jetzt ist etwas anderes das Wichtigste: Der Wert einer Information bemisst sich nicht an ihrer Wahrheit, sondern an ihrer Attraktivität. Sie muss sich vor allem anderen gut verkaufen.“ (zitiert nach Weischenberg u.a. 2006 b, 18) Die Medienindustrie und mit ihr das journalistische System, das sagt dieses Zitat, haben die republikanisch-diskursive Öffentlichkeit aus politischen Bürgern aus den Augen verloren und konzentrieren sich stärker auf ein Publikum von Konsumenten, deren echte und vermeintliche Wünsche sie erfüllen wollen.

Die Abhängigkeit des privatwirtschaftlichen Journalismus besteht in der Art seiner Finanzierung, die sich aus der generellen Absicht der Verlage ableitet, mit der Herstellung von Medien-Produkten möglichst hohen Gewinn zu er-

zielen. Bei diesen Unternehmen gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten nennenswerte betriebswirtschaftliche Veränderungen, die sich alle auch auf die Produkte und die Bedingungen des journalistischen Arbeitens ausgewirkt haben. So trug in den letzten Jahrzehnten bei Tageszeitungen im Durchschnitt der Verkauf von Anzeigen etwa 70 Prozent zu dem Gesamterlös bei, der Verkauf des Produktes selbst also etwa 30 Prozent. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen bei vielen Unternehmen etwa bei jeweils 50 Prozent eingependelt. Das heißt, dass die Medien-Produkte sich verteuerten, da tendenziell (Zuschauer, Hörer und) Käufer abnahmen, die Gesamt-Einnahmen vermutlich tendenziell sanken und der Kampf um Anzeigen noch härter geworden ist, einschließlich des Drucks auf die Redaktionen, potenzielle Anzeigenkunden und Wirtschaftskreise nicht zu verärgern. In diesem Zusammenhang erläutern Heinrich/Moss das Dilemma des Wirtschaftsjournalismus, der beispielsweise Lobbyist einer Region zu sein habe oder sogar die „Kontraproduktivität der Kritik“ an seinem Berichts-Gegenstand kennen lernen müsse, gehe es doch darum, via Wirtschaft den Wohlstand einer Gesellschaft zu fördern (Heinrich/Moss 2006, 13). Denn: „In der Forderung nach günstigen Rahmenbedingungen vertritt die Wirtschaft letztlich nicht nur die eigenen Interessen, sondern kann behaupten, im Interesse der Wohlfahrt der gesamten Gesellschaft zu handeln.“ (ebenda, 11f.) Es gibt heute mehr Medien-Unternehmen und Medien-Produkte als in den 90er Jahren. Sie werden jedoch von weniger hauptberuflichen Journalisten hergestellt. Das deutet – vorsichtig formuliert – nicht daraufhin, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Qualität verbessert haben. Seit einigen Jahren, so Weischenberg, sei im In- und Ausland „die Entstehung neuer ökonomischer, technischer und organisatorischer Grundlagen und Bedingungen im Journalismus“ zu registrieren. Diese allgemeinen Tendenzen der Ökonomisierung, Deprofessionalisierung und Hybridisierung hält Weischenberg für so gravierend, dass sie ihn zu den zentralen Fragen führen: „Haben wir die Journalisten, die der Journalismus braucht? Haben wir den Journalismus, den unsere Gesellschaft braucht?“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 16)

Diese Art der eben geschilderten Finanzierung macht die Arbeit des journalistischen Systems im Prinzip abhängig von der Lage und der Strategie vor allem der anzeigentreibenden Wirtschaft. So gilt der grundsätzliche Mechanismus: Geht es der Wirtschaft und der Anzeigen schaltenden Wirtschaft gut, dann hat sie ausreichend Mittel, um den Verkauf ihrer Produkte zusätzlich zu bewerben und um weitere Mitarbeiter einzustellen, was tendenziell zu besseren Geschäften der Medien-Unternehmen und wiederum tendenziell zu besseren materiellen Bedingungen journalistischen Arbeitens führt oder führen kann. Es ist davon auszugehen, dass sich eine wirtschaftliche Aufschwung-Phase besonders im Bereich des Wirtschaftsjournalismus in einer Ausweitung der Umfänge und der Ausweitung beziehungsweise Intensivierung der Arbeit niederschlagen kann; Aufschwungphasen sind mit Börsengängen, einer Expansion unternehmerischer Aktivitäten, der Neugründung von Unternehmen, der Ausdehnung von Verkaufstätigkeiten verbunden. Die Vermutung liegt nahe, dass sich eine gegenteilige wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls auf die Bedingungen des gesamten journalistischen Systems auswirkt, aber auch jetzt in besonderer Weise auf die Bedingungen, denen der Wirtschaftsjournalismus unterliegt. Dies bedeutet generell: In Zeiten von wirtschaftlichen Krisen, die sich fast immer auch auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen auswirken, sind tendenziell die materiellen Bedingungen für journalistisches Arbeiten im privat-wirtschaftlichen Teil des Mediensystems schlechter, zumindest unsicherer (vgl. beispielhaft zu der Sparpolitik von Gruner+Jahr: Beleites 2009, 20). Aber gerade in diesen Zeiten sind sowohl der Aufwand für eine kritische Berichterstattung als auch das Bedürfnis nach Informationen und nach aufklärerischer Berichterstattung besonders groß; in Zeiten anhaltender wirtschaftlicher Prosperität dürften sowohl Aufwand als auch Bedürfnis tendenziell geringer sein (siehe weniger Konflikte, höhere Zufriedenheit, leichtere Informations-Beschaffung etc.).

Dass wirtschaftliche Krisenzeiten tendenziell zu inhaltlichen und materiellen Einengungen des journalistischen Systems führen, dafür liefert eine neue Studie des Instituts für Kommunikationswissenschaft in Münster Anhaltspunkte; sie wurde in dem Medienmagazin „Der Journalist“, Ausgabe August 2009, vorgestellt. Die Wissenschaftler befragten insgesamt 327 Redakteure in 15 Nachrichten-Redaktionen; darunter auch „Spiegel“, „Bild“, „ZEIT“, TAZ, SZ und TT. Die Ergebnisse in Kürze: Koordinations- und Organisations-Aufgaben nehmen zulasten von Recherchearbeit zu; eine Erkenntnis, die von anderen Studien gedeckt wird. 83 Prozent der Befragten sagen, ökonomische Parameter des jeweiligen Medien-Unternehmens wirkten sich „ganz eindeutig oder zumindest teilweise“ (Stum-

berger 2009) auf die journalistische Arbeit aus. Und fast die Hälfte der Befragten beklagte, es nehme der Druck zu, für Werbekunden ein passendes inhaltliches Umfeld zu bieten. Komplexe und wenig beliebte Themen müssten deshalb und auch aufgrund von geringeren Ressourcen zugunsten von populären und leicht konsumier- und produzierbaren Themen weichen. So verfolgten Medienunternehmen noch stringenter als bisher wirtschaftliche Ziele.

Es sei in diesem Zusammenhang noch ein nicht unerheblicher Punkt hinzugefügt. Er ist allerdings empirisch nicht zu belegen und kann deshalb nur als Plausibilitätsargument eingeführt werden. Um ihrer Arbeit korrekt nachzugehen, benötigen die Journalisten die Kenntnis und den Mut, die Sachverhalte, über die sie berichten, kritisch zu behandeln und zu werten. Dies erfordert oft Zivilcourage oder auch nur Distanz. Die These drängt sich auf, dass gerade in Zeiten von Krisen, Konflikten und Interessenauseinandersetzungen der Bedarf an Zivilcourage hoch ist. Es ist umgekehrt ebenso nahe liegend, dass es Journalisten in Zeiten, in denen sie selbst aufgrund von Sparmaßnahmen im eigenen Unternehmen um Einkommen oder gar Arbeitsplatz fürchten, schwerer fällt, sich entsprechend kritisch innerhalb ihres Unternehmens, zu ihren Themen und gegenüber den entsprechenden Akteuren zu verhalten. Es ist davon auszugehen, dass die strukturellen Bedingungen, denen der Journalismus in privat-wirtschaftlich organisierten Medien-Unternehmen generell unterliegt, sich auf den Wirtschaftsjournalismus in besonderer Weise auswirken: Journalisten, die sich inhaltlich und in ihren Arbeitsabläufen sehr eng an dem Wirtschafts- und Unternehmensbereich ausrichten, bringen eher Verständnis für ein entsprechendes, als betriebswirtschaftlich notwendig charakterisiertes Verhalten des eigenen Unternehmens und anderer Unternehmen auf. In diesem Sinne ist der Journalismus in seiner materiellen und mentalen Verfasstheit tendenziell abhängig von der jeweils aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung; wobei einiges dafür spricht, dass sich diese Abhängigkeiten im Bereich des Wirtschaftsjournalismus jeweils direkter und stärker niederschlagen als in anderen Sparten des journalistischen Systems.

### **3.2 Die Journalisten, ihre Qualifikation und ihre Sozialisation**

Etwa 12 Prozent der Journalisten in Deutschland beschäftigen sich mit dem Thema Wirtschaft (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 42ff.). Es ist plausibel anzunehmen, dass Journalisten, die sich mit Politik (13 Prozent) und dem Aktuellen (11 Prozent) beschäftigen, ebenfalls in Teilen und zeitweise mit dem Thema Wirtschaft zu tun haben. Irritierend ist, dass nach diesen Erhebungen im Jahr 2005 fünf Prozent der Journalisten in Wirtschafts-Ressorts arbeiten, verglichen mit sechs Prozent im Jahr 1993; gerade in diesem Zeitraum hat aber das Thema Wirtschaft in seiner Bedeutung erheblich zugenommen. Zwei mögliche Erklärungen: Es gibt zunehmend mehr interdisziplinär besetzte redaktionelle Teams, so dass sich mehr Redakteure mit dem Thema Wirtschaft beschäftigen, als nach strenger Ressort-Zugehörigkeit ausgewiesen werden. Oder: Der Ausbau der Wirtschaftsmedien in den neunziger Jahren wurde von den Verlagen für eine arbeitsrechtliche Reorganisation genutzt; Verringerung der Festangestellten, Beschäftigung von mehr freien Mitarbeitern, Outsourcing-Strategien. Diese beiden Erklärungen können sich ergänzen und sind nicht alternativ zu verstehen. Im Online-Journalismus arbeiten 13 Prozent der Journalisten im Ressort Wirtschaft; im Vergleich dazu: lediglich vier Prozent von ihnen arbeiten im Themenbereich Politik/Aktuelles.

Zwei Drittel der Journalisten haben ein abgeschlossenes Studium, drei Prozent eines mit Promotion und 15 Prozent haben ihr Studium nicht abgeschlossen. Acht Prozent der Journalisten haben im Hauptfach Wirtschaftswissenschaften studiert; zum Vergleich: 25 Prozent studierten Germanistik oder Literatur, 17 Prozent Publizistik oder Kommunikationswissenschaften und 15 Prozent Sozialwissenschaften (Weischenberg u.a. 2006 b, 68). Eine Umfrage bezüglich der Wirtschafts-Berichterstattung in lokalen und regionalen Tageszeitungen (Heinrich/Moss 2006, 23ff.) ergab, dass von knapp 140 fest angestellten Wirtschaftsredakteuren 72 Prozent ein Volontariat und 82 Prozent ein Hochschulstudium absolviert hatten, jedoch hatten davon nur 38 Prozent Wirtschaftswissenschaften studiert; verglichen mit der entsprechenden Erhebung im Jahr 1990 gab es hier nur geringe Verschiebungen. Ähnliche Erkenntnisse brachte eine Studie des Medien-Wissenschaftlers Michael Haller, Universität Leipzig, aus dem Jahr 2007, deren wesentliche Ergebnisse in dem Medienmagazin „message“ (Ausgabe 1/09, 13) komprimiert

referiert werden: In jedem dritten Wirtschaftsressort der untersuchten Regionalzeitungen hatte keiner der Redakteure eine entsprechende fachliche Bildung oder Ausbildung. In sieben von zehn untersuchten Ressorts war niemand für den Bereich Finanzwirtschaft zuständig. Und: 90 Prozent der Journalisten, die kein entsprechendes Fachstudium absolviert hatten, haben auch keine speziellen Weiterbildungen besucht. Die große Mehrheit der befragten Ressortleiter will mit ihrer Berichterstattung die unmittelbaren Beteiligten des Wirtschaftsprozesses ansprechen. Erst an dritter Stelle wird das allgemeine Publikum genannt.

Eine weitere Untersuchung von Spachmann (2005, 284ff.) im Jahr 2003 unter Wirtschaftsredaktionen aller regionalen Tageszeitungen – einschließlich der SZ und der „Frankfurter Rundschau“ – erbrachte anhand der Antworten aus 60 Redaktionen, die sich beteiligten, die folgenden Erkenntnisse: Knapp die Hälfte aller Redakteure hat „im Haupt- oder Nebenfach“ eine wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtung eingeschlagen. Bei den Ressortleitern liegt der Anteil bei knapp 56 Prozent. Spachmann sagt, das sei „ein deutlicher Professionalisierungsschub“ (ebenda, 285). Bei den Branchen, die von den Redaktionen besonders beobachtet werden, wurden nach der Energiebranche (knapp 15 Prozent der Nennungen) die Branchen Banken und Versicherungen mit jeweils 10 Prozent am zweithäufigsten genannt. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Vernetzung von Wirtschaftsthemen mit anderen Themen werden zunehmend intensiver betrieben und auch wichtiger genommen. Auch diese Untersuchung – zu diesem Themenfeld wurden nur die Ressortleiter befragt – ergibt die bereits bekannte Reihenfolge an Aufgaben nach Gewicht (sehr große und große Bedeutung jeweils zusammengefasst): aktuell, generell und neutral Informieren (beinahe 100 Prozent); Hilfe im wirtschaftlichen Alltag (72 Prozent); lockere Präsentation der Themen (60,4 Prozent); staatsbürgerliche Meinungsbildung ermöglichen (32,1 Prozent); nationale oder regionale Wirtschaftspolitik beeinflussen (28,5 Prozent). Spachmann macht darauf aufmerksam, dass bei Wirtschaftsjournalisten zwar die Zustimmung zur Kritik-Funktion stark gestiegen sei, dass sie dabei jedoch im Staat nennenswert stärker als in der Wirtschaft das eigentliche Objekt der Kritik sehen; das heißt, ein wesentlicher Teil der Wirtschaftsjournalisten, welche die Aufgabe der Kritik-Funktion überhaupt annehmen, stellt seine kritische Funktion bewusst in den Dienst seines Beobachtungs-Gegenstandes, der Wirtschaft. Zugleich ist die Zahl derjenigen, welche die Kontrollfunktion für bedeutend halten, von etwa 50 Prozent auf etwas mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Spachmann meint, solche Ergebnisse ließen sich „nicht unbedingt als Bedeutungszunahme der politisch-öffentlichen Dimension im Rollenselbstverständnis der Wirtschaftsredakteure interpretieren“ (Spachmann 2005, 322).

Eine Zwischeninformation zur sozialen Herkunft: Etwa zwei Drittel der Journalisten stammen aus Beamten- oder Angestellten-Familien, lediglich eine kleine Minderheit sind Kinder von Arbeitern (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 69).

Knapp 60 Prozent aller Journalisten will Kritik an Missständen üben – unter den Wirtschaftsredakteuren sind es etwa 50 Prozent -, jeder dritte will einfachen Leuten die Möglichkeit geben, sich zu Wort zu melden, knapp 30 Prozent wollen sich für Benachteiligte einsetzen. 24 Prozent sehen sich als „Kontrolleur von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 106); differenziert aufgeschlüsselt sind dies 39 Prozent der Lokal-, 31 Prozent der Politik- und 24 Prozent der Wirtschaftsjournalisten (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 110). Zum Vergleich: In den USA sehen sich 71 Prozent – so eine Studie aus dem Jahr 2002 – in der aktiven Rolle des ‚watchdog‘ (Weischenberg u.a. 2006 b, 117), wobei sich dort einschränkend die Frage der Kontrolle explizit nur auf die Regierung bezog. Nur 14 Prozent aller Journalisten in Deutschland wollen die Politik und ihre Tagesordnung beeinflussen. Bei der Studie aus dem Jahr 1993 lagen diese eben genannten Prozentsätze jeweils zwischen fünf und zehn Prozentpunkte höher. Die Wertung von Weischenberg und seinem Team: „Hier hat offenbar ein signifikanter Wandel im Journalismus stattgefunden, der die gesellschaftlich aktive Rolle von Journalisten zunehmend in den Hintergrund rückt.“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 106) Im Vordergrund steht für die Journalisten die Aufgabe, das Publikum neutral und präzise zu informieren, also die Rolle des möglichst neutralen Vermittlers einzunehmen; im Jahr 1993 sagten dies bereits 73 Prozent, 2005 sagten es 89 Prozent.

Überdurchschnittlich viele Wirtschaftsjournalisten (91 Prozent) betonen, es sei ihre Aufgabe, komplexe Sachverhalte verständlich zu vermitteln (Weischenberg u.a. 2006 b, 104); zum Vergleich: Nur 61 Prozent der Sport-Journa-

listen sagen dies. Deutlich weniger Wirtschafts- als Politik- und Lokaljournalisten sehen es jedoch als ihre Aufgabe an, ein möglichst breites Publikum anzusprechen (vgl. ebenda). Während in der Regel zwei Drittel der Journalisten glauben, es gelinge ihnen die Wirklichkeit abzubilden, sind es unter den Wirtschaftsjournalisten nur die Hälfte. Begleitet werden diese beruflichen Einstellungen von deutlich unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen zwischen Politik- und Wirtschafts-Journalisten: Die ersten sind parteipolitisch eher links von der Mitte orientiert, sind skeptisch gegenüber Privatisierungen und neigen zu staatsinterventionistischen Positionen, die zweiten sind in der Mitte zu orten und vertreten eher wirtschaftsliberale Positionen (vgl. Spachmann 2005, 212ff.).

Um klären zu können, wer unter anderem die Journalisten beeinflusst, hilft die Antwort auf die Frage weiter, mit wem sie sich privat umgeben und mit wem sie in ihrer Freizeit verkehren. Dabei zeigt sich im Vergleich der Jahre 1993 und 2005: An der Spitze steht mit 91 Prozent (1993: 84 Prozent) die eigene Berufswelt, also der Kontakt mit anderen Journalisten (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 150f.). Jeweils 21 Prozent sind mit Entscheidungsträgern aus Politik und öffentlicher Verwaltung bekannt, nur noch sechs Prozent (1993: 10 Prozent) mit wichtigen Gewerkschaftern. Dagegen sagen inzwischen 26 Prozent, sie hätten Kontakt mit Entscheidern aus der Wirtschaft (1993: 18 Prozent); das korrespondiert mit dem Ergebnis, dass zehn und nicht mehr nur acht Prozent (1993) aller Journalisten davon ausgehen, dass Unternehmen und Wirtschaftsverbände einen wesentlichen Einfluss haben. Bei dieser Frage gibt es übrigens wesentliche Unterschiede zwischen Sparten und Ressorts: „Deutlich mehr als ein Drittel der Wirtschaftsjournalisten (39 Prozent) und mehr als ein Viertel der Online-Journalisten (27 Prozent), immerhin ein Fünftel der Anzeigenblattredakteure (20 Prozent) und ein Sechstel der Zeitschriftenjournalisten (16 Prozent) sieht von ihnen (Unternehmen und Wirtschaftsverbände, Red.) große Einflüsse auf die eigene Arbeit ausgehen.“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 156) Zum Kontrast: „Gewerkschaftliche Einwirkungen bemerken – wenn auch selten – Wirtschaftsjournalisten (9 Prozent) und Agenturjournalisten (8 Prozent) häufiger als andere Journalistengruppen. In allen weiteren Medien und Ressorts liegt die Zustimmung zu dieser Einflussquelle unter drei Prozent – häufig gegen null tendierend.“ (ebenda) Übrigens: Der Einfluss der politischen Parteien ist nach Ansicht der Journalisten weiter zurückgegangen: So messen ihnen nur noch drei Prozent anstelle von sieben Prozent (1993) einen wesentlichen Einfluss zu.

Weischenberg sieht deshalb in seiner Gesamtbilanz „die Unabhängigkeit des Journalismus – jedenfalls in den Augen der Journalisten – zumindest nicht gefährdet“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 165). Die Autonomie scheint gegenüber 1993 eher noch größer geworden zu sein. Der wesentliche Grund für diese Bewertung: „Menschen und Mächte aus dem Journalismus stellen nach wie vor die wichtigsten Orientierungsgrößen der Journalisten dar.“ (ebenda) Es deutet vieles darauf hin, dass alles Wesentliche auf Basis von unabhängigen Entscheidungen innerhalb der Redaktionen erfolge. Aus dieser Interpretation lesen wir allerdings auch den im Kern bedenklichen Befund heraus, dass das journalistische System sich noch stärker als zuvor auf sich selbst bezieht, zur eigenen Zielgruppe wird, von sich ausgeht und für sich arbeitet. Wir sehen hier auch einen Zusammenhang mit dem signifikant wachsenden Misstrauen des Publikums gegenüber dem Journalismus.

Wesentlich ist die Erkenntnis, dass sich die Journalisten vor allem in der Rolle des neutralen Berichterstatters und Vermittlers sehen. Die Funktion der Orientierung folgt an zweiter Stelle und auch die Funktion der Kritik spielt für viele Journalisten noch eine Rolle. Motor der demokratischen Öffentlichkeit zu sein, also aktiv Debatten zu initiieren und zu prägen, das spielt zwar für viele (politische) Journalisten eine Rolle, gehört jedoch keinesfalls zum Common Sense des Berufsstandes (vgl. zu anderen Studien mit ähnlichen Ergebnissen: Spachmann 2005, 208ff.).

### 3.3 Aus dem Arbeitsalltag der Journalistinnen und Journalisten

Nach eigenen Angaben unterscheidet sich die Arbeitsweise der Wirtschaftsressorts von der der anderen Ressorts. Die Wirtschaftsressorts wenden deutlich mehr Zeit für Recherchen (gut zweieinviertel Stunden) und Schreiben (fast zweieinhalb Stunden) auf; es bleibt ungeklärt, ob dies an den Anforderungen, eventuell an der geringeren Besetzung oder im Gegenteil an einer besonders guten Ausstattung liegt, die über die eigentliche Produktion hinaus Zeit für Recherchen und Schreiben lässt (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 83). Zusammen mit dem Ressort



Aktuelles/Politik liegt das Wirtschaftsressort beim Bearbeiten von Presse- und Agenturmaterial (etwa 45 Minuten täglich) über dem Durchschnitt. Wirtschaftsjournalisten recherchieren also überdurchschnittlich viel, beklagen jedoch auch mehr als andere ihre Arbeitsbelastung.

Tendenziell nahm und nimmt in den vergangenen 20 Jahren die Bedeutung der freien Journalisten auch in der täglichen Berichterstattung zu. Es ist davon auszugehen, dass diese Journalisten inhaltlich keine eigenständige Rolle spielen, sondern in allen inhaltlichen Fragen von der jeweiligen Redaktion gesteuert werden. Insofern ist die Medienbranche auch Vorreiter einer Arbeitsgesellschaft, in der generell der Anteil der (auch unfreiwillig) Selbstständigen und Outgesourceten steigt. Aufgrund ihrer meist ungenügenden Bezahlung sind viele freie Journalisten gezwungen, zeitgleich auch für Unternehmen und im Bereich der Public Relations zu arbeiten. Insbesondere für die freien Journalisten, die im Themenbereich Wirtschaft für Tageszeitungen arbeiten, kann dies zu relativ direkten Interessen-Kollisionen kommen.

Auch bei der Praxis des Gegenlesens, das entsprechend der Studien-Ergebnisse von Weischenberg an Bedeutung zugenommen hat, gibt es Auffälligkeiten bei den Wirtschafts-Ressorts. Dort lesen in hohem Maße die unmittelbaren Vorgesetzten gegen (zu 90 Prozent), während es in allen anderen Ressorts „durchschnittlich weniger als drei Viertel“ sind (Weischenberg u.a. 2006 b, 88). Wirtschaftsredakteure wählen mit 56 Prozent auch deutlich mehr als andere Ressorts die Möglichkeit, den Chefredakteur gegenlesen zu lassen. Beide Ergebnisse können auf einen großen Kontroll- und Absicherungsbedarf hinweisen (vgl. Weischenberg 2009, 88); und der wiederum auf ein gewisses tägliches Konflikt-Potential. Dieser Befund kann auch als eine geringere Autonomie der Wirtschafts-Ressorts gedeutet werden, handelt es sich doch jeweils nicht um ein ‚kollegiales‘ Gegenlesen auf derselben hierarchischen Ebene.

Bezüglich der Möglichkeiten der Weiterbildung sind Wirtschaftsredakteure weniger zufrieden als andere: Nur 34 Prozent von ihnen (54 Prozent der Politik-Redakteure) äußern sich relativ positiv über ihre Weiterbildungsmöglichkeiten (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 92). Andere Untersuchungen legen wiederum den Schluss nahe, der Wunsch sich weiterzubilden, sei unter den Journalisten generell, vor allem aber unter den Wirtschaftsjournalisten wenig ausgeprägt.

### 3.4 Die PR-Arbeit – Quantität und Intensität versuchter Einflussnahmen

Die Grenzen zwischen Marketing, PR, Werbung, klassischer Medien- und Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus werden weniger scharf. Das schlägt sich empirisch in vielfältiger Weise nieder: Insbesondere selbstständig arbeitende Journalisten müssen sich aus Gründen der Verbesserung ihrer Einnahmen oft in beiden Feldern bewegen: Sie arbeiten als klassische Journalisten und als Öffentlichkeitsarbeiter. Ein weiteres Beispiel: Unternehmen bringen Publikationen auf den Markt, weisen diese jedoch nicht als Kundenzeitschriften aus, sondern als quasi unabhängige Publikationen und versuchen damit Marketing-Ziele unmittelbar durchzusetzen (vgl. Jarren/Röttger 2004, 32f.). Ähnliche Versuche gibt es im Internet mit ‚getarnten‘ Blogs. Journalisten sind jedoch – trotz dieser Praktiken und zudem erheblich erweiterter Optionen von direkter Kommunikation – unverändert eine der wichtigsten Zielgruppen von PR-Arbeit. Und damit ist umgekehrt die klassische Medien- und Pressearbeit auch unverändert einer der wichtigsten Teile der PR-Arbeit.

Das Verhältnis darf man jedoch nicht als einseitiges begreifen. Natürlich gibt es wirtschaftliche Abhängigkeiten der Medien-Unternehmen von der anzeigentreibenden Wirtschaft. In Zeiten des zunehmenden privat-wirtschaftlichen Sponsorings von allgemeinen Wissens-, Kultur- und Sportereignissen weiten sich zudem die inhaltlichen Grauzonen aus: Wo endet in solchen Fällen die Berichterstattung und wo beginnt die PR für das entsprechende Unternehmen; mit dem der eigene Verlag vielleicht auch noch kooperiert? Auf der anderen Seite gibt es wiederum Medien, die bezüglich einer Region oder bezüglich einer Zielgruppe in Gänze oder in Teilen über eine Monopol-Stellung verfügen, während sich ‚auf der anderen Seite‘ möglicherweise PR-Abteilungen einer Vielzahl von Organisationen um Beachtung bemühen. Es empfiehlt sich also, die jeweils konkreten Machtverhältnisse je nach Akteurs-Konstellation und Situation neu zu analysieren.

Ungeachtet dieser Differenzierung sind jedoch Annäherungen festzustellen, die bedenklich sind. Aus vielerlei Gründen (Zeitersparnis, eigene Bedeutung, Verlässlichkeit bei der Informationsbeschaffung) haben beide Seiten das Interesse, stabile dauerhafte und belastbare Beziehungen einzugehen und zu pflegen. Die Kernfrage ist, ob der PR-Arbeiter letztlich für den Journalisten eine funktionale Autorität als Informationsbeschaffer darstellt. Das hätte für das Mediensystem den Vorteil, dass das System und die Organisation, über die berichtet wird, die Kosten für die Informationsbeschaffung tragen würden. Und nahe liegend ist aus Sicht der PR das Ziel, die tendenziell weniger glaubwürdige Selbstdarstellung in eine erheblich glaubwürdigere journalistische Fremd-Darstellung umzuwandeln.

In wissenschaftlichen und fachöffentlichen Debatten werden die Gefahren, die von der politischen wie auch verbandlichen und unternehmerischen PR-Arbeit für einen sich um Unabhängigkeit bemühenden, eigene Abhängigkeiten und die Abhängigkeiten von anderen offen legenden und sich an einem allgemeinen Interesse orientierenden Journalismus ausgehen, immer noch unterschätzt. In dieser Unterbewertung liegt die eigentliche Gefahr. Die ständige Gefahr besteht darin, dass sich Partikularinteressen mit Hilfe von PR auf Kosten des Journalismus Glaubwürdigkeit und Vertrauen beim Publikum beschaffen. Diese Unterbewertung bezieht sich auf grundlegende strukturelle Punkte und auf aktuelle, seit Jahren andauernde Tendenzen. Denn es soll hier nicht gegen PR-Arbeit im Prinzipiellen oder im Detail argumentiert werden. Sind sich alle Akteure der Nachteile und Gefahren ständig bewusst und werden diese auch ausgesprochen, dann lassen sich auch die Beiträge, welche die PR leistet, zum Nutzen und nicht zum Schaden aller in die Anstrengungen integrieren, eine allgemein zugängliche seriöse demokratische Öffentlichkeit herzustellen. Die Gefahren, die von der PR zugunsten der Auftraggeber und zu Lasten der Massenmedien und einer demokratischen Öffentlichkeit ausgehen, können im Wesentlichen mit den beiden folgenden Punkten benannt werden. Es kann der PR zum einen begründet unterstellt werden, dass es eines ihrer wichtigen Ziele ist, dass Ergebnisse ihrer Arbeit nicht als solche von der jeweiligen Öffentlichkeit erkannt werden. Das schlägt sich konkret in dem Bemühen der ständigen Professionalisierung nieder, deren Ziel es ist, in allen Instrumenten und in allem Tun dem traditionellen Journalismus täuschend ähnlich zu werden.

Die andere grundlegende Gefahr ist strukturell mit der Phase der journalistischen Arbeit verbunden, an der die PR-Arbeit ansetzt. PR-Arbeit liefert in vielfältigster Form Informationen. Damit versucht sie erheblich mehr zu sein, als nur eine von möglicherweise vielen Informationsquellen, aus denen der Journalist schöpft. Sie versucht damit vielmehr das Ergebnis der journalistischen Arbeit in seinen Grundsätzen festzulegen: das Thema, den Zeitpunkt und zumindest in Umrissen auch den Inhalt. Nun sollen die Vorteile der politischen PR und der von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden für die Konstruktion einer demokratischen Öffentlichkeit nicht geleugnet werden. Mit jeder Äußerung – sei sie noch so sehr von Partikularinteressen geprägt – legen sich beispielsweise Organisationen oder Politiker oder Unternehmer fest. Sie beziehen Positionen, die überprüft, befragt und bewertet werden können. Denn mit jeder Festlegung, ob in Form einer Stellungnahme, einer Pressemitteilung oder einer Pressekonferenz, wird auch festgelegt, was nicht gesagt wird. So gibt es fast keine Verlautbarung, die auf kurze oder längere Frist nicht erhellend und latent aufklärerisch ist. Aber gerade an diesem Vorteil kann das Ausmaß der oben erwähnten Gefahren ganz gut skizziert werden. Diese Überprüfung und Analyse dessen, was erklärt und was nicht erklärt worden ist, kann das journalistische System nur leisten, wenn es fachlich präsent und auf der Höhe der Zeit ist: Der Journalist ist dann mit diesem Themenbereich und mit dem jeweiligen Vorgang so vertraut, dass er beispielsweise das Nicht-Gesagte sofort erkennen kann. Das bedeutet, er hat weitere Quellen – unabhängig von den Arbeitsverhältnissen zu den offiziellen PR-Leuten –, er verfügt über aktuelles Fachwissen und eventuell sogar über Kontakte zu weiteren Experten. Nur dann ist die PR-Arbeit eine informationelle Zulieferung, die dem Journalisten prinzipiell nützt und die er nach Überprüfung verwendet oder auch nicht. Und nur dann verfügt der Journalist noch aus dem Stand über die Kraft, auch dann über einen Vorgang zu schreiben, wenn die entsprechende PR-Maschine gar keine Informationen liefern will, weil der Beobachtungsgegenstand mehr Vorteile denn Nachteile zu haben glaubt, wenn er schweigt. Ist also diese ständige Überprüfung, dieser Gegencheck nicht mehr möglich, dann erst

begeben sich der Journalist und sein Massenmedium in eine verhängnisvolle Arbeitsteilung mit den jeweiligen PR-Leuten.

Die seit Jahren andauernden Tendenzen befördern diese eben skizzierte Gefahr einer grundlegenden Machtverschiebung vor allem im Bereich des Wirtschaftsjournalismus. Die folgenden Stichworte spielen dabei eine gewichtigere Rolle als früher: Verlagsbeilagen, Medien-Kooperationen. Die Zusammenarbeit mit potenziellen Anzeigenkunden und generell Wirtschaftspartnern wird vor allem für die gedruckten Massenmedien wichtiger und deshalb nehmen deren PR-Apparate gegenüber den Journalisten auch eine höhere Bedeutung ein. Dazu gesellen sich verstärkend die latenten Verschlechterungen der Bedingungen journalistischen Arbeitens, welche die Möglichkeiten der Überprüfung von PR-Material eher schmälern und die Zwänge, es zu übernehmen, eher stärken.

Barbara Baerns lieferte erste grundlegende Erkenntnisse über das Verhältnis von Public Relation und Journalismus. Ihre These: PR sei in der Lage, Themen und Zeitpunkte der Berichterstattung stark zu beeinflussen, wenn nicht gar zu bestimmen. PR seien fähig, die journalistische Recherchekraft zu lähmen und den publizistischen Leistungswillen zuzuschütten (siehe u.a. Baerns 1985, 212). Das wird in der Tat zunehmend unterstellt: Das journalistische System übernehme mehr oder weniger unverändert und ungeprüft PR-Mitteilungen (vgl. u.a. Frühbrodt 2007, 15f.). Das wird zum einen als eine Folge der anhaltenden Spar-, Ökonomisierungs- und Kommerzialisierungszwänge im Mediensystem und zum anderen als Folge des anhaltenden Ausbaus und der Professionalisierung der PR-Branche und der jeweiligen Kommunikationsapparate der Verbände, Parteien, Verwaltungen und Unternehmen angesehen. Kritiker von Baerns weisen jedoch zurecht daraufhin, dass Tiefe und Umfang des Einflusses sehr von den jeweils aktuellen Kräfteverhältnissen abhängen: Je (wirtschaftlich) stärker, angesehener, status-höher, (thematisch) interessanter und unangefochtener der Akteur ist und je (publizistisch und wirtschaftlich) schwächer das Medium, desto höher ist zumindest der potentiell mögliche Einfluss; umgekehrt gelte der Zusammenhang jedoch auch (vgl. zu dieser Relativierung: u.a. Riesmeyer 2006, 286ff.). Es wirkt sich eben auch in diesem Fall die begründete Annahme aus, dass es im redaktionellen Alltag zu keiner chancengleichen Bewertung aller Quellen kommt, möge dies normativ auch wünschenswert sein.

Mehr als anderen journalistischen Sparten wird dem Wirtschaftsjournalismus ausformuliertes Wissen von Wirtschaftsverbänden, wirtschaftsnahen Instituten und Unternehmen zur Verfügung gestellt. Es ist vor allem in Bezug auf Unternehmens-Informationen tendenziell sehr aufwändig – in Teilen gar nicht möglich –, diese Informationen zu überprüfen (Zeit-Ressourcen, Zugang zu weiteren Informationen). So spielt in diesem Zusammenhang ein Sachverhalt eine starke Rolle, der generell dem Wirtschaftsjournalismus seinen Alltag erheblich erschwert und seine Arbeitsmöglichkeiten begrenzt: Im Gegensatz zu öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen unterliegt das privatwirtschaftliche Unternehmen nur einer sehr begrenzten Auskunftspflicht. Lediglich börsennotierte Unternehmen haben eine gesetzliche Publizitätspflicht, die sich jedoch weitgehend nur auf Quartals- und Jahresberichte und auf die Veröffentlichung von Informationen bezieht, die den Aktienkurs wesentlich beeinflussen können (vgl. u.a. Frühbrodt 2007, 171f.). Damit fällt die Kompetenz der Informationsquellen (in diesem Fall der Unternehmens-PR) mehr als in anderen Bereichen mit der (aus ihnen abgeleiteten) Kompetenz des Wirtschaftsjournalismus tendenziell zusammen. Das bedeutet, dass Mentalität, Sprache, Inhalt und Perspektive dieser PR-Quellen die Wirtschafts-Berichterstattung der Medien prägen können.

Nur wenige Journalisten (17 Prozent) sind jedoch der Meinung, dass der Einfluss der Öffentlichkeitsarbeit sehr groß oder groß sei (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 123f.). Wesentlich einflussreicher seien Kollegen, Vorgesetzte und das Publikum. Ein gutes Viertel aller befragten Journalisten ist jedoch der Meinung, die PR-Angebote verführten zu unkritischer Berichterstattung und 20 Prozent beobachten, „dass Pressemitteilungen zunehmend Beiträge ersetzen, die früher von Journalisten recherchiert wurden“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 127). Besonders viele Wirtschaftsjournalisten (83 Prozent) beklagen, es würden zu viele Pressemitteilungen produziert, und sie erhielten auch überdurchschnittlich viele Reaktionen von PR-Stellen. Sie scheinen also, zusammen mit Agentur- und Zeitschriftenjournalisten, „besonders im Visier der Öffentlichkeitsarbeit zu stehen“ (Weischenberg u.a. 2006 b, 128). Ein Einfallstor für die PR scheinen die Agentur-Journalisten zu sein: 34 Prozent von ihnen halten PR-

Informationen für zuverlässig und 39 Prozent nutzen sie, um Zeit für Recherchen zu sparen. Die anderen Journalisten nutzen wiederum die Leistungen der Agenturen in dem Vertrauen, es handle sich um unabhängige und zuverlässige Arbeiten (vgl. Weischenberg u.a. 2006 b, 130).

Holger Steltzner, als einer der Herausgeber der FAZ verantwortlich für deren Wirtschaftsberichterstattung, machte in seiner Rede anlässlich der Ehrung der „Wirtschaftsredaktion des Jahres 2008“ in Frankfurt am Main auffallend freimütig auf Gefährdungen des Wirtschaftsjournalismus aufmerksam: Es gebe ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen Redaktionen einerseits und Presseabteilungen und Lobbyisten andererseits, so Steltzner. Mit jeder Sparrunde in den Verlagen nehme es zu. Die größte Gefährdung bestehe jedoch in etwas anderem: „Es gibt eine verstärkte Neigung in manchen Verlagen, das Geschäft mit den Anzeigenkunden mit den Aufgaben der Redaktion zu vermengen. Hierbei wird schönfärberisch von ‚innovativen Werbeformaten‘ geredet, gemeint ist jedoch nichts anderes als journalistische Auftragsarbeit.“ (zitiert nach „Der Wirtschaftsjournalist“, 3/2009, 24)

Auf weitergehende, nur auf den ersten Blick ‚harmlose‘ Versuche der Einflussnahme sowie Mechanismen von Gefolgschaft zwischen Beobachtern und Beobachteten macht der damalige stellvertretende Chefredakteur des „stern“, Hans-Ulrich Jörges, aufmerksam. In einem offenen Vortrag über „Embedded in Berlin“ erläuterte er auf dem Kongress „Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0“, wie die Politik versuche, den Hauptstadt-Journalismus zu beeinflussen, und wie dieser sich auch beeinflussen lasse (Jörges 2007). Es ist zu vermuten, dass ähnliche oder gar intensivere Beziehungs-Geflechte auch zwischen Wirtschaft und Wirtschaftsjournalismus bestehen, zumal Unternehmen, Wirtschafts- und Branchenverbände ihrem journalistischen ‚Gegenüber‘, vor allem auch selbstständig arbeitenden Journalisten, materiell einiges zu bieten haben; nicht selten sind auch Wechsel von Journalisten in die Kommunikationsarbeit bei Unternehmen, mit denen natürlich die Hoffnung verbunden ist, besonders gute Beziehungen zu den Medien aufzubauen. Von den öffentlich-rechtlichen Sendern werde den Unternehmen inzwischen „der rote Teppich ausgerollt, vor allem von den Fachredaktionen“ (Bertram 2006, 117) und kritische Berichterstattungen würden direkt und indirekt unterdrückt (vgl. mit zahlreichen fundiert belegten Beispielen und Analysen zu dem starken Einfluss der Arbeitgeber-Verbände: u.a. Bertram, 2006, 117ff.; zudem zu den intensiven Verbindungen zwischen Sport-Industrie und Sport-Journalismus: Bertram, 2006, 98ff.).

Hans Peter Stihl urteilte bereits im Jahr 1990 in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident des DIHT so über diese Tendenzen: „Zwar gibt es wissenschaftliche Untersuchungen, wie zum Beispiel der Universität Bochum, die zu dem Ergebnis kommen, dass zwei von drei Meldungen in den tagesaktuellen Medien auf Informationsmaßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit beruhen. Wäre das so, müssten wir unser politisches System für gefährdet halten. Denn ohne die unabhängige Presse als wichtigstem Kontrollorgan gibt es keine funktionierende Demokratie und ohne sie nicht die Soziale Marktwirtschaft des Ludwig Erhard.“ (Stihl 1990, 15)

Fast 20 Jahre später urteilt ein anderer angesehener Bürger, der die Perspektive von außen – als langjähriger aktiver Politiker – und von innen – als Publizist und ehemaliger Geschäftsführer einer Print-Publikation – pflegt: „Seit die Massenmedien ... zunehmend in privaten, zum Teil multinationalen Konzernen zusammengefasst sind, wächst die Gefahr, dass die öffentliche Meinung und damit die wählenden Bürger in einseitiger, den jeweiligen Zwecken der Konzerne dienender Weise manipuliert werden.“ (Schmidt 2008, 128)

### 3.5 Das Publikum: Diktator oder willenslose Masse?

„Die Zulassung kommerzieller Fernseh- und Radioanbieter ab Mitte der 1980er Jahre, der Siegeszug des Internets und die mit beiden Prozessen verbundene enorme Ausweitung und Ausdifferenzierung des Medienangebots haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer ‚Diktatur des Publikums‘ geführt, in der sich viele Journalistinnen und Journalisten schon deshalb als Diener ihrer Leser, Hörer und Zuschauer verstehen (müssen), weil Quoteneinbrüche oder Auflagenverluste ihren Arbeitsplatz gefährden.“ (Meyen/ Riesmeyer 2009, 253) Nicht nur aus diesem Grund ist es hier wichtig, den Akteur Publikum und dessen Perspektive einzuführen. Was über diesen Akteur jedoch zu erfahren ist, das ist selten eindeutig: So gibt es zum einen die aussagekräftig und eindeutig erscheinende Rückmeldung anhand von Quoten und verkauften Auflagen. Innerhalb der Redaktionen und Verlage ist, wenn es

darum geht, ein Thema oder eine Dienstleistung in den Vordergrund zu rücken, oft das Argument im Einsatz, das Publikum wolle es; der Beleg dafür ist selten zweifelsfrei zu liefern.

Eindeutig ist auch das Folgende: Das Publikum signalisiert, es traue dem Journalismus nicht mehr. In einer Pressemitteilung des „Deutschlandradio“, Redaktion „Markt und Medien“, vom 23. Mai 2009 wird über eine repräsentative Befragung des Kommunikationswissenschaftlers Wolfgang Donsbach, TU Dresden, unter 1000 Bürgern berichtet: Immer mehr Bürger beanstandeten die Vermischung von Journalismus und Public Relation und die Auswahl der Themen nach Kriterien der Vermarktung und nicht nach professionellen Standards. Donsbach wird in dieser Pressemitteilung mit den Worten zitiert: So könne es nicht mehr weitergehen, „wenn nur noch 35 Prozent der Deutschen und in der jüngsten Altersgruppe ungefähr ein Fünftel den Journalisten glaubt, dann hat das ja Folgen für die Demokratie ...“

Untersuchungen aus den achtziger Jahren zeigen regelmäßig, dass Medien-Konsumenten sich weniger für Wirtschaftsthemen als für andere Bereiche interessieren (vgl. Gillies 1989, 56ff. und 166ff.); dabei ist die Nutzung in überregionalen Tageszeitungen stärker als in regionalen. Die Medienwissenschaftler Peter Glotz und Wolfgang Langenbacher bilanzierten bereits in den sechziger Jahren, viele Leseruntersuchungen belegten, dass die meisten Leute den Wirtschaftsteil der Zeitungen ignorierten (vgl. Schuster 2001, 85). Damals waren Sprache und Präsentation jedoch auch sehr nüchtern, und die Perspektive, welche die Journalisten einnahmen, war meist die der Unternehmen und der Wirtschaftsexperten, nicht die der Verbraucher und der Arbeitnehmer; so wird versucht, den Mangel an Interesse zu erklären. Gillies zitiert aus einem Manuskript der Kommunikations- und Meinungsforscherin Renate Köcher aus dem Jahr 1985, in dem es heißt: „Das größte Problem des Wirtschaftsjournalismus ist seine Erfolglosigkeit bei dem breiten Laienpublikum, seine mangelnde Fähigkeit, teilweise auch mangelnde Bereitschaft, die Darstellung der komplexen Materie Wirtschaft den Voraussetzungen und der Mentalität dieses Publikums – soweit möglich – anzupassen.“ (zitiert nach Gillies 1989, 43) Kalt referiert Zahlen, nach denen das Interesse der Bundesbürger an Wirtschaftsthemen zwar ständig zugenommen hat – 1964 nutzten regelmäßig 16 Prozent der Befragten den Wirtschaftsteil von Tageszeitungen, 1984 waren es 23 Prozent, 1991 etwa 29 Prozent und bis 1999 stieg die Quote auf 34 Prozent (vgl. Kalt 1990, 9; Mast 2003, 7ff.). Damit stieg die Zahl der regelmäßigen Nutzer zwar prozentual ständig an, jedoch rangiert die Nutzung des Wirtschaftsteils im Vergleich – Beispiel Lokalnachrichten: 85 Prozent – immer noch weit hinten.

Peter Schiwy, damals Intendant des NDR, präsentiert die folgenden Umfrage-Zahlen: Zwei Drittel der Bundesbürger informierten sich über Wirtschaftsthemen im Fernsehen. 40 Prozent der Befragten sagten zugleich, sie würden sich mehr für das Thema interessieren, würde es verständlicher dargestellt (vgl. Schiwy 1990, 27f.). So würden die Wirtschaftssendungen zwar wertgeschätzt, jedoch verglichen mit anderen Sendungen wenig konsumiert.

In den 90er Jahren änderte sich einiges, als der einzelne Bürger mehr als zuvor zum Wirtschafts-Akteur in eigener Sache wurde, einerseits gezwungen in der Folge staatlicher Entscheidungen und andererseits angezogen von den zunehmenden Optionen. Der Zwang folgte aus Entscheidungen des Staates, der sich unter anderem aus der Absicherung der Finanzierung des Alters in Teilen zurückzog und weitere soziale Risiken in Teilen oder in Gänze privatisierte. Das Publikum sah und sieht sich deshalb gezwungen, sich über diese Themen zu informieren, um mögliche eigene Nachteile in der Vermögens- und Altersplanung zu vermeiden. Zudem wurde der Privat-Anleger entdeckt beziehungsweise der einzelne Bürger entdeckte diesen in sich. In Deutschland gilt unverändert die Teilprivatisierung der Deutschen Telekom Ende 1996 als Weckruf, welcher die deutsche Nation als ‚Börsen-Nation‘ erwecken ließ: Die Zahl der Aktienbesitzer verdoppelte sich in wenigen Jahren auf etwa 12 Millionen. In einer Publikation des F.A.Z.-Institutes über Finanz-Kommunikation heißt es über diese Zeit: „Die Deutschen entdeckten die Aktie im Rausch.“ (F.A.Z.-Institut Oktober 2004, 14) Die Zahl der Unternehmen, die an die Börse gingen, stieg ebenfalls. Und die Politik bereitete bereits in den 90er Jahren den Weg mit insgesamt drei Finanzmarkt-Förderungsgesetzen. Eine der gravierenden Folgen: Der Shareholder-Value-Gedanke trat seinen Siegeszug an, und der klassische Gewinn als Maßstab für den Erfolg eines Unternehmens „wurde ersetzt durch die Bestimmung einer risikoangepassten Kapitalmindrendite“ (ebenda, 16).

So stieg das Interesse an Wirtschafts-, Finanz- und Unternehmens-Themen „rapide an“ (Mast 2003, 72). Die vorhandenen Medien bauten ihre Wirtschaftsberichterstattung aus, zahlreiche neue Zielgruppen-Medien (Fernsehen, Print, Online) kamen hinzu. Sicher hat das steigende Angebot in einer Wechselwirkung wiederum die Nachfrage befördert. Alle Fernsehsender berichten regelmäßig zu prominenten Zeiten – siehe an erster Stelle die „Börse im Ersten“ kurz vor der „Tagesschau“, die Schuster den „rasenden Börsen-Rap“ (Schuster 2001, 91) nennt – über das Börsengeschehen; n-tv, N24, Bloomberg TV und andere Anbieter sind hinzugekommen. Schuster zitiert Florian Martius, damals Chefredakteur beim Nachrichtensender N24 mit den Worten: „So wie man heute am Morgen den Wetterbericht hört, werden die Leute in ein paar Jahren abends wissen wollen, wie sich ihre Altersvorsorge entwickelt hat.“ (Schuster 2001, 46).

Es gibt andererseits starke Indizien dafür, dass sich das Medienverhalten grundlegend ändert. Offen ist, wie sich dies im Besonderen auf die Wirtschaftsberichterstattung auswirken wird. Vor allem die Tageszeitungen verlieren nicht nur Anzeigen, sondern auch Leserinnen und Leser. Sie können einen Teil der Anzeigen und auch der Leserinnen und Leser zwar in ihren Online-Auftritten halten und auch andere hinzugewinnen. Das Institut für Demoskopie Allensbach ist jedoch zu den folgenden Erkenntnissen gelangt: Seit einigen Jahren verändere sich „das Interessenspektrum der jungen Generation langsam, aber ständig“ (Köcher 2008, 5). Sie informiere sich situativ, nutze das Internet keineswegs, um sich ständig aktuell über wichtige Themen der Gesellschaft zu informieren. Fernsehen und Internet würden vielmehr sehr gezielt, ereignis- und bedarfsgesteuert genutzt. Es handle sich um einen „tiefgreifenden Umbruch in der Mediennutzung“ (ebenda). Und: „Fasst man Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt, lokale Ereignisse, Kunst und Kultur zusammen, so liegt der Interessenpegel der gesamten Bevölkerung heute nur knapp unter dem Niveau am Ende der neunziger Jahre, derjenige der jungen Generation dagegen erheblich darunter.“ (ebenda) Es sei die Erkenntnis hinzugefügt: Für die 14- bis 29-Jährigen spielt das Internet als Informationsmedium – einmal dahingestellt, wie sie sich über was informieren – „schon eine fast doppelt so wichtige Rolle als Informationsmedium wie für den Durchschnittsbürger, und zwar am Abend ebenso wie über den Tag hinweg“ (Reitze/Ridder 2006, 98).

So kann es durchaus sein, dass sich die Mediennutzung im Wirtschaftsbereich noch stärker als bisher schon in die folgende Richtung entwickelt: Die gezielte Nachfrage nach Informationen über die persönliche wirtschaftliche und finanzielle Absicherung (Geldanlage, Altersversorgung, Versicherungen) wird – abhängig von weiteren politischen Entscheidungen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen – vermutlich zunehmen und den Nutzwertjournalismus bestätigen und forcieren. Völlig getrennt davon stellt sich die Frage nach der künftigen Quantität und Qualität des Interesses an übergeordneten (volks-) wirtschaftlichen Themen.

### **3.6 Mediengattungen und Medienformate**

#### **3.6.1 Das öffentlich-rechtliche Fernsehen**

Ein Massen-Publikum wird heute nur mit Fernsehen erreicht. Die quantitative Reichweite dieses Mediums ist für andere unerreichbar. Dabei kann unterstellt werden, dass das Publikum aus Eliten und Multiplikatoren ebenfalls zu diesem Fernseh-Publikum gehört, da es entweder aus eigenem Interesse oder aufgrund der rationalen Überlegung, man muss wissen, was ein Medium mit einer solchen starken publizistischen Kraft sendet und nicht sendet, dessen Berichterstattung verfolgt oder verfolgen lässt. Das heißt, dieses Medium hat nicht nur eine enorme quantitative, sondern auch eine qualitative Reichweite. Es nutzen jedoch nicht nur viele Millionen Menschen dieses Medium, sie nutzen es auch sehr lange: Die tägliche Mediennutzungszeit der Bürger über 14 Jahre – ohne parallele Nutzung, aber einschließlich der Nebenbei-Nutzung, wie z.B. Radiohören im Auto – ist von 1980 bis zum Jahr 2000 von etwa 305 Minuten auf 502 Minuten gestiegen. Dabei haben Hörfunk (41 Prozent) und Fernsehen (37 Prozent) einen sehr viel höheren Anteil als die Tageszeitungen, die seit vielen Jahren im Tages-Durchschnitt etwa 30 Minuten konsumiert werden; das entspricht einem Anteil von sechs Prozent. Im Jahr 2005 nutzten die Bundesbürger an einem Durchschnitts-Tag insgesamt zehn Stunden lang Fernsehen, Radio, Printmedien, Internet und audiovisuelle Speichermedien. Das sind rund 90 Minuten mehr als fünf Jahre zuvor. Die Ausdehnung des Medienzeit-Budgets

geht also unverändert weiter. Von diesem Zuwachs profitieren vor allem das Fernsehen und das Internet; drei Viertel des Medienkonsums vereinen trotz der harten Konkurrenz der neuen Medien unverändert und seit vielen Jahren Fernsehen und Hörfunk auf sich. Und unverändert „werden öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen von der großen Mehrheit der Bevölkerung zur Information über das aktuelle politische Geschehen bevorzugt“ (Reitze/Ridder 2006, 194). Man kann deshalb davon ausgehen, dass es ohne das öffentlich-rechtliche Fernsehen anderen Medien nicht möglich ist, national wirksam Themen zu setzen.

In der Langzeitstudie über Massenkommunikation wird festgehalten, dass sich im Jahr 2005 fast zwei Drittel aller Zuschauer bevorzugt in den öffentlich-rechtlichen Programmen über aktuelle Ereignisse aus Politik und öffentlichem Leben informieren (vgl. zu diesen und den folgenden Ausführungen: Reitze/Ridder 2006, 99ff.). Unter dieser Gruppe sind die ab 50-jährigen und die formal hoch Gebildeten überdurchschnittlich stark vertreten. Übrigens: Unter den ‚berühmten‘ 14-bis 29-Jährigen informieren sich 58 Prozent lieber bei den privaten Programmen. Gut die Hälfte der Bevölkerung schätzt sich im Jahr 2005 als politisch hoch interessiert ein, 27 Prozent sagen, sie seien etwas interessiert; im Jahr 1970 sagten übrigens nur 32 Prozent der Bevölkerung, sie seien sehr an Politik interessiert. Für das Jahr 2005 wurde diese Abfrage noch differenziert: Es wurden zwei Typen unterschieden, zum einen die aktiven Informationssucher, die sich generell auf dem Laufenden halten, und die Informationssucher bei Selbstbetroffenheit, die also Informationen suchen, wenn sie an einem Thema persönlich interessiert sind. Zu den ersteren zählen sich 52 Prozent der Bevölkerung, von denen wiederum fast 70 Prozent sich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk informieren, und zu den zweiteren zählen sich 44 Prozent der Bevölkerung, von denen 55 Prozent private Sender schauen. Unter den aktiven Informationssuchern sind die Nutzer von Tageszeitungen überdurchschnittlich stark vertreten; dabei liegt die Lesedauer der 65-jährigen bei fast 40 Minuten und die der 25-Jährigen bei 12 Minuten, die der 20-Jährigen aus der 50iger-Generation lag noch bei 31 Minuten (vgl. Reitze/Ridder 2006, 142).

Unter den in dieser Arbeit entscheidenden Aspekten und Kriterien spielt das öffentlich-rechtliche Fernsehen die wesentliche Rolle. Denn es kann unterstellt werden, dass dieser Sektor weitgehend unabhängig von ökonomischen Zwängen – keine wesentliche Abhängigkeit von wirtschaftlichen Konjunktur- und Strukturkrisen, vergleichsweise sehr hohe materielle Ausstattung, hohe arbeitsrechtliche Absicherung der jeweiligen fest angestellten Mitarbeiter, damit verbunden eine ausgeprägte Option an persönlicher und redaktioneller Autonomie – journalistisch eine hochwertige Arbeit liefern kann. Entsprechend werden von außen auch zu Recht die Ansprüche formuliert. Zwischen privat-wirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Medien sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Zielvorgaben grundsätzliche (Qualitäts-) Unterschiede zu vermuten. Öffentlich-rechtliche Medien wollen und müssen, gemäß ihrer gesetzlichen Vorgaben: gesellschafts-politisch motiviert sein; die Qualität des öffentlichen Lebens steigern und die Bürger zur Teilhabe befähigen; für ein bestimmtes Qualitäts-Programm möglichst viele Nutzer gewinnen und halten. Kommerzielle Medien wollen: einen Markt schaffen; Gewinn erzielen; möglichst viele Zuschauer zu jedem Zeitpunkt gewinnen und halten; die Medien-Konsumenten zu weiterem Konsum bewegen.

Es ist auch zu unterstellen, dass Journalisten im öffentlich-rechtlichen System im Vergleich mit dem privat-wirtschaftlichen System unter erheblich besseren materiellen Bedingungen arbeiten und zudem potenziell über eine stabilere und größere Autonomie verfügen. Es werden zugunsten dieser Argumentation meistens drei wesentliche Gründe angeführt: Die dort arbeitenden festangestellten Redakteure haben aufgrund ihrer persönlichen arbeitsrechtlichen und materiellen Absicherung eine sehr viel höhere Souveränität als Redakteure, die in privatwirtschaftlichen Medien arbeiten. Diese höhere Autonomie – grundsätzlich besser gesicherter Arbeitsplatz – könnte potenziell die Position der Redakteure so stärken, dass sie notfalls in ihrer Arbeit auch Konflikte mit Hierarchen eingehen könnten, wenn es um Fragen von Qualität des Fernsehjournalismus geht. Die Redaktionen im öffentlich-rechtlichen Mediensystem arbeiten im Gegensatz zu denen der privat-wirtschaftlichen Medien, deren Ressourcen-Lage tendenziell Spielball der jeweiligen Wirtschaftslage und Anzeigengeschäfte ist, auf Basis einer vergleichsweise verlässlichen redaktionellen Ressourcen-Planung. Da das Werbegeschäft für das öffentlich-rechtliche System von ver-

gleichsweise geringer Bedeutung ist, besteht faktisch keine wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Finanzgewerbe, so dass auch die Einflussmöglichkeiten von außen viel geringer sind; sie müssten dann vermittelt über politische Akteure erfolgen, was wenigstens aufwändiger und nur indirekt wäre.

Gegen diese Argumentation und Situationsbeschreibung lassen sich andere Gesichtspunkte vortragen: Die wirtschaftliche Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen journalistischen Systems basiert letztlich auf einer gesellschafts- und parteipolitischen Abhängigkeit von Vertretern der Parteien und gesellschaftlichen Gruppen in den jeweiligen Aufsichtsgremien. Die kann sich im Zweifel inhaltlich sehr viel unmittelbarer und zudem kleinkariierter für die Arbeit bemerkbar machen als ökonomische Logiken. Zudem ist die Frage fachlich zu klären, ob die Medien Hörfunk und Fernsehen grundsätzlich – aufgrund ihrer Eigenschaften – überhaupt in ähnlich sinnvoller Weise für aufklärerischen Qualitätsjournalismus genutzt werden können, wie dies bei Printmedien der Fall ist.

In den vergangenen Jahren häufen sich Publikationen, in denen dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen schlechte Zeugnisse ausgestellt werden. Sie sind auch von ehemaligen Fernsehmachern geschrieben, oft anekdotisch und nur in Teilen analytisch, oft nicht verallgemeinerbar und auch ohne den Anspruch darauf. Jedoch bestätigen und verfeinern sie Eindrücke und Wahrnehmungen, die in einer medienkritischen Öffentlichkeit seit Jahren diskutiert werden. Diese Wahrnehmungen lassen sich vielleicht in den zwei folgenden Fragen zusammenfassen: Warum rückt das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen nicht gleichermaßen ausführliche, verständliche, anspruchsvolle und tiefgehende inhaltlich kontroverse Sendungen in den Mittelpunkt? Und warum gibt es einen Wettbewerb um die höchste Quote und nicht einen um eine vorher gemeinsam definierte Qualität? Die Gegenargumente sind bekannt: Die verantwortlichen Fernsehmacher sagen, es gibt solche Qualitäts-Sendungen, aber sie finden geringes Interesse und sind deshalb auf weniger attraktiven Sendeplätzen. Und sie sagen, sie seien unter dem Druck, Quote zu machen, um im Konkurrenzkampf mit den privatwirtschaftlichen Sendern mithalten zu können. Der Medien-Experte Dieter Kosslick dreht das Argument der Verantwortlichen allerdings um: „Qualitätsprogramm wird in die Spätschiene abgeschoben, hat dort keine Quote, was wieder die Entscheidung für den Sendedetermin rechtfertigt.“ (zitiert in: Bertram 2006, 139) Kosslick sieht in dieser Platzierungs-Politik eine bewusste perfide Strategie.

Der ehemalige Fernseh-Journalist Jürgen Bertram erinnert daran, dass das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem bei seiner Gründung „als eines der wichtigsten Elixiere für die Demokratisierung der Gesellschaft“ begriffen worden sei (Bertram 2006, 13). Seine Gründungs-Programmatik könne so definiert werden: „Es ist eine Absage an die Parteien, den Proporz, den Profit.“ (Bertram 2006, 14) Politischem wie wirtschaftlichem Druck müsse ständig widerstanden werden. Bertram stellt an die privatwirtschaftlichen Fernsehanstalten gleich gar keine handwerklichen und aufklärerischen Ansprüche, denn es sei eine Illusion, „den Charakter des Marktes ändern zu wollen“ (Bertram 2006, 92). Er wolle jedoch die öffentlich-rechtlichen Anstalten an „moralischen Maßstäben“ (ebenda) messen, da ihnen der Gesetzgeber bewusst einen „gemeinnützigen Status“ verliehen habe. Die Vorgaben sind klar: „Ziel aller Informationssendungen ist es, sachlich und umfassend zu unterrichten und damit zur selbstständigen Urteilsbildung der Bürger und Bürgerinnen beizutragen.“ So aus Paragraph 8, Staatsvertrag des NDR (zitiert nach Bertram 2006, 174) Bertram zitiert auch den damaligen Intendanten des Deutschlandradio, Ernst Elitz, der sorgsam differenziert, es gehe nicht darum, die unreflektierten Wünsche der Öffentlichkeit zu bedienen, sondern die gesellschaftliche Verantwortung in den Mittelpunkt zu stellen; also interest of the public anstelle von public interest. Bertram verweist auf eine Untersuchung des Jenaer Medien-Wissenschaftler Georg Ruhrmann, der über zehn Jahre hinweg die Nachrichtensendungen des deutschen Fernsehens untersucht habe (vgl. Bertram 2006, 187ff.). Der Anteil von nicht-politischen Themen in den Nachrichtensendungen – es wird von Bertram allerdings nicht definiert, was darunter genau zu verstehen ist – sei zwischen 1992 und 2001 von 40 auf 51 Prozent gestiegen. Am stärksten bei den privaten Anbietern, aber auch bei der ARD sei der Anteil um vier Prozent auf 32 Prozent gewachsen. Nachrichten seien konfliktreicher und personifizierter geworden, zitiert er den Wissenschaftler. Es gebe mehr Prominenz und mehr ‚human touch‘. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg komme in einer Studie zu einem ähnlichen Ergebnis: Information und Unterhaltung seien oft nicht mehr klar abzugrenzen (vgl. Bertram 2006, 188). An dieser Stelle sollte jedoch auf eine weitere Erkenntnis verwiesen werden: In einer Langzeitstudie zur Me-



diennutzung (vgl. Reitze/Ridder 2006, 98) wird betont, „dass der schon 1964 konstatierte Zusammenhang zwischen Unterhaltungs- und Informationsfunktion besteht, wonach das Interesse an Unterhaltung immer auch das Interesse an Information einschließt“ (ebenda). So würden tagesaktuelle Medien zu unterschiedlichen Tageszeiten und Nutzungs-Situationen, heißt es weiter, „immer auch mit der Zielsetzung genutzt, sich mehr oder weniger intensiv und mehr oder weniger beiläufig zu informieren“ (ebenda). Daraus kann der Schluss gezogen werden: Es handelt sich hier um eine Gratwanderung für die Journalisten, nicht für ihr Publikum. Die Informationen müssen unterhaltend präsentiert werden, dürfen aber nicht zur Unterhaltung verkommen. Es tut den medienkritischen Betrachtungen und Betrachtern, zu denen die (immer wieder recht gerne in Kulturpessimismus verfallenden) Autoren dieser Studie auch neigen, vielleicht gut, wenn sie sich von dem Bild lösen, dass nur derjenige echt und hart Informationen aufnimmt, der sich hinsetzt und ernsthaft schwierige Leitartikel liest oder die im Zweifel inhaltlich unverständliche TS nicht nur konsumiert, sondern ernsthaft inhaliert und erleidet.

Im öffentlich-rechtlichen Teil des Mediensystems spielen wirtschaftliche Abhängigkeiten eine vergleichsweise geringe, jedoch politische und parteipolitische Abhängigkeiten eine vergleichsweise große Rolle. Sie werden zwar jeweils bestritten, sind auch nach Satzung und aufgrund von grundlegenden Vereinbarungen eigentlich ausgeschlossen, spielen jedoch vermutlich auf meist informellen Wegen eine nicht unwesentliche Rolle und schlagen sich auch in der Personal-Politik nieder. Diese Vermutung kann jedoch nur aufgrund von immer wieder belegten Einzelfällen behauptet werden; dazu wird auch der weithin bekannte und registrierte ‚Fall Brender‘ gezählt (siehe dazu und u.a. zu den entpolitizierenden Folgen von Parteien-Proporz: Ulrich 2009, Gaus 2009 und Schirmmacher 2009).

Der Politikwissenschaftler Jörg Becker stellt zwei Fragen an die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Sender: Entspricht das Programm dem Auftrag der publizistischen Grundversorgung? Und ist das Finanzverhalten so transparent, dass es zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt passt? Er kommt zu dem Schluss: Entweder ARD und ZDF reformieren sich grundlegend oder „sie sind ersatzlos zu schließen“ (Becker 2009). Er konzentriert sich vor allem auf die politische Berichterstattung, von der er verlangt, dass sie dem Gebot des Pluralismus nachkomme und Inhalte kontrovers darstelle, um so dem Zuschauer zur Bildung eines eigenen politischen Urteils zu verhelfen“ (Becker 2009, 12). Becker referiert eine inhaltsanalytische Untersuchung von Wolfgang Donsbach und Katrin Büttner, TU Dresden, in der diese den Trend zur Boulevarisierung von privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern in dem Zeitraum von 1983 bis 1998 untersuchten. Für beide Sender, vor allem jedoch für das ZDF, stellten die Forscher fest, dass die politische Berichterstattung zunehmend emotionalisiert, dramatisiert und personalisiert werde, und Nachricht und Meinung sich vermischten. Becker zitiert zudem den Programmbericht 2006 der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten, erstellt vom Potsdamer GöfaK-Medienforschungsinstitut, in dem unter anderem festgestellt wird, dass eine gewünschte kontroverse Darstellung von Themen keinesfalls dominiere. Zudem sei über lange Zeiträume festzustellen, dass der Stellenwert (Sendezeiten, Sendeplätze) von politischen Magazinen geringer werde und wichtige politische Inhalte in Spartenkanäle ausgelagert würden. Der Anteil von politischer Nachrichtenarbeit bei ARD und ZDF gehe tendenziell zurück und sei zunehmend dem Boulevarisierungsdruck ausgesetzt (vgl. Becker 2009, 13).

Im Folgenden werden Ergebnisse zweier Bücher zusammengefasst, die sich jeweils aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln mit der ARD-Nachrichtensendung „Tagesschau“ (TS) und auch den „Tagesthemen“ (TT) befassen. Sabine Schäfer hat sich intensiv mit dem „Mythos Tagesschau“ (Schäfer 2007, 7) und der Arbeit der Redaktion ARD-Aktuell beschäftigt und diese mit Hilfe von Intensiv-Interviews und teilnehmender Beobachtung untersucht. Die Sendung wird täglich von etwa 10 Millionen Zuschauern gesehen und genießt nach Untersuchungen eine sehr hohe Glaubwürdigkeit bei ihrem Publikum. Dabei spielt eine nennenswerte Rolle, dass Fernseh-Nachrichtenjournalismus intensiv mit aktuellen Bild- und Filmbeiträgen arbeitet, was ihm beim Publikum offensichtlich eine hohe Authentizität einbringt. Die TS hat auch einen bedeutenden Einfluss auf Multiplikatoren. So sehen sich etwa die Hälfte der Journalisten diese Sendung an (vgl. ebenda 12f.). In der Redaktion ARD-Aktuell arbeiten etwa 90 Journalisten und insgesamt 240 Mitarbeiter im Schichtbetrieb. Die Redaktion ist in drei Ressorts aufgeteilt: Wort, Film,

Planung. Die TS unterliegt einer relativ festgelegten Dramaturgie (vgl. Schäfer 2007, 104). Für die Redakteure seien wichtig: ein guter Spannungsbogen, schöne Bilder, ein bunter, versöhnlicher Ausklang. An normalen Nachrichtentagen habe die TS in den 15 Minuten im Durchschnitt 15 Programmpunkte. Dies habe sich in den vergangenen 50 Jahren als Erfahrungswert ergeben und bewährt. Es spielten zwei weitere Kriterien eine Rolle: Wort- und Bildbeiträge wechselten sich ab, und es gebe Nachrichtenblöcke Inland und Ausland (siehe dazu auch van Rossum 2007, 98f.). Redakteure sehen in den Meldungen der Nachrichtenagenturen „grundlegende Informationsquellen“ (ebenda, 108) für die Wort-Redakteure, allerdings seien es nicht die alleinigen. Schäfer kommt zu dem Schluss, dass „die in der ‚Tagesschau‘ berichtete Welt zum großen Teil die Welt der Agenturmeldungen ist“ (ebenda, 127). Bei der Auswahl der Themen spiele der Blick auf die Konkurrenz – im Nachhinein die wichtigen Printmedien, tagesaktuell die konkurrierenden anderen Nachrichtenmedien – ebenso eine wichtige Rolle (vgl. ebenda, 135).

Schäfer sieht die redaktionelle Arbeit in den folgenden Rahmen gesetzt: Da Berichte hergestellt werden, die wesentlich auf Fernsehbildern beruhen, gebe es zwangsläufig eine sehr enge Zusammenarbeit von Reportern/Korrespondenten, technischem Personal und Redakteuren. Dabei sei zu beachten, dass in der Zentrale nach journalistischen Kriterien gedacht, diskutiert und entschieden werde. Das eigentliche Produkt werde jedoch von den Reportern in einem Feld hergestellt, auf dem diese Kriterien keine Rolle spielten. So seien diese mit ganz anderen Bedingungen konfrontiert: der besonderen Komplexität eines Themas, das Problem einen sprechfähigen Informanten zu beschaffen etc. Von diesem Drinnen und Draußen und seinem Spannungsverhältnis sei das Fernsehen von allen Medien am stärksten betroffen. Denn es gebe diese Grenze zwischen drinnen und draußen und dann noch Grenzen, die zwischen Technik drinnen und draußen und beispielsweise Redakteuren drinnen und draußen verliefen. Schäfer kommt zu dem Schluss, dass aufgrund der hohen Bedeutung der Bilder und des damit ungleich höheren Aufwandes für die Herstellung der Beiträge nicht die journalistisch arbeitenden Redakteure und Reporter, sondern die koordinierenden und beschaffenden Planungs- und Film-Redaktionen letztlich das Sagen über die Inhalte, Interviews und Themen hätten (vgl. ebenda, 159f.). Schäfer kommt zu dem Schluss: Weil dies so aufwändig sei, „müssen daher ... die Arbeitsabläufe und die Organisation der Redaktion an die Produktion von Fernsehbildern angepasst sein“ (ebenda, 206). Dies gelte insbesondere für die Filmbeiträge der Reporter und Korrespondenten, denen von allen Darstellungsformen „die größte Bedeutung zugeschrieben wird“ (ebenda, 207). Deshalb hätten die Mitarbeiter, die originär journalistisch arbeiteten, im sozialen Gefüge der Redaktion ARD-Aktuell eine geringere Position als die Planer und Manager. Dies sei keine bewusste hierarchische Entscheidung. Dieser Mechanismus werde vielmehr „hervorgerufen durch den Glauben daran, dass objektive Wahrheit am besten in Bildern gezeigt werden kann, und durch den Aufwand der Bildproduktion, der ein hohes Maß an Planung und Organisation notwendig macht“ (ebenda, 207). Schäfer macht an einem Beispiel auf folgenden zwanghaften Mechanismus aufmerksam: Eine wichtige Bundestagsdebatte müsse in diesem Gebilde mit einem Film präsentiert werden, auch wenn der Kern der Information in eine Wortmeldung gefasst werden könnte. Jedoch gewinne nur das Thema an Gewicht, das in der Sendung als Film erscheine (vgl. ebenda).

Walter van Rossum haben seine Recherchen zu einer Polemik veranlasst: „Die Tagesshow – wie man in 15 Minuten die Welt unbegreiflich macht“. Sie basiert auf Interviews mit den verantwortlichen Produzenten, auf einer akribischen Analyse der Produktion von einer TS, der Analyse von Kommentaren und offensichtlich auch auf einer zeitweiligen begleitenden Beobachtung. Er beschäftigt sich intensiv mit der Auslandsberichterstattung, der er anhand zahlreicher Beispiele inhaltliche Fehler unterstellt. Er bezweifelt die Untersuchungen, die belegen, die TS habe im Durchschnitt einen Anteil an politischen Themen von über 50 Prozent; das sei nur zu erreichen, so seine Argumentation, wenn ein sehr weiter Begriff von Politik verwendet werde, der beispielsweise langwierige Auseinandersetzungen um einzelne Politiker-Schicksale, wie beispielsweise den über Monate sich erstreckenden zähen Niedergang des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, auch zur Politik rechne. Van Rossum verweist auf Untersuchungen, die besagten, ein Großteil des Publikums der TS verstehe deren Inhalte gar nicht (vgl. van Rossum 2007, 31f.). Er meint, ihn überrasche das nicht, beherrschten doch Fernsehnachrichten vor allem die Kunst, „binnen

15 Minuten die Welt mit feiner Unbegreiflichkeit zu verhüllen“ (van Rossum 2007, 32). In einem Gespräch mit ihm definiert Chefredakteur Kai Gniffke seine Vorstellungen von der redaktionellen Arbeit: Recherche sei elementar. Sie müsse schnell und korrekt sein. Ein wesentliches Merkmal sei der Anteil von politischer Berichterstattung, der für TS und TT bei deutlich über 50 Prozent liege. Die Redaktion suche das Wichtige aus: Sind die Akteure bedeutsam? Wie viele Menschen betrifft das Ereignis? Es sei richtig, es müsse mehr erklärt werden. Es sei das Ziel, den Leuten eine Informationsgrundlage zu geben, so dass sie das Geschehene selbst beurteilen können (vgl. van Rossum 2007, 51ff.). Van Rossum zitiert aus dem Buch eines früheren Chefredakteurs, der die folgenden Grundsätze für die Arbeit der Redaktion aufgestellt hat: Die TS melde schnell und zuverlässig Tatsachen, keine Sensationen, sie wolle zur Versachlichung von Politik beitragen, wolle informieren und nicht indoktrinieren (vgl. ebenda, 65). Van Rossum kommt zu dem Schluss, die TS simuliere laufend Objektivität „und zwar in präziser Abstimmung mit dem herrschenden politischen Konsens“ (ebenda, 67). Das Thema Wirtschaft werde „konsequent als Betriebswirtschaft dargestellt“ (ebenda, 85). Volkswirtschaft finde nicht statt, und wenn, dann „allenfalls in Gestalt von Sachzwängen“ oder in der Form von Börsenberichten (ebenda, 86).

### 3.6.2 Überregionale Tageszeitungen

Die überregionalen Tageszeitungen erreichen heute weitgehend ein Publikum, das aus Eliten und Multiplikatoren besteht. Entscheidend ist also die qualitative Reichweite. Der deutsche Verleger Alfred Neven DuMont meinte in einem Interview mit der politischen Monatsschrift „Cicero“ (Ausgabe Nr. 1/09): Die wenigen Qualitätsmedien, die überleben, würden exklusiver. „Wir entwickeln uns leider soziologisch rückwärts: Wer hat denn im 19. Jahrhundert Zeitung gelesen? Die Elite!“ Er liegt mit dieser Einschätzung nicht falsch.

Streng genommen gibt es unter den Tageszeitungen – abgesehen von den täglichen Wirtschaftsmedien HB und FTD – nur die FAZ und die „Welt“, die als überregionale Zeitungen gelten können; das „Neue Deutschland“, die TAZ und die „Junge Welt“ zählen nach formalen Kriterien auch dazu, kommen zusammen jedoch höchstens auf eine täglich verkaufte Auflage von etwa 100 000 Exemplaren und können zudem keinen flächendeckenden nationalen Vertrieb gewährleisten. Es gilt jedoch zusätzlich die SZ als einflussreiche überregionale Zeitung, obwohl sie den weitaus größten Teil ihrer Auflage im Großraum München und innerhalb von Bayern verkauft und nur einen vergleichsweise geringen außerhalb von Bayern; zum Vergleich: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verkauft etwa 70 Prozent ihrer Auflage außerhalb Hessens.

Festzuhalten ist, dass die täglich erscheinenden Printmedien, die als Qualitätsmedien gelten, zusammen etwa 1,2 Millionen Käufer finden und damit nach sehr groben Schätzungen 2,5 bis vier Millionen Leserinnen und Leser erreichen; diese Käufer und Leser stellen zugleich einen hohen Anteil unter den Rezipienten von wöchentlichen und monatlichen Qualitätsmedien. Wenn wir berücksichtigen, dass im Durchschnitt etwa 30 Prozent der Leser Wirtschaftsthemen regelmäßig zur Kenntnis nehmen, kommen wir zusammengenommen bei den Qualitätsmedien auf eine durchschnittliche Leserschaft von Wirtschaftsthemen im Umfang von nur einer bis 1,5 Millionen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Nutzer der Online-Angebote der täglich erscheinenden Qualitäts-Printmedien.

## 4. Finanzjournalismus

### 4.1 Die Wirtschaftsberichterstattung im Wandel

Das Thema Wirtschaft hat in den Massenmedien erst in den vergangenen 20 Jahren Karriere gemacht. Dabei spielte offenkundig das Thema schon früher eine bedeutendere Rolle als die zuständigen Ressorts in den Medien selbst. Bereits im Jahr 1990 wies ein Außenstehender, Hans Peter Stihl, in seiner damaligen Funktion als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) darauf hin, dass sich die Wirtschaftsthemen sowohl in die lokale als auch in die politische Berichterstattung ausdehnen, da wirtschaftliche Aspekte sowohl in der Kommunal- und Regionalpolitik als auch in der Außen- und beispielsweise Sozialpolitik eine zunehmende Bedeutung spielen (Stihl 1990, 13; zu den aktuellen Entwicklungen des Querschnittsthemas Wirtschaft: Spachmann 2005, 239ff.). Auch nehme das Thema Wirtschaft im Fernsehen eine zunehmend größere Bedeutung ein. Thesen, die der Medienwissenschaftler Hans Wagner, Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München, untermauerte: In

einer Untersuchung im September 1987 über die Wirtschaftsberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens stellten die Wissenschaftler unter anderem fest, dass „nur ein knappes Viertel aller wirtschaftsrelevanten Informationen ... im Rahmen selbstständiger Wirtschaftsbeiträge vermittelt (wird), die auch als solche erkennbar sind.“ (Wagner 1990, 240) So begegne der Zuschauer „in den täglichen Fernsehnachrichten nicht primär Wirtschaftsthemen, sondern wirtschaftlichen Aspekten in allen möglichen anderen Themen“ (Wagner 1990, 240). Ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung: Die Themen werden selten als kontroverse Diskussionsstoffe, sondern meist als „einseitige Bekanntmachungs- und Verlautbarungs-Gegenstände“ präsentiert (Wagner 1990, 243). In der aktuellen Berichterstattung sei diese Vermittlungsstrategie, „Wirtschaft als Gegenstand von Debatte und Meinungskampf vorzustellen“ (ebenda), nur in weniger als 25 Prozent der untersuchten Beiträge festzustellen.

Bei einem Vergleich mit der Berichterstattung in Tageszeitungen – im selben Untersuchungszeitraum – stellten die Wissenschaftler fest: Die Berichterstattung dort sei systematischer, umfangreicher und die Themen würden pluralistischer und vielstimmiger vermittelt. Die Bilanz von Wagner: Die Aufklärungs-Bilanz der Grundversorgung zu Wirtschaftsthemen, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen biete, sei „nicht sonderlich überzeugend“ (Wagner 1990, 248). Sie sei für Laien zu unverständlich und für den Experten unvollständig.

Auf den Ausbau der Berichterstattung in den neunziger Jahren haben wir bereits hingewiesen. Die Medienwissenschaftlerin Claudia Mast bilanziert: Ökonomische Fragen seien neben der Politik auf allen Plätzen in vielen Medien zu einem „Kernthema“ (Mast 2003, 11) geworden. Und: „Die einst so ungeliebten und wenig genutzten Wirtschaftsthemen überschritten die Grenzen herkömmlicher Medien und Ressorts.“ (ebenda) Auch nach den medialen Marktberichtigungen aufgrund der dramatischen New Economy-Krise Anfang des neuen Jahrtausends bliebe der Markt für Wirtschaftsmedien „größer als Mitte der 90er Jahre“ (ebenda). In dieser Phase des Ausbaus hätten sich jedoch auch die Inhalte wesentlich geändert, so Mast. Die alte Reihenfolge stimme nicht mehr: vor allem Berichterstattung über Unternehmen, gefolgt von der allgemeinen Wirtschaftspolitik, weit abgeschlagen Verbraucherfragen. Es sei das Bemühen der Redaktionen, Verbraucher-Themen und Themen rund um die Geld- und Finanzmärkte auszubauen, ohne die beiden erstgenannten Themen herunterzustufen (vgl. Mast 2003, 153ff.).

Eine Umfrage unter allen lokalen und regionalen Tageszeitungen (vgl. Heinrich/Moss 2006, 23ff.) ergab, dass bei diesen Titeln, die knapp 70 Prozent der Gesamtauflage aller Tageszeitungen ausmachen, der Umfang der Wirtschafts-Berichterstattung im Durchschnitt zwei Seiten beträgt; von den knapp 160 angeschriebenen Redaktionen haben sich ein knappes Drittel beteiligt. Der Vergleich mit einer ähnlichen Erhebung im Jahr 1990 zeigt, dass der Umfang um etwa 70 Prozent erweitert worden ist, zudem wurde der Stellenwert dieser Seiten aufgrund einer regelmäßigen Platzierung gestärkt. Da der Umfang der gesamten Zeitung etwa 30 Seiten umfasst, liegt die Wirtschafts-Berichterstattung bei etwa sieben Prozent; ein vergleichsweise geringer Anteil, der sich jedoch seit 1990 fast verdoppelt hat (vgl. ebenda, 24). Die Erhebung zeigte auch, dass es darüber hinaus regelmäßig auch Wirtschaftsberichterstattung auf Sonderseiten, auf der Seite 1, auf Politik- und Lokalseiten gibt. Die Wirtschaftsressorts bestehen bei diesen Tageszeitungen im Durchschnitt aus drei festangestellten Redakteuren und 2,7 festen freien Mitarbeitern. Diese Umfrage ergab bezüglich der konzeptionellen Ausrichtung ein Ergebnis, das sich mit anderen Erkenntnissen und Tendenzen deckt: Die allgemeine aktuelle Informations-Funktion steht eindeutig im Vordergrund. Und die Aufgabe, dem Leser mit nutzwertigen Informationen bei seiner wirtschaftlichen Lebensführung zu helfen, hat sehr stark an Gewicht gewonnen. Herausgehobene Ziele bestehen jedoch auch darin, die regionale Wirtschaftspolitik (56 Prozent Zustimmung) und die Meinung der Leserinnen und Leser (74 Prozent Zustimmung) zu beeinflussen; vor allem die letztere Quote hat verglichen mit der Erhebung des Jahres 1990 stark zugenommen, was die Autoren als eine „gewisse Rückbesinnung auf die klassische Funktion der Aufklärung“ interpretieren (Heinrich/Moss 2006, 30).

#### **4.2 Der Finanzjournalismus und seine Enge**

In den vergangenen 20 Jahren hat sich also die Rolle des Wirtschaftsjournalismus geändert, verursacht vor allem durch gravierende neue wirtschaftliche, politische und technische Entwicklungen. Aufgrund einer Vielzahl von Ur-

sachen – Belastung des Staates wegen der Wiedervereinigung, Aufbau von privatem Kapital außerhalb des Finanzsektors, Stärkung des Wettbewerbsmodells zu Lasten des Konsensmodelles, politische Strömung zugunsten der Übernahme des angelsächsischen Modells des Finanz- und Bank-Gewerbes – wurden die Finanzmärkte teilweise anstelle von Banken und Staat zu den zentralen Sammel- und Verteilstellen für Anlagekapital: Der vorher im wesentlichen bankbasierte deutsche Finanzmarkt verwandelte sich zunehmend in einen des kapitalmarktbasiereten angloamerikanischen Typs. Die Finanzmärkte wurden in diesen Jahren liberalisiert (vgl. Fröhlich/Huffschmid 2004, 79ff.). Dominierende Akteure waren jetzt weniger die Kreditbanken, sondern Aktionäre, insbesondere institutionelle Anleger wie Investmentgesellschaften, Pensionsfonds, Versicherungen und schließlich Hedgefonds. Das hatte unter anderem die Konsequenz: Die Finanzmärkte bewerten nicht nur unternehmerische Strategien und Vorhaben, sondern ebenso auch die des Staates und der Politik; das ist in sich schlüssig, da die Entwicklung von Unternehmen, die von den Analysten in der Hauptsache mit Blick auf die Zukunft bewertet werden, stark auch von volkswirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhängen. Das heißt, die Arbeit der (interessengebundenen) Analysten ist (via Finanzmarkt-Journalisten) nicht nur für die Anleger und potenziellen Anleger von Interesse, sondern auch für die nationale und internationale Politik. Und je mehr Geld an den Finanzmärkten bewegt wird, umso einflussreicher werden diese Akteure.

Damit bekamen der Wirtschaftsjournalismus, beziehungsweise der Finanzjournalismus als Teil des stark expandierenden Wirtschaftsjournalismus, der diese Bewertungen vermittelt, eine prägende gesellschaftspolitische Funktion. Rolke/Wolff fassen die Entwicklung so zusammen: „Auf diese Art und Weise verstärken die Medien den Einfluss der Analysten und sekundieren die Investor Relations der Unternehmen. Sie verleiten dabei möglicherweise die Rezipienten, die Anleger, zu Handlungen, die von anderen intendiert werden. Insofern sind die Medien möglicherweise instrumentalisiert, was mit der Aufgabe einer freien Presse in keiner Weise zu vereinbaren wäre und zudem auf den Finanzmärkten fatale Folgen haben kann.“ (Rolke/Wolff 2000, 13). Spachmann referiert eine Untersuchung über die Wirtschaftsberichterstattung von Tages- und Wochenzeitungen, nach der die Anzahl von Analysten-Zitaten in dem Zeitraum zwischen 1994 und 1998 um den Faktor vier bis fünf zugenommen hat; nach den Journalisten selbst und den Unternehmen wurden sie zur dritt wichtigsten Quelle (vgl. Spachmann 2005, 200). Autoren machen zudem darauf aufmerksam, dass bestimmte neue Medien-Produkte, wie beispielsweise der Nachrichtensender n-tv, direkt von der Finanzindustrie mitfinanziert wird (vgl. Schuster 2001, 124). So schnell wie der Aufstieg war, so schnell stiegen jedoch die entsprechenden Massen-Medien mit der Börsen-Krise im Jahr 2000 und 2001 auch wieder ab: Sie verloren an Glaubwürdigkeit, Auflage und Quote (vgl. Schuster 2001, 53), und es gab in und an einzelnen Medien auch Kritik und Selbstkritik (vgl. ebenda, 98ff.). Anhand von Stichproben-Untersuchungen belegt Schuler (vgl. ebenda, 48), dass in allen überregionalen Print-Medien, aber auch in wichtigen Regionalzeitungen, in dem Zeitraum von Mitte der 90iger Jahre bis zum Jahr 2000 Begriffe wie Börse, Geld, Aktie und Anleger zwei- bis fünfmal so häufig als zuvor verwendet werden. Schuster erwähnt sehr wohl, dass weiterhin kritische Beiträge erschienen seien, jedoch behauptet er, der grundsätzliche kritische Anspruch sei zu einem „Ritual eines kritischen Gestus“ verkommen (Schuster 2001, 48).

So sind Verantwortung und Aufgaben des Wirtschaftsjournalismus erheblich gewachsen. Es geht um die Berichterstattung über einzelne Unternehmen, deren Umsätze teilweise die Haushalte einzelner Staaten deutlich übersteigen, um die Berichterstattung über die Finanzmärkte und über die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wie Rolke/Wolff (2000) deutlich machen, hat sich mit der neuen Art der Finanzierung von Unternehmen ein komplett neues Geflecht an Akteuren und auch eine neue Art der Kommunikationspolitik von Unternehmen herausgebildet: Den Unternehmen kann es nicht länger nur um die Übermittlung von Unternehmens-Daten gehen, sondern um den Aufbau eines anhaltenden Images, um eine interessante und glaubwürdige ‚Story‘. Der Finanzjournalismus wiederum blickt aus einer ganz bestimmten, sehr verengten Perspektive auf die Unternehmen: Kapitalgeber, Management, Rendite, Aktienkurs und ganz ausgewählte Kern-Daten spielen die entscheidende Rolle in der Berichterstattung; daran orientiert werden alle Informationen recherchiert, sortiert, ausgewählt und bewertet. Am Rande erwähnt: Untersuchungen belegen auch, dass generell die Unternehmens-Berichterstattung in Medien in-

haltlich nennenswert verengt ist. Kaum beachtet werden jeweils die folgenden Aspekte: Beschäftigte, Kunden, Arbeitsorganisation, die konkreten Investitionen, die Produktion selbst und ihre Bedingungen, Forschung, Umweltschutz (vgl. Spachmann 2005, 249f.).

Finanzmarkt- und Wirtschaftsjournalisten, Analysten und Unternehmen arbeiten letztlich – auf der Basis von sehr unterschiedlichen bis gegensätzlichen Interessen und oft mit ungerechtfertigtem Vertrauen in die Arbeit und das Verhalten des jeweils anderen (siehe dazu Wolff 2000, 96ff.) – in Wechselwirkung an dem öffentlichen Bild von Unternehmen. Dass kaum kritische Konsequenzen aus den Krisen und Verwerfungen um die Jahrtausend-Wende gezogen wurden, zeigt unter anderem eine Publikation des F.A.Z.-Institutes von Oktober 2004 über eine künftige erfolgreiche Finanzkommunikation; die Inhalte basieren auf zahlreichen Experten-Interviews und zusätzlichen Telefoninterviews jeweils mit hochrangigen Entscheidern unter anderem aus Aktien-Gesellschaften, IR-Agenturen, Fondsgesellschaften und aus der Wissenschaft.

So wird als Diagnose die „Finanzmarktferne Deutschlands“ beklagt und festgestellt, dass die deutsche Volkswirtschaft „in Sachen Finanzkommunikation eher ein Zwerg“ sei (F.A.Z.-Institut Oktober 2004, 6). So sei es notwendig, dass alle Unternehmen, die auf Fremdkapital, egal von wem und in welcher Form zurückgreifen müssten, sich auf den Produkt-Märkten ebenso präsentieren müssten wie auch auf den Kapital-Märkten; schließlich verkauften die Unternehmen ihre Produkte und „Rendite-Dienstleistungen an Investoren und Financiers“ (ebenda, 8). Von elementarer Bedeutung seien dabei hohe Transparenz und solide schnelle Informationen über die Unternehmens-Kennziffern. Fondsmanager, Analysten und Rating-Agenturen seien auch künftig „die entscheidenden Ansprechpartner“ (ebenda, 10). Die Finanz-Presse bleibe unverändert eine wesentliche Zielgruppe der Finanzkommunikation. Jedes Unternehmen müsse versuchen, mit einer eigenen überzeugenden Strategie und Kapitalmarkt-Story den Markt zu beeinflussen, jedoch werde „das Feedback des Kapitalmarkts im Jahr 2010 dennoch einen deutlicher spürbaren Einfluss auf die Strategie eines Unternehmens“ haben als früher (ebenda, 11). Und: „Die stärkere Orientierung an Renditen bringt automatisch die stärkere Orientierung am Kapitalmarkt mit sich.“ (ebenda, 51) Gerade die zunehmende Vielfalt und Popularität von Finanzierungsprodukten, „wie etwa die der Verbriefung von Unternehmensforderungen (Asset-backed Securitisation)“ (F.A.Z.-Institut Oktober 2004, 20), erfordere eine einheitliche Kapitalbeschaffungs-Strategie der Unternehmen; die Bedeutung von solchen Finanzierungs-Instrumenten und auch von Hedgefonds werde künftig „einen sehr viel stärkeren Einfluss“ ausüben (ebenda, 46). In der Publikation wird auch eines der Kernprobleme, die Interessen-Differenz zwischen Finanzmarkt- und Realwirtschafts-Kapitalismus, präzise benannt: „Trotz verbesserter Kommunikationsstrukturen hat sich der Widerspruch zwischen den oftmals kurzfristigen Renditezielen der Anleger einerseits und der eher langfristig angelegten Strategie der Unternehmensentwicklung andererseits freilich nicht automatisch aufgelöst.“ (FAZ-Institut Oktober 2004, 38) Angemerkt sei nur, dass sich hinter diesen recht harmlosen Formulierungen einer der härtesten Zielkonflikte verbirgt, und zudem mutet es recht naiv an, wenn unterstellt wird, dass dieser Konflikt via intelligenter verbesserter Kommunikation aufgelöst werden könnte.

Vor diesem gesamten Hintergrund ist berechtigt zu vermuten, dass im Mittelpunkt des journalistischen Interesses vor allem die Finanzmärkte selbst, deren Entwicklung, das Schicksal der einzelnen Unternehmen und Branchen und die so genannte Nutzwert-Information für das Publikum standen. Und es ist zu vermuten, dass der politische Teil dieser Entwicklung, also die Finanzmarktpolitik, wenn er überhaupt eine Rolle spielte, weitgehend oder ausschließlich aus der Perspektive des Nutzens der Finanzmarktakteure beobachtet und analysiert worden ist und keine Horizontöffnung für gesamtwirtschaftliche oder gesellschaftliche Problematisierungen stattfand.

## **5. Finanzmarktkrise und journalistische Leistungen**

### **5.1 Vor-Boten und Vor-Fälle**

Wir gehen von der (belegbaren) These aus, dass sehr früh in zahlreichen verschiedenen Publikationen von teilweise sehr renommierten Wissenschaftlern, Politikern, Gewerkschaftern und Publizisten auf die Gefahren hinge-

wiesen worden ist, die von nur schwach oder gar nicht regulierten Finanzmärkten ausgehen. Zugleich handelte es sich nicht um die erste Finanzmarktkrise. Von der Krise der New Economy Anfang des neuen Jahrtausends reicht eine längere Kette zurück in die 80er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. An unübersehbaren Vorböten mangelte es also nicht. Daraus müsste man eigentlich auch eine erhöhte Sensibilität von allen Akteuren, auch der Journalisten, gegenüber solchen ‚Anfälligkeiten‘ des Finanzmarkt-Systems ableiten können.

Es gibt zum einen die ganz großen und vergleichsweise abstrakten Einschätzungen, die Warnungen gleichkommen. So konstatierte der inzwischen verstorbene Soziologe Niklas Luhmann in der FAZ anlässlich der Bundestagswahl im Jahr 1994: Das Parteiensystem erneuere und ergänze sich zwar immer wieder, jedoch bleibe seine große Schwäche. Diese skizziert er wie folgt: Den Parteien gelinge es nicht mehr, auf grundlegende ökonomische Veränderungen zu reagieren und diese in Programmatik und in politische Unterscheidungen zu übersetzen; Luhmann meinte damit vor allem die neue Bedeutung des Finanzsystems und die schwindende der klassischen industriellen Produktion.

Dann gibt es die sehr viel konkreteren Überlegungen und Warnungen von Wissenschaftlern, die auch sehr viel stärker als beispielsweise Luhmann an den öffentlichen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen beteiligt waren und sind. Wir zitieren stellvertretend für viele Kronzeugen Anthony Giddens, damals Direktor der London School of Economics, der sich in einem Gespräch mit Armin Medosch, Telepolis, am 25.11.1997 zu diesem Thema äußerte: „Die Regierungen müssen wahrscheinlich die Finanzmärkte zu regulieren oder zumindest zu beeinflussen suchen, wie sie funktionieren. Es gibt da zwei Sichtweisen. Die neoklassische Ökonomie sagt, die Finanzmärkte würden das gesamte Wissen aller Leute enthalten, die in ihnen arbeiten, so dass so etwas eine Art notwendige Überprüfung darstellen würde ... . Diese Sichtweise suggeriert, dass die Märkte rational sind. Das ist allerdings nicht meine Sichtweise, sondern eher das, was als globale Casino-Ökonomie bezeichnet wird. Es wird für die Regierungen sehr schwierig sein, das zu stabilisieren. Es gibt den Vorschlag der Tobin-Steuer, was möglicherweise eine gute Idee ist. Das klingt wie einer der vernünftigeren Vorschläge, die bislang gemacht wurden. Die G-7 Nationen könnten etwas in diese Richtung unternehmen.“ Und auf die Frage, wie diese Maßnahme wirke: „Gute Frage. Nun, zumindest würde sich zunächst das Tempo der Transaktionen verlangsamen. Niemand weiß, wie die Verbindung zwischen der realen Wirtschaft und den neuen Finanzmärkten wirklich beschaffen ist. Das ist alles noch sehr mysteriös, weil alles noch so neu ist.“ Einlassungen von Giddens, die zum einen belegen, dass bereits vor mehr als einem Jahrzehnt die Begriffe parat lagen, wie der der Casino-Ökonomie, und die eigentlich das wissenschaftliche wie das journalistische System hätten anregen können, über diese neuen und offensichtlich noch mysteriösen Entwicklungen weiter zu forschen und zu recherchieren.

Und dann gibt es den ehemaligen Wirtschaftsjournalisten und heutigen Wissenschaftler Christoph Moss, einer unserer Interviewpartner, der ebenso wie Michael Best, ebenfalls einer unserer Interviewpartner, die darauf verweisen, dass Stephen Roach, Chefvolkswirt der Investmentbank Morgan Stanley, bereits vor Jahren vor den Folgen der Politik des billigen Geldes von Greenspan, vor der Immobilienblase in den USA, vor dem Kaufrausch in den USA, vor den Folgen der enormen Handels-Ungleichgewichte und davor gewarnt habe, dass die USA, wenn diese Immobilien-Blase platze, den Rest der Welt in den konjunkturellen Abgrund reißen könne. Und Moss fügt mit Stolz an, dass sein früherer Kollege Torsten Riecke, HB, genau dies alles bereits in einem Artikel, erschienen am 31. Januar 2006 im HB, niedergeschrieben habe. Es sei noch ein Beispiel hier angefügt: Die FAZ berichtete in ihrer Ausgabe vom 21. August 2009 (Nr. 193, S. 13) von dem alljährlichen Treffen der weltweiten Geldpolitik-Elite aus Währungshütern, Wissenschaftlern, Notenbankern und Bankern auf der Konferenz der Federal Reserve Bank of Kansas, die seit Jahren in Jackson Hole in den Rocky Mountains stattfindet. In diesem Text wird darauf hingewiesen, dass erstmals im Jahr 2003 William White, der Chef-Volkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Notenbanken aufgerufen habe, sie müssten sich genauer mit den Risiken auf den Finanzmärkten beschäftigen. Er sei damals „eiskalt abserviert“ worden.

Und dann gibt es Helmut Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler und einst als Politiker und heute als Publizist in besonderer Weise mit diesem Thema befasst, der im Jahr 2008 wie folgt auf die Ereignisse zurückblickt:

„Möglicherweise gehen die größten weltwirtschaftlichen Gefährdungen künftig von den globalisierten Finanzmärkten aus. Ich habe die Auswüchse, die sich hier seit *einigen Jahren erkennen* (Hervorhebung der Autoren) lassen, Raubtierkapitalismus genannt. Seine Anfänge reichen zurück in die frühen siebziger Jahre, in die Zeit der Wechselkurs-Unordnung nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems.“ (Schmidt 2008, 255) Schmidt hält die Entwicklungen für kaum beherrschbar, weil relativ junge Finanzinstitute fast ausschließlich nur zum eigenen materiellen Vorteil, kaum erfasst von der Aufsicht, mit hunderttausenden verschiedenen komplizierten Finanzprodukten, die selbst von Fachleuten und den Akteuren selbst nicht oder nur unzureichend durchschaut werden, sekundlich weltweit in großen Finanzdimensionen handeln. Das mache die eigentliche Fragilität aus (ebenda 256f.).

In dieser Abfolge: Luhmann, Giddens, Roach, White, Schmidt und in der Tatsache, dass – andere einzelne Kolleginnen und Kollegen haben sicherlich/hoffentlich ähnlich früh ähnliches geschrieben oder gesendet –, Riecke vieles von dem mit Hilfe des Kronzeugen Roach bereits Anfang 2006 im HB veröffentlicht hatte, sehen wir keine Entlastung für das journalistische System, ganz nach der Devise: Das alles stand ja irgendwo, also haben wir ja rechtzeitig über die Gefahren berichtet. Diese hier zitierten und referierten Interventionen können begründet angeführt werden, um heute zu Recht zu fragen: Wenn diese Warnungen vorhanden waren, zugänglich waren, sogar in Teilen journalistisch verarbeitet worden sind, warum wurde in diese Themen nicht mehr Energie und mehr Aufmerksamkeit gesteckt? Stellvertretend ist der Text von Riecke nicht als Entlastung, sondern vielmehr als Belastung zu lesen. Er führt zwangsläufig zu der Frage: Wenn die Redaktionen das alles wussten, wenn sie geradezu in Hülle und Fülle Kronzeugen hatten, warum haben sie das alles nicht ‚ausgespielt‘?

Das vorläufige Ende dieser Geschichte erzählte unter anderem Fritz Pleitgen, ehemaliger Intendant des WDR, in seiner Rede anlässlich der Verleihung der Otto Brenner Preise am 22.10.2008 in Berlin: „Es ist ein kapitaless Versagen unseres Berufsstandes, Entwicklungen wie die gegenwärtige Finanzkrise nicht aufgespürt zu haben.“ (Pleitgen 2009, 30f.) Und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bilanziert aus seiner Sicht in einem Interview mit der TAZ (8. April 2009, 3): „Seit den Neunzigerjahren ist von vielen das marktradikale Modell, das Paradigma der Deregulierung, vorangetrieben worden – von Managern, der Wirtschaft, Wissenschaftlern und nicht zuletzt auch von vielen namhaften Teilen der Wirtschaftspresse. Selbstkritisch gesprochen: Dem hat sich die Politik zu lange ergeben.“

Der Medienwissenschaftler Otfried Jarren, der im Jahr 2009 bei einer Preisverleihung die Laudatio auf einen Preisträger hielt, der das Debakel des Hedgefonds LTCM untersucht hatte, kam auf den entscheidenden Punkt zu sprechen, den Giddens ein Jahrzehnt zuvor angesprochen hatte: die angebliche Rationalität von Märkten. Jarren sagte in seiner Laudatio über den ausgezeichneten Fernseh-Beitrag: „Viele Experten, vormalige Banker und Finanzmathematiker, kommen zu Wort. Sie äußern berechtigte Zweifel an den Instrumenten aus der ‚Alchemistenküche‘ der Finanzmarkttheorie – obwohl führende Ökonomen, einige davon sogar mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, für die Modelle verantwortlich zeichneten und zeichnen. Deutlich wird, was für Erwartungen ausgelöst wurden, und wie der Herdentrieb funktionierte – bis es am nötigen Geld mangelte, um Schulden oder Zinsen zu tilgen. Das LTCM-Debakel war, im Vergleich zur derzeitigen Krise, eher bescheiden, aber von ihm gingen bereits systemische Risiken aus. Im Beitrag wird gezeigt, wie die Finanzindustrie entstand, nämlich in den 1960er Jahren, und in welchem Umfang man sich mehr und mehr auf finanzwissenschaftliche Modelle glaubte stützen zu können und aufgrund von Kundenbedürfnissen auch stützen zu sollen. Wahrscheinlichkeitstheorie statt Bauchgefühl. Hieß das: Die eigene Kenntnis von Anbietern, Märkten und Kulturen wurde abgelöst durch die Betrachtung der Wirtschaftswelt auf der Basis von Formeln? Und der Blick auf Wirtschaft und das Wirtschaften erfolgte aus einer bestimmten, vorab definierten Position heraus und mit einer bestimmten Optik. Die so gewonnenen Erkenntnisse wurden genutzt für neue, innovative Produkte – es entstanden neue, moderne Finanzinstrumente. Diese aber bauen auf Mo-



dellannahmen auf. Aber: Modelle reduzieren bekanntlich die soziale Realität, sie stellen nicht einmal ein Abbild von der Realität her. Modelle sollen soziale Komplexität reduzieren. Wie weit aber kann die soziale Realität reduziert werden, ohne dass es zu relevanten Informationsverlusten kommt? An die Modelle und an die neuen Produkte wurde auch deshalb geglaubt, weil sie von anerkannten wissenschaftlichen Persönlichkeiten entwickelt wurden. Nicht in die Modellannahmen konnte und kann einfließen, was als ‚Randbedingung‘ gesehen werden muss: Politische Störungen, sozio-kulturelle Konflikte, lokale wie globale Krisen mit ihren Auswirkungen auf andere Systeme und die Befindlichkeit in den Gesellschaften.“ (Jarren 2009b)

Das LTCM-Debakel wurde – nur als ein Beispiel – nicht nur im Nachhinein analysiert und der Bericht dann geehrt, wie bei dieser erwähnten Preisverleihung. So gab es beispielsweise am 17. 12. 2005 auf „spiegel-online“ eine lange Analyse über die undurchsichtigen Geschäfte der Hedgefonds (vgl. Knappmann 2005). Es wird in diesem Text an das Debakel des Fonds LTCM im Jahr 1998 im Zusammenhang mit der Rubelkrise erinnert; ein Fonds, der zeitweise mit Finanzkontrakten in Höhe von 1,25 Billionen Dollar gehandelt hatte. Die US-Notenbank rettete damals zusammen mit weiteren Großbanken den Fonds. Bereits damals gab es eine kontroverse Debatte über die Regulierung riskanter Kapitalmarktgeschäfte, denn aufgrund der Pleite allein dieses einen Hedgefonds, „schaute das Weltfinanzsystem in den Abgrund“ (Knappmann 2005). In der Analyse auf „spiegel-online“ werden dann mit Bezug auf das Jahr 2005 ausführlich Warnungen des IWF und der Finanzaufsicht BaFin referiert. In einer Studie warnte damals die EZB, zitiert in dem hier erwähnten Medienbericht, dass auf Druck großer Hedgefonds manche Banken die Anforderungen an die Besicherung von Krediten abschwächten. In der EZB-Studie wird ebenfalls festgehalten, dass die Banken oft nicht wüssten, wie, wo und mit wie viel Fremdkapital die Hedgefonds sich jeweils in einzelnen Projekten engagierten. In dem Medienbericht wird auch über den damaligen Antrag der Bundestagsfraktion Die Linke/PDS berichtet, Hedgefonds sollten nicht mehr zugelassen werden, denn sie hätten sich bereits in der Vergangenheit zu einem Problem für die Stabilität der Finanzmärkte entwickelt. Solche „Extrempositionen“ (Knappmann 2005) hätten zwar keine Chance gehabt, aber auch die Große Koalition in Berlin habe sich doch das Ziel gesetzt, „auf internationaler Ebene für eine angemessene Aufsicht und Transparenz von Hedgefonds“ (ebenda) zu kämpfen. Immerhin verwalte diese Branche inzwischen ein Fondsvolumen von etwa einer Billion Dollar. Das Entscheidende sei jedoch, dass die Hedgefonds für ihre Spekulationen mit Hilfe von Krediten ein Vielfaches dieser Summe einsetzen. In dem Fall LTCM habe der Fonds mit dem Dreißigfachen seines Eigenkapitals agiert. In dem hier zitierten Medienbericht wird eine Analyse des IWF zitiert, in der genau auf diesen Punkt aufmerksam gemacht wird: So würden „die Liquiditäts-, Markt- und Kreditrisiken“ (ebenda) erhöht. Und diese Risiken wüchsen „exponentiell“, wird in dem Text Jochen Sanio zitiert, der dies bereits im Jahr 1998 sagte, damals in seiner Rolle als Vizepräsident des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen.

Der Journalist und Unternehmensberater Schuster hat sich intensiv mit dem Verhalten der Massenmedien im Zusammenhang mit dem ersten Börsen-Boom in Deutschland beschäftigt, mit der Ausweitung der Wirtschaftsberichterstattung und auch der neuen Konzentration auf Finanzanlagen und Finanzprodukte der unterschiedlichsten Art. Er unterstellt dabei, dass mit dieser Thematisierung zugleich eine latente De-Thematisierung stattgefunden habe: Themen der allgemeinen Wirtschaftspolitik oder der Arbeitswelt seien in den Hintergrund getreten (vgl. Schuster 2004, 16). Die folgende Anmerkung hat zwar nur indirekt mit unserem Thema zu tun, ist jedoch trotzdem von erheblicher Relevanz für die Bewertungen: Es ist davon auszugehen, dass die damals positive allgemeine öffentliche Stimmung und Meinung zu den speziellen Themen Aktien, Börse, Aktienanlagen die Stimmung und Bewertung des Groß-Themas Finanzmärkte und Finanzmarkt-Kapitalismus wesentlich beeinflusste und beeinflusst. Es ist davon auszugehen, dass in einer Gesellschaft, in der es eine große Distanz zu diesen Instrumenten, Produkten und diesem Anlageverhalten gibt, auch das gesamte Thema Modernisierung der Finanzmärkte eher auf Distanz stößt und damit deren Entwicklung und Ausweitung eher behindert, denn befördert; dieser Schluss gilt jedoch auch umgekehrt.

Das Buch von Schuster ist auch aus einem zweiten Grund von einem wesentlichen Erkenntnisinteresse: Es belegt erneut, dass sich bereits vor zehn Jahren Publizisten, Wissenschaftler und Journalisten sehr kritisch mit diesen Entwicklungen auseinandergesetzt und relativ präzise – also von heute aus gesehen letztlich ohne dramatisierende Übertreibungen – auf die Risiken hingewiesen haben; so informiert Schuster (vgl. Schuster 2001, 66ff.) ausführlich über mehrere spektakuläre Pleiten von Hedgefonds in den Jahren 1998, 1999 und 2000, die teilweise bereits damals das gesamte internationale Finanzsystem in Bedrängnis brachten. Schuster geht davon aus, dass die erheblich ausgeweitete Medien-Berichterstattung im Prinzip nennenswerten Einfluss auf das Geschehen der Finanz- und Börsenmärkte hat. Er zitiert unter anderem den Wirtschaftswissenschaftler Robert Shiller, Yale University, einen der renommiertesten Vertreter der Schule der Behavioral Finance: Die Ausweitung der Berichterstattung „führt zu einer verstärkten Nachfrage nach Aktien, genauso wie Anzeigen für ein Konsumprodukt die Leute mit dem Produkt vertrauter machen, sie daran erinnern, dass man doch kaufen könnte und sie schließlich dazu motivieren zu kaufen“. (Schuster 2001, 31) Die Wall Street sei in „unserem Alltagsleben verwurzelt“ (ebenda, 39). Und Shiller skizziert die Rolle und Wirkung der Medien wie folgt: „Die Nachrichtenmedien fungieren als fundamentale Propagatoren spekulativer Preisbewegungen, indem sie sich bemühen, ihrem Publikum die Nachrichten interessant zu machen.“ (Schuster 2001, 71) Shiller weist damit auf den besonderen Aspekt hin, dass die so genannten Nachrichtenfaktoren und Kriterien, nach denen kommerzialisierte Massenmedien arbeiten – u.a. Personalisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung, Polarisierung, Boulevarisierung –, sich auf diesem Feld der Finanzmärkte in besonderer Weise direkt auswirken und die jeweiligen Akteure beeinflussen; es ist davon auszugehen, dass aufgrund des wenig abwechslungsreichen inhaltlichen Grundmaterials (vor allem Zahlen, in krisenfreien Zeiten oft nur Wiederholung von Inhalten oder von kaum differierenden Inhalten) der Druck besonders groß ist, die gängigen Instrumente der journalistischen Präsentation besonders intensiv einzusetzen, so dass die Form die Funktion dominiert, so dass die Präsentation die Nachricht prägt, wie an anderen Orten die Inszenierung wichtiger als die Leistung wird. Dieser Druck macht die Berichterstattung, für die – ebenfalls eine Besonderheit dieses Themenbereiches – der Minuten-, manchmal auch Sekunden-Takt die Regel ist, für die Weitergabe von Gerüchten, gezielten Spekulationen und Falschmeldungen anfällig, wenn nicht sogar empfänglich. Und so kann auch unter der Hand, also ungewollt, die Unternehmensnachricht zum Aktientipp werden: aus der vielleicht gewollten Vorbereitung der Entscheidung des Verbrauchers wird die Entscheidungshilfe oder gar der Rat zu einer Entscheidung.

Da im Prinzip nicht nur alle Medien diese Kriterien anwenden, sondern alle sich auch diesen Themen widmen – ein wirksames redaktionsinternes Argument lautet unter anderem: ein bestimmtes Thema müsse behandelt werden, da es von den anderen auch behandelt werde –, entsteht in Art und Inhalt, meist weltweit und zeitgleich, immer wieder auf das Neue eine erstaunlich gleichförmige, von Teilen der Öffentlichkeit oft als gleichgeschaltet empfundene Öffentlichkeit, was der bereits bisher unterstellten Wirkung auf das Publikum noch mehr Kraft gibt.

## 5.2 Versäumt, versagt oder vorhergesagt?

Schuster geht von einer „ideologischen Reformation“ (Schuster 2001, 71) aus. Es habe sich nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Wirtschaftskommunikation „drastisch verändert“ (ebenda, 31). Das komme einem „Funktionswandel des Wirtschaftsjournalismus“ gleich (Schuster 2001, 84). Seine These: „Der wachsende Einfluss der Wirtschaftsmedien ist vielmehr mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden: Die zunehmende Medienpräsenz bedingt zusätzliche systematische Marktrisiken.“ (ebenda, 25) Und: „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sind die Wirtschaftsmedien heute als autonomer Faktor an den Weltbörsen in Rechnung zu stellen.“ Schuster geht davon aus, dass sich die Kommunikationsforschung bisher noch nicht mit der „neue(n) Wirtschaftskommunikation“ (Schuster 2004, Vorwort, 1) beschäftigt hat, „wie sie in Börsen- und Anlegermedien und der zunehmenden Kapitalmarktbezogenheit der Medieninhalte sich niederschlägt“ (ebenda). Es gebe interdisziplinäre Arbeiten, die zu der Erkenntnis gelangten, „dass die neue Wirtschaftsberichterstattung zu einem positiven Grundtenor tendiert“ (ebenda). Und er zitiert den Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg, der im Jahr 2001 zu dem Schluss kam: „Zahlreiche Medien in Deutschland waren in ethisch problematischer Weise beteiligt am Aufbau eines Mythos vom Reichtum ohne Arbeit durch die ‚new economy‘. Börsengeschäfte wurden als Riesen-

spektakel der ‚Spaßgesellschaft‘ ausgegeben, ökonomische Risiken heruntergespielt und Gewinnchancen euphorisiert.“ (nach Schuster 2004 zitiert, 73)

In einem Aufsatz setzt sich der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Sebastian Dullien (vgl. Dullien 2008) mit Leistungen des Wirtschaftsjournalismus auseinander. Anhand zweier „Fallstudien“ – der Behandlung von Thesen des Wirtschaftswissenschaftlers Hans Werner Sinn in seinem Buch „Ist Deutschland noch zu retten?“ und Prognosen des Kieler Institutes für Weltwirtschaft in den Jahren 2004 und 2007 und deren Begründung – vertritt Dullien die These, dass auch wichtige Medien mit ausgewiesenen wirtschaftlichen Kompetenzen wie das HB und die FTD ihre Funktion der Orientierung nicht erfüllen. Inhaltliche Widersprüche seien in beiden Fällen von Medien nicht ausreichend kritisch aufgearbeitet, sondern mehr oder weniger klaglos hingenommen worden. Seine Bilanz: Von einer wirkungsvollen Orientierungs-Funktion könne man – zumindest bei diesen beiden Beispielen – nicht sprechen. Stattdessen scheinen sich viele Journalisten in erster Linie an bestehenden Autoritäten zu orientieren und schrecken davor zurück, angesehene Wissenschaftler in Frage zu stellen oder auch nur deren Positionen hinreichend scharf zu kritisieren.

Dullien geht zudem der Frage nach, inwieweit der deutsche Wirtschaftsjournalismus kreativen, neuen Stimmen einen Platz gibt. Dafür wurde für die Jahre 1999 bis 2004 in der elektronischen Online-Datenbank Genios gezählt, wie häufig einzelne deutsche Ökonomen in den dort erfassten 40 deutschen Printmedien zitiert wurden. Insgesamt erstellte er eine Liste von annähernd 1300 wichtigen Ökonomen, für die überprüft wurde, ob sie in den allgemeinen Printmedien zitiert worden sind. Tatsächlich wurde, so Dullien, die Mehrheit der Ökonomen in dem Zeitraum überhaupt nicht in den Print-Medien zitiert, was bedeutet, dass diese Wissenschaftler entweder von sich aus auf Teilnahme an der öffentlichen Debatte verzichtet haben oder von der Presse ausgeschlossen wurden. Für den Rest der Ökonomen ergibt sich eine starke Konzentration bei der Mediennennung. Dabei stellt sich heraus, dass die beiden Ökonomen Bert Rürup und Hans-Werner Sinn mit Abstand die am häufigsten zitierten deutschen Volkswirte in dem untersuchten Zeitraum sind. Bert Rürup kommt in den fünf Jahren auf 3821 Nennungen (knapp 2 pro Tag), Hans-Werner Sinn auf immer noch 2454 Nennungen (etwa 1,3 pro Tag). Addiert man die Zitationen dieser beiden Wissenschaftler zusammen, so ist die Summe etwa so groß wie die Anzahl der Zitationen der folgenden acht (!) Volkswirte zusammen.

Meier/Wintermeister haben in einer Studie im Auftrag von „Netzwerk Recherche“ sich den folgenden Fragen zugewandt: Hat der Wirtschaftsjournalismus als Frühwarnsystem versagt? Oder wurde ausreichend gewarnt und es hat nur niemand zugehört? Wann haben Wirtschaftsjournalisten die Krise als solche erkannt? Welche Lehren sind aus der Finanzkrise zu ziehen?

Die Autoren arbeiten vor allem auf Basis von Intensivinterviews mit bedeutenden Journalisten drei Stufen in der Wahrnehmung der Finanzkrise durch Wirtschaftsmedien heraus. Im Laufe des Jahres 2006 gab es die Erkenntnis, dass sich der US-Immobilienmarkt in einer Krise befindet. Dies wurde jedoch nicht mit der Analyse verbunden, dass diese Krise sich auf die Wirtschaft in Europa oder gar in Deutschland auswirken könnte. Im Jahr 2007 wurde erkannt, dass sich diese Immobilienkrise verschärfte und zudem deshalb deutsche Finanzinstitute in Schwierigkeiten gerieten. Der weltumspannende Charakter der Finanzkrise sei jedoch noch nicht erkannt worden. Erst mit der Beinahe-Pleite des „to big to fail“ Instituts Bear Stearns im Mai 2008 und mit der tatsächlichen Pleite von Lehman Brothers am 15. September 2008 sei das Ausmaß der Krise erstmals erahnt worden. Steffen Klusmann, Chefredakteur der FTD, wird mit den Worten zitiert: „Am Anfang haben wir die Konsequenzen unterschätzt. Niemand hat so genau durchblickt, was sich hinter den Kreditderivaten mit den seltsamen Kürzeln eigentlich verbirgt. Selbst die Bankenvorstände haben nicht begriffen, welch’ toxisches Material sie da unterm Dach gebunkert haben.“ Die Medien hätten dann schnell reagiert und beispielsweise so genannte Task Forces gebildet, die sich ressortübergreifend mit dem Thema Finanzkrise auseinandersetzen. Viele befragte Journalisten hätten einen Vergleich mit der Situation am 11.9.2001 gezogen. Die Autoren merken dazu an: „Während die Finanzkrise sich, wie man heute weiß, über einen Zeitraum von Jahren stetig und immer dynamischer entwickelt hat, reagierten viele Medien

mit Methoden darauf, als handele es sich um ein plötzliches, unvorhersehbares Ereignis, einer Naturkatastrophe gleich oder einem Terroranschlag. Auch diese Art der Reaktionen ist ein starkes Indiz dafür, wie sehr Wirtschaftsmedien von der Vehemenz der Finanzkrise letztlich überrascht waren.“

Es gibt allerdings auch Journalisten, die für sich reklamieren, verglichen mit vielen anderen relativ früh und relativ entschieden die sich anbahnende Krise thematisiert zu haben. Dazu zählt Roland Tichy, Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, – er wurde unter anderem wegen seiner hellsichtigen Warnungen von einer namhaften Jury des „medium magazin“ zum Wirtschaftsjournalisten des Jahres 2008 gewählt –, der anlässlich einer Umfrage des Medienmagazins „message“ (Ausgabe 1/09, S. 8) daran erinnert, dass sein Medium „Wirtschaftswoche“ bereits im August 2007 eine große Analyse zu dem Thema „Warum die Krise an den Finanzmärkten auch die Realwirtschaft berührt?“ veröffentlicht habe. Dafür haben Redakteure etwa 50 führende Volkswirte von Banken interviewt und seien „sehr überrascht“ gewesen „dass die Experten in Deutschland die kommende Wirtschaftskrise nicht wahrnehmen wollten – sie setzten auf eine ‚Brandmauer‘ zwischen Real- und Finanzwirtschaft und erwarteten weiterhin hohe Wachstumsraten“. Tichy fügt an, seinem Magazin sei damals Schwarzmalerei und das Herbeireden der Wirtschaftskrise vorgeworfen worden. Drei Viertel der befragten 50 führenden Volkswirte gingen damals – etwa zwei Wochen nachdem die EZB erstmals in einem enormen Umfang Liquidität zur Verfügung stellen musste, um die (Finanz-)Märkte in Gang zu halten, also die Krise einen ersten markanten Höhepunkt erreicht hatte – fest davon aus, dass die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt keine ernsthafte Gefahr für den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland mit sich brächten. Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen „Institut der deutschen Wirtschaft“ (IW) wird mit den Worten zitiert, es gebe eine „Brandmauer zwischen den Banken und dem Rest der Wirtschaft“; das ist umso ungewöhnlicher, als empirisch belegbar frühere Börsen- und Finanzmarkt-Krisen gewöhnlich immer negative Folgen für die produzierende Wirtschaft hatten.

Henrik Müller reklamiert diesen Anspruch des frühzeitigen Warnens wiederum auch für sich und sein „managermagazin“. In einem Kommentar über die Situation „Jenseits des Hurra-Kapitalismus“ (Ausgabe 7/2009, 88) schreibt er: Es habe unter Managern, Bankern, Ökonomen und Unternehmern die Mehrheitsmeinung gegeben, es sei global ein jährliches inflationsfreies Wachstum von vier bis fünf Prozent möglich und „endlich seien große Teile der Weltbevölkerung in einen dauerhaften, sich selbst verstärkenden Wohlstandszyklus geraten“. Das „managermagazin“ habe seit dem Jahr 2000 in vielen Texten immer wieder auf die Risiken hingewiesen: zu hohe Verschuldung, zu stark steigende Häuserpreise, zu niedrige Notenbankzinsen, zu große globale Ungleichgewichte. Jedoch: „Zu lange ist die Welt mit Vollgas in die falsche Richtung gefahren.“ So ist hier die Frage anzumerken, ob Wirtschaftsmagazine tatsächlich früher als tagesaktuelle Medien kritische bis warnende Akzente gesetzt haben. Wenn dies so wäre, dann bleibt die Frage, warum offensichtlich der ‚Transfer‘ dieser Inhalte in die tagesaktuellen Medien nicht funktioniert hat.

Dagegen zeigt Gerhard Schwarz, Leiter des Wirtschaftsressorts der „Neuen Züricher Zeitung“ bei derselben Umfrage, wie bescheiden Journalisten die Ansprüche an ihre eigene Arbeit setzen können. Er weist positiv auf folgenden Umstand hin: „Bereits im November 2007 haben wir in einem Leitartikel darauf hingewiesen, dass es schwierig ist, die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Immobilien- und Kreditkrise in den USA richtig abzuschätzen, und dass die Schweizer Wirtschaft nur darauf hoffen kann, einer Rezession noch irgendwie ausweichen zu können.“ Es sei für viele Journalisten eine wichtige Frage gewesen, so heißt es weiter in dem im Auftrag von „Netzwerk Recherche“ erstellten Dossier, wie sie einerseits ohne Rücksicht und ohne Beschönigungen berichten, aber zugleich nicht dramatisierten und keinen Anlass für Panik bieten. Professor Christoph Moss, International School of Management Dortmund, kritisiert, vor allem das Fernsehen habe in seinen Talkshows die Zuschauer unnötig verunsichert. „Solche Phänomene beruhen auf einem Herdentrieb unter den Journalisten“, sagt Moss, „wenn man nur einen Bruchteil der Energie, die in die Panikmache gesteckt wurde, in die Berichterstattung vor dem Ausbruch der Krise gesteckt hätte, es wäre für alle Beteiligten besser gewesen.“

Die Dossier-Autoren kommen zudem zu der Erkenntnis, dass die Journalisten die Krise als singuläres Phänomen erfassen. Viele beklagen, es gebe in den Redaktionen zu wenig Expertenwissen. Moss weist darauf hin, dass viele Wirtschaftsjournalisten das Fach nicht studiert hätten, jedoch zudem auch nur eine geringe Neigung verspürten, sich weiter zu bilden (zur Frage der Qualität: u.a. Mast 2003, 81). Es gebe auch eine zu große Nähe vieler Wirtschaftsjournalisten zu den Objekten der Berichterstattung, also zu den Managern und Finanz-Analysten. Diese Nähe wird von Kritikern dafür verantwortlich gemacht, so die Dossier-Autoren, dass sich ein Meinungs- und Nachrichten-Mainstream gebildet hat, bei dem die Sichtweise von Unternehmen und der Finanzbranche wenig oder gar nicht hinterfragt worden sei. Wolfgang Kaden, ehemaliger Chefredakteur des „managermagazin“, wird mit den Worten zitiert: „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass mal jemand ein Ziel von 25 Prozent Kapitalrendite kritisch hinterfragt hat.“ Besonders scharf kritisiert Siegfried Weischenberg, Professor für Journalistik an der Universität Hamburg, den Wirtschaftsjournalismus: „Der Journalismus, speziell der Wirtschaftsjournalismus, ist als Frühwarnsystem weitestgehend ausgefallen.“ Ein bitteres Fazit, das vom ehemaligen WDR-Intendanten Fritz Pleitgen geteilt wird: „Es ist ein kapitales Versagen unseres Berufsstandes, Entwicklungen wie die gegenwärtige Finanzkrise nicht aufgespürt zu haben. Bei den Möglichkeiten der Früherkennung, die es heute gibt, sollte es eigentlich unmöglich sein, dass ein Ereignis von einer derartigen weltweiten Wucht wie ein Tsunami die gesamte Menschheit überrollt, aus dem Nichts gewissermaßen.“ Pleitgens Äußerung beschreibe die Frustration darüber, so die beiden Autoren, dass die Anzeichen der Finanzkrise zwar erkannt wurden, offenbar niemand aber die konsequenten Schlussfolgerungen gezogen habe. Als wesentlicher Grund hierfür gilt für die Kritiker die Angst von Journalisten, sich gegen einen herrschenden Meinungs-Mainstream zu stellen.

Weischenberg kritisiert zudem die inhaltliche Reaktion auf die Krise: „Man muss geradezu von Wendehälsen sprechen. Mich überrascht, wie eine ganze Reihe von Journalisten, die mir bisher als Hardcore-Neoliberale aufgefallen sind, sehr schnell umgeschwenkt sind, nachdem die Krise nicht länger zu leugnen war. Plötzlich rufen diese Leute nach einem starken Staat und diskutieren marxistische Ideen. Diese Journalisten verhalten sich nach dem Motto, was kümmert mich mein Geschwätz von gestern. Das ist unter Gesichtspunkten der Glaubwürdigkeit für den Wirtschaftsjournalismus ein Desaster.“ Burghard Schnödewind, Leiter der Onlineredaktion „boerse.ard.de“ erkennt Parallelen zur Wirtschaftskrise in den Jahren 2001 und 2002: „Redaktionen starren mit professioneller Begeisterung auf das, was sich gerade abspielt und haben ihre liebe Not damit, die Eigendynamik und die Symptome der Krise zu erfassen und darüber zu berichten.“ Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur „Finanztest“, nimmt diesen Punkt so auf: „Ich glaube, dass Wirtschaftsjournalisten schon recht lange wissen, dass es fundamentale Probleme im Finanzsektor gibt, aber sie haben zu lange die Börsen-Rauf-und-Runter-Geschichten abgefeiert. Es gibt im Wirtschaftsjournalismus nicht unbedingt eine Liebe zur Darstellung der größeren Zusammenhänge.“ (Meier/Winterbauer 2008, 28) Märkte und Medien, das ist aus diesen Zitaten zu schließen, scheinen beide kein Gedächtnis zu haben.

Und wie hat sich die Sichtweise von Wirtschaftsjournalisten auf die Finanzbranche nun verändert? Die beiden Dossier-Autoren machen zwei Strömungen aus. Die Mehrheit der befragten Journalisten berichtet, die Krise habe ihre Wahrnehmung auf die Finanzbranche verändert, ja geradezu „erschüttert“. Sie hätten sich bisher nicht vorstellen können, dass Finanzexperten „so wenig von ihrem eigenen Geschäft verstehen“. Experten, denen diese Journalisten bisher offensichtlich vertrauten. Eine zweite, deutlich kleinere Gruppe der Befragten zeigt sich weniger erschüttert, sondern sieht sich in einem bereits zuvor manifesten Misstrauen gegenüber der Finanzbranche bestätigt. Michael Best, Leiter der Börsenredaktion der ARD: „Ich hatte nie große Illusionen, was den moralischen Gehalt von Investmentbanking angeht. Das war immer ein knallhartes Geschäft, bei dem jeder den eigenen Vorteil sucht und im Zweifel den Anderen über den Tisch zieht.“ Die Mehrheit befürwortet, beeindruckt von der akuten Krise, deutlich rigidere Kontrollmechanismen der Finanzmärkte. Andere heben warnend die Stimme und konstatieren, dass der „Staat nicht der bessere Banker“ sei und es eher ein Zuviel an Regulierungswut gebe. Diese letztere Gruppe nimmt die Krise im Großen und Ganzen als eine zwar starke, aber letztlich normale Schwankung innerhalb der weltweiten Finanzsysteme wahr.

Weischenberg zweifelt am offensten, ob das journalistische System aus dieser Krise lernt, nachdem es offenkundig ohne Lerneffekte die Dotcom-Krise Anfang 2000 weggesteckt hat. Weischenberg macht auch auf den Punkt aufmerksam, dass Weiterbildung und Bildung per se nicht genüge, es komme vielmehr darauf an, wie und in was einer sich bilde und weiterbilde: „Viele Wirtschaftsjournalisten haben Betriebswirtschaft oder Volkswirtschaftslehre studiert. Das sind Fächer, in denen man auf Marktwirtschaft gedrillt wird, eine Nähe zur Börse entwickelt und diese ganze Ideologie förmlich aufsaugt. Wenn der große Wirbel der Krise vorbei ist, vermute ich eher einen Rückfall hin zu den alten Fehlern.“ (vgl. verstärkend zur Homogenität dieser Ausbildung: Heinrich/Moss 2006, 15)

Nikolaus Piper, heute Wirtschafts-Korrespondent der SZ in New York und in den für die Analyse entscheidenden Jahren Leiter des Wirtschaftsressorts der Zeitung, zieht in einem Bericht (Piper 2009) einen Vergleich wie in Deutschland und in den USA Journalisten die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihr eigenes Handeln analysieren. Er geht einerseits davon aus, dass eine solche selbstkritische Diskussion sein muss und legt zugleich ihr Ergebnis fest: „Die Debatte ist unvermeidbar und notwendig in einer Wirtschaftskrise, die in ihrer Dimension niemand vorausgesehen hatte.“ Er will die folgenden Fragen geklärt haben: „Haben die Reporter und Redakteure vernachlässigt, wofür sie bezahlt werden: Missbräuche aufdecken, vor Gefahren warnen, die Mächtigen kritisieren?“ Vor diesem Hintergrund stellt er fest, dass die selbstkritische Debatte in den USA wie in Deutschland „heftig geführt“ werde, es jedoch Unterschiede gebe: „Deutsche Kritiker werfen den Wirtschaftsjournalisten meist vor, nicht die richtigen Meinungen vertreten zu haben.“ Er nennt (offensichtlich stellvertretend) den renommierten Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg, der davon gesprochen habe, die Branche habe sich „seit Jahren in einer Art neoliberalen Rausch“ befunden. In den USA gehe dagegen die Debatte nicht um die richtige Meinung, sondern um den Kritikpunkt, dass „die Presse ... nicht die richtigen Fakten berichtet“ habe. Er referiert dabei die These und die Erkenntnisse von Dean Starkman, nach Angaben Pipers Herausgeber eines medienkritischen Online-Dienstes an der Columbia-Universität und bis 2005 Reporter des Wall Street Journal. Starkman vertrete die These, die Presse leide an einer Art „Stockholm-Syndrom“, habe sich also mit denjenigen emotional verbunden, die die Wirtschaft und die Gesellschaft in Geiselnahme genommen hätten: Citigroup, AIG, Goldman Sachs, Deutsche Bank und andere. Starkman hat 650 Artikel aus bedeutenden Zeitungen untersucht, die zwischen Anfang 2000 und Mitte 2007 „über die Praktiken auf dem Hypothekenmarkt und die Verstrickung der Wall Street“ erschienen seien. Seine Bilanz: Es seien viele kritische Artikel erschienen, jedoch seien diese „nur leise“ dahergekommen und auf den hinteren Seiten abgedruckt gewesen. Vorne seien dagegen lautstark die verantwortlichen Manager gefeiert worden. Piper zitiert Starkman: „Die Wirtschaftspresse ist ein Wachhund, der nicht gebellt hat.“ Piper reklamiert, auf Nachfrage relativiere der Autor das Urteil, denn es habe Ausnahmen gegeben, es seien also besonders verwerfliche Geschäftspraktiken auch auf prominenten Plätzen behandelt worden. Und: In den Jahren 2001 bis 2003, also innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes, seien sehr viele kritische Artikel erschienen. Der Schluss von Piper: Es sei kritisch berichtet worden, jedoch hätten sich die Journalisten anderen Themen zugewandt, als sie merkten, sie werden nicht gehört mit ihren Warnungen, und es ändere sich nichts. Piper erwähnt Gretchen Morgenson, ehemalige Börsenmaklerin und Finanz-Kolumnistin der „New York Times“, die ebenfalls früh vor Missbräuchen auf den Finanzmärkten gewarnt habe, dafür im Jahr 2002 sogar mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet worden sei. Sie sage: In den Redaktionen habe es nie Widerstände gegen ihre Texte und Analysen gegeben, aber sie sei mit den Worten oft belächelt worden, bei ihr sei das Glas eben immer halb leer. Piper fasst diesen Mechanismus in das Sprachbild: „Wenn der Himmel strahlend blau ist, wirkt jeder, der vor einer Hochwasserkatastrophe warnt, ein wenig lächerlich.“ An dem Bild stimmt vermutlich nur eines nicht: Der Himmel konnte in diesem Fall nur für den Betrachter blau sein, der alle dunklen Wolken am Himmel – die Asienkrise vor wenigen Jahren, das LTCM-Debakel, die oben genannten Quellen, Kritiker, Warner – zur Seite schob und verdrängte. Starkman sieht einen anderen, sehr viel tiefer gehenden Grund als Piper für das Verstummen der Kritik: Es habe in den Redaktionen einen Kulturwandel gegeben. Es sei nicht mehr um die investigative Geschichte gegangen, sondern um Exklusiv-Nachrichten aus Unternehmen; kritische Berichte hätten da nur die Kontakte zum jeweiligen Management behindert. Piper kommt in seinem Bericht zu dieser Schlussfolgerung: Es mangle an hartnäckiger, verständlicher und detailgenauer Berichterstat-

tung, nicht an der Vielfalt an Meinungen. Piper: „ ... Deutschland hat nun wahrlich keinen Mangel an antikapitalistischen Kommentaren.“

Rainer Hank, FAS, arbeitet sich in einem Text über die Frage „Interpretieren statt moralisieren. Was weiß der Finanzjournalismus über die Krise?“ (FAS, 28.12.2008) an der These ab: Niemand könne die Zukunft vorhersagen, sonst hätten die Journalisten schon lange den Beruf gewechselt und seien Milliardäre geworden. Mit diesem Nichtwissen befänden sich die Journalisten jedoch in bester Gesellschaft: „Weder die Makroökonomien noch die klügsten Marktverächter haben damit gerechnet, dass aus einer lokal begrenzten Immobilienkrise eine solch einzigartige Weltwirtschaftskrise werden würde.“ Und: Im Prinzip hätten sich alle mit dem Thema Gerechtigkeit der Märkte und nicht mit dem der Stabilität von Märkten beschäftigt. Darauf seien die Wirtschaftsjournalisten nicht vorbereitet gewesen, da die Ökonomen mit der „Theorie effizienter Märkte“ via Computer und mathematischer Modelle alle Unsicherheiten in berechenbare Risiken überführt hätten. Der gesunde Menschenverstand habe einem zwar sagen können, dass dies nicht funktionieren könne, aber wer wollte dies schon aussprechen. Seine Bilanz: „Die Wiederkehr so genannter systemischer Krisen ist die anstößige Überraschung dieses Jahres.“ Soweit Hank.

Rainer Hank kommt also auch zu der weit verbreiteten Antwort: Keiner konnte es wissen, also konnten es auch die Journalisten nicht wissen. Potenziell ertragreicher würden die selbstkritischen Betrachtungen werden, spitzten sie nicht von vornherein die Anforderungen ins tatsächlich völlig Unrealistische zu – die Devise: Ganz genau diese Krise, so wie sie abgelaufen ist, das hat doch niemand vorhergesehen – und verdrängten sie nicht länger von vornherein das, was vorhanden war an Wissen: Denn allein zu der Rolle der mathematischen Modelle, ihrer Seriosität und Tragfähigkeit gibt es bereits seit Jahren, auch in den Medien, grundsätzliche Auseinandersetzungen. Paul Krugman, einflussreicher Makroökonom, Handelstheoretiker, Nobelpreisträger des Jahres 2008 und alles andere als ein Linker, legte jüngst ein Buch vor, das eine stark erweiterte Fassung seines bereits im Jahr 1999 erschienenen Buches ist. Es hieß damals: „Die große Rezession.“ Krugman beschrieb bereits damals eine Welt, die sich in einer immer schnelleren Abfolge von Krise zu Krise hangelte: Mexiko 1994, Thailand 1997, Südkorea 1998. Er erläutert, wie Währungsstörungen auch in kleinen Ländern große Wirkungen auf die Weltwirtschaft haben können, wie beispielsweise Staaten falsch reagieren, wenn sie ohne Absprache ihre Währungen abwerten. Und er legte bereits damals in zehn Kapiteln die Ursachen dar, die Jahre später zu dieser Mutter aller Krisen führten und die heute auch als die entscheidenden Krisen-Ursachen diskutiert werden: die Fehler von Greenspan, die Rolle der Hedgefonds, eine Wirtschaftswissenschaft, die keine Krisen mehr kennen wollte, die Gier nach den großen Gewinnen, die Lust am Spielen und Finanzmärkte ohne öffentliche Kontrolle – also die Ingredienzien, aus denen eben die ganz großen Krisen gemacht werden.

Es war jedoch nicht nur Krugman. George Akerlof und Robert Shiller, der eine Nobelpreisträger aus Kalifornien, der andere Finanzwissenschaftler aus Yale, bestreiten seit spätestens Mitte der neunziger Jahre grundsätzlich die Annahme des Mainstream der Wirtschaftswissenschaften, der Mensch handle als Homo Oeconomicus durchweg rational und auch der Markt sei dies per se. Die beiden Autoren rücken zudem eine bisher offensichtlich weitgehend ignorierte These der animal spirits von John Maynard Keynes in den Mittelpunkt: Nicht nur Rationalität, sondern vielmehr tief liegende Instinkte, ein Auf und Ab von Gefühlen treiben die Entscheidungen von Verbrauchern wie Unternehmern an. Nur so sei auch zu erklären, sagen Shiller und Akerlof seit langem, was die heute herrschende Wirtschaftstheorie, die keinen Platz für instinktives Handeln übrig lasse, die allein rein ökonomische Motive kenne und nur rein rationale Denkweisen zulassen wolle, nicht erklären könne: „die fundamentale Instabilität kapitalistischer Wirtschaftssysteme“.

Jörg Huffs Schmid, jüngst verstorbener Wirtschaftswissenschaftler und Experte für internationale Kapitalmärkte, hat diese eben erwähnten Punkte in seinen Büchern seit Anfang der neunziger Jahre ebenfalls behandelt und auch in Medien-Interviews (vgl. Huffs Schmid 2005, vgl. Huffs Schmid 1997) auf all die Punkte aufmerksam gemacht, die dann seit Herbst 2008 – Irrationalität der Märkte, Nachteile des Abbaus von Kontrollen, geringe reale Investitionsnei-

gung, Problem der kreditfinanzierten Spekulationen, Destabilisierung der Finanzmärkte und Weltwirtschaft etc. – im Rahmen der Krisenanalyse und des Krisen-Managements weithin eine Rolle spielen. Huffschmid machte bereits in den 90er Jahren auf den Punkt aufmerksam, der heute als Kern der Krise gilt: Das entscheidende Problem seien nicht einmal die immer schnelleren und in der Summe immer höheren Finanz-Transaktionen, sondern die Tatsache, „dass wir uns einer Situation nähern, in der die internationalen Finanzmärkte ebenso unreguliert sind wie Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre.“ (Huffschmid 1997, 10)

Huffschmid weist in seinem im Jahr 2002 in einer aktualisierten Fassung erschienenen Standardwerk über die „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“ unter anderem darauf hin, dass es nach den Finanzkrisen der 90er Jahre zahlreiche Initiativen gab, um die Finanzmärkte neu zu regulieren. So gründeten im Jahr 1998 die BIZ und der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht gemeinsam ein ‚Institut für Finanzstabilität‘, das insgesamt drei Berichte über die internationale Finanzarchitektur vorlegte. Im Februar 1999 wurde von Bankenkreisen das ‚Forum für Finanzmarktstabilität‘ gegründet, das ebenfalls in dem Jahr 2000 mehrere Berichte und Regulierungskonzepte vorlegte. Und die 1999 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission ‚Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten‘ beschäftigte sich ebenfalls intensiv mit Fragen der Finanzmarkt-Regulierung und legte in ihrem Abschlußbericht im Jahr 2002 ebenfalls einen detaillierten Katalog von teilweise weitreichenden Reformvorschlägen vor (vgl. Huffschmid 2002, 195ff.).

Dieter Wermuth machte in einem Beitrag „Ahnungslose Ökonomen“ in „Herdentrieb“, einem Blog der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, auf den jüngsten Jahresbericht der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIZ), der in Basel angesiedelten Zentralbank aller Zentralbanken, aufmerksam. Sie habe bereits seit Jahren in ihren Analysen und Berichten vor den sich anbahnenden Überhitzungen gewarnt, auf die wesentlichen risikofördernden Mechanismen ebenso aufmerksam gemacht wie auf die möglichen tief greifenden Folgen. Sie habe auch nie auf die These vertraut, die Märkte selbst würden die Überhitzungen korrigieren und die Anleger selbst würden für Aktien und Immobilien nicht zuviel bezahlen. Wermuth referiert die wesentlichen Punkte, die von der BIZ in den vergangenen Jahren immer wieder genannt worden sind: das letztlich ungerechtfertigte Vertrauen privater Anleger in Finanzprodukte, die letztlich undurchsichtig und wenig solide gewesen seien; die niedrigen Zinsen, welche die Grundlage für das Finanzgewerbe war, den Anteil an Fremdmitteln ständig zu steigern; die Möglichkeiten für die Banken, mit Hilfe des Instrumentes der Verbriefungen auch dann das Kreditvolumen weiter zu steigern, wenn sie längst an ihre Eigenkapital-Grenzen gestoßen waren; die Ratingagenturen, die eigentlich unabhängig sein sollten, jedoch als Geschäft im Auftrag der Anbieter deren Produkte beurteilen, die diese möglichst gewinnbringend verkaufen wollen; die Anreizsysteme und Interessen-Übereinstimmungen von Aktionären, Portfolio Managern, Ratingagenturen, Politikern und beispielsweise der Bauindustrie, von denen niemand Alarm schlagen wollte, solange „die Märkte boomen und das Geld im Kasten klingt“ (Wermuth). Der Autor kommt weiter zu dem Urteil: „Dass die nationalen Aufseher, Regulierer, Gesetzgeber und auch die Notenbanken total überfordert waren, ist leider zu verstehen, dass es aber auf akademischer Seite nur ein unterentwickeltes Problembewusstsein gab, ist kaum verständlich.“ (Zitat und Abschnitt [http://blog.zeit.de/herdentrieb/2009/07/16/ahnungslose-okonomen\\_909](http://blog.zeit.de/herdentrieb/2009/07/16/ahnungslose-okonomen_909)) Der Autor weist vor allem darauf hin, dass nachweislich der Chef-Volkswirt der BIZ jahrelang vor diesen Entwicklungen zu prominenten Anlässen gewarnt habe, in Form von Schriften und auf bedeutenden internationalen Konferenzen. Ein weiteres Beispiel, dass den Massenmedien sehr frühzeitig viele prominente, kompetente und dem fachlichen System angehörigen Experten und damit entsprechendes kompetentes angesehenes kritisches Wissen zur Verfügung stand.

Die beiden Wirtschaftswissenschaftler Christiane von Hardenberg und Sebastian Dullien untersuchten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung die „Deregulierung in der öffentlichen Debatte in Deutschland“ (vgl. Hardenberg/ Dullien 2009). Die Stimmung und die Mehrheiten in der öffentlichen Meinung haben sich – so ihre These – spätestens mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, beginnend im Herbst 2007, gewandelt. Sie definieren als Aufgabe ihrer Studie: „Vor dem Hintergrund dieses enormen Stimmungswandels soll die vorliegende Studie die Aussagen zur Deregulierung von führenden Volkswirten und Wirtschaftspolitikern aus der Zeit vor der Krise dokumentieren.“



Die Autoren stellten bezüglich der Frage der Regulierung und Deregulierung der Finanzmärkte fest, „dass bereits mit den ersten Zeichen der Finanzkrise Mitte 2007, also mit den Problemen der IKB, Politiker und Ökonomen ihre Meinung änderten. Fortan sprachen sich Politiker und Ökonomen vor allem bei Finanzmarktthemen für mehr Staat und weniger Regeln aus...“

Sie stellen zunächst fest, dass sich die Deregulierungsdebatte auf den verschiedenen Themenfeldern nach dem Jahr 2004 weitgehend beruhigte. Mit der von Franz Müntefering im Frühjahr 2005 ausgelösten „Heuschreckendebatte“, in der Müntefering ein schärferes Vorgehen gegen Private-Equity-Investoren und Hedgefonds forderte, sei jedoch neuer Schwung in die Debatte gekommen. Sie registrieren, dass Münteferings Ruf nach einer stärkeren Regulierung überwiegend mit Verständnislosigkeit quittiert worden sei. Die Sorge, ausländische Investoren abzuschrecken, sei auf allen Seiten groß gewesen, etwa auch bei Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Der Sachverständigenrat (SVR) habe sich in seinem Jahresgutachten 2005/06 ausführlich mit diesem Thema beschäftigt und sei zu dem Schluss gekommen, dass Hedgefonds und die Private-Equity-Branche keiner weiteren Regulierung bedürfen. Die Autoren zitieren: „Anders als gelegentlich behauptet gehen von den Aktivitäten sowohl der Hedgefonds als auch der Private-Equity-Gesellschaften keine wesentlichen Risiken für Unternehmer oder Anleger aus. Im Hinblick auf einen stärkeren Anlegerschutz oder einen Schutz der Unternehmen besteht somit kein Handlungsbedarf. Erhöhte Aufmerksamkeit erfordert hingegen die mit den Aktivitäten von Hedgefonds verbundene mögliche Gefährdung der internationalen Finanzstabilität... Von nationalen Alleingängen sollte hingegen bei der Regulierung von Hedgefonds abgesehen werden. Diese wären bestenfalls wirkungslos. Schwerwiegender wäre allerdings die mögliche Schwächung des Finanzplatzes, die durch eine Abwanderung dieser Finanzmarktakteure an andere Finanzplätze verursacht würde.“ So zitieren die Autoren aus dem SVR-Gutachten 2005 (S. 492). Und es folgt die Empfehlung des SVR: „Die Politik sollte den Kurs der Liberalisierung und Modernisierung des deutschen Finanzplatzes zügig fortsetzen, um die Chancen von neuen Finanzinstrumenten nutzbar zu machen.“ (S. 493) Festzuhalten ist: Auch der SVR sah sehr frühzeitig Gefahren für die internationale Finanzstabilität, gewichtete jedoch die nationalen Standortinteressen wesentlich höher.

Die beiden Autoren heben in ihrer Studie vor allem zwei Politikerinnen hervor, die sich „dieser allgemeinen Jubelstimmung“ entgegengestellt hätten: So habe die Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, bereits Ende 2006 vor den wachsenden Risiken der Finanzbranche gewarnt. Auch Bundeskanzlerin Merkel habe nicht im Trend gelegen, als sie im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft und während des G8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007 für mehr Transparenz in der Finanzbranche warb. Es sei dann, so die beiden Autoren, im Herbst 2007 zu einem massiven Umschwung gekommen. Die Autoren erinnern daran, dass auch der Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sich vor der Krise in wissenschaftlichen Publikationen „für mehr Regulierung ausgesprochen“ habe; die Autoren schränken jedoch ein, Sinn habe für diese kritischen Einlassungen nicht die öffentlichkeitswirksamen populärwissenschaftlichen Publikationen seines Instituts benutzt. Auch der Sachverständigenrat habe sich dann recht früh nach Ausbruch der Krise, im Herbst 2007, in seinem Jahresgutachten 2007/8, für eine stärkere Bankenaufsicht auf europäischer Ebene ausgesprochen. Die Autoren verweisen darüber hinaus auf kritische Einlassungen von Kanzlerin Angela Merkel, die in „Bild am Sonntag“ am 19. August 2007, also kurz nach der spektakulären Krisen-Intervention der EZB, folgende Gefahren präzise beschrieb: „Wir müssen beispielsweise bei den Hedgefonds künftig wissen, wo das Kapital herkommt und wie hoch die Kredit-Risiken sind. Wir haben es oft mit einer nicht mehr durchschaubaren Weiterverkettung von Kredit-Risiken zu tun, für die am Ende alle haften. Und es müssen die einflussreichen Ratingagenturen auf den Prüfstand.“

Diese Studie belegt somit zusätzlich, dass es spätestens Mitte 2007 sogar zur offiziellen und öffentlichen Regierungsarbeit gehörte, vor den Gefahren auf den Finanzmärkten zu warnen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage noch schärfer, warum die Medien nicht prominenter, intensiver und deutlicher auf dieses Thema eingestiegen sind. Es könnte tatsächlich der Fall sein, dass sich hier zwei Sparten von Journalisten blockiert haben: Die Po-

litikjournalisten sahen erst einmal auf die sinkenden Arbeitslosenzahlen und die zunehmenden Steuereinnahmen und nahmen dies als die ‚entscheidende Wirklichkeit‘; verbunden mit der Tatsache, dass sie sich um den Themenbereich Finanzmärkte nicht kümmerten und keine Kompetenz aufwiesen. Die zuständigen Finanz- und Wirtschaftsjournalisten wiederum maßen den Politikern keine Kompetenz in diesem Themenbereich zu und ignorierten deshalb deren warnende Aussagen oder gewichteten sie wenigstens sehr gering.

Im September 2007 erschien in dem Magazin der Hans-Böckler-Stiftung „Mitbestimmung“ ein ausführliches Interview mit Poul Nyrup Rasmussen, Vorsitzender der sozialdemokratisch-sozialistischen Partei Europas (SPE), in dem dieser sich sehr kritisch mit den Folgen des Wirkens von Finanzinvestoren auseinandersetzt. Rasmussen ist Mit-herausgeber eines kritischen Berichtes über Hedgefonds und Private Equity Fonds, der 2007 erschien, und er verweist zudem auf diesbezügliche Warnungen und kritische Arbeiten vieler Gewerkschaften und unter anderem des IWF.

Diesem sicher nicht vollständigen Hinweisen ist zu entnehmen, dass sehr früh und sehr leicht zugänglich sachlich fundiertes kritisches und prominentes Wissen nicht nur vereinzelt, sondern geradezu in ‚Hülle und Fülle‘ vorhanden war. Wissen, das zudem nicht nur von generell systemkritischen Kritikern oder von Wissenschaftlern, sondern sehr wohl auch von wichtigen Entscheidungsträgern und Angehörigen der entscheidenden Apparate pointiert vorgetragen worden ist. Zudem ist belegt, dass vieles von dem kritischen Wissen auch in Massenmedien publiziert worden ist. Damit ist jedoch noch unverständlicher, warum das journalistische System, das zudem die Dramatisierung und Zuspitzung als Teil seiner Nachrichtenwerte ansieht, in wichtigen zeitlichen Phasen in Gänze hinter diesen Erkenntnisstand buchstäblich ‚zurückgefallen‘ ist.

Aus diesen Anmerkungen kann zumindest der Schluss gezogen werden, dass das journalistische System, will es selbstkritisch Konsequenzen ziehen, künftig grundlegend in zweierlei Hinsicht anders mit Quellen, Argumenten und Wissen umgehen sollte: Es bedarf einer Chancengleichheit aller Quellen, Informationen und Argumente. Das heißt: Das Wissen wird stärker als bisher auf seine Schlüssigkeit, Seriosität und Erklärungskraft bewertet und gewichtet, und weniger danach, ob es beispielsweise von einer Mehrheit oder einer Minderheit vertreten wird, auch weniger danach welche gesellschaftlichen Kräfte hinter dem einen und dem anderen ‚Wissen‘ stehen. Und die zweite Konsequenz: Das journalistische System muss Wissen, Ereignisse und Entscheidungen künftig sehr viel häufiger und pointierter kontrovers darstellen. Mehr: Aus dem Anliegen der kontroversen Darstellung müsste eigentlich ein handwerkliches Prinzip werden. Das wäre auch eine dem journalistischen System angemessene Konsequenz: Denn von ihm kann tatsächlich nicht verlangt werden, sich im Zweifel für die eine oder andere Seite quasi ‚zu entscheiden‘; eine Anmerkung, die sich selbstverständlich nicht auf die Form des Kommentars bezieht.

Lionel Barber, Chefredakteur der „Financial Times“, also der Tageszeitung, die der britischen und weltweiten Finanzwirtschaft wohl am nächsten steht, übte im April 2009 eine radikale öffentliche Selbstkritik: Unter der Headline „Die Blindheit der Journalisten“ verweist er zunächst darauf, dass Aufsichtsbehörden, Politik und große Teile der Wissenschaft ihrer Aufgabe ebenfalls nicht gerecht geworden seien. Der Wirtschaftsjournalismus habe versagt, weil die Verantwortlichen doch lieber „gute Nachrichten über steigende Immobilienpreise und Wirtschaftswachstum veröffentlichen“ wollten (Barber 2009, 25). Zudem habe sich das entscheidende Geschehen im außerbörslichen Bereich abgespielt, sei also kaum einsehbar gewesen. Jedoch hätten die Journalisten nicht erfasst, welche Bedeutung die Tatsachen hatten, dass die außerbörslichen Derivate nicht reguliert waren und die außerbilanziellen Finanzgeschäfte erheblich zunahmen. Die impliziten Staatsgarantien für die Hypothekenbesitzer Fannie Mae und Freddie Mac seien nicht begriffen worden und auch nicht die Wirkung von Krisen des Finanzgewerbes auf die Realwirtschaft. Diese beiden Sektoren hätten zu viele Experten zu lange „wie Paralleluniversen behandelt“ (Barber 2009, 25). Übrigens: Die „Financial Times“ definiert Nachricht wie folgt: „News is something someone somewhere does not want to see.“

## 6. Zusammenfassung

- 1) Um die Qualität und die Kompetenzen (Ausbildung, Ausstattung) des Wirtschaftsjournalismus ist es – abgesehen von der Lage bei den Leitmedien und trotz einiger Professionalisierungsschübe in den vergangenen zwei Jahrzehnten – in der Breite des massenmedialen Systems schlecht bestellt. Dies ergeben übereinstimmend mehrere Untersuchungen. Dieser eindeutige Befund steht in einem scharfen Kontrast zur allseits konstatierten sehr hohen, auch sehr hohen gesellschaftspolitischen Bedeutung des Wirtschafts- und Finanzsystems.
- 2) Es gibt wesentliche Anhaltspunkte dafür, dass zumindest in der Breite des tagesaktuell arbeitenden Wirtschaftsjournalismus die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Perspektive in den vergangenen Jahren im Bewusstsein der Journalisten und in der konkreten Arbeit immer stärker an den Rand gedrängt worden sind. So wurde vom Wirtschafts- und Finanzjournalismus die Perspektive der Anleger und Anbieter sehr, die der Gesellschaft, Volkswirtschaft und Allgemeinheit kaum bearbeitet in den vergangenen Jahren. Das hat auch wesentliche strukturelle Ursachen. Dazu zählt unter anderem die Annahme, dass die Perspektive der Anbieter und Anleger sehr viel eher zu den gängigen Nachrichtenwerten (u.a. Personalisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung, Polarisierung, Boulevarisierung) ‚passt‘ als andere Perspektiven. Und es ist zudem anzunehmen, dass der politische Teil dieser Entwicklung, also die Finanzmarktpolitik, wenn er überhaupt eine Rolle spielte, weitgehend oder ausschließlich aus der Perspektive des Nutzens der Finanzmarktakteure beobachtet und analysiert worden ist und keine Horizontöffnung für gesamtwirtschaftliche oder gesellschaftliche Problematisierungen stattfand.
- 3) Es kann frühzeitiges kritisches und kompetentes Wissen in hohem Umfang nachgewiesen werden. Die Kritiker bildeten jedoch – möglicherweise auch aufgrund eigenen Unvermögens – keine ‚kritische Masse‘, die in die Alltagsarbeit der Redaktionen (vor der Krise) einzudringen vermochte und so ihren Platz neben dem herrschenden Paradigma der Marktnähe, der Marktradikalität oder Marktgläubigkeit hätte einnehmen können.
- 4) Der im privatwirtschaftlichen Umfeld handelnde Wirtschafts- und Finanzjournalismus ist aus strukturellen Gründen massiven geistigen, informationellen und materiellen Einflüssen seines Beobachtungs-Gegenstandes (Unternehmen, Wirtschaftsverbände, wirtschaftsnahe Wissenschaften) ausgesetzt und hat ebenfalls aus strukturellen Gründen (mentale und materielle Bedingungen) noch mehr Mühen als früher, auf Distanz zu bleiben.
- 5) Die medienpolitische Diskussion über die Qualität von Journalismus konzentriert sich immer wieder auf den privatwirtschaftlich organisierten Teil der Printmedien. Allein aufgrund der Reichweite, Bedeutung, Pflichten und auch Möglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens sollte sich diese Diskussion stärker auf das gesamte Mediensystem beziehen.
- 6) In Gänze haben die krisenhaften Erscheinungen und Umwälzungen des Mediensystems ein Niveau erreicht, das es ebenso sinnvoll macht wie nahelegt, sehr viel stärker zwischen einzelnen Akteuren zu unterscheiden. Das bedeutet unter anderem, dass die einzelnen Journalisten sich mehr als bisher auf ihre ureigene Rolle und Interessen besinnen und ihre Vorstellungen davon ausgehend entwickeln. Ein solches Vorgehen würde sich auch darin niederschlagen, dass sie sich aus ihrer (rational begründeten) babylonischen Gefangenschaft mit den jeweiligen Medien-Unternehmen und dem massenmedialen System zumindest ein erkennbares Stück herauslösen. Die Stärkung des Individuums gegenüber der Organisation scheint uns über den Journalismus hinaus ein gutes Programm zu sein.

## VII. Anhang

### Abkürzungsverzeichnis

ABS	Assed Backed Securities
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BAI	Bundesverband Alternative Investments
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BdB	Bundesverband deutscher Banken
BGA	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
ddp	Deutscher Depeschen Dienst
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DPA	Deutsche Presse-Agentur
DS	Drucksache (des Deutschen Bundestages)
EZB	Europäische Zentralbank
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
FTD	Financial Times Deutschland
Ges.	Gesamt
GG	Grundgesetz
HB	Handelsblatt
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut
IFO	Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
IKB	IKB Deutsche Industriebank AG
INA	Initiative Nachrichtenaufklärung
IMK	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung
IR	Investor Relations (Finanzkommunikation)
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LB	Landesbank
LTCM	Long-Term Capital Management
PR	Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit)
REITs	Real Estate Investments Fonds (z.B. in Belgien)
REIT	Real Estate Investments Trust (z.B. in USA, Australien, Kanada)
Soffin	Finanzmarktstabilisierungsfonds
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage
SZ	Süddeutsche Zeitung
TAZ	die tageszeitung
TS	Tagesschau
TT	Tagesthemen
UBS	Union de Banques Suisses
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Zeitungen – Gesamtübersicht über die Materialbasis .....	55
Tabelle 2:	Phase P1, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien .....	57
Tabelle 3:	Phase P1, Zeitungen – Mehrworteinheiten mit dem Wortstamm Krise .....	59
Tabelle 4:	Zeitungen – Bewertungsskala der Phase P1 .....	60
Tabelle 5:	Phase P2 – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien .....	65
Tabelle 6:	Zeitungen – Bewertungsskala der Phase P2 .....	68
Tabelle 7:	Phase P3, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien .....	78
Tabelle 8:	Phase P3, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Textformen .....	79
Tabelle 9:	Phase P3, Zeitungen – Mehrworteinheiten mit dem Wortstamm Krise (min. 5 mal) .....	80
Tabelle 10:	Zeitungen – Bewertungsskala der Phase P3 .....	81
Tabelle 11:	Phase P4, Zeitungen – Die 25 häufigsten Substantive nach Medien .....	93
Tabelle 12:	Zeitungen – Die Bewertungsskala der Phase P4 .....	95
Tabelle 13:	Zeitungen – Ökonomen in den Medien .....	106
Tabelle 14:	Gewerkschafter, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisation .....	106
Tabelle 15:	Artikel nach Seitenplatzierung .....	107
Tabelle 16:	Die Begriffe Staat und Politik nach Ereignis-Zeiträumen .....	108
Tabelle 17:	Der Begriff Gerechtigkeit nach Ereignis-Zeiträumen .....	109
Tabelle 18:	Das Wort gerecht nach Ereignis-Zeiträumen .....	110
Tabelle 19:	Der Begriff Gerechtigkeit nach Medien .....	110
Tabelle 20:	Phase P1, DPA – Die 25 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen .....	112
Tabelle 21:	Phase P2, DPA – Die 25 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen .....	115
Tabelle 22:	Phase P3, DPA – Die 10 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen .....	119
Tabelle 23:	Phase P4, DPA – Die 10 häufigsten Substantive nach Ereignis-Zeiträumen .....	120

## Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Phase P1, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Deutschland als Wortwolke .....	58
Abbildung 2:	Phase P2, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Banken als Wortwolke .....	66
Abbildung 3:	Phase P2, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Krise als Wortwolke .....	67
Abbildung 4:	Phase P3, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Krise als Wortwolke .....	79
Abbildung 5:	Phase P4, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Krise als Wortwolke .....	94
Abbildung 6:	Phase P4, Zeitungen – Darstellung des Begriffs Banken als Wortwolke .....	94
Abbildung 7:	Darstellung des Begriffs Ackermann für Phase P1 bis P4 als Wortwolke .....	107
Abbildung 8:	Darstellung des Begriffs Staat für Phase P3 als Wortwolke.....	108
Abbildung 9:	Darstellung des Begriffs Staat für Phase P4 als Wortwolke.....	109
Abbildung 10:	DPA – Wortwolke um den Begriff Deutschland für Phase P1 .....	113
Abbildung 11:	DPA – Wortwolke um den Begriff Banken für Phase P2 .....	115
Abbildung 12:	DPA – Wortwolke um den Begriff Krise für Phase P3 .....	117
Abbildung 13:	DPA – Wortwolke um den Begriff Krise für Phase P4 .....	121

**Literaturverzeichnis**

- Arlt, Hans-Jürgen, 2008: Krisen sind auch nicht mehr, was sie einmal waren. Über die Differenz funktionaler und individueller Kommunikation, in: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hg.), Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation, Wiesbaden, S. 63–82
- Arlt, Hans-Jürgen, 2006: Aufmerksamkeit plus Geld ergibt Unterhaltung. Zum Zustand der Öffentlichkeit, in: Ruck, Mario F./ Noll, Christian/ Bornholdt, Martin (Hg.), Sozialmarketing als Stakeholder-Management, Bern, S. 283–293
- Arlt, Hans-Jürgen, 2003: Das Politische an Kommunikation und das Kommunikative an Politik, in: Kurz-Scherf, Ingrid/ Arlt, Hans-Jürgen (Hg.), Arbeit, Bildung und Geschlecht. Prüfsteine der Demokratie. Frankfurt/M., New York, S. 242–264
- Arnold, Klaus, 2006: Publikumsorientierte Qualität – ein Weg aus der Zeitungskrise? in: Weischenberg, Siegfried/ Loosen, Wiebke/ Beuthner, Michael (Hg.), Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, S. 415–434
- Arnold, Klaus, 2008: Qualität im Journalismus - ein integratives Konzept, in: Publizistik, Jg. 53, H. 4, S. 488–508
- Arnoldi, Jakob, 2009: Alles Geld verdampft. Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft, Frankfurt/M.
- Baecker, Dirk, 1991: Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft, Frankfurt/M.
- Baerns, Barbara, 1983: Vielfalt und Vervielfältigung. Befunde aus der Region – eine Herausforderung für die Praxis, in: Media Perspektiven 3, S. 207–215
- Baerns, Barbara, 1985: Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus?, Köln
- Baerns, Barbara, 1991: Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluss im Mediensystem, Köln, 2. Auflage
- Bailer-Jones, Daniela/Friebe, Cord, 2009: Thomas Kuhn, Paderborn
- Barber, Lionel, 2009: Die Blindheit der Journalisten, in: Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 23. April, S. 25
- Becker, Jörg, 2009: Das Politikangebot von ARD und ZDF, in: Hintergrund, 3. Quartal, S. 12 ff.
- Beleites, Wulf, 2009: ‚Wir sind dann mal weg ...‘, in: M - Menschen machen Medien, Monatsmagazin der dju, Ausgabe 03/2009, S. 20
- Bentele, Günter, 1982: Wie objektiv sind unsere Medien, Frankfurt/M.
- Bentele, Günter/Seeling, Stefan, 1996: Öffentliches Vertrauen als Faktor politischer Öffentlichkeit und politischer Public Relations, in: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut (Hg.), Medien und politischer Prozeß, Opladen, S. 155–167
- Berger, Roman, 2009: Teilnahme unerwünscht, in: WOZ-Die Wochenzeitung, Nr. 9, 29. Februar 2009, S. 15–16

- Bertram, Jürgen, 2006: Mattscheibe. Das Ende der Fernsehkultur, Frankfurt/M.
- Bösch, Frank/ Frei, Norbert (Hg.), 2006: Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen
- Breit, Ernst, 1990: Einseitiges über Halbwahrheiten. Kritikpunkte aus Sicht der Gewerkschaften in: Kalt, Gero (Hg.), Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Frankfurt/M., S. 21–26
- Bürgin, Alfred, 1993: Zur Soziogenese der politischen Ökonomie, Marburg
- Deckstein, Dagmar, 2009: Klasse! Die wundersame Welt der Manager, Hamburg
- Dernbach, Beatrice, 2005: Was schwarz auf weiß gedruckt ist ... . Vertrauen in Journalismus, Medien und Journalisten in: Dernbach, Beatrice/Meyer, Michael (Hg.), Vertrauen und Glaubwürdigkeit, Wiesbaden, S. 135–154
- Donsbach, Wolfgang/Rentsch, Mathias/Schielicke, Anna-Maria/Degen, Sandra, 2009: Entzauberung eines Berufs. Was die Deutschen vom Journalismus erwarten und wie sie enttäuscht werden, Konstanz
- Dullien, Sebastian, 2008: Wirtschaftspolitische Berichterstattung in Deutschland – ein Fall von Marktversagen, in: Hagemann, Harald/Horn, Gustav/Krupp, Hans-Jürgen (Hg.), Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht – Festschrift für Jürgen Kromphardt, Schriften der Keynes-Gesellschaft, Band 1, S. 225–244
- Dullien, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian, 2009: Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld
- Eichhorn, Wolfgang, 1996: Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung, München
- Erbring, Lutz, 1999: Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation. Journalistische Berufsnormen und politische Kultur, in: Gottschlich, Maximilian/Langenbacher, Wolfgang R. (Hg.), Publizistik- und Kommunikationswissenschaft – ein Textbuch zur Einführung, 2. Auflage, Wien, S. 155–166
- F.A.Z.-Institut, 2004: Branchen & Visionen 2010 - Finanzkommunikation – erfolgreich Werte vermitteln, Frankfurt/M.
- Fasel, Christoph (Hg.), 2005: Qualität und Erfolg im Journalismus, Konstanz
- Fröhlich, Nils/Huffschmid, Jörg, 2004: Der Finanzleistungssektor in Deutschland, Düsseldorf
- Frühbrodt, Lutz, 2007: Wirtschaftsjournalismus. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis, Berlin
- Gaus, Bettina, 2009: Wieder kein Robin Hood, in: Die tageszeitung, Ausgabe vom 27. Februar 2009, S. 12
- Gillies, Peter, 1989: Wirtschaftsjournalismus im Umbruch. Anforderungsprofil und Qualifizierung im Wandel, Dissertation, Giessen
- Goffman, Erving, 1980: Rahmen-Analyse, Frankfurt/M.

Hank, Rainer, 2008: Interpretieren statt moralisieren. Was weiß der Finanzjournalismus über die Krise? in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28. Dezember 2008, über [www.faz.net](http://www.faz.net)

Hardenberg, Christiane von/Dullien, Sebastian, 2009: Deregulierung in der öffentlichen Debatte in Deutschland, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Studies 2/2009, Düsseldorf

Heinrich, Jürgen/Moss, Christoph, 2006: Wirtschaftsjournalistik. Grundlagen und Praxis, Wiesbaden

Huffschmid, Jörg, 1997: ‚Dominanz globalisierter Finanzmärkte‘: Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz, in: Glasnost-Archiv, [www.glasnost.de/oeko/huffsch2.html](http://www.glasnost.de/oeko/huffsch2.html), September 1997

Huffschmid, Jörg, 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Hamburg (Erstauflage 1999)

Huffschmid, Jörg, 2005: Entfesselte Märkte, in: Frankfurter Rundschau, 26. August 2005, Interview, Interviewer Hermannus Pfeiffer

Jakobs, Hans-Jürgen, 2008: Geist oder Geld. Der große Ausverkauf der freien Meinung, München

Jarren, Otfried, 2009a: Verweigerung im Wandel: Dem Journalismus sind seine Leitideen abhanden gekommen, in: <http://carta.info/9101/Verweigerung-im-Wandel-dem-journalismus-sind-seine-leitideen-abhanden-gekommen>, 11. Mai 2009

Jarren, Otfried, 2009b: Laudatio zum Medienpreis für Finanzjournalisten 2009, Ehrenpreis Elektronische Medien für Finanzjournalisten 2009 an Herrn Andreas Schaffner, Referat

Jarren, Otfried/Röttger, Ulrike, 2004: Steuerung, Reflexierung und Interpenetration: Kernelemente einer strukturalionstheoretisch begründeten PR-Theorie, in: Röttger, Ulrike (Hg.), Theorien der Public Relations – Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung, Wiesbaden, S. 25–46

Jörges, Hans-Ulrich, 2007: Embedded in Berlin, in: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/3VTW3C.html>, Vortrag auf dem Kongress Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0, Berlin

Kalt, Gero (Hg.), 1990: Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Frankfurt/M.

Knappmann, Lutz, 2005: Sie wissen nicht, was sie tun in: [www.spiegel.de/wirtschaft/o,1518,391082,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/o,1518,391082,00.html) 17.12.2005

Köcher, Renate, 2008: Schleichende Veränderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe 20. August 2008, S. 5

Köster, Jens/Wolling, Jens, 2006: Nachrichtenqualität im internationalen Vergleich. Operationalisierungen und empirische Ergebnisse, in: Weischenberg, Siegfried/Loosen, Wiebke/Beuthner, Michael (Hg.), Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, S. 75–96

Kuhn, Thomas S, 1976: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M.



Lakoff, George/ Johnson Mark, 2008: Leben in Metaphern – Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern, 6. Auflage, Heidelberg

Langenbacher, Wolfgang R., 2008: Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Meinungsfreiheit. Chancen und Grenzen einer gesellschaftlichen Kontrolle, in: ders., Der Rundfunk der Gesellschaft, hrsg. von Walter Hömberg, Münster-Berlin, S. 15–29; erstmals veröffentlicht in: Politische Bildung, 13. Jg. 1980/Heft 1, S. 46–53

Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme, Frankfurt/M.

Luhmann, Niklas, 1996: Die Realität der Massenmedien, Opladen

Luhmann, Niklas, 2000: Vertrauen, 4. Auflage, Stuttgart

Luhmann, Niklas, 2003: Soziologie des Risikos, Berlin/ New York

Mast, Claudia, 2003: Wirtschaftsjournalismus. Grundlagen und neue Konzepte für die Presse, Opladen, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage

McCombs, Maxwell, 2000: Agenda Setting: Zusammenhänge zwischen Massenmedien und Weltbild, in: Schorr, Angela (Hg.), Publikums- und Wirkungsforschung, Wiesbaden, S. 123–136

Meier, Christian/ Winterbauer, Stefan, 2008: Dossier - Die Finanzkrise und die Medien: Nagelprobe für den Wirtschafts- und Finanzjournalismus, 13. MainzerMedienDisput

Merten, Klaus, 2008: Krise und Krisenkommunikation: von der Ausnahme zur Regel, in: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hg.), Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation, Wiesbaden, S. 83–97

Meyen, Michael/ Riesmeyer, Claudia, 2009: Diktatur des Publikums. Journalisten in Deutschland, Konstanz

Mikfeld, Benjamin/Schildmann, Christian, 2009: Strategische Diskursführung in der Zeitenwende, in: Haubner, Dominik/Mezger, Erika/Schwengel, Hermann (Hg.), Reformpolitik für das Modell Deutschland, Marburg, S. 85–106

Nautilus-Politikberatung, 2009: Understanding Merkel. Thesen zur Kommunikationsstrategie und Führungsfähigkeit der Kanzlerin, Berlin, unveröff. Arbeitspapier

Nonhoff, Martin, 2001: Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus, in: Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina/Nonhoff, Martin (Hg.), Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen, Hamburg, S. 193–208

Nonhoff, Martin (Hg.) 2007: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld

Nothelle, Claudia, 2008: Krisenkommunikation ganz praktisch – Wie Journalisten mit Krisen umgehen, in: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hg.), Krisenmanagement in der Mediengesellschaft, Wiesbaden, S. 226–232

Ortmann, Günther, 2009: Management in der Hypermoderne. Kontingenz und Entscheidung, Wiesbaden

Piper, Nikolaus, 2009: Fakten zählen. Die Finanzkrise und der Wirtschaftsjournalismus: Wie Deutsche und Amerikaner diskutieren in: Süddeutsche Zeitung, Ressort Medien, 20./21. Juni 2009

Pleitgen, Fritz, 2009: Festrede zur Verleihung der Otto Brenner Preise für kritischen Journalismus 2008, in: Otto Brenner Stiftung (Hg.), Best of – Otto Brenner Preis 2008, Frankfurt/M., S. 17–31

Pöttger, Horst, 2000: Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe, in: Löffelholz, Martin (Hg.), Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch, Wiesbaden, S. 375–390

Redelfs, Manfred, 2005: Glaubwürdigkeit in der Politik: Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen am Beispiel der Kommunikationsstrategie von Greenpeace, in: Dernbach, Beatrice/Meyer, Michael (Hg.), Vertrauen und Glaubwürdigkeit, Wiesbaden, S. 246–268

Reitze, Helmut/Ridder, Christa-Maria (Hg.), 2006: Massenkommunikation VII. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–2005, Baden-Baden

Riesmeyer, Claudia, 2006: Gefährden Public Relations die journalistische Qualität? Das Ressort und der Status der Informationsquelle als Bestimmungsfaktoren der Nachrichtenberichterstattung, in: Weischenberg, Siegfried/Loosen, Wiebke/Beuthner, Michael (Hg.), Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, S. 285–306

Rolke, Lothar/ Wolff, Volker (Hg.), 1999: Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selbst gesteuert werden, Opladen

Rolke, Lothar/ Wolff, Volker, 2000: Finanzkommunikation. Kurspflege durch Meinungspflege. Die neuen Spielregeln am Aktienmarkt, Frankfurt/M.

Russmann, Uta, 2007: Agenda-Setting und Internet, München

Schäfer, Sabine, 2007: Die Welt in 15 Minuten – zum journalistischen Herstellungsprozess der Tagesschau, Konstanz

Schenk, Manfred/ Rössler, Patrick, 1996: Wirtschaftsberichterstattung in Zeitschriften, München

Schirmacher, Frank, 2009: Wo stehst Du politisch?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 8, 22. Februar 2009, S. 21

Schiwy, Peter, 1990: Anspruch auf die ‚erste Reihe‘. Was öffentlich-rechtliches Fernsehen leisten muss und kann, in: Kalt, Gero (Hg.), Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Frankfurt/M., S. 27–33

Schmidt, Helmut, 2008: Außer Dienst. Eine Bilanz, München

Schrenker, Markus/ Wegener, Bernd, 2009: Wie die Krise der Finanzmärkte unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit verändert. ISJP Technical Report, Berlin, Humboldt-Universität

- Schuster, Thomas, 2001: Die Geldfalle – Wie Medien und Banken die Anleger zu Verlierern machen, Reinbek bei Hamburg
- Schuster, Thomas, 2004: Märkte und Medien. Wirtschaftsnachrichten und Börsenentwicklungen, Konstanz
- Schweer, Martin/Thies, Barbara, 2003: Vertrauen als Organisationsprinzip. Perspektiven für komplexe soziale Systeme, Bern
- Schwer, Katja, 2006: ‚Problemzonen‘ der Qualitätsforschung. Zur Messung von journalistischer Objektivität in: Weischenberg, Siegfried/Loosen, Wiebke/Beuthner, Michael (Hg.), Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz, S. 347–365
- Spachmann, Klaus, 2005: Wirtschaftsjournalismus in der Presse: Theorie und Empirie, Konstanz
- Stihl, Hans Peter, 1990: Meinung geht vor Sachlichkeit. Kritikpunkte aus Sicht des DIHT, in: Kalt, Gero (Hg.), Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Frankfurt/Main, S. 13–20
- Storz, Wolfgang, 2009: Schreiben, was ist. Kommunikation und Macht, in: Wochenzeitung, Zürich, 26. November 2009
- Storz, Wolfgang, 2005: Die neue Unberechenbarkeit, in: Haubner, Dominik/Mezger, Erika/Schwengel, Hermann (Hg.), Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen politischen Welten, Marburg, S. 167-176
- Storz, Wolfgang, 1999: Medien und ‚Dritter Weg‘, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7–8/1999, S. 479–483
- Stumberger, Rudolf, 2009: Medien: Umfeld für Werbebotschaften, in: telepolis, 17. August 2009, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/30936/1.html>
- Ulrich, Bernd, 2009: Schwarz vor Augen in: Die Zeit, Nr. 10, 26. Februar 2009, S. 1
- Van Rossum, Walter, 2007: Die Tagesshow – wie man in 15 Minuten die Welt unbegreiflich macht, Köln
- Vogel, Berthold, 2007: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg
- Wagner, Hans 1990: Keine Orientierungshilfe. Fernsehberichte im Spiegel der Wissenschaft, in: Kalt, Gero (Hg.), Wirtschaft in den Medien. Defizite, Chancen und Grenzen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Frankfurt/M., S. 239–249
- Walser, Martin, 2000: Ein springender Brunnen, Frankfurt/M.
- Weischenberg, Siegfried, 2009: Sie blökten den falschen Sound, in: Interview Süddeutsche Zeitung, 7. April 2009
- Weischenberg, Siegfried/Loosen, Wiebke/Beuthner, Michael (Hg.), 2006 a: Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung, Konstanz
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin, 2006 b: Die Souffleure der Mediengesellschaft – Report über die Journalisten in Deutschland, Konstanz

Wolff, Volker, 2000: Garanten des Vertrauens? Die besondere Verantwortung von Finanzjournalisten, in: Rolke, Lothar/Wolff, Volker (Hg.), Finanzkommunikation. Kurspflege durch Meinungspflege. Die neuen Spielregeln am Aktienmarkt., Frankfurt/M., S. 96–106

Zimmermann, Klaus F./ Schäfer, Dorothea, 2010: Finanzmärkte nach dem Flächenbrand, Wiesbaden

### Über die Autoren

Dr. Wolfgang Storz, geboren 1954, Redakteur, Publizist, Lehrbeauftragter an den Universitäten Kassel und Frankfurt/Main, Medien- und Kommunikationsberater.

Berufliche Stationen: politischer Korrespondent in Bonn (1985 bis 1995), tätig in Aus- und Fortbildung, Leiter Politik- und Nachrichtenredaktion bei der „Badischen Zeitung“, Korrespondent/Autor für „Die Woche“ und „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ (DAS), Chefredakteur und Medienberater bei der IG Metall, stellvertretender Chefredakteur und Chefredakteur bei der „Frankfurter Rundschau“ (2000 bis 2006).

Dr. Hans-Jürgen Arlt, geboren 1948, arbeitet in Berlin als Publizist und Kommunikationsberater. Am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität sowie am Studiengang Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation der Universität der Künste hat er Lehraufträge.

Berufliche Stationen: Studium in München und Erlangen Politische Wissenschaften, Geschichte, Philosophie und Soziologie. Anschließend (1977 bis 1981) Redakteur der „Nürnberger Nachrichten“. Seit 1981 Pressesprecher, von 1990 bis 2002 Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf und Berlin; dazwischen ein zweijähriger Forschungsurlaub an der Universität Hamburg. Die Gegenwart der Kommunikation und die Zukunft der Arbeit sind seine Interessenschwerpunkte. Mehr unter [www.kommunikation-und-arbeit.de](http://www.kommunikation-und-arbeit.de).

# Dokumentationen



Die Dokumentationen

**nr-Werkstatt:  
Getrennte Welten**

**nr-Werkstatt:  
In der Lobby brennt noch Licht**

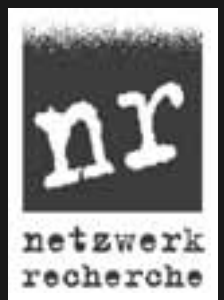
**nr-Werkstatt:  
Interview-Kulturen**

**nr-Werkstatt:  
Undercover**

können kostenfrei gegen einen adressierten und ausreichend frankierten Rückumschlag (DIN C5, 1,50 Euro) beim netzwerk recherche bezogen werden.

**Bezugsadresse:**  
netzwerk recherche e.V.  
Geschäftsstelle  
Stubbenhuk 10, 5. OG  
20459 Hamburg

[www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)  
[info@netzwerkrecherche.de](mailto:info@netzwerkrecherche.de)







## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonders Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z.B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der geförderten Projekte öffentlich zugänglich

lich und veröffentlicht z.B. die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“. Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 20. März 2009 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend des Verwendungszwecks genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

<b>Konto:</b> 905 460 03	oder	161 010 000 0
<b>BLZ:</b> 500 500 00		500 101 11
<b>Bank:</b> HELABA Frankfurt/Main		SEB Bank Frankfurt/Main

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes),
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa,
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit.

<b>Konto:</b> 905 460 11	oder	198 736 390 0
<b>BLZ:</b> 500 500 00		100 101 11
<b>Bank:</b> HELABA Frankfurt/Main		SEB Bank Berlin

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe "OBS-Arbeitshefte"



[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)